

## Die militärischen Forderungen Dr. Weterles und ihre Folgen.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 6. Jänner.

Von einem außerhalb der Parteiverbände stehenden ungarischen Politiker erhält Ihr Korrespondent folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

Die Situation des Kabinetts Weterle ist in den letzten Tagen eine recht prekäre geworden. Dr. Weterle wird die Gefahr, die er durch das unzeitgemäße, vollständig überflüssige Aufwerfen der nationalen Forderungen auf militärischem Gebiet ries, nicht so leicht bannen können und man muß ganz erstaunt fragen, wie ein so erfahrener und gewiegter Politiker im gegenwärtigen Zeitpunkt ohne zwingenden Grund neuen Konfliktstoff in die innere Politik Ungarns hineinbringen möchte, ein Staatsmann, dessen Aufgabe und Mission seit seiner Ernennung eben darin bestanden hatte, Gegensätze auszugleichen, und nicht neue heraufzubeschwören. Als Graf Esterhazy vor einem halben Jahr aus dem Amt schied, griff man eben aus dem Grunde auf Dr. Weterle zurück, weil er in dem Ruf des erfolgreichsten und tatkräftigsten Kompromißpolitikers stand. Sein Auftrag ging dahin, die Wahlreform durchzuführen und entweder bei der parlamentarischen Verabschiedung dieser Vorlage, die den Grafen Stephan Tisza zum Opfer forderte, irgendein Kompromiß mit der Mehrheitspartei oder aber durch die Eliminierung dieses Bankapfels normale Verhältnisse im ungarischen Parlament zu schaffen. Merkwürdigerweise kehrt Dr. Weterle immer mehr von der ihm ursprünglich vorgezeichneten Linie ab und begab sich, ohne das Bestreben, irgendeine Mehrheit für sich zu gewinnen, ernstlich ins Auge zu fassen, ganz auf das Gebiet der Konzeptionspolitik, wobei Monate rat- und tatlos verstrichen sind, ohne daß die Wahlreformfrage im Parlament selbst einen Schritt nach vorwärts gekommen wäre. Die erste Konzeption, die ihm gemacht werden mußte, bestand darin, daß statt des endgültigen Ausgleichs ein Provisorium für zwei Jahre durchgeführt werden durfte. Dasselbe galt in der Bankfrage. Sonst aber schuf er im Parlament nichts anderes, als Gesetzentwürfe zweiter Kategorie, und das mit großem Lärm angekündigte Budget ist noch immer nicht votiert.

Anstatt nun nach Fertigstellung der Wahlreform daranzuschreiten, endlich diese im Abgeordnetenhause durchzuführen, sei es mit oder ohne die Arbeitspartei, wurde plötzlich das alte Militärprogramm des Grafen Albert Apponyi ausgekramt, welches seit Jahrzehnten immer wieder den Stoff zu neuen Konflikten mit dem Träger der Krone und mit Oesterreich heraufbeschwor und dessen Verwirklichung, wie immer man darüber denken mag, inmitten des Weltkrieges kaum zeitgemäß ist. Der größte Fehler, den Dr. Weterle aber bei dem offenen Aufwerfen dieses Programms beging, bestand darin, daß

er die Konzeptionen auf militärischem Gebiete zu einem einfachen Programmpunkt für eine nicht existierende Partei degradiert, die vielleicht gar nicht zustande kommt oder nicht mit jener Macht ausgestattet sein wird, deren sie bedürfte, um auf viele Jahre hinaus die Konsolidierung der inneren Verhältnisse in Ungarn zu verbürgen.

Jeder objektiv denkende Politiker Ungarns ist sich über alle die hier angeführten Gesichtspunkte vollständig im Klaren, und deswegen wird man es vielleicht begreiflich finden, wenn das Programm Weterles nirgends mit Begeisterung aufgenommen werden wird. Vielleicht, abgesehen von dem Grafen Julius Andrássy und seinem engeren Anhang, der darauf rechnet, nur mit Hilfe Weterles endlich einmal zu einer großen Partei gelangen zu können, gibt es keinen Politiker in Ungarn, der sich für die zweifelsohne vom Gesichtspunkt der nationalen Gesinnung stark ersehnten militärischen Reformen im gegenwärtigen Augenblick begeistern könnte. Die Freunde Weterles auf dem äußersten Flügel des Hauses fürchten, daß hiedurch die Wahlreformfrage wieder vertagt oder verschachert werden wird.

Auch in der Wahlreform hat sich Dr. Weterle merkwürdigerweise an einem Standpunkt festgerannt, der dem Parlamentarier unverständlich erscheint, als er, dem Drängen Bazsonyis Folge leistend, für die unveränderte Annahme des Wahlreformgesetzes eine Stellung nahm. Niemals wird aber in einem Parlament, selbst wenn die Regierung über eine überwiegende Majorität verfügt, eine Gesetzentwurfsvorlage von so großer Tragweite ohne die geringste Veränderung angenommen, ja mit Ausnahme der Handelsverträge pflegt niemals eine Regierung die Dotierung eines großen Gesetzentwurfes en bloc zu fordern, so daß es ganz unverständlich erscheint, aus welchen Ursachen Dr. Weterle und Bazsonyi, die stets nur über den Terrorismus und die Gewalttätigkeit Tiszas zu klagen pflegen, daran festhalten, daß an der großen Wahlreformvorlage nicht ein Jota geändert werden dürfe.

Jeder Freund der Gemeinsamkeit, jeder Politiker, der die Aufrechthaltung des Dualismus auch vom ungarischen Gesichtspunkt als Notwendigkeit erachtet, ist hierzulande der Ansicht, daß während des Krieges es unbedingt normale parlamentarische Verhältnisse geben soll und man jede Erschütterung auf dem Gebiete der inneren Politik vermeiden muß. Deshalb wünscht man, daß die leichtfertig aufgeworfene militärpolitische Frage vom Tapet verschwinden möge, ehe sie noch zum Gegenstand ernstlicher politischer Agitation innerhalb und außerhalb des Parlaments wird. Deswegen müßte man zurückkehren dorthin, wo man vor einem halben Jahre gestanden war: zum ursprünglichen Programm Dr. Weterles, zur Verwirklichung der Wahlreform. Alles andere ist gegenwärtig nur dazu geeignet, neue Verwicklungen, neue Verstimmungen im ungarischen politischen Leben hervorzurufen. Der König von Ungarn hat den Grafen Tisza seines Amtes enthoben, weil er der Ansicht war, daß die Wahlreform dringend ist und vor allen Dingen verwirklicht werden muß. Will oder kann Dr. Weterle diesen königlichen Wunsch nicht erfüllen, dann möge eben ein anderer Mann an seine Stelle treten mit dem strikten Auftrag, vor allem andern das Wahlrecht durchzuführen. Nur so kann man

Ungarn und den Dualismus vor schweren Krisen bewahren.

## Der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

N. Berlin, 8. Jan. (Brit.-Tel.) Im großen Saale des Abgeordnetenhauses hielt gestern der Volksbund für Freiheit und Vaterland unter zahlreicher Beteiligung seine erste Versammlung ab, in welcher die Aufgaben und Ziele des Bundes entwickelt wurden. Der Vorsitzende Prof. Dr. Franke wies darauf hin, daß der Volksbund eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Verbände sei, die eine Volksmasse von 4 Millionen hinter sich wisse. Er erstrebe aber eine Einheit aller, die hinsichtlich eines ehrenvollen, gerechten Abchlusses des Krieges, wie beim künftigen Neubau der deutschen inneren Verhältnisse eines guten Willens zum Fortschritt sind.

Prof. Dr. Troeltsch ging auf die dem Willen des neuen Bundes entgegenstehende Vorgründung der „Vaterlandsparlei“ ein. So sehr die agitatorische Absicht schon des Namens dieses Vereins nachgeföhlt werden könne, so sachlich unglücklich, unrichtig und anmassend sei diese Bezeichnung: Sie kennzeichne den Geist, der in den Reihen der „Vaterlandsparlei“ vorherrschend sei. Ihr stärkster Fehler ist die völlige Außerachtlaffung der Rücksicht auf die Völker, die außer uns noch auf der Erde leben. Wir brauchen gesunde Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf die wir um unserer Zukunft willen nicht verzichten können. Die zweite Aufgabe des Volksbundes ist die Mitwirkung an der politischen Neugestaltung des Reiches, dessen Schicksal und Aussichten mit dem Schicksal der Wahlrechtsvorlage eng verbunden ist. Der künftige Frieden kann nur ein Vertragsfrieden sein. Jeder Vertrag aber verlangt Vertrauen, Gefühl für das Recht der anderen. Schon seit langem setzt in anderen Völkern eine Demobilisierung der Geister ein. Diesen Prozeß zu fördern, ist eine sittliche Pflicht, auf die zuletzt nur ein dauernder Friede aufgebaut werden kann, soll nicht die Kulturwelt im gegenseitigen Selbstmord zu Grunde gehen.

Der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Legien führte es: Die Zustände in Deutschland vor dem Krieg dürfen nicht wiederkehren. Die gleichen Pflichten, für deren Erfüllung die unteren Schichten ihr letztes eingesetzt haben, fordern gleiche Rechte. Die inneren und äußeren Vorgänge, die uns jetzt bewegen, sind eng miteinander verknüpft. Es ist z. B. kein Zufall, daß dieselben Kreise und Personen, die nach außen die Gewalt und die Politik der Faust propagieren, dieselben sind, die im Innern allen freiheitlichen Bestrebungen des Volkes mit allen Mitteln entgegenstreben. Die Wahlrechtsvorlage muß sich durchsetzen. Die bis auf die äußerste in Anspruch genommene Geduld des Volkes noch mehr zu belasten, führt notwendig zur Katastrophe. Das Gleiche gilt von der halbigen vollen Freiheit des Koalitionsrechts, das sich heute lediglich der Duldung erfreut. Vor allem muß der § 153 fallen. Es liegt bei der Zukunft, ob die während dieses Krieges überbrückte Gegenföhlichkeit der Begriffe Freiheit und Vaterland, auf immer verschwindet oder noch erweitert und unvereinbar gemacht wird.

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Berechtigung wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingehenden freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Ausgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schleunige Durchführung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechts. Ferner wird eine vollständige Reform des Herrenhauses in Preußen gefordert. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einigkeit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reich die Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern geschlich geordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeföhrt werden.

Als letzter Redner nahm der Zentrumsabgeordnete Stegerwald das Wort. Er bezeichnete die Beendigung der Völkerkatastrophe und den Aufbau des Friedens als sichere Grundlage als allgemeines und oberstes Kulturziel. — Zum Schlusse erfolgte die Annahme folgender

### Resolution:

Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten, so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Wasserrat zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Vergiftfrieden ebenso entschieden ab, wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarenden Grenzverschiebungen, die von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Gebietsentschädigungen absehen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahren. Jeder Frieden, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechts und der Sittlichkeit Gewähr leisten.

In diesen Forderungen zeigt sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes.

## Die Tschechentagung in Prag.

Es wird immer rätselhafter. Da haben die Tschechenführer am vergangenen Sonntag in Prag getagt. Alle waren sie beisammen, die Abgeordneten, die es noch sind und die, die es einmal waren. Selbstverständlich „aus allen Ländern der heiligen Wenzelskrone“ . . .

Man liest nur die Reden und die Beschlüsse. Durchaus nichts Neues, nichts Uebervältigendes.

nichts als altes Gemäsch, immer wiederholte und hundertmal widerlegte Unwahrheiten, wie die von der Unterdrückung der tschechischen Nation, einen Extrakt der landläufigen tschechischen Volkspersammlungsphrasen. Dennoch dürfen die Dinge nicht veröffentlicht werden, der Zensor mit seinem Deutestock steht warnend vor uns. Wir sind zwar Freunde der Freiheit, aber keine Freunde der weißen Flecke.

Das wäre die eine Seite. Nun kommen wir zur anderen Seite. Jedes Warum hat sein Darum. Dieses Darum würde uns höchlich interessieren. Würde uns um so lebhafter interessieren, als wir der Meinung sind, daß diese den Tschechen gegenüber geübte Duldungstaktik die entgegengesetzte Wirkung haben wird. Nein, bessern werden sich die Herrschaften nicht mehr. Es hat an Beweisen höchsten Entgegenkommens nicht gefehlt. Man hat sie umschmeichelt, ein Auge, beide Augen zugedrückt, immer in der Hoffnung, sie würden schließlich als reuige Sünder in des Vaterlandes Schoß zurückkehren. Gemüht hat das alles nichts. Im Gegenteil, es wurde immer schlimmer. Man lese nur die in Form einer Anfrage von dreiundachtzig deutschen Abgeordneten dem Landesverteidigungsminister überreichte Denkschrift über das Verhalten der Tschechen im Kriege. Sie haben — gelinde gesagt — fast überall versagt. Zum Teile draußen in den Schützengraben, nicht minder auch daheim im Hinterlande. Gedrückt haben sie sich in auffallender Weise bei den Kriegsanleihezeichnungen, gedrückt bei der Lebensmittelversorgung. Die flammende Anklage des Abtes Hellmer im Herrenhause, der mit Recht die Hungersnot in den deutschböhmiischen Gebirgsorten dem egoistischen Vorgehen der tschechischen Landwirte zuschrieb, ist noch in frischer Erinnerung. Dennoch, dennoch den Tschechen gegenüber immer nur die Samtpfote! Man sollte glauben, daß man endlich sich von dieser unglückseligen Taktik losriße. Das Ausland wird die geschwollenen lügenhaften Anklagen der Tschechen natürlich zu Gesicht bekommen, wir aber müssen schweigen, dürfen das famose Pronunziamento der Prager Tagung nicht veröffentlichen. Kein Wunder, daß in deutschen Kreisen die Erbitterung zusehends wächst. Da opfert man alles dem Vaterland, indes andere das Land verraten und ihm in den Rücken fallen. Diese anderen werden aber fortgesetzt gestreichelt. Wir gestehen, uns fehlt jegliches Verständnis für eine solche Politik. Duldung ist eine schöne Sache, aber wenn der Sünder uns frech ins Gesicht lacht, seine Missetaten noch als Heldentum feiert und nicht aufhört, zu erklären, er gäbe nicht ein Jota seiner Verwegenheiten preis, dann müssen endlich diejenigen, die zu Landgrafen bestellt sind, hart werden. — Lloyd George mag an den Tschechen seine Freude haben, eine österreichische Regierung kann und darf es nicht. Es ist Zeit zum gründlichen Abhraus!

**Tschechische Rundgebungen.**

Prag, 8. Jänner. (Privattelegramm.)  
Abg. Stanek hat beim Ministerpräsidenten Doktor  
K. v. Seidler telefonisch wegen der Beschlag-  
nahme der tschechischen Rundgebung pro-  
testiert und, wie die tschechischen Blätter berichten, die  
Zusage erhalten, daß sich der Ministerpräsident die  
Rundgebung neuerlich werde vorlegen lassen und dann  
die entsprechenden Maßnahmen treffen werde.

Im Prager Stadtverordnetenkolle-  
gium hat Bürgermeister Dr. Gros in einer Er-  
öffnungsansprache eine Uebersicht über die Schwierig-  
keiten der Lebensmittelversorgung gegeben.  
Im Anschluß daran drückte der sozialdemokratische  
Stadtverordnete Reichsratsabgeordneter Dr. Soukup  
sein Bedauern darüber aus, daß der Bürger-  
meister in seiner Eröffnungsansprache nicht auch  
der sonntägigen Deklaration der tschechi-  
schen Abgeordneten für den Frieden gedacht habe.  
Bürgermeister Dr. Gros erwiderte, daß dies aus  
dem Grunde nicht geschehen konnte, weil die sonntägige  
Abgeordnetenversammlung eine vertrauliche  
war und weil die beschlossene Deklaration bisher nicht  
veröffentlicht wurde. Dr. Soukup stellte den Antrag,  
daß eine solche Rundgebung der Prager  
Stadtvertretung jedenfalls in würdiger  
Form erfolgen müsse und daß ihr somit eine  
eigene Sitzung des Kollegiums gewidmet werden  
möge. Der Antrag Soukup wurde an-  
genommen.

**Die Delegationsmitglieder in Udine und Görz.**

Die Delegationsmitglieder, die sich bekanntlich Montag den 7. d., früh, nach Udine begeben hatten, sind heute nachmittags 2 Uhr wieder in Wien angekommen. An der Reise nahmen ungefähr 30 Delegationsmitglieder teil, darunter die Herrenhausmitglieder Dr. Baernreither, Fürst Friedrich Lobkowitz, Graf Mensdorff und Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Mehrzahl der deutschnationalen und christlichsozialen Delegierten aus dem Abgeordnetenhaus. Die Delegierten wurden in Udine vom FML. Konopicky empfangen, mußten aber von der Reise ins engere Kriegsgebiet wegen des außerordentlich schlechten Wetters absehen. Die Delegierten begaben sich von Udine nach Görz, wo sie vom FML. Kuchinka und SM. Kleinschrott empfangen wurden. Die Delegierten nahmen eine Reihe von Besichtigungen vor sowie Mitteilungen und Vorträge über technische und wirtschaftliche Einrichtungen entgegen. Die ungarischen Delegationsmitglieder, die bereits einen Tag vor der Ankunft der österreichischen De-

legierten in Udine eingetroffen waren, hatten Gelegenheit, sich weiter ins engere Kriegsgebiet zu begeben und kamen nach ihrer Rückkehr nach Udine mit den österreichischen Delegierten zusammen.

Ueber den Aufenthalt der Delegierten in Görz geht uns noch folgender Bericht zu:

Das ursprüngliche Programm der Delegiertenreise nach Udine hat eine Abänderung erfahren, indem die österreichischen Delegierten den zweiten Tag in Görz verbrachten. Unter der ausgezeichneten Führung des FML. Kuchinka haben sie nicht nur die Stadt und das Kastell, sondern auch die Umgebung, soweit wie möglich, besichtigt, insbesondere wurde der berühmte Höhenzug Podgora bestiegen. Nach der Besichtigung versammelten sich die Delegierten, einer Einladung des FML. Kuchinka folgend, in der Offiziersmesse zu einem Mittagmahl, dem auch Landeshauptmann Faidutti beiwohnte. Nach einem begeistert aufgenommenen Trinksprache des Landeshauptmannes auf den Kaiser und nach Wechselreden des Präsidenten der Delegation Prälaten Hauser, des FML. Kuchinka und des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurden in einem sehr anregenden Gespräche die Verhältnisse in Görz eingehend besprochen und insbesondere Ansichten darüber ausgetauscht, wie ein möglichst rascher und eingreifender Wiederaufbau der Stadt und der zerstörten Umgebung in die Wege zu leiten wäre. Die Delegierten verließen erschüttert von dem tiefen Eindrucke des Gesehenen die Stadt.

**Zusammenstoße zwischen Deutschen und Sozialdemokraten.**

Vorgestern Donnerstag fand im Annasaal in der Brigittenau eine von den Siegfriedenversammlungen der Deutschen Arbeiterpartei statt, die infolge des Auftretens sozialdemokratischer Versammlungsteilnehmer einen sehr stürmischen Verlauf nahm. Die Sozialdemokraten hatten bereits um halb 7 Uhr den Saal besetzt, in der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Die deutschnationalen Redner wurden fortwährend minutenlang unterbrochen. Insbesondere die Ausführungen des Redners Anjorge, der Ansprüche sozialdemokratischer Abgeordneter u. a. des reichsdeutschen Dr. David und des österreichischen Abgeordneten Leuthner ins Treffen führte, riefen stürmischen Widerspruch bei den Sozialdemokraten hervor. Wiederholt drohten die Gegensätze zwischen den deutschnationalen und sozialdemokratischen Versammlungsbesuchern — im ganzen waren von beiden Parteien einige hundert Versammlungsteilnehmer erschienen — in Tätlichkeiten auszuarten, die Leute drohten einander mit Gläsern und Stöcken, und es kam hier und da zu einem kleinen Handgemenge. Die Sozialdemokraten, deren Wortführer, ein Gewerkschaftssekretär, sich zum Wort gemeldet hatte, kamen aber nicht dazu, von der ihnen zugesagten Worterteilung Gebrauch zu machen, da die Rednerliste zur „Polizeistunde“ um 10 Uhr auch nicht erschöpft war. Kurz vor 10 Uhr stieg der Wortführer der Sozialdemokraten auf einen Sessel und rief seinen Leuten zu: „Wer für einen Verständigungsfrieden ist, der möge den Saal verlassen.“ Hierauf verließen ungefähr die Hälfte der Versammlungsteilnehmer unter Abhängung des Liedes der Arbeit den Saal.

### Wien und die staatsrechtlichen Erklärungen der Slaven.

In einer Versammlung des Bezirksverbandes Wien, 15. Bez., wurde nach einem Berichte des Professors Partisch Bezirksrat Ferd. Schwarzinger ersucht, in der Bezirksvertretung auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die slavischen staatsrechtlichen Forderungen für Wien entstehen.

In der am 20. Dezember 1917 stattgefundenen Sitzung der Bezirksvertretung für den 15. Bezirk hat Bezirksrat Ferd. Schwarzinger folgenden Antrag gestellt, welcher auch einstimmig angenommen wurde:

„Eshehen und Südslaven haben auch ihre jetzige parlamentarische Tätigkeit mit der Abgabe staatsrechtlicher Erklärungen eingeleitet. Unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits, auf das historische Staatsrecht andererseits verlangen sie die Schaffung selbständiger slavischer Staaten im Nord und Süd, die in nächster Nähe Preßburgs an der Donau aneinandergrenzen sollen. Die Verwirklichung dieser Träume und Wünsche bedeutet für Wien als Reichshaupt- und Residenzstadt eine große Gefahr.

In früheren Zeiten Hauptstadt des gesamten Reiches, erster Knotenpunkt aller Verkehrswege, Sitz der Zentralbehörden, Mittelpunkt des wirtschaftlichen, geistigen und politischen Lebens, hat Wien schon durch den Dualismus schweren Schaden erlitten. Gehen die Wünsche der Slaven in Erfüllung, so wird Wien von drei Seiten durch fremde Staaten eingekapselt, zu einer alle Schwächen einer Grenzstadt zeigenden Provinzstadt herabgedrückt. Ein Teil der Zentralbehörden würde Wien verlassen müssen, ein Großteil des Wirtschaftslebens würde in die Hauptorte des neuen Reiches, Prag und wahrscheinlich Laibach, übergeleitet werden, der Weg nach dem Balkan, nach Triest und in das Deutsche Reich ginge durch diese Staaten, so daß wir vollständig dem Wohlwollen unserer Nachbarn ausgeliefert wären.

Große Unruhe und schwere Sorge um die Zukunft der Vaterstadt hat die bodenständige Bevölkerung Wiens erfaßt. Laut und leidenschaftlich nehmen wir Stellung gegen die Erfüllung dieser slavischen Wünsche, gegen die Befriedigung unerfüllbarer slavischer Begierden, die nicht nur eine Gefährdung des Staates, eine Bedrohung des sudetenländischen und alpenländischen Deutschtums, sondern auch eine Vernichtung unserer Großstadtstellung bedeuten würde.

Ich beantrage daher, die Bezirksvertretung wolle gegen diese, auch die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien schädigenden Forderungen entsprechende Vermahnung einlegen, sowie Se. Erzellenz den Herrn Bürgermeister Dr. R. Weiskirchner zu ersuchen, er möge auch im Wiener Gemeinderate zu dieser Frage entschiedene Stellung nehmen und die Regierung warnen, durch etwaige Nachgiebigkeit gegenüber den slavischen Wünschen die zur größten Bewunderung zwingende Geduld der patriotischen Wiener Bevölkerung auf eine allzu große Belastungsprobe zu stellen.“

## K. k. Bezirksschulrat Wien.

## Abichaffung des Adels und der Auszeichnungen?

(Von einem Hochschullehrer.)

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung soll demnächst über den sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Adelstitel, Wappen und Orden beraten. Man beruft sich dabei auf das Beispiel in einigen unserer Nachbarstaaten und hält daher wohl ohne gründlichere Ueberlegung das Problem in der „modernen Zeit“ bereits für gelöst. Ohne darauf näher einzugehen, daß die Sache gewiß nicht so dringlich ist und daher die Entscheidung zweifellos besser der konstituierenden Nationalversammlung vorbehalten bliebe, soll im folgenden nur der Rechtsstandpunkt dargelegt werden, der durch die radikalen Maßnahmen andernorts keineswegs noch widerlegt ist.

Erworbene Rechte sollten niemandem genommen werden, außer man beabsichtigt, möglichst viele Unzufriedene zu schaffen. In diesem Kriege haben sich viele ehrlich Auszeichnungen erworben; ihnen sind diese lieb geworden und sie haben Grund, dieselben mit Stolz zu tragen. Warum sollte man diese Andenken abschaffen oder herabsetzen? Es sollte vielmehr auch jenen, deren berechtigete Ansprüche infolge des Umsturzes nicht mehr erfüllt werden konnten, nachträglich die verdiente Auszeichnung durch das Staatsratspräsidium verliehen werden. Es ist auch die Frage: ob die jetzige Staatsregierung zuständig ist, Auszeichnungen abzuschaffen, die von einer früheren, legalen Regierung verliehen worden sind? Die gänzlich, grundsätzliche Abschaffung der Orden und Ehrenzeichen wäre jedenfalls ein Schritt zu weit. Im republikanischen Frankreich bildet der Orden der Ehrenlegion ein erstrebenswertes Ziel und bestehen dort noch einige kleinere Dekorationen. Sogar in Amerika hat man, es für gut befunden, Ordens- und Erinnerungszeichen zu schaffen, um Verdienste zu belohnen und aus Anlaß geschichtlicher Ereignisse Ehrenzeichen zu verteilen. Durch diese Auszeichnungen wird der Eifer, die Konkurrenz im Guten gemehrt und erhalten. Das gereicht der Allgemeinheit zum Nutzen. Was unnötig und anstößig ist, kann ruhig abgeschafft werden. Dazu gehören die vielen Sorten und Klassen der bisherigen kaiserlichen Orden, die aber denjenigen, welche solche mit Recht bereits erworben haben, zu belassen wären.

Im republikanischen Deutschösterreich hätte jedenfalls die Existenzberechtigung:

- Ein Verdienstorden, für dem Staate oder der Allgemeinheit geleistete Dienste;
- eine Tapferkeitsmedaille;
- die Ehrenzeichen für Verdienste um das rote Kreuz, und
- eine Rettungsmedaille für mutige Errettung von Menschen aus Lebensgefahr.

Was den Adel anbelangt, sollten jegliche Vorrechte allerdings abgeschafft werden, aber bereits erworbene Adelstitel können zu Recht niemandem genommen werden. Wie kann man jemandem einen Adelstitel verwehren, den schon seine Ahnen vor Jahrhunderten erworben haben? Wie kann einem adeligen Ausländer, wenn er sich in Deutschösterreich niederläßt, sein Adelstitel verwehrt werden? Es kann ausgesprochen werden, daß der deutschösterreichische Staat keine Adelstitel mehr verleiht, aber bereits bestehende österreichische, ungarische und ausländische Adelstitel sollen ruhig geführt werden dürfen, natürlich ohne jegliche Vorrechte gegenüber den anderen Staatsbürgern. Was andere Titel anbetrifft, so kann die Verleihung derselben als Auszeichnung in Zukunft unterbleiben. Aber man kann den Gemeinden und privaten Anstalten, Banken und Industrieunternehmungen usw. wohl nicht verwehren, im eigenen Wirkungskreise Beamte und Personen, die sich um sie verdient gemacht haben, mit Titeln zu beehren.

Die Wappen sind Erinnerungszeichen des Adels und auch vieler bürgerlicher Familien. Die Föhrung dieser Abzeichen schadet absolut niemandem und denjenigen, die es freut, soll man die Freude nicht unnötig verderben. Wappen sind Andenken, Reliquien, bilden ein privates Recht, in welches einzugreifen kein Grund, noch weniger nötig ist. Es gibt auch Wappen zur Kennzeichnung gewerblicher Branchen, zur Verzierung von Aufschriften und Briefen. Das verstößt gewiß nicht gegen demokratische Prinzipien.

Das neue bürgerliche Staatsgrundgesetz hat die Orden nicht abgeschafft, auch den Adel nicht. Punkt 11 des Staatsgrundgesetzes lautet: „Alle Vorrechte der Geburt und des Adels sowie Titel, die keine Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben.“ — Die preussische Regierung hat am 24. Dezember 1918 folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Verleihung von Orden findet nicht mehr statt; doch ist es jedermann gestattet, früher verliehene Orden, insbesondere auch Kriegserinnerungszeichen weiter zu tragen. Die Verleihung von Titeln findet ebenfalls nicht mehr statt. Früher verliehene Titel können weitergeführt werden. Eine Neuregelung der Amtsbezeichnungen für Beamte wird im Anschluß an die in Aussicht stehende Reform des Beamtenrechtes und der Besoldungsverhältnisse vorgenommen. Bis dahin bleiben die bisherigen Bestimmungen über die Amtsbezeichnungen bestehen.“ — Wenn in Berlin und München diese Fragen doch mit einiger Rücksicht behandelt werden, so sollen in Deutschösterreich, wo nicht die Sozialdemokratie allein herrscht, noch viel mehr die bürgerlichen Meinungen Berücksichtigung finden und alles vermieden werden, was einem kränken kann, ohne dem Anderen zu nützen.

Durch die Abschaffung der Orden und Titel wird niemand im Staate begünstigt werden. Es gibt viele wichtigere und dringendere Sachen. Das Existenzminimum beträgt noch immer 1600 K wie vor dem Kriege und arme Leute, die kümmerlich um die Existenz ringen, hungern, werden mit Steuerererkutionen bedroht, für Beträge, die in keinem Verhältnis stehen zum Einkommen und dem Lebensbedarf. Die noch aus absolutistischer Zeit gebliebenen kaiserlichen Patente vom Jahre 1854, eine Schande des alten Oesterreich, bestehen lustig weiter und die politischen und die Polizeibehörden amtieren ruhig weiter, auf Grund dieser Patente. Wäre es nicht dringender, hier zunächst sich zu betätigen?



## Abgeordnetenhaus.

109. Sitzung, Dienstag, den 15. Januar 1918.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

### Anträge zur Frauenfrage.

Abg. Graef (kons.) fortfahrend: Die Rechtstage der Frau ist durch das B. G. B. hinreichend gesichert. Wo sich Abänderungen als notwendig herausstellen, wird der männliche Gesetzgeber gern dazu bereit sein. (Lachen auf der von Frauen überfüllten Zuhörertribüne.) Aber bei dem Stimmrecht heißt es: principiis obsta! Wer der Frau das Gemeindevahlrecht gibt, kann ihr das politische Stimmrecht nicht versagen. Das politische Stimmrecht aber führt zu Zwistigkeiten in der Familie. (Große Heiterkeit links und bei den Zuhörern). Entweder stimmt die Frau anders als der Mann, und dann kann es beim Mittagessen ja zu netten Auseinandersetzungen kommen. (Heiterkeit). Wir verzichten jedenfalls! (Sehr richtig! rechts.) Oder die Frau stimmt ebenso wie der Mann und dann bedeutet das Frauenstimmrecht ein Mehrstimmrecht für den Mann. (Lachen links). Wer das Frauenstimmrecht will, muß auch eine rege Anteilnahme der Frau am politischen Leben wollen. (Sehr richtig! links). Gerade davon wollen wir aber nicht zuletzt im Interesse der Frauen selbst nichts wissen. Das Frauenstimmrecht hat bisher noch nirgends die wirtschaftliche Lage der erwerbenden Frauen verbessert. Die Haltung der deutschen Frauen im Kriege ist über alles Lob erhaben, mit unerschütterlicher Standhaftigkeit haben sie alle Schwierigkeiten ertragen und halten aus bis zum siegreichen Ende. (Zurufe b. d. U. Soz.: Schöne Redensarten!) Aber bei aller Anerkennung muß ich doch sagen, daß diese Leistungen keine Rolle spielen gegenüber denen der Männer an der Front. Der Krieg lehrt die völlige Ungleichheit der beiden Geschlechter, das hat auch Anselma Heine anerkannt. Das Frauenstimmrecht scheidet die Tüchtigen aus, das hat sich in Amerika in Colorado gezeigt, aber herrschen sollen die Tüchtigen! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.): Schon jetzt können Frauen beratende Stimme in den städtischen Deputationen erhalten, so ganz unerträglich ist der gegenwärtige Zustand also nicht. Die Frauen haben sich bisher besonders für die mit sozialen Dingen und Wohlfahrtspflege befaßten Deputationen interessiert, darauf kann weitergebaut werden. Das aktive Frauenwahlrecht und die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ist nach kirchlichen Grundsätzen nichts Unerlaubtes, wir halten sie aber nicht für ersprießlich. Das sagen auch Frauen, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Caritas gestellt haben. Die Verhältnisse im Ausland können für uns doch nicht maßgebend sein. (Sehr richtig! i. Ztr.) Wir lehnen ein Frauenstimmrecht in kommunalen und staatlichen Dingen ab. Dagegen sind wir einverstanden damit, daß Frauen als Beamte im Wohnungs-, Schul-, Sozialwesen usw. sachkundig mitberaten; aber das entwickelt sich ruhig von selber, dazu bedarf es keiner besonderen Gesetze. Auch eine staatliche Förderung der sozialen Frauenschulen ist wünschenswert. Die Eingaben des Bundes gegen die Frauenemanzipation usw. zeugen von Oberflächlichkeit und geringem Unterrichtsein; die darin aufgestellten Behauptungen entbehren größtenteils des Beweises.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit ist, die Städteordnung im Sinne der Wünsche des Gemeindeausschusses abzuändern, so daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können. Das solle jedoch nicht durch ein Sondergesetz geschehen; hoffentlich finde sich bald der Weg, um den Frauen dieses Recht zu geben.

Abg. Dr. Lewin (Fortsch. Vpt.): Wir treten ein für volle Gleichberechtigung der Frau, und wenn man auch nicht Mauern

einrennen kann, so müssen doch in absehbarer Zeit die Frauen die ihnen zustehenden Rechte erhalten. Wenn wir für das Frauenstimmrecht eintreten, so stelle ich fest, daß der Liberalismus nie etwas um seines eigenen Vorteils willen getan hat. (Gelächter rechts.) Die Frauen haben im Kriege Pflichten ausgeübt, man muß ihnen dazu auch Rechte geben. Noch 1903 wurde Minister Budde von der Rechten angegriffen, weil er zuviel Beamtinnen anstelle, heute loben Sie ihre Arbeit. Vor dem Kriege war die Zahl der erwerbstätigen Männer nur doppelt so groß als die der erwerbstätigen Frauen. Jetzt im Kriege hat sich das Verhältnis sehr zugunsten der Frauen verschoben. Die erwerbstätigen selbständigen Frauen haben die Steuerpflicht ebenso wie die Männer. Auch von der Rechten haben die Bestrebungen der Frauen Unterstützung erfahren. 1892 hat Graf Kanitz sich für das persönliche Gemeindevahlrecht ausgesprochen. Er sagte damals: Verderben Sie es mit Ihrer Wählerschaft! 1902 meinte ein anderer Konservativer, durch das aktive Frauenwahlrecht würde das Reichstagswahlrecht in seinen Wirkungen sehr gemindert werden. Auch der Abg. Trimborn hat gesagt: Wenn die Dinge reif sind, wollen wir darüber sprechen. Ich glaube, wir sind der Reife sehr nahe. (Zustimmung links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Der fortschrittliche Antrag hat als der weitestgehende den Vorzug vor anderen durch den Ausschuss abgeschwächten Anträgen. Wir werden den Versuch machen, bei der jetzigen Wahlrechtsvorlage auch die Frage des Frauenwahlrechts zu lösen, geben uns aber keinen allzu großen Hoffnungen hin. Das Volk wird die Antwort darauf geben, wenn die Kommission die Wahlreform zu verschleppen sucht.

Abg. Riepmann (natl.): Die Frauen haben in diesem Kriege Außerordentliches geleistet. Ich erinnere an die erfolgreiche Tätigkeit der Frau in der kommunalen Fürsorge. Hieraus leiten auch meine Freunde ihre Ansicht her, daß der Krieg uns auch auf diesem Gebiet ein großer Lehrmeister war und wir genötigt sind, ihr Arbeitsgebiet und ihre Rechte zu erweitern. Dem fortschrittlichen Antrag stehen wir wohlwollend gegenüber, weil wir wissen, daß die Frauen in den Gemeinden bereits Gutes leisten. Auch den Beschlüssen des Ausschusses stimmen wir zu. Eine Vorarbeit zur Wahlrechtsreform wollen wir hier aber nicht schaffen. Der Abg. Hirsch hat gesagt, daß es mit der rühmlichen Anerkennung der Frauen nicht getan sei, sondern daß die Frauen auch einen tatsächlichen Dank erwarten. Ich glaube das nicht. Die Frauen haben sich gerade jetzt im Kriege nur von ihrer idealen Auffassung leiten lassen.

Abg. v. Wognau (kons.): Die Sozialdemokratie geht in ihren Theorien immer sehr weit. Ich hoffe aber, daß sie sich nach und nach den Erfordernissen des wirklichen Lebens zuwenden und mit ihren Forderungen einlenken wird. Wichtiger als das Frauenstimmrecht ist die Beschränkung der unehelichen Geburten, die Fürsorge für die Mütter usw. Die Not der Frauen wird nach dem Kriege größer sein, als irgendeine andere Not. Hier müssen wir zu steuern suchen. Das ist wichtiger, als die Verleihung des Stimmrechts.

Abg. Ströbel (U.-Soz.) fordert das Reichstagswahlrecht für die Frauen.

Darauf wird die Beratung der Anträge zur Frauenfrage abgebrochen.

Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 12 Uhr: Einbringung des Etats, Anträge zur Frauenfrage.

Schluß: 5¼ Uhr.

## Herrenhaus.

24. Sitzung, Dienstag, den 15. Januar 1918.

Am Ministertische: Graf v. Hertling, Dr. Friedberg, Hergt, Dr. Sydow.

Die Tribünen sind überfüllt. Auch zahlreiche Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses sind anwesend.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg eröffnet die Sitzung um 2,45 Uhr. Er übermittelt dem Hause die besten Neujahrswünsche: Möge 1918 in unserer Geschichte ein Markstein neuer Kraft und Größe werden, möge im neuen Jahre der alte Preußer seinem Flug aufwärts nehmen, der Sonne entgegen, auch fürberhin strahlend und Lorbeerumrauscht. (Beifall.) Vom Kaiser ist auf ein Neujahrstelegramm eine Antwort eingegangen, in der es heißt: Gott sei Dank können wir mit Zuversicht einem siegreichen Ende des Völkerringens im neuen Jahre entgegensehen. (Beifall.) Der Präsident begrüßt dann das neue Mitglied des Herrenhauses Stegerwald, den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften.

### Das Wohnungsgesetz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Wohnungsgesetz, das vom Abgeordnetenhaus abgeändert worden ist.

Ministerpräsident Graf v. Hertling:

Ich ergreife gern die Gelegenheit, um mich dem Hause vorzustellen, nachdem mich Seine Majestät der Kaiser und König auf den schweren und verantwortungsvollen Posten berufen hat. Der Gegenstand, um den es sich hier handelt, ist ja in der letzten Zeit in seiner außerordentlichen Wichtigkeit mehr und mehr erkannt worden. Schon vor dem Kriege, schon jahrelang vorher mußte jeder, dem das Wohl des Volkes ernstlich am Herzen lag, daß die Zustände, wie sie sich an den Peripherien unserer Großstädte entwickelt hatten, wie sie sich in den industriellen Gebieten zeigten, uns mit ernster Sorge erfüllen mußten. Diese schlecht gelüfteten Räume mit der Aussicht auf enge Höfe, diese vielen Stodwerke, diese überfüllten Wohnungen, die Unmöglichkeit, genügend Familienwohnungen herzustellen, die damit gegebenen Gefahren für die heranwachsende Jugend, die für ihre spätere Entwicklung vergiftend wirken mußten, alle diese Umstände drängten zu einer Besserung auf diesem Gebiete. Es war selbstverständlich, daß Abhilfe dieser schweren Schäden geschaffen werden mußte. Diese Erkenntnis hat sich in weiten Kreisen Bahn gebrochen. Es sind die nötigen Maßregeln ergriffen worden. Es ist aber notwendig, in großem Maßstabe und großzügig hier vorzugehen. Durch den Krieg sind uns neue Erschwernisse und neue Ausgaben geworden. Aber es handelt sich nicht nur darum, daß wir die Wohnungen äußerlich imstande halten, sondern es liegt uns auch am Herzen, daß wir den heimkehrenden Kriegern ein Haus schaffen, das ausreichend und gesund ist. (Beifall.) Aus diesen Erwägungen heraus, ist diese Vorlage entstanden. Mittel des Staates sollen bereitgestellt werden. Der Ausschuß hat bereits erfolgreich gearbeitet. Die Regierung ist bereit, die vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen. (Beifall.)

Darauf wird in der Beratung des Wohnungsgesetzes eingetreten.

Herr v. Heydebreck berichtet über die Verhandlungen des Herrenhauses.

Landeshauptmann v. Bismowski: Um die Verabschiedung der so wichtigen Vorlage zu beschleunigen, wäre es besser gewesen, wenn unsere Kommission während der Vertagung hätte weiter arbeiten können. Die übelwollenden Vorwürfe gegen das Herrenhaus, als wollte es die Vorlage verschleppen, sind völlig grundlos. Mögen sich die großen Hoffnungen bewahrheiten, die wir an dieses Gesetz knüpfen.

Oberbürgermeister Scholz-Danzig: Dieses Gesetz ist nicht tauglich, um die schweren Schäden im Wohnungswesen gutzumachen. Gut ist sein Name, aber die Ziele eines Wohnungsgesetzes erreicht es nicht. Es beschränkt die Selbstverwaltung der Gemeinden und setzt dafür die Polizeigewalt — auf einem solchen Gebiet! Das Gesetz bringt keine neuen Gesichtspunkte in die Wohnungsfrage hinein. Statt die Gemeinden durch Übertragung der Verantwortung zu hohen Leistungen anzuspornen, überträgt man die Ausführung der Bürokratie und das bei dem Ruhm der Selbstverwaltung durch Voebell und Drews. Die Herabgabe von 20 Mill. für gemeinnützigen Wohnungsbau hätte man auch durch den Etat oder sonstige erreichen können, dazu braucht man kein „Wohnungsgesetz“. Ein Versagen der Gemeinden ist nicht erwiefen worden. Wir begrüßen es, daß jetzt auch Groß-Berlin und Potsdam die Baupolizei übertragen erhalten sollen. Aber die Bürgermeister haben hierin den Weisungen der Aufsichtsbehörde zu folgen; es kann leicht durch die Regierungspräsidenten eine zentrale Regelung erfolgen. Ein Fortschritt ist die Anerkennung der Wohnungsaufsicht als Gemeindefache. Die Kommission hat beim Dispens vom Bauverbot eine Förderung des Flachbaues (höchstens ein Obergeschloß) hineingebracht, ebenso bei den Straßenbaukosten. Auch für Heimatschutz und Denkmalpflege ist gesorgt worden. Bei allen Verbesserungen kann aber dieses Gesetz nur ein Anfang sein.

Oberpräsident a. D. Freiherr v. Rheinbaben: Ich halte die Entwicklung für äußerst günstig, wenn Staat und Gemeinden von dem Rahmen dieser Vorlagen Gebrauch machen. Die Heranziehung der Deffenlichkeit zur Wohnungsfürsorge ist ein neuer und wichtiger Gesichtspunkt. Ich bin ein so großer Freund der Vorlage, daß ich ihr auch in der Fassung des Abgeordnetenhauses zugestimmt hätte. Wir hätten dann dreiviertel Jahre gewonnen. Immerhin haben die kommandierenden Generale für Wohnungsbau gefordert. Von einer Mißachtung der Selbstverwaltung kann heute nirgendwo die Rede sein, höchstens einzelne Mißgriffe können vorkommen.

Oberbürgermeister Koch-Rassel: Die Vorteile des Gesetzes überwiegen die Nachteile. Es wird aber nicht allen Anforderungen gerecht. Den heimkehrenden Kriegern soll man nicht zuviel versprechen. Nicht jedem können wir ein Kleinhaus verehren.

Minister für Handel und Gewerbe Dr. Sydow legt noch einmal die Vorteile des Gesetzes dar. Es handelt sich nur um einen ersten Schritt. Die Regierung ist mit den Vorschlägen des Herrenhauses einverstanden.

Staatssekretär a. D. Dernburg: Das Gesetz ist ein Schritt vorwärts, über den man sich freuen kann.

Finanzminister Hergt: Ich nehme die Gelegenheit wahr, mich dem Hause vorzustellen. Es handelt sich hier um ein produktives Gesetz. Mit dieser Vorlage treten wir mitten ins Leben hinein. Meine Herren arbeiten an diesen Fragen mit großem Feuereifer. Wir haben eben eine Reise nach Rheinland-Westfalen gemacht und mit Freuden von dem hohen Stand der Wohnungsfürsorge dort Kenntnis genommen. Wir haben sehr bedeutende Eindrücke empfangen und wertvolles Material gesammelt, das nutzbar gemacht werden wird. Ich bitte die Herren Oberbürgermeister, nicht pessimistisch zu sein, sondern, wie die Staatsregierung, hoffnungsfreudig. Bei uns ist der gute Wille vorhanden, zu helfen. Wenn weitere Mittel notwendig sein werden, dann werden wir später mit neuen Vorlagen an dieses Haus herantreten. (Beifall.)

Staatssekretär a. D. Graf Posadowski: Ich will das Gesetz auf seinem Siegeszuge nicht aufhalten, aber es bedarf noch mancher Ergänzung, besonders, wenn sich nach dem Kriege zeigen wird, daß erhebliche Verschiebungen der einzelnen Bevölkerungsschichten vorgekommen sind. In den Großstädten sind Zustände entstanden, die mit der Sittenordnung eines Staates nicht mehr vereinbar sind. Wir werden uns die Staatshaushaltspläne im Reich und in Preußen sehr genau ansehen und viel streichen müssen, damit wir nicht zu unerträglichen Steuerlasten kommen. Eine große Aufgabe der Zukunft ist die Siedelungsfrage. Das deutsche Geld sollte lieber in solchen Siedelungen angelegt werden, als in tropischen Kolonien.

Oberbürgermeister Ackermann-Stettin: Bei der Neuanlage von industriellen Unternehmungen sollte man immer erst feststellen, ob auch die nötigen Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden sind.

Damit schließt die Aussprache.

Das Gesetz wird darauf einstimmig angenommen. Angenommen wird auch eine Entschließung, wonach das Wohnungswesen nur einem Ministerium unterstellt werden soll. In Festungsstädten soll bei Aufhebung des Rayons von der Erhebung besonderer Entschädigungen an die Reichskasse abgesehen werden.

Das Bürgschaftsicherungs Gesetz wird angenommen.

Rittwoch 2 Uhr: Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung. Berichte, Denkschriften und kleine Vorlagen.

Schluß: gegen 7 Uhr.

### Krisengerüchte.

Im Parlament waren heute Gerüchte über eine Verschiebung der Tagung des Abgeordnetenhauses im Umlaufe. Jedenfalls ist die Sitzung des Abgeordnetenhauses bereits für den 25. d. einberufen und eine Verschiebung dürfte kaum tunlich sein. Möglich wäre nur, daß der Präsident die Sitzung nach der Eröffnung bald schließen oder daß die Regierung den Reichsrat vor seinem Zusammentritt vertagt.

Die Gerüchte sind aufgetaucht im Hinblick auf die allgemeine Lage, insbesondere auf den Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Frgend eine Entscheidung wurde bisher natürlich nicht getroffen.

Ferner zirkulieren Gerüchte über eine Erschütterung der Stellung des Ministeriums Seidler. Diese Gerüchte sind vor allem zurückzuführen auf Unzufriedenheiten im deutschen Lager.

Die alpenländischen deutschnationalen Abgeordneten führen Beschwerde über ein allzu großes Entgegenkommen der Regierung gegenüber den slowenischen Wünschen, insbesondere auf dem Gebiete der Verwaltung; sie stellen eine Abjenz bei der Abstimmung im Budgetausschusse in Aussicht. Andererseits sind die sudetenländischen deutschen Abgeordneten mit der passiven Haltung der Regierung gegenüber czechischen staatsfeindlichen Bestrebungen unzufrieden.

Inwieweit aber diese Abgeordneten bei der Verhandlung des Staatsvoranschlages die Konsequenz ziehen werden, ist heute noch nicht abzusehen. Bis zur Stunde hat sich nichts Tatsächliches ereignet, was auf den faktischen Ausbruch der Regierungskrise schließen lassen würde.

**Erklärung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie.**

Wien, 17. Januar.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Erklärung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, in der es heißt:

Die Parteivertretung hält eine Beruhigung der Arbeitermassen nur unter den folgenden Voraussetzungen für möglich:

1. Wenn die Regierung vollkommen beruhigende Zusicherungen darüber geben kann, daß sie die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgendwelchen territorialen Forderungen scheitern lassen wird; daß sie die Hindernisse, die dem Friedensschluß entgegenstehen, durch vorbehaltlose Anerkennung des unverfälschten demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der umstrittenen Länder aus dem Wege räumen wird; wenn die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft über den Stand der Friedensverhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen im laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. Wenn die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes zustimmt, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung und dem Verbot des Mahlens auf private Rechnung. Ohne uns darüber zu täuschen, daß auch diese Maßregeln nicht eine plötzliche Verbesserung des Verpflegungsdienstes herbeiführen können, glauben wir doch, daß sie die Arbeitermassen wenigstens darüber beruhigen würden, daß in Zukunft die vorhandenen Vorräte möglichst gleichmäßig verteilt werden.

3. Wenn die Regierung einwilligt, die Gemeindevertretungen, deren Beherrschung durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen jede zweckmäßige Verpflegungspolitik unmöglich macht, zu demokratisieren, also unverzüglich die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen den gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen.

4. Wenn die Regierung einwilligt, die Entrechtung der Arbeiter durch die Militarisierung der Betriebe aufzuheben.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung ersuchen wir die Arbeiter aller Lebensmittelindustrien, die Bergarbeiter, die Arbeiter der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und der anderen Transportgewerbe, der Gas- und Elektrizitätswerke dringend, nicht die Arbeit einzustellen. Solche Ausstände würden die Notlage der gesamten Arbeiterschaft überaus verschärfen und müssen daher unterbleiben.

Um unnötige Opfer zu vermeiden, bitten wir die Arbeiter und Arbeiterinnen dringend, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und alle Zusammenstöße auf der Straße zu vermeiden. Ihr demonstriert durch den Streit — die Wirksamkeit dieses Demonstrationsmittels könnte durch Straßenezzeffe nicht gesteigert, sondern eher gefährdet werden.

## Budgetauschuß.

Der Budgetauschuß setzte in seiner heute vormittags unter Vorsitz des Obmannes Dr. Schlvester nach in Anwesenheit des Ministers des Innern Grafen Toggenburg abgehaltenen Sitzung die Verhandlungen über das Kapitel 6 des Voranschlags (Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten) fort.

Abg. Seitz bemerkt, niemand dürfe sich der Erkenntnis entschlagen, daß wir vor einer der geschichtlich wichtigsten Entscheidungen stehen. Die Massen der Bevölkerung haben mit der größten Aufopferung und Einsicht mehr als drei Jahre die Leiden des Krieges getragen, weil sie sich sagen mußten, daß die Gegner zum Frieden noch nicht reif sind. Nun hat die russische Revolution diesem Zustande ein Ende gemacht. Für die heutige russische revolutionäre Regierung ist der baldigste Abschluß des Friedens geradezu eine Existenzbedingung. Andererseits ist der Friedenswille aller Völker soweit gebrochen, daß man sich wohl sagen kann, daß man die Pflicht hat, so rasch als möglich zuzugreifen. Blödielich fingen aber die Verhandlungen mit Rußland an, schleppend zu werden. Es bemächtigte sich daher der Bevölkerung die Besorgnis, es könnte zu einer Verschleppung oder gar zu einem Scheitern der Verhandlungen kommen. Es entsteht der Verdacht, daß man sich sagt: Da die russische Regierung den Frieden schließen muß, können wir unsere Bedingungen etwas höher stellen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch die Verhandlungen hinauszuziehen. Die Sozialdemokraten verkennen nicht, daß man, wenn

man Krieg führt, auch den Willen hat, den Krieg so abzuschließen, daß der Friede ein möglichst dauernder sei. Sie verstehen sogar, wenn Regierungen oder bürgerliche Parteien durch den Krieg gewisse Zukunftsziele verwirklichen wollen. Aber heute handelt es sich um etwas ganz anderes als um die Sicherungen und um die Ziele für die Zukunft, es handelt sich nur darum, wie wir den Krieg so rasch als möglich beenden können.

Man verkenne nicht die Denkart der Männer, die die russische Regierung führen: Sie sind keine Diplomaten, keine Unterhändler, sie sind die Vertreter eines klargezeichneten, zielsicheren Programms. Mit dem Festhalten an ihrem Programm ist ihre Existenz verknüpft. Das Mißverständnis über das Wesen der russischen Unterhändler ist vielleicht die Ursache des schleppenden Ganges der Verhandlungen. Zum Unterschied von allen Staaten der Entente will uns die russische Regierung keinen Handbreit Boden nehmen, sie sichert jedem Volke sein Selbstbestimmungsrecht innerhalb der eigenen Grenzen des Reiches, sie ist sogar so weit gegangen, sich jedes Einflusses auf unsere inneren Verhältnisse zu entziehen. Gegenüber einer solchen Regierung die Verhandlungen zu verschleppen, sei ein großer Fehler.

Was die polnische Frage betrifft, sind die Sozialdemokraten für die Freiheit des polnischen Staates, halten jedoch eine Personalunion mit Polen nicht für eine geeignete Lösung der Frage. Wenn das polnische Volk die Personalunion will, möge man das polnische Volk darüber abstimmen lassen.

Die Regierung müsse auch alles aufbieten, um eine Verschleppung der Verhandlungen zum Zwecke der Erfüllung von Annexionsgelüsten von Parteien in Deutschland zu verhindern. Wir können nicht mehr warten wegen der Wünsche der deutschen Agrarier und Konservativen.

Nicht nur der Ton des Generals Hoffmann ist es, was wir auch den Eindruck nicht los, daß die deutsche Regierung ihre Politik vom Militär beeinflussen lasse. Der deutsche Reichstag ist in seiner Mehrheit einig mit der deutschen Regierung in dem Wunsche nach Frieden.

Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten ist ungenügend. Die Sozialdemokraten haben wiederholt öffentlich im Parlament, in Versammlungen und in der Presse erklärt, daß sie das Vertrauen zu dem Grafen Czernin haben, daß er den Frieden will und anstrebt. Sie haben dies in Formen gesagt, in welchen sie noch niemals gegenüber einer Regierung gesprochen haben, auch nicht zur Zeit der Wahlreform. Aber sie müssen andererseits auch sagen, daß allmählich das Vertrauen in die Kraft des Grafen Czernin zu schwanken beginne, der Dinge Herr zu werden, den Einflüssen der deutschen Konservativen und Junker, der deutschen Annexionisten Widerstand zu leisten, um zu einem raschen Abschluß zu kommen. Wenn Graf Czernin und unsere Regierung vielleicht der Meinung sein sollten, es gehe an, die Verhandlungen zu verschleppen, erklären die Sozialdemokraten demgegenüber mit allem Nachdruck, daß man den breiten Massen ehestens die Versicherung geben müsse, daß der Friede mit Rußland nicht scheitern werde, insbesondere nicht an irgendwelchen territorialen Interessen oder an einem Interesse an Polen. Die Sozialdemokraten haben die Bewegung in den Massen der Industriearbeiter nicht angezettelt und nicht in die Wege geleitet, diese Bewegung ist ein spontaner Ausbruch des Willens der Volksmassen, ausgelöst durch die Schwierigkeiten in der Ernährung, aber verursacht durch die Erschütterung des Vertrauens auf einen raschen Abschluß der Verhandlungen mit Rußland. Wer glaubt, daß man noch warten kann, der irrt. Die Sozialdemokraten wissen, daß nach einem Abschluß des Friedens mit Rußland noch viel Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, sie wissen aber auch, daß dieser Friede die erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Frieden ist. Deshalb kann nur eine wirkliche Beruhigung schaffen die Versicherung eines ehehaltigen Abschlusses der Verhandlungen von Brest-Litowsk.

## Eine Erklärung der Deutschbürgerlichen.

Abg. Dr. Malaja gab im Namen der den deutschen bürgerlichen Parteien angehörenden Mitglieder des Ausschusses folgende Erklärung ab:

Als oberste Richtschnur und Pflicht bei der Behandlung von Angelegenheiten der äußeren Politik erscheint uns im gegenwärtigen Augenblick, daß alles unterlassen werde, was geeignet sein könnte, die Stellung der Vertreter der verbündeten Mächte bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zu erschweren. Wohl aber halten wir die eingehende Erörterung dieser Verhandlungen und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen an den verfassungsmäßig zuständigen Stellen für dringend geboten. Als solche betrachten wir jedoch nicht den Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, sondern zunächst den Ausschuß für äußere Angelegenheiten der Delegation. Wir haben daher dem vom Ausschusse bereits angenommenen Antrage des Abgeordneten Teufel zugestimmt, dahingehend, daß der Ausschuß für Leuzkeres unverzüglich einberufen werde, und erwarten die sofortige Durchführung dieses Antrages.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die westlichen Mächte unter unseren Gegnern gleich wie früherzeit das Anbot der verbündeten Mächte so nunmehr auch die Einladung der damaligen russischen Regierung zur Teilnahme an Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden scharf zurückgewiesen haben. Wir müssen aber mit dieser Tatsache rechnen und erblicken daher als Ziel der Verhandlungen von Brest-Litowsk nur mehr den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland. Zu diesem erreichbaren Ziel nach besten Kräften beizutragen, halten wir für unsere Pflicht.

Mit den Reden der russischen Delegierten in Brest-Litowsk, die deren revolutionärer und sozialdemokratischer Parteirichtung entsprechen, will man hier den Versuch machen, die nach dreieinhalb Kriegsjahren begreifliche Unzufriedenheit zu schüren und aufzustacheln. Unter Vorbehalt der schärfsten Kritik an den Fehlern und Versäumnissen, die in der Monarchie begangen wurden, weisen wir solche für den Staat und damit auch für dessen Bevölkerung gefährliche Versuche zurück. Was wir aber von der österreichischen Regierung verlangen und was die deutschen bürgerlichen Parteien seit jeher verlangt haben, das ist eine bessere Fürsorge für die Ernährung und Erhaltung der Bevölkerung; denn erst die mangelhaften Ernährungsverhältnisse haben für die gegenwärtige Ausstandsbewegung den geeigneten Boden geschaffen.

In der Debatte sind die Erklärungen berührt worden, die Ministerpräsident Lloyd George und Präsident Wilson über die Kriegsziele ihrer Länder abgegeben haben. Wir stellen fest, daß wir in diesen Erklärungen keine Grundlage für den Friedensschluß erblicken. Wir stehen auf dem Standpunkt der Souveränität des österreichischen Staates und lehnen jede Einmischung des Auslandes in die inneren Verhältnisse der Monarchie ab.

Die deutschen bürgerlichen Parteien werden ihre Stellungnahme zu den Fragen der äußeren Politik im Ausschuß für äußere Angelegenheiten der Delegation präzisieren. Inzwischen geben wir der Erwartung Ausdruck, daß die Unterhändler der verbündeten Mächte in Brest-Litowsk, von deren aufrichtigen Friedenswillen wir überzeugt sind, die Verhandlungen auch weiterhin in vorwärtlichem Geiste führen werden.

**Die militärischen Forderungen und die Rekonstruktion des Kabinetts.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 20. Januar.

In politischen Kreisen verlautet, daß es dem Ministerpräsidenten Dr. Bekerle gelungen ist, in der samstägigen Audienz alle schwebenden, sachlichen und Personenfragen zu bereinigen. Die sachlichen Fragen beziehen sich auf die militärischen Forderungen, die persönlichen auf die Rekonstruktion des Kabinetts.

In der Militärfrage wird angekündigt, daß eine königliche Verlautbarung erscheinen dürfte, welche feststellen soll, daß zwischen der Krone und der Nation keine gegensätzliche Auffassung bestände, daß aber die Lösung der Militärfrage mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben soll. Die Lösung der Militärfrage dürfte selbst nach der Ansicht der maßgebenden ungarischen Regierungskreise noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

Heute vormittag fand im Ministerpräsidium eine Ministerberatung statt, an welcher die Minister Graf Serenyi, Ugron, Baron Szurmay und Dr. Bazzonyi teilnahmen und die den aktuellen Fragen galt. In politischen Kreisen verlautet, daß Ministerpräsident Dr. Bekerle noch im Laufe dieser Woche an eine Rekonstruktion des Kabinetts schreiben und dem Monarchen die entsprechenden Vorschläge erstatten werde. Man spricht davon, daß vier bis fünf Mitglieder des Kabinetts aus dem Amte scheiden sollen. Als Nachwärtler für den Posten eines Ernährungsministers wird Prinz Ludwig Wändisch-Graeb genannt. Der Ministerpräsident wird im Verlaufe dieser Woche mit den verschiedenen Persönlichkeiten in Verhandlungen treten, um sein Kabinett zu rekonstruieren. Bei der Neubefetzung der Ministerstellen kommen stark ausgeprägte politische Persönlichkeiten in Betracht.

Die Möglichkeit einer Konzentration, die nach der Rede des Grafen Stephan Tizza in der Arbeitspartei aktuell geworden war, ist in den letzten Tagen geringer geworden. Der Ministerpräsident hat heute einer Arbeiterdeputation mitgeteilt, daß die Wahlrechtspolitik nach wie vor den Kardinalpunkt des Regierungsprogramms bilde und daß die Regierung nur mit solchen Gruppen eine politische Gemeinschaft eingehen könne, die sich ihren Wahlrechtsstandpunkt in seiner Gänze zu eigen machen. Wenn die Wahlrechtsvorlage im Hause keine Majorität erlangen sollte, so werde die Regierung an die Wähler appellieren. Durch dieses neuerliche Bekenntnis der Regierung zur Wahlrechtspolitik erscheinen die Kompromißmöglichkeiten mit der Arbeitspartei verringert.

### Erklärung des Ministerpräsidenten an die Vertreter der deutschen Parteien.

Gestern vormittag fand beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Erklärungen, die die Regierung den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft über die Reform des Gemeindevahlrechtes abgegeben hat, eine Besprechung statt, an welcher die Reichsratsabgeordneten Pacher, Freiherr v. Pauth, Dr. Sylvester, Dr. Urban, Dr. Waldner und Wolf teilnahmen.

Der Ministerpräsident bemerkte einleitend, eine kurze Fühlung mit einzelnen deutschen Abgeordneten habe es ihm wünschenswert erscheinen lassen, eine gründlichere Aussprache mit den in Wien anwesenden Vorständen der deutschen Parteien über jene Angelegenheit herbeizuführen und dabei die Auffassung der Regierung näher darzulegen, in welchem Rahmen und unter welchen Sicherungen sie eine Durchführung solcher Reformen für möglich halte.

Die Regierung erkenne an, daß die Voraussetzungen und Gesichtspunkte für die Behandlung des Gemeindevahlrechtes durch den Krieg eine wesentliche Aenderung erfahren haben und habe sich insbesondere im Hinblick auf die opferwillige Haltung und das verständnisvolle Zusammenwirken aller Volksschichten während des Krieges der Erkenntnis nicht verschlossen, daß künftighin auch auf diesem Gebiete des öffentlichen Lebens, die schon dem Reichsratswahlrechte zugrundeliegenden demokratischen Prinzipien stärker als bisher zur Geltung gelangen müssen.

Dabei sei sich die Regierung natürlich vollkommen bewußt, daß jede Wahlrechtsreform, und insbesondere auch die für die Gemeinden, neben ihrer prinzipiellen und wesentlichen Seite, nämlich der demokratischen, bei uns noch eine andere und gewiß nicht minder wichtige, nämlich die nationale, habe.

In national einheitlichen Staaten bedeuete eine Verbreiterung der Wahlrechtsgrundlagen lediglich eine neue Verteilung des politischen Einflusses innerhalb der sozialen Schichten, den Uebergang eines bestimmten Anteiles an der Macht von einer Schichte auf eine andere. In Oesterreich, und zwar in verschiedenen seiner Länder und Landesteile, könnte eine solche Reform auch eine ganz andere Bedeutung erlangen, nämlich die einer Verschiebung des nationalen Kräfteverhältnisses, des Uebergehens der politischen Macht oder ihres Uebergewichtes von einer nationalen Gruppe auf die andere. Und es sei ohne weiteres zuzugeben, daß unter Umständen diese nationale Nebenwirkung der Reform viel einschneidender, viel gefährlicher sein, die ganze politische und gesellschaftliche Struktur viel mehr ändern könne, als ihre soziale Hauptwirkung.

Und darum sei in Oesterreich jede Wahlrechtsfrage nicht ein einfacher, von rein grundsätzlichen Standpunkte zu behandelnder Gegenstand, sie enthalte vielmehr immer zugleich ein Stück von unserem ewigen österreichischen Problem, dem nationalen, und sie könne und dürfe nicht gelöst werden, ohne daß auch das in ihr eingeschlossene Stück der nationalen Frage mitgelöst wird. Ebenso wie es ein unhaltbarer Standpunkt wäre, den notwendigen demokratischen Fortschritt wegen der sich ergebenden mühsamen nationalen Auseinandersetzung einfach abzulehnen, ebenso wäre es unverantwortlich und gewissenlos, eine Reform lediglich vom demokratischen Standpunkte aus zu betrachten und unter Vernachlässigung ihrer nationalen Folgen durchzuführen.

Alles komme darauf an, die Reform in einer solchen Weise aufzubauen und, sei es nun generell, sei es speziell, nämlich für das Wirkungsgebiet jener Reform, solche Sicherungen zu schaffen, daß die erwünschte soziale Hauptwirkung möglichst erreicht, die unerwünschte nationale Nebenwirkung möglichst ausgeschaltet wird. Darüber sei sich jeder vernünftige Politiker klar: In gemischtsprachigen Gebieten gibt es einmal keine Wahlreform ohne eine gewisse nationale Regelung.

Was nun den vorliegenden Fall anbelangt — die Wünsche der Arbeiterschaft nach einer demokratischeren Entwicklung des Gemeindevahlrechtes und die Auffassung der Regierung, die es für zeitgemäß erachtet, diesen Wünschen in einem bestimmten Maße und unter bestimmten Modalitäten entgegenzukommen — so handle es sich ausschließlich um ein Fortschreiten in politisch-sozialer Richtung. Eine nationale Umwälzung liege weder in den Bestrebungen der Arbeiterschaft noch könnte die Regierung sie zulassen. Sie würde aber auch ganz außerhalb jenes Rahmens fallen, innerhalb dessen die ganze Reform gerechtfertigt erscheint. Denn ebenso, wie die opferwillige Haltung und das verständnisvolle Zusammenwirken aller Volksschichten eine stärkere Heranziehung breiterer Kreise zu den Rechten und Aufgaben des öffentlichen Lebens motiviert, ebenso wäre es ein geradezu unerträglicher Gedanke, daß etwa dem deutschen Volke durch eine irgendwie mit dem Kriege zusammenhängende Reform auch nur die mindeste Benachteiligung oder Kränkung zugefügt würde.

Die Regierung habe daher in ihrer Erklärung gegenüber den Vertretern der Arbeiterschaft ausdrücklich den Vorbehalt gemacht und hiefür auch volles Verständnis gefunden, daß die Reform nur unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ins Auge gefaßt und durchgeführt werden könnte.

Dieser Vorbehalt sei dahin aufzufassen, daß sowohl die in Aussicht gestellte Einbringung von die Neuregelung des Gemeindevahlrechtes betreffenden Regierungsvorlagen in den einzelnen Landtagen wie auch die grundsätzlich zugesicherte Förderung der aus dem Schoße der autonomen Vertretungen an die Regierung gelangenden Vorschläge nur in der Form erfolgen wird, daß der nationale Besitzstand keine Gefährdung erleide.

Die erschienenen Abgeordneten aus Böhmen erklärten unter Beziehung auf die in der Erklärung des Ministerpräsidenten enthaltene Stelle: „In gemischtsprachigen Gebieten gibt es einmal keine Wahlreform ohne gewisse nationale Regelung“, daß für Böhmen die „Wahrung des nationalen Besitzstandes“ die Durchführung der nationalen Zweiteilung und Selbstver-

waltung zur unerläßlichen Voraussetzung habe.

Der Ministerpräsident nahm diese Erklärung entgegen.



## Die Erklärungen der Regierung

Gegeben der Abordnung der Vertrauensmänner am Samstag abend.

Die Abordnung, die, wie an anderer Stelle berichtet wird, in der Zentralversammlung der Vertrauensmänner in Eisenbahnerheim gewählt wurde, ist von der Regierung im Ministerpalast des Abgeordnetenhauses empfangen worden. Dieser Abordnung wurden die Erklärungen der Regierung über die vier Punkte mitgeteilt, die als Forderung des allgemeinen Ausstandes verstanden worden waren. Ueber den Verlauf wird folgendes amtlich berichtet:

Am Samstag abend empfing der Ministerpräsident Ritter v. Seidler in Gegenwart des Ministers Döfer, des Ministers des Innern Grafen Toggendorf und des Ministers für Landesverteidigung v. Czapp eine Reihe von Vertretern der Arbeiterschaft, die unter der Führung der Reichsratsabgeordneten Adler, Seitz, Kerner, Dornes und Danusch erschienen waren.

Abgeordneter Seitz hielt folgende Ansprache:

Meine Herren! Ein furchtbarer Krieg zerfleischt die Völker Europas. Dreieinhalb Jahre hindurch haben die Massen aller Völker das Elend ertragen. Erst vor wenigen Wochen fiel das erlösende Wort. Rußland und die Mittelmächte schlossen Waffenstillstand und in Brest-Litowsk begannen die Friedensverhandlungen. Die Völker hofften auf Erlösung. Aber vor kurzem kam eine schwere Enttäuschung. Die Verhandlungen wurden schleppend, man gewann den Eindruck, sie müßten scheitern. Die Massen der Arbeiter, durch die Qualen der Ueberarbeit geschwächt, infolge der mangelhaften Verhältnisse des Ernährungsdienstes entkräftet, gerieten in Verzweiflung und ein verhältnismäßig geringfügiges Ereignis löste eine

**unabsehbare elementare Bewegung**

aus. Die Arbeiter verließen Werkstätten und Fabriken. Sie fordern Erlösung von der Qual eines unerträglichen Zustandes. Sie begehren gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel auf alle und Einfluß auf die für den Ernährungsdienst maßgebendsten Organe der Verwaltung, auf die Gemeinden; vor allem aber

**heischen sie den Frieden**

oder doch die Bürgschaft, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit ein gedeihliches Ende finden. Sie haben durch ihre Vertreter die Forderungen überreicht und sie kommen heute, die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Möge sie derart sein, daß sie den Massen genügt. Möge sie die Bürgschaft sein für den vorläufigen Teilsfrieden mit Rußland, der der Vorbote sein wird des allgemeinen Friedens, der Erlösung der Menschheit von dem furchtbarsten Kriege, den die Weltgeschichte kennt!

**Der Ministerpräsident**

erklärte, es sei ihm gerade in der gegenwärtigen ernstesten Zeit, die ein inniges und einträchtiges Zusammenwirken aller am Wohle des Staates interessierten Schichten ganz besonders erfordere, sehr erwünscht, mit den erschienenen Vertretern der Arbeiterschaft in unmittelbarem Kontakt treten zu können. Die Regierung wolle sich über alle von der Deputation erwähnten Fragen mit voller Aufrichtigkeit

Zeit und Klarheit äußern und glaube, daß der Standpunkt, auf den sich die Regierung hinsichtlich der einzelnen Punkte stelle, ein derartiger sei, daß er von der Arbeiterschaft mit vertrauensvoller Zustimmung entgegengenommen werden könne. Was zunächst die Friedensfrage anlangt, so sei der Ministerpräsident in der Lage, folgende Erklärung abzugeben:

**Erklärung des Ministers des Innern über den Frieden.**

Es ist der heftigste Wunsch Seiner Majestät, ehevaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Im Sinne dieser Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und in Beobachtung der von ihr wiederholt bekanntgegebenen Richtlinien ihrer Politik hat die k. u. k. Regierung alles, was in ihrer Macht steht, getan und wird sie auch in Zukunft alles, was ihr möglich ist, tun, um den allgemeinen Frieden möglichst bald herbeizuführen. Ist derzeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die alle unsere wiederholten Friedensangebote aus-

geschlagen haben. Dessenungeachtet hält die k. u. k. Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Es liegt ihr nach wie vor fern, die Erreichung dieses Zieles durch irgend welche Eroberungsabsichten zu erschweren, und sie hält nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß internationale Vereinbarungen über die Abrüstung und über Schiedsgerichte die geeignetste Grundlage zu einem allgemeinen Frieden zu bieten vermögen.

Was die Friedensverhandlungen mit Rußland anlangt, so hat die k. u. k. Regierung bereits wiederholt erklärt, daß sie keinerlei territoriale Erwerbungen auf Rußlands Kosten anstrebt; an solchen Plänen können und werden daher die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Was insbesondere Polen betrifft, so betrachtet die k. u. k. Regierung Polen als einen selbständigen Staat, der seine Beziehungen zu uns selbständig zu regeln hat, wobei unsererseits selbstverständlich auch den gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten

### Hofrangordnung der Präsidien der beiden Parlamente.

Wien, 22. Januar.

Der Kaiser hat mit Handschreiben vom 8. Januar angeordnet, daß die Präsidenten der beiden Häuser des österreichischen Reichsrates und die Präsidenten der beiden Häuser des ungarischen Reichstages am Hof unter den Geheimen Räten zu rangieren haben, und zwar — insofern ihnen nicht nach der bestehenden Hofrangordnung ein höherer Rang zukommen sollte — unmittelbar nach dem jeweiligen Oberhofmeister der Kaiserin und Königin und vor jenen Geheimen Räten, welche nach dem Datum ihrer Ernennung zu Geheimen Räten rangieren.

Unter sich nehmen die genannten Präsidenten den Rang nach dem Datum ihrer Ernennung, respektive ihrer Wahl zu Präsidenten ein.

**Der Budgetausschuß gegen die Noteninflation.**

Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses berichtet heute über die Mitteilung der Staatsschulden-Kontrollkommission bezüglich der Aufnahme eines Regierungsdarlehens von 954 Millionen Kronen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Referent ist Abg. Kraft. Der Bericht erklärt, daß sich die Staatsschulden-Kontrollkommission in anerkennenswerter Weise mit Beziehung auf die bekannte Resolution des Abgeordnetenhauses veranlaßt gesehen habe, dem Hause davon Mitteilung zu machen und bemerkt noch: „Es wäre zu wünschen, daß alle Resolutionsbeschlüsse in gleicher nachdrücklicher Weise verfolgt würden, das würde zu einem sparsamen, aber wirksameren Gebrauch dieses parlamentarischen Macht- und Auskunftsmittels zwingen.“ Der Bericht des Abgeordnetenhauses richtet sich gegen die volkswirtschaftlichen Schäden, welche mit einem Notenumlauf verbunden sind, der in keinem Verhältnis mehr zu den umsatzfähigen Gütermengen steht. Theoretisch wird zwar behauptet, daß diese hauptsächlichste Ursache der Teuerung nicht in der durch die Verhältnisse erzwungenen Notenvermehrung besteht, sondern durch die erhöhte, zusätzliche Kaufkraft (Kaufmittel), Erhöhung der Einkommen und die Kreditleichterung bewirkt wird. Praktisch liegt aber die

Sache so, daß, wenn Noten sich im freien Verkehr oder im Depot der Geldinstitute halten, ohne sich in Schuldscheine, Waren und Güter umsetzen zu können, der Preis der Ware stetig erhöht wird. In der Suche nach Anlagen werden die Preise der Güter, Häuser, Aktien und vor allem am Markte befindliche Waren hinaufgetrieben. Verlangt werden vernachlässigte Werte, das heißt im Preise zurückgebliebene Güter und Waren, der Preis derselben steigt zwar ungleichmäßig, aber schließlich wird doch das ganze Preisniveau stetig gehoben.

Das Abgeordnetenhaus trägt gewiß eine Hauptschuld an dieser Vermehrung der Notenausgaben, indem es zu den Kriegsausgaben noch fortwährend Ausgaben bewilligte, die an sich ja größtenteils nötig, denen aber nicht rechtzeitig eine gleiche Einnahmepost durch Bewilligung erhöhter Steuern und Abgaben entgegengestellt wurde. Es zwang die Regierung, zu neuen Darlehen zu schreiten, es muß jedoch daraus nicht notwendig eine neuerliche Notenvermehrung erfolgen, denn das Notenreservoir wäre groß genug, um daraus die nötigen Mittel zu schöpfen. Dazu wäre es notwendig, a) vor allem auf rasche Erledigung der Steuervorlagen zu wirken, b) die Zeichnung der Kriegsanleihen mehr als bisher durch persönliche Agitation, durch Eingreifen des Reichsrates zu stärken, c) durch andere Formen von Anleihen, zum Beispiel durch kurzfristige Schatzscheine, den Bedürfnissen der Produktion entgegenzukommen. Formen kürzerer, rasch in Geld zu verwandelnden Darlehen werden insbesondere dann verlangt, wenn die Friedensausichten stärker werden und der Zeitpunkt näher rückt, flüssige Mittel zum Einkaufe zur Hand zu haben.

Im Budgetausschuß kam bei den meisten Rednern zum Ausdruck, daß die Mittel, eine Notenvermehrung zu umgehen, noch nicht erschöpft sind. Es hat seither der Erfolg der siebenten Kriegsanleihe gezeigt, daß hier noch viel zu machen sei, im Herrenhause wurde ebenfalls betont, wie ersprießlich andere Formen der Schuldwerbungen sein können, und auch darauf wurde hingewiesen, daß Oesterreich, wenn es auf diesem Wege fortschreitet, gegenüber Ungarn in Nachteil gerate. Der ungarische Finanzminister hat auch bereits darauf hingewiesen, daß die Verschuldung Ungarns an die Oesterreichisch-ungarische Bank geringer und die Oesterreichs höher werde. Verschlechtert sich dieses Verhältnis, so können sich Verhältnisse ergeben, die unsere Wechselbeziehungen zur anderen Reichshälfte in mannigfacher Weise zu verschlechtern geeignet sind. In Würdigung aller dieser Momente faßte der Budgetausschuß folgenden Beschluß, den er als Antrag dem Abgeordnetenhause unterbreitet: Die Regierung wird aufgefordert: „1. Alle Mittel anzuwenden, die geeignet sind, eine weitere Notenvermehrung zu verhindern und sich an den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 28. November 1917 zu halten. 2. Der Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission vom 6. Dezember 1917 wird zur Kenntnis genommen.“

### Abgeordnetenhaus.

#### Die Wiedereröffnung.

Die heutige Wiedereröffnung des Abgeordnetenhauses vollzog sich unter überaus starkem Besuch. Die Parteien hatten ihre Mitglieder fast vollständig aufgeboten. Schon am Morgen begannen die Parteiberatungen; die Christlichsoziale Vereinigung trat um 9 Uhr früh zur Klub Sitzung zusammen, die um 10 Uhr infolge der um diese Stunde zusammentretenden Obmännerkonferenz unterbrochen werden mußte und nachmittags 2 Uhr fortgesetzt werden wird.

Sofort nach der Eröffnung durch den Präsidenten sprach Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der oft heftig von den bekannten tschechischen Schreibern unterbrochen, sehr energische Worte gegen die Prager tschechische Deklaration fand. Es wurde sofort durch fast einstimmigen Beschluß des Hauses die Debatte zur Ministerbeantwortung eröffnet. Während der Rede des Ministerpräsidenten gerieten auch tschechische und deutsche Sozialdemokraten heftig

einander, ein Disput, in dem es von Schimpfworten, wie „Verrat“ regnete.

Die Staatsschuldenkontrollkommission teilt in einer Zuschrift dem Hause mit, daß sie die Auslieferung vertraulicher Aktenstücke, zu der sie keine gesetzliche Ermächtigung besitze, verweigere.

Präsident Dr. Groh eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 5 Minuten, widmet zuerst dem verstorbenen Abg. Bernerstorfer einen Nachruf und macht Mitteilung von der kaiserlichen Verfügung, daß die Präsidenten der beiden Häuser des österreichischen Reichsrates und die Präsidenten der beiden Häuser des ungarischen Reichstages am Hofe unter den Geheimen Räten zu rangieren haben und zwar — insofern ihnen nicht nach der bestehenden Hofrangordnung ein höherer Rang zukommen sollte — unmittelbar nach dem jeweiligen Obersthofmeister der Kaiserin und Königin und vor jenen Geheimen Räten, welche nach dem Datum ihrer Ernennung zu Geheimen Räten rangieren.

Der Finanzminister übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausstattung der Landesgoldmünze- und silbermünze der Kronenwährung, der Ackerbauminister einen solchen, betreffend die Gewinnung phosphorsäurehaltiger, für Düngungszwecke verwendbarer Stoffe, der Minister für soziale Fürsorge einen Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe während der Kriegszeit.

Der Beschluß des Herrenhauses über die Kriegsteuer wird, da die Beschlüsse der beiden Häuser nicht übereinstimmen, neuerdings dem Finanzausschusse zugewiesen und diesem zur Berichterstattung eine dreitägige Frist gestellt.

In einer

#### Zuschrift der Staatsschulden-Kontrollkommission

wird mitgeteilt, daß die Kommission zu ihrem Bedauern nicht in der Lage ist, die Protokolle und Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission an den Kaiser den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zu übermitteln, da eine gesetzliche Vorschrift hierzu nicht besteht, die internen Niederschriften über die nicht öffentlichen Sitzungen dieser Amtsstelle niemals anderweitig in Anspruch genommen worden sind und diese Behandlung der Geschäftsprotokolle über die Beratungen von Amtskollegien als ein allgemein streng eingehaltener Grundsatze anzusehen sei. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß in diese Protokolle die jeweiligen Äußerungen der über Einladung der Kommission an ihren Beratungen teilnehmenden Vertreter der Regierung aufgenommen worden sind, daß diese sich von Fall zu Fall über die Beweggründe der zu treffenden finanziellen Maßregeln ausgesprochen haben und daß die Kommission aus staatsfinanziellen Rücksichten selbst Bedenken tragen muß, diese naturgemäß vertraulichen Mitteilungen allgemein zugänglich zu machen, daß sie aber hierüber vorerst mit der Finanzverwaltung jedenfalls Fühlung nehmen müßte.

Dem Budgetausschusse wird die Frist zur Berichterstattung über den Staatsvoranschlag bis zum 29. Jänner erwidert.

#### Der Ministerpräsident über die tschechische Deklaration.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler: Die sehr geehrten Herren Abgeordneten Pachet, Dr. v. Oberleitner und Frh. d'Alvert haben an mich eine Anfrage über die Resolution gerichtet, die am 6. Jänner zu Prag in einer Versammlung von dem Gesltn Svaz angehörigen Abgeordneten unter Zustimmung von früheren Reichsrats- und Landtagsabgeordneten gefaßt wurde, auf welchen Gegenstand sich auch die Anfrage der Herren Abgeordneten Stanel, Habermann, Dr. Gruban, Alofac, Doktor Koetner, Dr. Stransky, Seblal, Lufar, Wdral und Genossen, betreffend die Konfiskation dieser Resolution bezieht. (Rufe bei den Tschechen: Verlesen Sie die Resolution! — Gegenrufe links: Ruhe!)

Ich möchte um so weniger zögern, hierauf zu antworten, als es auch mir durchaus notwendig erscheint, Klipp und Klar auseinanderzusetzen, wie die Regierung über jene Kundgebung denkt.

Abg. Dr. Soukup: Wie lautet diese Kundgebung? Warum konfiszieren Sie sie? (Gegenrufe links: Sie werden es schon hören! — Zwischenrufe bei den Tschechen. — Rufe.)

Abg. Jro: Konfiszieren Sie doch die Antwort nicht!

Präsident gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Von dem Fehler irgend welcher nationalen Einseitigkeit weiß ich mich frei; es ist mein Bestreben, jedes politische Ereignis ohne Vorurteil und Vorurtheil zu beurteilen, jedem Standpunkt möglichst gerecht zu werden. Ich habe kürzlich, und zwar in einem ähnlichen Zusammenhange, erklärt, daß ich jede politische Überzeugung, mag sie auch von der meinen noch so weit entfernt sein, achte und daß ich bereit bin, mich mit ihr ernsthaft und aufrichtig auseinanderzusetzen. Allerdings stelle ich dabei eine Bedingung, daß nämlich auch der Gegner dasjenige, was uns allen das Heiligste sein muß, das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, als obersten Gesichtspunkt unverrückt im Auge hat.

Abg. Kalina: Das haben die tschechischen Abgeordneten getan! (Lebhafter Widerspruch und Lachen links.)

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler: Die Deklaration vom 30. Mai v. J. hielt sich zwar nicht im Rahmen der konkreten Verfassungsbestimmungen und forderte insbesondere auch insoferne den schärfsten Tadel heraus, als sie gegen die Hoheitsrechte der Länder der ungarischen heiligen Krone verstieß. Aber sie nahm doch ausdrücklich Bezug auf das Interesse der Dynastie und des ganzen Reiches, faßte ihre Ziele innerhalb eines wenn auch looserer gesamtstaatlichen Zusammenhanges ins Auge und zeigte, was die außenpolitische Orientierung und die wesentliche Tendenz anbelangt, einen Charakter, der mit der dynastischen und patriotischen Grundbegriffen des Oesterreichers noch in Einklang zu bringen war. Ich brauche nicht erst hervorzuheben, daß ich mit den darin niedergelegten Anschauungen nicht übereinstimme; aber ich konnte mir unbeschadet aller Schärfe der prinzipiellen Gegenätze und der Notwendigkeit ihrer rückhaltlosen Betonung doch wenigstens auf sonstigen indifferenten Gebieten der praktischen Politik ein Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien einerseits und den Anhängern jener Deklaration anderseits denken.

Die Prager Resolution trägt ein anderes Gesicht. Ihr Ursprung liegt wohl in denselben nationalen Strömungen, wie jener der Deklaration vom 30. Mai. Aber vergeblich sucht man in ihr einen auch nur entfernten Anklang an die dynastische und gesamtstaatliche Zugehörigkeit. Das politische Denken, das in ihr zum Ausdruck kommt, scheint den Suggestionen einer Gedankenwelt erlegen zu sein, mit der wir uns in einem bisher nicht dagewesenen Existenzkampfe höchst erfolgreich auseinandersetzen. Die Resolution stellt sich gewissermaßen auf einen internationalen Standpunkt und verfolgt ihre partikularen Ziele zwischen Oesterreich und seinen Feinden, bereit, zum mindesten im Friedensschlusse internationale Förderung anzunehmen, um für die von ihnen bereits als gegeben angenommene Souveränität die Anerkennung auswärtiger Staaten zu erlangen. Unsere Feinde können aus ihr eine Ermunterung herauslesen, in der Verfolgung von gegen den Zusammenhang unseres Staatswesens gerichteten Grundzügen nicht zu erlahmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Soukup: Also machen Sie Ordnung! (Lebhafte, ironischer Beifall links und Rufe: Mit Euch Ordnung machen!)

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Sie sucht die Haltung unserer Unterhändler bei den im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen zu stören (Sehr richtig! links), sie bekämpft den Frieden....

Abg. Dr. Soukup: Das ist eine Lüge!

Präsident ruft den Abgeordneten Dr. Soukup zur Ordnung.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: ... insofern er nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker bringt, und zwar das Selbstbestimmungsrecht in einem besonderen, für die eigenen Zwecke gewaltsam umgedeuteten Sinne. (Sehr richtig! links) Denn nicht nur, daß es auf die Sudetenländer, also auf Gebiete angewendet werden soll, deren politische Zugehörigkeit nach der ganzen Entwicklung der Dinge keine Kriegs- und Friedensfrage bilden kann dieses Recht soll noch dazu in Anspruch genommen werden, um — entgegen dem gleichwertigen Rechte des deutschen Volkes — den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes volle Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern, sei es nun bei Oesterreich oder nicht. (Sehr richtig! links) Die Resolution faßt somit Eventualitäten und zu ihnen führenden Wege ins Auge, die mit dem österreichischen Gedanken nichts mehr gemein haben würden. (Zustimmung links.)

**Gegen eine Vergewaltigung Deutschböhmens.**

Die deutschböhmisches Vereinigung hat beschlossen, gegenüber den tschechischen Bestrebungen, Deutschböhmern einem neu zu errichtenden tschechisch-slovakischen Staatswesen einzuverleiben, im Abgeordnetenhaus eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben:

Deutschböhmern fordert erneut, daß durchgeführt werde, was seit Jahrzehnten als unerläßlich von den Deutschen verlangt und als gerecht erkannt wurde: die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen mit allen Eigenschaften, Rechten und Einrichtungen eines Kronlandes im Rahmen des Kaiserthums Oesterreich und ohne irgendwelche Abhängigkeit vom tschechischen Teile Böhmens. Das deutsche Volk wird bis zu seiner endlichen Befreiung aus der Vorherrschaft der Tschechen in Böhmen nicht ruhen und jeden Versuch, durch die Aufrichtung eines böhmisch-slovakischen Staates für immerdar unterjocht zu werden, wenn nötig selbst mit Gewalt zu verhindern. Deutschböhmens Männer standen in allen Schlachten und Gefechten des großen Krieges treu zum Reiche, Deutschböhmens Frauen und Kinder haben die ungeheure Noth ihrer Heimat geduldig ertragen. Sie alle haben ein Recht darauf, in ihrem Gebiete in Einkunft frei von tschechischer Knechtschaft zu leben, und werden sich in der Verfolgung dieses ihres Rechtes durch nichts und von niemandem behindern lassen. Gegen jedermann, wer immer es sei, erklären wir daher, einig mit ganz Deutschböhmern, daß wir einen Landtag des Königreiches Böhmen nie mehr anerkennen und keinesfalls dulden werden. Wir verlangen für die Provinz Deutschböhmen eine eigene Landesvertretung, aufgebaut auf dem allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht. Wir verlangen zu diesem Zwecke die Abgrenzung und Vereinigung des deutschen Gebietes von Böhmen und für dieses Gebiet alle Zentralstellen, Anstalten und Einrichtungen, welche einem Kronlande zukommen, durch Neuerrichtung, Teilung und Verlegung. Wir verlangen die Zurückziehung aller tschechischen Staatsbeamten und -diener sowie aller anderen öffentlichen Angestellten tschechischer Nationalität aus Deutschböhmern. Wir fordern die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache in Amt und Schule innerhalb Deutschböhmens Grenzen. Wir deutschen Abgeordneten erklären, daß wir keine Regierung unterstützen werden, die nicht den ernststen Willen durch Thaten beweist, den gerechten Forderungen Deutschböhmens zu entsprechen.

**Erklärung des neuen Verbandes der deutschnationalen Parteien.**

Abg. Dr. Waldner gibt namens des neugegründeten Verbandes der deutschnationalen Parteien folgende Erklärung ab: In diesen geschichtlich bedeutsamen Tagen, in denen der Glaube an einen baldigen ehrenvollen Frieden alle Schichten der Bevölkerung durchdringt, bedeutet ein jedes auf die Störung der Friedensverhandlungen abzielendes Vorgehen ein Verbrechen am Staate. (Sehr richtig! links.) Schwer ist die Verantwortung, welche auf den Schultern jener ruht, die mit der Vertretung unserer Staatsinteressen beim Zustandekommen dieses großen Werkes betraut sind. Wir sind überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, einen baldigen Frieden mit Rußland abzuschließen, der der Monarchie die volle Machtstellung und die notwendige Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte in der Zukunft sichert. Mit dem Geiste dieser Friedensarbeit steht aber die Deklaration der Vertreter des tschechischen Volkes vom 6. Januar d. J. im schroffsten Widerspruche. (Zustimmung links.) Während nach der von unserem Vertreter abgegebenen Erklärung der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes in seinem berechtigten Umfange innerhalb des Staates der Lösung zugeführt werden soll, bekennt sich die tschechische Deklaration zu dem Grundsatz, daß den Völkern die freie Wahl vorbehalten bleiben soll, darüber zu entscheiden, ob sie einen selbständigen Staat ausbauen oder ein Staatsganzes in Gemeinschaft mit anderen Völkern bilden sollen. Durch diese Erklärung wird somit der Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie in Frage gestellt und abhängig gemacht von dem Entschlusse, ob ein Volkstamm den einheitlichen Staatsverband anzuerkennen gewillt ist oder ob er ihm diese Anerkennung versagt. Eine Katastrophe in der Politik, welche mit dem Gedanken der „Losreißung eines Teiles von dem einheitlichen Staatsverbande“ spielt, bedroht die Grundfesten des Staates mit der Gefahr des Zerfalles und muß zu seiner Auflösung im Sinne der Wünsche unserer Feinde führen. Eine solche Politik ist geeignet, ganz falsche Illusionen in den Reihen unserer Feinde zu wecken, indem sie den Zweifel an seinem Bestande aufkommen läßt.

Die in der Deklaration enthaltenen Angriffe gegen Ungarn verraten die Absicht, eine tiefe Entzweiung zwischen den beiden Staaten der Monarchie herbeizuführen. Wohl haben zahlreiche während des Krieges gewonnene Erfahrungen die Erkenntnis gereift, daß das Bedürfnis vorhanden ist, im wechselseitigen Verhältnisse der beiden Reichshälften eine neue Ordnung zu begründen. Die nach Kriegsende vorzunehmende Prüfung dieser Fragen wird nur dann zu einer erfolgreichen Lösung führen, wenn sie im Geiste der Anerkennung der beiderseitigen billigen Ansprüche erfolgen wird. Eine Voraussetzung hierfür aber bildet die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen dualistischen Rechtsgrundlage. Die auf ihren Umsturz gerichteten tschechischen und südslawischen Bestrebungen werden daher stets auf unsere schärfste Abwehr stoßen. (Zustimmung links.) Beide verfolgen die gleichen verwerflichen Ziele, letztere bedrohen außerdem unsere Welthandelspolitik durch die Abschüttung vom Seewege und die Ausgestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan durch die Schaffung eines unabhängigen, andere Wirtschaftsinteressen verfolgenden Zwischenstaates.

Angeichts der planmäßig betriebenen Angriffe gegen Deutschland fordern wir von der Regierung weiter, daß sie allen von welcher Seite immer ausgehenden Umtrieben, die auf die Lockerung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche abzielen, mit Entschlossenheit entgegentritt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Wir Vertreter der deutschnationalen Parteien des Reichsrates fordern vor allem die Regierung auf, durch eine willenskräftige, unbeugsame Entschlossenheit allen Versuchen, die staatsrechtlichen Bande zu zerreißen, ein Ende zu setzen. (Beifall links.) Die heute vom Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung nehmen wir zur Kenntnis und werden die Regierung dazu unterstützen, wenn sie ihren Worten auch die Taten folgen

läßt. (Beifall und Händeklatschen links.) Die durch die Ernährungsverhältnisse und die plötzlich verfügte Herabsetzung der Mehlquote aufs äußerste erbitterte Arbeiterschaft der Industriestädte wurde durch äußere Einflüsse zu einer politischen Ausstandsbewegung verführt (Zustimmung links), die eine schwere Gefahr für die Friedensarbeit bildet und in ihren Wirkungen zu einer Verlängerung des Krieges und zu einer Schwächung der Stellung unserer Vertreter bei den Friedensverhandlungen führen muß. (Zustimmung links.)

Wir legen ferner Verwahrung dagegen ein, daß solche Bewegungen einseitig parteipolitisch ausgenützt werden, um über große programmatische Fragen unseres Verfassungslebens mit Umgehung der dem Parlamente zustehenden Rechte eine Vorentscheidung herbeizuführen. (Zustimmung links.) Wir Vertreter der deutschnationalen Parteien des Reichsrates erklären, daß wir einer zeitgemäßen volkstümlichen Ausgestaltung unseres Verfassungslebens und der Einrichtungen unseres Gemeinwesens zustimmen, jedoch nur dann, wenn hiedurch keine Verschiebung der nationalen Kräfteverhältnisse herbeigeführt wird und wenn diese Reformen zugleich mit einer Ordnung der nationalen Verhältnisse erfolgen. Wir Deutsche sind bereit, an der Neuordnung Oesterreichs mit unseren besten Kräften mitzuwirken, wenn alle künftigen Reformen den nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensinteressen unseres Volkes volle Sicherheiten für alle Zukunft bieten. (Lebhafter Beifall links.)

23. / 1. 1918

### Gründung des Verbandes der deutschnationalen Parteien.

Heute nachmittag traten unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Waldner die Vorkände der sechs deutschnationalen Parteien des Abgeordnetenhauses zusammen und beschloßen einstimmig, sich zu einem Verbandsverbande zusammenzuschließen. Der Verband führt den Namen: „Verband der deutschnationalen Parteien im Österreichischen Abgeordnetenhause.“ Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen eines 25gliedrigen Ausschusses. Die einzelnen Parteien entsenden auf je 5 Mitglieder 1 Mitglied in den Verbandsausschuß.

In den Verbandsausschuß werden entsendet: von der deutschen Agrarpartei die Abgeordneten Dr. Waldner, Graf Barbo, Ferzmansky, Mayer, Lulich, Goll, Dr. Steinwender; von der deutschradikalen Partei: Wolf, Bobrowsky, Tenzel, Hummer, Pacher und Dr. Koller; von der deutschnationalen Partei: Dr. Sylvester, Dr. Dinghofer, Kraft, Dr. Baber und Marchl; von der Deutschnationalen Vereinigung: Dr. Urban, d'Elvert, Dr. Freißler und Dr. v. Langenhan; vom deutschen Zentrum: Froehner v. Pang und Kemetter; von der deutschen Arbeiterpartei: Abgeordneter Knirich. Abgeordneter Dr. Waldner wurde einstimmig durch Zuruf zum Obmann, die Abgeordneten Wolf und Dr. Sylvester zu Obmannstellvertretern gewählt.

Nach Freilegung einiger Formalitäten wurde sogleich in die Debatte über die politische und parlamentarische Lage eingegangen und beschlossen, im Sinne durch den Obmann Dr. Waldner im Namen des neuen Verbandes der deutschnationalen Parteien eine Erklärung abgeben zu lassen.

Der neugegründete Verband der deutschnationalen Parteien umfaßt 94 Mitglieder; von diesen gehören 28 der deutschen Agrarpartei, 24 der deutschradikalen Partei, 19 der deutschnationalen Partei, 16 der Deutschnationalen Vereinigung, 5 dem deutschen Zentrum, 2 der deutschen Arbeiterpartei an. Mit Ausnahme der Abgeordneten Dr. Heilingger und Dr. Redlich sind alle Abgeordneten des früheren Deutschen Nationalverbandes wieder in einem Verbandsverbande vereinigt.

**Der Zusammenschluß der Deutschen.**

Der neue Verband der deutschnationalen Parteien  
\* Wien, 22. Januar.

Die seit Sprengung des Deutschen Nationalverbandes fortgesetzt andauernden Bemühungen, einen neuen Zusammenschluß der deutschen Parteien herbeizuführen, haben heute das Ergebnis gezeitigt, daß alle ehemals im Deutschen Nationalverband vereinigt ge-

wesenen Parteien sich neuerdings zu einem einheitlichen Verband zusammengeslossen haben. An der Spitze des neuen Verbandes stehen, wie bereits gemeldet, Abg. Dr. Waldner als Obmann und die Abgeordneten Wolf und Dr. Schibester als Obmannstellvertreter. Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen eines fünfundzwanzigkiedrigen Ausschusses, in den die einzelnen Parteien auf je fünf Mitglieder einen Vertreter entsenden. Die Obmänner sind als solche Mitglieder des Ausschusses. Demnach entsenden in den Verbandsauschuß: die deutsche Agrarpartei 7, die deutschradikale Partei 6, die deutschnationale Partei 5, die deutschnationale Vereinigung 4, das deutsche Zentrum 2 und die deutsche Arbeiterpartei 1 Mitglied. In den Verbandsauschuß werden entsendet: von der deutschen Agrarpartei: die Abgeordneten Dr. Waldner, Graf Barbo, Herzmannskij, Mayer, Luffsch, Goll, Dr. Steinwender; von der deutschradikalen Partei: Wolf, Bobirskij, Teufel, Summer, Bacher und Dr. Koller; von der deutschnationalen Partei: Dr. Schibester, Dr. Dinghofer, Kraft, Dr. Waber und Marchl; von der deutschnationalen Vereinigung: Dr. Urban, d'Erwert, Dr. Freihler und Dr. v. Langenhan; vom deutschen Zentrum: Freiherr v. Paus und Kemetter; von der deutschen Arbeiterpartei: Knirsch. Der neugegründete Verband der deutschnationalen Parteien umfaßt 95 Mitglieder, und zwar 28 der deutschen Agrarpartei, 24 der deutschradikalen Partei, 19 der deutschnationalen Partei, 16 der deutschnationalen Vereinigung, 5 des deutschen Zentrums und 2 der deutschen Arbeiterpartei und den Abg. Seilinger. Mit Ausnahme des Abg. Dr. Redlich sind alle Abgeordneten des früheren Deutschen Nationalverbandes wieder in einem Verband vereinigt. Außerhalb des Verbandes stehen noch die drei alldeutschen Abgeordneten Jäger, Malik und Wüst.

Es findet auch bereits eine private Fühlungnahme zwischen einzelnen Mitgliedern des neuen Verbandes einerseits und der Vereinigung christlichsozialer Abgeordneter andererseits statt, um ein Zusammengehen der beiden Parteien wenigstens in nationalpolitischen Fragen zu ermöglichen. Wie es heißt, ist man auf christlichsozialer Seite nicht abgeneigt, dem Plan der Bildung eines losen Verbandes der beiden Parteien näherzutreten und zuzustimmen, daß Deutschnationale und Christlichsoziale in gewissen, namentlich nationalen Fragen einheitlich vorgehen. Zu diesem Zwecke müßte ein Minimalprogramm aufgestellt werden, auf das sich die beiden Parteien einigen könnten.

Man denkt auch daran, zu versuchen, ob man die deutschen Sozialdemokraten nicht doch für die Schaffung eines deutschen Blocks gewinnen könnte. Aber bekanntlich stehen die deutschen Sozialdemokraten dieser Idee bisher ablehnend gegenüber.



## Provinz Deutschböhmen.

Mit eherner Folgerichtigkeit nimmt das nationale Kräftepiel in Oesterreich seinen Gang. In dem ersten Halbjahrhundert österreichischen Verfassungslebens rangen der hauptsächlich von den liberalen Deutschen verkörperte Zentralismus und die föderalistischen Bestrebungen der verblindeten Slawen und Feudalen um die Oberhand. Der Weltkrieg hat den alten Zentralismus erschlagen und dem Gedanken, Oesterreich in einen Verband von staatlich organisierten Völkergruppen umzugestalten, wenigstens für den Augenblick zum Uebergewicht verholfen. Nicht allein mehr die Slawen sind jetzt die Träger dieses Gedankens, auch viele Deutsche haben sich ihm zugewandt, zumal in den Alpenländern, wo schon in der Vorkriegszeit des liberalen Zentralismus nicht unbedeutende Ansätze zu einer autonomistischen Politik vorhanden waren. Nun haben aber auch die Deutschböhmen sich ihm hingeworfen und von diesem Sinneswandel Zeugnis abgelegt, indem sie im österreichischen Abgeordnetenhaus die Forderung nach Schaffung einer von Tschechisch-Böhmen vollständig abzutrennenden Provinz Deutschböhmen aufstellten und der bisherigen Landesvertretung für Böhmen, dem Landtage, die Anerkennung fortan verweigerten.

Die Deutschböhmen haben damit nur die notwendige Folgerung aus dem Verlangen der Tschechen nach Aufrichtung des sogenannten Wenzelstaates, der Zusammenfassung des gesamten Tschechentums der Monarchie zu einem eigenen Staatswesen, gezogen. Gatten sie sich bisher darauf beschränkt, für das deutsche Volks- und Sprachgebiet in Böhmen das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen des Gesamtlandes zu verlangen, das wieder ein organischer Bestandteil des von Wien aus regierten Einheitsstaates Oesterreich bildete, so nehmen sie jetzt den national-staatlichen Leitgedanken des Tschechentums für sich auf und bauen ihn für sich aus. Das bisher erstrebte Nebeneinander, das durch die staatsrechtlichen Absichten der Tschechen unmöglich gemacht ist, wird zum Auseinander. Der nationale Selbsthaltungstrieb, der in den Deutschböhmen ungemein lebendig ist, zwingt sie, eine bis ins Letzte gehende Scheidung zu verlangen, nachdem der Gedanke einer Misch-vornehmen Vermittlung zwischen Deutschthum und Tschechentum sich als unerfüllbarer Traum erwiesen hat. Und sie verlangen diese Scheidung, wiewohl man sich schmerzliches Verzichtsopfer damit verbunden ist, so die Preisgabe der deutschen Minderheiten in Pilsen und Budweis und vor allem die Aufhebung Prags, in dem, sobald es erst die Hauptstadt eines selbständigen Tschechenstaates ist, kein Raum mehr für eine deutsche Universität, für deutsche Lehr- und Bildungsanstalten, für ein deutsches Theater, kurz für ein deutsches Eigenleben irgend einer Art bleiben, dessen politische und geistige Luft für das Deutschthum nicht mehr atembar sein wird.

Die Forderung ist gestellt, sie ist vernünftig, gerecht und billig und für die entschlossensten Verfechter des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, wenn sie logisch und geradlinig sind, einwandfrei. Und doch will es uns zweifelhaft dünken, ob sie widerstandslos Erfüllung finden wird. Vor allem, weil kaum irgendwo in Europa die Folgerichtigkeit des Denkens im politischen Leben eine so nebensächliche Rolle spielt wie in Oesterreich. Der alte Zentralismus ist tot, aber seine Ueberlieferungen wirken noch nach, und eine große Zahl derer, die ihm abwendig geworden sind und sich mit dem Gedanken der Auflösung des Einheitsstaates in ein lockeres Völkergelüge abgefunden haben, werden ein schmerzliches Unbehagen darüber, daß der Verband einer einzelnen Provinz aufgelöst werden soll, nicht überwinden können. Ihrem Widerspruch wird sich der der Tschechen gefellen, deren Staatsrechtsträumen die köstlichste Würze genommen wird, wenn ihnen die Möglichkeit entzogen wird, die zweiethalben Millionen Deutschböhmen zu schikanieren und allmählich zu vertreiben. Daß die Forderung dieser Deutschböhmen haarscharf in der Linie ihres eigenen Programms liegt, wird die Tschechen nicht beirren, den Riß in ihrer Bogel werden sie alsbald mit Phrasen, die aus den Archiven einer modrigen, auf den Rechtszustand von 1820 zurückgreifenden Staatstheorie hergeholt sind, zu überkleistern beflissen sein. Die Einheitlichkeit des Staats Oesterreich wollen sie unbedenklich zerbrechen, aber die Einheitlichkeit des Landes Böhmen ist ihnen sakrosankt, auch wenn sie dem feierlich verkündeten Rechte der Nationalitäten auf Selbstbestimmung ins Gesicht schlägt. Grundsätze gelten, wie den Engländern, auch den Tschechen nur so weit als heilig, wie sie sich ihnen vorteilhaft erweisen.

In Grundsätzlichkeit und Deutlichkeit des Ausdrucks haben die Deutschböhmen es nicht fehlen lassen, und ihre Erklärung, daß sie sich wegen die nationale Unterjochung durch einen Tschechenstaat nichtigensfalls selbst mit Gewalt zur Wehre setzen würden, ist kein leeres Drohung; wer die in jähzornigen Kämpfen um ihr Volksstum gefährdeten Deutschböhmen kennt, weiß, daß sie das Außerordentlichste wären, wenn man ihnen das Aeußerste zumuten, sie unter das Joch eines Tschechenstaates zwingen wollte. Allerdings, noch hängt dieser Tschechenstaat in der Luft, noch ist es trotz Prag und Masaryk noch gar nicht so sicher, daß den Tschechen diesmal genügen wird, was weder Forderung noch Lauffe ihnen zu verschaffen vermögen, die Aufrichtung eines eigenen Staatswesens. Aber die Gefahr ist da, und die Deutschböhmen dürfen nicht säumen, ihre Vorkehrungen dagegen zu treffen. Es handelt sich für sie nicht um die Rettung ihres Volksstams, das sich als Glacis den Grenzen des Deutschen Reiches vorlagert, vor der Uebernahme und Hinwegschwemmung durch die tschechische Flut.

### Beratungen des Hauptauschusses. Die Vorgänge in Oesterreich. — Das Verbot des „Vorwärts“. — Zensurfragen.

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Hauptauschusses des Reichstags wurde von seiten des Unterausschusses für Zensurfragen angeregt, die Sitzung ausfallen zu lassen, um dem Unterausschuß die Fortführung der Zensurerörterung zu ermöglichen. Gegen die Anregung wandte sich Abg. Ebert (Soz.) unter Hinweis auf das von den Zensurbehörden verfügte Erscheinungsverbot des „Vorwärts“ wegen Mitteilungen über die

#### Vorgänge in Oesterreich:

diese Dinge machten eine sofortige Besprechung notwendig. Der Hauptauschuß pflichtete der Ansicht des Abg. Ebert bei. Nach Eintritt in die Beratung erklärte Abg. Ebert (Soz.): Das Verbot des „Vorwärts“ setzt allen Zensurmaßnahmen die Krone auf. Während wir hier in Ruhe verhandelt haben, haben sich in Oesterreich und Ungarn hochpolitische Ereignisse abgespielt. Dort ist es im Anschluß an die Herabsetzung der Mehl- und Brotzation zu Ausständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter angenommen und sich u. a. auch gegen das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gewandt haben.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat auf Rückfrage hin Näheres darüber nicht mitteilen können, während dagegen die übrige Welt genaue Kenntnis von den Vorgängen erhielt. Woher soll das Vertrauen zu den deutschen Behörden kommen, wenn das politische Leben in Händen der Militaristen liegt! Während schließlich andere Zeitungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn berichten konnten, ist der „Vorwärts“ wegen seiner Berichterstattung verboten worden. Das ist eine starke Herausforderung der Sozialdemokratie. Der Deutsche Reichstag ist es seiner Würde schuldig, gegen die Beeinträchtigung der Freiheit der Berichterstattung der Presse energisch Stellung zu nehmen.

Major Grau vom Kriegsministerium: In Hinblick auf die widersprechenden Meldungen aus Oesterreich-Ungarn ist ein vorläufiges Verbot der Berichterstattung erfolgt, das gestern nachmittags bereits wieder aufgehoben worden ist. Trotz entsprechender Zusage hat der „Vorwärts“ die Zensurbestimmungen durchbrochen. Das Verbot ist übrigens nicht vom Kriegsminister ausgegangen.

Abg. Erzberger (Z.) verlangte Aussetzung der Beratungen, damit der Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes geladen werden und erscheinen könnten. Wir wissen nicht, wie es in Oesterreich aussieht, und bevor wir die dortigen Vorgänge weiter erörtern, müssen wir von amtlicher Stelle Auskunft darüber erhalten.

Abg. Scheidemann (Soz.) bestritt, daß der „Vorwärts“ Zensurbestimmungen übertreten habe; das Blatt sei verboten worden, weil es die Rede des österreichischen Genossen Viktor Adler nachgedruckt habe. Das sei unerhört und

#### ein Spiel mit dem Feuer.

Staatssekretär Ballraj hielt es im Augenblick nicht für möglich, die aufgeworfenen Fragen in ihrer weittragenden Bedeutung zu klären und dazu endgültige Erklärungen abzugeben. Die Vorgänge in Oesterreich würden wohl zweckmäßiger im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag behandelt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach, unterstützte diese Auffassung und schlug vor, die Beratungen zwei Stunden zu unterbrechen und den Unterausschuß für Zensurfragen tagen zu lassen, alsdann nur das Verbot des „Vorwärts“ und die Zensurfragen zu erörtern, dagegen die Besprechung der österreichischen Vorgänge bis nach der Reichskanzlerrede zurückzustellen.

Dieser Vorschlag wurde, nachdem sich Abg. Haase (U. Soz.) kurz dazu geäußert hatte, vom Hauptauschuß angenommen.

Nach Wiederaufnahme der unterbrochenen Sitzung des Hauptauschusses machte Unterstaatssekretär v. dem Busche vertrauliche Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn und gab auf Anfragen weitere Auskünfte.

Hierauf ergänzte Major Grau seine Ausführungen über das Verbot des „Vorwärts“. Obwohl die Redaktion am 20. ausdrücklich an das bestehende vorläufige Verbot erinnert war, erschienen dennoch am folgenden Morgen zwei Artikel, die das Zensurverbot durchbrachen. Die Auffassung, daß es sich tatsächlich

24. I. 1918

45

## Die gemeinsame Armee.

Vom Wiener Bezirksvorsteher Dr. Blasel,  
Rittmeister a. D.

Wien, 23. Januar.

Die Wiener Publizistik beschäftigt sich seit kurzem wieder eingehend mit der Frage der gemeinsamen Armee, und man konnte in ihren Erörterungen beinahe ausnahmslos die Verfechter der Gemeinsamkeit vernehmen, das Aufgeben dieser Gemeinsamkeit aber als großes Unglück für die Monarchie bezeichnen hören. Dieser Kampf mutet etwas seltsam an, wenn man nicht öffentlich den Vogel Strauß spielen will. Es ist ein Kampf um Vergangenes, um etwas längst Gestorbenes, denn die gemeinsame Armee besteht ja schon lange nicht mehr, nur mehr ein bleicher, lebensunfähiger Schatten schwankt zwischen Bis und Trans hin und her, losgelöst vom lebendigen Körper der beiden Staaten, ein Fremdkörper. Als solcher wird er ganz besonders in Ungarn empfunden, schon durch die Anderssprachigkeit des ganzen Apparats. Die gemeinsame Armee war zum Verderben verurteilt, als die österreichische Landwehr und die ungarische Honvéd erstanden, zwei Armeen, die durch die Parallelen in den Völkern wurzeln. Das gemeinsame Heer saugt seine Kraft aus den wenig populären Delegationen und muß sich bei jeder Gelegenheit zu Kompromissen bei den widerstreitenden Interessen Oesterreich-Ungarns bequemen, um übereinstimmende Beschlüsse zu erzielen, wobei jede Delegation immer bedacht ist, daß der andere Staat nicht vielleicht einmal einen größeren Vorteil daraus ziehen wird.

Wozu also das Phantom aufrechterhalten? Hat sich das Drei-Ministerien-System für die gesamte Wehrmacht wirklich so bewährt in diesem Kriege? Hat die Sache wirklich so reibungslos funktioniert, daß man zum Schlusse kommt, dieser Trimurti muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben? Noch dazu, wenn man sieht, daß der eine Teil absolut keine Neigung dazu hat! Das Unglück so vieler Ehen ist der Zwang des Zusammenbleibens; wenn jeder Teil wüßte, daß der andere Teil gehen kann, wann er will, würde er sicher verträglicher und nachgiebiger sein, denn es kommt selten etwas Besseres nach, sagt ein altes Sprichwort. Man gebe also dem Ungarn das Recht auch de jure, das sie ja schon lange de facto haben und sende das Gespenst der gemeinsamen Armee in die Ahnengruft des ehemaligen Großösterreich, zum Leben wird es niemand mehr bringen können.

Die Angelegenheit verwickelt sich noch ungemein durch die polnische und die südslawische Frage, denn in Wirklichkeit haben wir ja jetzt schon vier Armeen, eine österreichische, eine ungarische, eine kroatische und eine gemeinsame. Wie wir zur selbständigen polnischen Armee stehen werden, läßt sich ja noch gar nicht sagen. Aber selbst bei einer innigen Militärkonvention wird sie selbständig sein, so daß noch eine fünfte Armee dazu kommt. Und dazwischen soll dann noch die gemeinsame Armee weitervegetieren? Das scheint wenig glaubhaft. Mit der polnischen und der südslawischen Frage hängen aber noch andere Probleme zusammen. Ungarn hat 1867 den Ausgleich mit einem Oesterreich geschlossen, in dem Galizien, die Bukowina und Dalmatien enthalten waren. Fallen nun Galizien und die Bukowina weg, was bei Errichtung Polens wohl kaum zu vermeiden sein wird, so vereinigen sich andererseits

mit der Zeit wohl auch Bosnien, Serzegowina und Dalmatien mit der Aroaiien schon jetzt in sich schließenden Stefanskrone, was auch kaum zu hindern sein wird. So bleibt dann nur ein Torso von Mitösterreich übrig, von dem die Ungarn mit Recht behaupten können, daß es nicht mehr der gleiche Kompaziszent vom Jahre 1867 ist, dieser Vertrag also seine Basis verloren habe.

Das Schlagwort, daß nur ein gemeinsames Heer mit einheitlicher Kommandosprache wirkliche Schlagkraft habe, wurde in diesem Kriege ad absurdum geführt. Hindenburg hat an der Ostfront Deutsche, Ungarn, Bulgaren, Türken und die neun österreichischen Nationen kommandiert, und man muß wohl sagen: nicht ohne Erfolg. Die höchste Führung braucht sich um die Sprache der Truppen nicht zu kümmern, die sie kommandiert, die untere Führung dagegen muß die Sprache der Nationen kennen, aus der die Truppe besteht, besonders bei den jetzigen Volkshereen mit kurzer Ausbildung.

Die Trennung der Armee, die ja längst vollzogen ist, möge also auch geistlich durchgeführt werden, man wird dadurch beiden Staaten schwere Erschütterungen ersparen. Im nächsten europäisch-asiatischen Entscheidungskrieg zwischen Weiß und Gelb wird es keine Rolle spielen, ob zu einem der vielen Truppenkontingente „Sabbt acht!“ oder „Vigyázz!“ gerufen wird, wenn der Oberkommandierende der europäischen Armee vorübergeht. Bis dahin werden die selbständige österreichische und die selbständige ungarische Armee ihre Schulungsaufgabe jede für sich lösen können.

Die Wirtschaft in der Bezirksvertretung Leopoldstadt. In der Hauptversammlung des Deutschen Wählervereines Leopoldstadt, die am 22. Jänner im katholischen Vereinshaus, Vereinsgasse 4, stattfand, schilderte Altvorsteher Jagersberger die schamlose Wirtschaft in den Leopoldstädter Kaffeehäusern, wo Kettenhandel, Preistreiberei und Wucher in ungeahnter Blüte stehen, und die Liebedienerei, welche die jüdenliberale Bezirksvertretung den Stammesverwandten erweise. Spenden aller Art regne es auf die Galizianer, ja man könne behaupten, daß mit ihnen ein wahrer Kult getrieben werde. So komme es, daß sich diese größtenteils gemeinschaftlichen Elemente bei uns wohl fühlen und an eine Heimkehr nicht denken. „Es ist klar,“ fuhr der Redner fort, „daß die Bezirksvertretung über der Sorge um die Fremdlinge für andere nützliche Dinge keine Zeit hat. Vor 30 Jahren wurde in Kaisermühlen eine Kleinkinderbewahranstalt gegründet, die außerordentlich segensreich gewirkt hat. Ueber 100 Kinder wurden dort täglich gepflegt und verköstigt, für den Bezirksteil Kaisermühlen eine wahre Wohltat. Vor fünf Jahren hat die jüdenliberale Bezirksvertretung diese Anstalt an sich gerissen, das übergebene Geld, rund 10.000 Kr., wurde verwirrschaftet, außerdem Schulden gemacht und die Anstalt derart heruntergebracht, daß sie in der letzten Zeit ständig geschlossen war. Jetzt wurde dieses Haus an einen Verein vermietet. Die langjährige Leiterin, ebenso die Kindergärtnerin wurden plötzlich ohne Kündigung auf die Gasse geworfen. Zu all dem hat man es verstanden, noch in diesem Jahr für diese untätige Anstalt eine Gemeindefubvention von 2000 Kr. zu — erhalten.“ (Hört! Hört!) Direktor Pichler schilderte anschließend die Erlebnisse, die er in seinem Amte als Vorsitzender des Leopoldstädter Ortschulrates mit den Flüchtlingskindern machen mußte. „Ueber 3500 Flüchtlingskinder,“ berichtete der Redner, „mußten von den Schulen des 2. Bezirkes aufgenommen werden. Die Konfessionsverhältnisse waren derart, daß sich 98.6 Prozent zum mosaischen und nur 1.4 Prozent zum christlichen Glauben bekannten. Die Gefahr, daß die Zahl der jüdischen Schulleiter hi durch wesentlich erhöht werde, wurde durch die Verfügung beseitigt, daß der Aufnahme der Flüchtlingskinder nur provisorischer Charakter zukomme. Wird sich das aber auf die Dauer halten lassen? Die Flüchtlinge bleiben ja in Wien. Im Jahre 1916, also nach der Befreiung Galiziens von der Russenherrschaft, waren von den Flüchtlingskindern noch nahezu alle 3200 in der Leopoldstadt verblieben. Die Kosten, die der Gemeinde Wien durch den Unterricht dieser Gäste entstehen, sind ganz ungeheure. Im Frieden rechnete man die Unterrichtskosten für ein Kind auf rund 100 Kr. Nach dieser Friedensrechnung kosten die Flüchtlingskinder in der Leopoldstadt allein der Gemeinde Wien jährlich über 300.000 Kr. Da ist es nur recht und billig, wenn Wien die schnelligste Entfernung dieser Einwanderer fordert. (Beifall).

\* Eine Wahlrechtskundgebung der Neubauer Christlichsozialen. Am letzten äußerst zahlreich besuchten Sprechabend des Neubauer Wählervereines betonte Obmannstellvertreter Direktor Z i m m e r l, daß die Ausstreimungen der Judenpresse, es sei nur dem Arbeiterstreik zu verdanken, daß die Gemeinde an die Erweiterung des Gemeindegewahlrechtes schritt, grundfalsch seien, daß vielmehr schon im Dezember v. J. der Wahlreformausschuß sich lebhaft mit dieser Frage beschäftigt habe und im Schoße der Partei selbst die Reformpläne beraten worden seien. Nachdem Redner über die praktische Seite der Aufhebung des Kurien- und Einführung des Zweikammersystems mit Rücksicht auf die bürgerlichen und nationalen Interessen gesprochen hatte, betonte er, daß das nunmehr beschlossene Wahlsystem das demokratischste der ganzen Welt ist. Selbst die gegenwärtig noch an der Spitze stehenden Führer der Sozialdemokraten seien überrascht gewesen, mit welcher Bereitwilligkeit den Massen der Arbeiterschaft entgegengekommen wird. Unzufrieden mit dem neuen Wahlvorschlag sei eigentlich nur jene kleine Gruppe von Judenliberalen, die auch vor und während des Krieges keine Stunde gerastet hat, die Wiener Gemeindeverwaltung offen und versteckt anzugreifen. Durch die neue Wahlreform verzichte die christlichsoziale Partei in selbstloser Weise auf eine Anzahl von Mandaten, sie bringe aber dieses Opfer in Anerkennung und Würdigung dessen, daß während des Krieges die breiten Massen der Bevölkerung zumindest ebensoviel beigetragen haben wie die besitzenden Klassen.

26. I. 1918

50

## Die Abstimmung im Delegationsausschusse.

Vertrauensvotum für Graf Czernin.

Mit imposanter Zwei-Drittel-Mehrheit hat heute abends der österreichische Delegationsausschuß die von dem Minister des Aeußern gestellte Kabinettsfrage durch eine Kundgebung rüchhaltigen Vertrauens und vorbehaltloser Billigung seiner Politik beantwortet. Das ist eine Kundgebung, die sich in aller Welt als die Willensmeinung der großen Mehrheit des österreichischen Volkes, auch wenn man die oppositionellen Redner als die Repräsentanten des geschlossenen Willens ihrer Nationen betrachten wollte, sehen lassen kann. Selbst unter den Sprechern dieser Opposition wäre mancher nach dem unbestrittenen Erfolge des Grafen Czernin mit dessen gestrigen überzeugend sachlichen Darlegungen, vor denen die nachfolgenden Kritiken verblaßten — die meisten waren alte Ladehüter aus der slavisch-politischen Dialektik der Vorkriegszeit — gerne von seinem extremen Standpunkte etwas abgerückt. Sowohl die Reden des Abgeordneten Dr. Korosec wie jene Wdrzals zeigten gelegentlich diese Neigung in ihrem Tone. Aber das geschraubt Schematische, in dem der Chauvinismus gegenüber aller ruhigen einsichtsvollen Erwägung erstarrt, verhinderte dies. Am unkonsequentesten verhielten sich die sozialdemokratischen Delegierten. Zuerst machte Dr. Ellenbogen der staatsmännischen Persönlichkeit Czernins Komplimente und versicherte, daß er zu diesem Vertrauen habe, nur zu dem System habe er keines, dann ließ er sogar verlauten, für den Teil der Vertrauensresolution, die den Grafen Czernin persönlich angehe, werde er mit seinen Parteigenossen stimmen.

und dann, als ihm Graf Czernin die Blüten seiner Logik nicht schenkte, tat er beleidigt und stimmte mit den Tschechen. Herr Dr. Ellenbogen war ganz aus dem Gleichgewichte gebracht worden. Aber man kann es ihm nachempfinden. So schlecht ist es ihm schon lange nicht ergangen.

Graf Czernin griff in die Debatte heute mit einer Rede ein, in der er seine Gegner mit einigen trefflichen Stößen niederturnierte. Er besorgte dies mit einer feinen, schlagfertigen Ironie, die schonungslos das hohle Pathos der Herren Dr. Stranksly und Genossen abkloppte, und wo es nottat, auch mit energischem Ernst. Seit langem hat man sich in Oesterreich nach Worten gesehnt, wie jenen, die der Minister über die amtliche Pflicht sprach, die Revolution zu bekämpfen. Endlich steht man einen Mann an verantwortlicher Stelle, der sich getraut, mutig den Gegnern des Staates ins Gesicht zu schauen. Er ersparte dem Delegierten Dr. Ellenbogen, der glaubte, mit einer freundlichen Verbeugung vor den persönlichen Fähigkeiten des Ministers an ihm vorbeizukommen, gar nichts. Wenn man bei uns in Oesterreich der Verbeugung der Völker, den chauvinistischen und sozialdemokratischen Irrlehren früher so herzhaft zu Leibe gegangen wäre, vieles wäre heute besser. So mancher unserer österreichischen Minister kann sich an Graf Czernin ein Beispiel nehmen.

Und der Minister des Aeußern hatte auch den Erfolg für sich. Er hat den unbestrittenen Sieg davongetragen; die ihm bereitete Opposition hebt diesen nur um so heller hervor. — Der christlichsoziale Abgeordnete **M i l l a s**, der das Vertrauensvotum beantragte, widmete dem Minister eine feinsinnige Würdigung seiner Tätigkeit, aber auch andere Redner äußerten eine Anerkennung, wie sie seit langem keinem Minister zuteil geworden ist. Bemerkenswert ist u. a. die Aeußerung des deutschnationalen Abgeordneten **L a n g e n h a n**, der feststellte, das Austreten des Grafen Czernin sei geeignet, das deutschböhmische Volk manche bittere Empfindungen, zu denen die letzte Zeit Anlaß bot, vergessen zu machen. Besonderen Dank verdient, daß Graf Czernin der Volkshewilerei, der eine gewisse Presse auch in Oesterreich Gläubige verschaffen möchte, mit einem festen Griffe die demokratische Larve vom Gesichte genommen hat.

Die beiden letzten Parlamentstage sind eine Quelle neuer Zuversicht geworden. Da ist ein Mann, der regiert.

## Die Wiener Woche.

Daß die Syndikalisten und Magimalisten Wiens die Stadt drei Tage terrorisierten und keine Zeitung außer der sozialdemokratischen erscheinen ließen, war schlimm genug. Daß sie aber auch die reichsdeutsche öffentliche Meinung vollkommen beherrschten, ist der ungeheuerlichen Unzulänglichkeit des amtlichen Nachrichtenapparats, welcher der linksliberal-sozialdemokratischen Darstellung keine einzige andere gegenüberstellen konnte, zuzuschreiben. Da nur die sozialdemokratische Presse erschien, kamen die linksliberalen Blätter, die sich restlos in deren Dienst stellten, herrlich auf ihre Rechnung. Für das Fehlen der anderen Darstellungen hätte der amtliche Apparat auskommen sollen, der rein objektiv hätte feststellen können: Wien besteht nicht nur aus Sozialdemokraten, sondern auch aus andersgesinnten Kreisen, die zwar in ihrer Meinungsäußerung gehemmt waren, aber deshalb doch nicht totzuschweigen sind. So las man in der ganzen reichsdeutschen Presse nichts von der folgenden Darstellung, die dieses „unbekannte“, andere, in der Wiener „großen“ Presse nicht hervortretende Wien hervorgehoben und betont hätten; sie hätten die Wirkung auf das feindliche Ausland besser abgeschwächt, als alle Nachrichtensperren. Zu unseren schlechtesten amtlichen Leistungen gehört offenbar der Nachrichtendienst aus Oesterreich-Ungarn. In einer christlichsozialen Parteikundgebung, die vom Vorstand der Wiener christlichsozialen Partei schon am 19. Januar beschlossen wurde, heißt es:

Die mangelnde Voraussicht und die geringe Laskraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehlquote geführt. Durch das Hinzutreten staatsfeindlicher Elemente löste dieser Noistand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging. Die christlichsoziale Partei hofft und erwartet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem baldigen und

dauernden Verständigungstrieben mit Rußland führen. Sie ist von der aufrichtigen Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und hegt volles Vertrauen, daß der Minister des Aeußern alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche vornehmen wird, um zum Frieden zu gelangen. Die christlichsoziale Partei hält es aber für schädlich, wenn im jetzigen Augenblicke, wo die Geschlossenheit der Monarchie allein unsere Vertreter zu einem kraftvollen Auftreten befähigen kann, durch politische Auslandsbewegungen deren Stellung geschwächt wird. Die einmal in Fluß geratene Bewegung ist in ihrem weiteren Verlaufe zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenützt worden. Die Verhandlungen mit der Regierung wurden einseitig von einer Partei geführt, die gesamte nichtsozialdemokratische Wiener Presse mundtot gemacht, die Informierung der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Dieser Entwicklung der Ereignisse hat die Regierung mit vrschränkten Armen zugesehen, sie sogar aktiv unterstützt. Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Bergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein. Die Regierung hat zu unserem lebhaften Bedauern nichts getan, um die innerstaatliche Ordnung wenigstens vorzubereiten und durch vollstündlichere Formen neue Wege des politischen Lebens zu erschließen. Sie darf aber auf keinen Fall die Regierung einer Partei, sondern muß pflichtgemäß die Regierung der Gesamtbevölkerung sein.

Vizekanzler v. Payer. Im Reichstage verlautete heute, daß der Vizekanzler Herr v. Payer befreundete Abgeordnete benachrichtigt habe, daß er am Mittwoch nach Berlin zu kommen gedenke, um seine Amtsgeschäfte zu übernehmen.

1. / T. 1918

## Die Wiener Hausfrauen und das Wahlrecht.

Früher, als man es heute denkt, wird die Frage an jede Wiener Hausfrau herantreten, wie sie sich zum Wahlrecht stellt. Die Führerinnen aller fortschrittlichen Frauengruppen werden, nachdem die Regierung ihre Erklärung, daß sie gegen das Frauenwahlrecht künftig nichts einzuwenden habe, den sozialdemokratischen Abordnungen in bindender Form abgegeben hat, nicht mehr ruhen, bis diesem Worte auch die Tat und die Durchführungsmöglichkeit gefolgt ist.

Schon lange vor dem Krieg hat die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, zu deren Gründung der notwendige Kampf gegen die immer steigende Steuerung geführt hat, in mühevoller Aufklärungsarbeit den Hausfrauen die Zusammenhänge klar zu machen versucht, die zwischen den Sorgen und Erschwernissen ihrer eigenen Wirtschaftsführung und der Verwaltung des kommunalen Haushaltes bestehen. Wie sich die Gemeindevorstehung in der Lebensmittelfrage verhält, von welchen Gesichtspunkten aus die Marktorganisation geleitet wird, ob es gilt, lediglich die Interessen des steuerzahlenden Kaufmannes und der genossenschaftlich organisierten Klein- und Großhändler in den Vordergrund zu schieben, oder ob die Zeit gebietet, solche Markt-einrichtungen zu schaffen, daß die unter der Last ihrer Wirtschaftsführung schwer bedrückten einkaufenden Hausfrauen den Schutz der Gemeinde spüren, das ist ein grundlegender Faktor für die Wohlfahrt im Haus jeder einzelnen Frau. Ob in der Gemeindefürsorge Hausherren-palitik getrieben wird, ob man die Preise des Bodens und der Realitäten ins Ungemessene ansteigen läßt, oder ob von allem Mieterschutz-gesetze durch Drosselung der Zinssteigerung die Familien des Bürgerstandes vor der drohenden Proletarisierung schützen sollen, ob die städtischen Einrichtungen auf dem Gebiete des Säuglings- und Kinderschutzes die Ausbreitung der Tuberkulose hemmen und die Ansiedlungsherde der Großstadt herringern, oder ob man die Sterblichkeit und die Erkrankungs-ziffer ohne Einhalt zu gebieten ansteigen läßt, das alles geht die Frauen und Mütter in ihrer Gesamtheit an und das ist Gemeindevorstellung, auf die die Frauen und Mütter in ihrem ureigensten Interesse und, was ihnen noch wichtiger erscheint, im Interesse ihrer Kinder Einfluß nehmen müssen.

Das selbe gilt für die Schulfragen, die des mütterlichen Einschlages zu ihrer Lösung bedürfen. Und wenn wir wochenlang auf unseren Straßen in grundlosem Not waten müssen, wenn wir die Mistriegerln tagelang gefüllt auf dem Bürgersteig stehen sehen oder deren Inhalt schließlich wahllos auf der Straße entleert und zur Verbreitung der Bakterien vom Wind in die Luft gewirbelt wird, oder wenn das Glatteis, das die Straßen und Steige bedeckt, die größten Gefahren für Menschen und Zugtiere zur ständigen Qual erwachsen läßt, dann müssen wir Frauen auch wieder unwillkürlich an den Zusammenhang zwischen der Gemeindevorstellung und dem persönlichen Interesse des Einzelnen denken. Gewiß, die Erschwernisse des Krieges bieten nirgend so unüberwindliche Hindernisse als gerade in der Durchführung der Arbeit der Gemeinde. Ist aber nicht hier wieder ein Fingerzeig gegeben, daß der Mangel an männlicher Arbeitskraft nicht nur, was die ausführenden Organe anbelangt, sondern auch was die schöpferische und verwaltende

Tätigkeit der Großstadterwaltung betrifft, die Heranziehung der verfügbaren weiblichen Arbeitskräfte zur dringenden Notwendigkeit des Augenblicks macht?

Die Gemeindevorstellung der Frauen, an der bisher nur einige wenige Anteil hatten, wird eine allgemeine werden. Die Zeit, die uns noch von dieser neuen Epoche trennt, muß dazu ausgenützt werden, daß den Frauen die richtige Erkenntnis wird von der Bedeutung ihrer Mitarbeit auf allen Gebieten des Gemeindevorstellens. Frei von aller politischen Kampfeslust, lediglich erfüllt von dem Wunsche nach hilfebringender Arbeit, mögen die Frauen ihren Anteil nehmen an der Neugestaltung des kommunalen Aufbaues nach der Zerstörung des Krieges. Sie mögen zur Ueberzeugung kommen, und dieser auch im allgemeinen zum Durchbruch verhelfen, daß bei den überwälzenden Aufgaben, die auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufrichtung jetzt von den Kommunen geleistet werden müssen, in den Stadtrats-stuben kein Platz mehr sein darf für Parteien-zank, für nationalen, konfessionellen und Klassen-kampf. Zu einmütiger, friedlicher Wirtschaftsarbeit müssen die Bürger und Bürgerinnen, denen das Vertrauen der Bevölkerung die Verwaltung der Kommune überträgt, über alle Gegensätze persönlicher Weltanschauung hinweg sich die Hände reichen, damit alle verfügbaren Kräfte, alle von der Zerstörung des Krieges noch frei gebliebenen Energien zu einem Ziele sich vereinigen, zur Wiederherstellung gelunder Lebensmöglichkeiten für die schwerleidende Menschheit.

Selene Granitsch.



### Christlichsoziale Vereinigung und Deutsche Agrarpartei.

In der gestrigen Konferenz der Vertreter der Christlichsozialen Vereinigung und der Deutschen Agrarpartei mit dem Ministerpräsidenten, dem Ackerbau- und dem Landesverteidigungsminister wurden betreffs der Einberufungen der bisher Enthobenen aus den sechs jüngsten Jahrgängen folgende Forderungen erhoben:

1. Die Leiter und Führer von Wirtschaften, in denen sonst keine männliche Kraft zur Verfügung steht, sind auch weiterhin auf unbestimmte Zeit zu entheben.

In der gleichen Eigenschaft und unter denselben Bedingungen sind auch aus dem Jahrgange 1900 Enthebungen durchzuführen.

Kann jedoch aus Familienangehörigen älterer Jahrgänge ein Ersatz beschafft werden, so hat die Enthebung so lange aufrecht zu bleiben, bis diese Ersatzkraft tatsächlich die Führung der Wirtschaft übernommen hat.

2. Den bisher Enthobenen sind in möglichst ausgedehntem Maße Urlaube zum Anbau, zur Ernte, zum Drusch usw. zu gewähren, aus welchem Grunde dieselben, insbesondere aber die mit „B“- und „C“-Besund Bezeichneten, im Hinterlande zu verwenden sind.

**Die Ausführungen Dr. Wekerles über den Ausgleich.****Eindruck in Wiener politischen Kreisen.**

Wien, 31. Januar.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle hat in seiner Programmrede auch die Neuregelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland und den Ausgleich mit Oesterreich berührt und erklärt, daß der Abschluß engerer wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland keine Gebundenheit gegenüber Oesterreich nach sich ziehen könne und daß weder rechtlich noch durch Entstehen einer tatsächlichen Zwangslage das dem künftigen Reichstage zu wahrende Recht verkürzt werde, mit voller Freiheit über den Ausgleich mit Oesterreich zu entscheiden.

In hiesigen politischen Kreisen wird diese Äußerung folgendermaßen aufgefaßt: Zwischen Oesterreich und Ungarn besteht gegenwärtig ein zweijähriges Ausgleichsprovisorium. Wenn inzwischen mit Deutschland ein zwanzigjähriges Vertragsverhältnis abgeschlossen würde, so würde aus diesem Umstande allein für die beiden Staaten der Monarchie noch keine Zwangslage resultieren, ebenfalls einen zwanzigjährigen Ausgleich abzuschließen. Die Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten macht den Eindruck, daß die ungarische Regierung formell feststellen will, daß sie durch die handelspolitischen Abmachungen mit Deutschland an sich in keinerlei Zwangslage bezüglich des Ausgleiches mit Oesterreich gebracht werden wird.

## Der ungarische Ministerpräsident über den Handelsvertrag mit Deutschland und den Ausgleich.

Wien, 31. Januar.

Der ungarische Ministerpräsident hat in seiner heutigen Programmrede eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Fragen erörtert. Im Vordergrund standen das künftige Verhältnis zu Deutschland und der Ausgleich mit Oesterreich. Was Wekerle über die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche gesagt hat, enthält die Andeutung, daß die künftigen Abmachungen weit über das Meistbegünstigungsverhältnis hinausgehen dürften. Nach den dem Reichstage gemachten Mitteilungen bemüht man sich, die Wege zu finden, um das politische Bündnis mit Deutschland in wirtschaftlicher Richtung zu vertiefen, doch habe dieses Bestreben keine Spitze gegen andere Staaten. Es solle ein enger Anschluß an Deutschland auf jenem Gebiete erfolgen, auf welchem dies beiden Teilen Vorteile bieten würde, ohne jedoch die Interessen anderer Länder zu schädigen, mit denen in der Zukunft ebenso ein freundschaftliches Handelsverhältnis aufrechterhalten werden solle, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland würde, wie aus diesen Äußerungen geschlossen werden kann, über den Rahmen der Meistbegünstigung hinaus ein enges Verhältnis schaffen, das sich mehr einem Zollbündnis nähern dürfte. Für eine derartige Lösung sprechen heute mehr denn je die wichtigsten Gründe. Daß solche Absichten bestehen, geht übrigens auch daraus hervor, daß in Brest-Litowsk die Frage der Anerkennung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland seitens Rußlands angeknüpft worden ist.

Im Anschluß an die gegenüber Deutschland bestehenden wirtschaftlichen Pläne besprach Dr. Wekerle die Ausgleichsfrage. Er sagte, daß, wenn die Verhandlungen mit Deutschland zu einem Ergebnisse führen, Ungarn sich hinsichtlich des mit Oesterreich geschlossenen Ausgleiches unbedingt die Sicherheit wahren werde, daß die Gebundenheit gegenüber dritten Staaten keine Gebundenheit gegenüber Oesterreich nach sich ziehe und weder rechtlich noch durch die Entstehung einer tatsächlichen Zwangslage das dem künftigen Reichstage zu wählende Recht verkürzt werde, mit voller Freiheit über den Ausgleich mit Oesterreich zu entscheiden. Würde man diese Äußerung für sich allein und ohne Zusammenhang mit anderen wichtigen Stellen der Rede betrachten, so wäre die theoretische Möglichkeit gegeben, daß eine ungarische Regierung daran denken würde, bei den Ausgleichsbesprechungen mit Oesterreich ohne Uebereinstimmung mit den mit Deutschland getroffenen handelspolitischen Abmachungen vorzugehen und zum Beispiel, ungeachtet eines zwanzigjährigen Vertrages, der mit Deutschland geschlossen werden soll, einen kürzer dauernden Ausgleich in den Verhandlungen mit Oesterreich vorzuschlagen. Solche Ideen mögen in früherer Zeit aufgetaucht sein, sind aber, wenn es der Fall war, im Keime erstickt worden und werden von der jetzigen ungarischen Regierung wohl nicht ins Auge gefaßt werden. Das muß aus anderen Stellen der Rede des Ministerpräsidenten geschlossen werden, in denen er es als erwünscht bezeichnete, daß für lange Zeit jene Gegensätze ausgeglichen werden, die auf dem politischen Leben lasten und der Entwicklung der vereinigten Kräfte im Wege stehen. Die staatsrechtlichen Gegensätze, die in der politischen Auffassung eine Spaltung hervorrufen, seien auf zwei Kardinalpunkte: die wirtschaftliche Trennung und die Selbständigkeit der Armee zurückzuführen. Bei der wirtschaftlichen Trennung könne aber die Erschütterung nicht außer acht gelassen werden, die infolge des Krieges eingetreten sei und eine Besserung auf neuen Grundlagen ungemindert riskant mache. Ungarn könne sich auch der durch den Krieg geschaffenen weltwirtschaftlichen Lage nicht entziehen, ohne seine vitalsten Interessen auf das Spiel zu setzen. Während Ungarn einerseits das in den Gesetzen gesicherte selbständige Verfügungsrecht wahren müsse, wenn dies notwendig sein sollte, dürfe es andererseits diese selbständige Einrichtung nicht im Gegensatz zur weltpolitischen Lage und den Anforderungen der vorerwähnten Gesichtspunkte unbedeutend fordern.

Der Ausgleich oder, wie der im Gesetze vom 30. Dezember 1907 vereinbarte Titel lautet, der „Vertrag, betreffend die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der heiligen ungarischen Krone“, ist am 31. Dezember 1917 abgelaufen. Wegen der Erneuerung sind unter dem Grafen Stürgkh und unter dem Grafen Clam Verhandlungen geführt worden, deren Ergebnis ein vollständiges Ausgleichsoperat gebildet hat. Im Februar 1917 wurde mitgeteilt, daß die Besprechungen insofern zu einem vorläufigen Ergebnisse gelangt seien, daß der Einleitung handelspolitischer Konferenzen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, kein Hindernis im Wege stehe. Da jedoch ein solcher endgültiger Ausgleich schon wegen der ungeklärten handelspolitischen Lage nicht möglich war, ist im November des vorigen Jahres ein Ausgleichsprovisorium eingebracht worden. Das Ausgleichsprovisorium vom Dezember 1917 verfügte, daß die Geltungsdauer des Ausgleiches und des Schlussprotokolls vom Jahre 1907 bis zu dem Zeitpunkte, in dem die von den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung in Kraft tritt, längstens bis 31. Dezember 1919 erstreckt werden soll. Diese Bestimmung wurde auf Verlangen des österreichischen Abgeordnetenhauses dahin geändert, daß der neue Ausgleich „mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten in Kraft treten muß“. Ferner war im Regierungsentwurf eine Verfügung enthalten, daß es vom 31. Dezember 1918 an jedem der beiden Staaten freisteht, die Kündigung der Handelsverträge mit der Wirkung zu verlangen, daß sie unverzüglich erfolgen muß.

Diese Bestimmung über die Kündigung war eine Erneuerung gegenüber dem Ausgleich vom Jahre 1907.

Dieser enthielt über den Abschluß und die Gültigkeit von Handelsverträgen, welche die Monarchie verpflichten, nachstehende Verfügungen: Die mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge, welche die Regelung wirtschaftlicher Beziehungen bezwecken, insbesondere Handels-, Zoll-, Schifffahrts- und Konsularverträge haben für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder und für die Länder der ungarischen Krone gleich bindende Kraft. Die Verhandlung und der Abschluß von neuen Verträgen geschieht mit Rechtswirksamkeit für beide Staaten vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung beider Legislativen, durch den gemeinsamen Minister des Äußern auf Grundlage der Vereinbarungen, welche zwischen den Regierungen beider Staaten zu treffen sind. Wenn bei Ablauf eines der Verträge der eine vertragschließende Teil von dem Kündigungsrechte gegenüber den fremden Staaten Gebrauch gemacht wissen will, so hat er spätestens sechs Monate vor Ablauf des Kündigungsstermins dem anderen vertragschließenden Teile hievon Mitteilung zu machen, um über den weiteren Vorgang das Einvernehmen zu pflegen. Kommt innerhalb dieser Frist ein Einverständnis nicht zustande, so hat der gemeinsame Minister des Äußern die Kündigung vorzunehmen, sobald auch nur der eine der vertragschließenden Teile sie begehrt. Verträge ohne Ablaufstermin sind auf Wunsch eines vertragschließenden Teiles spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe dieses Wunsches an den anderen Kontrahenten zu kündigen.

Diese Bestimmungen werden durch das Schlussprotokoll wesentlich eingeschränkt. In demselben sind die beiden Staaten übereingekommen, von dem Kündigungsrechte hinsichtlich der Verträge mit Deutschland, Belgien, Italien, Rußland und der Schweiz auf den 31. Dezember 1915 einseitig keinen Gebrauch zu machen. Sollten die Verträge von seiten eines fremden Staates gekündigt werden, so wären die Handels- und Verkehrsbeziehungen mit diesem Staate nur für die Zeit bis 31. Dezember 1917 zu regeln. Es wurde ferner festgestellt, daß die Kündigung der Verträge ohne festen Ablaufstermin von keinem der beiden Teile gefordert wird. Diese letzteren Vereinbarungen sind, wie erwähnt, durch die neue Bestimmung des Ausgleichsprovisoriums vom Dezember 1917 geändert worden, wonach es vom 31. Dezember 1918 an sowohl Oesterreich als Ungarn freisteht, die Kündigung mit der Wirkung zu verlangen, daß sie unverzüglich erfolgen muß.

## Die siebente niederösterreichische Frauenlandeskongferenz.

Wer ein Bild von der Arbeitsleistung der arbeitenden Frauen im Kriege gewinnen wollte, der hätte auf dieser Landeskongferenz, die im Anschluß an den Landesparteitag im Ottakringer Arbeiterheim tagte, hören müssen, welche großartige Arbeit für unsere Frauenorganisationen in den letzten zwei Kriegsjahren geleistet wurde. Wenn man bedenkt, daß es sich vorwiegend um Frauen handelt, deren Männer an den Fronten stehen, die Söhne und Verwandte beständig im Felde wissen und alle seelischen Qualen erleben, die der Krieg mit sich bringt, um Frauen, die nicht wissen, woher sie die Lebensmittel für den nächsten Tag nehmen und womit sie ihre Kinder ernähren sollen, um Frauen, die oft zehn und vierzehn Stunden in der härtesten Arbeitsfront stehen und schwere Männerarbeit leisten müssen, und dann sieht, wie diese Frauen doch noch den Mut und die Kraft finden, um für die Organisation zu arbeiten und für ihre politischen Rechte zu kämpfen, dann muß man wahrlich erfüllt werden von dem Bewußtsein, daß wir alle Frauenkraft und Frauenwillen unterschätzt haben. Welcher Verlust ist es für die Gesellschaft, daß sie diese Kraft, diesen Opfermut und diese Hingabe nicht nutzbar werden läßt durch die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an allen öffentlichen Arbeiten! Nur ein paar Zahlen sollen zeigen, wie unsere Frauenorganisationen in den letzten Jahren gewachsen sind.

### Das Steigen der Organisation.

Arbeitsrat hatte im Frühjahr 1916 26 Mitglieder, heute zählt die Organisation 675 Mitglieder. In Wilhelmsburg zählten wir zu Pfingsten noch 80 Frauen und heute beträgt unser Mitgliederstand 600. In St. Pölten stiegen wir von 65 Mitgliedern im Herbst 1916 auf 1080 Mitglieder in diesem Monat. In Berndorf, dem Orte der Munitionsindustrie, sind von Juni 1917 bis 1. Jänner 1918 660 neue Mitglieder gewonnen worden. In den Berichten der einzelnen Organisationen konnten die Frauen oft erzählen, daß sie heute „zahlreicher organisiert sind, als die Männer“ und daß sie, weil alle Männer, die helfen könnten, einberufen sind, aus eigener Kraft wirken und arbeiten mußten. In vielen Organisationen der Provinz sind heute die Frauen, als die tapferen Soldaten der sozialistischen Armee, die Bewahrer und die Leiter der Organisation und viele Männerorganisationen konnten nur ausreicht erhalten werden, weil die Frauen die Arbeit für sie mitgetan haben. Mathilde Eisler, die als Landesvertrauensperson die Organisationsarbeit geleitet hat, konnte ihren Bericht damit schließen, daß sie allen Frauen ans Herz legte, sie müssen diesmal einen Frauentag organisieren, wie wir ihn in Oesterreich noch nicht erlebt haben. Nun, wo es gilt, um die letzten und größten Ziele zu kämpfen, nun mühten wir zeigen, wie wert uns der Kampf um die politische Gleichberechtigung geworden ist.

### Das Frauenwahlrecht.

Uebelheid Popp schilderte in ihrem ausführlichen und interessanten Referat die Wandlung, die gegenüber dem Frauenwahlrecht bei allen Parteien vor sich gegangen ist. Selbst die Amerikaner, die doch niemals etwas vom Frauenwahlrecht wissen wollten und es ablehnten, für die Gleichberechtigung der Geschlechter einzutreten, weil sie die Frau dem Hause nicht entfremden wollen, beschäftigten sich immer eingehender mit dieser Frage. Der Frauentag der vereinigten Christlichsozialen und deutschnationalen Frauen, der vereinigten Reaktion der bürgerlichen Frauenbewegung, hat erklärt, sie werden vorderhand das Frauenwahlrecht nicht verlangen, aber sie werden es, wenn es kommt, natürlich für ihre Ziele verwenden. Sie wünschen aber, daß die Frauen in einer eigenen Kurie wählen, die vollständig getrennt von den Kurien der Männer ist. Also Scheidung der Geschlechter, wie in den alten Synagogen. Man begründet diese Forderung mit den Formen, in denen der Wahlkampf heute geführt wird, und hofft, daß die Frauen im Wahlkampf, der nur zwischen den weiblichen Mitgliedern der Gesellschaft geführt wird, solche Formen verhindern werden. Eine Verbesserung der Form unseres Wahlkampfes wäre wohl für alle gleich notwendig, nur möchten wir darauf hinweisen, daß gerade die deutschnationale und die christlichsoziale Partei redlich an der Verschlechterung der Wahlsituation mitgearbeitet haben. Genossin Popp führt nun

an, wie außerordentlich das Frauenwahlrecht in den Kriegsjahren an Verbreitung zugenommen hat. Vor allem wird die Zahl der europäischen Staaten, die das Frauenwahlrecht für die Gemeinde einführen, immer größer. Um so dringender wird es, daß wir endlich auch in den österreichischen Gemeinden gleiche Rechte erringen. Der Kampf um die Gemeindefürreform wird ja vor allem in Wien geführt werden müssen, denn die Reichshaupt- und Residenzstadt muß allen österreichischen Städten und Gemeinden mit gutem Beispiel vorangehen. In Deutschland sind heute schon mehr als 12.000 Frauen in den Gemeinden ehrenamtlich und beamtet tätig und alle Verwaltungen sind voll des Lobes für die außerordentliche Tätigkeit der Frauen. Die Armenpflege, die Waisen- und Kinderfürsorge, die Bekämpfung von Trunksucht und Tuberkulose, die Hilfe in den Schulkommissionen und Schulräten sind Arbeitsgebiete der Frauen und allüberall leisten die Frauen oft Besseres und entwickeln

die Aemter in sozialerem Geiste weiter als die Männer. Deshalb sehen wir, daß nicht nur die Frau für sich und ihre Familie das gleiche Recht braucht, sondern daß auch der Staat und die Gesellschaft die Mitarbeit der Frauen nicht entbehren kann.

Eine Resolution, die sagt, daß die Frauenkongferenz die Erklärung der Regierung, dem Frauenwahlrecht kein Sanktionshindernis zu bereiten, entgegennimmt, spricht die Forderung aus, daß die Regierung nun auch die Gemeinden dazu drängen müsse, damit sie die Wahlreform überall durchführen. Die Resolution spricht die unbeugsame Entschlossenheit der Frauen, den Kampf mit aller Energie fortzusetzen, aus und ersucht die sozialdemokratische Fraktion und die Gemeinderäte um ihre Mitarbeit.

Abgeordneter Sillebrand erklärt im Auftrag der Fraktion, daß schon in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf im Parlament eingebracht werden wird, der das volle politische Recht für die Frauen fordert. Gabriele Probst bringt nun einen Antrag ein, die Fraktion zu ersuchen, daß sie auch den Kampf gegen den § 30 des Vereinsgesetzes neuerlich mit allen Mitteln führe, und fordert die Kongferenz auf, auch diesen Kampf wirkungsvoll zu unterstützen.

### Der Friedensbeschluß.

Emmy Freunlich brachte die Resolution ein, die dem unbeugsamen Friedenswillen der arbeitenden Frauen Oesterreichs Ausdruck verleiht. Die Resolution sendet dem deutschen Proletariat die brüderlichsten Grüße und wünscht seinem schweren Kampfe, den es gegen die kriegshexerischen Abenteurer führen muß, ein siegreiches Ende. Die Erkenntnis, daß alle Proletariate den Kampf um den Frieden immer energischer aufnehmen müssen, läßt die Frauen hoffen, daß die Arbeiterschaft der kriegsführenden Länder endlich den Sieg über die Imperialisten aller Länder erringen werde.

Die Resolution wurde begeistert angenommen.

Die Wahl der Landesvertrauensperson betraut Genossin Eisler neuerlich mit dem arbeitsreichen Amte. Genossin Pölzer schließt die Kongferenz mit den Worten: Wir hoffen, daß die großen Erfolge des Jahres 1917 noch übertroffen werden durch die Erfolge des Jahres 1918. Der Kampf um Freiheit und Frieden muß den Hunderttausenden Frauen den Weg zu uns zeigen und unsere Organisationen kräftigen, damit wir unsere letzten Ziele erreichen. Mit dem Biede der Arbeit schließt die Kongferenz, die ein hohes Biede für die rastlose und verständnisvolle Arbeit der Frauen gewesen ist.

## Die Tschechen und das Zukunftskronland Deutschböhmen.

Aus Prag wird der „Reichspost“ geschrieben:

Der Ruf nach Schaffung eines völlig selbständigen Kronlandes Deutschböhmen, der gegenwärtig die Gaue Böhmens durchbraust, klingt den Propheten des tschechischen Radikalismus höchst unangenehm in die Ohren. Die Art, wie sich die Presse der Chauvinisten mit dieser Bewegung, die von den Neunmalweisen der heutigen tschechischen Blockpolitik selber in Fluß gebracht wurde, auseinandersetzt, spiegelt die Größe der Verlegenheit, welche die Forderung nach dem Kronland Deutschböhmen den Propagatoren des tschechisch-slovakischen Großstaates bereitet. Selbst das Prager Organ der tschechischen Sozialdemokraten macht sich über die Schwäche der Argumente lustig, welche die Presse Kramars der deutschböhmisches Forderung entgegenzustellen weiß. Sobald man sich auf den Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechtes stellte und kraft dieses Prinzips unbekümmert um staatsrechtliche Schranken den tschechisch-slovakischen Staat forderte, habe man doch, meint das sozialistische Blatt ganz richtig, darauf gefaßt sein müssen, daß die Deutschen Böhmens das Gleiche tun würden. In der Tat ist niemals gegen die bisher wie ein Dogma verteidigte Unteilbarkeit des Königreichs Böhmen ein wichtigerer Streich geführt worden, als es der Tschechische Verband mit seinen Deklarationen vom Mai 1917 und vom 6. Jänner d. J. getan hat. Den Deutschböhmen braucht die von ihnen nie verjochtere staatsrechtliche Unteilbarkeit Böhmens nicht heiliger zu sein als den Tschechen die Schranken der dualistischen Verfassung. Es ist geradezu räuhrend, wie die Kramarpresse jetzt die Deutschen zu überzeugen sucht, daß ihnen die Schaffung eines eigenen Kronlandes nur Schaden bringen, jedenfalls aber die größten Schwierigkeiten bereiten würde, weil es dem Lande an dem rechten Mittelpunkte fehlen würde. Auch wird den Deutschen herzbeweglich zu bedenken gegeben, was dann das Los der deutschen Minderheiten im tschechischen Gebiet sein würde. Als ob die nämlichen Fragen nicht den Tschechen zurückgegeben werden könnten! Für den Schutz der nationalen Minderheiten würde eben bei der Trennung vorgesorgt werden müssen. Und was den administrativen „Mittelpunkt“ betrifft, so denkt man in Deutschböhmen zurzeit an eine ausgiebige Dezentralisierung und allenfalls sogar an die Schaffung zweier deutschböhmisches Kronländer (Nordostböhmen und Westsüdböhmen), die beide mit je über 1 Million Einwohnern unter den Kronländern Oesterreichs sowohl in bezug auf Einwohnerzahl wie auf Größe sich wohl sehen könnten. Aus dem unteilbaren Böhmen würden dann drei Verwaltungseinheiten entstanden sein! Möglich ist alles. Das Vernünftigste, politisch wie wirtschaftlich, wäre es zweifellos für beide Nationen Böhmens, wenn sie sich verständigen und vertragen würden und daher beisammen bleiben könnten, so wie es ihnen durch Geschichte und Geographie bestimmt wurde. Aber da die Tschechen immer leidenschaftlicher dokumentieren und deklarieren, daß sie ihre deutschen Landsleute beherrschen und sie in einen tschechischen Zukunfts-

staat hineinzwingen wollen, so bleibt eben den Deutschen Böhmens keine andere Wahl, als von zwei Nebeln das kleinere zu wählen, das zugleich für die Tschechen das größere, das allergrößte ist. Und da jetzt wieder der Köder „Prag“ ausgestreut wird, so ist zu sagen, daß Prag schwerlich noch mehr äußerlich tschechisiert werden kann, als es entgegen der ganzen Geschichte und dem ganzen Gepräge der Stadt bereits durch die nationale Gewaltpolitik im Prager Rathause geschehen ist. An internationalen Ansehen wird die Stadt dadurch nicht gewinnen, wie sie durch die einsprachigen Aufschriften das vielfach deutsche Gepräge nicht zu verleugnen und die deutschen Bezeichnungen nicht zum Absterben zu bringen vermag. Bis zu welchen Verantwortlichkeiten übrigens die tschechisch-chauvinistische Publizistik sich verirrt, um den deutschen Anteil an Prag in Abrede zu stellen, das erhellt wohl am besten aus der Tatsache, daß in der tschechischen Presse ganz ernsthaft der deutsche Kaiser Karl IV. aus dem Luxemburger Hause, unter dem Prag und Böhmen seine Glanzzeit erlebte, als „Wahlfranzose“ hingestellt und die deutschen Kaiser aus dem Hause Oesterreich Karl V. und Ferdinand I. als Spanier bzw. Wallonen geschildert werden, um nur ja den Trost zu haben, daß sie nicht aus dem Deutschtum kamen. Nach dieser Betrachtungsmethode müßten die Tschechen auf ihre besten Namen verzichten, denn die wenigsten ihrer Träger verdanken ihren Aufstieg „tschechischer Erziehung“. Um Prag das deutsche Gepräge zu nehmen, müßte die ganze Stadt vom Beitsdom bis zum Graben in ähnlicher Weise „umgeleert“ werden, wie es mit dem Ghetto bereits „mustergültig“ geschehen ist. Aber dann wäre es auch mit der Herrlichkeit und dem Glanze, mit der ganzen geschichtlichen Patina und dem unbeschreiblichen Zauber, den die Moldaustadt auf jeden Besucher ausübt, für immer aus. Wie der tschechische Chauvinismus Böhmen zu zer schlagen droht, indem er vom tschechisch-slovakischen Großstaat träumt, würde er durch Zerstörung des nationalen Dualismus von Prag den Stolz Böhmens selber zerstören.

## Die Vorgeschichte des Kreisgerichtes Trautenau.

Die Frage der administrativen Abgrenzung der Gerichtsbezirke in Böhmen bildet schon seit einer Reihe von Jahrzehnten den Gegenstand der Beratungen des böhmischen Landtages und des Reichsrates. Abgeordneter Dr. Herbst brachte diese Frage im Jahre 1887 in Fluß und sofort erklärten damals die Czechen, diese territoriale Abgrenzung der Bezirke bedeute eine Zerreißung des Königreiches Böhmen. Die Bildung eines geschlossenen deutschen Sprachgebietes in Böhmen sei unzulässig. Die Abgrenzung der Bezirke in Böhmen nach nationalen Grenzen bildete auch einen der Abschnitte des unter dem Grafen Taaffe abgeschlossenen deutschböhmischen Ausgleichs. Damals, im Jahre 1900, wurde von der Ausgleichskommission festgesetzt, daß die Sprengel der Bezirks- und Kreisgerichte unter Berücksichtigung der Wünsche der beteiligten Bevölkerung, der territorialen Kommunikations- und Verkehrsverhältnisse umgestaltet werden sollten, so daß soweit als möglich die Gerichtsprengel nur aus Gemeinden ein und derselben Nationalität gebildet werden sollen. Gleichzeitig wurde die Verhandlung über diese Abgrenzung, die Ausarbeitung der Operate einer beim Oberlandesgerichte in Prag mit Zuziehung von Vertrauensmännern beider Nationalitäten gebildeten Abgrenzungskommission übertragen. Die Operate dieser Kommission sollten dem Landtag in der nächsten Session zur Begutachtung vorgelegt werden. An dem Widerstande der Jungczechen scheiterten diese im Ausgleich gemachten Zusagen.

Erst im April 1893 leitete der Justizminister Graf Friedrich Schönborn neue Verhandlungen über die Abgrenzung der Gerichtsbezirke in Böhmen ein. Die Czechen antworteten damals mit einem Antrage auf Erlassung eines Sprachengesetzes. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf im Landtage ein, in welchem sie die Errichtung der Kreisgerichte Trautenau und Schlan in Vorschlag brachte und das Gutachten des Landtages verlangte. Die Vorlage der Regierung wurde von den Czechen auf das heftigste bekämpft und in der vom Landtag eingesetzten Kommission, die unter dem Vorsitz des Prinzen Karl Schwarzenberg tagte, erklärten die Czechen, sich an der Debatte über die Abgrenzungsvorlage nicht beteiligen zu wollen. Abgeordneter Dr. Pacak beantragte den Uebergang zur Tagesordnung. Die Kommission lehnte diesen Antrag ab und übertrug das Referat über Trautenau dem Abgeordneten Dr. v. Plener und das Referat, die Vorlage betreffend Wekelsdorf, dem Abgeordneten Lippert.

Am 15. April 1893 brachte Bürgermeister Schole seinen Antrag auf Gleichberechtigung der Sprachen bei sämtlichen politischen Gerichtsbehörden in Böhmen im Landtage ein und betonte, daß die Gerichtssprache nicht zu den Grundzügen des Gesetzes über die Organisation der Gerichte gehöre. Die Lösung dieser Frage falle nach § 12 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung in die Kompetenz des Landtages. Die czechischen Parteien erklärten eine territoriale Abgrenzung der Bezirke für unzulässig und betonten, daß insolge dessen die Einbeziehung des deutschen Bezirksgerichtes Politz in den Trautenauer Sprengel ebenso ausgeschlossen sei, wie die vorgeschlagene Ausscheidung des czechischen Bezirkes Neupaka. Die Debatte über die Vorschläge der Abgrenzungskommission bezüglich Trautenau, Schlan und Beraun wurde in der Kommission des Landtages verschleppt. Trotzdem kam der Beschluß über die Errichtung dieser Gerichte zustande. Am 17. Mai 1893 sollte Abgeordneter Dr. Fune den Bericht im Landtag erstatten, wurde aber durch eine gewalttätige Obstruktion der Czechen, der ersten seit dem Bestande legislativer Körperschaften in Oesterreich, daran gehindert. Die Czechen stürmten die Tribüne, warfen die Bücher, Aktenstücke und Tintenfüßler in den Saal und erzwangen durch ihr Verhalten die Aufhebung der Sitzung. In der Nacht vom 17. auf den 18. Mai 1893 kam der telegraphische Auftrag, den Landtag von Böhmen zu schließen. In den Straßen von Prag kam es zu Demonstrationen, die Omladina trieb ihr Unwesen und

die Regierung sah sich veranlaßt, den Ausnahmezustand zu verkünden.

Als Graf Taaffe, um sich an der Regierung zu erhalten, eine Annäherung an die deutschen Parteien versuchte, brachte er am 10. Oktober 1893 die sogenannte Lex Trautenau im Abgeordnetenhaus ein. Die Regierung erbat sich die Ermächtigung, auch ohne Gutachten des Landtages an die Errichtung neuer Bezirks- und Kreisgerichte zu schreiben, wenn ein Landtag durch zwei Sessionen, die ihm auf Grund des Gesetzes vom 26. April 1873 und des Gesetzes vom 11. Juni 1886 aufgetragenen Gutachten nicht abgeben sollte. Beigefügt war die Erklärung der Regierung, daß dieses Gesetz auf die Errichtung des Kreisgerichtes Trautenau zurückwirkende Geltung habe, da bezüglich des Gutachtens für diese administrative Abgrenzung bereits ein voller Sessionabschnitt abgelaufen sei. Zur Beratung dieser Vorlage kam es aber nicht mehr. Das Ministerium Taaffe schied mittlerweile aus dem Amte. Die Regierung hatte aber mit Erlaß des Justizministeriums vom 22. April 1892 trotz des Widerspruches der Jungczechen bereits das deutsche Bezirksgericht Wekelsdorf errichtet und der Landtag mußte sich insolge dessen mit einer Vorlage, betreffend die Einreihung dieses neuen Gerichtsbezirkes in den Wahlbezirk Brauman-Politz, beschäftigen. Trotz des Widerspruches der Jungczechen nahm die Majorität des böhmischen Landtages diese Regierungsvorlage an.

Am 24. Januar 1895 erklärte Statthalter Graf Thun im Landtage in Beantwortung einer Interpellation, die Regierung werde für die Errichtung des Kreisgerichtes Trautenau die nötigen Maßnahmen treffen und eine entsprechende Vorlage einbringen. Auch der Justizminister Graf Gleispach versprach zurzeit des Ministeriums Radeni im Abgeordnetenhaus, die Regierung werde eine Vorlage bezüglich des Kreisgerichtes Trautenau dem böhmischen Landtage vorlegen, wobei jedoch die Ausscheidung der zwei Bezirksgerichte von Eipel und Politz nicht erfolgen sollte, so daß der neue Kreisgerichtsprengel kein rein deutscher geworden wäre. Die Jungczechen verlangten auch diesmal, daß zunächst das Gutachten des Landtages eingeholt werden müsse.

Seither ist die Frage der Abgrenzung der Gerichte in Böhmen bei allen Versuchen, die Sprachenfrage zu lösen, wieder aufgetaucht, aber durch den Widerstand der Czechen, eine territoriale Abgrenzung in Böhmen zuzulassen, nicht zur Verhandlung gelangt.

### Krisenhatte Vorkänge im Parlament.

#### Zusage der Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau und czechische Obstruktionsdrohungen.

Wien, 7. Februar.

Die Verhandlungen über das Budget haben seit heute eine Erschwerung erfahren. Bereits gestern abend wurde in Abgeordnetenkreisen bekannt, daß die Regierung die Absicht habe, dem Wunsche der Deutschen nach Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau in der nächsten Zeit Folge zu leisten. Daraufhin begab sich der Führer des Czechischen Klubs Abgeordneter Staneek noch im Laufe des gestrigen Abends zum Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um ihn zu fragen, ob diese Nachricht auf Wahrheit beruhe. Nach den Äußerungen des Abgeordneten Staneek habe der Ministerpräsident diese Absicht offen zugegeben und erklärt, daß die Regierung bereit sei, wenn die Czechen Wünsche haben, sie in Berücksichtigung zu ziehen, daß die Czechen aber bisher keine derartigen Wünsche geäußert hätten.

Die Nachricht von dieser Antwort des Ministerpräsidenten hatte sich heute vormittag lange vor Beginn der Plenarsitzung im Hause verbreitet. Als die czechischen Abgeordneten von ihrem Obmann informiert worden waren, erklärten sie, die weitere Beratung des Budgets unter allen Umständen, wenn es notwendig sein sollte, auch mit Gewalt, verhindern zu wollen.

Von deutschböhmischer Seite wird erklärt, daß die Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau nur ein Teil jener Forderungen sei, die die Deutschen vor wenigen Tagen dem Ministerpräsidenten übermittelt haben. Es sei richtig, daß ihnen der Ministerpräsident die Zusage bezüglich des Kreisgerichtes in Trautenau gemacht habe und nur die Erfüllung dieses Wunsches sei die Voraussetzung dafür, daß sie für das Budget stimmen werden. In seiner Zusage beruft sich der Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler darauf, daß im Jahre 1899 vom böhmischen Landtag in der Frage der Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau ein Gutachten erstattet wurde, in welchem der Errichtung unter der Voraussetzung zugestimmt wird, daß die Gerichtsbezirke Eipel und Politz dem Kreisgerichte Trautenau einverleibt werden. Wie nun verlautet, ist in der Zusage des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler an die deutschböhmischen Abgeordneten die Ausscheidung der genannten Gerichtsbezirke vorgesehen.

#### Die Haltung der Südslawen.

Der Obmann des czechischen Klubs Abgeordneter Staneek setzte sich sofort mit den südslawischen Abgeordneten in Verbindung. Es scheint jedoch, daß bei diesen keine Geneigtheit besteht, eine gewalttätige Taktik der Czechen, welche die Sprengung des Parlaments bezweckt, mitzumachen. Zumindest verlautete in den Mittagsstunden, daß der Abgeordnete Koroschec eine Vermittlungsaktion eingeleitet habe, wonach die Budgetberatung vorläufig unterbrochen und der Weg für Veränderungen freigehalten werden soll. Auch auf Seiten der deutschen Sozialdemokratie besteht das Bemühen, das Parlament unter allen Umständen zu erhalten.

#### Der Polenklub für ein Budgetprovisorium.

Es steute sich aber im Laufe des Vormittags heraus, daß auch, abgesehen von dem Zwischenfalle, der durch die Absicht der Regierung, das Trautenauer Kreisgericht zu errichten, hervorgerufen wurde, noch andere Schwierigkeiten der glatten Erledigung des Budgets entgegenstehen. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat offenbar unter dem Eindrucke der Berichte aus Lemberg und unter dem Drucke der Allpolen und der polnischen Volkspartei beschlossen, für ein zweimonatiges Budgetprovisorium einzutreten. Der Verlauf der Sitzung der parlamentarischen Kommission läßt darauf schließen, daß die Polen, falls die Regierung auf der Forderung des ordentlichen Budgets bestehen sollte, nicht für das Budget stimmen werden. Der Beschluß der parlamentarischen Kommission wird in der mittags stattfindenden Vollversammlung des Polenklubs unbreitet werden. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß bei der gegenwärtigen Stimmung auch die anderen polnischen Gruppen diesem Beschlusse beitreten werden.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat heute mittag eine anderthalbstündige Beratung abgehalten, in der zwar ein formeller Beschluß über einen der Vollversammlung vorzulegenden Antrag nicht gefaßt wurde, in der aber in der überwiegenden Mehrheit die Stimmung gegen das Eingehen in die Spezialdebatte über das Budget war. Die Entscheidung wird in der um 2 Uhr nachmittags beginnenden Vollversammlung fallen. Voraussichtlich wird der Beschluß gefaßt werden, nur ein Budgetprovisorium zu bewilligen. Bezüglich der Dauer dieses Provisoriums herrschen in den einzelnen Gruppen des Klubs Anschauungen, die zwischen ein und zwei Monaten variieren.

#### Forderungen der Christlichsozialen und Ruthenen.

Ferner wurde bekannt, daß im Laufe der gestrigen Laacs auch von christlichsozialer Seite

Schwierigkeiten bereitet wurden. Speziell die Tiroler Gruppe stellte eine Reihe wirtschaftlicher Forderungen an die Regierung, darunter die Forderung nach einer Erhöhung der Fleischpreise in Tirol, von deren Bewilligung sie die Abgabe ihrer Stimmen für das Budget abhängig machen. Im Laufe des heutigen Vormittags schienen die Veränderungen mit den Christlichsozialen so weit geführt zu haben, daß die Christlichsoziale Vereinigung für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen wird. Es ist aber vorläufig unsicher, wie sie sich bei der Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Staatsvoranschlages verhalten wird.

Schließlich sind auch die Veränderungen mit den Ruthenen ins Stocken geraten. In den Vordergrund wurden von ruthenischer Seite die in Ostgalizien durchgeführten Requisitionen gestellt.

#### Ministerrat.

Die parlamentarischen Kreise halten es unter dem Eindruck dieser Nachrichten für fraglich, ob das Budget im Plenum des Abgeordnetenhauses erledigt werden kann. Um 11 Uhr vormittags trat im Hause unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten ein Ministerrat zusammen, in welchem über die Situation beraten wurde. Die Budgetdebatte wird unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit im Saal vorläufig eingestellt. Man wartet auf den Beschluß des Ministerrates. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß wahrscheinlich eine Unterbrechung der Budgetberatung eintreten und die Regierung sich entschließen wird, doch noch ein Budgetprovisorium einzubringen. Unter allen Umständen dürfte heute die Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte erfolgen.

Der Ministerrat wurde um 1 Uhr unterbrochen. Ministerpräsident Dr. v. Seidler und Finanzminister Freiherr v. Wimmer begaben sich zum Präsidenten Dr. Groß, mit dem sie konferierten. Nach dieser Besprechung, die eine Viertelstunde währte und den weiteren Verlauf der heutigen Sitzung betroffen haben soll, wurde der Ministerrat fortgesetzt.

### Schwierigkeiten im Abgeordnetenhaus.

**Berschärfung der Gegensätze und bisher keine Mehrheit für das Budget.**

Wien, 7. Februar.

Das Abgeordnetenhaus ist heute in starker Erregung. Nach den Verabredungen unter den Parteien sollte die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag rasch zum Abschluß gebracht und dann sollte in die Beratung über die einzelnen Kapitel eingegangen werden. Allein verschärfte Misstände, die mit den verworrenen nationalen Verhältnissen in Oesterreich und mit den Einflüssen der Weltereignisse auf die innere Politik zusammenhängen, hindern das Abgeordnetenhaus, auch nur seine einfachste Pflicht, die Erledigung des Budgets, ohne krisenhaft Verhältnisse zu erfüllen. Diese sachlichen Schwierigkeiten sind in Oesterreich durch die Mittel, die in anderen Ländern zur Verfügung stehen, kaum zu überwinden. Wenn eine Regierung während der Budgetdebatte keine Mehrheit hat, bleiben zwei Wege offen: Ministertausch oder Neuwahlen. Es können auch beide Mittel zugleich angewendet werden. Wer die Verhältnisse, die sich im Krieg unter den nationalen Parteien herausgebildet haben, kennt, wird schwerlich annehmen, daß bei der jetzigen Ueberreizung ein Ministertausch in diesem Augenblick wesentliche Fortschritte bringen würde. Wir haben im Krieg, die Provisorien mitgezählt, fünf Kabinette gehabt, und das Ergebnis ist durch den häufigen Wechsel nicht besser geworden. Die Auflösung des Hauses kann, wenn die Parteien ihre wichtigsten parlamentarischen Obliegenheiten vernachlässigen sollten, trotz der Bedenken, die sich schon mit Rücksicht auf die vielen Wähler an der Front aufdrängen, eines Tages zur Notwendigkeit werden, da wir aus den ernstesten politischen Gründen ein arbeitsfähiges Parlament haben wollen und auch haben müssen. Das jetzige Abgeordnetenhaus hat die Ausgaben um Milliarden vermehrt, das Budget wesentlich verschlechtert und nach dieser parlamentarischen Finanzpolitik wäre die Nichterledigung des Budgets, die Nichtbewilligung der Einnahmen gegen jeden politischen Anstand,

### Der Ministerrat versammelt.

Gegenwärtig ist der Ministerrat versammelt, um zu entscheiden, welche Beschlüsse unter den krisenhaften Verhältnissen im Parlament gefaßt werden sollen.

Der Ministerpräsident hat den Vertretern der deutsch-böhmischen Abgeordneten versprochen, daß er einen seit Jahrzehnten immer wieder vorgebrachten Wunsch erfüllen und das Kreisgericht Trautenau mit einem rein deutschen Sprengel errichten werde. Schon im Jahre 1873 hat sich der böhmische Landtag für diese Forderung ausgesprochen. Die deutschen Gebiete im nordöstlichen Teile von Böhmen sollten ein deutsches Kreisgericht haben. Nach dem bestehenden Plane würden zu diesem Kreisgerichte ungefähr 143.000 Deutsche und eine verschwindende Minorität von Tschechen, etwa 4000, gehören. Kann ein Wunsch begründeter und natürlicher sein? Aber die unerhörte Verwegenheit, mit der die Tschechen sich herausnehmen, das Selbstbestimmungsrecht von Washington, von London und von Paris zu beziehen, aber für die Deutschen in ihrem eigenen Lande nicht anzuerkennen, dieser Mangel an gewöhnlichster politischer Schicklichkeit ist eine jener Ursachen, welche dieses Haus nicht genesen lassen. Selbst der verstorbene Justizminister Schönborn war für das Kreisgericht in Trautenau und ihm, der in einer Flugschrift das böhmische Staatsrecht verherrlichte, kann sicher niemand Voreingenommenheit gegen die Tschechen nachsagen.

Als der Tschechische Verband von der Zusage des Ministerpräsidenten hörte, begannen die Drohungen mit dem Sturze des Ministeriums und der Sprengung des Hauses. Manche Parteien, die sich jetzt lärmend gebärden, würden sich ihre Haltung noch einmal überlegen, wenn ein österreichisches Ministerium die Frage prüfen wollte, ob es nicht trotz aller Schwierigkeiten richtig wäre, endlich die Wähler zu Worte kommen zu lassen. Das Kreisgericht in Trautenau, eine seit Jahrzehnten vollreif gewordene Frage, ist weniger ein Zugeständnis an die Deutschen als die Rücksicht auf tatsächliche Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung. Aber solche Rücksichten auf die Deutschen, die im Kriege geblutet und gesteuert haben, dulden die Tschechen nicht, obgleich die jetzt veröffentlichte Anfrage deutscher Abgeordneter über die Vorfälle in Böhmen viele Zeugnisse enthält, welche dringend zu einer grundsätzlichen Stellungnahme und zu einer vollständig geänderten Politik gegenüber solchen Antrieben zwingen.

Ein zweites Hindernis sind die Vorgänge im Polenklub, wo darüber gesprochen wird, daß dem Ministerium nur ein zweimonatiges Provisorium bewilligt werden solle. Haben die seltsamen Ereignisse in Lemberg die Sinnesänderung herbeigeführt oder ist es wieder die finan-

zielle Unzufriedenheit, welche besänftigt werden muß? Der Polenklub will die Vereinigung mit dem Königreich Polen. Ob dieses Ziel leichter erreicht werden wird, wenn während der Verhandlungen in Brest-Litowsk von den Polen selbst innere Krisen hervorgerufen werden, ob solche parlamentarische Ausschreitungen das Vertrauen in das künftige Verhältnis befestigen können, ist sehr zweifelhaft.

### Bisher keine endgültigen Beschlüsse.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Ministerpräsident durchaus nicht die Absicht, an den Zusagen zu rütteln, die den deutschen Abgeordneten gemacht worden sind. Die Verhandlungen mit den Polen werden fortgesetzt, was leider immer zu starken Belastungen führt. Ob die Regierung die Erledigung des Gesamtbudgets wird durchsetzen können oder sich mit einem Provisorium wird begnügen müssen, werden die nächsten Tage zeigen. Die wirkliche Krise hat ihren Sitz in der Maßlosigkeit, mit der die tschechischen Abgeordneten glauben auftreten zu können, da ihnen alles hingehet, da eine langjährige schlechte Politik diesen Hochmut gegen die Deutschen bis zur vollen Rechenschaftslosigkeit gesteigert hat.

### Die Möglichkeit einer formellen Demission der Regierung.

(Nachschrift 2 Uhr)

Der Ministerrat war um 3/2 Uhr zu Ende. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß im Ministerrat die Frage einer eventuellen formellen Demission des Kabinetts in Erwägung gestanden sei. Doch wird es noch von den für den heutigen Tag zu erwartenden parlamentarischen Ereignissen und insbesondere von den Beschlüssen verschiedener Parteien abhängen, ob die Regierung die formelle Demission einreichen wird. Man glaubt in diesem Falle, daß die Demission nicht angenommen werden wird.



## Die gemeinsame Armee.

Vom Wiener Bezirksvorsteher Dr. Blasel, Rittmeister a. D.  
Wien, 6. Februar.

Mein Artikel in der Nummer vom 26. Januar in Ihrem geschätzten Blatte, worin ich im Interesse der ruhigen Entwicklung der beiden Nachbarstaaten Oesterreich und Ungarn für die Gewährung der selbständigen Armee an Ungarn eintrat, hat ein merkwürdiges Echo in einem Teile der Wiener Presse gefunden. Das Organ der christlichsozialen Partei fällt wie ein bissiger Roter über mich her und vergißt im Eifer ganz, daß ja diese Partei augenblicklich Ungarnfreundlichkeit mimt, nachdem vor kurzem noch ihr Großmeister Dr. Rieger den grimmigsten Ungarnhaß gepredigt und die Kiberei mit Oen-Beit als nationale Tat angepriesen hatte. Blinder Eifer stiftet manchmal den Nutzen, die wahre Gesinnung aufzudecken. Das Blatt nennt mich, weil ich die Verhältnisse nenne wie sie sind und auch den Ungarn das gönne, was ich mir selbst wünsche, eine eigene selbständige Armee, in die kein anderer Staat dreinzureden hat, einen Ueberkossthaften, wobei nicht unterlassen wird, mich auch bei den österreichischen militärischen Behörden zu denunzieren. Das Blatt nennt mich auch einen Kronländerverächter, weil ich Galizien bereits als in enger Verbindung mit dem Königreich Polen rechne. Dieses Königreich wurde aber nicht von mir, sondern von unserem Monarchen und dem Deutschen Kaiser errichtet; ebenso habe nicht ich das Handschreiben betreffend die Sonderstellung Galiziens erlassen, auch nicht die austro-polnische Lösung erfunden; aber die Schlüsse ziehe ich aus diesen Tatsachen, und die enthalten die Möglichkeit, daß Galizien von Oesterreich weg, zum polnischen Königreich beim Friedensschluß kommen wird, daß damit aber die Basis des siebenundsechziger Ausgleichs hinfällig werden, Oesterreich gegen früher ein Torso sein, daher eine Neuordnung aller sogenannten gemeinsamen Angelegenheiten unbedingt nötig sein wird.

Ein Herr Eisner von Eisenhof, der in der Wiener Gesellschaft als komische Figur gilt und der seine

nicht ganz arische Vergangenheit durch Hypertonien und antisemitisches Gebären vergessen machen will, schreibt in seiner „Information“ noch launiger. Er verlangt, daß mich die Wiener Presse für meinen Artikel im Pester Lloyd in „Stücke reißt“, daß mich das Landwehr-Offizierskorps in fassiert und daß die erbitterte Bevölkerung mich auf der Straße lyncht. Das alles würde nämlich nach seiner Ansicht einem Budapester Bürger geschehen, der für eine selbständige österreichische Landwehr eintritt und kein Interesse an der gemeinsamen Armee bekundet. Jedenfalls scheint der Artikelschreiber seinen Umgang ausschließlich mit Budapester Rowdies zu haben und nicht zu wissen, daß die dortige Bürgerchaft sich doch etwas von Wildwest unterscheidet. Herr Eisner von Eisenhof findet, daß ein Artikel, der für die Selbstständigkeit der ungarischen Armee eintritt, nur noch von Basics oder Lloyd George stammen könne. Der Herr stellt also die ungarische Armee, die heute Schulter an Schulter mit der österreichischen Landwehr kämpft, auf eine Stufe mit der serbischen und englischen Armee, also mit unseren Todfeinden. Kommentar überflüssig. Der schönste Satz in diesem Aufsatz lautet: „Wir möchten fragen, wie es mit Deutschum und Fortschritt vereinbar ist, gegen die deutsche Kommandosprache im Interesse des Machtzuwachses der völkerunterdrückten ungarischen Resistenzoligarchie Stellung zu nehmen.“ Der Schreiber dieses Satzes ereifert sich für die deutsche Sprache! Deutsche Kommandosprache. Der Mann bezeugt damit, daß er von der Wirklichkeit keine Ahnung hat. Ich habe den Feldzug bei einem polnisch-ruthenischen Regiment mitgemacht mit der sogenannten deutschen Kommandosprache. Keiner, auch unter den deutschen Offizieren, hat im kritischen Augenblick „Schießen! Aufschlag 800 Schritte!“ kommandiert, wie das Kommando lautet, sondern gerufen: „Strelate! osmset krook!“ denn das hat der Mann sofort verstanden, und zum langen Nachdenken ist in solchen Augenblicken keine Zeit, ein Mißverständnis aber kann verhängnisvoll werden. Die deutsche Kom-

mandosprache, die achtzig Prozent der Angehörigen der gemeinsamen Armee unverständlich ist, bedeutet ein rein mechanisches Lernen von ein paar Duzend deutschen Worten und erschöpft ihren Wert im Kasernenhof und auf dem Paradeplatz, im Schützengraben kennt man sie nicht. Wirklichen Wert wird die deutsche Kommandosprache erlangen, wenn die ungarischen und polnischen Regimenter wegfallen und das österreichische Heer dann zu 80 Prozent aus Leuten bestehen wird, die die deutsche Sprache verstehen. Ob dem Deutschum in Oesterreich und in Ungarn durch das Festhalten an dieser Fiktion der deutschen Kommandosprache gebient ist, ist sehr fraglich. Ich glaube vielmehr, daß sie das deutsche Volk unnötig mit dem Odium belastet, anderen Völkern keine Sprache und Herrschaft aufzwingen zu wollen, was zum Widerstand aufreizt. Ich aber sehe nicht den geringsten Grund, wegen „Habt acht“ und „Rehrt euch“ in einem ewigen Kampf mit dem Nachbarstaat zu leben. Worte, die von den Ungarn, Slowaken, Kroaten, Polen und Ruthenen ebenso verstanden werden wie etwa Abrahambabra oder Tarontarei.

Ein origineller Vorwurf wird mir auch gemacht indem ich gefragt werde, ob ich denn nicht an die Möglichkeit eines Krieges Ungarns gegen Oesterreich gedacht habe und wie wir den dann ohne gemeinsame Armee führen sollen. Ich glaube, daß diesem schauervollen Krieg sobald keiner nachfolgen wird, sicher aber nicht einer mit Ungarn. Wenn aber doch das Unwahrscheinliche eintreten sollte, so müßte ja das gemeinsame Heer sich geradezu neutral erklären, denn es gehört ja beiden Staaten in

gleich gleicher Weise. Oder glaubt der Schreiber, die in Oesterreich zufällig dislozierten ungarischen Regimenter würden dann gegen Ungarn kämpfen und die in Ungarn liegenden, aus österreichischen Ergänzungsbezirken stammenden gegen Oesterreich? Das sind Menschen, die fünfzig Jahre verschlafen haben und glauben, wir leben noch in der Zeit des seligen Vachs.

Ich halte nun einmal die gemeinsame Armee für keine Stärke der Gesamtwehrmacht, sondern für ihre größte Schwäche. Ihr haben wir es zu danken, daß wir mit veralteter Artillerie in den Kampf zogen, die um zwei Kilometer kürzer schoß als die russische und serbische, was viel zu den anfänglichen Mißerfolgen beitrug, denn einmal hat das österreichische Parlament, noch öfter der ungarische Reichstag die Mittel für die gemeinsame Armee verweigert, oder deren Bestellung verzögert, weil jede Volkvertretung vorerst Vorteile für das eigene nationale Heer haben wollte. Diesem ungesunden und schädlichen Zustande wird durch die reinliche Scheidung ein Ende gemacht und jeder Staat wird seine Armee so gut ausgestalten, als es das Volk verlangt, und nicht erst nötig haben, beim Nachbar um die Bewilligung anzufragen, oder diese Bewilligung als Zwangsmittel gebrauchen. Das selbständige ungarische Heer wird keine Macht mehr aufhalten, und keine ungarische Regierung wird bestehen können, die es nicht durchführt. Das zeigen die letzten Debatten im ungarischen Reichstage. Ein Kampf österreichischerseits dagegen ist ebenso aussichtslos als verbittern, um so mehr, als ja, wie der ungarische Ministerpräsident erklärte, auch der König von Ungarn, der ja auch Kaiser von Oesterreich ist, zugestimmt hat zu dieser Reform. Da ist es doch wahrlich die klügere Tat, mit einer großen Geste zuzustimmen und dem Nachbarn die selbständige Armee zu gönnen, besonders wenn der österreichische Steuerzahler dabei noch ein so gutes Geschäft macht, denn jetzt zahlen wir ja 63 Prozent der Kosten. Ich muß daher als Oesterreicher, Deutscher und besonders als Angehöriger der österreichischen Landwehr bei meiner Ueberzeugung bleiben, daß die Trennung der Armee in zwei vollständig selbständige Heere, wie es den Selbstständigkeit der Staaten entspricht, auch im ureigensten Interesse der Schlagkraft der gesamten Verteidigungsmöglichkeit liegt, im Interesse auch Oesterreichs und besonders seiner Deutschen.

8/II. 1918

**Ablehnung der Demission des Kabinetts  
Seidler.**

**In einem Handschreiben des Kaisers an den  
Ministerpräsidenten.**

Wien, 7. Februar.

Die morgige „Wiener Zeitung“ wird das nachstehende  
kaiserliche Handschreiben veröffentlichen:

„Lieber Ritter v. Seidler!

Im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern  
des Ministeriums haben Sie Mir angesichts der  
parlamentarischen Situation die Bitte um  
Gewährung der Demission des Gesamt-  
kabinetts unterbreitet.

Da Ich ganz besonderen Wert  
darauf lege, daß das Mein volles Ver-  
trauen besitzende und unter den schwie-  
rigsten Verhältnissen bewährte Mini-  
sterium im Amte verbleibe, finde ich Mich  
nicht bestimmt, der gestellten Bitte zu  
willfahren.

Baden, am 7. Februar 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

## Die Ministerkrise in Oesterreich.

Der österreichische Ministerpräsident Herr von Seidler hat unvermutet seine Entlassung eingereicht, aber der Kaiser hat sie abgelehnt. Somit wird in Wien in diesem Augenblick das bei solchen Anlässen hergebrachte Gängen und Gängen um eine Mehrheit vor sich gehen. Um diese zusammenzustellen, müssen vielleicht einige von den bisherigen Ministern aus dem Kabinett „ausgeschifft“ werden; mit jedem solcher Gestalt das Schiff verlassenden Insassen wird aber wieder die ins Auge gefasste Mehrheit selber problematisch und so ergeben sich zwischen Morgenblatt und Abendblatt immer neue Konstellationen und Stimmungen, welche von den zu diesem Zwecke angelegten politischen Chronisten mit treuer Gewissenhaftigkeit gebucht werden dürften. Die Krise des Ministeriums Seidler hat mit den inneren Notwendigkeiten des Staates wenig zu tun. Das Ministerium, so schwach es auch ist, kann wenig dafür. Ob es in Amie bleibt oder geht, an den Grundzuständen wird sich wenig ändern. Auch ist die Krise durch die bisher gegebenen Ausführungen nicht geklärt. Der Minister verspricht den Deutschen die Errichtung eines deutschen Gerichts in Trautau. Darüber geraten die Tschechen in maßlose Erregung. Gut, das konnte man vorher wissen, und es konnte eigentlich nicht viel ausmachen, da ja die Tschechen schon vorher so oppositionell wie nur irgend möglich waren. Nun aber kommen die Polen und nehmen sich, nachdem sie vor acht Tagen noch das Ministerium gegen die Tschechen gestützt haben, der tschechischen Sache an, mit dem Ergebnis, daß der Staat sein kümmerliches Budgetprovisorium für zwei Monate nicht erhält. Mithin muß den Polen irgend etwas nicht gefallen, was natürlich mit dem Kreisgericht in Trautau nicht das geringste zu tun hat; vielleicht trübt sie Beschwerden über die auswärtige Politik, vielleicht trübt etwas anderes ihren Gleichmut. In dem Wirrwarr der österreichischen Politik sind die vorgeblichen Gründe fast niemals die wirklichen. Nun also soll Ritter von Seidler bleiben, da der Kaiser sich nicht von ihm trennen will. Mit dieser Willenserklärung des Monarchen ist es freilich nicht getan, das Feilschen hinter den Kulissen muß erst das Beste leisten, und tatsächlich hat Kaiser Karl den Ödman des Polenklubs, der heute wohl der Herr der parlamentarischen Lage ist, bereits empfangen. Wenn aber die Polen den Minister wieder zu Gnaden annehmen, dann werden sie sich das ganz hübsch bezahlen lassen. Resultat: die Steuerzahler der übrigen Nationalitäten tragen die Kosten dafür, daß durch Sonderprivilegien für Galizien die polnischen Stimmen für das Budget gewonnen werden. An alledem trägt von den heute im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten niemand die Schuld, ganz gewiß nicht der Ministerpräsident. Es ist die Gesamtheit der politischen Zustände, die zu diesen Ereignissen führt.

G Wien, 8. Febr. (Priv.-Tel.)

Mit der Ablehnung der Demission Seidlers sollte wohl dem Ministerpräsidenten Zeit gelassen werden, sich mit der Aufgabe der österreichischen Regierungskunst allmählich vertraut zu machen. Auch unter den „gelernten“ Staatsmännern findet sich niemand, der einen Ausweg aus der augenblicklichen Krise wüßte, denn diese Krise ist, wie die „Arbeiterzeitung“ richtig ausführt, nur der Ausdruck der allgemeinen Staatskrise. Es ist nur jetzt zum ersten Mal zum Ausdruck gekommen, daß in Oesterreich eine Staatsmehrheit überhaupt im Grunde nicht mehr besteht, seitdem die Polen das Interesse an dem Staat, den sie bald vollständig zu verlassen gedenken, verloren haben, nicht mehr die Energie aufbringen, ihre eigenen deutschfeindlichen Nationalisten im Zaum zu halten. Für Regierung und Staat stehen nur die Deutschbürgerlichen ein. Die Tschechen, Südslawen, Polen und Sozialdemokraten bilden eine Mehrheit gegen jede Regierung. Mit einem Systemwechsel, der auch aus anderen Gründen absolut unmöglich ist, wäre nichts gewonnen, denn dann gingen die Deutschen in Opposition und würden mit den unbedingt oppositionellen Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden. Ein sehr geschickter Verhandlungstaktiker könnte aus der Abneigung der Parteien gegen eine neue Schließung oder gar Auflösung des Hauses vielleicht doch so viel Kapital schlagen, daß er unter Verzicht auf jedes politische Mitglied in seinem Ministerium eine bürokratische Mehrheit irgendwie zusammenbrächte; natürlich müßten die Polen sehr teuer bezahlt werden. Nur ist Seidler dieser Verhandlungstaktiker nicht. Die Forderung des Trautauer Kreisgerichts, an der die Krise ausgebrochen ist, hat Seidler ja auch nur gemacht, gedrängt durch den Beschluß der Deutschböhmern, ihr Verhältnis zur Regierung zu klären und ihre Gefolgschaft zu verweigern, wenn sie sich nicht entschließen, sich ganz auf die Seite der staatsstreuen Völker zu stellen. Es ist sehr fraglich, ob die Deutschböhmern, die nun schon so viele Jahrzehnte hingehalten worden sind, sich abermals betrogen lassen würden. Es besteht die Gefahr, daß auch die Deutschen das Interesse am Staate verlieren, aber es scheint doch, daß die Rücksicht auf Erhaltung des Parlaments vorläufig alle Sorgen in den Hintergrund drängt, und so wohl weitergeworfen werden wird.

Das Ministerratspräsidium.

Wien, 11. März.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In der „Neuen Freien Presse“ hat der von der gesamten Beamtenschaft als leuchtendes Vorbild moderner Berufsauffassung hochverehrte Graf Kielmansegg sehr interessante Erinnerungen aus seinem Amtsleben mitgeteilt und dabei auf die erstaunliche Aenderung hingewiesen, die das heutige Bild des Ministerratspräsidiums gegenüber dem Stande zur Zeit des Kabinetts Auersperg bietet. Einst ein Bureau von wenigen Beamten sei daraus nun ein so großes personenreiches Amt geworden, daß sich Zweifel ergäben, ob der heutige Zustand in dem tatsächlichen Bedürfnisse begründet sei. Da Schweigen als Zustimmung — als Zugeständnis auf der ganzen Linie — gedeutet werden könnte, möge einem diesem Amte Nahestehenden ein Wort respektvoller Erwiderung an den illustren Autor gestattet sein.“

Daß in allen Ämtern — auch im Ministerratspräsidium — etwas zu viel in Akten gearbeitet wird — wer wollte es leugnen? Hier wird manche Besserung zu erzielen sein, insofern die allzu umständliche Bearbeitung in Frage kommt. Ein den schönsten Vereinfachungsabsichten Trotz bietendes Moment ist aber die ganz ungeheuerlich angewachsene Menge der Akten, denen der Kabinettschef seine Aufmerksamkeit zuzuwenden hat, die also sein Sekretariat — und das Ministerratspräsidium ist eigentlich nichts anderes als ein Sekretariat des Ministerpräsidenten — beschäftigen müssen.

In jener „guten alten Zeit“ war das politische Leben von einer geringen Anzahl mehr oder minder stramm geführter Parteien bestimmt. Die Verhandlungen gestalteten sich also, mögen sie sachlich noch so spinnös gewesen sein, technisch doch relativ einfach. Die minder gute neue Zeit hat die alten Einheiten vielfach zerschlagen oder doch so gelockert, daß die Verhandlungen mit den Parteien außerordentlich kompliziert wurden, die Materialien nicht nach einem, sondern nach vielerlei Gesichtspunkten durchgearbeitet werden müssen. Dabei hat der Begriff dessen, was als „Politikum“ zu betrachten ist, eine Ausdehnung erfahren, die dazu führt, daß tausend Dinge, die einst von den Parteien ausschließlich mit den Ressortministern erörtert wurden, nun ständig vor das Forum des Ministerpräsidenten gebracht wurden. Dessen Sekretariat muß also notwendigerweise, wenn auch selbstverständlich die Kompetenz der Ressortministerien nicht berührt werden darf, eine gewisse Durcharbeitung all dessen besorgen, was dem Kabinettschef an Forderungen, Wünschen und Anregungen vorgebracht wird. Es sind bei jedem einzelnen Anliegen die Kompetenzen festzustellen, denen die weitere Behandlung obliegen wird, bei zahlreichen Angelegenheiten, die mehrere Ressorts berühren, ist die erforderliche Scheidung und Zuweisung der Teilpetite an die zuständigen Stellen durchzuführen, und im weiteren Verlauf ist dann das von diesen Stellen einlangende Material wieder zusammenzufassen, damit dem Ministerpräsidenten eine entsprechende Grundlage für seine Verfügungen gegeben sei.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat es ferner mit sich gebracht, daß der Kabinettschef ständig mit wichtigen Fragen dieses Gebietes befaßt wird, die der Gesamtregierung zur Erledigung überantwortet sind. Sie greifen meist gleichzeitig in die Ressorts des Handels, der öffentlichen Arbeiten, des Ackerbaues und der Eisenbahnen ein. Auch hier muß das Ministerratspräsidium als Mittler fungieren, die Verteilung des Materials vornehmen und nach Einlangen der Äußerungen der verschiedenen in Betracht kommenden Zentralstellen den Dienst als Sekretariat des Ministerpräsidenten versehen, wenn dieser namens der Gesamtregierung zu antworten hat.

Diese Sachlage bedingt unabweislich einen gewissen qualifizierten Beamtenstab, und es läßt sich kaum denken, wie der Ministerpräsident den von den berufenen Vertretern der Staatsbürger den auch von den Regierungstellen erhobenen Anforderungen technisch gerecht werden könnte, wenn ihm nicht ein dem Umfange dieser Inanspruchnahme entsprechendes Bureau zur Verfügung stünde. Der Lauf der Dinge hat den Ministerpräsidenten zur gesuchtesten Instanz gemacht — das ist der innere Grund der Entwicklung seines Sekretariats, des k. k. Ministerratspräsidiums.

W. B.

12. / 1. 1918

## Fälschung der Rede Czernins durch das Reuter-Bureau.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Bern, 9. Februar.

Die „Daily News“ vom 6. d. wenden sich in einem überaus energischen Leitartikel gegen die skandalöse Fälschung eines der wichtigsten Absätze in den Ausführungen des Grafen Czernin vor dem Delegationsausschuß am 24. Januar, die vom Bureau Reuter begangen wurde, ohne daß sich die englische Regierung oder sonst eine Stelle nach dem Einlangen der österreichischen offiziellen Berichte bemüht hätte, eine Richtigstellung vorzunehmen. Es handelt sich um jene Worte, die die Erfüllung der österreichisch-ungarischen Bündnispflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Äußersten proklamierten. Der von Reuter ausgegebene Wortlaut, der natürlich in der gesamten englischen und amerikanischen Presse abgedruckt wurde, sei hier angeführt:

In so far as these propositions concern our allies whether in the case of Germany's possession of Belgium or in the case of Turkey Austria-Hungary faithful to her engagements to fight to the end in defence of her allies will defend the possessions of her war allies as she would her own.

Reuter hat also überaus geschickt die zwei nebengestellten und gleichgeordneten Begriffe: „Von dem deutschen Besitz von Belgien“ ins entgegengesetzte: „Deutschlands Besitz Belgiens“ umgedeutet.

Die zweite, vielleicht noch verhängnisvollere Fälschung besteht in der Umwandlung der Worte: „Vor kriegsgerischer Besitzstand unserer Bundesgenossen“ in „Besitzungen unserer Kriegsgenossen“.

Die „Daily News“ äußern sich zu diesen journalistischen Verbrechen ersten Ranges folgendermaßen: Eine Beleuchtung der politischen Tätigkeit des Kriegsrates von Versailles ist angesichts der einzigartigen Abweichung des in England veröffentlichten Wortlautes der Rede des Grafen Czernin von der in der österreichisch-ungarisch-deutschen Presse gegebenen Fassung um so dringender. Aus der Nebeneinanderstellung kann man sehen, daß sie sich im wesentlichsten unterscheiden. Dem englischen Wortlaut zufolge sprach Graf Czernin von der Verpflichtung der Mittelmächte, ihre Besitzungen zu verteidigen, in einem Sinne, der auf Eroberung ausging, in den deutschen, authentischen Berichten zeigt es sich, daß er auf die Besitzungen vor dem Kriege hinwies.

Wir werden nicht untersuchen, fahren „Daily News“ fort, wo die Quelle dieser schwerwiegenden Entstellungen liegt, es genüge, hier zu bemerken, daß keine Richtigstellung ausgegeben wurde und daß es den Zeitungen überlassen wurde, die Abweichung nach Ankunft der feindlichen Zeitungen zu entdecken. Die Wichtigkeit dieser Angelegenheit ist jedoch augenscheinlich, und wir sind berechtigt, nicht nur zu erfahren, wie sich der Irrtum ereignete, sondern auch, ob sich die richtige oder die unrichtige Wideregabe der Neußerungen des Grafen Czernin vor dem Kriegsrat von Versailles befand, als dieser zu der bemerkenswerten Entscheidung gelangte, daß sich in der Rede des Grafen Czernin nichts befunden habe, das eine Antwort oder eine Kollektivklärung über die Politik der Entente erfordert hätte. Im Gegensatz hiezu scheint uns dieser richtiggestellte Teil der Rede des Grafen Czernin im Zusammenhang mit seiner warmen Anerkennung der Erklärungen des Präsidenten Wilson eine überaus bedeutame Scheidung von der alldeutschen Eroberungspolitik zu enthüllen. Wir vermögen es nicht, die in Versailles erfolgte Stellungnahme mit dem authentischen Bericht der Czerninschen Rede in Einklang zu bringen, und das Parlament müßte Aufklärungen erzwingen.

Es ist höchste Zeit, sagen dann „Daily News“, daß die Vertreter der Nation darauf besehen, zu erfahren, was unsere Ziele sind, ob die veröffentlichten Geheimverträge annulliert sind und ob unsere Politik tatsächlich mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und des Völkerbundes übereinstimmt. Ueber diese Fragen gibt es nichts als undeutliche Allgemeinheiten, und wir müssen gesehen, daß die Laubeit der öffentlichen Erklärungen darüber uns mit tiefster Beunruhigung erfüllt. Es wäre natürlich sehr ausschlußreich, zu erfahren, ob die Fälschung des Wortlautes der Czerninschen Rede von der Reuterschen Zweigstelle in Basel oder von der politischen Redaktion in London begangen wurde.

**Ungarn und der Bündnisgedanke.**

Drahtmeldung.

Budapest, 10. Februar.

Der stellvertretende Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Freiherr von dem Bussche-Gaddenhausen, hat den Berliner Vertreter des hiesigen Blattes „Az Est“ empfangen und ihm dabei auf seine Fragen folgendes mitgeteilt:

„Die Betonung treuen, unbeugsamen Durchhaltens bis zum guten Frieden in der Rede des Führers der neuen Regierungspartei, Grafen Andrássy, sowie insbesondere die Rede des in Deutschland sehr geschätzten ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle haben bei der Regierung sowie in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Wir wissen die hervorragenden Waffendienste, die uns von den tapferen Söhnen Ungarns in dem gemeinsamen Ringen um unseren nationalen Besitzstand und um die Zukunft unserer Völker geleistet worden sind, vollauf zu würdigen, und es war stets eine Freude für unsere braven Truppen, wenn sie Schulter an Schulter mit den Söhnen Ungarns die gemeinsamen Feinde bekämpften und besiegen konnten. Uns belebt nicht minder als unsere Bundesgenossen die feste Ueberzeugung, daß wir an einem starken, lebenskräftigen Ungarn ebenso interessiert sind, wie die Ungarn an einem gesicherten, starken und blühenden Deutschen Reiche. Gerade weil der Bündnisgedanke, dem auch Ihr hervorragender Staatsmann Graf Tisza stets so überzeugten, unzweideutigen Ausdruck gibt, ein starkes Bindemittel der in der neuen Regierungspartei vereinigten politischen Gruppen Ungarns zu sein scheint, begrüßen wir das Zustandekommen dieser einheitlichen Partei mit Freude. Der von Ihrem Herrn Ministerpräsidenten betonte Gedanke, daß unser Bündnis ausschließlich auf die Wahrung des Friedens und die gegenseitige Verteidigung gerichtet sei und keinerlei aggressive Tendenz besitze, ist auch Gemeingut der deutschen Nation, und eben daraus erklärt sich die unverbrüchliche Treue des deutschen Volkes zum Bündnisgedanken. Der grundlegende und bestimmende Gedanke unseres Bündnisses ist und bleibt die Erkenntnis der Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammenhalts zur Verteidigung unseres territorialen Besitzstandes und zur Sicherstellung der Lebensinteressen unserer Völker.“

\*

## Der Zorn der Polen Oesterreichs

Drahmehlung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 12. Februar.

Die etwas unpolitische Begeisterung, in der man sich hier vom amtlicher und außeramtlicher Seite erging und der man heute mit dem Kaiser und dem Hofe besuchten Dankgottesdienst im Stephansdome Ausdruck verlieh, weicht allmählich der gebotenen Eklipsis, da nach diesem sonderbaren Kriegsende ohne Frieden niemand weiß, wenn und wer die polnische Frage lösen soll. Zugleich sorgen die hiesigen Polen täglich dafür, daß man ihren Zorn nicht überhören möge. In Krakau war der Schrei über die angebliche Vergewaltigung des Cholmer Kreises gestern so groß, daß am gleichen Morgen, an dem die Stadt Wien in bunten Fahnen prangte, dort an vielen Häusern zum Zeichen der Trauer schwarze Fahnen aus den Fenstern hingen, daß alle Theater und Kinos geschlossen wurden und eine Stimmung sich verbreitete wie nach einem verlorenen Kriege.

In Wien haben heute auch die Polen des Herrenhauses dem Ministerpräsidenten offiziell ihren Unwillen zur entschiedenen Opposition angezeigt, und die wenigen altkonservativen Elemente, die staatsrettend bleiben möchten, werden von den führenden Nationalisten völlig überstimmt. Den Fremden mag es zunächst sonderbar berühren, daß das österreichische Budget durch den Austritt der Polen vollends ins Ungewisse gerückt wurde und von der Grenzlinie zwischen zwei nichtösterreichischen Völkern, nämlich den Polen und den Ukrainern abhängen soll, und in manchen Fällen an die sinnlose Opposition, durch die die deutschen Linksliberalen Oesterreichs, von Bismarck „Herbstzeitlosen“ genannt, im Jahre 1879 gegen die Ratifikation des Berliner Vertrages Einspruch erhoben. Genau so weit gehen jetzt die Polen, die heute erklären ließen, sie würden das Budget nicht nur dieser, sondern auch jeder anderen Regierung verweigern und auch auf die Delegationen, das heißt auf die äußere Politik, ihre Opposition ausdehnen. Demnach erscheint auch die Stellung der beiden polnischen Minister erschüttert, die schließlich schwer einem Kabinett angehören können, gegen das ihre eigenen Leute grundsätzlich opponieren.

Der tschechische Bloc hat sich aufs neue konsolidiert. Er umfaßt seit gestern alle Schattierungen von Kramarsch bis Smeral, jungtschechische Radikale, die Masaryk- und die Stransky-Gruppe. Kramarsch ist wieder in die Arena getreten. Er übernimmt den Vorsitz des neuen Verbandes, der in seiner Proklamation von der Unterdrückung des tschechischen und slowakischen Volkes seit dreihundert Jahren spricht.

Inzwischen bewegen sich in den Gruppen der Wandelhalle des Parlamentes sowie in den parlamentarischen Klubs hundert Bleistifte auf hundert Bogen, um der Regierung doch noch eine Mehrheit zu errechnen. Es dürfte vergeblich bleiben. Denn 94 Tschechen, 77 Polen, 31 Südslawen, zu denen noch 15 Italiener und Parteilose treten, bilden einen Bloc von 217 Stimmen gegen die Regierung, während die deutschbürgerlichen Parteien 171 Mann mit den Ukrainern und den übrigen nur 212 Stimmen ausmachen. Die Entscheidung scheint also bei den Sozialdemokraten zu liegen. Nachdem diese aber, im Gegensatz zu den reichsdeutschen Sozialdemokraten, grundsätzlich gegen jeden Kriegskredit gestimmt haben, enthielten sie sich bei der letzten Abstimmung über die Prager Deklaration zum ersten Male der Stimmabgabe. Heute schwärmen sie aufs neue für Trostli. Auch wenn sie jetzt ihre Stimmen nicht abgeben wollten, was man allgemein annimmt, ist eine Mehrheit für die Regierung ungewiß und von Zufällen abhängig. Man hofft, daß gewisse konservative Mitglieder des Polenklubs bei der Abstimmung fehlen werden. Erfüllt sich diese Hoffnung nicht, so könnte es zur Auflösung des Abgeordnetenhauses kommen.

Dr. Emil Ludwig.

14. II. 1918

**Tschechischer Gottesdienst in Wien.**

Die Bezirksräte Dr. Frey, Kamiz und Wieser haben in der Bezirksvertretung Brigittenau in öffentlicher Sitzung vom 8. d. M. folgenden Antrag gestellt: „Unter den Pfarrkirchen Wiens, in welchen allsonntäglich tschechische Gottesdienste mit Predigt abgehalten werden, befindet sich auch die Pfarrkirche St. Brigitta im 20. Bezirk. Die Gottesdienste werden durchwegs von auswärtigen tschechischen Priestern bestritten, die beständig wechseln. Ist schon die Abhaltung tschechischer Predigten in der deutschen Stadt Wien nicht im geringsten mit Gründen der Notwendigkeit zu erklären, da die Zahl jener tschechischen Bewohner Wiens, welche die deutsche Sprache nicht verstehen, so verschwindend gering ist, daß dieselben nicht den leisesten Anspruch auf diesbezügliche Berücksichtigung besitzen, so muß auf verschiedene Tatsachen hingewiesen werden, welche das herausfordernde Wesen derartiger tschechischer Kultushandlungen klar hervortreten lassen. Ganz besonders hervorgehoben sei die Spende von 100.000 Kronen, welche der bekannte Tschechengraf Harrach für die Förderung tschechisch-katholischer Gottesdienste in Wien gewidmet hat, ferner der Umstand, daß bereits im Jahre 1913 die „Zivnostenska Banka“ für genannten Zweck 70.000 Kronen vorgezogen hat; auch die

Tatsache, daß am Simmelfahrtstage 1917 in allen tschechischen Pfarren der Olmützer Diözese mit Bewilligung des Erzbischofs Freiherrn v. Stubenitzky, eines berühmten Förderers tschechisch-nationaler Bestrebungen, für den in Rede stehenden Zweck Geldsammlungen veranstaltet wurden, durch die 3332 K. 44 S. einließen. Es ist einem jeden halbwegs klar sehenden Menschen offenkundige Tatsache, daß dem Deutschen alles, was mit der Religion nur halbwegs zusammenhängt, eben „die Religion“ ist, während der Tscheche auf religiösem Gebiete stets einen Tummelplatz für unversämte nationale Annakungen sucht und findet. Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit haben aber erwiesen, daß in bezug auf die katholischen Seelsorger der Personenfrage erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Das tschechische Volk ist gewiß zu beneiden um seinen Priesterstand, der im nationalen Kampfe stets in den ersten Reihen zu finden ist. Es ist aber auch leicht zu erkennen, welche Gelegenheit, nationale Bege in religiösem Gewande zu betreiben, durch Abhaltung tschechischer Predigten geboten wird. Wenn ferner vor wenigen Jahren anlässlich der Duzjubelfeier ein tschechisch-katholischer Geistlicher schreiben konnte, die religiösen Irrtümer von Johannes Huz seien klein gegenüber seinen Verdiensten um sein Volk und dessen Muttersprache, wenn der tschechische Politiker Vater Zahradnik im Abgeordnetenhaus den bekannten Ausspruch sich leistet: „Ich bin als Tscheche geboren, dann erst wurde ich Katholik,“ dann hat wohl auch das deutsche Volk, soweit es sich zum katholischen Glauben bekennt, ein Unrecht auf Seelsorger, denen Luthers Wort: „Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich auch dienen“, der Geistern ihres Wirkens ist. Die Unterzeichneten stellen demnach den Antrag: Die Bezirksvertretung Brigittenau möge in einer Eingabe an das fürsterzbischöfliche Ordinariat in Wien ersuchen: Erstens: Um sofortige Einstellung der tschechischen Predigten in der Pfarrkirche St. Brigitta, Zweitens: Es ist das Ersuchen zu richten, daß an die beiden Brigittenauer Pfarrkirchen stets nur solche Seelsorger berufen werden, welche in bezug auf Abstammung und Denkungsart in deutschvölkischer Beziehung völlig einwandfrei sind.“

Der Antrag wurde nach kurzer Wechselrede einstimmig angenommen.



**Die Lage in Oesterreich.****Die polnische Fronde im österreichischen Parlament.**

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 13. Februar.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin hatte kurz nach seiner Ankunft eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler. Graf Czernin unterrichtete den Ministerpräsidenten über die letzten Vorgänge in Brest-Litowsk, worauf Dr. v. Seidler dem Minister des Aeußern Mitteilung von der Opposition der Polen und den dadurch hervorgerufenen Verhältnissen im Abgeordnetenhaus machte.

Die Lage im Parlament hat sich im Laufe des heutigen Tages nicht geändert. Auf eine Umstimmung der Polen wird nicht gerechnet. Die von ihnen jetzt eingenommene Haltung kann nach Ansicht gutunterrichteter Parlamentarier der Linken Folgen haben, die weit über den Rahmen der jetzigen innerpolitischen Krise hinausgehen. Es wird für gar nicht unmöglich gehalten, daß die geplante Lösung des polnischen Problems in Bahngelicität wird, die von den bisherigen Absichten wesentlich abweichen.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat heute mit dem Führer der Ukrainer Dr. Petruzewycz, dem Südslawenführer Dr. Korosec, dem Obmann des deutschnationalen Leitungsausschusses Dr. Waldner und mit dem Obmann des tschechischen Verbandes Stanek verhandelt. Von einem positiven Resultat ist nichts bekannt.

Nach wie vor hängt die Annahme eines Budgetprovisoriums davon ab, ob die deutschen Sozialdemokraten sich entschließen könnten, dafür zu stimmen.

Das völlige Stillschweigen des sozialdemokratischen Parteiblattes läßt diese Möglichkeit offen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 13. Februar.

Von führender christlichsozialer Seite erhält die Reichspost folgende Mitteilungen über die politische Lage:

Die Verhandlungen der Parteien nehmen ihren Fortgang, ohne daß eine Aenderung in die Erscheinung tritt. Von der Ankunft des Grafen Czernin und seinen Aufklärungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, sowie über den genauen Inhalt des Friedensvertrages mit der Ukraina wird eine Befruchtung des schleppenden Verlaufes der bis nun sterilen Parteibesprechungen erwartet. Sollten die Mitteilungen des Grafen Czernin keinen Umschwung herbeiführen, so bleibt der bisherige Haupteindruck fortbestehen, daß es nämlich heute um das Sein oder Nichtsein des gegenwärtigen Parlaments geht, gleichgültig, ob eine längere §-14-Periode bevorsteht oder die Auflösung des Hauses in Rechnung zu ziehen ist. Bei Tschechen und Polen wird ein Einlenken, um das Parlament zu erhalten und einen zeitweiligen §-14- oder einen längeren Exlezustand zu vermeiden, als durchaus unwahrscheinlich beurteilt. Um so mehr wäre darauf Gewicht zu legen, daß sich die Südslawen und die deutschen Sozialdemokraten zu einer geänderten Stellungnahme herbeilassen, um zunächst durch positive Abstimmung, beziehungsweise Absenzen wenigstens das Budgetprovisorium durchzubringen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 13. Februar.

Ueber die parlamentarische Lage wird folgendes bekannt: Der Minister des Aeußern Graf Czernin wird Anlaß nehmen, in den Gang der Konferenzen einzugreifen, um so mehr, als der Friedensschluß von Brest-Litowsk den Grund für die Kriegserklärung der Polen bildete und erst das Ergebnis dieser Verhandlungen wird einen Gradmesser für den Ernst der innerpolitischen Lage bilden können.

Was die Haltung der Sozialdemokraten anlangt, so ist vorläufig keine diesbezügliche Vorherfrage möglich.

Betreffend den Umschwung der Stimmung im ukrainischen Lager scheint dieser ein endgültiger zu sein.

Der heutige Tag brachte eine Konferenz des Ministerpräsidenten mit den Führern der Südslawen Dr. Korosec, Dr. Spincic und Vaginja, in der die Abgeordneten Beschwerden und Wünsche politischer und wirtschaftlicher Natur vorbrachten. Die Besprechungen verliefen ergebnislos und die Südslawen erklärten, auf ihrer Opposition zu beharren.

15./II. 1918.

15  
84**Radoslawow über die politischen Tagesfragen.**

Der in Berlin weilende bulgarische Ministerpräsident Radoslawow äußerte sich zu einem Vertreter der „Bosf. Ztg.“

**über die Bolschewiki:**

Vor meiner Abreise von Sofia nach Brest-Litowsk hatte sich in mir auf Grund urkundlicher Tatsachen die Ueberzeugung festgesetzt, daß die Bolschewisten nicht gewillt sind, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Bolschewismus ist nicht nur eine Gefahr für Rußland, sondern weiterhin eine gesamt-europäische, letzten Endes sogar eine Weltgefahr. Man soll sich doch nicht etwa bei der Entente einbilden, daß beim Ausbruch eines allgemeinen Weltbrandes nur das Nachbarhaus brennt und das eigene verschont bleibt. Läßt man den Bolschewismus blindwütig weiterziehen, so ist die gesamte west-europäisch-amerikanische Kultur in Gefahr. Die Flammen werden ohne Unterschied der Landesgrenzen überall hinüberzüngeln. Es liegt daher im gemeinsamen Interesse aller, dieser Weltgefahr ins Auge zu sehen und vorbeugende Maßregeln dagegen zu ergreifen. Trozli ist offenbar schon mit der Instruktion nach Brest-Litowsk zurückgekehrt, nicht zu unterzeichnen. Sonst hätte er nicht mit seiner Regierung alle Verträge mit seinen früheren Bundesgenossen für null und nichtig erklärt. Man kann nicht im selben Atem jeden Vertrag mit auswärtigen Mächten aufheben und einen neuen schließen. Was in Petersburg augenblicklich geschieht, ist nicht etwa Revolution, sondern Anarchie.

Ferner äußerte Radoslawow

**über die polnische Krise:**

Wir sind selbst ein werdender Staat und haben daher für den kommenden polnischen Staat volle Sympathien. Nur muß sich dieser polnische Staat auf den Boden der Wirklichkeit stellen. Gerade bei werdenden Staaten sind die Phantasien die schlechtesten, die Realitäten dagegen die besten Berater.

Ueber

**die Stellung Rumäniens**

meint Radoslawow:

Die Rumänen haben den vollen Ernst ihrer Lage bis auf den heutigen Tag noch nicht begriffen. Erst wenn die Kapitulation der rumänischen Armee Tatsache geworden sein wird, dann dürfte es an der Zeit sein, den Rumänen jenen Frieden zu geben, der ihren nationalberechtigten Ansprüchen entspricht.

### Parlamentarisches.

#### Anfrage der deutschen Sozialdemokraten über die auswärtige Politik.

Die Abgeordneten Adler, Seis und Seliger haben folgende Anfrage an den Ministerpräsidenten gerichtet:

„Ist die Regierung bereit, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung in dem Sinne auszuüben:

1. Daß die österreichisch-ungarische Regierung amtlich und ausdrücklich erkläre, sie betrachte den Kriegszustand mit Rußland für beendet und sei bereit, unverzüglich die Verhandlungen mit dem russischen Rat der Volkskommissäre über die Wiederaufnahme des diplomatischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verkehrs und über den Austausch der Kriegs- und Zivilgefangenen fortzusetzen und abzuschließen und dadurch den tatsächlichen Friedenszustand mit Rußland herzustellen;

2. daß jede Verwendung österreichisch-ungarischer Truppen auf dem Gebiete der Ukraine, die als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine und in den Konflikt der Ukraine mit Rußland erscheinen und unsere Truppen in Kämpfe mit russischen Truppen verwickeln könnte, unbedingt vermieden werde;

3. daß die österreichisch-ungarische Regierung die von dem Präsidenten Wilson in seiner jüngsten Botschaft an den Kongreß aufgestellten Prinzipien des allgemeinen Friedens grundsätzlich annehme und ihre Bemühungen, zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten über den allgemeinen Frieden zu gelangen, tatkräftig fortsetze;

4. daß mit Rücksicht auf den im Osten eingetretenen Friedenszustand und die dadurch erfolgte Entlastung der Armee die Landsturmmänner, die das fünfzigste Lebensjahr bereits vor dem Beginn dieses Jahres vollendet haben, sofort entlassen werden und dem Abgeordnetenhaus der Entwurf eines Gesetzes über die Herabsetzung der oberen Altersgrenze der Landsturmpflicht vorgelegt werde?“

# Die Wiederaufnahme der Reichstagsberatungen.

Sitzung vom 19. Februar.

Am Sitze des Bundesrats: v. Payer, Frhr. v. Stein, v. Krause, Wankrof.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung und erklärt: Präsident Dr. Kaempf ist durch einen Kurzgebrauch leider verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen, deshalb habe ich die Ehre, den Reichstag zu eröffnen.

Seit wir nach unserer letzten Logung auseinandergingen, sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die zu irgendeiner Kundgebung des Reichstages Veranlassung geben könnten. Wir hoffen, daß wir dem allgemeinen Frieden näherkommen würden. Unser Feind im Osten bot uns die Friedenshand. Wir haben jetzt wenigstens einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile als gleich ehrenvoll betrachtet werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewaltsame Annektionen und ohne Entschädigungen einen Frieden zu schließen. Leider ist es uns nicht gelungen, mit dem übrigen Rußland einen Friedenszustand zu erreichen. Wenn der Kriegszustand nach monatelanger Pause wieder eröffnet werden müßte, so ist es sicher nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Völkern, die sich nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes von Großrußland loslösen wollen, die Selbständigkeit zu ermöglichen. Jeder sind die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen nicht besser geworden. Der deutsche Friedenswille, dem der Reichstanzler in seiner letzten Rede Ausdruck gegeben hat, ist von unseren Feinden im Westen mit derselben Schöffheit zurückgewiesen worden wie früher. Man will nicht mit uns verhandeln, man will uns niederzwingen. Aber wir versagen nicht. Unsere Feinde können ihre Sorgen über den bevorstehenden großen deutschen Angriff im Westen nicht zurückhalten und das deutsche Volk, das nun schon über drei Jahre heldenmütig ausharrt, ist auch fernerhin fest entschlossen, wenn es sein muß, neue blutige Opfer zu bringen. Obgleich unsere Feinde immer neue Staaten gegen uns aufgewiesen haben, obwohl beinahe die ganze Welt gegen uns kämpft, ist das deutsche Volk bisher in diesem Kriege siegreich gewesen. Den neuen gewaltigen Kämpfen sehen wir mit Zuneigung entgegen in dem festen Entschluß auszuharren, um die Heimat, um Weib und Kind zu schützen und um einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht, unipflicht von einem freien Weltmeer. In der Hoffnung, daß dieses Ziel nicht bald erreicht werden möge, gehen wir an unsere Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Das Andenken der verstorbenen Frau Stadthagen (U. Soz.) und Barlo (Str.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Henke (U. Soz.) wegen Verstoßes des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand wird dem Ausschuss für die Gesetzgebung überwiesen.

## Allerlei Beschwerden.

Abg. Ledebour (U. Soz.) führt Beschwerde über das Verbot einer Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin.

General v. Wrisberg: Die Versammlung wurde verboten, weil die Besetzung bestand, daß durch sie Unruhen in den Verband hineingetragen und die Munitionserzeugung gestört werden könnte. Derartige Kämpfe müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt vermieden werden.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Dana frage ich: Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß diese Antwort unzutreffend ist?

Vizepräsident Dr. Paasche: Die Antwort auf die Anfrage wird im Namen des Reichstanzlers erteilt. Sie wird ihm also wohl bekannt sein.

Abg. Fruch (Soz.) führt Beschwerde, daß in zahlreichen Gemeinden der näheren und weiteren Umgebung der Festung Straßburg die Vergütungen für die durch Armierungsarbeiten verursachten Kriegsschäden, die noch aus den ersten Kriegsmontaten herrühren, noch immer nicht bezahlt sind.

Ministerialdirektor Dr. Leinwald bedauert die vorgekommenen Verzögerungen. Es werde alles getan werden, um die Auszahlungen möglichst rasch erfolgen zu lassen. Der Statthalter in Elsaß-Lothringen hat bis zur endgültigen Festsetzung Vorschläge aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt und die Bezirkspräsidenten entsprechend angewiesen.

Abg. König (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in Dortmund weibliche Personen im Alter von 16 bis 35 Jahren angefordert wurden, sich in eine Meldestelle einzutragen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß es sich nur darum gehandelt habe, einen Ueberblick über die im Notfalle verfügbaren Arbeitskräfte zu erhalten.

Abg. Vogtherr (U. Soz.) führt Klage über das Verbot von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten in Stettin.

Ministerialdirektor Leinwald erwidert, daß das Verbot sich mit Rücksicht auf vorgekommene Straßendemonstrationen als notwendig herausgestellt hätte.

Abg. Leube (Fortchr. Vpt.) weist darauf hin, daß die Fernsprechnot hauptsächlich durch die Kriegsgesellschaften verursacht sei, die in übertriebener Weise die Fernsprecheleitungen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Es trifft zu, daß der Fernsprechverkehr zwischen den Großstädten infolge der außerordentlichen Belastung der Leitungen zurzeit erschwert ist. Die Ursache liegt hauptsächlich in der aufs äußerste angespannten Kriegswirtschaft, in den Einschränkungen des Eisenbahn- und Postbetriebes, in der Unmöglichkeit, jetzt neue Leitungen herzustellen, und in der starken Verengung des Fernsprechers durch die militärischen Dienststellen. Daß die Kriegsgesellschaften die Leitungen in übertriebener Weise für sich in Anspruch nehmen, hat sich bei kürzlichen Ermittlungen nicht bestätigt. Von den in Berlin angemeldeten Gesprächen nach außerhalb entfallen etwa 2 v. H. auf die Kriegsgesellschaften. Die Reichs-Telegraphen-Verwaltung ist dauernd bemüht, den Verkehrserischwerenissen so viel wie möglich abzuhelfen; zu dem Zweck steht sie auch fortgesetzt mit den obersten Reichs-, Staats- und Militärbehörden in Verbindung, um auf untlächste Einschränkung des amtlichen und sonstigen Sprechverkehrs hinzuwirken.

Abg. Hansen (Däne) weist darauf hin, daß die dänische Presse in Nordschleswig unter Zensur steht.

Oberst Weiß gibt nähere Auskunft über die Zensurmaßnahmen.

Abg. Kohnmann (Str.) stellt folgende Anfrage: Durch das Schwaasser in der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz wurden in zahlreichen Fällen eingekaufte Lebensmittel stark beschädigt oder vollständig vernichtet. Ist der Reichstanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, daß den Betroffenen Familien baldigt 1. ausreichender Ersatz für vernichtete Lebensmittel, 2. die zur Wiederherstellung der zerstörten Acker- und Gartenflächen not benötigten Arbeitskräfte eventuell durch Beurlaubung zum Heer eingezogener Angehöriger beschafft werden?

Ein Regierungsvertreter sagt möglichst Berücksichtigung zu. Abg. Meerfeld (Soz.) führt Beschwerde über das Verbot des Besuches einer sozialdemokratischen Versammlung durch Soldaten in Köln.

General v. Wrisberg: Den Militärpersonen ist die Teilnahme an politischen Versammlungen und Versammlungen untersagt, und sie dürfen deshalb ebenso wenig sozialdemokratische Versammlungen besuchen wie solche der Vaterlandspartei.

Auf eine Anfrage des Abg. Haschke (Vpt.) erwidert

Ministerialdirektor Caspar, daß die abgehenden Körperschaften eine in dieser Anfrage aufgedeckte Lücke in der Reichsversicherungsgesetzgebung bei Verabschiedung dieser Vorlage nicht vorhergesehen haben. Erst der Krieg habe das Bedürfnis geschaffen, daß bei rasch aufeinander folgenden Schwankungen in den Lohnverhältnissen der Beschäftigten jedesmal ein entsprechender Wechsel in der Beitragsstufe auch für freiwillig Versicherte erfolge. Da das Gesetz hierüber keine Vorschrift trifft, soll der Prüfung der Frage nähergetreten werden, ob zunächst im Wege der Bundesratsverordnung für Kriegsteilnehmer und für die Aritzenbauer diese Befugnis eingeführt werden könne. Da aber die Beschränkung eines Mißbrauches dieses Rechtes zumunsten der Massen nicht ausgeschlossen ist, hat das Reichswirtschaftsamt zunächst die großen Kassenverbände und das Reichsversicherungsamt zu einer Aeußerung veranlaßt.

## Militärische Wünsche des Ausschusses.

Auf der Tagesordnung stehen weiter Anträge des Ausschusses über militärische Angelegenheiten. Der Ausschuss fordert die Entlassung der Jahrgänge 1839 und 1870. Wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, soll der Vater aus der Feuerlinie zurückgezogen werden. Die Mannschaften und Unteroffiziere sollen ein Recht auf Urlaub erhalten und die Strafe des strengen Arrestes soll entweder beseitigt oder gemildert werden.

Abg. Kohnmann (Str.): Viele ältere Leute könnten sich in der Heimat viel besser als draußen betätigen, während in der Heimat noch sehr viele reklamierte jüngere Leute sind, denen es gut anzuhehen würde, vor dem Feinde einmal zu zeigen, was sie können. Es hat große Mißstimmung erregt, daß verhältnismäßig viele junge unverheiratete Leute für die Kriegsindustrie reklamiert sind, während Väter von zahlreichen Kindern nun schon jahrelang im Felde stehen. Sowohl bei den Detachierungen wie bei der Urlaubsgewährung sollte man die Familienväter besonders berücksichtigen.

General v. Wrisberg: Wir würden die älteren Jahrgänge sehr gern entlassen, wenn die militärische Lage es erlaubte. Auch bei

der Urlaubsgewährung muß die militärische Lage ausschlaggebend sein. Die alten Leute werden nach Möglichkeit in die Heimat zurückgeschickt und durch junge Leute ersetzt. Dieser Austausch findet fortwährend statt, läßt sich aber nicht immer durchführen, da es junge Leute gibt, die in der Heimat nicht entbehrbar werden können.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr: Der Frieden mit der Ukraine.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Die neuen bevölkerungspolitischen Gesetze.

Von

Prof. Dr. A. Blaschko.

Das seit Jahren von der gesamten deutschen Ärzteschaft sehnlich ersehnte „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ scheint jetzt Tatsache werden zu wollen. Die furchtbaren Läden, die der Krieg in das Menschenmaterial der Nation gerissen hat, lassen uns heute jedes einzelne Leben als ein köstliches Gut bewerten, das des sorgfältigsten Schutzes bedarf. Daß man so spät und zögernd unter dem Drängen der öffentlichen Meinung, ja erst auf ausdrückliches Verlangen des Reichstages sich zu gesetzgeberischem Vorgehen auf diesem Gebiete entschlossen hat, hat seine guten Gründe. Volkseuchen, die alle anderen, sind die Geschlechtskrankheiten doch durch die Eigenart ihrer Verbreitungsweise so sehr mit dem intimsten Leben des Einzelnen und der Familie verquickt, daß jede Maßnahme leicht ungewollte und oft recht unangenehme Nebenwirkungen erzeugen kann. Aus diesem Grunde hat wohl auch der Entwurf die weitgehenden Forderungen, die das ganze Geschlechtsleben der Nation unter staatliche Kontrolle stellen und für jeden Kranken staatliche Anzeigepflicht und Behandlung einführen wollten, abgelehnt. Freilich ist er dafür auf der anderen Seite zu vorsichtig geworden; er beschränkt sich auf die Forträumung gewisser Hindernisse, die bisher einer wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wege standen, während er von positiven Maßnahmen im Sinne der modernen vorbeugenden Hygiene nur wenige kümmerliche Ansätze enthält.

So wird die Strafanzeige für denjenigen, der andere mutwillig oder leichtsinnig einer Ansteckungsgefahr aussetzt, wohl nur als Abschreckungsmittel wirken können, den Nachweis hierfür im Einzelfall zu führen, wird recht große Schwierigkeiten machen; die Ärzteschaft wird auch das Verbot der Kurpfuscherei und Fernbehandlung, welche auf diesem Gebiete besonders schädlich gewirkt haben, sowie die Bestimmungen zur Ueberwachung des Ammen- und Säuglingswesens freudig begrüßen, aber doch schmerzlich vermissen, daß der Gesetzgeber nicht einmal den Versuch gemacht hat, für die bei weitem häufigeren Ansteckungsmöglichkeiten Schutzvorschriften zu erlassen. Die Vorlage beschränkt sich eben fast ausschließlich auf die Ueberwachung der Prostitution, bringt jedoch auf diesem Gebiete manchen erfreulichen Fortschritt, so die Aenderung des § 180 des R.St.G.B., auf Grund dessen bisher jedes Vermieten einer Wohnung an Prostituierte strafbar war, eine Bestimmung, die diese unglücklichen Geschöpfe nur obdachlos machte und sie zu einem Leben in Schlupfwinkel zwang. Daß dadurch einer wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten entgegengearbeitet wurde, ist klar. Nach dem neuen Gesetz soll das Vermieten von Wohnungen an Prostituierte über acht zehn Jahren jetzt straflos sein, sofern damit nicht ein Ausbeuten oder Anhalten zur Unzucht verbunden ist. Namentlich die letzte Bestimmung wird, wenn sie nur von den Behörden energisch ausgenutzt wird, die gewerbsmäßige Kuppelerei und vor allem den Bordellwirt treffen. Auch die Aenderung des § 306, 6 entspricht einer alten Forderung der ärztlichen Sachverständigen. Unter der bisherigen Gesetzgebung wurde bei nicht reglementierten Frauen die gewerbsmäßige Unzucht an sich bestraft, bei den reglementierten hingegen war sie straffrei, bestraft wurde bei diesen nur die Uebertretung der Polizeivorschriften. Dieses Privileg der Reglementierten drängte geradezu die jugendlichen Mädchen in die gewerbsmäßige Prostitution. Das neue Gesetz läßt die Zweiteilung fallen, die gewerbsmäßige Prostitution an sich bleibt straffrei, bestraft wird bei allen Frauen nur die Uebertretung der Polizeivorschriften. Leider überläßt der Entwurf den Erlaß dieser Vorschriften dem Bundesrat und gibt dem Reichstag keinen Einfluß auf deren Gestaltung. Mit dem Inhalt dieser Vorschriften aber steht und fällt das ganze Gesetz — der Reichstag kann das Gesetz gar nicht annehmen, wenn er nicht vorher von dessen Inhalt Kenntnis genommen und die Tendenz, von der sie geleitet sind, gutgeheißen hat.

Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik hatte selbst schon im vorigen Jahr auf Anregung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für diese Bundesratsvorschriften folgenden Zusatz vorgeschlagen: „Die Vorschriften sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen und, so weit es der Reichstag verlangt, aufzuheben“. Ohne eine solche Schutzbestimmung würde sich der Reichstag völlig die Hände binden. Vor allem kommt es darauf an, daß die Vorschriften die bisherige Sittenpolizei in eine moderne Sanitätspolizei umwandeln, in ein Gesundheitsamt, dessen Einrichtungen auf hygienische Zwecke zugeschnitten sind und dessen Funktionäre sich in erster Linie als Ärzte fühlen. Und hier muß dem Reichstag eine entscheidende Mitwirkung vorbehalten bleiben.

Noch wenige Worte über die zweite Vorlage, den Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten. Den zunächstliegenden Zweck, dem Mißbrauch und der schamlosen Propaganda, die heute vielfach mit antikonceptionellen Mitteln getrieben wird, entgegenzuwirken, würde ein solches Gesetz im gewissen Umfange erreichen können. Wenn das Gesetz aber darüber hinaus eine Erhöhung der Geburtenrate anstrebt, so ist der Erfolg mehr als zweifelhaft. Wo ein Wille ist, ist ein Weg; treiben wirtschaftliche Mißstände und gesellschaftliche Gepflogenheiten die Frauenwelt zu Konzeptionsverhinderung, so bleiben ihr auch jetzt noch zahlreiche unkontrollierbare und unausrottbare Mittel und Wege dazu. Und je mehr ihr durch die Gesetzgebung einzelne dieser Mittel erschwert werden, umso begieriger wird sie zu den anderen greifen. Man verspreche sich also in bevölkerungspolitischer Hinsicht von dem zweiten Gesetzentwurf keinen irgendwie nennenswerten Erfolg.

**Oesterreichischer Ministerrat.**

**Von 10 Uhr abends bis  $\frac{3}{4}$  2 Uhr nachts.**

Wien, 25. Februar.

Zu ungewohnter Stunde, um 10 Uhr abends, trat heute der Ministerrat zusammen. An der Beratung nahmen alle Mitglieder des Kabinetts teil, mit Ausnahme des Generalmajors Höfer, der sein Rücktrittsgesuch überreicht hat. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Dr. v. Seidler. Der Ministerrat währte bis  $\frac{3}{4}$  2 Uhr nachts.

# Das Budgetprovisorium von der Tagesordnung abgelehnt.

Wien, 26. Februar.

In der parlamentarischen Situation ist heute neuerdings eine Verschärfung eingetreten. Der Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage über das Budgetprovisorium in der ihm gestellten Frist nicht erledigt. Nach den Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung kommt sie nun ohne Bericht vor das Plenum des Hauses und heute sollte die zweite Lesung beginnen. Infolge des Beschlusses der deutschen Sozialdemokraten ist nur eine Majorität für das eigentliche Budgetprovisorium, nicht aber auch für die in der Vorlage enthaltene Kreditermächtigung von sechs Milliarden vorhanden. Gestern verlautete, daß die Regierung für die in § 3 der Vorlage enthaltene Kreditermächtigung eine eigene Vorlage einbringen werde und daß insfolgedessen vorläufig nur das eigentliche Budgetprovisorium vom Hause beschloffen werden würde.

Heute wurde bekannt, daß die Regierung an der Absicht festhält, die Indemnitätsvorlage einschließlich der Kreditermächtigung als ein Ganzes zu behandeln. Die Situation ist daher wieder vollkommen ungeklärt, schon mit Rücksicht auf die dritte Lesung, in der nicht mehr paragraphenweise, sondern über die gesamte Vorlage abgestimmt wird, demnach eine Mehrheit für die Indemnität und die Kredite notwendig ist. Es sollen zunächst Verhandlungen mit den Polen und Südslawen eingeleitet werden, um eine solche Mehrheit zu gewinnen.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten sofort nach der Verlesung des Einlaufes unterbrochen. Nach der Unterbrechung trat die Obmännerkonferenz zusammen. Diese hatte den Zweck, eine Aussprache zwischen den Parteien herbeizuführen und womöglich eine versöhnlichere Stimmung vorzubereiten.

Die Obmännerkonferenz beschäftigte sich zunächst mit dem Vorschlage, eine Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen. Man einigte sich aber dahin, das Haus weiter tagen zu lassen, das Budgetprovisorium aber von der Tagesordnung abzusetzen und über eine unpolitische Tagesordnung zu verhandeln. Die Folge der Absetzung des Budgetprovisoriums von der Tagesordnung wird ein *Ex leg.*-Zustand sein.

## Die Obmännerkonferenz.

Unmittelbar nach der Unterbrechung der Hausitzung trat die Obmännerkonferenz unter dem Vorsitze des Präsidenten Dr. Groß zusammen. Ministerpräsident Dr. v. Seidler und Finanzminister Freiherr v. Wimmer wohnten der Beratung an.

Präsident Dr. Groß teilte mit, daß er auf Wunsch einiger Parteien die Hausitzung unterbrochen habe, um den Obmännern Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben, von der er hoffe, daß sie die parlamentarische Maschine wieder in Gang bringen werde. Die Besprechungen der Parteiführer sollen sich vornehmlich darauf erstrecken, wie eine Milderung der Gegensätze zwischen den Parteien, die zur Erzielung einer Mehrheit für die dringendsten Staats- und Volksnotwendigkeiten erforderlich ist, herbeigeführt werden könnte. Von mehreren Seiten sei die Anregung gegeben worden, daß für die Dauer dieser Verhandlungen die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses ausgesetzt werden.

In der Debatte über den formalen Vorgang erklärte der Abgeordnete Seitz, daß sich die Schwierigkeiten aus den §§ 2 und 3 der Vorlage über das Budgetprovisorium ergeben. Bezüglich des § 2 halte er es für einen Ausweg, wenn darüber die Delegation Beschluß fassen würde, worauf dann das Abgeordnetenhaus den Delegationsbeschluß ratifizieren könnte. Hinsichtlich des § 3 sei er der Meinung, daß die in der allgemeinen Kreditermächtigung angeforderten sechs Milliarden hinsichtlich ihrer Verwendung genau detailliert werden, so daß ersichtlich wird, welche Beträge für die infolge durch den Krieg verursachten sozialpolitischen Maßnahmen und welche für die Zwecke der reinen Kriegsführung bestimmt sind. Für die erste Gruppe würde sich sicherlich das ganze Haus aussprechen.

Abg. Tuzar verwahrt sich dagegen, daß die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, wie verlautete, entsprechend den Wünschen der Titularmehrheitsparteien geschlossen und die nächste Sitzung in schriftlichem Wege einberufen werden soll.

Präsident Hausner und Dr. Waldner erklärten hierauf, daß eine solche Absicht nicht bestanden habe, sondern daß man lediglich bezweckte, in der Obmännerkonferenz ein Einvernehmen über die Aussetzung der Plenarverhandlungen herbeizuführen. Jedenfalls scheine es notwendig, für die Verhandlungen der Parteien Zeit zu gewinnen und deshalb die Plenarsitzungen zu unterbrechen.

Von oppositioneller Seite wurde die Notwendigkeit einer Aussprache der Parteien anerkannt und grundsätzlich diesem Plane zugestimmt. In der Debatte wurden über den Termin der nächsten Sitzung des Hauses verschiedene Vorschläge gemacht. Die Mehrzahl der Redner trat dafür ein, daß die nächste Sitzung erst Dienstag den 5. März stattfinden soll. Damit würde zwar ein *Ex leg.*-Zustand eintreten, mit dem man sich jedoch abfinden könnte.

Abg. Ritter v. Wastitz trat dafür ein, daß die nationalen Parteien, insbesondere die Deutschen einerseits und die Czechen und Südslawen andererseits, miteinander zur Aussprache über die sie trennenden Punkte zusammentreten mögen.

Im Verlaufe der Debatte wurden von mehreren Seiten Bedenken gegen die Unterbrechung der Hausitzungen vorgbracht. Abgesehen von dem ungünstigen Eindrucke der Unterbrechung würden die Verhandlungen zwischen den Parteien dadurch eher gelähmt als gefördert werden, da die Abgeordneten nicht vollzählig in Wien bleiben würden und die Obmänner deshalb Schwierigkeiten hätten, sich mit ihren Parteigenossen über die einzelnen Fragen zu beraten. Ueber das Budget zu sprechen, habe jetzt wohl niemand Neigung.

Abgeordneter Koroschec führte aus, daß um die Anwendung des § 14 zu vermeiden, die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben müsse. Das Budgetprovisorium könnte von der Tagesordnung abgesetzt werden, aber es sei möglich, Gesetze, die keine politische Bedeutung besäßen, auf die Tagesordnung zu stellen und zu beraten. Dadurch würde immerhin Zeit genug zu den Verhandlungen der Parteien erübrigt werden, ohne daß irgendein Störungstoff durch das Behandlungsthema geschaffen würde.

Abgeordneter Seitz pflichtete dieser Meinung bei und es wurde schließlich vereinbart, diesen Vorschlag anzunehmen.

Das Budgetprovisorium wird von der Tagesordnung abgesetzt und zunächst das Gesetz, betreffend den formalen Vorgang bei der Uebertragung von Fideikommissen im Erbschaftsweg, dann das Gesetz, betreffend die Verwendung von Phosphor als Düngemittel, und endlich das Gesetz über die Invalidenversorgung auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wird um 2 Uhr wieder aufgenommen werden und der Präsident wird in ihr die angeführte Tagesordnung verkünden. Das Abgeordnetenhaus wird die ganze Woche hindurch Sitzungen halten und man glaubt, daß man bis zum nächsten Dienstag so weit sein wird, um die Verhandlungen über das Budgetprovisorium fortsetzen zu können.

## Beratungen der Herrenhausparteien.

Heute vormittags traten die Exekutivkomitees der drei Gruppen des Herrenhauses zu einer Beratung zusammen. Dann fand eine Obmännerkonferenz statt, an der Fürst Fürstenberg, Freiherr v. Czedit und Prinz Lobkowitz teilnahmen. Nachmittags finden Plenarversammlungen der drei Gruppen statt. Die czechischen Mitglieder des Herrenhauses werden eine Sonderberatung abhalten.

27. II. 1918

## Die Bitte der Welschtiroler an den Kaiser.

Die Antwort des Kaisers an „das mit der Krone Oesterreichs untrennbar verbundene Land“.

Die Vertreter der Gemeinden und der öffentlichen Körperschaften im Kriegsgebiete Welschtirols haben am 21. d. an die Kabinettskanzlei Sr. Majestät nachstehende Huldigungsdepeſche in italienischer Sprache gerichtet:

„Die Vertreter der Gemeinden und der öffentlichen Körperschaften im Kriegsgebiete des italienischen Südtirols von Seiner Excellenz dem Herrn Statthalter von Tirol und Vorarlberg, Grafen Rudolf von Meran, heute an dem Sitz des Stadtmagistrates Trient berufen, um über die Verhältnisse hinsichtlich der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in den kriegsbeschädigten Gebieten zu verhandeln wenden, nachdem sie dankbar von den wohlwollenden Absichten der k. k. Regierung und des Landesauswärtigen Kenntnis genommen haben, vertrauensvoll ihren Blick voll Ergebenheit und Anhänglichkeit zu Eurer Majestät unserem erhabenen und innigstgeliebten Kaiser Karl L. barend auf die Herzengüte und die Großmut Eurer Majestät, Allerhöchsterwählgewalt während des langen Krieges Gelegenheiten hatten, dieses unser Land und seine Bewohner aus nächster Nähe kennen zu lernen.

Gestützt hierauf und als Dolmetscher der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bekräftigen sie in feierlicher Weise die aufrichtigsten Gefühle dynastischer Treue und verbinden damit die untertänigste und innigste Bitte, aus dem Verbande des Kronlandes und des Reiches nicht ausgeschieden zu werden, sondern unter dem väterlichen Zepter Eurer Majestät verbleiben zu dürfen.

Dr. Corredini, in Vertretung des Landesauswärtigen,  
Maximilian Freiherr v. Merzi, Vorstand der Sektion  
Trient des Landesulturrates,

Johann Baptist Panizza, Landtagsabgeordneter und  
Vorsitzender der Wirtschaftsverbände Südtirols,  
Dr. Crestes Angelini, Amtsverwalter in Arco,  
Dr. Fonda, Amtsverwalter der Stadt Trient,  
Josef Pedrotti, Erzpriester von Niva.“

Die hierauf in italienischer Sprache erfolgte telegraphische Antwort lautet in deutscher Uebersetzung:

„Se. k. u. k. Apostolische Majestät haben die Ihm im telegraphischen Wege dargebrachte Huldigung mit lebhaftester Befriedigung entgegenzunehmen geruht und danken, überzeugt von der Anhänglichkeit der dortigen Bevölkerung, dieser vom ganzen Herzen für den neuerlichen Beweis dynastischer Treue mit der Versicherung, daß es Gegenstand Seiner besonderen Fürsorge sein wird, das mit der Krone Oesterreichs untrennbar verbundene Land nach den schweren Prüfungen dieses Krieges möglichst bald den Weg zu einer Aera blühenden Gedeihens beschreiten zu sehen.

Kabinettskanzlei.“



27. II. 1918

## Die Sicherheitsverhältnisse in Wien.

Eine Interpellation im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus brachten die Abgeordneten Dr. v. Baehls und Genossen heute eine Anfrage an den Minister des Innern ein, in der sie denselben interpellieren, die rechtliche, soziale und materielle Besserstellung des Wachkorps in die Wege zu leiten und der Wiener Sicherheitswache eine zu dem schweren und verantwortungsvollen Dienste unbedingt nötige moralische und faktische Unterstützung seitens der übergeordneten Organe angedeihen zu lassen. In der Begründung werden in ausführlicher Weise die Sicherheitszustände in Wien und deren in letzter Zeit eingetretene Verschlechterung, das Ueberhandnehmen von Verbrechen aller Art, geschildert und das Wirken der Sicherheitswache, der es jedoch an Unterstützung der Vorgesetzten fehle, dargestellt.

Was nützt es, wenn die Wachorgane mit Lebensgefahr beim Einbruchversuche erlappte Strolche zum Amte stellen, diese dort jedoch sofort entlassen werden und eine Stunde später am gleichen Tatorte den Inhaber des Geschäftes aus Rache darüber, daß er den Einbruch vereitelte, verprügeln und am Leben bedrohen, wie es kürzlich in Mariahilf der Fall war. Die Sicherheitswache benötigt mehr Schutz seitens ihrer Vorgesetzten, die Mitteln zur erfolgreichen Erfüllung ihrer schweren Pflicht und mehr Schonung und Ruhe zur Erhaltung und Wiedererlangung der nötigen physischen Kraft. Das geringe Recht zum Waffengebrauch bildet eine ständige Gefahr für das Leben des Wachorgans. Dieser Großschutz für die Verbrechermwelt ist nicht in letzter Linie schuld daran, daß die Wiener Sicherheitsverhältnisse immer trostloser werden. Der Fall „Sacher“ ist ein Beweis hiefür. Auch die Behandlung der Wachorgane ist nicht immer geeignet, Lalkraft und Dienstfreude zu erzeugen. Viel Dienst, wenig Nahrung und schlechte Gehaltsbezüge. Selbst von Beförderungen, die kein Geld kosten, ist keine Rede. Eine Reihe von Stellen sind unbefetzt. In diesen unhaltbaren Zuständen muß Wandel geschaffen werden.

## Der arme Kriegsstudent.

Eine Anfrage im Herrenhause.

Wien, 27. Februar.

Wir haben heute das Los des armen Kriegsstudenten geschildert, des Hochschülers, dem ein militärischer Studienurlaub bewilligt wurde, ohne daß dafür vorgesorgt worden wäre, daß er diese Studienzeit frei von den bitteren Nahrungsjorgen in einem geheizten Zimmer verbringen könne. Unser Appell an die große Öffentlichkeit ist erfreulicherweise nicht ohne Wiederhall geblieben. Im Herrenhaus hat in der heutigen Sitzung eine Anzahl warmherziger Freunde unserer studierenden Jugend eine Anfrage an den Landesverteidigungsminister gestellt, die den Nagel auf den Kopf trifft und gleich den praktischen Weg weist, auf welchem den Kriegsstudenten geholfen werden kann. Die Interpellanten, an ihrer Spitze die Herrenhausmitglieder Graf Thun-Salm und Herzog von Beauport, regen nämlich an, daß dem Kriegsstudenten gegen entsprechend mäßige Bezahlung die Teilnahme an einer Militärmenege gewährt werden möge und drücken die Zuversicht aus, daß auch die Quartierfrage in dem angegebenen Sinne eine gedeihliche Lösung finden könne.

Es darf keine hungernden und frierenden Kriegsstudenten in Wien geben! Eine Ehrenpflicht unser aller bedeutet es, diesen jungen Männern, die Monate und Jahre, in denen sie im Frieden die Grundsteine ihrer zukünftigen bürgerlichen Existenz gelegt hätten, dem Dienste der Allgemeinheit gewidmet haben, vor Not und Entbehrung sicherzustellen. Zu den selbstverständlichen Forderungen der Dankbarkeit gesellt sich aber auch die praktische Erwägung, daß es den Juristen, Ärzten und Lehrern der künftigen Generation nicht ungebührlich erschwert werden darf, die verhältnismäßig kurze Zeit für ihre berufliche Ausbildung, die sie dem militärischen Dienste abkargen, nach Tüchtigkeit auszunützen. Die im Herrenhause gegebene Anregung basiert auf dem glücklichen Gedankem, das Institut des Einjährig-Freiwilligen auf Staatskosten für die Kriegszeit zu verallgemeinern und auch auf jene Studenten auszudehnen, die sich an der Front bereits den Offiziersgrad erkämpft haben. Man darf wohl der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß die menschlich schönen und richtigen Erwägungen, die der im Herrenhause gestellten Anfrage zugrunde liegen, schleunigst zur Verwirklichung des vortrefflichen Vorschlages führen werden.

### Die Interpellation der Herrenhausmitglieder Graf Thun-Salm, Herzog von Beauport und Genossen.

Die Mitglieder des Herrenhauses Graf Thun-Salm, Herzog von Beauport und Genossen haben an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Begünstigung der zu Studienzwecken beurlaubten Hochschüler durch Teilnahme an entsprechenden Militärmenegen und Gewährung von Quartieren nachstehende Anfrage gerichtet:

Eine in jüngster Zeit erlassene, ungemein dankenswerte Verordnung des Kriegsministeriums bewilligt die Urlaubserteilung an Hochschüler zur Fortsetzung, beziehungsweise Beendigung ihrer Studien.

Die ungemein erschwerten und verteuerten Lebensverhältnisse machen es aber den meisten Studierenden praktisch unmöglich, von der gebotenen Erlaubnis, den entsprechenden Gebrauch zu machen. Dies bedeutet für die Zukunft eine empfindliche Schädigung aller Berufe und Berufswerber, bei denen ein absolviertes Hochschulstudium die erste Voraussetzung ist. Im Interesse des Staates muß nach den schweren Kriegsverlusten die Heranbildung zu Intelligenzberufen nachdrücklich gefördert werden.

Hier ließe sich leicht und erfolgreich eingreifen, wenn den zu Studienzwecken Beurlaubten, sofern sie darum ansuchen, gegen entsprechende mäßige Bezahlung die Teilnahme an einer Militärmenege gewährt würde. Auch die Quartierfrage ließe sich ähnlich in günstigem Sinne lösen.

Es stellen daher die Befertigten an Seine Excellenz den Herrn Landesverteidigungsminister die Anfrage:

1. Ist Seine Excellenz geneigt, den zu Studienzwecken beurlaubten Hochschülern die Teilnahme an entsprechenden Militärmenegen gegen Bezahlung zu gewähren?

2. Ist Seine Excellenz geneigt, auch der Quartierfrage im angegebenen Sinn näherzutreten? Thun-Salm, Beauport, Dr. Hohenegg, Erner, Graf Graf Schönborn, Schey, Berger, Kammer, Dreher, Rohan, Grünhut, E. Plener, Lanotta, Fürstenberg, Dr. Karl Deurle, Ginzler, Hugo v. Root, Ringhoffer, Attens-Gilleis, Brinz, Colloredo-Mannsfeld, Buquoy, E. Tolbt, Baron Liebieg, Waldstein.

### Urlaube und Studienbegünstigungen für die Hochschüler an der Front.

Vor kurzem haben die Abgeordneten Dr. Stölzel und Geheimrat Dr. Sylvester beim Unterrichtsminister Dr. Ritter v. Cwilkinski im Interesse jener Hochschüler interveniert, die bereits lange an der Front stehen und unter allen Umständen der versprochenen Studienurlaube teilhaftig werden sollen. Die Abgeordneten empfahlen besonders, daß jenen Medizimern, die mindestens sechs Semester verloren haben und zwei Jahre im Felde standen, die Möglichkeit gegeben

werde, zwei aufeinander folgende Semester, reguläre oder Kriegsemester, zu inskribieren. Für die Hörer des ersten Studienabschnittes seien die Absolvierung von separaten Kursen in der Dauer von sechs bis acht Wochen in den drei praktischen Fächern Anatomie, Histologie und Physiologie, für die Studenten des zweiten Studienabschnittes das Hören von solchen Kursen aus interner Medizin, Chirurgie und eventuell pathologischer Anatomie und Geburtshilfe als obligat zu erklären. Diese Kurse wären, um eine Belastung der Professoren zu vermeiden, von Assistenten und Dozenten abzuhalten. Die Abgeordneten schlugen auch die Ablösung aller jener Mediziner, für die ein Ersatz unbedingt notwendig wäre, durch solche Kollegen vor, die bisher weniger als sechs Semester verloren hätten. Auch die Studentinnen könnten eventuell nach Art der in anderen Zweigen in militärischer Verwendung stehenden „weiblichen Hilfskräfte“ herangezogen werden.

Der Unterrichtsminister erklärte, die Regierung werde dem Vorschlägen über die Studienbegünstigungen sogleich näher treten. Ferner teilte Dr. v. Cwilkinski mit, er werde sich bei der Heeresverwaltung für die Bewilligung der Berechtigungszulage an die beurlaubten Studenten einsetzen.

28. II. 1918

### Ein Zwischenfall nach Schluß der Haus- sitzung.

Die Rede eines Oberleutnants im Parlament.

Der Präsident Dr. Groß hatte eben die Haus-sitzung geschlossen und war im Begriffe, den Sitzungssaal zu verlassen, als sich auf der ersten Galerie ein Oberleutnant in Felduniform erhob, an die Logenbrüstung trat und folgende Ansprache hielt:

„Meine Herren! Ist es nicht möglich, daß im Volkshaufe auch einmal ein Soldat zum Worte kommt? Ich will nicht darüber sprechen, was die Herren heute verhandelt haben. Ich will über die allgemeine Lage sprechen. Ich komme von der Piavefront. Darf ich sprechen?“

Die Abgeordneten hatten zuerst erstaunt zu dem Redner auf die Galerie hinaufgebllickt. Präsident Dr. Groß hatte sofort nach den ersten Worten des Offiziers den Sitzungssaal verlassen, um zu befehlen, daß der Zwischenfall die Haus-sitzung nicht mehr berühre. Auf die letzte Frage des Offiziers riefen mehrere Abgeordnete, die noch im Sitzungssaale weilten: „Reden Sie nur!“

Der Oberleutnant fuhr hierauf fort: „Ich bin Deutscher. Ich kämpfe das vierte Jahr in einem serbokroatischen Regiment. Ich bin auf mein deutsches Volkstum stolz und bin voll Sorge über dessen Zukunft. Es drängt mich, zu erklären, daß ich in den Serbokroaten einen Volkstamm kennen gelernt habe voll glänzendster Eigenschaften im wahrsten Sinne des Wortes. Seit Jahr und Tag quält mich die Stellungnahme meines Volkes gegenüber diesem serbokroatischen Volkstamme. Ich habe schon lange des Augenblicks geharrt, wo Deutsche sagen, daß dieser Volkstamm ein ganz besonderes Entgegenkommen verdient, dieser Volkstamm, der wohl am schlechtesten behandelt wird unter allen österröichischen Volkstämmen. (Bravorufe bei den czechischen und sozialdemokratischen Abgeordneten. Insbesondere Abg. Dr. Zahradnik macht beifällige Zurufe.) Meine Herren! Sie machen sich lustig, das habe ich nicht erwartet. (Mehrere Abgeordnete rufen: „Wer nein!“) Mich treibt nicht Uebermut, und wenn ich auf irgend jemand hoffen darf, so ist es mein Volk. Und wenn ich irgendwo sprechen kann, so ist es nur hier. Ich bin durch meine Uniform abgesperrt von jeder öffentlichen Betätigung. Ich sage aber, jetzt wäre es wohl an der Zeit, Realpolitik zu machen. Hören wir endlich mit dem Schimpfen auf. Ich verlange das vor allem von meinen Volksgenossen, wenn sie hier die Führung haben und vorangehen sollen.“

Die noch im Saale anwesenden Abgeordneten begleiteten die Worte des Oberleutnants mit lebhaftem Beifall. Inzwischen war der Kanzleidirektor Hofrat Kupka auf der Galerie erschienen und forderte den Offizier auf, ihn in die Kanzlei des Abgeordnetenhauses zu folgen. Dort wurde ein Protokoll aufgenommen. Es wurde festgestellt, daß der Redner von der Galerie mit dem Oberleutnant in der Reserve Eduard Wenzel identisch ist. Er gab an, daß er sich hier auf Urlaub befinde und dabei der heutigen Sitzung des Abgeordneten-

hauses beigewohnt habe. Schon seit längerer Zeit hatte er den Wunsch, seine Ansichten den Abgeordneten bekanntzugeben. Er habe deshalb gewartet, bis die Sitzung beendet war, um nicht die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zu stören. Weiter gab er an, daß er in seinem Zivilberufe Kaufmann und aus Nordböhmen gebürtig sei. Er ist bei einem Feldbataillon des Infanterieregiments Nr. 22 eingeteilt.

Während seiner Einvernahme erschien auch Hofrat Doktor Fröhlich vom Landesverteidigungsministerium in der Kanzlei, um sich über die Person des Offiziers zu informieren. Oberleutnant Wenzel wurde dann zu dem im Hause anwesenden Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp geführt. Nach der Einvernahme erstattete Kanzleidirektor Hofrat Kupka dem Präsidenten Dr. Groß Meldung über deren Ergebnis. Dieser entschied, daß eine Störung der Verhandlungen des Reichsrates nicht vorliege, da bereits die Sitzung geschlossen war, als Oberleutnant Wenzel zu sprechen begann, so daß von einer Anzeige gegen den Offizier abgesehen werde.



## Eine Krise im Polenklub.

Wien, 27. Februar.

Ein für die Zustände im Abgeordnetenhaus bezeichnender Vorfall hat sich heute ereignet: Der Obmann des Polenklubs, Freiherr v. G o e z, hat in der heutigen Sitzung des Polenklubs erklärt, daß er auf seine Würde verzichte. Der Rücktritt erfolgte wegen gewisser radikaler Strömungen, die sich im Polenklub bemerkbar machen und die gegenwärtige oppositionelle Stimmung der gemäßigten Gruppen für ihre sonderpolitischen Zwecke ausnützen wollen. Die allpolnische Fraktion, unter Führung der Abgeordneten Dr. G l o m b i n s k i und Grafen S t a r b e l, und die polnische Volkspartei verlangen einen engeren Anschluß an die Tschechen. Die gemäßigten Elemente, die Konservativen und Demokraten, machen zwar die gegenwärtige oppositionelle Taktik mit, suchen jedoch eine Identifizierung mit der sich in Extremen bewegenden Negationspolitik der Tschechen zu vermeiden. Speziell die Allpolen wünschen die gegenwärtigen Verhältnisse zu benützen, um einen slavischen Block zu bilden, der unter der Führung des Dr. K r a m a r s c h in Prag nur in eine uferlose radikale Strömung geraten könnte. Konservative und Demokraten sind auch für eine oppositionelle Politik, aber für eine gewisse Absonderung von den übrigen oppositionellen Parteien.

Die Vorgeschichte der gestrigen gemeinsamen Konferenz der Polen, Tschechen und Südslawen wird heute von polnischer Seite folgendermaßen dargestellt: Die Einladung, an dieser Besprechung teilzunehmen, erfolgte von dem Obmann des Tschechischen Verbandes, Abgeordneten S t a n e l. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs befaßte sich damit und kam zu der Ansicht, daß kein Grund vorliege, einer solchen Einladung nicht Folge zu leisten. Abgeordneter S t a n e l schlug als Konferenzlokal das Klubzimmer des Tschechischen Verbandes vor. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs lehnte diesen Vorschlag ab und wollte die Besprechung an einem neutralen Orte, eventuell in einem Ausschußlokal, abhalten. Schließlich einigte man sich darauf, daß die gemeinsame Konferenz im Zimmer des Vizepräsidenten Hofrates G e r m a n abgehalten werde. Hofrat G e r m a n führte dann allerdings in seiner Eigenschaft als Hausherr den Vorsitz in der gemeinsamen Besprechung. Aus dieser Darstellung ist ganz klar die Linie zu ersehen, die gestern die parlamentarische Kommission des Polenklubs einhalten wollte: Opposition, aber nicht Aufgehen in einem tschechisch-südslawisch-polnischen Block. Die radikalen Strömungen im Polenklub scheinen sich nunmehr etwas Festiger geltend zu machen. Aufgefallen ist heute, daß Freiherr v. G o e z in seiner Eigenschaft als Obmann des Polenklubs beim Ministerpräsidenten Dr. v. S e i d l e r erschienen ist. Von polnischer Seite wurde zwar sofort erklärt, daß diese Besprechung keinen politischen Zweck gehabt habe, sondern in einer rein galizischen Angelegenheit erfolgt sei, die Tatsache bleibt aber doch bestehen, daß sie stattfand, obwohl der Polenklub beschlossen hat, jeden Verkehr mit der Regierung abzubrechen. Möglicherweise hat auch dieses Vorgehen des Freiherrn v. G o e z den Radikalen zu neuen Vorstößen Anlaß gegeben. Schließlich spielt vielleicht auch ein Umstand mit, der mit den jetzigen Audienzen von Parlamentariern zusammenhängt. Freiherr v. G o e z ist zum Obmann des Polenklubs gewählt worden, nachdem Monate hindurch diese Stelle infolge der Zerwürfnisse innerhalb des Klubs selbst nicht besetzt werden konnte und nachdem auch mehrere andere Kandidaten entweder die erforderliche Mehrheit nicht erhalten konnten oder die auf sie entfallende Wahl nicht angenommen hatten. Freiherr v. G o e z galt als ein gemäßigter Parlamentarier, der in der kurzen Zeit seiner Obmannschaft bemüht war, streng korrekt sein Verhalten nach den Wünschen seiner Klubgenossen einzurichten. Vorläufig hat der Klub die Rücktrittserklärung nicht zur Kenntnis genommen.

Im übrigen ist die Situation im Abgeordnetenhaus nach wie vor ungeklärt. Das Plenum verhandelt die neutrale Tagesordnung weiter, der Ministerpräsident und die arbeitswilligen Parteien bemühen sich, einen Ausweg zu finden. Die heute gemeldeten Audienzen tschechischer und südslawischer Parlamentarier hängen mit den Entwirkungsversuchen zusammen. Die Regierung hält daran fest, die Vorlage über das Budgetprovisorium als Ganzes inklusive der Kreditermächtigungen zu bekommen. An eine Ausschcheidung des § 3 der Vorlage, der die Kreditermächtigungen enthält, wird nicht gedacht. Man erwartet die Klärung der Situation kaum vor Anfang der nächsten Woche.

1. III. 1918

## Organisation in Oesterreich.

Von Dr. Rudolf von Schwarz-Siller,  
Gemeinderat der Stadt Wien und Mitglied des Ernährungs-  
rates.

Der Verfasser dieses Aufsatzes ist als ein Politiker bekannt, der die Ziele des bürgerlichen Fortschritts in maßvoller Form zu vertreten gewohnt ist. Die scharfe Sprache, die er hier führt ist aus der Empörung über das Putschertum erwachsen, das sich jetzt in Ernährungsdingen breit zu machen beginnt.

Wir bauen ab. Wir bauen ab nicht die ins Maßlose übertriebenen Preise, nicht die auf den verschiedensten Gebieten naturnotwendiger Weise ins außerordentliche gespannte Kriegsbereitschaft, nicht all die Lasten und Weiden, welche die schwere Zeit der ganzen Bevölkerung auferlegt hat, wir bauen ab die kleinen Erfolge einer sich langsam und mühsam durchringenden Organisation. Aus dem nach tausendfältigen Schwierigkeiten geborenen Amt für Volksernährung, das zu einem Ernährungsministerium ausgebaut werden sollte, das bestimmt gewesen war, mit immer größer werdenden Vollmachten und Kompetenzen die für die ganze Volkskraft, für das Glück und die Zukunft des ganzen Landes so wichtige Ernährungsfrage bis weit nach dem Kriege hinaus, vielleicht für immer gerecht und befriedigend zu regeln, soll wieder eine unselbständige Sektion werden, diesmal des Ministerratspräsidiums. Fragen rein wirtschaftlicher Natur, die schon wegen ihrer ungeheuren Wichtigkeit und Dringlichkeit von den Zufällen und Beeinflussungen der Politik hätten befreit werden sollen, werden wieder in den Schauplatz der politischen Arena gezogen, an Stelle der Vereinfachung des Mechanismus der Verwaltung der Ernährungsfrage tritt wieder bürokratische Verwicklung, und auf einen Posten, auf welchem ein Ernährungsdirektor (vgl. die Einrichtungen im fortgeschrittenen Westen, England, Frankreich; auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter hat diesen Ernährungsdirektor im österreichischen Parlament verlangt) raschen Entschlusses Agenden erledigt, die keinen Aufschub vertragen, denn die Ernährung wie die Erzeugung der Ernährungsmittel duldet keine Fristverlängerungen und keine Provisorien, tritt ein vielföpfiges Etwas mit bürokratischem Schimmel, mit Zuständigkeitsstreitigkeiten und all den unübersehbaren Folgen einer schon seit langem schiffbrüchig gewordenen Verwaltungsmethode. Wir organisieren nicht gerne in Oesterreich, aber wenn schon einmal bescheidene Ansätze einer Organisation vorhanden sind, sucht man sie rasch wieder zu vernichten. Die zahlreichen Völker, die am Weltkriege beteiligt sind, haben sich verschiedenartig zu den durch den Krieg hervorgerufenen geänderten Verhältnissen gestellt. Die einen waren so glücklich Gelerntes gut verwenden zu können, die anderen haben fleißig gelernt, auf uns leider scheinen aber die Panats Worte geprägt zu sein: „Ils n'ont rien appris in rien oublié.“

Vor kurzer Zeit fand eine mehrere Tage währende Sitzung des Ernährungsrates statt. In sämtlichen Reden, die damals gehalten wurden, kehrte immer und immer wieder die Forderung nach Schaffung eines Ernährungsministeriums hervor. Vor allem waren es die Verbrauchervertreter, die dieses Verlangen in energischer Weise betonten, denn eine Bedrohung der Selbständigkeit des Ernährungsamtes ist ja in erster Linie eine Bedrohung der Rechte der Konsumenten. Seit nicht ganz einem Jahre erst gibt es eine richtige Konsumentenvertretung in einer Fachkörperschaft, im Ernährungsrate. Zum ersten Male konnte in einem Kreise von Delegierten aus ganz Oesterreich, losgelöst von politischen Fragen, mit einem Mitgliede der Regierung über aktuellste wirtschaftliche Fragen verhandelt werden. Vor wenigen Tagen erst hat durch Beschließung eines neuen Statuts das im innigsten Zusammenhange mit dem erwarteten Ernährungsministerium stehende, gewissermaßen die Grundsteinlegung zu der verbesserten Neuordnung der Dinge im Ernährungsweesen stattgefunden. Und da wird man plötzlich von der Nachricht überrascht, daß nach rückwärts überhaupt wird, daß die Verwaltung der Ernährung als quantitate negligeeable einigen Beamten anvertraut und dem Ministerpräsidenten unterstellt wird. Zu welchen Dingen der Ministerpräsident noch Zeit zu haben borgt!

Über die Leute hinter den Kulissen und ihre Selbstinteressen oder ihre bürokratischen Eifersüchteleien haben wieder einmal gesiegt. Und wir anderen sind wieder einmal so dumm gewesen, wir haben geglaubt, gehofft und sind noch überrascht worden. Felix Austria!

# Das Reichswirtschaftsamt.

## Beratungen im Hauptausschuß.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages steht der Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsamt auf der Tagesordnung.

Der Berichterstatter **Hg. Hoch (Soz.)** führte aus: Die größere Hälfte des früheren Reichsamts des Innern ist an das Reichswirtschaftsamt übergegangen. Die Mehraufwendungen sind aber nicht durch die Teilung veranlaßt, sondern durch andere Gründe. Am bedeutungsvollsten ist die Vermehrung an Vortragenden Räten. Die wirtschaftliche Hauptabteilung zerfällt in drei Abteilungen, die sozialpolitische in zwei, wobei ein neuer Direktor gefordert wird. Da es sich nicht um vorübergehende Ausgaben handelt, die mit dem Krieg enden, so empfiehlt sich die Bewilligung des Direktors, damit die Leitung der sozialpolitischen Abteilung in sicherer Hand liegt. Von den für diese Abteilung geforderten Räten soll die eine Stelle mit einem Mathematiker besetzt werden; das ist dringend notwendig, angesichts der dauernden Verschiebungen in den Voraussetzungen des Versicherungswesens. Die zweite Stelle ist für die Wohnungsfrage bestimmt. Man sollte übrigens die ganze Wohnungsfrage in die sozialpolitische Abteilung hineinnehmen. Ueber die Wichtigkeit der Aufgaben kann kein Streit bestehen.

**Staatssekretär Freiherr v. Stein:** Wir haben die Stellen nicht letzten Herzens gefordert. Kein Chef wünscht ein übergroßes Personal. Der Reichstag hatte die Ueberzeugung, daß eine Teilung des Reichsamts des Innern unumgänglich war. Zur Bearbeitung der neuen Aufgaben und einer intensiven Bearbeitung der alten mußten mehr Kräfte eingestellt werden. Auch der Vortragende Rat für die Schifffahrt ist notwendig.

## Helfferrichs neue Stellung.

Auf Anfrage des Vorredners ging **Staatssekretär Frhr. v. Stein** auf die Stellung des Staatsministers **Helfferrich** ein. Er ist Gehilfe des Reichskanzlers und hat eine bestimmte umgrenzte, jedoch keine verantwortliche Tätigkeit. In die einzelnen Ressorts hat er nichts hineinzureden, er ist nur oder ein hochwillkommener Beamter. Die Frage der Zusammenlegung der Wohnungs- und Stedlungsfrage werde ich zu gegebener Zeit wieder aufgreifen.

**Hg. Schiele (kons.)** ging auf die Gruppeneinteilung im Reichswirtschaftsamt ein.

**Hg. Dr. Mayer - Kaufbeuren (Str.)** ist damit einverstanden, daß das Reichswirtschaftsamt von Grund auf reorganisiert wird, und daß der Staatssekretär sich mit einem Sachverständiger Berater umgibt. Bei der Gruppeneinteilung vermissen sie eine besondere Abteilung für Bergbau. Mit den Fachauschüssen hat man nicht immer gute Erfahrungen gemacht.

**Hg. Dr. Südekum (Soz.)** äußert sich ähnlich. Seitdem Hofrat **Büttner** als Fachmann berufen ist, hat die oberfränkische Legationsrat **Klagen** über Stilllegung, während **Angedung** stark beschäftigt ist.

**Staatssekretär Frhr. v. Stein:** Die Stilllegungen sind vom Kriegsamt und vor Berufung **Büttners** angeordnet worden. Für die Heranziehung sachmännlicher Berater trage ich die Verantwortung. Der Vorwurf, daß Sachvertreter für ihre eigene Sache Vorteile suchten, ist unberechtigt; dergartige Vorwürfe würden aus Geschäftseid sicher auch dann erhoben, wenn die berufsständigen Vertreter durch die Organisationen gewählt würden. Der von verschiedenen Seiten geäußerte Wunsch, auch Arbeitervertreter in die Berufsgruppen zu nehmen, wird berücksichtigt werden; ein Arbeitervertreter ist bereits in der sozialpolitischen Abteilung tätig, weitere Arbeitervertreter sollen in die Sachauschüsse berufen werden. Dabei sind die sachlichen Verdienste, nicht die Parteizugehörigkeit des einzelnen ausschlaggebend.

**Unterstaatssekretär v. Radowik** teilte den Schriftwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Staatsminister **Dr. Helfferrich** mit, aus dem hervorgeht, daß **Dr. Helfferrich** mit Bearbeitung aller derjenigen Wirtschaftsfragen betraut ist, die bei der Wirtschaftspolitik mit den kriegsführenden Ländern eine Rolle spielen.

Nachdem **Direktor von Jonquieres** gegenüber Beauftragungen betont hatte, daß der angeforderte zehnte Vortragende Rat neben seinen sonstigen Arbeiten auch das Referat über Wiederaufbau der Handelsflotte erhalten solle, ein Punkt, bei dem es sich um 1½ Milliarden handele, wurde das Kapitel Befoldungen genehmigt.

## Kanal- und Schifffahrtsfragen.

**Hg. Rieber (natlib.):** Das Reich muß in den Kanalprojekten die Oberaufsicht haben und den Ausbau des Kanalsystems organisch so betreiben, daß jedes Schiff auf jedem Kanal fahren kann.

**Hg. v. Brochhausen (kons.)** trat für Ausbau der Wasserstraßen durch Beteiligung des Reiches ein. Auch auf das Weichselgebiet sollte die Förderung ausgedehnt werden. Ein einheitliches System für das Reich ist anzustreben.

**Hg. Gathein (Fortshr.):** Der Wunsch des **Hg. Rieber** ist technisch unausführbar. Tiefe und Breite eines Kanals hängen ab von den natürlichen Verhältnissen, von der vorhandenen Wassermenge usw.

Als Beihilfen an deutsche Schiffseigentümer und Schiffsbesatzungen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte sind erstmalig 200 Millionen angedeutet, über deren Verwendung, wie ein Regierungsvertreter erklärte, dem Hauptausschuß bzw. dem Reichstag jederzeit Auskunft gegeben werde.

Diese Summen und der Haushalt für das Reichswirtschaftsamt im ganzen wurden nach dem Vorschlag genehmigt.

Sodann schnitt der Berichterstatter die Frage der räumlichen Unterbringung des Reichswirtschaftsamtes an, wobei er es für nicht angängig hielt, die sozialpolitische Abteilung von den anderen Abteilungen dauernd getrennt zu halten.

**Staatssekretär Frhr. v. Stein** dankte dem Berichterstatter für seine wohlwollende Stellungnahme. Der bisherige Zustand der unzulänglichen Unterbringung erschwert die Arbeit des Amtes ungemein. Kein anderes Amt hat so viel Verkehr zu pflegen mit Reichsämtern, Staatsämtern, Organisationen usw., wie das Reichswirtschaftsamt. Das nunmehr erledigte Kaiserhofprojekt ist nicht aus Mutwillen aufgenommen worden, jedenfalls ist es auf die Dauer nicht zu umgehen, das Reichswirtschaftsamt in zentraler Lage unterzubringen.

Hierauf erstattete **Hg. Liesching (Fortshr. Opt.)** Bericht über die Verhandlungen des Unterausschusses betreffend Abgabe der Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen bei Lieferung ans Ausland.

**Staatssekretär Frhr. v. Stein** äußerte sich zu der Frage vertraulich und erbat unter Anführung von Gründen Vertraulichkeit der Verhandlungen überhaupt.

**Hg. Erzberger (Str.)** widersprach schon im Hinblick darauf, daß die in Frage stehenden Preise und Mengen der Ausfuhrwaren in weitesten Kreisen bekannt sind. Gewisse Vorläufigkeiten zuzudecken hat der Reichstag keinen Anlaß.

**Hg. Ebert (Soz.)** und **Cohn (Al. Soz.)** äußerten sich ähnlich, während die **Hg. Rieber, Reinath (natl.)** und **Schiele (kons.)** sich im Interesse des Reichs und im Hinblick auf die kommenden Handelsvertragsverhandlungen für vertrauliche Behandlung aussprachen. Die Ziffern über die Aus- und Einfuhr sollten nicht veröffentlicht werden.

**Hg. Liesching (Opt.):** Die Verträge über unsere Wirtschaftsbeziehungen mit den neutralen Staaten werden veröffent-

licht und sind bekannt; daher ist nicht einzusehen, weshalb die Höhe der von einzelnen Firmen erzielten Gewinne nicht bekannt werden soll.

**Hg. Graf Posadowsky (D. Fr.):** Wenn in so kritischen Zeiten die Regierung Vertraulichkeit der Verhandlungen wünscht, so muß man ihr folgen. Auch England wahrt die Vertraulichkeit seiner Wirtschaftsverhältnisse so scharf, daß eine Uebersicht über die Vorräte und das Maß der Rationierung nicht möglich ist.

**Hg. Eröber (Str.):** Innere Gründe sprechen für die Veröffentlichung, damit die vorgekommenen Mißbräuche öffentlich kritisiert werden können. Äußere Gründe aber lassen starke Bedenken gegen die öffentliche Behandlung hervortreten. Auch Gründe der Loyalität gegenüber dem Staatssekretär, der sein Ziffernmateriale nur unter der Bedingung der Vertraulichkeit bekanntgegeben hat, sprechen dafür, daß auch weiterhin über diese Sache Vertraulichkeit gewahrt wird. Die Verantwortung hat der Staatssekretär.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer** unterstützte den Staatssekretär und wünschte ebenfalls vertrauliche Behandlung.

Schließlich wurde die Vertraulichkeit beschlossen mit der Maßgabe, daß nach der Durchberatung ein offizieller Bericht ausgegeben werden soll.

Nächste Sitzung Mittwoch.

**Das Budgetprovisorium  
angenommen.****202:165 Stimmen.**

In der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses wurde der provisorische Staatsvoranschlag in zweiter und dritter Lesung **a n g e n o m m e n**. Entscheidend war der Entschluß der Polen, der Abstimmung fernzubleiben. Für die allgemeinen Staatsausgaben stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten mit der Mehrheit, so daß sich bei dieser Post ein Stimmenverhältnis von 240:121 ergab. Die Kriegskredite wurden bei namentlicher Abstimmung mit 202 Stimmen der gesamten Linken, der Wiener Freiheitlichen, der Rumänen, der Ukrainer und der Breitergruppe gegen 165 Stimmen der Tschechen, der deutschen Sozialdemokraten, der Südslawen, von vier Italienern und acht polnischen Sozialdemokraten **a n g e n o m m e n**.



10. / III. 1918

## Die Verabreichung des Budgetprovisoriums.

Einstimmige Annahme im Herrenhause.

Das Herrenhaus hat gestern dem Budgetprovisorium und den darin enthaltenen Milliardenkrediten seine Zustimmung erteilt, womit die viel umstrittene Vorlage ihre Erledigung gefunden hat. In die Debatte griff auch Ministerpräsident Dr. v. Seidler ein, der gleichwie im Abgeordnetenhause die Einbringung von Richtlinien zur Verfassungsreform ankündigte und um die Unterstützung des Hauses bei dem großen Werke der Erneuerung Oesterreichs bat. Die Notwendigkeit der Verfassungsreform wurde auch von den folgenden Rednern betont.

Das Gesetz wurde vom Herrenhause einstimmig angenommen, nachdem die polnischen und tschechischen Mitglieder sich der Abstimmung enthielten. Mit der unmittelbar bevorstehenden Sanktionierung des Gesetzes hört dann der Ex-lex-Zustand auf.

### **Die Sanktion des Budgetprovisoriums.**

#### **Der Ex leg-Zustand beendet.**

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht heute das Gesetz vom 11. März 1918 über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. März bis 30. Juni 1918. Damit hat der Ex leg-Zustand sein Ende erreicht. Das letzte Budgetprovisorium war am 28. Februar abgelaufen. Der Ex leg-Zustand hat mithin elf Tage gedauert. Von heute ab ruht die Verwaltung wieder auf gesetzlicher Grundlage. Das Budgetprovisorium enthält im § 2 die Bestimmung über die Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten und im § 3 die Ermächtigung zu Kreditoperationen bis zum Betrage von sechs Milliarden.

12. / III. 1918

117

Wiener Judenliberale und Sozialdemokraten gegen einander. Das war noch nicht da. Daher soll es wenigstens verzeichnet werden. Seit das Versagen unserer Kriegswirtschaft auf dem Gebiete des Ernährungswesens in jedem Haushalte zu spüren ist, werfen sich die Judenliberalen mit dem Instinkt, der ihnen nicht abzustreiten ist, auf den von Tag zu Tag mit der Abnahme der Nahrungsmittel volkstümlicher werdenden Kampf gegen die Zentralen, obwohl es notorisch ist, daß diese nicht allein von bürokratischer Unfähigkeit, sondern noch mehr von der übermäßigen Einflusnahme judenliberaler Geschäftshaber männlichen und weiblichen Geschlechts und sozialistischer Doktrinäre sowie von der allzu ausgedehnten Mitwirkung morgenländischer Händler auf die abschüssige Bahn gedrängt wurden, so daß sie den ganzen amtlichen Ernährungsdienst längst zu einem Unterernährungsdienst gemacht haben. Kurz, die Judenliberalen gehen heute aus den verschiedensten Beweggründen, die wir hier nicht genauer untersuchen wollen, gegen die Zentralen los, wie sie bisher für die Zentralen begeistert gewesen sind, während die Christlichsozialen bekanntlich mit ihrer Kritik gegen alles Ungeheuer an den Zentralen zu keiner Zeit hinter dem Berge gehalten haben. Dagegen hält die sozialdemokratische Führung aus Beweggründen, die gleichfalls hier liebevoll übergangen seien, an der Begeisterung für die Zentralen fest. Daraus ergeben sich nun die erwähnten hübschen freundschaftlichen Auseinandersetzungen. In einer am Samstag im Dreheraale von judenliberaler Seite veranstalteten „Protokollumgebung gegen die Zentralen“ sagte der seinerzeit mit sozialdemokratischer Hilfe gewählte Abg. Senker:

Der Krieg wird vergehen, aber die Zentralen wollen bestehen. Die großen Ausbeuter gehen über Millionen Leichen hinweg. In Oesterreich hat man den Mut nicht, gegen die Zentralen aufzutreten. Hier riegen sich die Zentralen häuslich ein, kaufen sich Paläste und machen Mietverträge auf Jahre hinaus. Es besteht der Plan, alle Zentralen nach dem Kriege in einer bankmäßigen Organisation zu vereinigen, die dann den gesamten Export und Import von und nach Oesterreich zu betreiben hätte. Das ganze Weltkaf-Streben soll zu einem Trust vereinigt werden, wie er in dieser Ausdehnung nicht einmal in Amerika besteht. Der Handel soll nicht bloß im Inlande, sondern auch im Verkehr mit dem Auslande ausgeschaltet, der Händler soll dann in die Zentrale als Kommissionär kommen. Damit will man den Wiederaufbau unserer Wirtschaft besorgen. Die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Hinsicht ist eine schmachliche, sie ist nicht die Bekämpferin, sondern die Zutreiberin des in den Zentralen vereinigten Großkapitals.

Die Berichte der liberalen Presse verzeichnen hier „stürmischen Beifall“. Und der judenliberale W. Dr. Blasel sagte u. a. in seiner Ansprache an die Versammlung, gleichfalls unter dem stürmischen Beifall seiner Zuhörerschaft:

Die Zentralen sind die organisierten Preistreiber sie sind schuld an der Entwertung unseres Geldes, an dem Sinken unserer Valuta gegenüber dem Auslande. Wenn sie bestehen bleiben, dann wird die vollständige Proletarisierung des Bürgertums durchgeführt. Die Zentralen arbeiten für die Vernichtung des Bürgerstandes, sie arbeiten für die Sozialdemokratie, darum fort mit den Bucherzentralen!

Die Zentralen „arbeiten für die Sozialdemokratie, darum fort mit ihnen“, ruft ein Dr. Blasel, einer der Führer der Wiener Judenliberalen. Das alles ist gewiß hochinteressant und gehört in die Registratur. Natürlich bleibt das Wiener sozialdemokratische „Zentralorgan“ den Judenliberalen das Echo nicht schuldig. In ihrer Sonntagsausgabe („A. Z.“ Nr. 66) spricht die „A. Z.“ von einer „Blase Blasels“ und zwar „gehöre diese „hochaufgetriebene Blase, die den Herrn Bezirksvorsteher der Leopoldstadt zu immer wiederholtem Aufschrei bringt, nicht seiner Leiblichkeit an“ — man achte auf den feinen Jargon! — sondern Blasel „leide an einer geistigen Blase“, die er „sonderbarerweise im Gehirn habe“ und die „aus einer krankhaften Schwellung von Lügen“ entstanden sei, welche „der Neid und der Argzorn der Händlerchaft über die Zentralen ausgestreut hat.“ Und in dieser Tonart geht es eine Spalte lang gegen Blasel und seine Blase, die in zahlreichen Variationen immer wieder herhalten muß, fort. Wir registrieren diesen Familienstreit bloß als ein Zeichen unserer zeichenreichen Zeit, ohne uns die judenliberale Begeisterung für den „freien Handel“, der erfahrungsgemäß zum freien Hecht im freien Karpfenteich ausartet, noch die sozialdemokratische Begeisterung für die Zentralen anzueignen, die wegen ihres Bürokratismus, ihrer Amtsschimmelerei und ihrer greulichen Verjudung und Versippung mit jüdischen Händlerchaften mißraten sind. Hätte man die ganze Bewirtschaftung unserer Lebensmittel etlichen aufgeweckten Bauernknechten statt Leuten anvertraut, die erst bei der Markus-Freund und Angerer-Beer Unterrichtskurse nahmen und blindlings auf jede pathetisch vorgetragene sozialdemokratische Windbeutelerei hereinsielen, weil sie kaum einen Erdsapfel von einem Grashalm zu unterscheiden wußten, es stünde heute besser um die Ernährung der Bevölkerung.

15. III. 1918

119

### Oesterreichischer Reichsrat.

#### Erledigung der Steuervorlagen. — Die Mannschaftsgebühren.

Wien, 14. März.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die Beratung der Vorlagen über die im Jahre 1916 erlassene kaiserliche Verordnung beendet, welche die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern regelte. Die Anträge des Finanzausschusses, die zum Teile sehr weitgehende Aenderungen und Verschärfungen der kaiserlichen Verordnung bedeuten, wurden von uns im Abendblatte bereits mitgeteilt. Der Berichtstatter Abgeordneter Dr. Steinwender empfahl seine Anträge und auch der Finanzminister Freiherr v. Wimmer griff mit einer längeren Rede in die Debatte ein. Der Minister erklärte, die Finanzverwaltung habe ihre Zustimmung zu den über die seinerzeitigen Maßnahmen stark hinausgehenden Anträgen erteilt, obwohl sie sich bewußt war, daß die Vorlage eine außerordentliche Anspannung der direkten Steuern bedeutet. In allen kriegsführenden Ländern werden eben von dem Ergebnisse der wirtschaftlichen Produktion, seien es Kapitalszinsen, sei es unmittelbares Arbeitseinkommen, viel größere Teile als bisher an den Staat abgegeben werden müssen. Es müsse mehr gearbeitet und es müsse mehr gespart werden. Die Kriegszuschläge gelten nur für die Jahre 1918 und 1919. Im Jahre 1919 werde also eine neuerliche Behandlung der direkten Steuern erfolgen müssen, und es werde sich Gelegenheit ergeben, eventuell eine Ausgleichung vorzunehmen. Der Finanzminister betonte die Notwendigkeit, die Erhöhung der indirekten Steuern zu beschließen und setzte hiesfür einen Termin bis Ende April. Im Monat Mai werde nämlich eine neue Kriegsanleihe aufgelegt werden, und für ihr Gelingen wäre es ein großer Vorteil, wenn die Zinsen durch Steuereingänge voll fundiert sind. Freiherr v. Wimmer erklärte ferner, daß die Kriegsanleihe der feste Besitz ist; es sei ganz ausgeschlossen, daß der Staat den übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Das gesamte Verzinsungserfordernis könne unmöglich ausschließlich mit direkten Steuern gedeckt werden, es müßten auch die indirekten Steuern überall in ausgiebigem Maße erhöht werden.

Aus der Debatte ist eine Rede des Abgeordneten Kuranda besonders hervorzuheben. Der Abgeordnete Kuranda wendete sich in scharfen Worten gegen die Systemlosigkeit in der Steuergesetzgebung, gegen den Mangel eines allgemeinen Finanzplanes und Finanzprogramms. Er erklärte, das Vorgehen des Berichtstatters und der Regierung seien daran schuld, daß gewisse Klassen des erwerbenden Kapitals und des Unternehmertums in einer Weise belastet werden, welche im Verein mit der zu erwartenden Vermögensabgabe kaum weiter möglich sein werde. Die Besteuerung der Kontokorrentzinsen bezeichnete er als ungeheuerlich. In einer Zeit, wo man die Sicherstellung der Valuta im Auge hat, ruiniere man die Möglichkeit, daß ausländische Gelder in Oesterreich angelegt werden. Die Vorlage wurde hierauf genehmigt. Ebenso wurde der Gesetzentwurf über die Kriegsteuer des Jahres 1918 in der Fassung des Ausschusses nach einer Debatte, an welcher der Berichtstatter Dr. Steinwender, der Abgeordnete Kuranda und der Finanzminister Freiherr v. Wimmer teilnahmen, vom Abgeordnetenhause in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Vor den Steuervorlagen hatte das Haus den Bericht des Wehrausschusses über die Erhöhung der Mannschaftsgebühren verhandelt. Der Antrag des Ausschusses, den heute Abgeordneter Leuthner als Referent vertrat, verlangt, daß die Mannschaftsgebühren des Heeres, der Landwehr und des Landsturmes ehe baldigst im Wege der Gesetzgebung mindestens in der Höhe der derzeit für die mobile Mannschaft in Deutschland geltenden Löhnung festgesetzt werden sollen. Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp hatte dem Ausschusse mitgeteilt, daß für die im Hinterland befindliche Mannschaft eine Zulage von 25 Heller täglich in Aussicht stehe. Eine Erhöhung der Zulage für die Mannschaft im Felde sei nicht vorgesehen. Der Ausschuss beschloß darauf eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß eine solche Steigerung der Löhne durchaus unzureichend sei. Der Landesverteidigungsminister erklärte in der heutigen Debatte, daß die Verhandlungen zwischen den beteiligten Zentralstellen über die Erhöhung der Mannschaftsgebühren noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt haben; er werde sich nach besten Kräften für die möglichst günstige Lösung dieser Frage einsetzen. Nach einer längeren Debatte wurden sowohl der Antrag wie die Resolution des Ausschusses angenommen.

16./III. 1918

## Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat gestern seine letzte Sitzung vor den Osterferien abgehalten und das Gesetz betreffend die Ausstattung der Landes-Gold- und Silbermünzen der Kronenwährung, das Gesetz über die Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit, einen Bericht des kriegswirtschaftlichen Ausschusses über die Requisitionen und Eoanierungen in Ostgalizien und der Bukowina, sowie den Antrag der Abgeordneten Teufel und Genossen betreffend die Steuerungszulagen für die Lehrer zum Beschlusse erhoben. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung machte infolge eines Einspruches des Finanzministers, außerhalb der Hausführung Verhandlungen zwischen den Parteien über die Frage notwendig, ob Staat und Länder je 50 Prozent zu den Steuerungsbeiträgen für die Lehrer tragen sollen oder wie bisher der Staat 70 Prozent, die Länder 30 Prozent. Der größte Teil des Verbandes der deutschnationalen Parteien stellte sich auf den Standpunkt der Regierung: 50 zu 50 Prozent, ebenso die deutschen Sozialdemokraten, während alle übrigen Parteien fast durchwegs für die bisherige Beitragsleistung der Länder mit 30 Prozent eintraten. Abg. Dr. Steinwender und die Führer der Christlichsozialen konferierten wiederholt mit den übrigen Parteivertretern sowie mit dem Finanzminister Dr. v. Bimmer und seinen Ressortbeamten. Die Besprechungen führten zu keinem anderen Ergebnis als dem bereits vorher festgestandenem, worauf die Mitglieder des Budgetausschusses in einer besonderen Besprechung das Gesetz durchberieten und in allen aufgetauchten Bedenken eine Einigung erzielten, nur nicht über die Beitragsleistung von Staat und Ländern. Die Notwendigkeit dieser nachträglichen Verhandlungen im Plenum und im letzten Augenblicke beweist, daß die Ausschußberatungen nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit vorgenommen wurden.

Nach den Erklärungen der Parteivertreter in diesen Verhandlungen, konnte das Abstimmungsergebnis im Hause, welches den Sieg der Autonomisten brachte, nicht mehr überraschen.

Im Hause war stark die Meinung verbreitet, daß die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses vom Herrenhause nicht akzeptiert werde, sondern an dieses mit verschiedenen Änderungen zurückgelangen wird.

## Deutsch im Abgeordnetenhaus.

Der Antrag Graef, Just und Genossen.

Das preussische Abgeordnetenhaus beginnt bei Kleinem, sich zu verneuzeitlichen. Diesem Sage liegt Belustigung auf Kosten dieser Körperschaft durchaus fern, denn wir — die „Vossische Zeitung“ — bemüht sich seit geraumer Zeit, an ihrem Teil ohne eifernden Horn der Entwelschung der deutschen Sprache Bahn zu brechen — sehen den Antrag der Graef, Just und Genossen als seine verdienstvolle und — fast muß man's immer noch sagen — tapferen Art an. Soweit unser Wissen reicht, ist das preussische Abgeordnetenhaus die erste Volksvertretung im Reich, die zunächst einmal im eigenen Haus und in der eigenen Arbeit für deutsche Sprachreinheit will.

Die Bitte, nach der der Geschäftsordnungsausschuß — Geschäftsordnungskammer soll er zukünftig heißen — überflüssige Fremdwörter verdeutschend soll, bietet auch zu Ausstellungen wenig Anlaß. Gleich die erste Verdeutschung: absolute Mehrheit in „überhälftige“ Mehrheit wird ja dem üblichen Schicksal des Begriffs werdens nicht entgehen, aber es ist nichts gegen sie einzuwenden. Es ist hier wie immer: ohne Bagemut geht's nicht, und jedes neue sprachliche Wagnis klingt zuerst „lächerlich“. Böse ist nur, daß den Herren Graef, Just und Genossen gleich darauf ein schlichter, netter Vord gegen die deutsche Grammatik durch die verdeutschenden Hände stößt. Sie wollen die „relative“ Mehrheit durch eine „vergleichsweise“ ersetzen. Aber Herr Graef! Sollte „vergleichsweise“ nicht ein Umstandswort sein, das selbst vom Abgeordnetenhaus nicht ohne weiteres zum Eigenschaftswort befördert werden kann? Eine Zuschrift spießt diese Entgeißlung gleich sehr hübsch auf:

„Statt der relativen bekommen wir die „vergleichsweise“ Mehrheit! Mit Verlaub: Ich kann durchaus ein Anhänger von Verdeutschungen sein, aber kein durchaufiger, was ich „vergleichsweise“ und „ordnungshalber“ erwähnen will. Ferner ist es reine, nicht überhälftige Wahrheit, daß die absolute Mehrheit eine reine Mehrheit (aller abgegebenen Stimmen) bedeutet, im Gegensatz zur relativen, der Bruchteil-Mehrheit, die feststellt, welcher unter mehr als zwei Bewerbern den größten Bruchteil aller Stimmen erreicht hat. Just graeflich ausgedrückt: Die bruchteilige ist nur eine teilweise, die reine aber eine voll und ganzige Mehrheit.“

Nun, dieser Schnitzer wird von der Tagesordnung abgesetzt werden. Und für die Beratung gestatten wir uns noch vorzuschlagen, daß man den allzuschweizerischen „Anfrager“—Anfrager genügt — das häßliche „einstweilig“ und den unmöglichen Fritzer (Fritzeur) ersetzt und dafür den Präsidenten ruhig zum Vorsitzenden oder Obmann macht und die „Akten“ durch Aufzeichnungen, Schriftliches, Papiere, Schriftstücke u. s. f. freischt.

26. III. 1918

### Volksratsstagung in Wien.

Wien, 25. März.

Sonntag fand im kleinen Saale des Kaufmännischen Vereines eine vom Arbeitsausschusse des Deutschen Klubs einberufene Tagung der deutschen Volksräte für Böhmen, Wien und Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und das Küstenland statt. Den Beratungen lag folgende Tagesordnung zugrunde: 1. Die südslawische Frage. Berichterstatter: Doktor Ferdinand Teger (Salbach), Vorsitzender des Deutschen Volksrates für Krain. 2. Kreiseinteilung und nationale Autonomie. Berichterstatter: Dr. Otto Ambroschitsch (Gilli), Vorsitzender des Deutschen Volksrates für Untersteiermark. 3. Nationalpolitische Organisation. Berichterstatter: Direktor Dr. August Ritter v. Botawa, Vorstandsmitglied des Deutschen Klubs. 4. Die politische Lage. Berichterstatter: Universitätsprofessor Dr. Paul Samassa, Vorstandsmitglied des Deutschen Klubs.

Im Anschlusse an die Beratung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Mein Teil wird sich mit einer schablonenmäßigen Neuregelung einverstanden erklären, die unter dem Vorgeben der Notwendigkeit gleichartiger Regelung für alle Kronländer — die schon an der sehr verschiedenen Größe der Kronländer ein Hindernis findet — einen Teil des österreichischen Deutschthums schädigen oder wichtige Vorposten preisgeben würde. Das gilt vor allem von der Sicherung des Weges zur Adria, die auch ein hervorragendes staatliches Interesse darstellt: nicht nur die Schaffung eines südslawischen Staates, wie ihn die südslawische Deklaration vom 30. Mai 1917 fordert, sondern auch die Schaffung einer nationalen Autonomie für die südlichen Kronländer innerhalb der Kronlandsgrenzen, wie sie von der Regierung geplant wird, ist vom deutschen wie vom österreichischen Standpunkte unerträglich, weil sie nur eine Etappe auf dem Wege zum selbständigen südslawischen Staate bilden würde. Da eine gedeihliche Lösung der sogenannten südslawischen Frage nur im Zusammenwirken der beiden Staaten der Monarchie erfolgen kann, so spricht sich die Versammlung dafür aus, daß die führenden deutschen Politiker mit den maßgebenden Kreisen Ungarns und Kroatiens über die damit zusammenhängenden territorialen und staatsrechtlichen Angelegenheiten ein Einvernehmen anstreben.

Das Ergebnis der Beratungen zu Punkt „Nationalpolitische Organisation“ wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, in der wegen des Mangels jeder zureichenden und tatkräftigen Führung der Staatsgeschäfte, wegen der sich mehrenden Zeichen dafür, daß die Deutschen Oesterreichs in den kommenden Zeiten möglicherweise gezwungen sein könnten, ausschließlich ihre eigenen Belange zu verteidigen, wegen der unbefriedigenden parlamentarischen Verhältnisse auf deutscher Seite und wegen der ständigen Versuche, Sudeten- und Alpendeutsche gegeneinander auszuspielen, die Schaffung einer über allen politischen Parteien stehenden, von der parlamentarischen Politik unabhängigen, der Nationalpolitik sich ausschließlich widmenden Körperschaft für ganz Deutschösterreich verlangt wird. Diese nationalpolitische Organisation wäre am besten Deutschösterreichischer Volksrat zu nennen. Zur Erledigung dieser Organisationsfrage wurde in der Versammlung ein Sonderausschuß eingesetzt.

## Die Lage in Oesterreich.

Deutschösterreich und die Lösung der südslawischen Frage.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. März.

Schon auf einer am 10. Februar 1918 in Klagenfurt abgehaltenen Tagung erklärten sich die Deutschen Volksräte für Kärnten, Krain und das Küstenland einstimmig für eine Festlegung der deutschösterreichischen Politik in der Richtung, daß mittels des Subdualismus zu Ungarn durch die Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Bosnien und der Herzegowina und Dalmatien im Einvernehmen mit Ungarn und Kroatien ein Großkroatien geschaffen werde, unter der Voraussetzung, daß hierbei die Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Interessen gewahrt werden. Damals wurde der Deutsche Klub in Wien ersucht, eine Beratung zu veranstalten, in der das Einvernehmen über diese Frage zwischen den Deutschen Volksräten Österreichs und den Parlamentariern hergestellt werden sollte. Diese Beratung fand am Sonntag, den 24. d. M., in Wien im Saale des Kaufmännischen Vereins statt und nahm den ganzen Tag in Anspruch. Vertreten waren die Deutschen Volksräte von Böhmen, Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande. Der Beratung wohnten die Abgeordneten Markhl und Neunteufel bei. Den eingehenden Bericht über die südslawische Frage erstattete der Vorsitzende des Deutschen Volksrates für Krain, Landtagsabgeordneter Dr. Ferdinand Eger (Laibach), der mit großer Entschiedenheit für die Lösung der südslawischen Frage im Einvernehmen mit Ungarn-Kroatien eintrat. Im gleichen Sinne sprach Dr. Otto Ambrositsch, Vorsitzender des Deutschen Volksrates für Untersteiermark, der, über die Kreiseinteilung und über die nationale Autonomie berichtend, beide als für die Deutschen Steiermarks schädlich ablehnte. Dr. Ambrositsch nahm mit besonderem Nachdruck gegen die vom Abgeordneten Dr. v. Lodgman vertretenen nationalautonomistischen Gedanken Stellung, ebenso Dr. Riehl, einer der Führer der Deutschen Arbeiterpartei. Das Ergebnis der Beratung war die einstimmige Annahme der folgenden Entschliebung:

„Die am 24. März 1918 zu gemeinsamer Beratung mit dem Deutschen Klub versammelten Deutschen Volksräte von Böhmen, Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande stellen fest, daß die zum Schutze des Deutschtums in den einzelnen Kronländern erhobenen Forderungen nur verwirklicht werden können, wenn die Gesamtheit des deutschen Volkes in Oesterreich einen bestimmenden Einfluß auf die innere Politik des Staates erhält; kein Teil wird sich daher mit einer schablonenmäßigen Neuregelung einverstanden erklären, die unter dem Vorgeben der Notwendigkeit gleichartiger Regelung für alle Kronländer — die schon an der sehr verschiedenen Größe der Kronländer ein Hindernis findet — einen Teil des österreichischen Deutschtums schädigen und wichtige Vorposten preisgeben würde.

Dies gilt vor allem von der Sicherung des Weges zur Adria, die auch ein hervorragendes staatliches Interesse darstellt; nicht nur die Schaffung eines Südslawenstaates, wie ihn die südslawische Deklaration vom 30. Mai 1917 fordert, sondern auch die Schaffung einer nationalen Autonomie für die südlichen Kronländer, wie sie von der Regierung geplant wird, wäre vom deutschen wie vom staatlichen österreichischen Standpunkte unerträglich, weil sie nur eine Stufe auf dem Wege zu dem selbständigen Südslawenstaate bilden würde. Da eine gedeihliche Lösung der sogenannten südslawischen Frage nur im Zusammenwirken der beiden Staaten der Monarchie erfolgen kann, so werden die führenden Politiker aufgefordert, sich mit den maßgebenden Kreisen Ungarns und Kroatiens über die damit zusammenhängenden territorialen staatsrechtlichen Angelegenheiten ins Einvernehmen zu setzen.“

## Ein Wechsel in der tschechischen Politik?

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Dlmäg. 27. März.

Die tschechischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Ernennung des Führers der tschechischen katholischen Partei in Mähren Dr. Gruban, der es für angezeigt hielt, daß nach dem Verlauf der Wintersaison des Parlaments und nach dem Frieden im Osten erwogen werde, ob sich die Situation nicht derart geändert habe, daß von der passiven Politik Abstand genommen werde und auf die Verwirklichung der politischen Ziele der tschechischen Politik durch aktive Teilnahme an der Föderation der Monarchie hingearbeitet werde, durch die die ganze Nation nicht verlieren könnte, als höchstens vielleicht die problematischen Spannungen Europas.

## Ein Guldigungstelegramm der treuen Tschechen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Brünn, 27. März.

Die Jahresversammlung des katholischen Vereins der tschechischen Landwirte sandte an den König folgendes Guldigungstelegramm:

Unser tschechisches Volk, das in den schwierigsten Zeiten der Dynastie und dem Reiche Treue bewahrt und in den härtesten Kämpfen sein Blut vergossen hat, ersehnt seine Selbständigkeit im Rahmen der habsburgischen Monarchie und wünscht sehr lieblich Ew. Majestät als seinen mit der heiligen Wenzelskrone geschmückten König begrüßen zu können.

## Tschechische Parteistreitigkeiten.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Prag, 27. März.

Unter dem Voritze Dr. Kramars fanden in den letzten Tagen Beratungen der neugegründeten tschechischen staatsrechtlich-demokratischen Partei statt, die sich hauptsächlich um das Verhältnis der Partei zu der neuen tschechischen sozialistischen Partei drehten. Unter Führung der Abgeordneten Dr. Fiedler, Mastalka, Tobolka und anderer hat sich eine Opposition gegen die neue tschechische staatsrechtlich-demokratische Partei erhoben und die Einwendungen der genannten Parlamentarier wurden einer eingehenden Kritik unterzogen.



28. III. 1918

**Oesterreich.****Vollratsstagung in Wien.**

Wien, 28. März. Sonntag fand hier eine vom Arbeitsausschuß des Deutschen Klubs einberufene Tagung der deutschen Volksräte für Böhmen, Wien und Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und das Küstenland statt. Es wurden Entschlüsse gefaßt, in denen festgestellt wird, daß die zum Schutz des Deutschtums in den einzelnen Kronländern erhobenen Forderungen nur verwirklicht werden können, wenn es gelingt, die Gesamtheit der deutschen Volksräte in Oesterreich zusammenzufassen, um einen bestimmenden Einfluß auf die innere Politik des Staates zu gewinnen; kein Teil wird sich daher mit einer schematischen Neuregelung einverstanden erklären, die unter dem Vorgeben der Notwendigkeit gleichartiger Regelung für alle Kronländer — die schon an der sehr verschiedenen Größe der Kronländer ein Hindernis findet — einen Teil des österreichischen Deutschtums schädigen oder wichtige Vorposten preisgeben würde. Das gilt vor allem von der Sicherung des Weges zur Adria, die auch ein hervorragendes staatliches Interesse darstellt; nicht nur die Schaffung eines selbständigen Staates, wie ihn die südslawische Deklaration vom 30. Mai 1917 fordert, sondern auch die Schaffung einer nationalen Autonomie, wie sie von der Regierung geplant wird, ist vom deutschen wie vom österreichischen Standpunkt unerträglich, weil sie nur eine Etappe auf dem Wege zum selbständigen südslawischen Staat bilden würde. Es ist in den weitesten deutschen Kreisen mehr denn je ein Bedürfnis, eine über alle politischen Parteien stehende, von der parlamentarischen Taktik unabhängige, der Nationalpolitik sich ausschließlich widmende Körperschaft für ganz Deutschösterreich zu schaffen. Diese nationalpolitische Organisation, die am besten Deutschösterreichischer Volksrat zu nennen ist, muß in zweifacher Form wirksam werden: 1. Es ist eine Zentrale zur Bearbeitung, Beratung und Beschlußfassung aller nationalpolitischen Fragen notwendig, die zugleich als gemeinsame Arbeitsstelle für die schon bestehenden und künftig zu gründenden Kronlandsvolksräte tätig ist. 2. Als Unterbau für diesen Deutschösterreichischen Volksrat gelten die bestehenden deutschen Kronlandsvolksräte und ihre bereits vorhandenen Kanzleien; dort, wo solche Volksräte noch nicht vorhanden sind, ist ihr Aufbau zu betreiben. Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es auf diesem Wege gelingen wird, Deutschösterreich unter Heranziehung aller Volkskreise so willensstark und schlagkräftig zu machen, daß es, wenn es sein muß, zur geschlossenen Abwehr gegen eine überheblichen Staatsgewalt und die Feinde eines aufrechten deutschen Volkstums bereiten kann. Zur Erledigung dieser Organisationsfrage wurde in der Versammlung ein Sonderausschuß eingesetzt.

28. III. 1918

### Volkstagsung in Wien.

Sonntag den 24. d. M. fand im kleinen Saale des Kaufmännischen Vereins eine vom Arbeitsausschusse des Deutschen Klubs einberufene Tagung der Deutschen Volksräte für Böhmen, Wien und Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und das Küstenland statt.

Den Beratungen lag folgende Tagesordnung zugrunde: 1. Die südslavische Frage. Berichterstatter Dr. Ferdinand Eger (Saibach). 2. Kreiseinteilung und nationale Autonomie. Berichterstatter Dr. Otto Ambrosjitsch (Cilli). 3. Nationalpolitische Organisation. Berichterstatter Direktor Dr. August v. Botama. 4. Die politische Lage. Berichterstatter Universitätsprofessor Dr. Paul Samassa.

Zu Anschlusse an die Beratung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung wurde einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

Die am 24. März 1918 zu gemeinsamer Beratung mit dem Arbeitsausschusse des Deutschen Klubs in Wien versammelten deutschen Volksräte für Böhmen, Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und das Küstenland stellen fest, daß die zum Schutze des Deutschtums in den einzelnen Kronländern erhobenen Forderungen nur verwirklicht werden können, wenn es gelingt, die Gesamtheit der deutschen Volkskräfte in Oesterreich zusammenzufassen, um einen bestimmenden Einfluß auf die innere Politik des Staates zu gewinnen; kein Teil wird sich daher mit einer schematischen Neuregelung einverstanden erklären, die unter dem Vorgeben der Notwendigkeit gleichartiger Regelung für alle Kronländer — die schon an der sehr verschiedenen Größe der Kronländer ein Hindernis findet — einen Teil des österreichischen Deutschtums schädigen oder wichtige Vorposten preisgeben würde. Das gilt vor allem von der Sicherung des Weges zur *Adria*, die auch ein hervorragendes staatliches Interesse darstellt; nicht nur die Schaffung eines südslavischen Staates, wie ihn die südslavische Deklaration vom 30. Mai 1917 fordert, sondern auch die Schaffung einer nationalen Autonomie, wie sie von der Regierung geplant wird, ist vom deutschen wie vom österreichischen Standpunkte unerträglich, weil sie nur eine *Etappe* auf dem Wege zum selbständigen südslavischen Staate bilden würde. Da eine gedeihliche Lösung der sogenannten südslavischen Frage nur im Zusammenwirken der beiden Staaten der Monarchie erfolgen kann, so spricht sich die Versammlung dafür aus, daß die führenden deutschen Politiker mit den maßgebenden Kreisen Ungarns und Kroatiens über die damit zusammenhängenden territorialen und staatsrechtlichen Angelegenheiten ein *Einvernehmen* anstreben.

Das Ergebnis der Beratungen zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde in nachstehender, einhellig angenommener Entschliebung zusammengefaßt:

Die Versammlung stellt folgendes fest: Angesichts des Mangels jeder zielsicheren und tatkräftigen Führung der Staatsgeschäfte, die Staat und Parlament von einer Krise zur anderen führt und die letzten Reste einer geordneten und gerechten Verwaltung vor den Drohungen der inneren Feinde des Staates und des Deutschtums preisgibt; angesichts der unbestriedigenden parlamentarischen Verhältnisse auf deutscher Seite; angesichts der sich mehrenden Zeichen dafür, daß die Deutschen Oesterreichs in den kommenden Zeiten möglicherweise gezwungen sein könnten, ausschließlich ihre eigenen Belange zu verteidigen; angesichts endlich der ständigen Versuche, Subeten- und Alpen-deutsche gegeneinander auszuspielen, ist es in den weitesten deutschen Kreisen mehr denn je ein Bedürfnis, eine über allen politischen Parteien stehende, von der parlamentarischen Politik unabhängige, der Nationalpolitik sich ausschließlich widmende Körperschaft für ganz Deutschösterreich zu schaffen.

Diese nationalpolitische Organisation, die am besten Deutschösterreichischer Volksrat zu nennen ist, muß in zweifacher Form wirksam werden:

1. Es ist eine Zentralstelle zur Bearbeitung, Beratung und Beschlußfassung aller nationalpolitischen Fragen notwendig, die zugleich als gemeinsame Arbeitsstelle für die schon bestehenden und künftig zu gründenden Kronlandsvolksräte tätig ist. Die Deutschen Volksräte Böhmens, Untersteiermarks, Kärntens, Krains und des Küstenlandes haben bereits als solche gemeinsame Zentralstelle den Arbeitsausschusse des Deutschen Klubs anerkannt, wünschen seinen Ausbau zu einem „Deutschösterreichischen Volksrat“ und erwarten ein einbernehmliches, enges Zusammenarbeiten der deutschen Abgeordneten mit diesem Volksrate, wie sie dem Ernste der Zeit allein entspricht. 2. Als Unterbau für diesen Deutschösterreichischen Volksrat gelten die bestehenden deutschen Kronlandsvolksräte und ihre bereits vorhandenen Kanzleien; dort, wo solche Volkskräfte noch nicht vorhanden sind, ist ihr Aufbau zu betreiben und es sind zu diesem Zwecke in den einzelnen Gauen Tagungen der Bürgermeister sowie der tüchtigsten Kräfte der Schutzvereins- und der politischen Arbeit ohne Unterschied der Partei einzuberufen.

Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es auf diesem Wege gelingen wird, Deutschösterreich unter Heranziehung aller Volkskreise so willensstark und schlagkräftig zu machen, daß es, wenn es sein muß, zur geschlossenen Abwehr gegen eine überberatenen Staatsgewalt und die Feinde eines un-rechten deutschen Volkstums schreiten kann. Es ergeht an alle Deutschen ohne Unterschied der Partei in Stadt und Land, in allen Teilen des österreichischen Vaterlandes der dringliche Ruf zur Wahrung der bedrohten Volksinteressen und die Aufforderung, selbsttätig Hand an Werk zu legen, ehe es zu spät ist.

Zur Erledigung dieser Organisationsfrage wurde in der Versammlung ein Sonderausschusse eingesetzt.

30. III. 1918

## Deutschgewerkschaftliche Vereinigung im Abgeordnetenhaus.

Wir erhalten folgende Mitteilung: Der Zentralkommission der deutschen Arbeitnehmerverbände Oesterreichs ist es durch zielbewusste und eifrige Vorarbeit gelungen, den engeren Zusammenschluß jener Abgeordneten zustande zu bringen, welche entweder schon bisher deutsch-nationale Gewerkschaftsvertreter waren oder sich verpflichten, für deutsche Gewerkschaftsinteressen einzutreten. Die Verhandlungen wurden noch vor der Osterpause des Abgeordnetenhauses zu Ende geführt und die Gründung der Vereinigung unter dem Namen „Deutschgewerkschaftliche Vereinigung“ des Abgeordnetenhauses beschlossen. Bisher sind der Vereinigung, welche den Abgeordneten Oberbaurat Seine zum geschäftsführenden Obmann wählte, beigetreten die Abgeordneten Doktor Bodirsky, Fahrner, Seine, Gold, Kittinger, Knirsch, Kemetter, Neunteufel, Schreiter und Dr. Waber. Die Parteistellung der Abgeordneten wird durch die Zugehörigkeit zur Deutschgewerkschaftlichen Vereinigung nicht berührt, dennoch soll diese keineswegs loser Natur sein, sondern in allen Belangen den deutsch-organisierten Beamten, Angestellten und Arbeitern die tatkräftige parlamentarische Vertretung ermöglichen. Durch die enge Fühlungnahme der neugegründeten parlamentarischen Vereinigung mit der Zentralkommission der deutschen Arbeiterverbände Oesterreichs wird den auf deutscher Grundlage organisierten Angestellten- und Arbeiterorganisationen Gelegenheit geboten sein, auf die parlamentarische Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen wesentlichen Einfluß zu nehmen und mit den Abgeordneten in stetem unmittelbarem Verkehr zu treten. Die Gründung der Deutschgewerkschaftlichen Vereinigung bedeutet einen wertvollen Fortschritt auf dem Wege der Organisierung der sozialen Arbeit auf bürgerlicher Grundlage und entspricht einem seit langer Zeit gefühlten Bedürfnisse der deutsch-nationalen Abgeordneten.

**Redekarten in der Schweiz.**

Der „Berner Bund“ vom 31. März berichtet völlig ernsthaft: In parlamentarischen Kreisen verlautet, Nationalrat Dr. B. Bertoni werde nach dem Wiederzusammentritt der eidgenössischen Räte am 22. April im Einverständnis mit Ratsmitgliedern aller Gruppen folgende Motion einreichen: „Um einen Höchstertrag der parlamentarischen Arbeiten zu sichern, wird der Bundesrat eingeladen, die Frage zu prüfen, ob es nicht angezeigt sei, die parlamentarische Beredsamkeit in dem Sinne zu rationieren, daß jeder politischen Gruppe ein ihrer Stärke entsprechendes oratorisches Kontingent zugewiesen würde, das sie mittels Redekarten unter ihre Mitglieder zu verteilen hätte.“

## Graf Czernin und die Tschechen.

Wien, am 4. April 1918.

Die flammende Anklage, die Graf Czernin in seiner letzten Rede gegen die „Masaryks“ erhoben hat, ist auch auf tschechischer Seite nicht ohne starken Eindruck geblieben. Der Hieb sitzt. Man merkt dies deutlich an den Reaktionen, die nun auf tschechischer Seite vernehmbar werden. Die tschechische Presse findet zwar auch heute noch nicht das erlösende Wort, um die Masaryks von sich abzuschütteln, aber die Anklagen des Grafen Czernin sind ihr offenbar doch sehr unangenehm. Sie droht mit der Feindseligkeit der Tschechen und mit dem Ausbruch neuer innerer Kämpfe, die von der Rede des Grafen Czernin ausgehen sollen. Als ob die Tschechen bisher seit Kriegsbeginn und insbesondere seit dem 30. Mai des vorigen Jahres, also seit dem Tage, an welchem sie im Abgeordnetenhaus ihre staatsrechtliche Deklaration eingebracht haben, unschuldige Lämmer gewesen wären! Als ob sie nicht unausgesetzt versucht hätten, die innere und womöglich auch die äußere Politik der Monarchie zu verwirren und zu diskreditieren.

Auch das Präsidium des Tschechischen Verbandes hat beim Ministerpräsidenten Doktor v. Seidler gegen die Form und den Inhalt der auf die Tschechen bezüglichen Äußerungen des Grafen Czernin protestiert. Die Herren Abgeordneten Stanek und Tuszar haben sich für diesen Protest die einigermaßen komische Rolle der Erstauten zurechtgelegt, und sie taten so, als könnten sie nicht begreifen, was Graf Czernin eigentlich gegen die „Masaryks“ einzuwenden habe. Daß dies angesichts der bekannten Treiben von Masaryk und Konforten eine geradezu groteske Lächerlichkeit ist, haben sie dabei übersehen.

Aber die Mitteilungen, die der Tschechische Verband über seinen dem Ministerpräsidenten

überreichten Protest veröffentlicht hat, enthalten auch Entstellungen und Verdrehungen. Die Herren Stanek und Tuszar behaupten nämlich, daß Graf Czernin Anklagen und Beschuldigungen gegen das tschechische Volk erhoben habe. Das ist erfunden, und es ist klar, zu welchem Zwecke es erfunden ist. Graf Czernin hat ausdrücklich gesagt, er erhebe keine allgemeine Anklage und wisse, daß das tschechische Volk im ganzen loyal und österreichisch denkt und daß es tschechische Führer gibt, deren österreichischer Patriotismus rein und klar ist; aber er erhebe die Anklage gegen jene Führer, die durch einen Sieg der Entente den Krieg zu beenden und ihr Ziel zu erreichen wünschen. Das ist etwas ganz anderes als das, was die Herren Stanek und Tuszar behaupten. Graf Czernin hat sich nur an die gewissenlosen Führer, um nicht zu sagen Verfänger, des tschechischen Volkes gewendet, und welche Gruppe er damit gemeint hat, ist ziemlich klar mit dem Ausdruck die „Masaryks“ umschrieben. Wenn die Herren Stanek und Tuszar sich jetzt auch getroffen fühlen, so ist das ihre Sache. Sie können sich übrigens sehr leicht wieder reinwaschen. Sie brauchen nur zu erklären, daß sie sich und ihre Politik mit dem Treiben der vom Grafen Czernin sehr treffend charakterisierten Hezer nicht mehr identifizieren. Bisher haben wir jedoch davon nichts gehört.

Prag, 4. April. (Privat.) In einer Versammlung der tschechischen staatsrechtlichen demokratischen Partei im Prager Stadtteile Soleschowitz sprach Dr. Raschin über die Organisation der neuen staatsrechtlichen demokratischen Partei und kam hierbei auf die Rede des Grafen Czernin zu sprechen, gegen die er scharf polemisierte. Graf Czernin appelliere nur an zwei Völker um Unterstützung, an die Magyaren und an die Deutschen. Denn es handle sich nur um deren Oberherrschaft, die sie vom Kriege erwarten. Wir erhoffen unsere Selbständigkeit, sagte Dr. Raschin, nicht davon, ob irgendeine Schlacht gewonnen wird, wir erwarten, daß die Idee der Freiheit, die Idee der Selbständigkeit der Völker siegen werde. Nach unseren Erfahrungen würden wir vergebens unsere Rechte im Parlament anstreben, wo die Versuche eines Ausgleiches mit den Deutschen zusammengebrochen sind. Für uns gibt es nur den Weg der Ausdauer und der Geduld. Wir dürfen vor augenblicklichen Misserfolgen nicht zurückschrecken. Der sozialdemokratische Abgeordnete Doktor Soukup sagte, angesichts des Bannfluches Czernins müsse sich das tschechische Volk an die Losungen halten: Einer für alle, alle für einen! Ausdauer und Ausharren!

Die „Narodni Listy“ erklären heute zur Rede des Grafen Czernin: Trotz der Unterschiede „zwischen dem tschechischen Volke im ganzen“, das nach dem Aussprache des Grafen Czernin loyal und österreichisch denkt, und zwischen jenem der Führer, die Graf Czernin geradezu als Hochverräter bezeichnet, bleibe es eine geschichtliche Tatsache, daß die Vertreter des ganzen Volkes am 6. Jänner d. J. eine Kundgebung beschlossen, welche Czernin anknüpft. Soweit wir uns erinnern, hat sich nur ein einziger Abgeordneter gefunden, der mit Einwendungen gegen die Dreikönigsdeklaration aufgetreten ist. Es ist dies der Abgeordnete Doktor Smeral. Ob gerade Dr. Smeral in dieser Richtung der Wortführer „der tschechischen Nation im ganzen“ war, bezweifeln wir. Die Kundgebung betreffend den Hochverrat würde also im Wesen die ganze Nation treffen. Wir überlassen es denjenigen, welche über die Wiener Interessen zu wachen haben, die politischen Folgen zu erwägen.

## Anfänge zu einem deutschen Block.

Entsendung von Sozialdemokraten in den deutschböhmisches Zweiteilungsausschuß.

In Teplitz fand eine Sitzung der deutschsozialdemokratischen Landesparteileitung statt, in der Abgeordneter Seliger unter anderem berichtete, daß ihm aus den Kreisen der deutschbürgerlichen Abgeordneten eine Einladung zugegangen sei des Inhaltes, es mögen die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Deutschböhmen einem aus den Reichsratsabgeordneten Deutschböhmens gebildeten Ausschuß, der sich mit der Regelung der Fragen des nationalen Verhältnisses in Deutschböhmen beschäftigen soll, beitreten. Die in Deutschböhmen gewählten Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten hatten darüber mit dem Klubvorstand eine Beratung abgehalten, in der beschlossen wurde, dieser Einladung Folge zu leisten und die Vertreter der sozialdemokratischen Abgeordneten in Deutschböhmen in diesen zu bildenden Ausschuß zu entsenden.

An die Landesparteileitung der sozialdemokratischen Partei erging ferner eine Einladung des deutschböhmisches Zweiteilungsausschusses, auch in diesen Ausschuß Vertreter der Landespartei der deutschen Sozialdemokraten in Böhmen zu delegieren. Die Landesparteileitung beschloß, festhaltend an den seinerzeitigen Beschlüssen des Landesparteitages, nur auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählten Reichsratsabgeordneten aus Deutschböhmen die Befugnis zuerkennen, in diesen Fragen entscheidende Beschlüsse zu fassen, zunächst Aufklärung zu verlangen, welche Funktionen und Aufgaben diesem Zweiteilungsausschusse zukommen und in einer neuerlichen Sitzung der Landesparteivertretung endgültige Beschlüsse hierüber zu fassen.

Wie uns von anderer Seite hierzu berichtet wird, wird der von der deutschböhmisches Sozialdemokratie gefaßte Beschluß als bedeutsamer, hocherfreulicher Schritt zur Einigkeit der Deutschen im Lande und zur Bildung einer geschlossenen deutschen Front von deutschbürgerlicher Seite wärmstens begrüßt. Der Standpunkt, daß in dem Ausschuß nur wirkliche Mandatäre der Bevölkerung, die auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählt worden seien, entsendet werden sollen, schließt es nicht aus, daß Herrenhausmitglieder, ehemalige Landtagsabgeordnete, Bürgermeister, Bezirksobmänner und sonstige Gutachter mit beratender Stimme den Arbeiten und Verhandlungen zugezogen werden. Die Landesparteileitung der deutschen Sozialdemokraten wird sohin in den deutschböhmisches Zweiteilungsausschuß zwei Vertreter entsenden.

## Der Weg der Verfassungsreform.

Berlin, 5. April. (B. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über den verfassungsmäßigen Gang der Wahlrechtsreform u. a.: Es dürfte nicht anders erwartet werden, als daß das zunächst beteiligte und in erster Linie betroffene Abgeordnetenhaus auf dem von den Regierungsvorlagen gewiesenen Weg vorwärts schreiten würde bis zur Erörterung auch der letzten Konsequenzen und Möglichkeiten der begonnenen Verfassungsänderung. Angesichts dieser Tatsache und in Anbetracht der parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten in allen Fragen des Staatsrechts und des Verfassungslebens kann es nicht wundernehmen, daß die Kommission für ihre Verhandlungen mehr Geduld erbat, als den Verwirklichenden nötig schien. Wie wenig sie den Vorwurf der Verschleppung verdient, zeigt auch die weitere Tatsache, daß die Beratungszeit vom 11. Januar bis 15. März nicht voll zur Verfügung stand, sondern der gleichzeitigen Beratung des Stats etwas abgewonnen werden mußte. Der Beschluß, den die Kommission in erster Lesung über das Wahlrecht faßte, fand den entschiedenen Widerspruch der Staatsregierung. Die Regierung wird, wie das nach ihren wiederholten Erklärungen selbstverständlich ist, an diesem Widerspruch auch in der zweiten Lesung festhalten. Der Gang der bisherigen Verhandlungen rechtfertigt aber die Hoffnung, daß die Mehrheit der Kommission in der zweiten Lesung auf den Boden der Regierungsvorlage treten wird. Gesähe das, so würde die Wahlrechtsvorlage damit eine wichtige Etappe zurückgelegt, bis zu ihrer Gesetzgebung aber gemäß den Vorschriften der preussischen Verfassungsurkunde gleichwohl noch einen verhältnismäßig weiten Weg zu durchlaufen haben. Wie die meisten modernen Staatsverfassungen enthält auch die des preussischen Staates besondere Vorschriften für die Behandlung von Gesetzen, durch die die Verfassung abgeändert wird. Es ist selbstverständlich, daß auch die Wahlrechtsvorlage diesen Vorschriften unterworfen ist. Am 11. April beginnt die Kommission des Abgeordnetenhauses mit der zweiten Lesung im Ausschuss. Nach der Beschlussfassung in dieser zweiten Lesung gelangt die Vorlage an das Plenum des Hauses zurück. Das Plenum wird voraussichtlich übungsgemäß die zweite und dritte Lesung unmittelbar hintereinander erlebigen und demnächst zur ersten Abstimmung schreiten. Die Verfassung schreibt für verfassungsgründende Gesetze eine zweite Abstimmung vor, die mindestens 21 Tage nach der ersten Abstimmung zu erfolgen hat und daher voraussichtlich nicht vor Pfingsten erfolgen kann. Mit der zweiten Abstimmung ist zunächst die Arbeit des Abgeordnetenhauses beendet und die Vorlage geht dem Herrenhause zu. Das Herrenhaus ist nunmehr an die gleichen Vorschriften der Verfassung gebunden, denen das Abgeordnetenhaus unterworfen war. Es wird sich voraussichtlich auch in der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Vorgang im Abgeordnetenhaus anlehnen. Für die geschäftliche Behandlung wird das Herrenhaus voraussichtlich die Plenarberatung aufgrund einer vorgängigen Kommissionsberatung gegebenenfalls mit wiederholter Schlussberatung wählen. Es ist zu hoffen, daß das Herrenhaus zu dem Beschluß gelangt, die Verfassungskommission auch während der Sommermonate tagen zu lassen. Auf die Kommissionsberatung wird also die Plenarberatung und demnächst die wiederholte Schlussberatung und die erste Abstimmung folgen. Mit einem Zwischenraum von 21 Tagen würde die zweite Abstimmung stattfinden. Werden die Vorlagen vom Herrenhause unverändert in der Form angenommen, in der sie vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurden, so würden sie bei Zustimmung der Staatsregierung Gesetzeskraft gewinnen können. Nimmt das Herrenhaus Änderungen vor, so sind die Vorlagen an das Abgeordnetenhaus zurückzuverweisen, das in zwei Abstimmungen über diese Änderungen zu beschließen hat. Dieser durch die Verfassungsurkunde vorgeschriebene Weg muß eingehalten werden, wie er auch bei früheren Verfassungsänderungen eingehalten wurde und zum Ziele führte. Würde nicht durch ein besonderes Gesetz die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses verlängert werden, so würde das Abgeordnetenhaus am 11. Juni sein Ende finden, ehe die Wahlreform zur endgültigen Verabschiedung gelangt wäre. Durch die Verlängerung der Legislaturperiode schafft die Staatsregierung die Voraussetzung für die verfassungsgemäße Erledigung der Wahlrechtsvorlage und sie hegt die Zuversicht, daß ihre Erwartung Erfüllung finden wird.

## Das neue Kabinett Wekerle.

Meldung des Ungar. Teleg.-Korresp.-Büros.

Budapest, 6. Mai.

Nach Blättermeldungen werden in dem umgestalteten Kabinett Wekerle Finanzminister Dr. Papowics, Sonwedminister Baron Szurmay, Ackerbauminister Graf Serenzy, Handelsminister Szterenyi, Minister am Hoflager Graf Aladar Zichy, Volksernährungsminister Fürst Windischgrätz und der Minister für Kroatien Dr. Unkelhäufer ihre Portefeuilles behalten, hingegen werden Justizminister Bazsonyi, Kultusminister Graf Apponyi, Minister des Innern v. Loth und ebenso die beiden Minister ohne Portefeuille Graf Moriz Esterhazy und Bela Foeldes ausgeschieden.

Das neue Kabinett Wekerle ist so zusammengesetzt, wie wir es vor einigen Tagen voraus sagten, als die Nachricht von der Wiederbetrauung des gewesenen Ministerpräsidenten mit der Kabinettsbildung greifbare Formen angenommen hatte. Es handelt sich im wesentlichen um eine Umbildung, nicht um eine Neubildung des Kabinetts. Nur ist der Schwerpunkt des umgestalteten gegenwärtigen Kabinetts nach rechts verschoben. Die Vertreter einer Vermittlungsaktion in der Wahlrechtsfrage haben nicht nur das Übergewicht, sondern das entscheidende Gewicht im neuen Kabinett. Die Gruppe der 48er Verfassungspartei, die sich zum Zwecke der Durchführung der Wahlreform zusammengesetzt hatte, löst sich wieder in ihre Bestandteile auf. Es erweist sich eben die jüngste Parteinneubildung als mechanisch zusammengeleimt, und nicht organisch zusammengewachsen.

Die Karolyi-Gruppe, klein an Anzahl, doch mächtig an Dingenkraft, wird der neuen Kabinettsbildung als unversöhnlicher Gegner gegenüberstehen. Die Sozialdemokraten, die dem Wahlrechtsblock beigetreten waren, werden wohl mit der Karolyi-Gruppe gemeinsame Sache machen. Weniger heftig wird die Opposition der Verfassungspartei des Grafen Andrássy sein. Immerhin erklärt das Parteiorgan des Grafen Andrássy, „Magyar Szólap“, in einem Leitartikel, betitelt „Warum Andrássy nicht nachgeben kann“, daß Graf Andrássy und sein engster Kreis deshalb einem Kompromiß auf der jetzigen Forderungsbasis Wekerles abgeneigt seien, weil Andrássy die bürgerliche Ordnung aufrecht erhalten wolle, die er durch ein enthülltes und entkerntes Wahlrecht gefährdet sehe. Auf Wohlwollen und Rücksicht wird Ministerpräsident Wekerle von seiten seines bisherigen Parteifreundes Andrássy nicht rechnen dürfen. Die Partei des bisherigen Kultusministers Grafen Albert Apponyi, die stärkste Stütze der bisherigen Regierung, wird einigermassen dadurch besänftigt, daß die militärischen Forderungen der 48er Partei durch Wekerles Eintreten wesentlich gefördert worden sind, ferner durch die Tatsache, daß das königliche Handschreiben den ungarischen Ministerpräsidenten ermächtigt, im Interesse der Sicherung der Wahlrechtsfrage und des Programms der Regierung zu Neuwahlen zu schreiben. Da indes weder Apponyi, noch seine beiden bisherigen Ministerkollegen und engen Parteifreunde Loth und Foeldes im umgestalteten Kabinett verbleiben und auch der Justizminister Bazsonyi, der eigentliche Wahlrechtsminister, endgültig ausgeschieden ist, so ist zum mindesten eine Wehr vom Kabinett Wekerle erfolgt, wenn auch keine ausgesprochene Gegnerschaft zu bestehen braucht.

Bemerkenswert ist an der neuen Kabinettsbildung, daß kein einziges Mitglied der Tisza-Partei, nicht einmal der in Aussicht genommene Ravan, in der Ministerliste erscheint. Ferner vermisst man den Namen des Grafen Johann Zichy, den man als Nachfolger des Grafen Apponyi im Kultusministerium in Aussicht genommen hatte. Die bisherige Alternative lautete: Entweder Andrássy oder Tisza. Das jetzige Kabinett Wekerle bedeutet: weder Andrássy noch Tisza. Es handelt sich um ein Zwischengebilde vorübergehender Art, das man nicht eigentlich als Beamtenministerium ansprechen kann, da es sich vorwiegend um Politiker handelt. Über keiner der im Kabinett vertretenen Politiker hat irgendeine nennenswerte Partei hinter sich. Am besten tut man daher, dieses Ministerium ad hoc, das zur Ausdehnung des Wahlrechts im Rahmen des Kompromisses und im Notfall zur Durchführung von Neuwahlen gebildet worden ist, als Geschäftsministerium anzusehen. Dieses Geschäftsministerium wird von der Tisza-Partei alle evidenten Zugeständnisse erhalten, somit durch die Majorität des Parlamentes gedeckt sein, wenn es auch nicht als Exponent dieser Majorität auftreten kann. Das Programm des umgestalteten Ministeriums Wekerle, wie es im königlichen Handschreiben angedeutet ist, läßt sich ohne Zweifel mühelos durchführen, zumal die künstliche ausgesprochene Opposition gegen dieses Programm auf etwa 50 Stimmen zusammenschrumpfen dürfte. Aber die Stimmen werden heute nicht gezählt, sondern gemoggen. Ungarns Schicksal hängt mehr denn je von seiner Hauptstadt ab, die den Ton für das Land abgibt. Gelingt es Wekerle, eine Verständigung mit den Führern der hauptstädtischen Verwaltung und besonders vor im Parlament unvertretenen sozialdemokratischen Partei herbeizuführen, dann wird er sein Programm, aller Widerstände ungeachtet, restlos durchführen können.





10. IV. 1918

## Ein tschechischer Protest gegen den Grafen Czernin.

Im Unterausschuß für Heereslieferungen der Delegation.

Der Unterausschuß des Heeresausschusses der österreichischen Delegation für Heereslieferungen hielt gestern eine Sitzung, um die Mitteilungen der Vertreter der Regierung entgegenzunehmen. Wie üblich, wurden von den Delegierten bei dieser Gelegenheit Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung zur Sprache gebracht und zugleich Aufklärungen über verschiedene Vorkommnisse verlangt. Diese durchaus sachliche Debatte wurde durch den tschechischen Delegierten Dr. Zahradnik unterbrochen, der die Verhandlungen des Unterausschusses zu Angriffen auf den Grafen Czernin wegen dessen Rede über das Verhalten der Tschechen im Kriege benützte.

Del. Dr. Zahradnik protestierte zunächst gegen die Nichtberufung der Delegation und erklärte, die Ausführungen des Grafen Czernin vor den Wiener Gemeindevertretern hätten in der ganzen Welt Aufsehen erregt und das tschechische Volk bis in die Tiefe seiner Seele verletzt.

Der Obmann des Unterausschusses Doktor Erner unterbrach den Redner mit der Bemerkung, er könne nicht zugeben, daß der Delegierte in dem Unterausschuß, der sich mit den Militärlieferungen zu beschäftigen habe, eine politische Rede halte und drohte mit der Wortentziehung.

Del. Dr. Zahradnik erwiderte, die Tschechen müßten bei den Heereslieferungen es zur Sprache bringen, wenn Graf Czernin die Tschechen als Hochverräter bezeichnet habe, die im Kriege nicht geliefert hätten, was sie hätten liefern sollen, wenn behauptet werde, daß die Führer das Volk direkt verleitet hätten, nicht zu liefern und daß alle Opfer, die das tschechische Volk gebracht habe, als ein Nichts hingestellt werden. Die tschechischen Abgeordneten müßten jede sich bietende Gelegenheit benützen, um gegen die Beleidigung des ganzen Volkes zu protestieren.

Vorsitzender Dr. Erner unterbrach die Delegierten abermals mit der Mahnung, daß Graf Czernin nicht anwesend sei und es dem parlamentarischen Brauche nicht entspreche, einen Abwesenden anzugreifen.

Del. Dr. Zahradnik entgegnete, es gehe nicht an, daß jemand Fenster einwerfe und dann entlaufe.

Vorsitzender Dr. Erner erklärte, daß er Beleidigungen des Grafen Czernin auf keinen Fall dulde. Da Del. Zahradnik trotz der wiederholten Mahnungen nicht zur Sache spreche, entziehe er ihm das Wort, und da zu erwarten sei, daß der Delegierte weiter politisch sprechen werde, schließe er die Sitzung und beraume die nächste Sitzung für Donnerstag an.

Die Sitzung nahm vor dem Zwischenfalle Zahradnik nachstehenden Verlauf:

## Die Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftslieferungen.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser teilte mit, daß die österreichische Industrie an den Lieferungen der ersten drei Kriegsjahre mit rund 70 Prozent beteiligt war. Entsprechend der größeren Leistungsfähigkeit Ungarns auf landwirtschaftliche Gebiete fiel der Hauptanteil an diesen Lieferungen auf Ungarn, so daß im Gesamtkalkül jedes der beiden Staatsgebiete an den Kriegslieferungen im gerechten Maßstabe, das heißt nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit beteiligt waren.

Sektionschef Dr. Ritter v. Erl stellte dar, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren Verbände zu Beginn des Krieges nahezu ausschließlich die Versorgung des Heeres mit Brotfrucht und Hartfutter in Österreich besorgten. Diese Organisationen haben sich auch mit ihren Lagerhäusern bewährt und auch, als die Belieferung des Heeres dann im Kriegsleistungswege erfolgte, bei der Ausbringung der Zerealien erfolgreich mitgewirkt. Der Regierungsvertreter besprach dann die Ausbringung der Rinder für die Heeresverwaltung und konstatierte, daß die Getreideausbringung seit April 1915 der Kriegsgetreideverkehrsanstalt obliege, deren Agenden in die Kompetenz des Amtes für Volksernährung fallen.

Del. Mayer legte eine Reihe von Fragen betreffend das Ackerbaureisort vor und beantragt die Einberufung eines Vertreters des Amtes für Volksernährung.

Die Fragen und der Antrag wurden genehmigt.

Sektionschef Haas gab in Vertretung des Ministers für öffentliche Arbeiten eine Darstellung der Heereslieferungen des Gewerbestandes und seiner Vereinigungen auf dem Gebiete der Leder-, Torten-, der Uniform- und Wäscheherstellung im Kriege und führt den Nachweis, daß sich das

Gewerbe hierbei als außerordentlich leistungsfähig bewährt hat, dank der staatlichen und autonomen Gewerbeförderung.

Obmann Dr. Erner kündigte Resolutionen an, welche sich auf die Gestalt der gewerblichen Lieferungen beziehen, insbesondere auf die Aufrechterhaltung des vor dem Kriege durch die Delegationen errungenen Prozentsatzes für die gewerblichen Lieferungen und die Zentralisierung der Aufträge auf sämtlichen Gebieten der Heeresverwaltung.

Del. Glöckel stellte eine Reihe von Anfragen, die sich auf die Durchführung des sogenannten Hindenburgprogramms, das Bestehen des „Schwarzen Fonds“, auf die Regelung der Heereslieferungen beziehen und verlangte die Vorlage der Verträge einer Reihe von großen Heereslieferungsfirmen.

Del. Dr. Schlegel fragte, inwieweit im Militärbau und -rechnungswesen die Anrechnung solcher Vorkosten und sonstiger unrichtiger Rechnungen belege geduldet wird.

**Mitteilungen aus deutschnationalen Kreisen  
über die Beweggründe der Kundgebung.**

Zu der heutigen Kundgebung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien erfahren wir aus deutschnationalen Parteikreisen:

In deutschen politischen Kreisen sind in der letzten Zeit mehrfach Verstimmungen zutage getreten, die ihre tiefere Ursache in berechtigten Beschwerden über Nichtbeachtung der deutschen Wünsche und Forderungen haben. Diese Stimmungen sind auch in Beschlüssen von Versammlungen der deutschen Fortschrittspartei in Mähren und in mehreren alpenländischen Versammlungen zum Ausdruck gekommen. Sie gingen immer von der Voraussetzung aus, daß die parlamentarische Taktik der deutschnationalen Partei auf einer zu weitgehenden Konnivenz gegenüber der Regierung beruht. Demgegenüber will der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien feststellen, daß seine Haltung im Parlament ausschließlich der Ausfluß seines Bekenntnisses zum Staate ist und in diesem Bekenntnisse gerechtfertigt erscheint. Die jeweilige Regierung kommt dabei nicht in Betracht und die deutschnationalen Parteien lehnen es ab, irgendeiner Regierung zuliebe etwas zu unternehmen. Ihnen liegt bloß die Sorge um den Staat

am Herzen, den zu erhalten und zu festigen sie sich verpflichtet fühlen. Sie haben in der jüngsten Rede des Grafen Czernin eine Bekräftigung ihres Standpunktes gesehen, und die Feststellung, daß ihre Taktik als staatsertreu anerkannt werde, mit Befriedigung vernommen. Einigermassen mußte es daher befremden, daß aus den Worten des Ministerpräsidenten, die heute veröffentlicht wurden, eine Abschwächung der Rede des Grafen Czernin herausgelesen werden kann, und die Vorrede der Abgeordneten Doktor Waldner und Teufel beim Ministerpräsidenten hatte den Zweck, ihm diese Bedenken vor Augen zu führen. Dr. Ritter v. Seidler nahm den Standpunkt ein, daß er in seiner Rede bloß die Zweifel darüber beseitigen wollte, als ob er in der Frage der Verurteilung der staatsfeindlichen Bestrebungen einen anderen Standpunkt einnehme als der Minister des Aeußern. Wenn er bei dieser Gelegenheit nachdrücklich versichert habe, daß Graf Czernin weit davon entfernt sei, die Gesamtheit des czechischen Volkes zu verdächtigen oder zu beschuldigen, so seien diese Bemerkungen nur eine Wiederholung dessen, was Graf Czernin selbst gesagt habe.

Weitere Beschwerdepunkte, die vom Verbandsausschusse der deutschnationalen Parteien erhoben werden, beziehen sich auf die Behandlung der Ernährungsangelegenheiten, in welchen sich die Deutschen mit Recht benachteiligt fühlen. Hierüber ist bereits die Deffentlichkeit genügend unterrichtet worden, so daß die Unzufriedenheit über die Behandlung der Deutschen in Verpflegsangelegenheiten nicht als neue Tatsache angesehen werden kann. Aber auch dieser Umstand, der zum Teil in der Haltung der nichtdeutschen produzierenden Bevölkerung, zum Teil in der ganzen Organisation des Ernährungsdienstes seine Begründung hat, keineswegs aber eine Entschuldigung findet, kann die Deutschen nicht veranlassen, ihre Haltung gegenüber dem Staate zu ändern. Die schwerste Belastungsprobe wird den Deutschen durch die Behandlung der Verfassungsfragen auferlegt. Die Richtlinien, die in verschiedenen Konferenzen mit den Deutschen vom Ministerpräsidenten in ihren Grundzügen mündlich mitgeteilt worden sind, entsprechen keineswegs den Erwartungen, welche die deutschen Parteien daran geknüpft haben. Wenn man die Agitationen der staatsfeindlichen nichtdeutschen Elemente in Betracht zieht und dann die Ueberzeugung gewinnt, daß die bestehenden Pläne hinsichtlich der Verfassungsreform gerade den Wünschen der anderen näher kommen als jenen der staatsertreuenden Parteien, so ist gewiß Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Aber auch hier sehen die Deutschen, so lange sie noch die Möglichkeit haben, ihre Forderung zur Geltung zu bringen, keinen Anlaß, ihr Verhältnis zum Staate zu ändern. Die Deutschen wollen ihre Stellung, die ihnen in diesem Kriege so viele Opfer auferlegt hatte, auch weiterhin behalten, trotz aller Kämpfe, die ihnen im Innern auferlegt werden. Sie bleiben staatsertreu und nur dieser Gedanke leitet ihre Handlungen. Deshalb können sie auch den Vorwurf, Regierungspartei um jeden Preis zu sein oder sein zu wollen, mit aller Beruhigung zurückweisen. Die Regierungen sind unbestimmte Faktoren, bestimmt ist das Wesen des Staates, den zu erhalten und in ihrem Sinne auszugestalten Pflicht der Deutschen in Oesterreich ist.

## Dr. R. v. Seidler und die Rede des Grafen Czernin.

Vollkommenes Einverständnis des Ministerpräsidenten.

Anlässlich eines Besuches, den die Abgeordneten Stanek und Tusar am 10. d. dem Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler abstatteten, äußerte sich letzterer in bezug auf die bekannte Rede des Ministers des Aeußern Grafen Czernin:

„In Beantwortung der mir gegen die letzte Rede des Herrn Ministers des Aeußern vorgebrachten Beschwerden erlaube ich mir, nach Rücksprache mit demselben den Herren folgendes mitzuteilen: Es ist ein vollständig falscher Standpunkt, wenn die Rede des Herrn Ministers des Aeußern als gegen das „tschechische Volk“ gerichtet interpretiert wird. Der Herr Minister des Aeußern hat ausdrücklich erklärt: „Ich erhebe keine allgemeine Anklage. Ich weiß, daß das tschechische Volk im ganzen loyal und österreichisch denkt, ich weiß, daß es tschechische Führer gibt, deren österreichischer Patriotismus rein und klar ist, aber ich erhebe die Anklage gegen jene Führer, die durch einen Sieg der Entente den Krieg zu beenden und ihr Ziel zu erreichen wünschen“. Er hat ferner nach einem Hinweis auf die deutschen und die ungarischen Mütter erklärt: „Ich brauche den Hinweis auf Deutsche und Ungarn gar nicht. Ich habe es schon gesagt: Die Völker selbst, welche diese Herren vertreten, denken nicht wie sie. Ich kenne Böhmen genau, ich weiß zu unterscheiden zwischen dem tschechischen Volke und gewissen Führern desselben. Das tschechische Volk, die tschechische Mutter denkt nicht wie diese Männer.“ Der Herr Minister des Aeußern hat die Anklage ausschließlich gegen jene erhoben — und er hat dies sehr klar präzisiert — die den Sieg der Entente erhoffen und er hat dieses Vorgehen als Hochverrat charakterisiert. Ich teile selbstverständlich diesen Standpunkt des Herrn Ministers des Aeußern vollkommen. Aber nicht gegen das tschechische Volk, nicht gegen ein Volk der Monarchie ist eine Anklage erhoben worden, sondern nur gegen jene, die ihre politischen Ziele mit Hilfe einer siegreichen Entente zu realisieren trachten.

Keiner soll sich, keiner darf sich getroffen fühlen, der dies nicht will. Es gibt keine österreichische Nation, die nicht in diesem Kriege Hervorragendes geleistet hätte. Daher ist es mir unverständlich, wie sich irgend ein Volk durch die Aeußerungen des Grafen Czernin verletzt erklären kann; ich habe hierbei insbesondere auch die Kroaten und Slovenen im Auge. Viele von diesen Helden haben ihr Blut für Kaiser und Reich vergossen und so haben alle jene, die erklären, daß sie den Sieg Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten erhoffen und erstreben, das Recht darauf, daß ihnen von der Regierung erklärt werde, daß sie nicht mit den erhobenen Anklagen gemeint sind und daß ihr österreichischer Patriotismus nicht in Zweifel gezogen werden kann. Meine Herren! Wir stehen in einem Kriege auf Tod und Leben. Niemand kann leugnen, daß es die erste Pflicht eines jeden österreichischen Patrioten ist, alles daran zu setzen, der Monarchie zu einem ehrenvollen Frieden zu verhelfen und mit allen Kräften an ihm zu arbeiten. Ich bin gewiß, die Herren werden diesen meinen Standpunkt teilen und werden mit mir jene verurteilen, welche ihre nationalen oder politischen Aspirationen auf den Sieg der Entente setzen. Dann wird aber auch die Regierung gerne bereit sein, mit all denen, die sich offen und loyal zu Oesterreich bekennen, zusammenzuarbeiten und in gemeinsamer Kraft jene Reformen zu schaffen, welche unserem vielgeprüften Vaterlande endlich den Zustand dauernder Ruhe und Befriedigung sichern.“

Die Aufregung der gewissen tschechischen Führer über die Rede des Grafen Czernin dauert an. Die Stadtvertretung von Prag hat über Antrag des Bolschewiken Abg. Dr. Soukup, bekannt durch seine persönliche Besiegelung der ukrainischen Radabtreterer im Abgeordnetenhause, einstimmig beschlossen, einen „Protest“ gegen die Rede des Grafen Czernin zu Protokoll zu geben. — In einer Vertrauensmännerversammlung der tschechischen Agrarier in Sobieslau meinte Abg. Biskopsky, die Kriegsverlängerer seien anderswo (?) zu suchen als bei den Tschechen; Graf Czernin habe sich aber deshalb gegen die Tschechen gewendet, weil die erwähnten Kreise sich von ihm derartige Lektionen nicht gefallen lassen würden, mit denen er die tschechische Nation bedacht habe. — Eine Widerlegung der Anklagen, die Graf Czernin gegen die gewissen tschechischen Führer gerichtet hat, oder eine Beurteilung der Schuldigen durch die tschechischen Politiker wird nach wie vor vermißt.

Der Hauptauschuß der Deutschböhmen Vereinigung hat zu den Ausführungen des Grafen Czernin die Zustimmung erklärt und die Regierung aufgefordert, in diesem Sinne nun zur Tat zu schreiten. Zugleich wird die Selbstverwaltung Deutschböhmens und die Bündnistreue der Monarchie betont. In der Entschließung heißt es u. a.:

Wir erinnern die Leiter des österreichischen Staates an die ungezählten Verheißungen, mit denen dem deutschen Volk in Böhmen die Befreiung von den tschechischen Fesseln zugesagt wurde... Wir stehen auf dem Boden der Bündnispolitik des Grafen Czernin und befinden uns in Uebereinstimmung mit der Willensmeinung unseres Kaisers, der erst gestern wieder in der Drahtung an den deutschen Kaiser in Abweisung einer französischen Verleumdung und die Politik des Grafen Czernin sanktionierend, die Auereschütterlichkeit des deutsch-österreichungarischen Bündnisses in herzlicher und feierlicher Weise herborgehoben hat. Graf Czernin hat durch sein kraftvolles Auftreten zu wohlthuender Klärung auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik den Anstoß gegeben. Daher gebührt ihm der Dank aller Vaterlandstreuen und die Anerkennung jener, die nach einem ehrenvollen Frieden ein gesundes, lebensfähiges Oesterreich wollen. In der österreichischen Regierung ist es jetzt, zu handeln.

## Rundgebung der deutschnationalen Parteien über das Verhältnis zum Staate.

Wien, 12. April.

Heute vormittag trat der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien unter dem Voritze des Obmannes Dr. Waldner zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst die vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler den czechischen Parteien gegenüber abgegebene Erklärung, betreffend die Rede des Grafen Czernin, erörtert wurde. Hierbei machte der Obmann die Mitteilung, daß er und Abgeordneter Teufel wegen dieser Rundgebung mit dem Ministerpräsidenten bereits eine Aussprache hatten.

Weiter wurde die Notwendigkeit festgestellt, daß der auswärtige Ausschuß der Delegation so bald als möglich, jedenfalls aber vor der Tagung des Abgeordnetenhauses, zusammentrete. Der Obmann wurde beauftragt, den baldigen Zusammentritt des Ausschusses beim Ministerpräsidenten und beim Obmann des Ausschusses zu veranlassen.

Schließlich wurde nach Erörterung der innerpolitischen Lage und gewisser in dieser zutage getretener Anschauungen und Erscheinungen folgende Entschliebung einstimmig gefaßt:

Unser deutsches Volk in Oesterreich ist heute ebenso entschlossen wie am Beginne des Krieges, für die Erhaltung eines gesicherten Friedens bis zum Ende auszuhalten und ohne Wanken neue Opfer zu bringen. Diese Entschlossenheit ist aber nicht imstande, Stimmungen und Befürchtungen zu verhüten, zu denen die inneren Verhältnisse Anlaß geben. Es hat den Anschein, als bemühe man sich nicht um die Erfüllung unserer längst bekannten und als gerecht anerkannter nationaler Forderungen, namentlich des deutschen Volksstammes in Böhmen, sondern um die Durchführung von Theorien, die den slawischen Eroberungsbedürfnissen entsprechen und den Staat in neue Unordnung zu stürzen drohen. Auch vermißt man eine gleiche, geschweige denn eine dem Verhalten der deutschen und der slawischen Gebiete entsprechende Behandlung in den Ernährungsfragen. Es ist leicht begreiflich, wenn diese berechtigten Besorgnisse nicht immer den richtigen Ausdruck gefunden haben und wenn ausnahmsweise in Versammlungen Worte gefallen sind, die mit der Gesamtauffassung der deutschen Bevölkerung und mit der in allen Stürmen bewährten Haltung der deutschen Parteien in Widerspruch stehen.

Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien hält es daher für geboten, zu erklären, daß wir dem Beispiel slawischer Parteien, die sich in einem Gegensatz zum Staate gestellt haben, in keiner Weise folgen, sondern — abgesehen von der Haltung zur jeweiligen Regierung — in unserem Verhältnisse zum Staate eine Aenderung in keiner Weise eintreten lassen. Nicht auf unsere durch Jahrhunderte dem Staate gegenüber erfüllte Pflicht berufen wir uns, wohl aber auf die Opfer des deutschen Stammes an Gut und Blut in den letzten vier Jahren, die den Staat erhalten, uns aber mit ihm unzertrennlich verbunden haben. Darum geben wir den Staat nicht preis, wir wollen vielmehr durch eine konsequente und kräftige Politik die Leitung des Staates beeinflussen. Auf diese Weise werden wir am besten unsere Pflicht in Oesterreich gegen den Staat und gegenüber dem gesamten Deutschum erfüllen, insbesondere auch für die Erhaltung und Stärkung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich. Jeder Rückzug vom Staate und jede Ueberlassung desselben an unsere nationalen Gegner würde aber auch den wirtschaftlichen Neubau, die Ordnung der Finanzen und die bedrohte Existenz unseres nationalen Mittelstandes gefährden.

Der Verband der deutschnationalen Parteien bleibt daher im engen Anschlusse an die christlich soziale Partei auf der Grundlage einer kräftigen, nationalen Realpolitik, mit der wir durchdringen werden, wenn wir in geschlossener Einheit beisammen stehen.

13. IV. 1918

**Die tschechische Vereinigung im Herrenhause.**

Die bürgerlichen tschechischen Mitglieder des Herrenhauses haben sich zu einer Vereinigung zusammengeslossen, der die Prager „Nar. L.“ folgende Gründungsrede halten:

Mit der Bildung der neuen Vereinigung machen sich die tschechischen Mitglieder des Herrenhauses selbständig. Sie wollen sich damit aber nicht isolieren. Darum haben sie vor allem das lokale Zusammenwirken mit dem konservativen Großgrundbesitze vor Augen. Diese Absicht ist auf dem Boden des Herrenhauses sicherlich naheliegend, da der konservative Großgrundbesitz kürzlich im Herrenhause seine staatsrechtliche Erklärung abgegeben hat, welche zuerst vom Fürsten Doktor Friedrich Lobkowitz begründet wurde, in dessen Geist später Baron Parisch sprach, so daß jetzt an dem staatsrechtlichen Standpunkt des konservativen Großgrundbesitzes nicht gut gezwweifelt werden könne, obwohl er mit dem heutigen Programm der tschechischen Politik allerdings nicht im Einklang sei. Die Vereinigung der tschechischen Herrenhausmitglieder will gleichzeitig die nationale tschechische Politik im Rahmen der Rechten zur Geltung bringen. Ein anderer Bestandteil der Rechten sind die Polen und die Angehörigen der übrigen slavischen Völker. Auch in dieser Hinsicht ist die Rücksichtnahme der tschechischen Pairs auf die Rechte begründet. Wenn sie eine eigene Gruppe bilden, so tun sie es gewiß aus sehr gewichtigen Gründen: um die stetige politische Verbindung mit den Vertretern des tschechischen Volkes im Abgeordnetenhause aufrechtzuerhalten und um im Herrenhause die tschechische Volkspolitik zur Geltung zu bringen. Diese Aufgabe der tschechischen Herrenhausmitglieder ist ebenso notwendig wie schwierig. Ihre Schwierigkeit wird ihre Durchführung nicht

behindern. Graf Czernin habe damit von den tschechischen Mitgliedern des Herrenhauses die zweite Antwort auf seinen antitschechischen Angriff erhalten.

Mit mehr Recht könnte man daraus die dringende Notwendigkeit folgern, die der Rede des Grafen Czernin innewohnte. Denn wenn die bürgerlichen tschechischen Herrenhausmitglieder sich mit den angeklagten tschechischen Führern solidarisch erklären, war das Geschwür schon zu tief eingewurzelt, als daß man es hätte ungestört weitergreifen lassen können. Der Motivenbericht des radikalnationalen tschechischen Mattes mag übrigens manches gemäß den eigenen Wünschen vorwegnehmen; desto wünschenswerter wäre es, daß die übrigen damit in Verbindung gebrachten Faktoren sich erklären.

## Innerpolitisches.

### Die Antwort des Ministerpräsidenten an die Tschechen.

Die Veröffentlichung der Antwort, die Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler den Tschechen auf ihre Beschwerde über die Rede des Grafen Czernin gegeben hat, erregte bei den deutschen Abgeordneten lebhaftes Befriedigung. Sowohl die abermalige klare Feststellung, daß die Anklage des Grafen Czernin nicht eine allgemeine gewesen sei, sondern bestimmte Führer betreffe, als auch die vollkommene Zustimmung des Ministerpräsidenten zu dieser Anklage und zu den Folgerungen des Grafen Czernin ergibt, daß die Anschauungen der österreichischen und der gemeinsamen Regierung vollständig sich decken. Von deutschradikaler Seite liegt wohl ein Einspruch — des Doktor Titta — gegen die Bemerkung des Ministerpräsidenten vor, es gebe keine österreichische Nation, die nicht in diesem Kriege Hervorragendes geleistet hätte; der Einspruch gründet sich auf die Behauptung, daß damit die Deutschen in Böhmen „mit den Masaryks gleichgestellt“ und die Erklärungen des Grafen Czernin „verwischt“ würden. Dem gegenüber wird von deutscher Seite darauf verwiesen, daß Graf Czernin selbst jede Verallgemeinerung zwischen dem tschechischen Volke und den „Masaryks“ abgelehnt habe, daß sonach die Auslegung Dr. Tittas, nicht die Antwort des Ministerpräsidenten im Widerspruche mit der Rede des Grafen Czernin stehe.

Der Form nach fällt die Veröffentlichung der Antwort Dr. v. Seidlers an die Tschechen als eine bemerkenswerte Abweichung von der bisher üblichen Art auf. Es wäre zu wünschen, daß daraus ein vollständiger Bruch mit dem bisherigen System sich ergäbe. Bisher hat es die Regierung stets den Parteien, bzw. deren Vertretern überlassen, ihre Auskünfte der Öffentlichkeit mitzuteilen. Es war den Vorsprechenden anheimgestellt, ob und in welcher Form sie von den Aufklärungen, die sie in den Besprechungen von den Ministern erhielten, Gebrauch machen wollten. Dies hat wiederholt zu Mißverständnissen, teilweise sogar zu Mißbräuchen Anlaß gegeben. Die Vorsprache der Tschechenführer wegen der Rede des Grafen Czernin war dafür ein Musterbeispiel. Die Antwort des Ministerpräsidenten konnte Herr Stanek nicht für die morgige Prager „Protest“-Kundgebung gegen den Grafen Czernin gebrauchen — vielleicht hatte er doch eine andere Antwort erhofft — daher wurde in der von ihm ausgegebenen Verlautbarung die Sache so dargestellt, als ob es sich nur um eine Vorsprache in wirtschaftlichen Angelegenheiten gehandelt hätte. Es verging auch noch ein zweiter Tag, ohne daß die tschechische Presse von der Erklärung des Ministerpräsidenten Notiz genommen oder Kenntnis erhalten hätte, bis endlich die Regierung selbst sie der Öffentlichkeit mitteilte. Es wäre zu wünschen, daß sich die Regierung nicht nur in derart dringenden Fällen, da die Wichtigkeit des Gegenstandes und die Notwendigkeit, Giftmischereien entgegenzutreten, sich selbst durchsetze, ihre Auskünfte entgegenzutreten, sich selbst durchsetze, ihre Auskünfte der Öffentlichkeit bekannt gibt. Die ständige Veröffentlichung durch ihr Pressbureau würde die Mißverständnisse und Mißbräuche verhindern, die bei den zahlreichen Vorsprachen der Parteien bei der Regierung sonst nicht ausbleiben.

### Die Deutschnationalen und die Regierung.

Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien erörterte heute die Antwort des Ministerpräsidenten an die Tschechen, betreffend die Rede des Grafen Czernin, verlangte, daß der Delegationsausschuß für Neuzeres sobald als möglich, jedenfalls noch vor der Tagung des Abgeordnetenhauses zusammenzutreten, und beschloß, „nach Erörterung der innerpolitischen Lage und gewisser in dieser zutage getretenen Anschauungen und Erscheinungen“ einstimmig eine Entschloffenheit, in der zunächst die Entschloffenheit, bis zum gesicherten Frieden durchzukämpfen, betont und hierauf erklärt wird:

Es hat den Anschein, als bemühe man sich nicht um die Erfüllung unserer längst bekannten und als gerecht anerkannten nationalen Forderungen, namentlich des deutschen Volksstammes in Böhmen, sondern um die Durchführung von Theorien, die den slavischen Eroberungsbedürfnissen entsprechen und den Staat in neue Unordnung zu stürzen drohen. Auch vermißt man eine gleiche, geschweige denn eine dem Verhalten der deutschen und der slavischen Gebiete entsprechende Behandlung in den Ernährungsfragen. Es ist leicht begreiflich, wenn diese berechtigten Besorgnisse nicht immer den richtigen Ausdruck gefunden haben und wenn ausnahmsweise in Versammlungen Worte gefallen sind, die mit der Gesamtaufassung der deutschen Bevölkerung und mit der in allen Stürmen bewährten Haltung der deutschen Parteien im Widerspruche stehen. Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien hält es daher für geboten, zu erklären, daß wir dem Beispiele slavischer Parteien, die sich in einen Gegensatz zum Staate gestellt haben, in keiner Weise folgen, sondern, abgesehen von der Haltung zur jeweiligen Regierung, in unserem Verhältnisse zum Staate eine Aenderung in keiner Weise eintreten lassen. Nicht auf unsere durch Jahrhunderte dem Staate gegenüber erfüllte Pflicht berufen wir uns, wohl aber auf die Opfer des deutschen Stammes an Gut und Blut in den letzten vier Jahren, die den Staat erhalten, uns aber auch aufs neue mit ihm unzertrennlich verbunden haben. Darum geben wir den Staat nicht preis, wir wollen vielmehr durch eine konsequente und kräftige Politik die Leitung des Staates beeinflussen. In dieser Weise werden wir am besten unsere Pflicht gegen unseren Stamm in Oesterreich, gegen den Staat und gegenüber dem gesamten Deutschtum erfüllen, insbesondere auch für die Erhaltung und Stärkung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche.

Jeder Rückzug vom Staate und jede Ueberlassung desselben an unsere nationalen Gegner würde aber auch den wirtschaftlichen Neubau, die Ordnung der Finanzen und die bedrohte Existenz unseres nationalen Mittelstandes gefährden. Der Verband der deutschnationalen Parteien bleibt daher im

engen Anschlusse an die christlichsoziale Partei auf der Grundlage einer kräftigen nationalen Realpolitik, mit der wir durchdringen werden, wenn wir in geschlossener Einheit beisammenstehen.

15./IV. 1918

## König Karl und die Wahlrechtsfrage.

### Anzeichen einer bevorstehenden Verständigungslösung.

#### Die Ankunft des Königs in Budapest.

Budapest, 15. April.

Der König ist heute früh 8 Uhr 30 Minuten auf dem Westbahnhof in Budapest eingetroffen.

In seiner Begleitung befanden sich Oberstkämmerer Graf Leopold Berchtold, der Chef des Generalstabes Generaloberst Baron Arz, der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr, die Generaladjutanten Prinz Jdenko Lobsowiz und Baron Ferdinand Marterer, der Chef der Kabinettskanzlei Franz Saverda, Sektionschef in der Kabinettskanzlei Baron Géza Nagy, die Flügeladjutanten Oberstleutnant Baron Mag Catinelli, Oberstleutnant Rudolf Drougier und Major Graf Josef Sunyadn, aus der Militärkanzlei Rittmeister Franz Rintér und Hofrat Heinrich Smirziz, aus der Kabinettskanzlei Sekretär Dr. Stefan v. Kran und Konzipist v. Angán. Penationsrat Graf Auoust Demblin, die Rittmeister Graf Kendeffy und Graf Erdödy, die Hofräte Wilhelm Ritter v. Nepallek und Baron Karl Prilekln, Hofreisedirektor Jdenko Mares, Hofarzt Dr. Adolf Frl. Handmann Berkman und Hofzeremonienvizefsekretär Mieß.

Mit demselben Zuge trafen auch Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle und Graf Stefan Tisza in Budapest ein.

Im Westbahnhof waren zum Empfange des Königs erschienen: der Direktionspräsident der Staatsbahnen Staatssekretär Kornel v. Tolnay, Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy und Oberstadthauptmann Dr. Ladislaus v. Sándor. Der König zog alle drei Herren in ein verbindliches Gespräch. Mit dem Oberbürgermeister plauderte er über dessen Wahl und die Ernährungsverhältnisse Budapests, mit dem Oberstadthauptmann über die öffentliche Sicherheit unserer Hauptstadt.

Hierauf bestieg er mit dem Oberstkämmerer Grafen Leopold Berchtold das Hofautomobil und fuhr, von dem Publikum auf dem ganzen Wege lebhaft affektiert, in die königliche Burg.

Hier stand eine Abteilung des Budapesters Hausregiments Ehrenwache.

In der königlichen Burg waren beim Empfang der Hofmarschall in Ungarn Graf Nikolaus Szécsen und Burgkapitän Alois Roth anwesend.

#### Allgemeine Audienzen.

Vormittags 10 Uhr erteilte der König allgemeine Audienzen. Es wurden empfangen: Oberstallmeister Graf Julius Széchenyi, Graf Anton Cziráky, der Staatssekretär im Justizministerium Dionys v. Sebest, der Vizepräsident des Obersten Staatsrechnungshofes Dr. Stefan Strauß, Staatssekretär im Ackerbauministerium Georg v. Rakovszky, der Obergespan des Turóc-Komitats Moriz v. Tomcsányi, der Oberbürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Dr. Stefan Bárczy, die Ministerialräte Alfred v. Drasche-Lázár, Karl v. Horváth und Roland v. Róth, Abtpfarrer Arpád Schläger, der gewesene Präsident des Abgeordnetenhauses Alexander v. Csáki, der gewesene Staatssekretär Geheimrat Franz v. Volgár und Oberstadthauptmann Ladislaus v. Sándor.

#### Eidesleistung des siebenbürgischen reformierten Bischofs.

Im Laufe der allgemeinen Audienzen empfing der König auch den königlichen Kommissär für Siebenbürgen Gabriel v. Ugron, der für seine Ernennung dankte, und den neuen reformierten Bischof von Siebenbürgen Karl Nagy, der in die Hände des Königs den Eid ablegte. Es assistierten als Bannerherren Fürst Nikolaus Esterházy und Kultus- und Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, die Eidesformel las Ministerialrat Schwöber.

#### Audienz des Ministers Grafen Esterházy.

Nach den allgemeinen Audienzen erschien der Minister ohne Portefeuille Graf Moriz Esterházy in längerer Audienz beim König.

#### Der Oberbürgermeister beim König.

Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy erschien heute vormittag beim König in Audienz, um ihm seinen Dank dafür abzustatten, daß er ihn an erster Stelle zum Oberbürgermeister kandidierte. Der König nahm huldvollen Dank des Oberbürgermeisters entgegen.

#### Der Wiener Aufenthalt des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle und des Grafen Tisza.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 15. April.

Ministerpräsident Dr. Wekerle ist Samstag in Wien eingetroffen und fuhr Sonntag früh nach Baden, wo eine gemeinsame Ministerkonferenz stattfand. Nachmittags um 2 Uhr kam er nach Wien zurück, wo er mit dem Grafen Tisza, der in der Früh in Wien eingetroffen war, eine längere Beratung hatte. Graf Tisza hatte vormittags mit dem Grafen Czernin eine längere Konferenz.

Um 4 Uhr nachmittags begab sich Dr. Wekerle wieder nach Baden, wo er vom König in Audienz empfangen wurde und kehrte um 8 Uhr nach Wien zurück. Um 10 abends begab sich Dr. Wekerle mit dem Grafen Tisza auf den Ostbahnhof, wo sie in den Hofsonderzug einstiegen und mit dem König nach Budapest fuhren.

#### Minister beim Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle hatte heute vormittag im Ministerpräsidium eine längere Unterredung mit dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi. Hierauf wurde er vom Minister für Volksernährung Fürsten Ludwig Windisch-Graetz, sodann vom Honvédminister Baron Alexander Szurmay aufgefordert.



16. IV. 1918

## Der König in Budapest.

### Audienzen.

Der König ist heute früh um 8 Uhr 30 Minuten in Budapest eingetroffen. Zum Empfange Sr. Majestät hatten sich im Westbahnhofe eingefunden: Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy, Oberstadthauptmann Dr. Ladislaus Sándor und der Direktionspräsident der Staatsbahnen Kornel Tolnay.

Der König zeichnete zuerst den Direktionspräsidenten der Staatsbahnen mit einer Ansprache aus und wandte sich sodann an Dr. Bárczy, den er zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister beglückwünschte, schließlich sprach der König mit dem Oberstadthauptmann über die Approvisionierung und über die Sicherheitsverhältnisse der Hauptstadt.

Hierauf bestieg der König mit dem Oberstkämmerer Grafen Leopold Berchtold das bereitstehende Hofautomobil und fuhr, vom Publikum auf dem ganzen Wege mit begeisterter Ovation begrüßt, in die königliche Burg. Hier wurde der König vom Hofmarschall in Ungarn Grafen Nikolaus Szécsen und vom Burghauptmann Alois Roth empfangen.

In Begleitung des Königs sind in Budapest eingetroffen: Oberstkämmerer Graf Leopold Berchtold, der Chef des Generalstabes Generaloberst Baron Arz, der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr, die Generaladjutanten Prinz Janko Lobsowik und Baron Ferdinand Marterer, der Chef der Kabinettskanzlei Franz Sawerda, Sektionschef in der Kabinettskanzlei Baron Géza Nagy, die Flügeladjutanten Oberstleutnant Baron Mag Catinelli, Oberstleutnant Rudolf Brougier und Major Graf Josef Hunyady, aus der Militärkanzlei Rittmeister Franz Pinter und Hofrat Heinrich Smirzky, aus der Kabinettskanzlei Sekretär Dr. Stefan v. Kray und Konzipist v. Anghár, Legationsrat Graf August Demblin, die Rittmeister Graf Kendeßky und Graf Erdödy, die Hofräte Wilhelm Ritter v. Repalko und Baron Karl Priekly, Hofreisefeldirektor Janko Mares, Hofarzt Dr. Adolf Frl, Hauptmann Werkmann und Hofzeremoniellvizesekretär Miesch.

Mit demselben Zuge trafen auch Ministerpräsident Dr. Alexander Bekerele und Graf Stefan Tisza in Budapest ein.

### Allgemeine Audienzen.

Vormittags 10 Uhr erteilte der König allgemeine Audienzen. Es wurden empfangen: Oberstallmeister Graf Julius Széchenyi, Graf Anton Cziráky, der Staatssekretär im Justizministerium Dionys v. Sebest, der Vizepräsident des Obersten Staatsrechnungshofes Dr. Stefan Strauß, Staatssekretär im Ackerbauministerium Georg v. Károlyky, der Obergespan des Turóczer Komitats Moriz v. Tomcsányi, die Ministerialräte Alfred v. Drasch-Lázár, Karl v. Horváth und Roland v. Róth, Abtpfarrer Arpad Schlager, der gewesene Präsident des Abgeordnetenhauses Alexander v. Gál, der gewesene Staatssekretär Geheimrat Franz v. Bolgár und Oberstadthauptmann Ladislaus v. Sándor.

### Eidesleistung des siebenbürgischen reformierten Bischofs.

Im Laufe der allgemeinen Audienzen empfing der König auch den königlichen Kommissär in Sieben-

bürgen Gabriel v. Ugron, der für seine Ernennung dankte, und den neuen reformierten Bischof von Siebenbürgen Karl Nagy, der in die Hände des Königs den Eid ablegte. Es assistierten als Bannerherren Fürst Nikolaus Esterházy und Kultus- und Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, die Eidesformel las Ministerialrat Schwöder.

### Der Oberbürgermeister beim König.

Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy erschien heute vormittag beim König in Audienz, um ihm seinen Dank dafür abzustatten, daß er ihn an erster Stelle zum Oberbürgermeister kandidierte. Der König nahm huldvoll den Dank des Oberbürgermeisters entgegen.

### Die Audienzen beim Kaiser.

Z Budapest, 16. April. (Brio-Zel.) Die Situation weist auch im Laufe des heutigen Tages einige prägnante Momente auf. Der Kaiser hat heute vormittags den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle und hierauf den Grafen Tisza in längerer Audienz empfangen. Damit ist die Serie der heutigen Audienzen der ungarischen Staatsmänner abgeschlossen. Es wurde dann nur noch der Gemeinsame Finanzminister Baron Burian beim Monarchen in Audienz empfangen. Nach den Audienzen begab sich der Kaiser in Gesellschaft des Grafen Stephan Tisza nach Mefuth zum Besuche der schwer erkrankten Erzherzogin Rothilde.

Um 11 Uhr vormittags versammelte sich der Ministerrat zu einer Konferenz, in der die politische Situation einer eingehenden Erörterung unterzogen wurde. Ein entscheidender Beschluß ist aber allem Anschein nach in dieser Konferenz nicht gefallen, da auf das Resultat der mit dem Grafen Tisza eingeleiteten Besprechungen gewartet werden soll.

#### Ein Wunsch des Monarchen.

Zu den Kreisen der Nationalen Arbeitspartei verlautet, daß die gestrigen Besprechungen noch immer nicht zu einem greifbaren Resultat führen konnten und bezüglich des Parlaments noch immer keine entscheidende Disposition getroffen wurde, weil es der ausdrückliche Wunsch des Monarchen ist, daß die Arbeiten, die zur Sicherung der Verpflegung beider Teile der Monarchie durchgeführt werden müssen, vor allem sichergestellt werden müssen. Es werden daher die Besprechungen mit der Nationalen Arbeitspartei in der Richtung geführt werden, daß die Partei der Erledigung der Verpflegungsfragen keinerlei Hindernisse in den Weg stellen solle.

Sollte auf diese Weise eine Verzögerung in der Erledigung der Wahlrechtsvorlage eintreten, so ist Justizminister Bazzoni entschlossen, schon jetzt das Kabinett zu verlassen. Dr. Wekerle bemüht sich, mit allen Kräften die Solidarität des Kabinetts aufrechtzuerhalten.

16. IV. 1918

## Graf Czernins Rücktritt und das Parlament.

Eine Kundgebung der Deutschnationalen. — Befriedigung bei den Tschechen und Polen.

Durch den Rücktritt des Ministers des Außern Grafen Czernin sind auch die bisherigen Verfügungen über die Wiedereinberufung des Delegationsausschusses des Außern und des Abgeordnetenhauses hinfällig geworden. Es sollte zunächst der Delegationsausschuß zusammentreten, sobald der Minister des Außern aus Bukarest zurückkomme und im Ausschusse dem Proteste der Tschechen und Südslaven gegen seine Wiener Rede entgegengetreten sei; auf diese Art sollte das Abgeordnetenhaus von dieser Erörterung entlastet werden. Durch den Rücktritt des Grafen Czernin ist diese Angelegenheit nun ausgeschaltet und man hält in parlamentarischen Kreisen dafür, daß daher das Abgeordnetenhaus auch vor dem Delegationsausschusse seine Arbeiten wieder aufnehmen könnte. Allerdings hat sich Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler mit der Rede des Grafen Czernin einverstanden erklärt — daß er diese Belastung noch am letzten Mittwoch auf sich genommen hat, wird als Beweis dafür angeführt, daß die letzten Gründe für den Rücktritt des Grafen Czernin erst in den letzten Tagen der vorigen Woche sich ergeben haben — doch wird diese Erklärung des Ministerpräsidenten nur als sekundäre Erscheinung gewertet, die mit dem Abtreten des Grafen Czernin gleichfalls erledigt sei. Die Entscheidung über die parlamentarische Arbeitseinteilung hängt sonach von den Vereinbarungen der Regierung mit dem Nachfolger im Ministerium des Außern ab und ist heute nicht abzusehen; wegen dieser Ungewißheit erfolgte heute auch die Vertagung der Beratungen des Wehrausschusses im Abgeordnetenhaus.

In christlichsozialen Kreisen bedauert man aufrichtig das Scheitern des Grafen Czernin, dem der Klub zu wiederholtenmalen das Vertrauen kundgegeben hat. Der Führer der Christlichsozialen Vereinigung, Delegationspräsident Landeshauptmann Hauser ist, wie wir erfahren, heute abend in Wien eingetroffen.

Der Verband der Deutschnationalen Parteien hat heute, wie parteiantlich verlautbart wird, die durch den Rücktritt des Grafen Czernin geschaffene politische Lage besprochen, die Ausführungen des Abg. Doktor v. Langenhan in der Sitzung des Kriegswirtschaft-

lichen Ausschusses über diese Angelegenheit zustimmend zur Kenntnis genommen und einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien ist überzeugt, im Namen des gesamten deutschen Volkes Oesterreichs zu sprechen, wenn er dem tiefsten Bedauern über den Rücktritt des Ministers des Außern Grafen Czernin Ausdruck gibt. Er dankt in diesem Augenblicke dem Grafen Czernin für seine Verdienste um die Monarchie, um die Festigung und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses und um die Herbeiführung eines gesicherten Friedens. Auf keinen Fall darf die Richtung unserer unter voller Wahrung der konstitutionellen Verantwortlichkeit zu führenden auswärtigen Politik, die von dem starken Willen aller staatsstreuen Elemente in beiden Teilen der Monarchie getragen wird, einer Aenderung oder Schwankung unterworfen werden.

Der Verbandsobmann Abg. Dr. Waldner hatte heute mittag eine Besprechung mit dem Grafen Czernin.

Bei der slavischen Opposition herrscht unvergessene Befriedigung über die Verabschiedung des Grafen Czernin, obwohl dem von deutscher Seite entgegengehalten wird, daß nach den letzten Kundgebungen des Kaisers an eine Lockerung unserer Bündnisse nicht gedacht werden könne und daß auch kein Nachfolger des Grafen Czernin einen solchen neuen Kurs einschlagen könnte, der die staatsrechtlichen Hoffnungen der Opposition befriedigen könnte. Ueber die Aufnahme der Nachricht in polnischen Kreisen berichten die „Poln. N.“: „In den führenden polnischen Kreisen wird der Sturz des Grafen Czernin mit voller Genugtuung begrüßt. Nach den in diesen Kreisen herrschenden Ansichten vermag der formelle Abschluß des Friedens mit dem militärisch ohnehin zusammengebrochenen Rußland die Nachteile nicht aufzuwiegen, die aus der durch Grafen Czernin bewirkten Schwächung der politischen Machtphäre der Monarchie nach Außen, aus der verheerenden Wirksamkeit des Grafen Czernin im Innern des Staates und aus der durch ihn hervorgerufenen Entfremdung der Polen sich ergeben. Nachdem jetzt bekannt geworden ist, daß die Unstimmigkeiten zwischen der Krone und dem Minister des Außern auf den Abschluß des Brester Friedens zurückzuführen sind, so ist dieser Umstand geeignet, das Vertrauen in die der Abordnung des Polenklubs an Allerhöchster Stelle zuteil gewordene Zusicherung zu steigern, daß die den Polen gewogene Politik des Kaisers Franz Josef I. wieder in Kraft treten und weiterhin beibehalten werden wird.“ Man kann darin die Absicht der Polen erkennen, die Gelegenheit zur Rückkehr in eine aktive Politik zu benutzen, womit allerdings eine bedeutende Entlastung der Regierung im Parlament gegeben wäre. Unter solchen Umständen ist der Jubel der Tschechen und Südslaven um so verständlicher und die Hoffnungen auf den „slavischen Block“ wohl eitler denn je. Diese kamen noch in der Antwort der Tschechenführer an die Polen, die ihr Fernbleiben von der Prager Kundgebung begründet hatten, zum Ausdruck; diese Antwort der Tschechen lautete nämlich:

Die Vollversammlung des tschechischen Volkes (?) dankt für das Zeichen der Sympathie und spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, die slavischen Völker in dem Kampfe um die Freiheit und Selbständigkeit zu vereinen.

## Eine deutschnationale Forderung nach Aufklärung.

In der heutigen Sitzung der Gemeinsamen Kriegswirtschaftlichen Kommission erklärte der deutschnationale Abg. Dr. v. Langenhan, er müsse sich als erster deutscher Redner vorerst mit dem Rücktritte des Grafen Czernin befassen, und führte aus:

Diese Angelegenheit bewegt heute nicht nur die Monarchie, sondern die ganze Welt; es ist die Entlassung eines Mannes, der von allen Patrioten und insbesondere von den deutschen verehrt, von allen ehrlichen Segnern geachtet, von allen Staatsfeinden gehaßt und gefürchtet wird. Die Tatsache, daß der, der uns den Frieden im Osten brachte, der in hohem Maße das Vertrauen der Bevölkerung und unserer Bundesgenossen besaß und besitzt, in diesen schweren Zeiten sein Amt verlassen muß, beunruhigt die Bevölkerung in hohem Maße und ist ihr unverständlich. Da nun die vollkommen dunklen Beweggründe dieser Entlassung nicht aufgeklärt sind, wird in breiten Schichten der deutschen Bevölkerung die Ansicht fassbar, daß Graf Czernin infolge seines offenen, rückhaltlosen, energischen Vorgehens gegen staatsfeindliche und verräterische Elemente entlassen wurde. Der Jubel, der sich in diesen Kreisen über die Entlassung des Grafen Czernin ergeben wird, wird diese Ansicht noch mehr stärken. Die Entlassung des Grafen Czernin in dieser Zeit ist, abgesehen von den großen Fragen der äußeren Politik, ein innerpolitisches Ereignis von größter Tragweite, weil die staatsstreuen Elemente unsicher werden. Eine scharfe Aufklärung aller dunklen und widerspruchsvollen Ereignisse der letzten Tage ist unbedingt und dringend notwendig; denn man kann im Jahre 1918 mit solchen Dingen, die schließlich und endlich doch jeden Staatsbürger angehen und eventuell beeinträchtigen, nicht Geheimnisse machen. Wir haben ein Recht, zu wissen, ob und von wem neben der offiziellen verantwortlichen Politik noch eine andere gemacht wird, damit wir gegen die letztere, von wem immer sie kommen mag, mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit auftreten können.

16. IV. 1918

**Der Kaiser in Budapest.**

**Audienzen Dr. Weterles, des Grafen Tisza  
und des Barons Burian.**

Budapest, 16. April.

Der Kaiser hat um 9 Uhr vormittags den Ministerpräsidenten Dr. Weterle in längerer Audienz empfangen. Sodann erschien Graf Stephan Tisza in Audienz beim Monarchen.

Gemeinsamer Finanzminister Baron Burian ist heute früh hier eingetroffen und wird nachmittags beim Kaiser in besonderer Audienz erscheinen.

17. IV. 1918

**Rücktritt des Kabinetts Wekerle.**

Budapest, 16. April.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Im Palais des Ministerpräsidiums fand heute um 7 Uhr abends unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle eine Konferenz statt, an der mit Ausnahme der abwesenden Minister Szterenyi und Dr. v. Unkelhäusser sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Die Ministerkonferenz hat mit Rücksicht darauf, daß die Regierung derzeit nicht über jenes Maß der Mittel verfügt, welches sie für erforderlich hält, um die Wahlreform unter Dach zu bringen, vereinbart, daß in dieser Angelegenheit morgen ein Ministerrat abgehalten wird. In diesem Ministerat wird die Regierung voraussichtlich beschließen, daß sie ihre Demission überreicht.

# Die Christlichsozialen und Graf Czernin.

## Eine bedeutungsvolle Entschließung.

Die zahlreich in Wien weilenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter besprachen heute abends unter dem Vorsitz des Obmannes Landeshauptmann Hausler die jüngsten politischen Vorgänge. Der Vorsitzende berichtete zunächst über seine heutigen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem Minister des Aeußern Grafen Czernin.

Allgemein wurde in der anschließenden Erörterung dem tiefsten Bedauern über den plötzlichen Rücktritt des Grafen Czernin Ausdruck gegeben, wobei hervorgehoben wurde, daß derselbe in den weitesten Kreisen der Bevölkerung große Erregung ausgelöst hat.

Man konnte und wollte sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß in so drangvoller Stunde eine so hervorragende Kraft dem Staate entzogen werde. Wenn es auch für selbstverständlich erachtet wird, daß in den Richtlinien unserer auswärtigen Politik besonders im Bundesverhältnisse mit Deutschland keinerlei Aenderung erfolgt, so war man sich doch vollkommen bewußt, daß dieser Wechsel an der wichtigsten Stelle des Reiches nur die größten Schwierigkeiten hervorrufen kann.

## Die Forderungen der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Partei und die Deutschnationale Vereinigung hielten heute unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Sylvester eine Beratung ab, über die parteiamtlich verlautbart wird:

Es kam die ungeheure Erregung zum Ausdruck, die in allen Schichten der deutschen Bevölkerung wegen der jüngsten Ereignisse herrscht. Insbesondere wurden die Einflüsse, welche von unverantwortlichen Stellen auf wichtige Staatsgeschäfte ausgeübt werden, in schärfster Weise besprochen und darauf hingewiesen, daß künftighin solche Einwirkungen unbedingt verhindert werden müssen.

Ueber den Rücktritt des Ministers des Aeußern Grafen Czernin wurde allseitig das lebhafteste Bedauern ausgesprochen, um so mehr, als bei seinem Scheiden aus dem Amte seine Haltung staatsfeindlichen Elementen gegenüber mitgewirkt zu haben scheint. Ferner wurde die Frage der Nachfolge in der Leitung des Ministeriums des Aeußern in Erörterung gezogen und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß der kommende Minister des Aeußern nicht nur die Richtlinien der äußeren Politik des Grafen Czernin einhalten, sondern auch die Rückwirkung der inneren Politik auf die äußere mit wachsamem Auge verfolgen werde.

## Rundgebungen der Bevölkerung.

Sowohl aus den alpenländischen Wahlkreisen wie aus den Subetenländern gelangten heute zahlreiche Rundgebungen an die in Wien weilenden Abgeordneten, in denen die Erregung der Bevölkerung über den Rücktritt des Grafen Czernin und die Dankbarkeit für dessen Wirken zum Ausdruck gelangen. In Salzburg wurden, wie von dort berichtet wird, auf verschiedenen Häusern schwarze Fahnen aufgesteckt.

## Wie die Front denkt zu Czernins Scheiden.

Man schreibt uns:

Begleitet von der dankbaren Anerkennung aller wahren Freunde des Vaterlandes, umgeben von der Liebe des Volkes, dem er den Frieden gebracht, und getragen von dem Vertrauen der großen Mehrheit Oesterreich-Ungarns und den Sympathien seiner Verbündeten, geehrt durch ein Ansehen, das seit Andraffs Zeiten kein österreich-ungarischer Minister des Aeußern genossen, ja selbst von den Feinden und allen denen, die ihn gefürchtet, geachtet — so tritt Graf Czernin von der Bühne der Weltgeschichte zurück, nachdem er im Schlußakt noch eine ritterliche Pflicht erfüllt.

17. IV. 1918

Er ist nicht gefallen, er ist — wir alle sind dessen sicher — aus dem freien Entschluß seiner Ueberzeugung und Gesinnungstreue heraus, zur Seite getreten.

Er, Graf Czernin, der Bannerträger Oesterreich-Ungarns nach innen und außen, auf den die Augen der ganzen Welt gerichtet waren, auf dem die Hoffnung der Friedfertigen und Gerechten aus beiden Lagern ruhte, hat die Fahne, hinter der er die Völker Oesterreich-Ungarns zu glänzender Zukunft zu führen, auf bestem Wege war, wie ein Sieger aus seiner kraftvollen Hand gelegt.

Wer wird sie nun aufnehmen und ebenso stark und weise vorantreiben auf dem noch immer weiten und gefahrenreichen Weg zum allgemeinen Frieden und zu glücklicher Zukunft? Wird sich ein gleich starker, weiser und rüdenstieher Mann finden, der wie Czernin es verstehen wird, die militärischen Erfolge zielbewußt und doch in weiser Mäßigung umzusetzen in friedliche Erregungenschaften? Wird sich ein Nachfolger finden, der in gleichem Maße das Vertrauen von Volk und Armee sich zu erringen weiß, seinen kraftvollen, entwirrenden Einfluß auch nach innen durchzusetzen vermag?

Solcherart bange Fragen erfüllen die Hunderttausende an der Front, die für des Vaterlandes Bestand, Einheit und Größe kämpfen.

## Der Eindruck im neutralen Auslande.

Oslo, 16. April.

Die Zeitung „Det Vaterland“ schreibt anlässlich des Rücktrittes des Grafen Czernin, dieser habe Clemenceau gegenüber, soweit man es beurteilen könne, recht behalten. Es sei so gut wie sicher, daß der Gedankenaustausch, der kurz vor der neuen Offensive stattfand, von Frankreich ausgegangen sei. Man könne auch nicht mehr zweifeln, daß der von der französischen Regierung veröffentlichte Brief gefälscht ist. Man müsse annehmen, daß Graf Czernin, der einer der vornehmsten Anhänger eines Vergleichsfriedens sei, gehe, weil diese seine Friedenspolitik mißglückt sei. Die Schuld daran liege an der Entente.

Kopenhagen, 15. April.

Der Rücktritt des Grafen Czernin hat hier allgemein überrascht. Man bedauert, daß gerade dieser Staatsmann, der seinem ehrlichen Friedenswillen so oft Ausdruck gegeben hat, seinen Posten verläßt.

„Ekstrabladet“ schreibt unter anderem: Graf Czernin hinterläßt den Eindruck eines Mannes mit meist friedliebendem Willen, eines geschmeidigen, selbst handelskräftigen, rechtlinigen Staatsmannes. Daß das Bündnis mit Deutschland durch seinen Rücktritt nicht loser geworden ist, beweist das neue österreichische Kaisertelegramm. — „National Tidende“ sagt: Graf Czernin hätte ein besseres Schicksal verdient. Mit ihm ver-schwindet der feinste diplomatische Kopf vom Weltkriegschauplatz.

17. IV. 1918

**Der Rücktritt des Kabinetts Wekerle.  
Der formelle Demissionsbeschluß im heutigen  
Ministerrate.**

Budapest, 17. April.

Um halb 11 Uhr vormittags fand im Palais des  
Ministerpräsidiums unter dem Vorstehe des Ministerpräsi-  
denten Dr. Wekerle ein Ministerrat statt, an dem mit  
Ausnahme des von Budapest abwesenden Handelsministers  
Sztrenyi und des Ministers a latere Grafen Madar  
sich sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen.

In dem nur kurze Zeit währenden Ministerrate be-  
schloß die Regierung die Demission.

Die anwesenden Mitglieder des Kabinetts unter-  
zeichneten die Demissionsurkunde.

17. IV. 1918

**Abreise des Kaisers aus Budapest.**

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Se. Majestät ist heute um 10 Uhr abends mit dem Minister des Aeußern Baron Burian und mit seiner Begleitung nach Wien abgereist.

**Die Verabschiedung im Budapester Westbahnhofe.**

Der Kaiser trat mittels Hofautomobils um 7/11 Uhr im Westbahnhofe ein. Im Bahnhofe erwarteten Se. Majestät der neuernannte Minister des Aeußern Baron Burian und Justizminister Dr. Vazsonyi. Auf dem Perron des Bahnhofes waren zur Aufwartung Oberbürgermeister Dr. Stephan Barczly und Oberstadthauptmann Ladislaus Sandor erschienen. Der Kaiser bestieg sofort den Salonwagen des Hofzuges. Hier empfing er den Justizminister Dr. Vazsonyi in Audienz, welche eine Viertelstunde dauerte. Wenige Minuten, nachdem Justizminister Dr. Vazsonyi den Hofzug verlassen hatte, ging der Zug unter den Hochrufen des angesammelten Publikums ab. Mit dem Hofsonderzuge verließ auch Minister des Aeußern Baron Burian Budapest.



**Parlamentarisches.**

**Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit.**

Die Einberufung des Abgeordnetenhauses ist nunmehr endgültig festgestellt. Die erste Plenarsitzung nach den Osterferien wurde für Dienstag den 30. d. anberaumt. Mit nächster Woche beginnt eine erhöhte Ausschusstätigkeit, unter anderem wird der Wehrausschuß seine nächste Sitzung am Dienstag den 23. d. abhalten.

Was die Wiederaufnahme der Delegationsverhandlungen betrifft, so wird der Präsident der österreichischen Delegation Geheimer Rat Gaufer morgen eine Besprechung mit dem Obmann des Ausschusses für Aeußeres Dr. Baernreither haben, um über das Arbeitskalendarium der österreichischen Delegation zu beraten.

**Die deutschnationale Partei und die Deutschnationale Vereinigung über den Rücktritt des Grafen Czernin.**

In der heute unter Vorsitz des Abg. Dr. Sylvester abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der deutschnationalen Partei und der Deutschnationalen Vereinigung wurde allseitig das lebhafteste Bedauern über den Rücktritt des Ministers des Aeußeren Grafen Czernin ausgesprochen, um so mehr als bei seinem Scheiden aus dem Amte seine Haltung staatsfeindlichen Elementen gegenüber mitgewirkt zu haben scheint. Weiter wurde die Frage der Nachfolge in der Leitung des Ministeriums des Aeußeren in Erörterung gezogen und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß der kommende Minister des Aeußeren nicht nur die Richtlinien der äußeren Politik des Grafen Czernin einhalten, sondern auch die Rückwirkung der inneren Politik auf die äußere mit wachsamem Auge verfolgen werde.

**Christlichsoziale Vereinigung.**

Die in Wien weilenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter besprachen heute abends unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Landeshauptmann Gaufer die jüngsten politischen Vorgänge.

Der Vorsitzende berichtete zunächst über seine heutigen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem Minister des Aeußeren Grafen Czernin. Allgemein wurde in der anschließenden Erörterung dem tiefsten Bedauern über den möglichen Rücktritt des Grafen

Czernin Ausdruck gegeben. Wenn es auch für selbstverständlich erachtet wurde, daß in den Richtlinien unserer auswärtigen Politik, besonders im Bundesverhältnisse zu Deutschland keinerlei Aenderung erfolgen werde, so war man sich doch bewußt, daß dieser Wechsel die größten Schwierigkeiten hervorzurufen könne.

18.7.1918

**Der Grund für die Demission Dr. Wekerles.  
Keine vorherige Kenntnis von der Ernennung  
Burians.**

Budapest, 17. April.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Ein Wiener Blatt schreibt in seiner heutigen Nummer, daß der österreichische Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler, betreffend die Designierung Baron Burians zum Minister des Innern, bereits Sonntag Mitteilung erhalten habe und daß Ministerpräsident Doktor Wekerle in Uebereinstimmung mit dem österreichischen Ministerpräsidenten schon im voraus seine Zustimmung zur Ernennung des Baron Burian gegeben habe.

Diese Nachricht entspricht, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht der Wahrheit. Ministerpräsident Doktor Wekerle hat nicht nur keine vorherige Mitteilung über diese Ernennung erhalten, sondern er hatte auch keine Kenntnis davon und deshalb beschloß er seine Demission.

19. III. 1918

19

\* Die angebliche Maßregelung des gewiesenen Ministers Baron Trnka. Die Enthebung des gewiesenen Arbeitsministers Dr. Baron Trnka vom Posten eines Landsturmgeneralingenieurs ist als Folge seines Begrüßungstelegrammes an die letzte allsüdböhmische Tagung in Prag gedeutet worden. Die „Slav. Kor.“ bezeichnete diese Auslegung als „glatte Erfindung“, da Dr. Baron Trnka selber vor mehreren Wochen beim Kriegsministerium um Enthebung von dem Posten eines Generalingenieurs angefragt habe, da er, inzwischen zum Herrenhausmitglied und zum technischen Inspektor der unter Kriegsleitung stehenden industriellen Betriebe ernannt, die Funktion eines Generalingenieurs nicht so auszuüben vermöge, wie er es wünschte. Demgegenüber will das „Fremdenblatt“ erfahren haben, daß die Enthebung wohl auf Trnkas Ansuchen erfolgt, dieses aber auf eine „unfreiwillige Amtsmüdigkeit“, hervorgerufen durch die Depesche an die Prager allsüdböhmische Tagung, zurückzuführen sei. Da die Prager Tagung am 13. April stattgefunden hat, das Ansuchen Baron Trnkas um Enthebung aber der „Slav. Kor.“ zufolge bereits „vor mehreren Wochen“ erfolgt sein soll, so erschiene die Information des „Fremdenblatt“ als unhaltbar, falls nicht etwa eine Grufdepesche Trnkas an eine frühere Prager Tagung, etwa an die Deklarationsstagung vom 6. Jänner, dem gewiesenen Minister zum Vorwurfe gemacht wird. Aber in diesem Falle hätte die Maßregelung reichlich lange gedauert, zu lange, um Eindruck zu machen, zumal man Baron Trnka inzwischen in den Genuss anderer ganz netter Ehrungen gelangen ließ. Man wird daher der publizistischen Ausdeutung des Rücktrittes Baron Trnkas vom Posten eines Generalingenieurs einstweilen bis zur Klärstellung durch die zuständigen Faktoren mit Mißtrauen gegenüberzustehen haben.

19. IV. 1918

## Innerpolitisches.

### Im Herrenhause

fand heute eine Beratung der Delegationsmitglieder aus der Verfassungspartei und aus der Mittelpartei statt, der auch die Delegierten Graf Erwein Nostiz, Doktor Weiskirchner und Baron Veit beizwohnten.

### Die Verbände der Tschechen und Südslaven zum Ministerwechsel.

Die Verbandsvorstände der tschechischen und südslavischen Abgeordneten haben sich beeilt, noch nach dem Rücktritt des Grafen Czernin den Beweis dafür zu erbringen, wie berechtigt und zeitgemäß dessen furchtbare Anklage gegen das kriegsverlängernde Treiben gewisser tschechischer Führer, der „Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie“, gewesen ist. Die genannten Verbandsvorstände benützen nämlich die Gelegenheit des Ministerwechsels im auswärtigen Amt, um den verbündeten Mittelmächten mit folgender, heute nachmittag in gemeinsamer Beratung beschlossener Kundgebung, die sich wie ein Ermunterungsruf an die Verbandsmächte ausnimmt, Schwierigkeiten zu bereiten:

Indem Graf Czernin die Annexionspolitik (!) des Deutschen Reiches unterjügte und selbst mit Annexionen und anderen verfehlten Maßnahmen neuen Zündstoff im Osten legte, indem er fribol mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen spielte, durch willkürliche Aenderung von Dokumenten unter Beihilfe des f. u. i. Gesandten v. Wiesner den Glauben an die Ehrlichkeit der österreich-ungarischen Diplomatie erschütterte (vermutlich will diese Behauptung auf das Ergänzungsabkommen über Cholm anspielen. D. Red.), entfernte er sich wesentlich von dem einzig möglichen Wege, welcher den furchtbar leidenden Völkern der Monarchie alsbald den Frieden bringen könnte. Seine Rede vor einem unberufenen Forum, in welcher er Deutsche und Magyaren gegen unsere Mitbürger (!) hegte, obwohl er genau wußte, daß unsere Völker mit der Führerschaft solidarisch sind, und womit er ohne zwingenden Grund und mutwillig eine Debatte über frühere Friedensversuche vom Zaune brach, hat den Krieg wiederum auf unabsehbare Zeit verlängert. Die diplomatische Selbständigkeit der Monarchie erlitt durch Czernins Zutun ein zweites Königgrätz (!), leider damit auch der von der Demokratie Österreich-Ungarns so ersehnte Frieden. Wir „Böhmen“ und Südslaven haben trotz deutschen Spottes konsequent die Demokratisierung auch der äußeren Politik, insbesondere die Beteiligung der Volksvertreter an der Friedensarbeit verlangt. Unser Antrag auf eine Verfassungsänderung in dieser Richtung wurde von den deutschbürgerlichen Parteien höhnisch abgelehnt. Wenn diese Parteien, welche stets gegen die Slaven den Absolutismus anrufen (!), heute von Demokratie und unverantwortlichen Faktoren sprechen, so müssen wir dies als eine Heuchelei bezeichnen, ebenso wie sich als eine solche der gesamte Entrüstungsfeldzug gegen die „Hochverräter“ erweist, da wir heute sehen, daß die obgenannten Parteien dem Staate (?) ihr Gefolge, ihre Stimmen und Treue zu kündigen beginnen, sobald etwas geschieht, was ihnen nicht gefällt. Dieses kriegsverlängernde Gezeiter ist um so verwerflicher, als die Christlichsozialen und Deutschnationalen genau wissen, daß sie nur einen Bruchteil der Bevölkerung vertreten und keine Mehrheit im Parlament für ihre Kriegspolitik besitzen. Unsere Delegation wird wie bisnun auch weiterhin eine demokratische Politik betreiben, mit dem Zweck, den österreich-ungarischen Nationen einen sofortigen Frieden zu erkämpfen, durch welchen auch unter ihnen ein dauernder Friede geschaffen werden soll.

Zu dem neuen Minister des Aeußern hegen wir mit Rücksicht auf dessen Vergangenheit, auf die Tatsache, daß dessen Ernennung unter dem Einfluß der Magyaren erfolgt ist, kein Vertrauen und befürchten, auch er werde, wie Graf Czernin, statt einer selbständigen, dem brennenden Friedenswunsch aller österreich-ungarischen Völker entsprechenden Taktik eine von außen beeinflusste, fremde Interessen verteidigende und einseitig nationale Ziele verfolgende Politik betreiben.

Sie schmähen den bisherigen Minister, haben kein Vertrauen zu dem neuernannten Minister, beschimpfen und verleumben die Parteien der deutschen Bevölkerung Österreichs, heßen gegen die Verbündeten, ja, sie entehren sogar die tschechische und slovenische und kroatische Bevölkerung, indem sie behaupten, diese sei mit jenen politischen Führern, die Graf Czernin als kriegsverlängerer, Hochverräter und „Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie“ gekennzeichnet hat, „solidarisch“. Ein Mehr an Unwahrheiten, phantastischen Entstellungen, unwürdigen Berunglimpfungen und politischem Wahnwitz in den Rahmen einer Kundgebung zu pressen, dürfte nicht leicht fallen. Und dies geschieht in einer Zeit, in welcher der Friede, wie Graf Czernin, also ein Wissender, aufs bestimmteste versichert hat, hauptsächlich davon abhängt, ob die Masaryks im Hinterlande endlich isoliert werden und sich die Parteien statt zum Verbände rückhaltlos zur österreich-ungarischen Monarchie bekennen! In einer Zeit, in der Tausende von Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehren und von dem Treiben der Masaryk-Truppen erzählen, gäbe es für die tschechische parlamentarische Vertretung wohl ein dringenderes Geschäft als die Produktion derartiger Kundgebungen, deren Väter ihren Völkern einen besseren Dienst erweisen würden, wenn sie die ernste Mahnung des Grafen Czernin befolgten. Einen unglücklicheren Einfall, als den Bringer der ersten Friedensverträge, den eben erst der Kaiser selbst dafür seines „unvergänglichen Dankes“ versichert hat, der Kriegsverlängerung zu zeihen, den deutschen Parteien „Kriegspolitik“ zum Vorwurf zu machen und sie der Untreue gegenüber dem Staate zu beschuldigen, hätten die führenden Geführten Kramars wirklich nicht haben können.

### Die Vorgänge unter den Deutschnationalen.

In den morgen erscheinenden „Döst. St.“ wendet sich der deutschnationale Abg. Dr. v. Langenhans nach Erörterung der Erregung der deutschen Bevölkerung über die letzten politischen Ereignisse gegen die Ausnützung dieser Stimmung von gewisser Seite. Er sagt:

Die Deutschen in Österreich, welche, wie so oft dargelegt wurde, in diesem Kriege alles getan haben, was patriotisch und staatsertreu genannt wird, sind infolge dessen in eine verzwiefelte Stimmung geraten, die sich in der schärfsten Art

äußert. Aufgabe der Führer der Deutschen in Österreich ist es, diese Stimmung nicht in eine falsche Richtung gelangen zu lassen, unsere Volksgenossen davor zu bewahren, in eine Politik zu verfallen, die vor Jahren von einer kleinen Gruppe geführt, lange nachwirkenden Schaden angerichtet hat. Aufgabe der Führer ist es aber auch, den Regierenden von der Stimmung ihrer Volksgenossen Kenntnis zu geben und rücksichtslos jenen entgegenzutreten, welche gegen die Interessen der bis zum Verbluten staatsstreuen Deutschen in Österreich zu handeln versuchen. Dies zu tun, haben die parlamentarischen Führer der Deutschen in Österreich den festen Willen.

Diese Erinnerung ist zeitgemäß angesichts der Forderung eines Teiles der Deutschnationalen, daß die Deutschen ihr Verhältnis zum Staate ändern sollen.

20. IV. 1918

**Die Regierungskrise.**

Die amtliche Verlautbarung über die Annahme der  
Demission des Kabinetts Weferle.

Das amtliche Blatt veröffentlichte gestern, Sonntag,  
folgende Mitteilung:

Se. kaiserliche und apostolisch königliche  
Majestät geruhte mit allerhöchster Entschlie-  
ßung *de dato* Baden, 19. April L. J. die amtliche  
Demission des ungarischen Gesamtministeriums in  
Gnaden anzunehmen und zugleich anzuerkennen, daß  
die einzelnen Minister ihre Amtstätigkeit bis auf  
weitere allerhöchste Entschlie-ßung forsetzen.

**Die Deutschnationalen und die Regierung.**

Von deutschnationaler Seite wird parteiamtlich verlautbart:

In den letzten Tagen haben wiederholte, eingehende und lange dauernde Aussprachen der leitenden deutschnationalen Abgeordneten mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler stattgefunden, in welchen die tiefgehende Erregung und Beunruhigung in den deutschen Bevölkerungskreisen und ihre Ursachen erörtert wurden. Dem Ministerpräsidenten wurden von Seite der Abgeordneten die Mittel dargelegt, deren Anwendung die politische Lage erfordere. — Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat sich den gestellten Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten und wird ihnen voraussichtlich entgegenkommen. — Auch über die parlamentarische Tagung und ihren Verlauf wurde eine orientierende Aussprache gepflogen.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, forderten die Deutschnationalen Führer von der Regierung vor allem, daß diese entsprechend den Erklärungen der leitenden Stellen durch Taten beweise, daß der Kurs unverändert bleibe und daß sie gegen die staatsfeindlichen Elemente entschieden vorgehe. Für dieses Verlangen wäre die erste Bedingung, daß die Deutschen eine geschlossene Linie und starke Stütze für die Regierung bilden. Dies ist allerdings bei den Deutschnationalen gegenwärtig nicht zu bemerken, vielmehr zieht der Zwiespalt unter ihnen immer weitere Kreise. Diesmal ist es die Protestbewegung gegen den Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien, weil er die unbedingte Staatsstreue der Deutschnationalen ausgesprochen hat. Neuerdings hat sich auch der Vorstand des Deutschnationalen Vereines für Oesterreich gestern diesem Einspruche angeschlossen, da er „die bedingungslose Hingabe an den Staat für nicht mehr gerechtfertigt“ erklärt und „völlig freie Hand für die politische Stellungnahme“ der Deutschnationalen verlanat. Auch in einer

Wählerversammlung des deutschnationalen Abg. Hummer in Leitmeritz wurde gefordert, daß die deutschnationalen Abgeordneten ihre Stellung zur Regierung von Sicherungen abhängig machen sollen; offenbar als eine solche Tat, durch welche die Regierung ihre Zusicherungen erhärten soll, wird die Schaffung der Provinz Deutschböhmen gefordert.

**Die Deutschen und die südslavische Frage.**

Unter dem Vorsitze des Abg. Ministers a. D. Dr. Urban setzte heute das deutschnationale sowie das christlichsoziale Komitee zur Beratung der Verfassungsfragen in einer gemeinsamen Sitzung im Klublokal der Christlichsozialen Vereinigung die Erörterung der südslavischen Frage fort. Zu dieser gemeinsamen Sitzung waren heute u. a. auch die Herrenhausmitglieder Minister a. D. Dr. v. Baernreither, Dr. von Grabmayr, Minister a. D. Dr. v. Klein, Graf Meran, Graf Nostitz-Nieneck und Minister a. D. Dr. v. Wittel eingeladen. Das Referat erstattete Abg. Dr. Markl. Die gemeinsame Beratung wird Dienstag fortgesetzt werden.

20./IV. 1918

**Empfang einer polnischen Abgeord-  
netendeputation durch den Kaiser.**

Wie wir erfahren, wurden heute vormittag die dem Präsidium des Polenklubs angehörenden Abgeordneten *Kendzior*, *German*, *Stapinski* und *Rauch* vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen.

20. IV. 1918

**Arbeiterdemonstrationen für das Wahlrecht.**

Halbstündiger Demonstrationstreif heute mittags  
— Große Wahlrechtsdemonstration und Arbeitseinstellung Montag nachmittag.

Die Budapester Arbeiterschaft, die schon wiederholt im Interesse der Durchführung des allgemeinen Wahlrechtes Streikdemonstrationen veranstaltet hat, setzte heute neuerdings einen Demonstrationstreif in Szene, der von  $\frac{1}{2}$  12—12 Uhr mittags andauerte. Sowohl in der Hauptstadt, wie auch in den Industriebetrieben der umliegenden Ortschaften ruhte eine halbe Stunde lang jede Arbeit. Auch das Personal der elektrischen Bahnen beteiligte sich an dieser Demonstration, doch pausierte der elektrische Verkehr bloß etwa 10 Minuten. Die elektrischen Waggons machten wie auf ein gegebenes Zeichen Punkt  $\frac{1}{4}$  Uhr mittags Halt. Das Publikum, welches schon in den Vormittagsstunden Kenntnis erhalten hatte, daß die Arbeiterschaft es heute zu einer Demonstration kommen lassen werde, nahm diese Verkehrspause ohne Murren auf. Während der Arbeitspause erschienen in allen Betrieben die Vertrauensmänner der Arbeiter bei den Leitern oder militärischen Kommandos der einzelnen Etablissements und überreichten ein Memorandum, in dem die Ernennung einer Regierung gefordert wird, die die Wahlrechtsreform unverzüglich durchführt. In der Denkschrift heißt es unter anderem: „Am 2. Mai vorigen Jahres haben wir organisierte Arbeiter die militärischen Kommandos und Leiter der Betriebe verständigt, daß wir uns im Interesse des allgemeinen Wahlrechtes zu einem weitestgehenden Kampfe entschlossen haben. Damals war die Lage die, daß der König — unter der Wirkung der weltgeschichtlichen Ereignisse, die Stimme der Zeiten verstehend — die Tiszasche Regierung aufgefordert hat, ein solches Wahlrecht zu schaffen, welches den „großen Zeiten und den von dem Volke gebrachten Opfern entspricht.“ Das mit dem königlichen Worte garantierte demokratische Wahlrecht haben wir jedoch bis zum heutigen Tage nicht erhalten, da Tisza und sein reaktionärer Anhang als „Majoritäts-Opposition“ noch weiter die Macht beibehalten haben. Die Nationale Arbeitspartei verhindert die Annahme des akzeptablen Minimums der Rechtsausdehnung.“ Das Memorandum schließt folgendermaßen: „Wir wiederholen, was wir vor einem Jahre gesagt: zum Beweise der Würde unseres Gelöbnisses, des Ernstes dieser Mahnung, der Entschlossenheit unseres Herzens stellen wir im Augenblick der Ueberreichung dieser Denkschrift für eine halbe Stunde die Arbeit ein. Wir legen das Werkzeug nieder, lassen die Räder stillstehen und überreichen in feierlicher Stille diese feierlichen Zeilen. Dann mag die Arbeit weitergehen, während wir die Antwort erwarten. Und wenn die Reaktion wieder Oberhand gewinnt, wenn wir abermals beschimpft werden, dann mag der Kampf kommen, der Kampf bis zum Siege. Lange haben wir vertrauensvoll geduldet. Die Verantwortlichkeit fällt auf diejenigen, die mit unserm Vertrauen und unserer Geduld Mißbrauch getrieben haben.“



170000  
52  
1918  
4/1 - 20/1  
Linné Politik  
L3.

### Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs

Stuttgart, 6. Jan. (Priv.-Tel.) Seit vier Jahren zum ersten Mal trat die Fortschrittliche Volkspartei Württembergs zu ihrer Landesversammlung am Dreikönigstage wieder zusammen. Die Versammlung war aus dem ganzen Lande außerordentlich zahlreich besucht. An Stelle des verhinderten 1. Vorsitzenden Dr. Elias eröffnete Stadtgeometer Kercher die Versammlung. Zum 1. Vorsitzenden der Tagung wurden Geheimrat Hofrat Dr. Brudmann (Heilbronn), zum 2. Reichsanwalt Moos (Ulm) gewählt. Geheimrat Hofrat

#### Brudmann

gab zunächst dem schrankenlosen Dank und der tiefsten Bewunderung für alle Kämpfer und die geniale Leitung unserer Truppen Ausdruck. Die Schwaben hätten überall, wo sie kämpft, hohes Lob und Anerkennung erfahren und seine Führung sich würdig erwiesen. Der einzige Dank und Lohn für die Opfer des Volkes würde sein, dem Volke die gewählte politische Freiheit zu verschaffen, die es sich überhaupt erziehen könne. (Beifall.) Dazu sei die Fortschrittliche Volkspartei in erster Linie berufen. Für die demokratischen Forderungen werde jetzt durch die Ergebnisse des Krieges die Bahn frei werden. Im allgemeinen Zusammenschlusse der Kräfte mühten die Wunden des Krieges geheilt werden aus der Ermüdung, daß nur ein einiges Volk die schweren Folgen des Krieges überwinden könne. Die Parteien mögen miteinander kämpfen mit dem einen Ziel der Größe und Förderung des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches. Die Fortschrittliche Volkspartei treibe nicht politischen Ehrgeiz, sondern nützliche Vaterlandsliebe, die überzeugt sei, daß nur ein freies Deutschland, nur ein freies Volk in der gefährlichen Zeit nach dem Kriege sich voll bewähren könne. Wir haben nur ein Ziel: einen Frieden, der freie Bahn schafft deutschem Wesen und Segen bringe deutscher Arbeit. (Beifall.)

Dr. Goldschmidt (Frankfurt a. M.) überbrachte die herzlichsten Grüße und besten Wünsche der Frankfurter Parteifreunde. Die Beziehungen zwischen Frankfurt und der schwäbischen Demokratie seien immer außerordentlich herzlich gewesen. Frankfurt sei lange Jahre hindurch eigentlich nur ein vorgezogener Posten der schwäbischen Demokratie gewesen. Heute sei die Gesamtdemokratie im ganzen Reich in sich fest geschlossen und einheitslich. Es gebe keine partikularen Unterschiede der Grundausfassung. Mit dieser Einigkeit und Geschlossenheit herbeigeführt zu haben, sei gerade ein Verdienst der süddeutschen Demokratie. Frankfurt habe ein ganz besonderes Interesse an den großen inneren Reformarbeiten, die nun in Preußen in Angriff genommen würden, von denen zu hoffen sei, daß sie trotz starken Widerstandes zum glücklichen Ende gelangen. Auch hier sei man Württemberg zu besonderem Danke verpflichtet. Seit mehr als einem Jahrzehnt habe es in aufopfernder Vorkämpflichkeit im Lande selbst die verfassungsmäßigen Grundlagen für freien Geist und seine Betätigung sich geschaffen. Unentgeltlich für das deutsche Volk sei, daß der größte Staat verfassungsmäßige Grundlagen habe, die einer solchen Betätigung entgegenstünden. Die preussische Wahlrechtsfrage sei eine gesamtdeutsche Frage und im Gesamtinteresse des deutschen Volkes gelegen. Möge der Dreikönigstag 1918 vollen Erfolg sehen, was heute im Werden begriffen sei. Dann werde das schädliche und erbitternde Dualismus in den innerpolitischen Zuständen, der zwischen dem Reich und Preußen bestesse, verschwinden sein. (Beifall.)

Professor Gumel (Karlsruhe) überbrachte die Grüße der badischen Fortschrittlichen Volkspartei und betonte, der Krieg habe gezeigt, daß die Welt ohne Demokratie nicht mehr leben könne. Im Krieg sei die Demokratie eine militärische, ja politische Tatsache. Wir uns liege es, daß nach dem Kriege die Demokratie zu einer politischen Tatsache werde. Verschiedene in der vorausgegangenen Sitzung des engeren Ausschusses behandelten

#### Mittelkandantträge

des Landtagsabgeordneten Herrmann sollen an den Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei zur weiteren Behandlung überwiesen werden.

Die Versammlung nahm hierauf folgenden Antrag des Landtagsabgeordneten Herrmann einstimmig an:

Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei wird ersucht, im Reichstage auf die rechtzeitige Verabschiedung einer Gesetzesvorlage hinzuwirken folgenden Inhalts: Die Bestimmung über die Demobilisierung, insbesondere die Vorchrift des § 20 Abs. 13 der Deutschen Wehrordnung, wird dahin ergänzt, daß bei der Entlassung der Wehrpflichtigen aus Anlaß der ganzen oder teilweisen Demobilisierung das Lebensalter der Wehrpflichtigen unter grundsätzlicher Gleichstellung der Dienstpflichtigen mit den Wehrpflichtigen maßgebend ist. Der Begriff der Landsturmpflicht in diesem Krieg hat die Auffassung, die dem Gesetz vom 11. Februar 1888 als Grundlage diente, überholt und erweitert. Die Landsturmpflichtigen bilden jetzt einen großen Bestandteil aller Formationen des Heeres und der Marine im Sinne der Wehrordnung, ohne daß sie durch die Zugehörigkeit zu diesen Formationen persönlich aus dem Landsturmverhältnis ausgeschlossen sind. Die Gerechtigkeit erfordert es und das öffentliche und private Interesse machen es dringend notwendig, daß die Entlassung unserer Truppen nicht nach der militärischen Einordnung, sondern grundsätzlich unter Berücksichtigung des Lebensalters, beginnend mit den ältesten Jahrgängen erfolgt. Besondere häusliche und wirtschaftliche Verhältnisse sind zu berücksichtigen.

Den

#### Parteibericht

erstattete Stadtgeometer Kercher. Er erinnerte an den hundertjährigen Geburtstag des alten Vorkämpfers der Demokratie, Siegmund Schott, gedachte der im vergangenen Jahr gestorbenen Parteifreunde und hob die Berufung Tischbings nach Berlin, sowie die Ernennung Bayers zum Stellvertreter des Reichskanzlers hervor, die mit Genugtuung und Stolz erfüllt. Die Schmähungen und Verhöhnungen, die Bayer in der letzten Zeit zu Teil geworden seien, prallten an seiner erwiebenen parlamentarischen und staatsmännischen Größe ab.

Unter lebhafter Zustimmung wurde die Absendung folgender Telegramme an Bayer beschlossen: „Die Landesversammlung begrüßt mit Freude und Stolz Ihre Ernennung zum Stellvertreter des Reichskanzlers, dankt herzlich für die leitende im Interesse des Vaterlandes geleistete aufopfernde Arbeit im Reichstage und in den Ausschüssen, sowie bei wichtigen Regierungshandlungen. Sie bedauert außerordentlich Ihre schmerzliche Erkrankung und hat den herzlichsten Wunsch, Ihrer raschen und vollen Genesung entgegenzusehen zu dürfen.“

Reichstagsabgeordneter

#### Conrad Kaufmann

sprach sodann über die politische Geschichte des Jahres 1917.

Rückwärts bei öffentlich geführten Verhandlungen vor kriegserrigten misstrauischen Völkern sind von vornherein in Rechnung zu nehmen. Wir werden uns vor Nervosität hüten müssen. Die Reichsregierung muß den großen, das Vaterland rettenden Verteidigungskrieg durch einen guten Frieden befrichtigen. Die Hoffnung, daß auch die Gegner im Westen der Einsicht des Gegners im Osten beitreten werden, muß mit allergrößter Zurückhaltung beurteilt werden. Kein kriegsführender Staat Europas ist weniger von einer Revolution bedroht als Deutschland, weil die deutsche Reichsregierung und die Mittelmächte zuerst den Willen einer offenen Friedensinitiative gehabt haben. Der Friedensvorschlag Bismarcks war ernst, weil alles, was Bethmann Hollweg ernst war, weil der Vorschlag den Gefühlen des deutschen Volkes entsprach, und weil wir Demokraten diesen Schritt von Bethmann Hollweg verlangten. Die Schuld am Weltkrieg steht ausschließlich bei Lloyd George und Wilson, ebenso die Schuld an der Fortsetzung des Krieges. Neben der großen militärischen Strategie muß eine gute Politik zum Ende des Krieges zusammenwirken. Der

#### Freigewählte Verteidigungskrieg

muß nach wie vor unsere Lösung bleiben. Parren sind es, die sagen, diese Politik habe Deutschland geschwächt. Die sogenannten Demokraten der Ententeeregierungen gehen zu den Ältern der größten Unfreiheit über. Der Militärrechtsanwalt ist in Frankreich an Stelle der bürgerlichen Freiheit und der parlamentarischen Immunität getreten. Die Reichstagsresolution vom 19. Juli ist nicht überholt, sondern in Kraft. Kein anderes Parlament der Welt hat während des Krieges so frei und selbständig, so klar und wahr zu Krieg und Frieden Stellung genommen wie der Reichstag. Die Entente-Parlamente gehören den Reichsbefehlen ihrer Diktatoren Lloyd George und Clemenceau. Jede diktatorische Ausnutzung unseres Uebergewichtes an Macht und Siegen würde die lockere Front der Entente wieder künstlich zusammenführen. Klug und sehr auf maßvoll gewählte Forderungen zu bestehen, müssen wir als unsere wichtigste Aufgabe ansehen. Deshalb müssen wir im Parlament hinter Kühlmann treten und die Ablehnung Hertlings, die Friedensverhandlungen woguerlegen, mit alle

Rachdruck unterstützen. (Beifall.) Die Autonomie der Völler hat sich angelehnt des Staats in Rußland als berechtigt erwiesen. Wenn diese im Gebrauch des Selbstbestimmungsrechtes sich an Deutschland anlehnen und nicht an Rußland, würden wir ehrliebe und offene Freundschaft empfinden. (Beifall.) Die bundesstaatliche Selbständigkeit der Elbsch-Bothinger ist ebenso gewiß ein national und international wichtiges Programm wie die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Belgiens und die Freigabe der nordfranzösischen Provinzen. Die Auklerlangung der deutschen Kolonien hat unser hervorragende Kolonialminister mit Recht als Hauptbedingung erklärt, und eine solche ist auch die Unverletzlichkeit der Türkei. Die deutsche Politik ist auf diesen Basis bereit, zum Abschluß eines Friedens zu gelangen. Ein dauerhafter Friede ist von der inneren Verständigung der Völker abhängig. Die Hauptmission aller Länder lehrt der Weltkrieg: Ne begehrten das Ziel, um so gefährlicher das Spiel. (Beifall.)

Zur

#### Inneren Politik Deutschlands

Bemerkte Conrad Kaufmann, Bethmann Hollweg hat die Bedürfnisse erkannt und die rechte Richtung eingeschlagen. Mit außerparlamentarischer Hilfe haben ihn die konservativen schließlich zu Fall gebracht. Die Reichstagsmehrheit hat in der Stille eine große Entwicklung vom Beamtenstaat zum parlamentarisch repräsentativen Staat vollzogen. Besonders bedeutsam ist, daß dies ohne Konflikt durchgeführt worden ist, den wir mitten im Weltkrieg zu vermeiden uns strengstens bemüht haben. (Beifall.)

Dafür gebührt dem Reichstag, aber auch der Krone und der Regierung Dank. Besonders erfreulich ist, daß auch die Oberste Herleitung aus der inneren Einigkeit der Gewalten vollen Anteil nimmt. Bayer wurde berufen ohne sein Zutun, während er krank lag. Wir, die wir seit Jahrzehnten hoch auf den Charakter unseres Führers, dürfen mit ruhigen Vertrauen sagen, daß er die neue große Stelle in demselben Best übernehmen und ausfüllen wird.

Bei dieser Gelegenheit teilte Kaufmann unter warmem Beifall der Versammlung mit, daß das Bestehen Bayerns in einer erfreulichen Entwicklung zum Besseren sich befindet. Er habe sich bei einem Besuche gekreuzt über die volle Bräutlichkeit und geistige Reife und über den dringenden Wunsch Bayerns, das neue Amt übernehmen zu können. (Beifall.)

Eines erhebenden Gefühls als dessen, daß der ausgezeichnete Demokrat und Volks- und Staatsmann in jenes Amt in der schwersten Zeit des Vaterlandes berufen worden sei, könne er sich nicht erinnern. (Stürmischer Beifall.)

Leber die

#### Parteien

Bemerkte Kaufmann: In der politischen und klerbenden Verteilung an den Staatsgeschäften habe die konservative Partei verlagert. Keine der großen Parteien habe der Reichsregierung soziale Schwierigkeiten in den letzten drei Jahren gemacht und so sehr das Mißtrauen gegen die Reichsregierung ausbreiten lassen, wie die konservative Partei, angeleitet von dem leidenschaftlichen Dilettantismus der Alldeutschen, die nach dem Sturz Bethmann Hollwegs die Wäste der Vaterlandspartei vorgenommen hätten. Die Sozialdemokratie habe sich durch ihre Auffassung, Handlungsweise und staatslose Leitung der Arbeiterschaft Anspruch auf Anerkennung in Gegenwart und Zukunft erworben. Das Zentrum habe von seiner ausschlaggebenden Stellung einen weislichen Gebrauch gemacht. Die gegensätzlichen Ermahnungen in der nationalliberalen Partei machten es ihren Führern unmöglich, in hochkritischen Fällen eine einheitliche Haltung zu bewahren. Die Fortschrittliche Volkspartei sei klar und einheitslich geführt. Höchste Aufgabe einer Partei sei es, dem Volke Staatsgeist und dem Staat Volkgeist zu vermitteln. Diesen Geist habe man neuartig auch gehört aus der Rede des Bringen Max von Baden. Nichts könnte der Einheit Deutschlands mehr nützen, als wenn in sämtlichen Kreisen sich dieser Geist ausbreiten würde. Das sei Freiheit, das sei Bildung, das sei menschlich, christlich und demokratisch. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Zu Anstufung an die Rede wurde einstimmig folgendes

#### Entschließen

angenommen: Die Fortschrittliche Volkspartei Württembergs spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus, daß sie den das Vaterland rettenden Verteidigungskrieg durch einen guten Frieden führen können wird. Die Landesversammlung billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und spricht ihr den Dank aus für ihre Arbeit. Sie begrüßt den Eintritt ihres langjährigen hochverdienenden Führers Bayer in die Reichsregierung und in das verantwortungsvolle Amt des stellvertretenden Reichskanzlers. Reichstagsabgeordneter Dießing sprach über die

#### Kriegswirtschaft

Wenn die vielgeschmähte J. E. G. deren Eingreifen jedesmal das Verschwinden der Auslandsware zugeschrieben werde, nach dem Krieg einmal ihre Einfuhrziffern veröffentlichte werde, werde man sich eines gewissen Staunens nicht enthalten. Der rechtmäßige Handel, der vor dem Kriege seine alten Beziehungen zu dem Ausland gehabt habe, hätte aber beim Einbruch hart herangezogen werden sollen. Man hätte ihm die Verpflichtung auferlegen sollen, die eingeführten Waren durch Vermittlung der Verteilungsstelle der Allgemeinheit zuzuführen, wobei er als Prämie einen Teil der Einfuhr im freien, nur durch Höchstpreise gebundenen Handel hätte verwenden können, ein Verfahren, das bei der Uebergangswirtschaft hoffentlich mit Erfolg zur Anwendung kommen werde. Die Ueberregelungen der Grundrungsbestimmungen habe in einem Maße um sich gegriffen, das für die Zukunft nicht Gutes erhoffen lasse. Es sei eine kluge Politik Englands und Frankreichs gewesen, daß sie in erster Linie die Versorgung von London und Paris sichergestellt hätten. Auch unsere politischen Verhältnisse wären gesunder geblieben, wenn man in der Reichsregierung und insbesondere im preussischen Landwirtschaftsministerium zeitig eingesehen hätte, daß die ausreichende Versorgung der in den Städten angesammelten Masse ebenso wichtig sei, wie die immer wieder in den Vordergrund gerückte Anreizung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Produktionssteigerung. In der Kohlenversorgung seien schwere Fehler gemacht worden. Das Frühjahr und der Frühommer hätten zur Sicherstellung des Hausbrandes in ganz Deutschland benutzt werden sollen. Als der jetzige leitende Kommissar im August sein Amt übernommen habe, habe er Versäumtes nicht mehr nachholen können. Eine Verschiebung der Front im Westen werde auch dem Verkehr mit dem Rhein neue Schwierigkeiten bringen. Troßdem bestehe die Hoffnung auf eine bessere Versorgung des Hausbrandes und der Gaswerke Ende Januar, vorausgesetzt, daß sich der starke Winter in Süddeutschland nicht auf die Wasserkräfte des Rheins erbreite.

Die deutsche Industrie habe die Probe auf ihre Leistungs- und Anpassungsfähigkeit auf glänzendste bestanden, und zwar unter den schwierigsten Verhältnissen. Besonders schwer sei es für einen großen Teil der nicht beschäftigten Industrie wie des Handwerks gewesen, die hätten zusehen müssen, wie große Kriegsbetriebe Millionenverdienste hätten machen können und eine Steigerung der Löhne, auch der jüngsten Arbeiter, herbeigeführt hätten, die für andere Betriebe, die sich mit beschwerlicheren Gewinn begnügen müßten, unerschwinglich seien. Die Zentralisation des gesamten Wirtschaftsliebens in Berlin sei zweifellos von großem Hebel. Die Bundesstaaten, die schon im Frieden eigene Kriegsdienstleistungen besäßen, seien insofern bevorzugt, als sie die Aufträge für die eigenen Truppenteile im eigenen Land vergeben könnten. Der Unwille gegen die zentralisierte Verwaltung habe sich zu Unrecht in seitigen Ausfällen gegen

#### die Kriegsgesellschaften

Zust gemacht. An sich sei bei den Kriegsgesellschaften der Wunsch der Industrie und des Erwerbslebens überhaupt erfüllt, daß möglichst wenig Beamte, aber umso mehr Sachverständige bei der Verwaltung beteiligt sein sollten. Es habe sich aber gezeigt, daß die Industrie selbst die Meinung habe, jeden Berufsgenossen, dem ein Verfügungsrecht über die Gesamtheit seiner Berufsgegenstände eingeräumt werde, nicht mehr als Sachverständigen, vielmehr als Interessenten zu betrachten. Noch nie sei die Entscheidung über das Schicksal ganzer Industrien wie einzelner Betriebe so vollständig in die Hand Einzelner gelegt worden, ohne daß dagegen ein Beschwerderecht gegeben sei, wie in diesem Kriege. Wenn sei anzuerkennen, daß in häufigen Fällen von dieser Machtbefugnis ein weiser und einsichtiger Gebrauch gemacht werde, insbesondere von dem zur Zeit in Deutschland auf wirtschaftlichen und industriellen Gebiet wichtigsten Mann, dem Oberleutnant Dr. Roth, dem verdienstvollen Leiter der Kriegsbücherei. Als besonders schwieriges und trauriges Kapitel sei die Stilllegung ganzer Industriezweige zu nennen. Immer mehr komme in der Industrie die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Stilllegung häufig für die Allgemeinheit nicht von dem Nutzen sei, daß dadurch die Schädigung der Einzelbetriebe, insbesondere mit Rücksicht auf die nahe Uebergangswirtschaft, aufgehoben werde. Die Gefahr des dauernden Verschwindens dieser kleiner Betriebe und der Konzentrierung in wenige

Großbetriebe sei für unser gesamtes Wirtschaftsleben sehr ernst. Das unheilvolle Eingreifen des Willens Handels habe die Regierung und Bevölkerung auch ungerne gegen den allseitigen legitimen Handel gemacht. Am schlimmsten von allen Erwerbszweigen sei aber wohl das Handwerk betroffen worden. Auf die Aufgabe des

#### Uebergangswirtschaft

angehend, bemerkte der Redner, Deutschland werde sich beim Friedensschluß in der Lage eines liquidierten Geschäfts befinden. Ein ungeheures Erneuerungs- und Neuanlagebedürfnis werde den Inlandsmarkt beherrschen. Öffentlich werde die Lage Deutschlands beim Friedensschluß betragt sein, daß es, wenn es eine in Rohstoffen oder Halbfabrikaten zu verarbeitende Kriegswirtschaft, die auch die Volkspartei wünsche, nicht erlangen könne, es im Wege des Verhandlungsfriedens gerade mit seinen Gegnern, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, eine Valutaanleihe abschließen könne.

Im Anfang der Uebergangswirtschaft werde bestimmt werden, welche Vorsehungen und in welchen Mengen die den Vorrang bei der Einfuhr haben dürfen. Auch eine Verteilung der eingeführten Waren auf die einzelnen Betriebe nach dem Friedenskontingent sei notwendig. Stillgelegte Betriebe müßten eine größere Zuweisung erhalten als die, die im Krieg weiter beschäftigt seien. Nicht betriebsfähige stillgelegte Betriebe könnten ihr Kontingent in einzelnen Industrien in anderen Betrieben im Lohn verarbeiten lassen. Die zu diesen Maßnahmen notwendigen Organisationen müßten eine möglichst freie Stellung erhalten.

Als letzter Redner sprach Dr. A. Heuß über das

#### Staatsrecht im Kriege

Er betonte u. a., die rasche Erhebung der preussischen Wahlrechtsfrage sei gegeben durch den Wunsch, daß die großen finanz- und wirtschaftspolitischen Aufgaben des Friedens von den Kämpfern um die innere Gestaltung des Staates erledigt sein müßten. Die Demokratisierung Deutschlands werde nicht das Himmelreich auf Erden bringen, aber sie werde für jene großen Aufgaben Volksgeduld und Staatsgefühl zusammenbringen, ohne die diese Aufgaben nicht gelöst werden könnten. Die Staatsverhältnisse müßten unabhängig Reichsministerien werden. Eine Finanzordnung der Zukunft, die nur ein Kompromiß der Finanzminister der Einzelstaaten darstelle, sei eine Unmöglichkeit. Das der Krieg einen veränderten Verfassungszustand gebracht habe, von der Front her und in den Entscheidungslagen sei unverkennbar. Aufgabe der politischen Parteien werde es sein, gegen diesen populären Verfassungszustand ein starkes Gegengewicht auszubilden. Viel gefährlicher sei der durchgeführte Verfassungszustand, wenn man an Elbsch-Bothingers denke. Der Redner schloß: Wir wollen eine Ergänzung des Selbstbestimmungsrechtes, das der Krieg gebracht hat, durch Selbstbestimmung und Selbstverantwortung nach innen und außen. (Beifall.)

Mit einem Schlußwort von Geheimrat Hofrat Brudmann, der betonte, daß die Ausführung der Tagung die geistige und moralische Größe des Parteitagenden erwiesen habe, fand die Landesversammlung ihr Ende.

## Sitzung der Deutschradikalen Partei.

### Bestrebungen zur Vereinigung der deutschen Abgeordneten; Deutsch-österreichischer Vaterlandsverband; deutscher Block.

Gestern um 2 Uhr nachmittags trat die Vollversammlung der Deutschradikalen Partei im Abgeordnetenhaus unter Vorsitz des Abgeordneten K. D. Wolf zusammen. Die Sitzung wurde um 7 Uhr abends abgebrochen und heute vormittags fortgesetzt.

Die in den Beschlüssen der tschechischen Abgeordneten in Prag neuerdings zutage getretene staatsfeindliche Haltung wurde aufs Schärfste verurteilt und juridisch-gerichteten. Gleichzeitig wurde beschlossen, gegen etwaige weitere Ausschreitungen von Tschechen und Südslaven im Abgeordnetenhaus mit allen Mitteln aufzutreten, da es der Regierung offenbar an Kraft fehlt, den unerhörten Freimut der Tschechen und Südslaven gegenüber in die Schranken zu verweisen. Die Deutschradikale Vereinigung erwartet aber auch von den anderen deutschen Parteien, daß sie eine Fortsetzung des hochverräterischen Treibens der Tschechen und Südslaven im Reichsrat nicht dulden und zu tatkräftiger Abwehr schreiten werden.

Angeichts der Vorgänge in Prag erregten die beiden an den Abgeordneten Stanek gerichteten Schreiben des Präsidenten Dr. Groß, die in der Sitzung mitgeteilt wurden, das lebhafteste Befremden der versammelten Abgeordneten.

Bei Besprechung der Versammlungsstätigkeit in den letzten Wochen kam die Unstimmigkeit zwischen Abgeordneten Wolf und Dr. Titta zur Sprache. Allgemein wurde hierbei der von Dr. Titta angeschlagene Ton bedauert, um so mehr, als sich herausgestellt hat, daß die ganze Angelegenheit offenkundig auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist, das durch völlig entstellte und unrichtige Wiedergabe einer angeblichen Äußerung des Abgeordneten Wolf hervorgerufen wurde. Jedenfalls hat es sich bei dieser Zwischenträgeri gewissen Reuten darum gehandelt, aus einem Zwist im deutschnationalen Lager Gewinn zu ziehen.

Anknüpfend an die bereits vor Weihnachten unternommenen Schritte zur Bildung einer die deutschnationalen Parteien umfassenden Gemeinschaft zwecks wirksamer Vertretung der deutschen Interessen wurde der Obmann beauftragt, an die deutschnationalen Parteien heranzutreten, um deren Zusammenschluß in einem deutschösterreichischen Vaterlandsverbande unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der eintretenden Parteien ehestens in die Wege zu leiten.

Der Obmann wurde ferner ermächtigt, die Schaffung eines deutschen Blocks, dem die Vertreter aller deutschen Wahlbezirke angehören sollen, in Anregung zu bringen, um den staatsrechtlichen Annahungen der Tschechen und Südslaven mit ganzer Kraft entgegenzutreten und ihre unausgesetzten Angriffe erfolgreich abzuwehren.

In diesem Sinne wurde die Absendung nachstehenden Schreibens an die Obmänner der deutschnationalen Parteien beschlossen:

Euer Hochwohlgehorener! Sehr geehrter Herr Kollege! Die Entwicklung der politischen Verhältnisse im österreichischen Reichsrat und die Gestaltung der Beziehungen Österreichs zum Auslande erheischen dringender denn je das feste Zusammenhalten aller deutschen Abgeordneten, wenn es sich um Angelegenheiten des deutschen Volkstumes handelt. Daher scheint die Zusammenfassung der Vertreter aller deutschen Wahlbezirke auf nationaler Grundlage in hohem Maße wünschenswert. Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die sich diesem Ziele entgegenstellen, soweit es sich um jene Parteien und Abgeordneten handelt, die seinerzeit dem Deutschen Nationalverbande nicht angehört haben. Wir glauben aber, daß bei voller Aufrechterhaltung des Gefüges der bestehenden Parteien zumindestens die Möglichkeit eines Zusammenschlusses derjenigen Abgeordneten, welche dem Deutschen Nationalverbande angehört haben, zur Wahrung der nationalen Interessen jederzeit gegeben ist. Alle Versuche, ein geeintes Vorgehen der deutschen Parteien zu erreichen, müssen aber scheitern, wenn nicht von vornherein gewisse nationalpolitische Ziele aufgestellt werden, deren Vertretung unbedingte Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem wirksamen Verbände der deutschen Abgeordneten sein müßte und deren auch nur teilweise Nichtanerkennung oder auch nur fallweise Ausgerachlassung bei Abstimmungen und gelegentlich des Auftretens in der Öffentlichkeit ohne weiteres Verfahren die Ausscheidung der Schuldtragenden zur Folge haben müßte.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Grundlage einer solchen Gemeinschaft sich nicht auf wirtschaftliche Fragen erstrecken könnte, weil die Verschiedenheit der Anschauungen auch in der Wählerschaft selbst eine viel zu weitgehende ist, und weil vernünftigerweise niemandem zugemutet werden kann, seine parteiprogrammatischen Grundsätze über Bord zu werfen.

Wohl aber dürfte die weitaus überwiegende Mehr-

heit der Abgeordneten, welche seinerzeit den Deutschen Nationalverband gestiftet haben, in Übereinstimmung mit ihrer Wählerzahl vom festen Willen besetzt sein, die Rechte des deutschen Volkes in Österreich zu wahren und für diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen, wo immer sie angetastet werden und von wem immer der Versuch hierzu unternommen werden sollte. Auf diesem Gebiete also ist die so notwendige Einheitlichkeit der deutschen Parteien gewiß un schwer zu erreichen und es wird sich nur darum handeln, von vornherein den Begriff des nationalen Interesses eindeutig zu bestimmen, um in Zukunft Meinungsverschiedenheiten und sich daraus entwickelnde Streitfragen auszuschließen. Damit müßte unseres Erachtens der Anfang gemacht werden. Sind die Meinungen hierüber einmal geklärt und eine Übereinstimmung geschaffen, so wird es ein Leichtes sein, zur Vertretung der als allen gemeinsam erkannten Ziele die erforderlichen Aemter und Vertretungskörper zu schaffen. Leider wurde bisher, aber, wie es leicht vorauszu sehen war, mit wenig Erfolg der umgekehrte Weg beschritten, indem immer wieder Vereinigungen gebildet und Personen mit der Vertretung der gemeinsamen Interessen betraut wurden, ohne daß vorher der Kreis dieser gemeinsamen Interessen unzweifelhaft festgestellt worden wäre. Wohl hat es an Versuchen auch dazu nicht gefehlt: Beweis dessen die Einsetzung von Unterausschüssen für einzelne Länder, von denen jedoch nur der deutschböhmische und der deutschmährische ihre Arbeiten begonnen und fortgeführt haben, während die übrigen zur Erledigung ihrer Aufgaben nicht gelangten. Welche Gründe dafür maßgebend gewesen sein mögen, ist an sich gleichgültig. Wenn aber das einmal als richtig erkannte Ziel auch nicht erreicht wurde, bleiben doch alle Voraussetzungen für einen neuerlichen Versuch aufrecht, ja, der Ernst der politischen Verhältnisse drängt gerade jetzt zu einer Wiederaufnahme des Versuches und zu scharfem Festhalten an dem Gedanken einer Einigung über die nationalpolitischen Auffassungen.

Auf Grund der dargelegten Erwägungen macht daher die Deutschradikale Partei den Vorschlag, zwecks Gründung eines deutschösterreichischen Vaterlandsverbandes ehestens zusammenzutreten, und bittet, bei dieser Gelegenheit Vorschläge hinsichtlich solcher Gegenstände zu erstaten, die nach Meinung der von Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege, geführten Abgeordnetenvereinigung von allen deutschnationalen Parteien unbeschadet ihrer sonstigen programmatischen Grundsätze vertretbar wären. Wir behalten uns vor, auch unsererseits bei dieser Besprechung mit Vorschlägen hervorzutreten.

Ferner bitten wir, die Bildung eines Vertreters aller deutschen Wahlbezirke umfassenden deutschen Blocks in Erwägung zu ziehen, dessen Bildung sofort nach Bildung des deutschösterreichischen Vaterlandsverbandes anzustreben wäre.

Von vornherein möchten wir zur Vermeidung von Mißverständnissen unseren Wunsch zur Kenntnis bringen, daß die Verhandlungen in vollster Offenlichkeit stattfinden und Vertraulichkeiten auf das allermindeste Maß beschränkt werden sollen, damit in der Bevölkerung nicht unrichtige Vorstellungen über Haltung und Tun der einzelnen Parteien entstehen.

Sobald wir im Besitze der grundsätzlichen Zustimmung zur Beschreitung des von uns vorgeschlagenen Weges von Seiten der Parteien und Abgeordnetenvereinigungen, an die wir unser heutiges Schreiben richten, sind, werden wir uns erlauben, die Vertreter der Parteien, welche unserer Anregung folgen wollen, zu einer Besprechung einzuladen und bitten Sie daher um tunlichst rasche Beantwortung unseres heutigen Schreibens.

Für die Deutschradikale Partei im Abgeordnetenhaus mit treudeutschem Gruß

der Obmann: K. D. Wolf.



Markt, durch  
Abdruck unter  
eich-Ungarn  
10 Pfennig.  
Berlin 12421.

Anzeigenpreise: Grundpreis der siebenzeiligen Zeile  
oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt  
sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis  
der dreizeiligen Zeile 2.50 M. In diesen Preisen treten  
20 v. S. Feuerungszuschlag. Stellensuche die Zeile 40 Pf.

38. Jahrgang

lin.

**„Ist Elsaß-Lothringen als autonomer Bundesstaat denkbar?“**

Unter diesem Titel läßt Prof. Dr. Kapp in Straßburg im Verlag von Julius Springer eine Schrift erscheinen, in der er aus eindringlicher Kenntnis des Landes und Volkes, der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zustände in Elsaß und Lothringen, diesen trotz ihrer reichsstaatlichen Verschwiegenheit einander so fremden, vielfach einander widerstrebenden Provinzen, den Gedanken der Bildung eines autonomen elsäß-lothringischen Bundesstaates prüft und verwirft. Die Wichtigkeit des Gegenstandes und die Berufenheit Kapps, darüber zu urteilen, rechtfertigen eine Skizzierung seiner wesentlichsten Gedankengänge.

„In Altdeutschland,“ sagt Kapp, „nimmt man an oder hat annehmen zu können geglaubt, daß der Krieg das im elsäßischen oder lothringischen Volkstum stehende deutsche Urelement zu geistigem bewußten Leben gestaltet und den deutschen Vaterlandsgedanken im Volke zur Auslösung gebracht hätte . . . Aber der Krieg konnte unmöglich diese Wirkungen hervorbringen; vielleicht, wenn er kürzer, einfacher verlaufen wäre. Doch die lange Dauer, die damit im Gefolge einhergehenden schweren Erfahrungen haben schon in Deutschland in den breiten Massen national herabstimmend gewirkt, daß erst recht von den Elsässern und Lothringern nicht erwartet werden kann, daß sie durch den Kriegsverlauf deutschbewußter geworden sind oder mit starken nationalen Gefühlen aus dem Kriege zurückkehren . . .“

„Anderwärts entbehrt in Deutschland ja die breite Masse im Arbeiter-, ja bis in den Mittelstand hinein, auch dieser starken geistigen nationalen Empfindungs- und Bewußtseinskraft; aber es ist doch immer eine nicht gerade dünne Schicht, besonders unter den Intellektuellen, vorhanden, die spezifische Träger bewußter Deutschtum, lebendiger nationaler Denkungsart sind; diese Schicht gibt überall die Gewähr der nationalen deutschen Entwicklung, der Herausarbeitung bestimmt deutscher Geisteswerte; aber diese Schicht, wie sie sonst im Bauern- und Bürgertum der anderen Bundesstaaten sich darstellt und die Garantie gibt für die Einfügung der bundesstaatlichen Volksindividualität in den nationalen Geist des Ganzen, die fehlt im Elsaß und fehlt in Lothringen; ja diejenige, die in erster Linie als Träger des bewußten nationalen Geistes in Betracht kommen sollte, das gehobene, gebildete, intellektuelle Bürgertum, hat im Gefühl des Unbefriedigtseins von dem bloß heimatlischen, Elsäßisch- oder Lothringisch-Vaterländischen vielfach nicht der Versuchung widerstehen können, den Anschluß an eine nationale Geistes- und Lebensbewegung zu suchen, die mehr nach dem Westen statt nach dem Osten weist . . . Danach wird nicht erwartet werden können, daß der etwa in Aussicht zu nehmende elsäß-lothringische Staatskörper sich von innen her so deutsch aufbaut wie ein anderer Bundesstaat.“

„Sofern man der deutschen Entwicklung des neuen Bundesstaates nicht ganz traut, so denkt man daran, die neue Staatsgründung durch allerlei Garantien zu sichern, will Vorsorge treffen, daß die französische Sprache eingedämmt, die heizerische Propagandatätigkeit von Frankreich herüber unterbunden, das Beamtentum zu entschiedener deutscher Haltung erzogen wird durch noch stärkere Betonung der deutschen Amtssprache und zeitweise Ausbildung des Beamtennachwuchses in Altdeutschland. Aber es bedarf keines weiteren Nachweises, daß solche Maßnahmen, die den deutschen Charakter des neuen Bundesstaates gewährleisten sollen, nur unheilvoll wirken können. Solche Beschränkungen und Ausnahmemaßregeln würden dem Lande erst recht wieder den Ausnahmezustand, in dem es sich trotz alledem befindet, zum Bewußtsein bringen, es so lange zu Protesten herausfordern, bis diese lästigen, als unwürdig empfundenen Fesseln wieder abgenommen würden. Eine Freiheit und Selbstverwaltung mit Kautelen ist eine innere Unmöglichkeit; alle die günstigen Wirkungen, die sonst die Autonomieerklärung haben könnte, würden durch derartige Bestimmungen wieder illusorisch. — Der Dualismus zwischen Regierung und Volksvertretung, der die Jahre hindurch wie ein erdrückender Alp auf dem Lande gelastet, wäre wieder da. Also, wenn einmal ein Bundesstaat, dann aber auch ein solcher ohne Dornen und Hecken. Entweder man fühlt sich der Bevölkerung so sicher, dann gebe man den Eigenstaat ohne jede Bedingung, ohne jede Belastung, oder man hat das unbedingte Zutrauen nicht, dann verschone man sie auch mit solcher Staatsgründung.“

Andere Ueberlegungen gehen davon aus, daß die Errichtung des elsäß-lothringischen Bundesstaates ganz unbedenklich gewagt werden könne, wenn man das Land syste-

## Preis der Anzeigen

Die kleine Zelle 70 d. Abendblatt 80 d. Reklamen  
 2.50 Aben.-tbl. 43.—, 30% Teuerungszuschlag.  
 Stellungsuche 10% Teuerungszuschlag. Familien-  
 anzeig. Sonderarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne  
 Verbindlichk. — Anzeig. nehm. an: Geschäftsstelle  
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-  
 str. 21. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Manerstr. 16/18.  
 Dresden: A. Waisenhausstr. 25. München: Parnassstr. 5.  
 Offenbach: Biedererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:  
 Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Expedit.  
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-  
 Druckerei G. m. b. H.  
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

## Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

## VIII. Austropolnische Politik.\*)

Für ein Gebilde wie das Habsburgerreich, unter dessen vielzweigen Nationen nur zwei vollständige sind, die Tschechen und die Magyaren, alle anderen aber bloß Glieder weitergestreckter Stammeskörper, gehen auswärtige und innere Politik fortwährend in eins zusammen. Die Entwicklung in den angrenzenden Staaten muß unmittelbar auf die Struktur der Monarchie zurückwirken. Sogar das Verhalten der Deutschen, die solange die ziemlich unergiebige Ehrenstelle der Staats- und Reichsnation eingenommen haben, erhält seine Richtung nicht allein durch ihr Leben im Staate, es wird wesentlich von dem Schicksal und der Meinung des großen deutschen Volkes draußen bestimmt. So ist es in noch höherem Grade bei Italienern, Rumänen und Südslawen, und es wird so bei den Ruthenen, die viel mehr als früher von dem sich nun kräftig regenden Volkstum der Ukraine abhängig sein werden. Eine Nation aber gab es, die mehreren Mächten angehörend, sich bei keiner so wohl gefühlt hat wie bei Oesterreich, und deren Entwicklung deshalb im Gegensatz zu den vorher genannten entscheidend von Oesterreich beeinflusst werden konnte: Die Polen. Es war ein sehr großer Erfolg des Kaisers Franz Josef, der diese seine persönliche Politik mit großer Konsequenz festhielt, daß eine Klasse, die in Europa als die erzevolutionäre galt, allein in seinem Reiche politisch gezähmt und zur dynastischen Loyalität erzogen wurde. Der Polenklub ist die immer zuverlässige Staatspartei Oesterreichs gewesen. Nicht, daß er sich für treue Dienste nicht hätte belohnen lassen. Aber, wie wir jetzt im Kriege sehen, die Gesetze des Marktes sind gar nicht immer gültig, es macht nicht so sehr viel aus, daß die Ware teuer ist, wenn man sie überhaupt nur kaufen kann. Vom Standpunkte jener letzten, alles überblickenden und gegeneinander abwägenden größtoesterreichischen Staatsraison, die freilich nicht in dem parlamentarischen Körperlichkeiten, auch nicht ohne weiteres in den Ministerien verkörpert ist, vielleicht aber in einem innersten vertrauten Ringe um den Monarchen, sind die galizischen Polen ein äußerst erwünschtes und nützlichcs Element gewesen. Ob nun bei den galizischen Wahlen ein wenig Blut vergossen wird, ob der Analphabetismus unter den Bauern ein paar Prozente höher ist als anderswo, ob die in nicht unbedeutender Zahl vorhandenen Juden sich durch soziale Zustände von besonderer Scheußlichkeit auffällig machen oder nicht, das kann für eine von so vielerlei schweren Sorgen geplagte Regierung nicht so wichtig sein, als daß die führenden Schichten der größten Staatsprovinz, eines Landes, das größer und wesentlich volkreicher ist als das Königreich Bayern, immer zur Verfügung standen, die Schweizergarde des dynastischen Gedankens bildeten. Dies wird in Deutschland kaum verstanden, wo man zwar viel Material über die unzähligen Einzelfragen Oesterreich-Ungarns hat, aber wenig inneren Blick für das Zusammengehen all dieser widerspruchsvollen Erscheinungen. Wie kann in Wien, sagen wir einmal, die seelische Haltung zur polnischen Frage die nämliche sein wie in Berlin, wo die Geschichte und unsere eigene Politik gänzlich verschiedene Voraussetzungen geschaffen haben? Es wird einiger Geschicklichkeit bei den verantwortlichen Staatsmännern bedürfen, wenn die Entscheidung schließlich das Verhältnis der Reiche nicht verändern soll, es sei denn zum Vorteil beider.

Ein Wort zur geschichtlichen Erklärung ist nicht zu vermeiden. Der politische Aufstieg, des Polentums in Oesterreich datiert aus derselben Zeit wie der magyarische, nämlich aus der Periode der Niederlagen auf den lombardischen und böhmischen Schlachtfeldern, und die Stellung, die Galizier im österreichischen Staate erhielt, ist ein schwächeres Abbild derjenigen Ungarns im Gesamtreiche. Nach den großen Verlusten an äußerer Macht wollte man die innere Einheit stärken. Die Polen hatten damals den blutigen und erfolglosen Aufstand von 1863 gegen die russische Herrschaft hinter sich. Der schwer gereizte Despotismus nahm fürchterliche Rache. Die Nation fühlte sich zertreten, selbst ihre physische Zukunft schien in Frage gestellt zu sein. In Preußen war nichts zu hoffen, Bismarck gründete ja seine Politik auf die engste Verbindung mit Rußland. Da traf das gequälte Volk ein Sonnenschild der Gnade vom österreichischen Kaiserthron, und es fand sich zum Glück für die Polen eine Partei, die fähig war, die Gunst der Stunde zu nutzen. Die entsehligen Lehren der Wirklichkeit gaben denen Recht, die klarmachten, daß mit dem allgemeinen Konspirieren gegen die Staatsgewalten nichts mehr zu erreichen sei. Diese realistische Stimmung kristallisierte sich in Krakau, am Sitze der alten Jagellonen-Universität, erst in einer historisch-politischen Gelehrtenschule, dann in einer Partei. Man untersuchte die nationale Vergangenheit und gelangte über den Schutt der Selbsttäuschungen und Phrasen zur nüchternen Erkenntnis. Schriftsteller fanden sich, die den Mut hatten, ihrem Volke

\*) Vergl. Erstes Morgenbl. v. 16., 20., 23., 25., Abendbl. v. 31. Dezember, Erstes Morgenbl. v. 6. und 10. Januar.

# Die politischen Vorgänge in Ungarn.

(Telegramm des „Fremden-Blatt“.)

Budapest, 16. Jänner.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist heute nachmittags nach längerer Pause abermals zu einer Sitzung zusammengetreten. Obzwar auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung ausschließlich die Feststellung der nächsten Tagesordnung stand, sind dennoch einige bringende Interpellationen eingebracht worden. Man hatte auch eine eingehende Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Welerle erwartet; die Erklärungen des Premiers waren aber allgemeiner Natur. Die Sitzung nahm einen ganz glatten Verlauf.

Im allgemeinen hat es den Anschein gewonnen, daß die ungarische Regierungskrise in den letzten Tagen bedeutend nachgelassen hat. Als ein Zeichen dieses Nachlassens kann auch der Umstand gelten, daß Dr. Welerle seine Wiener Reise verschoben hat. Ursprünglich hätte die Audienz des Ministerpräsidenten beim Monarchen im Laufe des morgigen Nachmittags stattfinden sollen und Ministerpräsident Dr. Welerle wäre aus diesem Grunde Donnerstag früh nach Wien gefahren. Dr. Welerle wird aber im besten Falle morgen abends, wahrscheinlich aber erst Freitag nach Wien fahren, um dem Monarchen seine Vorschläge zu unterbreiten.

Heute läßt sich bereits klar erkennen, daß die Krise sich in eine Rekonstruktion des Kabinetts auflösen wird. Ueber die Krise selbst liegen hier wenig Nachrichten vor, doch kommen aus Wien nicht uninteressante Meldungen. So schreibt „Magyar Ország“, das Organ der Karolyi-Partei: Aus Wien kommen Nachrichten, nach denen die Krise nachgelassen hätte. Nach diesen Nachrichten wird der Monarch Dr. Welerle abermals mit der Kabinettsbildung betrauen, und zwar unter der Bedingung, daß er das Wahlrecht vor allem unter Dach und Fach bringt. Ueber die militärische Frage ist diesen Nachrichten zufolge ein Uebereinkommen in Aussicht. Dr. Welerle wird seinen Wiener Aufenthalt dazu verwenden, um mit dem Kriegsminister und dem österreichischen Ministerpräsidenten Konferenzen zu pflegen und sie zu überzeugen, daß die von ihm geplante militärische Reform den Rahmen des Ausgleiches nicht überschreite und die Kampffähigkeit der Armee nicht berühre. Vor dem Ministerpräsidenten wird Honvedminister Baron Szurmay Besprechungen pflegen, der heute zur Behandlung der militärischen Fragen nach Wien gereist ist. „Magyar Ország“ sagt: Wir würden uns sehr freuen, wenn auf dieser Grundlage die Regierungskrise gelöst werden würde. Denn auf diese Weise wäre das Schicksal des Wahlrechtes gesichert und auch die militärische Frage könnte eine günstigere Lösung finden. In der Frage des wirtschaftlichen Ausgleiches werden wir auch dann noch der Regierung gegenüberstehen. Denn wir können nicht dulden, daß Ungarns wirtschaftliche Selbständigkeit weder auf 20 noch auf 10 oder gar auf 40 Jahre hindurch geopfert wird. In dieser Frage ist unser Standpunkt der, daß bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Lage des Landes ausschließlich das Volksparlament zu entscheiden berufen sei.

## Interpellation über die Armeefrage.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses richtete Abgeordneter Balla folgende dringliche Interpellation an den Ministerpräsidenten:

Unter Betonung des Umstandes, daß die Feststellung und Regelung des Wehrsystems der ungarischen Nation ein ausschließliches Recht der ungarischen Gesetzgebung und des verfassungsmäßig gekrönten ungarischen Königs bilden, frage ich den Ministerpräsidenten: 1. Hat er Kenntnis davon, daß sowohl die österreichische Regierung wie auch der gemeinsame Minister des Aeußern verfassungswidrig — letzterer durch das offiziöse Organ des Ministeriums des Aeußern, das „Fremden-Blatt“ — in feindlicher Weise zur Behinderung seines auf die Errichtung des nationalen ungarischen Heeres bezüglichen Programms in ungarische Angelegenheiten eingegriffen haben? 2. Was beabsichtigt er zu tun, um gegenüber diesen unberechtigten, verfassungswidrigen Vorgehen der österreichischen Regierung sowie des gemeinsamen Ministers des Aeußern das Prestige des ungarischen Staates zu wahren?

In Begründung seiner Interpellation führt Redner aus, der ungarische Ministerpräsident habe die Ausgestaltung der aus Ungarn rekrutierten Truppenkörper im ungarischen Geiste in sein Regierungsprogramm aufgenommen, und zwar schon damals, als er die Führung des Kabinetts übernommen habe. Das Recht der ungarischen Nation auf diese Ausgestaltung der ungarischen Truppen im ungarischen Geiste sei durch die im Gesetz festgelegten Rechte gesichert. Da dieser Punkt des Regierungsprogramms die Herrscherrechte des ungarischen Königs berühre, habe der Ministerpräsident in Form eines Memorandums Sr. Majestät die Unterbreitung gemacht, der Errichtung des ungarischen Heeres zuzustimmen. Dieses Vorgehen habe in Oesterreich die heftigste Opposition hervorgerufen. In Bagenburg sei ein Kronrat unter dem Vorsitz Seiner Majestät abgehalten worden, in dessen Verlaufe angeblich hohe Militärs auf das entschiedenste gegen das erwähnte Vorhaben Stellung genommen haben. Diese Stellungnahme sei keineswegs auf wichtige militärische Rücksichten, sondern ausschließlich auf politische Gesichtspunkte zurückzuführen. Schließlich erklärte Redner, daß es ein Fehler wäre, die Lösung dieser Angelegenheit auf die Zeit nach dem Friedensschluß zu verschieben.

## Dr. Welerle über die Armeefrage und die Wahlreform.

In Beantwortung der Interpellation Ballas erklärte Ministerpräsident Dr. Welerle, die Regierung habe die militärische Frage nicht deshalb in ihr Programm aufgenommen, um dadurch die Wahlreform beiseite zu schieben. (Lärm.) Er habe wiederholt erklärt, daß die Regierung die entschiedenste politische Verpflichtung übernommen habe, das Wahlrecht durchzuführen. (Lebhafter Beifall links und auf der äußersten Linken.) Allerdings habe die Regierung so wie viele andere wichtige Fragen auch den vom nationalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus selbständigen Ausbau der einen ergänzenden Teil der ganzen Armee bildenden ungarischen Armee in ihr Programm aufgenommen. (Langanhaltende Hilarität und Applaus links und auf der äußersten Linken.) So wichtig aber auch dieser Programmpunkt für die ganze Zukunft unserer Nation ist, so kann weder die sofortige Zugelassenbringung dieses oder eines anderen Programmpunktes ober, was er nicht hoffe, das Stoßen auf ein Hindernis hierbei einen Grund bilden, daß die Regierung von der Durchführung der Wahlreform abweiche. (Lebhafter Beifall links und auf der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident erklärt sodann, auch er besitze Kenntnis von den konzentrierten Angriffen, die österreichischerseits gegen diesen Programmpunkt gerichtet werden. Er könne aber den Interpellanten beruhigen, daß sich der Minister des Aeußern nicht unter den Angreifern befinde. (Bewegung.)

Abg. Ludwig Pollo (Karolyi-Partei): Bloß sein Blatt!

Ministerpräsident Dr. Welerle: Der Minister des Aeußern ist sich der mit seiner Stellung verbundenen Verpflichtungen sehr wohl bewußt und überschreitet nicht seinen Wirkungsbereich. Wenn der Interpellant frage, wie der Ministerpräsident diesen Angriffen gegenüber das Prestige des ungarischen Staates wahren wolle, so erwidere er, das könne nur auf die Weise geschehen, daß wir dieses Programm nicht nur aufstellen, sondern auch konsequent an diesem Programm festhalten, hinter welchem er wage es zu behaupten, die ganze Nation stehe (allgemeiner lebhafter Beifall) und von welchem er — ohne daß er die Person Seiner Majestät in die Debatte zu ziehen wünsche, ja er werde sie unter allen Umständen von Debatten zwischen den beiden Staaten pflichtgemäß fernhalten — zu sagen wage, daß diese Bestrebungen entschieden auch seinem Wohlwollen begegnen. (Allgemeiner Beifall und Händeklatschen.)

Der Ministerpräsident schließt: Schwermügende Veränderungen sind immer mit großen Emotionen verbunden. Dies sehen wir jetzt auch in Oesterreich. Vielleicht hat dies auch finanzielle, soziale und andere politische Gründe. Aber auch noch so hochschlagende Wogen müssen sich glätten. Wir müssen diesen Emotionen gegenüber nur auf eines achten, daß wir entschieden und konsequent Stellung nehmen. So sehr er auch auf dem Standpunkt stehe, daß die Regelung dieser Frage rechtlich eigentlich nur Sache der ungarischen Nation und des Königs sei (Zustimmung rechts und links), so müssen wir uns doch auch höhere politische Motive vor Augen halten. Er trachte, daß die Wogen geglättet werden und daß die entstandene große Emotion nicht nach der Lösung der Frage die Quelle neuer Differenzen sei. Eben jetzt sind Verhandlungen zur Verwirklichung dieser Bestrebungen im Zuge, und so wird es wohl der Interpellant natürlich finden, wenn er sich jetzt nicht ausführlicher äußere. (Lebhafter Beifall.)

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zum Kenntnis genommen und die Sitzung geschlossen.

## Rundgebung der Nationalen Arbeitspartei.

Die Nationale Arbeitspartei veranstaltete abends nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses im Rahmen einer Konferenz eine politische Rundgebung. Anlässlich des Jahreswechsels begrüßte Graf Ladislaus Bendheim den Präsidenten der Partei Grafen Rhuen-Hederbary und verwies auf die ungetrübte Einigkeit der Partei, die sich durch keinerlei Doctrinen von ihren Führern abspenstig machen lasse.

Graf Rhuen-Hederbary dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen seitens der Partei. Die Partei habe ihre Pflichten dem Vaterlande gegenüber unter den schwierigsten Verhältnissen erfüllt. Die Partei wünsche auch heute, daß Graf Stephan Tisza ihr Führer bleibe.

Abg. Badasz hielt die Begrüßungsansprache an den Grafen Tisza und sagte, solange Tisza an der Spitze der Nation stand, war Ungarn ein Land von Kraft, Einigkeit und starkem Willen. Die Politik war unter Grafen Tisza von Aufrichtigkeit erfüllt. Heute sei diese Aufrichtigkeit nicht einmal zwischen den einzelnen regierungsfreundlichen Parteien vorhanden.

Graf Stephan Tisza dankte und kam dann auf die aktuellen politischen Fragen zu sprechen. Er verwies auf den konzentrierten Angriff der österreichischen Faktoren gegen die militärischen Aspirationen Ungarns und betonte, daß die Partei in dieser Frage getreu den Traditionen an dem Ausgleich vom Jahre 1867 festhalte, wonach in dieser Frage zwischen der ungarischen Nation und dem ungarischen König durch fremde Faktoren ein Konflikt nicht heraufbeschworen werden könne; er glaube, daß auch diese Frage durch Initiative des Monarchen aufs Tapet gebracht worden sei. Was in dieser Frage zwischen König und Nation vereinbart wurde, dürfe durch niemanden angefochten werden. Bezüglich des Wahlrechtes bedauerte Graf Tisza, daß die Lösung dieses Problems gerade während des Krieges aufgeworfen wurde. Er gibt zu, daß das letzte Wahlgesetz bezüglich der Industriearbeiter manch

Armee bildenben ungarischen Armee in ihr Programm aufgenommen habe und das dieses Programm nicht nur die ganze Nation, sondern auch das Wohlwollen des Königs für sich habe. Keinesfalls aber werde durch ein eventuelles Hindernis, das sich der augenblicklichen Erledigung der Armeefragen entgegenstellen könnte, die Regierung der Pflicht entbunden, die Grundlage ihres Programms, die Erledigung der Wahlrechtsreform, anzustreben.

Das Haus nahm die auf die Interpellationen erteilten Antworten zur Kenntnis.

### Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl v. Szék

eröffnet um viertel 4 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, die Minister Ugron, Földes, Graf Serényi, Mezösih, Greccsák.

Schriftführer Karl Szűz (Sárdár), Max Ros und Alfred Pál.

Präsident stellt den Tagesordnungsantrag, der einstimmig angenommen wird. Danach wird das Haus seine nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 8 Uhr nachmittags halten. Auf der Tagesordnung stehen: die Wahl des Achtundvierzigerausschusses zur Beratung des Wahlrechtsentwurfes und des damit zusammenhängenden Antrages des Abgeordneten Eugen Kónay; die Wahl eines Mitgliedes der neunten Gerichtskommission; die Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Árpád Szentibányi.

Folgen die dringlichen Interpellationen.

Abgeordneter Roland Hegedüs:

Ich bat um die Erlaubnis, eine dringliche Interpellation in einer Angelegenheit zu unterbreiten, deren Bedeutung für das Land außerordentlich groß ist und deren Folgen und Gefahren unberechenbar sind. Dringlich wurde die Angelegenheit durch die österreichischen Angriffe und durch Äußerungen österreichischer Regierungsfunktionäre, Äußerungen, die nicht nur die Rechte, sondern auch die Interessen Ungarns schwer verletzen. Beobachterweise waren die von Seiten der ungarischen Regierung in dieser Frage erschienenen Erklärungen nicht geeignet, die große Erregung in wirtschaftlichen Kreisen zu beschwichtigen. Bekanntlich sind in der Frage der Beschaffung des Rohmaterials Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ungarischen und dem österreichischen Standpunkt aufgebrochen. Die ungarischen wirtschaftlichen Faktoren stehen auf der Grundlage, daß sie zumindest bis zur Höhe der Quote Anspruch auf die Beteiligung bei der Beschaffung des Rohmaterials besitzen. Die österreichische Regierung vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß die Quote nur solange Geltung besitzt, als wir Geld oder Rohmaterial hergeben müssen, in dem Augenblick aber ihre Geltung verliert, wenn uns Geld zurückerstattet wird oder wenn wir Rohmaterial erhalten sollen. Ich will jeden parteipolitischen Gesichtspunkt außer acht lassen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Herren Minister, an die ich meine Interpellation richte, erklären werden, sie stehen vollkommen auf dem Standpunkt der ungarischen Industrie, obwohl einige bisher in den Zeitungen erschienene Äußerungen nicht darauf schließen lassen.

Redner beschäftigt sich sodann mit den Vorgängen in der Quotendeputation. Die Mitglieder der ungarischen Quotendeputation stellten, den Intentionen der Regierung entsprechend, einen versöhnlichen Antrag. Die österreichische Quotendeputation wollte aber von allem Anfang an um jeden Preis einen Streit vom Zaun brechen. Sie suchte mit der Frage der Quote die Grenzangelegenheit zweier kleiner Gemeinden, sowie auch die Frage der Kriegsschäden zu verquickeln. Vergebens hat Abgeordneter Johann Teleky hier unter Zustimmung des ganzen Hauses die staatsrechtliche und rechtliche Unmöglichkeit der Auffassung nachgewiesen, die Frage der Kriegsschäden zu einer gemeinsamen machen zu wollen. Die österreichische Deputation hielt an ihrer Auffassung fest, ebenso wie sie mentwegt forderte, daß die ungarische Quote erhöht werde, weil sich Ungarn im Kriege sehr bereichert habe. Unter diesen Umständen mußte dem Gesetze entsprechend der König die Quote für ein Jahr feststellen. In weiterer Folge haben im Heeresauschusse der ungarischen Delegation Abgeordneter Josef Szjereñyi und Magnatenhausmitglied Franz Chorin nachgewiesen, daß Ungarn bei den Heereslieferungen um Milliarden benachteiligt worden ist. Wir müssen dafür Kompensationen fordern. (Allgemeine lebhaftige Zustimmung.) Wir sind zur Ueberzeugung gelangt, daß die wirtschaftliche Organisation der ungarischen Wehrkraft in Zukunft nicht mehr gemeinsamen Organen anvertraut werden kann. (Lebhafte Zustimmung. Rufe links: Warum haben Sie bisher die ungarische Armee nicht gefordert?) Wirtschaftlich gibt es keine andere Lösung, als die, daß wenigstens nach dem Kriege für die Versorgung der ungarischen Wehrkraft die ungarische Regierung verantwortlich sein soll. Redner ist überzeugt, daß die ganze ungarische öffentliche Meinung diese Auffassung teilt. Schon jetzt ist es aber Klugheit des Handelsministers, der volkswirtschaftlichen Hypertrophie des Kriegsministeriums ein Ende zu bereiten. Mit den zahlreichen wirtschaftlichen Unterabteilungen des Kriegsministeriums, in denen zumeist Herren sitzen, die keine Ahnung von wirtschaftlichen Fragen haben, muß aufgeräumt werden. Ausschließlich der Tätigkeit dieser Unterabteilungen sind auch zahlreiche wahrgenommene Fehler und Unterlassungen zuzuschreiben. Redner weist darauf, daß die Heeresleitung in der Frage der Valuta Fehler begangen hat, die als Schulbeispiele dafür gelten können, wie man eine Valutapolitik nicht machen darf. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben durch die Tätigkeit dieser Unterabteilungen nicht nur Milliarden verloren, sondern die Entwicklung unserer Industrie wurde auch arg benachteiligt.

Österreich will nun diese uns sehr schädigende Politik bei der Frage der Beschaffung des Rohmaterials in erhöhtem Maße zur Anwendung bringen. Die ungarischen Interessen werden schon bisher einfach ignoriert. So wissen wir, daß jüngst Beratungen zwischen österreichischen und deutschen Industriellen betreffend die Einfuhr von slowenischen Spinnpapier stattgefunden haben, ohne daß die industriellen Kreise Ungarns hiervon verständigt worden wären. Ähnlich verhält es sich betreffend den Warenaustausch mit Rußland; Österreich und Deutschland haben schon bisher sehr viel Ware nach Rußland exportiert, dagegen hat, soweit Redner informiert ist, Ungarn bisher nur ein Faß Branntwein nach Rußland gebracht. (Heiterkeit und Entrüstung.) Im vorigen Monat fand nun in Wien eine Konferenz statt, in der die ungarische Industrie forderte, zumindest im Verhältnis der Quote an den Rohmaterialien beteiligt zu werden. Was geschah nun? Die Österreicher und die Deutschen kamen darin überein, das Rohmaterial nach der Bevölkerungszahl zu verteilen. In diesem Falle würden auf Ungarn 44 bis 45 Prozent entfallen.

Die Österreicher wollen indessen nicht nur diesen Prozentsatz uns nicht geben, sondern nicht einmal die Quote von 38-4 Prozent, und fordern, daß wir uns mit der Produktionsquote begnügen. Wir haben schon wiederholt Anlässe zur Förderung unserer Industrie verpasst. Gehen wir auch in dieser Frage nach und nehmen wir die vom Sektionschef Niebl angebotene Produktionsquote an, so entsagen wir für immer der Möglichkeit, unsere Industrie fördern zu können. Österreichische Kreise und auch der Staatssekretär im ungarischen Handelsministerium gaben der Ansicht Ausdruck, man müsse auch an die Konsumenten denken. Das ist wohl wahr. Allein, wie kann man die Lage der Konsumenten verbessern, wenn man nicht in Ungarn, sondern in Österreich die Kleider fertigen wird, und wenn wir die ungarischen Betriebe, die viel kleiner sind, zur Preistreibererei zwingen? Ferner erklärte der Staatssekretär im Handelsministerium in der Sonntagsnummer des Pesther Lloyd, daß wir von Österreich zu den dort üblichen Preisen fertige Industrieartikel erhalten werden, wir sollen Österreich nur unser Rohmaterial überlassen. Das ist ja auch der Standpunkt der österreichischen Regierung. Keineswegs ist dies aber ungarische Industrieförderungspolitik. Diese erheischt, daß wir selbst das Rohmaterial aufarbeiten. Sollte es vorkommen, daß wir bei einzelnen Industrieartikeln das Rohmaterial nicht werden aufarbeiten können, so müssen wir eben die ungarischen Fabrikanlagen erweitern. Die Behauptung, daß unser Kredit gegenwärtig kleiner sei als der Österreichs, wo doch unsere Kurrenrente um fünf Prozent höher steht als die österreichische, bildet ein Argument, mit dem man nur Kinder schrecken kann. Könnte man die ungarische und österreichische Valuta trennen, so könnte Österreich so viel einkaufen als es will. Dagegen aber, daß es für unser Geld einkaufen, müssen wir uns auf das entschiedenste verweigern. (Lebhafte Zustimmung rechts. Rufe links: Die selbständige Bank!) Die Verschlimmerung unserer Valuta ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Leitung dieser Angelegenheit in die Hände ungeeigneter Personen gelangt ist. Diese Frage hat Redner mit mehreren anderen ungarischen Delegierten im Ausschusse der Delegation zur Sprache gebracht. Das Armeekommando erlaubte niemand, in diese Frage sich einzumengen. Wir können eine weitere Verschlimmerung unserer Valuta durch eine auf die Rohmaterialbeschaffung gerichtete Aktion Österreichs nicht dulden. Entweder müssen wir der Bevölkerungszahl oder der Quote entsprechend an der Rohmaterialbeschaffung beteiligt werden, oder aber wir müssen das Recht besitzen, mitzusprechen, was und wie viel Österreich kaufen werde. Redner richtet folgende Interpellation an den Handelsminister, beziehungsweise an den Minister für die Uebergangswirtschaft:

Hat der Herr Handelsminister Kenntnis davon, daß es hinsichtlich der Beschaffung des Kriegsrohmaterials, insbesondere hinsichtlich der Beschaffungen der Textilindustrie im wichtigsten Interesse der Zukunft der ungarischen Industrie liegt, daß wir zumindest im Verhältnis der Quote an dem Rohmaterial beteiligt werden? Hat der Herr Minister in dieser Beziehung entsprechende Verfügungen getroffen, hat er Vereinbarungen geschlossen, und wenn ja, welcher Natur sind diese Vereinbarungen? Insbesondere frage ich, hat der Herr Minister mit gebührender Entschlossenheit und in einer jedes Mißverständnis ausschließenden Weise den von einem Funktionär der österreichischen Regierung als Präzedenz konstruierten Standpunkt zurückgewiesen, demzufolge dieser die quotenmäßige Verteilung der Rohmaterialbeschaffung an Ungarn verweigert hat? (Lebhafte Beifall, Claque und Applaus.)

Handelsminister Graf Béla Serényi

Beschäftigt sich zunächst mit den Ausführungen des Interpellanten über die Umwandlung des Kriegsministeriums in ein Wirtschaftsministerium und teilt durchaus die Auffassung des Vorredners. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch er hält es für überflüssig, ja für schädlich, diese vielen Sektionen zu errichten, die einseitig, ohne dazu berufen zu sein und über Fachwissen zu verfügen, in die Wirtschaftsangelegenheiten des Landes dreinreden wollen. (Zustimmung links.) Der Minister weiß, daß auch der Kriegsminister dieser Ansicht ist und daß bereits Verfügungen getroffen wurden und Besprechungen im Gange sind, die die entsprechende Einschränkung dieser Sektionen bezwecken. Diese Entwicklung der Dinge basiert aber nicht auf der jüngsten Zeit (Zustimmung links), sie läßt sich auf den Anfang des Krieges zurückführen und hätte seinerzeit mit entsprechend energischen Maßnahmen sich wohl leichter verhindern lassen. (So ist's links.)

Auch in bezug auf die Ueberschweemmung der besetzten Gebiete mit unserer Valuta ist der Minister mit dem Interpellanten eines Sinnes; auch er hält diese überflüssige Ausfuhr der Krone für vollständig verfehlt und volkswirtschaftlich gefährlich.

Was den eigentlichen Gegenstand der Interpellation betrifft, so kann der Minister dem Hause die Beruhigung gewähren, daß während seiner Führung der Geschäfte keinerlei Erklärung oder Verfügung erfolgt ist, die ein Präzedenz bildet. Ueber die Frage des vielermähnten slowenischen Spinnpapiers sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange, über deren Ergebnis dem Minister zwar Meldungen noch nicht vorliegen, die aber auf Grundlage der Quote geführt werden. Der Minister muß jedoch nicht nur das legale Interesse der Vollbeschäftigung der Fabrikindustrie, sondern auch die Versorgung der Millionen Konsumenten mit Materialien und Bedarfsartikeln vor Augen halten. Prinzipiell müsse man bei Beschaffung der Rohstoffe auf der Grundlage der Quote stehen.

Abgeordneter Géza Polónyi: Auf der Grundlage der Bevölkerungsquote!

Handelsminister Graf Béla Serényi: Nein, auf der Grundlage der Finanzquote. (Lärm links.) Die Beschaffung der Rohstoffe ist jedoch im Grunde keine Regierungsaufgabe, sondern muß in erster Linie ein Ergebnis der Verhandlungen mit den Interessenten sein. (Rufe rechts: Die Aufgabe der Zentralen!) Sowohl, sie muß durch Verhandlungen mit den Zentralen gesichert werden.

Abgeordneter Graf Stefan Tisza: Das ist die Regierung.

Handelsminister Graf Béla Serényi: Mit Verlaub, die Zentrale ist keine Regierung!

Abgeordneter Baron Julius Mabarassy-Dea: Die Devisenzentrale muß aufgehoben werden!

Handelsminister Graf Béla Serényi: Es läßt sich gerade vom Gesichtspunkte der Konsumenten und der Fabrikindustrie Ungarns der Fall denken, daß es ein Interesse des Landes ist, ein Material auf dem Wege des Warenaustausches gegen ein anderes einzutauschen. Von diesem Gesichtspunkte und angesichts der riesigen Verluste und Schwächung der Zentralmächte durch den Krieg (Begeugung rechts) muß jeder einsehen, daß bei der Beschaffung gewisser Rohstoffe gemeinschaftlich vorzunehmen müssen, und zwar gemeinsam nicht nur

## Dringliche Interpellationen im Abgeordnetenhaus.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle in der Armeefrage.

Budapest, 18. Januar.

Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist eine Flut von Gerüchten vorausgegangen. Von allen Gerüchten ist nichts eingetroffen, die Beratung des Abgeordnetenhauses ging über das bereits seit Tagen feststehende Verhandlungsmaterial nicht hinaus.

Eine dringliche Interpellation des Abgeordneten Roland Hegedüs wurde, temperamentvoll vorgebracht und geistvoll pointiert, den Eingang zu einer wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung mit Österreich. Das Haus erkannte die volle Bedeutung der plastischen Darstellung Roland Hegedüs' und laute Zustimmung folgte seiner Bemerkung, daß die Versorgung des ungarischen Heeres durch gemeinsame Organe nicht erfolgen könne und der ungarischen Regierung zugewiesen werden müsse. Die quotenmäßigen Ansprüche des ungarischen Staates sind das Minimum dessen, was uns auf volkswirtschaftlichem Gebiete zusteht.

Handelsminister Graf Béla Serényi und der Minister für Uebergangswirtschaft Béla Földes, die hierauf das Wort ergriffen, ließen keinen Zweifel bestehen, daß sie bestrebt und willens sind, den quotenmäßigen Anspruch der ungarischen Industrie auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu vertreten.

Es folgte die Interpellation des Abgeordneten Mabar Balla, die die österreichischen Angriffe betraf, die gegen eine ungarische Heeresreform gerichtet wurden.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle stellte in seiner Antwort fest, daß die Regierung den in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht selbständigen Ausbau der einen ergänzenden Bestandteil der gemeinsamen

Pes

## Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 g. Abendblatt 80 g. Reklamen  
 2.50 Abendbl. 4.3. —, 30% Tonerungszuschlag.  
 Stellengesuche 10%, Tonerungszuschl. Familien-  
 anzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorsch. ohne  
 Verbindlich. — Anzeig. nehman: Geschäftsstelle  
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-  
 str. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Manerstr. 16/18.  
 Dresden A. Waisenhausstr. 25. München: Pernersstr. 5.  
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:  
 Nordstr. 63. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.  
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-  
 Druckerei G. m. b. H.  
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

## Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

## IX. Die galizische Frage.\*)

Es ist bisher nicht gelungen, für den Anschluß ganz Polens an das Reich der Habsburger eine Form vorzuschlagen, die ohne weiteres einleuchtend und politisch beruhigend wäre. Aus dem großen Polenstaate einen Unterteil Zisleithaniens zu machen, ein vergrößertes Kronland Galizien also, ist unmöglich, weil das ohnehin nicht sehr feste Gefüge jener Organisation dafür nicht geschaffen ist. Soll Polen als dritter Staat der Monarchie neben Oesterreich und Ungarn treten, so müßten die gemeinsamen Einrichtungen danach umgeändert werden. Ungarn, das heute rechtlich die Hälfte des Einflusses auf die Reichspolitik übt — tatsächlich mehr — würde sich dann mit einem Drittel zu begnügen haben. Da nun die Gefahr, in den Delegationen durch eine Verbindung österreichischer mit polnischen Stimmen majorisiert zu werden immerhin denkbar ist, so wird in Budapest ungeschaltet einzelner Gönner der Trias Oesterreich-Ungarn-Polen schließlich wohl geringe Neigung bestehen, den polnischen Staat in das Reich einzulassen. Es bliebe dann nur übrig, daß Polen und die Doppelmonarchie denselben Souverän hätten, aber keine Verbindung unter sich. In Wirklichkeit wird freilich ein Fürst, der über mehrere formell geschiedene Länder regiert, in seinen Entschlüssen immer seine Gesamtstellung berücksichtigen. Vor vierhundert Jahren war es möglich, daß Karl V. für sein spanisches Reich Kriege führte und Verträge schloß, die seine deutschen Erblande gleichgültig ließen. Ähnliches wäre heute undenkbar, selbst wenn es sich nicht um unmittelbar benachbarte Länder handelte. Mit dem Worte „Personalunion“ ist also noch wenig gesagt; man wird immer Mittel finden müssen, den politischen Ausgleich herzustellen. Wenn es nun aber nicht angeht, hiermit verfassungsmäßige Organe zu beauftragen, wie sie in dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn denn doch bestehen, wie ungeheuer wichtig ist dann die Aufgabe des persönlichen Faktors, der Kroner! Wenn es keine überstaatlichen Vertretungskörper, keine gemeinschaftlichen Minister, keine organischen Verträge gibt, dann ruht die Pflicht, die trennenden Tendenzen zu bekämpfen und die verbindenden zu stärken, auf dem Monarchen allein. Auch eine Folge des großen Krieges mit seinen demokratischen Wirkungen: Ein sehr wesentlicher Bestandteil der neuen Weltordnung soll gegründet werden auf die Meinung, die Fähigkeit, den Willen — eines Hofes.

Die Regierbarkeit des neuen Staates wird zum Teil davon abhängen, ob darin die in Galizien bisher maßgebenden Schichten führend sind. Sollte das politische Galizien etwa in Polen die Rolle einnehmen, die im Deutschen Reiche Preußen spielt, dann wäre eine Entwicklung nach den Wünschen des Monarchen und der konservativ-aristokratischen Elemente gewiß eher verbürgt. In dem Chaos der polnischen Zustände ist es schwer zu prophezeien, aber selbst in Galizien geht der Einfluß der konservativen und austropolnischen Gedanken zurück. Nicht, daß die Grundidee der Stanczyken, besonnene Realpolitik, vergessen wäre. Im Gegenteil, man könnte finden, daß die Lehren der Schule den Nationalcharakter eigentümlich verändert haben. Von dem alten Feuer der polnischen Seele wird man heute nicht viel bemerken, es ist wahrscheinlich da, aber überdeckt von der grauen Asche nüchtern rechnender Klugheit. Wenn sich in einem Volke, das so lange Zeit keinen Staat besaß, in dieser Stunde große Kreise als „Passivisten“ bezeichnen können, das heißt als Leute, welche es für besser halten, abzuwarten, was kommen wird, so muß das allerdings erlötend auf den Beschauer wirken. Heute oder nie müßten die Polen ihr Geschick in beide Hände nehmen. Auch wenn man alles gelten läßt, was sie zur Erklärung anführen, wenn die Mißgriffe auf unserer Seite groß waren, das Auftreten von deutschen Offizieren und Beamten Bestimmung hervorrufen konnte, so hätte der Seelenausschlag in der Befreiungszeit die Menschen doch darüber hinwegreißen, hätte vor allen Dingen die Aufstellung einer großen eigenen Armee gelingen müssen; denn der Einwand, daß die vorgeschriebene, zu unpersönlich klingende Eidesformel nicht geeignet gewesen sei, die polnischen Herzen zu begeistern, klingt wirklich nicht überzeugend. Hätten die Polen große Führer, so würde es wahrscheinlich anders stehen. Aber das ist eben der Fluch der politischen Unfreiheit, daß eine Nation es verlernt, wenn sie vertrauen und folgen kann. Da nun einmal eine flauere Stimmung nicht wegzuleugnen ist, so würden wir töricht sein, uns über die Grundtatsachen im Verhältnis der Polen zu Deutschland zu täuschen. Sie wissen, daß die Mittelmächte nicht in den Kampf zogen, um sie zu befreien, daß der wiederhergestellte polnische Staat ein Ergebnis zwingender Umstände ist, gewissermaßen ein Nebenprodukt in dem ungeheuren Einschmelzungsverfahren, bei dem Europa in den Hochöfen kam. Daher der verbreitete „Passivismus“. Die Deutschen glauben vielleicht, daß sie der Nation mit dem neuen Staate ein nie zu erhoffendes Geschenk machen; da-

\*) Vgl. Erstes Morgenbl. v. 16., 20., 28., 35. Abendbl. v. 31. Dezember, Erstes Morgenbl. v. 6., 10. und 18. Januar.

### Die Friedensdebatte im Budget- ausschuß.

In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses stand neuerdings die Friedensfrage im Mittelpunkt der Verhandlungen. Der erste Redner war Abg. Seitz, der sich in schärfster Weise gegen eine etwaige Verschleppung der Verhandlungen von Brest-Litowsk aussprach. In seinen Ausführungen erklärte er auch, die sozialdemokratische

Partei habe an den gegenwärtigen Arbeiterausständen keinen Anteil. Diese seien ohne Zustimmung der Partei entstanden und ein spontaner Ausdruck der Massen.

Nach ihm ergriff unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Ausschusses der Minister des Innern Graf Loggenburg — Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler war infolge dringender Konferenzen verhindert, im Ausschuss zu erscheinen — das Wort und gab über den Gang der Friedensverhandlungen die Erklärung ab, daß alles geschehen werde, um die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

In ungemein warmer Weise trat der Minister für den Minister des Innern Grafen Czernin ein, dessen Person und Charakter er überaus hochschätzte. Er entwarf hierbei sozusagen ein Porträt des Grafen Czernin und verglich ihn als Erwiderung auf eine Neußerung des Abg. Seitz mit Trozkij. „Graf Czernin ist ein Mensch“, sagte Graf Loggenburg, „der von seiner Ueberzeugung nicht einen Schritt abweicht, wenn es ihm auch die ganzen Stellungen koste, wenn es ihm auch zum Bettler machte. Das ist ihm gleichgültig. Er geht seinen geraden Weg, er ist eine der härtesten und konsequentesten Naturen, der ich je begegnet bin.“

Die Erklärung des Ministers des Innern wirkte im Ausschuss geradezu sensationell. Der Ton und die Form, in der Graf Loggenburg seine Ausführungen vorbrachte, riefen nachhaltigen Eindruck hervor.

#### Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der Budgetausschuß setzte heute die Verhandlungen über die Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten fort.

Abg. Seitz (Sozialdemokrat) bemerkt, niemand dürfe sich der Erkenntnis entschlagen, daß wir vor einer der geschichtlich wichtigsten Entscheidungen stehen. Für die heutige russische revolutionäre Regierung ist der baldigste Abschluß des Friedens geradezu eine Existenzbedingung. Andererseits ist der Friedenswille aller Völker soweit gebrochen, daß man sich wohl sagen kann, daß man die Pflicht hat, so rasch als möglich zuzugreifen.

Man verkenne nicht die Denkart der Männer, die die russische Regierung führen: Sie sind keine Diplomaten, keine Unterhändler, sie sind die Vertreter eines klargezeichneten, zellsicheren Programms. Zum Unterschied von allen Staaten der Entente will uns die russische Regierung keine handbreit Boden nehmen, sie sichert jedem Volke sein Selbstbestimmungsrecht innerhalb der eigenen Grenzen des Reiches, sie ist sogar so weit gegangen, sich jedes Einflusses auf unsere inneren Verhältnisse zu entziehen. Gegenüber einer solchen Regierung die Verhandlungen zu verschleppen, sei ein großer Fehler.

Was die polnische Frage betrifft, sind die Sozialdemokraten für die Freiheit des polnischen Staates, halten jedoch eine Personalunion mit Polen nicht für eine geeignete Lösung der Frage. Es läßt sich der Verdacht nicht abweisen, daß der schleppende Gang der Verhandlungen auch darauf zurückzuführen ist, daß man irgendeinen Einfluß auf Polen ausüben will. Die Sozialdemokraten verlangen von der Regierung eine klare und deutliche Erklärung, daß sie wegen Polen die Verhandlungen nicht werde scheitern lassen, ja nicht einmal sie zu verschleppen beabsichtige.

Es lasse sich der Verdacht nicht abwehren, daß in Deutschland nicht nur die Regierung verhandle, sondern sich auch die Generalität in die Politik einmenge, eine Tatsache, die ein großes Gefahrenmoment darstelle. Nicht nur der Ton des Generals Hoffmann ist es, man wird auch den Eindruck nicht los, daß die deutsche Regierung ihre Politik vom Militär beeinflussen lasse. Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten ist ungenügend. Die Sozialdemokraten haben wiederholt erklärt, daß sie das Vertrauen zu dem Grafen Czernin haben, daß er den Frieden will und anstrebt. Aber sie müssen andererseits auch sagen, daß allmählich das Vertrauen in die Kraft des Grafen Czernin zu schwanken beginne. Der Dinge Herr zu werden, den Einflüssen der deutschen Konservativen und Junker, der deutschen Annexionisten Widerstand zu leisten, um zu einem raschen Abschluß zu kommen.

Wenn Graf Czernin und unsere Regierung vielleicht der Meinung sein sollten, es gehe an, die Verhandlungen zu verschleppen, erklären die Sozialdemokraten dem gegenüber mit allem Nachdruck, daß man den breiten Massen ehestens die Versicherung geben müsse, daß der Friede mit Rußland nicht scheitern werde, insbesondere nicht an irgendwelchen territorialen Interessen oder an einem Interesse an Polen. Die Sozialdemokraten haben die Bewegung in den Massen der Industriearbeiter nicht angezettelt und nicht in die Wege geleitet, diese Bewegung ist ein spontaner Ausbruch des Willens der Volksmassen, ausgelöst durch die Schwierigkeiten in der Ernährung, aber verursacht durch die Erschütterung des Vertrauens auf einen raschen Abschluß der Ver-

handlungen mit Rußland. Wer glaubt, daß man noch warten kann, der irrt. Die Sozialdemokraten wissen, daß nach einem Abschluß des Friedens mit Rußland noch viel Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, sie wissen aber auch, daß dieser Friede die erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Frieden ist. Deshalb kann nur eines wirkliche Beruhigung schaffen, die Versicherung eines ehebaldigsten Abschlusses der Verhandlungen von Brest-Litowsk.

### Graf Loggenburg über den Minister des Innern.

Minister des Innern Graf Loggenburg: Ich möchte mir nur erlauben, ein paar Worte in Angelegenheit der Person unsres Ministers des Innern und des Charakters der derzeitigen Friedensverhandlungen vorzubringen. Der Vorredner hat betont, daß eine überwältigend große Zeit uns bevorsteht und daß wir heute vielleicht den ersten großen Anstalt dieser Neuentwicklung bereits mitmachen. Dieser Weltkrieg hat alles übertroffen, was je war, er hat ganz neue Bedingungen für die Weiterentwicklung der Gesamtheit geschaffen, und diese neuen Bedingungen beginnen sich nun in Tatsachen umzusetzen. Es wäre geradezu frivol, wenn irgend jemand, der heute zur Verwaltung und Vertretung öffentlicher Interessen berufen ist, diese Zeit nicht erkennen würde.

Ich glaube, Sie alle müssen es uns doch zuhändigen, daß wir sie geradezu erkennen wie Sie. Wenn das nicht der Fall wäre, so würden wir auf einer bedeutend tieferen Stufe stehen, als der große Teil aller denkenden Menschen, die es heute gibt. Die Angst des Volkes, daß ein Verleumen dieser Zeit irgendwo vorliegt, ist begreiflich, und es wird immer wieder die Aufgabe aller jener Männer sein, welche Einfluß auf das Volk haben, in dieser Richtung das Volk zu beruhigen und ihm zu sagen: „Ihr könnt darauf vertrauen, daß alle wissen, was auf dem Spiele steht.“

#### Trozkij und Czernin.

Meine Herren, wir haben das große Glück in dieser Zeit einen Minister des Innern zu haben, der, wenn er objektiv beurteilt wird, Vertrauen erwecken muß. Sie glauben, es als eine Schwierigkeit bezeichnen zu sollen, daß bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ein Exzellenzherr, der zufällig auch ein Graf ist, einem Volksmanne vom Typus des Trozkij gegenübersteht. Ich habe leider nicht die Ehre, Trozkij zu kennen. Ich kenne ihn nur nach den Schilderungen der Herren Sozialdemokraten und im übrigen nach den Schilderungen der Zeitungen.

Ich kann mir aber doch vielleicht ein Bild von ihm machen. Dafür kenne ich aber den Grafen Czernin ziemlich genau, und es klingt vielleicht paradox, aber ich kann Ihnen nach meiner vollsten Ueberzeugung sagen, daß Graf Czernin und Trozkij viele Ähnlichkeiten aufweisen, und daß gerade dieser Zufall, daß sich dort zwei ähnliche Menschen gegenüberstehen, eine Bürgschaft dafür bietet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk gut gehen werden. Sie sagen, daß Trozkij nicht einen Moment zögern würde, wieder als Schiffsjunge in die Welt hinauszugehen, irgendwo als Sträfling zu enden oder vielleicht in einer noch schlimmeren Form.

Ganz das Gleiche gilt — das kann ich ihnen sagen — vom Grafen Czernin. Graf Czernin ist ein Mensch, der von seiner Ueberzeugung nicht einen Schritt abweicht, wenn es ihm seine ganzen Stellungen kostet, wenn es ihm auch zum Bettler macht. Das ist ihm ganz gleichgültig. Er geht seinen geraden Weg, er ist eine der härtesten und konsequentesten Naturen, der ich je begegnet bin. Er hängt so gar nicht an überkletterten, vielleicht feudalen Nutzichten oder dergleichen, daß er mit sehr vielen Exzellenzen und so manchem Grafen in einem ganz essentiellen Widerspruch steht.

Ich glaube daher, daß Czernin wirklich nichts anderes im Auge hat, als zu einem Frieden zu kommen, der für Oesterreich annehmbar ist, daß er gerade der Mann für unsre Zeit ist, daß er der ist, auf den Sie alle unbedingt vertrauen können. Wenn Sie aber auf ihn vertrauen — und Abg. Seitz hat ja auch ausgesprochen, daß das Volk auf ihn vertraut —, so ist es doch ganz gewiß unser aller Pflicht, ihm zu helfen, es ist die heilige Pflicht aller jener, die den Frieden haben wollen. Vielleicht niemand, auch aus der Partei des Herrn Vorredners, will den Frieden aufrichtiger und wahrhafter, als ihn Graf Czernin zu erreichen bestrebt ist. Er wird die Friedensverhandlungen nach meiner Ueberzeugung überhaupt nicht scheitern lassen, sofern natürlich nicht ganz unmögliche Dinge als Forderungen an ihn herantreten. Aber diese ganz unmöglichen Dinge werden nicht herantreten, denn wir dürfen nicht vergessen, daß ja beide Teile den Frieden wollen.

Das hat ja auch der Vorredner betont. Wir treffen uns also in dem Hauptpunkte, daß wir und die Russen den Frieden haben wollen. Wie soll er da scheitern, wenn zwei Menschen sich gegenüberstehen, welche das gleiche wollen. Sie werden sich nur über den Weg zu einigen haben, den sie zu gehen haben. Verschleppungen von unserer Seite werden auch nicht ein-

treten, denn eine Verschleppung würde eine Absicht voraussetzen, welche sich mit den Ueberzeugungen des Grafen Czernin nicht deckt, weil Graf Czernin genau weiß, sowie wir alle es fühlen, daß ein möglichst rascher Abschluß des Friedens, so rasch wie es überhaupt nur möglich ist, im Interesse Oesterreichs gerade so wie in jenem Rußlands liegt.

Sie glauben an seine Aufrichtigkeit, sie beginnen aber seiner Kraft zu misstrauen. Sie müssen aber bedenken, unter welchen ganz besonderen Schwierigkeiten die Verhandlungen leiden.

Es ist das erstemal, daß Friedensverhandlungen nicht hinter hermetisch geschlossenen Türen geführt werden. Hat es denn je einen Frieden gegeben, dessen Ergebnis allen Parteien entsprochen hat? Wie soll es denn eine Friedensverhandlung geben, wo jedes Wort, das gesprochen wird, das Placet aller Parteien finden kann.

Es ist also begreiflich, daß Kritik geübt werden kann und Kritik geübt wird, sobald die Verhandlungen so offen geführt werden wie gegenwärtig. Wir haben aber alle, die den Frieden wollen, eine so große Pflicht, dem Grafen Czernin zu helfen, daß von seinen der Regierung doch nur zweierlei geschehen kann: daß ist die Abgabe der Erklärung, daß der Wille zum Frieden zu kommen, ein rücksichtslos aufrichtiger ist, so aufrichtig, als es überhaupt von irgendeiner Seite gewünscht werden kann.

Und ferner immer wieder an das Volk mit der Bitte heranzutreten, durch seine und seiner Presse Säkulation den Gang der Verhandlungen nur in einer Form zu beeinflussen, daß darin das Vertrauen, welches der Unterhändler braucht, um seinem Gegenpart standzuhalten, auch zum Ausdruck kommt, und daß ihm nicht, wie ich gestern bereits in kleinerem Kreise zu erwähnen Gelegenheit hatte, der Boden unter den Füßen abgegraben wird, den er haben muß, um bei den Friedensverhandlungen das zu erzielen, worauf wir im österreichischen Interesse nicht verzichten können.

Abg. Wolf führte aus: Die ganze Bevölkerung sehne sich nach dem Frieden. Auch diese Debatte habe den Zweck, die Friedensbestrebungen zu unterstützen. Es ist beklagenswert, daß sich jetzt Vorgänge abspielen, die geeignet sind, den Frieden zu verzögern und den Krieg zu verlängern, wenn die Feinde erfahren, daß in Wien ein Schreckensregiment begonnen habe von Leuten, die den Frieden um jeden Preis herbeiführen wollen.

Für eine Verzögerung des Friedensschlusses und für eine Verlängerung des Krieges werden alle diejenigen verantwortlich gemacht werden müssen, welche jetzt ein solches Schreckensregiment üben, das ganz der Auffassung von der Freiheit entspricht, wie sie auf Seiten der russischen Bolschewiken und der Volkshewiken in Wien zu finden ist. Das Schreckensregiment hat dazu geführt, daß das ganze Wirtschaftslieben noch mehr unterbunden ist als es jemals im Kriege der Fall war, und daß die Gegner der Bolschewiken an der freien Meinungsäußerung verhindert werden.

Er verweise darauf, daß gestern Leute in die „Ostdeutsche Rundschau“ eingedrungen seien, dort die Druckerei gestürmt und die Arbeiter gezwungen haben, die Arbeit einzustellen, um auf diese Weise das Erscheinen des Blattes unmöglich zu machen.

Abg. Wolf beantragte schließlich, es möge angesichts der Beherrschung der Straße durch die Bolschewiken, denen die Regierung bisher nicht mit der gehörigen Festigkeit entgegenzutreten wagte, die heutige Sitzung des Budgetausschusses aufgehoben und das Verlangen ausgesprochen werden, es sei die für den 22. d. einzuberufende Sitzung des Abgeordnetenhauses abzufagen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Wolf abgelehnt.



# Polen-Forderungen im Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 21. Januar.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Serat, v. Braklenbach, v. Eifenhardt-Rothe.

Abg. v. **Tramczynski** (Polen): Wir protestieren dagegen, daß auch der diesjährige Etat wieder Mittel anfordert „zum Schutze des Deutschtums“, die in Wahrheit der Bekämpfung des Polentums dienen. Das ist eine eigenartige Illustration zu den Verhandlungen in Vrest. Es war durchaus richtig, daß man in diesen Verhandlungen zunächst allgemeine Regeln festzulegen suchte, innerhalb deren man dann an die Lösung der praktischen Aufgaben heranzutreten konnte. Das nimmt vielleicht etwas mehr Zeit in Anspruch, aber für jeden denkenden Menschen ist nicht die Hauptfrage, ob dieser Krieg nun noch drei oder vier Monate länger dauert, sondern daß er nicht zu neuen Kriegen führt. Mit einem Machtfrieden darf dieser Krieg nicht enden, denn einem Machtfrieden würde das allgemeine Betrüben folgen, und jeder zufällige oder absichtliche Funke würde das Pulverfaß zur Entzündung bringen. Wir stehen auf dem Boden des **Verständigungsfriedens**. Zunächst möchten die Vrestler Verhandlungen einen verheißungsvollen Anfang und unterschieden sich wohlthuend von den Verhandlungen des Wiener Kongresses, bei dem die Völker wie Viehherden behandelt worden sind.

Aber die ersten Hoffnungen wurden durch das weitere Verhalten der Mittelmächte zu Schanden, die erklärten, daß sie zwar theoretisch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Schutz der völkischen Minderheiten anerkennen, die aber diese Fragen der internationalen Lösung wollen. Dieser Standpunkt ist völlig falsch. Es gibt im Völkerrecht keine Bestimmungen, und es ist auch nicht ungeschickliches Recht, daß ein Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischen darf. Alle Kriege seit 1864 beweisen das Gegenteil. Zu einer innerstaatlichen Regelung gehört doch in erster Linie Vertrauen, und wo sollen wir das Vertrauen bei uns nehmen? (Sehr richtig! bei den Polen.) Sollen wir an die Unparteilichkeit eines Schiedsgerichts glauben, zu dem etwa Herr von Heydebrand oder Freiherr von Jedlich gehören? Wir würden nur zu einem internationalen Schiedsgericht Vertrauen haben können, und ein Staat, der ein gutes Gewissen hat, braucht vor einem solchen Gericht auch keine Angst zu haben. Das deutsche Volk sollte es sich zweimal überlegen, ehe es diesen Vorschlag ablehnt. Ein Friede, der diese Frage offen ließe, würde die bisher in Preußen geübten Praktiken auch in anderen Ländern erstehen lassen, und wir würden in Rußland einen Verein zum Schutze des Russentums, in Ungarn einen Verein zum Schutze des Magyarentums und ähnliche Gründungen in Brasilien und Argentinien erleben. Die Völker müssen aus diesem Kriege lernen, daß nicht die Macht, sondern das Recht an erster Stelle steht. (Sehr richtig! links.)

Der Redner bespricht eingehend die national-politischen Verhältnisse in Oesterreich, wo selbst in den national-gemischten Gegenden die Verhältnisse befriedigend gelöst seien, allerdings in gegenseitiger Verständigung, und nicht durch einseitige Festlegung. Wenn im Wahlreformausschuß gesagt wurde, man könne das gleiche Wahlrecht nicht einführen, weil die dann zu erwartende Mehrheit die bisherige Polenpolitik nicht mehr mitmachen würde, so war das die Sünde. Zunächst werden diese Prediger des nationalen Hasses auch in Zukunft die maßgebenden Herren in Deutschland sein, denn wahrscheinlich dürfte ihnen die Sabotage der Wahlrechtsvorlage gelingen! Die Staatsregierung hat sich damit genügt, zu sagen, daß Repressivmaßnahmen gegen die Polen abgeschafft werden sollen, aber der Schutz des Deutschtums bleibe weiter die Aufgabe des Staates. Mit diesen Worten hat man bisher alle anti-polnischen Maßnahmen gerechtfertigt, selbst die Entziehung der Muttersprache gegenüber den polnischen Kindern.

Bei allen Katastrophen, die seit einem Jahrhundert über das deutsche Volk hereingebrochen sind, war der polnische Nachbar die einzige, vor dem das deutsche Volk Ruhe gehabt hat. Auch je

nehmen wir zwar den Fehdehandschuh auf, den uns die Konservativen und Nationalliberalen hinwerfen, aber gerade in der Befürchtung, daß die Annahme der Wahlreform die Fortsetzung der bisherigen Polenpolitik unmöglich machen würde, sehen wir den sicheren Beweis, daß in dem nach Ansicht dieser Herren zu erwartenden Kampf die Mehrheit des deutschen Volkes nicht unser Gegner sein würde! (Beif. Beifall bei den Polen.)

## Minister des Innern Dr. Drews:

Der Redner hat sich mit den Vrest-Litowsker Friedensverhandlungen beschäftigt und unseren Grundsatz getadelt, daß innere Angelegenheiten des einen Volkes ein anderes nichts angehen. An diesem Grundsatz halten wir fest. Ich glaube, daß durch die Beobachtung dieses Grundsatzes einig und allein die beste Sicherung gegen künftige Kriege geschaffen werden kann. Der Redner hat eine Anzahl von Kriegen angeführt, die dadurch entstanden sind, daß ein Volk sich in die Verhältnisse eines anderen hineingemischt hat. Wir wollen das in Zukunft nicht haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jedes Volk ein vollkommen selbständiger und mündiger Körper ist, und daß in seine inneren Verhältnisse kein anderer Mensch hineinzureden hat. (Beifall.) Der moderne Staat, wie wir ihn kennen, basiert auf der Idee der Selbständigkeit, der inneren Freiheit und Unabhängigkeit. Die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, die wir im Prinzip ebenfalls gutheißen haben und weiter gutheißen, steht dem in keiner Weise entgegen. Da handelt es sich lediglich um Streitfälle zwischen dem einen Volk und Staat und dem anderen in konkreten Fällen — genau so gut, wie wenn zwei selbständige, mündige, unabhängige Persönlichkeiten um einen bestimmten Rechtsanspruch streiten und dann vor den Richter treten, der das entscheiden soll, so ist es mit dem Prinzip der Selbständigkeit und Unabhängigkeit zweier Staaten durchaus vereinbar, wenn diese beiden Staaten in bezug auf einen bestimmten Fall sich dem von ihnen bestellten Schiedshof unterwerfen. Ganz anders aber ist es, wenn von einem Staat verlangt wird, daß er die Regelung seiner inneren Verhältnisse dem Spruch einer außerhalb stehenden Macht unterbreiten soll. Meinem Gefühl von Ehre und Würde eines Staates widerspricht es grundsätzlich, wenn man auch nur mit diesem Gedanken zu spielen wagt. (Sehr richtig!) Wenn wir ein Vasallenstaat sein wollten, der der Aufsicht und Bestimmung eines anderen unterliegt — ja, dann hätten wir den Krieg nicht zu führen brauchen, hätten die Millionen unserer Volksgenossen nicht bluten brauchen. (Sehr wahr!)

Das ist es ja, was unsere Feinde wollen: sie wollen uns knebeln, sie wollen nicht die freie und unabhängige Entwicklung, die uns zu hohen Zielen geführt hat, bestehen lassen. Lesen Sie doch, was Lloyd George und die anderen feindlichen Staatsmänner reden; sie wollen Preußen in seinem Innern umbrechen, sie wollen den Militarismus beseitigen, diese freie straffe Ordnung, diesen inneren Stolz, daß wir unsere eigenen Wege gehen wollen und auf Grund unserer eigenen Freiheit unseren Platz an der Sonne beanspruchen.

Für einen deutschen Mann ist der Gedanke unmöglich und unerträglich, daß uns irgendeine fremde Macht sollte vorschreiben können, was wir im Innern zu tun haben und was nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Der Redner hat auf das Nationalitätenrecht in Oesterreich hingewiesen. Aber Preußen ist ein einheitlicher Staat und an diesem Grundsatz werden wir stets festhalten. (Beifall.) Die Gefahr eines Nationalitätenrechtes liegt vor

unser aller Augen. Wenn insbesondere auf tschechische Verhältnisse verwiesen wird, so warnen gerade die Ergebnisse dieses Krieges uns vor der Beschreitung dieses Weges. (Zustimmung.) Mit diesem Gedanken sollten wir nicht einmal spielen. Weiter hat man angeregt, die die Provinzen Polen und Westpreußen eine Art **Autonomie** einzuführen. Ich muß erklären, daß jeder Gedanke der Einheitslichkeit des preussischen Staates durch eine solche **Autonomie** zu verrichten, für uns vollkommen indiskutabel ist. (Beifall.)

## Gegen polnische Postrennungsbestrebungen.

Die Aufrechterhaltung der Staatspositionen zum Schutze des Deutschtums hält sich völlig im Rahmen der den Polen gegebenen Zusagen. Wir haben im März den Polen eine mehr entgegenkommende Haltung versprochen, als wir sie bisher auf Grund des Verhaltens der Polen beobachten konnten. Wir wollen versuchen, von gewissen Repressalien gegen die Polen abzusehen, müssen aber nach wie vor unbedingt an der Aufrechterhaltung des Schutzes des Deutschtums festhalten. (Zustimmung rechts.) Auch weiterhin soll der deutsche Gewerbebestand, der deutsche Anständer und der deutsche Beamte durch Hingabe besonderer staatlicher Mittel unterstützt werden. (Hört, hört!) b. d. Polen.) Das steht in keiner Weise im Widerspruch zu dem Verzicht auf Repressalien. (Widerspruch b. d. Polen.) An unseren Zusagen können wir aber nur festhalten unter der Voraussetzung, daß die überwiegende Mehrzahl der polnischen Bevölkerung durch die Tat und durch ihr tatsächliches Verhalten beweist, daß sie jeden Gedanken einer Postrennung vom preussischen Staat abweist. Mit Staatsangehörigen, die mit diesem Gedanken weiter spielen, können wir nicht zusammenarbeiten. Erfreulicherweise haben sich bereits unter der polnischen Bevölkerung Stimmen in unserem Sinne erregt. Wären diese Stimmen sich mehrten. In der Hand der polnischen Bevölkerung selbst liegt es, welche Lust in Zukunft in der Ostmark wehen soll. Preußen ist ein einheitlicher Staat, ein deutsches Land, das ist der Wahlspruch, unter dem die Polenpolitik auch in Zukunft stehen wird. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Hoersch** (kons.): Die polnische Forderung, daß ein internationaler Gerichtshof über innerpreussische Dinge entscheidend mitreden soll, weisen wir zurück. Das entspricht auch der Auffassung Bismarcks.

Eine große Kundgebung der Vaterlands-Partei.

Die Ankündigung, daß Großadmiral v. Tirpitz heute, Sonntag, in der Vaterlands-Partei sprechen würde, hatte einen stürmischen Andrang zu der Versammlung hervorgerufen, die freilich nicht im Zirkus Busch, sondern in der Philharmonie stattfinden mußte, da die Polizei den Zirkus für Versammlungen nicht mehr genehmigt.

Ergellenz v. Tirpitz.

Ergellenz v. Tirpitz begann mit einem Danke an die Landes- und Ortsvereine für die rege Tätigkeit, besonders auch an die Frauen, die mit großer Wärme für die Bestrebungen der Vaterlands-Partei eingetreten seien. Der 24. September v. J., der erste Parteitag der D. V. P., hat gewaltigen Eindruck in ganz Deutschland gemacht.

nur ein Ziel:

den Siegeswillen unseres Volkes und die Kraft zur Ertragung von Entbehrungen dahelen so zu fördern, daß wir zu einem die Zukunft des Deutschland sichernden Frieden kommen können. In Empörung über den ungerechten und räuberischen Ueberfall stand beim Kriegsausbruch die Wucht unseres ganzen Volkes hinter dem gleichen Gedanken, den auch heute die V. P. vertritt.

Gegner unserer Bewegung

unterstellen uns vielfach Absichten, die wir nicht haben. Sie arbeiten mit Schlagworten, halten sich an das Wort „Partei“, schieben uns reaktionäre Bestrebungen unter und scheuen vor Vereumdungen nicht zurück. Über wir wollen nicht mit gleichen Mitteln antworten, sondern unsere Bewegung rein halten.

als dieser „Bund“, dessen Leitung politische Agitation radikalster Art ist und seine Mitglieder verheißt

Ich glaube, daß im Gegenstand gerade der überwiegende Teil der Kriegsbeschädigten das dringende Verlangen hat, den Krieg wirklich so ausgehen zu sehen, daß unser Vaterland Ersatz findet für seine Verluste und gegen neue Ueberfälle gesichert ist. (Stürmischer Beifall.) Diese Sicherheit wird nicht dadurch geschaffen, daß ein Teil der Sozialdemokratie erklärt, ein neuer Krieg werde nicht wiederkommen, denn auf Seiten unserer Feinde, auch bei den meisten Sozialisten, fehlt die entsprechende Bestimmung.

der Siegeswille der großen Volksmehrheit

trotz dreieinhalbjährigen Ringens und schwerer Entbehrungen ungebrochen ist und das Vertrauen zu unserer Obersten Heeresleitung unbegrenzt und unerschütterlich. (Stürmischer donnernder Beifall.) — Weiter erinnerte der Großadmiral an den Gedanktag der Reichsgründung. Im kontinentalen Einfrontenkrieg konnte das Reich noch in letzter Stunde errungen werden.

sehnige tun. Gewaltig ist der Kampf, aber herrlich das Ziel. (Stürm. anh. Beifall.) Der Großadmiral verlas dann einen

Brief von Hindenburg.

der für alle die Telegramme der vielen Gruppen der Vaterlands-Partei seinen Dank ausspricht und seine Befriedigung über das volle Vertrauen in Heer und Führer. Der Brief wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Dann erschien

Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. v. Wislawowitj-Moellendorf,

der mit seinen zündenden Worten die Versammlung zu stürmischen Zustimmungslundgebungen hinriß:

Als deutscher Professor aber auch als deutscher Student sprach er, denn beide sind eins und dieselben, wie vor hundert Jahren. Er als Mann der Gelehrsamkeit, der auch die andern Völker kannte und gerade deshalb, rief aus: einen Völker- und Verständigungs-frieden können wir nur erreichen, wenn Deutschland mächtig, furchtbar, unantastbar in seiner Friedfertigkeit steht.

Diesen Reichstag

vertreten ist, der schon lange Waghals in der Zeit eines Interregnums ist. (Stürm. Beifall.) Diese Leute verlieren ja nicht nur den Sinn für alle Realitäten, sondern auch für — die eigene Wichtigkeit! (Stürm. anh. Beifall.) Ist es vielleicht das Ziel dieses Krieges, daß Herr Erzberger die Bürgerkrone empfängt? Soll der deutsche Friedensengel, einst ein St. Michael, vielleicht Herr Scheidemann sein? (Stürm. Beifall.) Zu Lachen ist uns nicht zu Sinn. Wir denken an unsere Brüder, die draußen stehen. Sie sind nicht besetzt; aber sollen wir ihnen sagen: „March, nach Hause.“ damit die andern merken, wie artig wir sind? (Stürm. Beifall.) Wir müssen auch an unsere Toten denken: hatten wir ihnen die Treue bis zum deutschen Siegel? (Stürm. anh. Beifall.)

Fr. Dr. v. Kundstedt

wandte sich mit herzlichem und überzeugenden Worten an die deutschen Frauen und zeigte deren Verantwortung in der gegenwärtigen schweren Stunde.

Major Claessens,

ein kriegsblinder Offizier, im schwarzen Rocke mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse geschmückt, sprach darauf frische Worte über die Notwendigkeit eines deutschen Friedens, der uns Entschädigungen, Arbeit und Rohstoffe und Brot und Sicherungen bringen muß. Der Sieg ist der schnellste Weg zum Frieden. Unter donnerndem Beifall schloß der Redner mit dem Ruf: Mit Gott, unsern U-Booten und Hindenburg durch zu einem guten Ende!

Geh. Rat Prof. Dr. Noetjhe

entfesselte wiederum Stürme der Zustimmung durch seine Darlegungen, wie Deutschland ein Bund des Geistes mit dem Schwerte ist. Verjagen wir endlich die Rücksicht auf Lob und Beifall des Auslands und bekennen wir uns mutig zu unserer Art, und der deutschen-preussischen Monarchie.

Arbeitersekretär Hef

sprach kraftvolle Worte als Arbeiter. Er protestierte dagegen, daß die Sozialdemokratie für ihren Verzichtsfrieden immer im Namen der Arbeiterschaft schlechthin spreche. Die Arbeiterschaft hat das stärkste Interesse an einem deutschen Frieden. (Stürm. Beifall.)

Nach diesem Redner verlas Großadmiral v. Tirpitz

folgende Entschließung:

„Tausende von deutschen Männern und Frauen, unter ihnen zahlreiche Kriegsteilnehmer, in Berlin auf den Ruf der Deutschen Vaterlands-Partei versammelt, legen einmütig Zeugnis dafür ab, daß im deutschen Volke der feste Wille lebendig ist, in unerschütterlicher Treue zu Kaiser und Reich, in felsenfestem Vertrauen zur Obersten Heeresleitung auszuharren bis zum zwerfichtlich erwarteten endgültigen Siege. Ueber alle Räte des Tages hinweg ringt sich im deutschen Volke immer mächtiger der Gedanke durch, daß uns aus allen Opfern an Gut und Blut ein Frieden erwachsen muß, der unsere weite Zukunft auf starke, in Ost und West gesicherte Grundlagen stellt. — Ein Friede, der erneute Versuche, den unbezogenen Wettbewerber niederzuschlagen, für England zu gefährlich macht, der es zwingt, unsere Ebenbürtigkeit anzuerkennen und der unserer Kultur und unserer schwer heimgefügten Wirtschaft die Möglichkeit freier Entfaltung in der Welt sichert.“

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Dann erschollen Hochrufe auf die Vaterlands-Partei und ihre Leitung, auf den Kaiser, das Heer, Hindenburg. Aber immer noch nicht verließ die Versammlung den Saal, sondern sang noch stehend alle drei Strophen des „Deutschland, Deutschland über alles“. Damit schloß kurz vor 6 Uhr abends die machtvolle Kundgebung.

Ortsgruppe der Deutschen Vaterlands-Partei in Treptow.

Am Donnerstag, den 17. Januar, fand in dem großen Saale des Paradiesgartens in Treptow zur Bildung einer „Ortsgruppe der Deutschen Vaterlands-Partei in Treptow, Johannisthal und Ober- und Niederschöneweide“ eine Versammlung statt. Trotz der so überaus ungünstigen Witterungsverhältnisse, die selbst den Betrieb der Straßenbahn, der einzigen Verbindungsmöglichkeit zwischen diesen Vororten, vollkommen lahmgelegt hatte, war die Versammlung reich besucht, dank der in den Bekanntmachungen hervorgehobenen Mitteilung, daß der Landtagsabgeordnete Herr Harter D. Traub einen Vortrag zugesagt habe.

Der freudig begrüßte Redner sprach über die „Friedenssehnsucht und Friedenserfüllung“ und wußte die Zuhörer in andertalbstündiger Rede spannend zu fesseln. In lautloser Stille, die nur durch lebhafteste Beifallslundgebungen unterbrochen wurde, folgte man den reichen Bestatungen seiner Gedanken, die in der Zurecht gipfelten, daß trotz aller „Friedenssehnsucht“, die in den Herzen aller Deutschen ohne Ausnahme lebendig ist, die „Friedenserfüllung“, wie sie von der sogenannten Reichstagsmehrheit erstrebt wird, nicht stattfinden darf, daß vielmehr ein Friede von dauernder Bürgschaft nur durch die Niederwerfung unserer Feinde, England allen voran, zu erhoffen ist.

Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution wurde ohne Widerspruch angenommen und freudig zugestimmt, daß folgendes Telegramm an unseren Hindenburg abgefaßt wurde:

„Die neu begründete „Ortsgruppe der Deutschen Vaterlands-Partei der Berliner Vororte an der Odersee“ anbietet Ew. Ergellenz ehrerbietigsten Gruß in dem unerschütterlichen Entschluß, auszuharren bis zu einem deutschen Frieden, der unseres Vaterlandes Zukunft innerhalb seiner Grenzen unbedingt verbürgt.“

Die Versammlung hatte vollen Erfolg, denn zahlreiche Anmeldungen von neuen Mitgliedern konnten entgegengenommen werden.

Massenversammlungen in Köln.

Köln, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In Köln fanden heute 14 Massenversammlungen statt, in denen Redner aus allen bürgerlichen Parteien über die Friedensausichten und die Volksinteressen beim Friedensschluß sprachen. In allen Versammlungen wurde das alte Deutsche Einigende betont und der Wille zum Durchhalten aufs neue gestärkt.

Köln, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Eine mittags von der „Deutschen Vaterlands-Partei“ einberufene Versammlung, in welcher Kaplan Schöpen über das Thema „Von Bismarck bis Hindenburg“ sprechen sollte, war Stunden vor Beginn bereits hauptsächlich von Anhängern der Sozialdemokratie überfüllt. Als der Versammlungsleiter erklärte, der Referent sei am Erscheinen verhindert, erhob sich ein furchtbarer Lärm. Aus der Versammlung heraus verlangte man, daß andere Redner unter Zusage der Redefreiheit das Wort nähmen, worauf der Versammlungsleiter drohte, von seinem Hausrechte Gebrauch zu machen. Die Teilnehmer gingen unter Hochrufen auf den Frieden unter Absingung der Arbeitermarschlied auseinander.

# Die Erklärungen der Regierung

der Monarchie der verfassungsmäßige Einfluss auf diese Regelung gewahrt bleiben wird. Es liegt uns demnach ganz fern, Polen seine Staatsform oder irgend welche Beziehungen zu uns diktiert zu wollen. Die l. u. l. Regierung hat sich bereits damit einverstanden erklärt, daß es der Bevölkerung Polens überlassen werden soll, durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, und sie hat die Meinung ausgedrückt, daß dies am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung geschehen kann. Die l. u. l. Regierung hat sich auch bereit erklärt, wirksame Garantien zu vereinbaren, damit die Bevölkerung Polens ihre Entscheidung in voller Freiheit treffen könne und diese Freiheit durch die Okkupationsbehörden in keiner Weise beeinträchtigt werde. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete mußte die l. u. l. Regierung allerdings ablehnen; dies geschah aber nicht etwa aus dem Grunde, weil wir die militärische Okkupation dazu benötigen wollen, das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes nach irgend einer Richtung zu schmälern, sondern ausschließlich deshalb, weil wir bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten inneren Verhältnisse in Rußland diese Gebiete nicht ohne Gefährdung unserer militärischen Interessen räumen können. Doch sind wir auch bezüglich der Frage der Beilegung der Okkupation bestrebt, ein Kompromiß mit der russischen Regierung zu finden, und wir hoffen, daß dies bei gutem Willen auf beiden Seiten gelingen wird. Da sich die Monarchie bei der Lösung aller dieser Fragen von keinen eigennütigen Absichten leiten läßt und da sie bereit ist, den Wünschen der russischen Regierung so weit entgegenzukommen, als dies unsere Interessen gestatten, haben wir das absolute Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden.

Bezüglich der Verhandlungen mit der ukrainischen Republik ist die l. u. l. Regierung in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß diese Verhandlungen bereits sehr weit gediehen sind und einen baldigen befriedigenden Abschluß erhoffen lassen.

Die l. u. l. Regierung erkennt an, daß die patriotische Opferwilligkeit der breiten Volksmassen, die seit dreieinhalb Jahren sowohl an der Front als auch im Hinterland unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht erfüllt haben, den Wunsch durchaus gerechtfertigt erscheinen läßt, daß die Bevölkerung und ihre Vertreter über den Gang der Friedensverhandlungen unterrichtet werden. Der l. u. l. Regierung liegt es daher durchaus fern, den verfassungsmäßigen Einfluss der Delegationen und der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten der Monarchie auf unsere auswärtige Politik einschränken zu wollen, und sie ist insbesondere jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten. Die l. u. l. Regierung glaubt, daß die Informierung der Volksvertreter über den Fortgang und die Ergebnisse ihrer Bemühungen um den Frieden dazu beitragen wird, das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu unserer auswärtigen Politik zu festigen.

Schließlich verweise ich auf die bereits am gestrigen Tage verlautbarte Erklärung des Ministers des Meßens, die sagt:

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange, deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig. Ich hätte und bürge jedoch dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Überlegungsabsichten scheitern wird. Ich nähme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbartliches, auf festerer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

## Erklärung des Ernährungsministers über den Verpflegungsdienst.

Seiner besprech Minister Hüfer die Ernährungssituation und insbesondere die Frage der Reorganisation des Verpflegungsdienstes. Seine Darlegungen zusammenfassend, gab er folgende Erklärung ab:

Die Regierung ist bereit, die Organisation des Verpflegungsdienstes fortgesetzt auszugestalten. Dem Wunsche nach Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung ist durch die Verordnung des Amtes für Volksernährung, die die Räumung der Magazinsverfüge, Maßnahmen getroffen.

Die Nation der Selbstversorger ist in Getreide ausgedrückt und ergibt im Mehl umgerechnet bei Berücksichtigung der Ausmahlungsfähigkeit der kleinen Mühlen im Durchschnitt dieselbe Mehlquote wie bei den Nichtselbstversorgern.

Die Regelung der Vermahlung auf private Rechnung ist im Zuge. Die Landesbehörden wurden bereits angewiesen, dort, wo es die lokalen Verhältnisse zulassen, die Bohnmühlen zu schließen; Bohnmühlen, die sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen, sind auf alle Fälle zu sperren.

Die Regierung wird auf die straffe Erfassung der Lebensmittel und deren gleichmäßige Verteilung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln hinwirken. Ebenso wird für die bevorzugte Beförderung der Lebensmittel und für die Einheitslichkeit des Approvisionierungsbeschlusses, von dessen ungehörtem Fortgang in erster Linie der Erfolg aller Verpflegungsmassnahmen abhängt, Sorge getragen werden.

Die Regierung ist fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung und mit unserem Verbündeten unsere durch die Kriegsergebnisse und durch unsere geographische und wirtschaftliche Lage besonders erschweren Ernährungsverhältnisse durch einvernehmliches Zusammenwirken zu verbessern.

## Erklärung des Ministers des Innern über die Reform des Gemeindevahlrechtes.

Minister des Innern Graf Toggenburg erörterte das Problem des Gemeindevahlrechtes und den Standpunkt der Regierung hinsichtlich der Notwendigkeit von demokratischen Reformen auf diesem Gebiet sowie die verfassungsmäßige Seite der Angelegenheit und deren gerade in unserem Staatswesen besonders bedeutungsvollen nationalen Rückwirkungen. Er formuliert schließlich den Standpunkt der Regierung in folgendem Sinne:

Die Regierung erkennt an, daß die Voraussetzungen und Gesichtspunkte für die Behandlung des Gemeindevahlrechtes durch den Krieg eine wesentliche Veränderung erfahren haben. Sie hat sich, und zwar insbesondere im Hinblick auf die opferwillige Haltung und das verständnisvolle Zusammenwirken aller Volksschichten während des Krieges der Erkenntnis nicht verschlossen, daß künftighin auch auf diesem Gebiet des öffentlichen Lebens die schon dem Reichswahlrecht zugrunde liegenden demokratischen Prinzipien mehr als bisher zur Geltung gelangen müssen. Sie wird daher so bald als möglich den Landtagen jene Gesetzentwürfe vorlegen, welche geeignet sind, die Verwirklichung dieses Gedankens unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern und ergänzt durch das Verhältniswahlrecht durchzuführen. Ebenso legt sie allen einschlägigen, aus der Initiative der Autonomie (Gemeinden und Länder) hervorgehenden Projekten ihre bereitwillige werktätige Förderung zu. Gegenüber der Anfrage, wie sie sich zu Beschlüssen von Landtagen über Gemeindevahlreformen verhalte, die den Grundzügen des Reichswahlrechtes Rechnung tragen und ausgestaltet sind durch das Verhältniswahlrecht sowie durch Berücksichtigung der durch ihre Mitarbeit im Kriege begründeten Ansprüche der Frauen auf Beteiligung im öffentlichen Leben, erklärt die Regierung, daß sie aus diesen Gesichtspunkten kein grundsätzliches Sanktionsbedenken erhebe.

Die Regierung erklärt ferner, daß der vom niederösterreichischen Landtag beschlossene Entwurf eines Landesgesetzes über das Gemeindevahlrecht in den niederösterreichischen Industrie- und Gewerbeorten so rechtzeitig in Kraft gesetzt werden wird, daß die nächsten Gemeindevahlen schon nach dem neuen Gesetz erfolgen können.

## Erklärung des Ministers für Landesverteidigung über Kriegsleistung und Militarisation.

Minister für Landesverteidigung v. Czapsy sprach über die Militarisation und die Arbeitsverhältnisse in den Kriegsleistungsbetrieben sowie über die Bereitwilligkeit der Regierung, im Rahmen der vollen Sicherung der militärischen Notwendigkeit den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Seine Darlegungen gipfelten in folgender Erklärung:

Die Regierung erkennt gern an, daß die österreichische Arbeiterschaft trotz der erhöhten Arbeitslast und trotz der schweren Entbehrungen, welche wie der gesamten übrigen Bevölkerung auch ihr die harten Zeiten des langen Krieges auferlegen, bisher ihre Pflicht gegenüber dem Staate mit Hingebung und Opferwilligkeit erfüllt hat. Weiber hat der Krieg auch auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse in den Kriegsbetrieben gezeigt, daß sich die vom Frieden her bestehenden allgemeinen Vorlesungen, so insbesondere auch das Kriegesleistungsgesetz, nicht in jeder Hinsicht als zweckdienlich erwiesen haben. Für jene Fälle, in welchen im Interesse der Kriegsführung für die ungehörte Fortführung der Betriebe unter allen Umständen Sorge getragen werden muß, hat die bestehende Gesetzgebung der Militärverwaltung zu diesem Zwecke bisher nur das Mittel der sogenannten Militarisation der Betriebe.

Die Regierung verpflichtet sich nicht der Erkenntnis, daß diese Maßnahme für die Arbeiterschaft in verschiedener Beziehung — namentlich was die entsprechende Beteiligung auf dem Gebiet ihrer Berufsorganisation anlangt — empfindliche Beeinträchtigungen mit sich gebracht hat.

Da die Militärverwaltung im Wesen nur an der ungehinderten Fortführung und vollen Leistungsfähigkeit der frontalen

Betriebe interessiert ist und da die erwähnten Beeinträchtigungen damit nicht im unmittelbaren Zusammenhang stehen, ist die Regierung bereit, die unter dem Sammelnamen der sogenannten Militarisation fallenden Maßnahmen aufzuheben und zu diesem Ziele auf verfassungsmäßigem Wege ein neues Gesetz zu erlassen, welches den besonderen Verhältnissen dieses Krieges Rechnung trägt und die Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben auf einer rein zivilrechtlichen Basis regelt.

Auf das Arbeitsverhältnis der auf Grund des neuen Gesetzes herangezogenen Personen werden die bezüglichen Bestimmungen des Kriegesleistungsgesetzes natürlich nicht Anwendung finden.

Die Regierung wird den Entwurf des in Rede stehenden neuen Gesetzes, welches insbesondere auch die dadurch entfallende Zuständigkeit der Militärstrafgerichte durch die Zuständigkeit der zivilen Strafgerichte ersetzt wird, in kürzester Zeit dem Hause unterbreiten.

## Antwort der Abordnung.

Die Deputation erklärte, daß sie das Ergebnis der heutigen Besprechung den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft bekanntgeben und deren Beschlüsse der Regierung mitteilen werde.

Zum Schluß sprach der Ministerpräsident den Wunsch aus, daß die Arbeiter aus diesen Darlegungen volle Beherzigung schöpfen und die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen mögen. Es handle sich darum, durch volle Anspannung aller Kräfte diesen Krieg abzukürzen, der ja gerade die breiten Schichten der Bevölkerung so schwer befaße und dessen baldige ehrenvolle Beendigung wir alle in gleicher Weise von Herzen wünschen.

Am Schluß richtete Dr. Viktor Adler an die Minister folgende Worte: Geehrte Herren! Wir haben nun durch einige Tage die nicht leichte Arbeit gehabt, mit Ihnen im Auftrag der Arbeiterschaft deren Forderungen zu erörtern. Unbeschrieben sind die Arbeiter nicht; sie haben geduldig gewartet, so lange es möglich war und so lange sie wußten, die anderen wollen den Frieden nicht. Nun ist von Rußland und hoffentlich auch von den anderen anzunehmen, daß sie den Frieden wollen. Da sagten sich die Arbeiter: Jetzt können wir ihn erreichen, jetzt wollen wir ihn. Die Nachrichten über die Hemmungen trafen auf Menschen, deren Nerven erschöpft sind. Der Ausbruch war begreiflich. Wir danken den Ministern persönlich für ihre Bemühungen. Wir werden den Vertrauensmännern der Arbeiter berichten, die Lage schildern und ihren Beschluß einholen. Was zugestanden wurde, ist — das wollen wir nicht bestritten — ein erster Schritt zum Wandel. Wenn sich Hunderttausende Arbeiter entschlossen haben, ihre Ähne zu opfern, so zeigt dies den tiefen Ernst der Lage. Wie das Votum ausfallen wird, können wir nicht voraussagen; die Arbeiter können nicht geduldet werden, sie sind selbst Herren ihrer Geschicke! Wir werden den Herren Ministern ihre Antwort rashestens mitteilen.

Damit waren die Besprechungen zu Ende und die Abgeordneten begaben sich mit der Abordnung ins Eisenbahnerheim.

## Die Versammlung der Vertrauensmänner.

Die große Vertrauensmännerversammlung trat Samstagabend im Eisenbahnerheim zusammen und erlebte die Berichte über den Streit und die damit zusammenhängenden Vorlesungen. Inzwischen war die Nachricht eingelangt, daß die Verhandlungen mit der Regierung zum Abschluß gelangt seien. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die diese Verhandlungen führten, hatten von der Regierung begehrt, daß sie ihre Beschlüsse den gewählten Vertretern der Vertrauensmännerversammlung, der die zentrale Leitung des Ausstandes und alle Entscheidungen darüber obliegen, persönlich mitteile. Dr. Glöckner schlug also vor, aus der Mitte der Versammlung eine Abordnung zu wählen, die sich unmittelbar in die Konferenz der Minister mit den sozialdemokratischen Abgeordneten zu begeben habe. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag einstimmig zu und nahm die Wahl gemäß dem Vorschlag des Genossen Wiederhofer vor. Gemählt wurden:

## Die Abordnung.

- Steiner
- Mehall (Ottakring)
- Franz Thoma (Floridsdorf)
- Josef Hammerstich (Brigittenau)
- Wolfgang Bauer (Simmering)
- Karl Walz (Leopoldsdorf)
- Lösch (Eisenbahner)
- Ziegler (Eisenbahner)
- Geisler (Eisenbahner)
- Högler (Straßenbahnwerkstätte)
- Paulin (Fischer)
- Wieser (Währdrucker)
- Marie Schieler
- Wanich (Tabakarbeiterin)

Die Abordnung begab sich unter Führung des Abgeordneten Wöckel sofort zu der Konferenz. Die Versammlung wurde bis zur Rückkehr der Abordnung unterbrochen.

Nach nahezu dreistündiger Unterbrechung kam die Abordnung zurück und Abgeordneter Seih ergriff das Wort.

## Seih:

Die Verhandlungen mit der Regierung über die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen waren schwer. Sie haben bis 8 Uhr abends gedauert. Für 1/2 Uhr haben sich die Vertreter des Arbeiterrates angelündigt und um diese Zeit mußten wir aber Aufforderung der Regierung noch einmal zu einer Verhandlung zusammenzutreten, weil abermals Bedenken auftraten. Die Verhandlungen waren auch schwer deshalb, weil

# Die Etatslesung im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 21. Januar. (Fortsetzung.)

Abg. Dr. Hoersch (Konf.): Die polnische Forderung, daß ein internationaler Gerichtshof über innerpreussische Dinge entscheidend mitreden soll, weisen wir zurück. Bis zum Abschluß langfristiger Handelsverträge sollten wir durch Vorverträge für die handelspolitische Uebergangszeit gewisse Sicherheiten schaffen. Die staatssozialistische Belastung unserer Erzeugung und Verteilung kann natürlich nicht sofort mit Friedensschluß aufhören. Möge die Stunde der Befreiung aber bald kommen. Daher begrüßen wir das Ablommen mit der Ukraine, nach dem sogleich nach Friedensschluß der freie Handel in Tätigkeit treten wird. Gewiß gibt es bei uns große Ernährungsschwierigkeiten. Aber wie sieht es denn bei unseren Feinden aus? Italien und Frankreich rufen immer dringender nach Brotgetreide von Uebersee, und da muß uns der U-Boot-Krieg den Sieg verschaffen. Wären wir bei der Lebensmittelversorgung auf das Ausland angewiesen, wir wären diesen Ländern auch politisch rettungslos ausgeliefert. Daher müssen wir die landwirtschaftliche Erzeugung durch Zölle schützen. Wir verlangen Prämien für den Mehranbau von Kartoffeln und beantragen ausdrücklich, daß der Landwirtschaft möglichst sofort die zur Frühjahrbestellung nötigen Düngemittel zur Verfügung gestellt werden.

Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Rothe: Ich freue mich, da ich zum ersten Male in diesem Hause spreche, der Landwirtschaft die verbiente Anerkennung aussprechen zu können. Dieser Anerkennung wird auch jeder Verbraucher beitreten, der die Schwierigkeiten der Landwirte kennt. Mit jedem Kriegsjahr steigen die Ernährungsschwierigkeiten. Auch 1918 wird der Nahrungsmittelmangel wachsen, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt. Daher gebietet die Vorsicht, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen, wenn sie der Allgemeinheit zu Gute zu kommen versprechen. Die landwirtschaftliche Erzeugung auf ihrer alten Höhe zu halten und nach Möglichkeit zu steigern, ist das Gebot der Stunde. Deshalb stimme ich auch der Tendenz des Antrages auf Vermehrung des Kartoffelanbaues zu. Die Reichsinstanzen haben es abgelehnt, eine Prämierung der Anbaufläche eintreten zu lassen. Nicht nur deshalb, sondern weil die preussische Regierung sich von einem anderen Wege einen besseren Erfolg verspricht, hat sie gleichfalls hiervon Abstand genommen. Die Regierung hat erhebliche Mittel für die Beschaffung von Saatgut ausgemworfen. Ich hoffe, daß diese Maßnahme einen guten Erfolg haben wird und daß auch andere Bundesstaaten diesem Beispiele Preußens folgen. Die Erzeugung von Stickstoff wird mit allen Mitteln gefördert. Aber während des Krieges kann der Landwirtschaft nur ein Bruchteil des in Friedenszeiten verbrauchten Stickstoffes zur Verfügung gestellt werden. Die Einfuhr ausländischer Gemüsesämeereien ist Sache der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Für eine vierjährige Kriegsdauer ist unsere wirtschaftliche Lage immer noch erträglich, zumal wenn man bedenkt, daß nicht wir es sind, die den Krieg verlängern. Wir werden daher in Geduld die Entbehrungen weiter auf uns nehmen. Jedenfalls werden wir den Wirtschaftskrieg leichter ertragen, als diejenigen, die ihn uns aufgezwungen haben. (Beifall.)

## Bürokratische Hemmnisse.

Abg. Dr. Frenzel (Bpt.): Die Herren, die in Brest-Litowsk für das Deutsche Reich verhandeln, bedürfen der Ratshilfe nicht, die ihnen hier gegeben worden sind, und wir haben das Vertrauen zu ihnen, daß sie die schweren Aufgaben so zweckmäßig als möglich regeln werden. (Sehr richtig! bei der Bpt.) Der konservative Antrag verlangt, daß rechtzeitig, womöglich noch vor Beginn der Frühjahrskampagne, der Landwirtschaft Düngemittel, insbesondere Stickstoff, ausreichend zur Verfügung gestellt werden. So selbstverständlich die Bedeutung dieser Versorgung ist, so scheint es doch im Deutschen Reich noch einige sehr mächtige Stellen zu geben, die das nicht wissen, und zwar Stellen, die für die Versorgung mit diesen Dingen in erster Linie verantwortlich sind. Nach mir zugegangenen Mitteilungen wird den Reichsstickstoffwerken nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Betriebe voll auszunutzen und die noch im Bau befindlichen schneller zu fördern. Es ist das ein Kampf, den das Landwirtschaftsministerium und das Reichschatamt gegen andere Stellen im Reich, und zwar mit geringem Erfolge, führen. Die Reichswerke sagen, daß sie viel schneller und mehr produzieren könnten, wenn sie von dem bürokratischen Zwang, der auf ihnen lastet, befreit werden könnten. Monatlang haben die Reichswerke bei den Zuweisungsstellen um die nötigen Rohmaterialien — Kupfer, Kalk, Baumaterialien — petitionieren müssen und obgleich sie vorhanden waren, wurden sie erst freigegeben, als es viel zu spät war und andere Arbeiten, die sich an die Bauarbeiten anschließen sollten, hatten verschoben werden müssen. Auch mit der Arbeiterzuweisung war es so und als der Reichskohlenkommissar die Liste mit dem V- und D-Betrieben aufstellte, da standen merkwürdigerweise die Reichsstickstoffwerke nicht an erster Stelle. So ist es gekommen, daß augenblicklich die Reichswerke nur etwa 60 v. S. von dem Leisten, was sie leisten können, wenn diese Uebelstände behoben sind. (Hört! Hört! und Beifall.)

Abg. Waece (nlb.): In Brest-Litowsk kann sehr wohl einmal ein kräftiges Wort gesprochen werden. Die Leistungen der Eisenbahnen haben sich verringert. Zu den schon jetzt bestehenden großen

Lasten werden vielleicht noch eine Raketensteuer, eine Elektrizitätssteuer und eine Steuer auf die Textilindustrie hinzukommen. (Hört! Hört!) Wir werden diese Lasten nicht ablehnen können, um so mehr aber müssen wir für eine gerechte und gleichmäßige Steuerveranlagung sorgen. Wir bedauern, daß der Minister noch immer nicht gesagt hat, wie er zum Ausbau der Wasserstraßen steht. Wir verlangen keinen unerlösten Ausbau der Wasserstraßen, wünschen aber unter allen Umständen eine Verbindung vom Osten nach dem Westen. Die Abnutzung der Eisenbahnen ist so groß, daß wir in den nächsten Jahren wahrscheinlich werden Milliarden dafür ersparen müssen. Nach dem Kriege müssen wir wieder in die Märkte eindringen, aus denen uns die Feinde verdrängt haben. Dabei muß uns die Eisenbahnverwaltung durch Festsetzung der Tarife helfen.

Abg. Haenisch (Soz.): Wir lehnen die Tarifierhöhung ab, denn schon durch die letzten ungeschicklich verfügten Zuschläge sind Handel und Wandel bis zur Grenze des Erträglichen belastet worden. Wer heute nicht reisen muß, reist ohnehin nicht mehr. Wir wünschen eine Versöhnungspolitik gegen Polen und Dänen, allerdings im Rahmen unseres preussischen und deutschen Staates. Eine polnische Autonomie ist ein Traum und nicht einmal ein schöner. (Widerspruch v. d. Polen.) Ueber Genfur und Belagerungszustand haben wir lebhaft zu klagen. Wahlrechtsversammlungen sollten nicht gehindert werden, wie es das Oberkommando in den Marken getan hat. Das System Baldwin muß im Interesse der Volksgesundheit schleunigst beseitigt werden. Wir müssen alles vermeiden, was die schwierige Lage unserer Unterhändler in Brest noch erschweren könnte. Bei allen Vorbehalten sehen wir doch in Herrn v. Kühlmann einen Staatsmann von richtigen Qualitäten und verurteilen die gegen ihn gerichteten Treibereien. Wir wünschen eine ehrliche Verständigung mit Rußland, um so mehr, nachdem mit der Ukraine so günstige Ergebnisse erzielt worden sind. Nach dem Sturz des Zarismus gibt es keine Gegensätze mehr zwischen dem deutschen und dem russischen Volke. Wir brauchen russische Nahrungsmittel und Rußland braucht unsere Industrieerzeugnisse und geistige Hilfe. Das Mahhalten Bismarcks nach dem Kriege von 1866 gegenüber Oesterreich sollte auch im Osten zu ehrlischer, dauernder Verständigung führen. Auch wir wollen Oesterreich vor einer Wiederholung der Leiden von 1914 bewahren. Die freien russischen Grenzvölker sollen sein Schutzwall sein. Der beste Schutzwall aber ist ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zu Rußland. Ein Frieden mit Rußland bringt uns auch dem allgemeinen Frieden näher, indem die Engländer und Franzosen erkennen, daß wir keine Eroberungen wollen. Wir warnen davor, daß man wie vor 14 Tagen mit plumper Hand die Verhandlungen in Brest führt. Kein Frieden kann Ersatz bieten für die ungeheuren Kriegskosten. Der Internationalismus ist nur möglich auf nationaler Grundlage. Wir sind eine deutsche Arbeiterpartei und bekennen uns ohne alle nationale Ueberhebung als Deutsche. Als deutsche Sozialdemokraten wünschen wir einen Frieden, der Deutschland unverfehrt, unabhängig und in ungehinderter Entwicklungsfreiheit erhält.

## Eine elsass-lothringische Frage besteht für uns nicht.

Elsass-Lothringen ist und bleibt deutsches Land. (Beifall.) Das Sine inreden irgendeiner fremden Macht in deutsche Verhältnisse lehnen wir ab. Wir sind gegen gewaltsame Annexionen, aber das heißt natürlich nicht, daß kein Grenzstein verrückt werden dürfe. Die Parole der Vaterlandspartei heißt: Macht nach außen, Unfreiheit nach innen. Wir sind für den Verständigungsfrieden. Das preussische Junkertum klammert sich an das Dreiklassenwahlrecht als letzten Pfeiler seiner Macht. Das Verhalten der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage aber ist aufs Schärfste zu verurteilen. Der kluge und weischaurende Dr. Friedberg hat den Weg zum gleichen Wahlrecht gefunden. Dr. Lohmann aber wird die Partei in den Abgrund führen. Im Reichstage haben die Nationalliberalen die Wahlrechtsfrage ins Rollen gebracht, hier aber bekommt diese Partei Angst vor der eigenen Courage. Das gleiche Wahlrecht ist eine nationale Angelegenheit allerersten Ranges geworden; wer gegen das gleiche Wahlrecht ist, veründigt sich am deutschen Vaterland und legt schwere Verantwortung auf sich. (Beifall links.)

Abg. Herold (Str.): Au.) wir sind für eine Vermehrung des Kartoffelanbaues. Haben wir genug Kartoffeln, dann ist unsere Ernährung sichergestellt. Die erforderlichen Düngemittel sind bereit zu stellen. Je mehr Stickstoff angewendet wird, um so mehr kann die Erzeugung gesteigert werden. Die Herstellung des Stickstoffes im Lande muß den Preis billiger gestalten. Vor einer Besteuerung des künstlichen Stickstoffes warne ich. Groß ist der Mangel an Sämereien. Wir sind nach wie vor Gegner der Kampfgesetze gegen die Polen. Aber gegen die Summierung, daß die Polengesetze irgendwie einem internationalen Gerichtshof unterstehen sollen, müssen wir uns entschieden wenden. (Beifall.) Das Ausland hat uns da nicht hineinzureden. Ebenso wenig ist daran zu denken, daß eine oder mehrere unserer Ostprovinzen Autonomie erhalten sollen. (Zustimmung.) Den Polen selbst werden solche Forderungen nicht dienlich sein. In der Wahlrechtsfrage hoffen wir, uns mit der Regierung zu einigen. Dann werden wir geschlossen stimmen. Unverändert und unbefehlet

können wir die Regierungsvorlage nicht annehmen. Wir haben uns in der allgemeinen Aussprache zurückgehalten, um sie nicht aufzuhalten. Man kann aber nicht sagen: das Zentrum sinit und sinit und sinit — und schweigt. (Heiterkeit.) Die Friedensentscheidung des Reichstags ist das Gegenteil eines Verzichts auf den Sieg, da sie ausdrücklich Grenzicherungen fordert. Wenn wir den Sieg erfochten haben, bekommen wir auch einen Siegfrieden, dann werden wir alle eine einzige Vaterlandspartei sein.

Abg. Kloppenborg (Däne) wendet sich gegen die Posten im Haushaltsplane, die Mittel zur Förderung des Deutschtums in der Nordmark enthalten. Die zu Beginn des Krieges gegebenen Zusagen auf eine gleichmäßige Behandlung aller Volksteile sei nicht eingehalten worden. Nach wie vor herrscht der Polzegeist. Wir freuen uns aber, daß jetzt in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt wird und hoffen, daß es nun auch in die Praxis umgesetzt wird. Von der Durchführung dieses Grundsatzes erwarten wir in Nord-Schleswig die Erfüllung, unserer heißesten Wünsche.

Abg. Johannsen (srl.): Wenn die Anhänger des Vorredners in Nord-Schleswig sich als Loyale preussische Bürger bezeichnen, dann werden sie auch beim preussischen Geist Entgegenkommen finden.

Abg. Seyba (Pole): Auf die Ausführungen des Ministers des Innern, mit denen sich kein Pole einverstanden erklären kann, werden wir bei nächster Gelegenheit eingehend zurückkommen.

Abg. Fuhrmann wiederholt die bereits in der Presse veröffentlichte Darstellung der Vaterlandspartei über die Vorgänge in ihrer Berliner Lehrerversammlung und er bezeichnet die entgegengesetzten Berichte als erfunden und erlogen.

Abg. Haenisch (Soz.): Herr Fuhrmann hat die vorgekommenen Mißhandlungen der Kriegsbeschädigten nicht bestreitet können.

Der Haushaltsplan geht mit den dazugehörigen Anträgen an den Hauptausschuß.

Dienstag 1 Uhr: Anträge über Schiffahrtsbaracken, Salzfischereien, Mittelstandsfürsorge usw.

Schluß 6 Uhr.

# Waldschau

Politik  
Aller Stände



arkt), durch  
ung unter  
ch-Ungarn  
Brenntig.  
elin 12421.

Anzeigenpreise: Grundpreis der sieben-spaltigen Kleinzeile  
oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt  
sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis  
der dreispaltigen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten  
20 v. H. Feuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

38. Jahrgang

## n versenkt.

### schiffen in den Kampf.

#### Polen, Kartoffeln und Selbstbestimmung.

(Allerlei aus dem Abgeordnetenhaus.)

Etwas chaotisch gehen in der Haushaltslesung des preussischen Abgeordnetenhauses die Dinge durcheinander: Kartoffelanbau und Stickstoffversorgung, Polenpolitik und Schutz des Deutschtums, Brest-Litowsk und nationale Selbstbestimmung, Oesterreich-Ungarn, Ströbel und Zehngebote-Hoffmann.

Für Oesterreich-Ungarn läßt sich die Formel bilden: Es geht dort viel vor, man darf nur nicht sagen, was. Die Spöken pfeifen sich's ja von allen Dächern, und der „Vorwärts“ schreibt andeutungsweise ganze Leitartikel darüber. Der Zehngebote-Hoffmann läßt die Rahe aus dem Sack: „Warten Sie bloß, bis die Revolution kommt, wie in Oesterreich!“ Das erzählt mehr als man in zehn andeutungsweise Leitartikeln verraten und in hundert posthumen Beschwichtigungen wieder gutmachen kann. Man halte daneben die ekstatische Begrüßung der österreichischen Arbeiterschaft durch den „Vorwärts“, die man in der Lindenstraße aus Anlaß der vom Zehngebote-Hoffmann so gekennzeichneten Vorgänge für angebracht hält:

Der Arbeiterschaft Oesterreichs, der sich das Proletariat Deutschlands durch Bande der stärksten Solidarität verbündet fühlt, gilt unser Gruß! Unsere Seele haben gegen die neue Erklärung des Grafen Czernin zur Kenntnis genommen, und sie haben mit uns gefühlt, daß aus dieser Erklärung noch etwas anderes klingt als Ministergesinnung und Diplomatenwitz. Es liegt in ihr ein Ton kategorischer Bestimmtheit, und man hat den Eindruck, daß sich in ihr ein Wille aufrichtet, so stark, wie es nur der Wille von Massen sein kann. Aus den Worten des Grafen Czernin sprachen diesmal die Völker Oesterreichs, sprach vor allem das österreichische Proletariat.

Dies neue Gesöbnis wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht inzwischen Ereignisse eingetreten wären, die das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Diplomatie erschüttert hätten. Entgegen allen früheren Versprechungen machte sich die Absicht bemerkbar, Rußlands augenblätliche Schwäche zu benutzen, um mit der Schlinge des Selbstbestimmungsrechts lebenswichtige Teile von diesem Reich abzuschneiden... Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß das österreichische Ereignis seine tiefgreifende Rückwirkung auch auf Deutschland haben muß. Wir sind in den letzten Tagen an Abgründen vorbeigewandert. Uns drohte, als Frucht der alldeutschen Propaganda, nicht nur das Scheitern der Friedensverhandlungen mit Rußland, sondern auch die völlige weltpolitische Isolierung. Diese Gefahr kann nur dadurch überwunden werden, daß die deutsche Regierung, ohne eines weiteren Ansporns dazu zu bedürfen, entschlossen an die Seite des österreichischen Bundesgenossen tritt, daß sie sich mit der Erklärung des Grafen Czernin solidarisch erklärt und aus ihr alle praktischen Folgerungen zieht, die ehrlicherweise aus ihr gezogen werden müssen... Dieser Bundesgenosse hat jetzt das Recht, beim Abschluß des Friedens mitzusprechen, und wenn er das im Sinne der letzten Erklärung des Grafen Czernin tun will, so sei ihm von hier aus gesagt, daß er damit auch im Interesse und nach dem Wunsch der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes handeln wird... Es darf keinen Unterschied auch nur der Nuance geben zwischen Herßling und Czernin!... Die deutsche Regierung darf nicht sich vom eigenen Volke isolieren... Ein solcher Zustand müßte seine inneren Folgen haben, denen jeder mit Verstand begabte Staatsmann aus dem Wege gehen wird... Wir grüßen die Arbeiter Oesterreich-Ungarns und sagen ihnen: Auf den Schlachtfeldern hat sich euer Blut mit dem unsern gemischt. Jetzt geht es um den Frieden, und da sind wir und bleiben wir eure Bundesgenossen!

Jener Jubelruf des Zehngebote-Hoffmann und diese bundesbrüderliche Kundgebung des „Vorwärts“ an die österreichische Gasse und den Grafen Czernin erzählen jedem, der Ohren hat, zu hören, mehr als die gesamte deutsche Presse verschweigen kann. Vergebens werden wir wieder einmal gewöhnt haben, andere Leute würden nichts sehen, wenn wir die Augen zumachen, andere würden nicht hören, wenn wir uns die Ohren zuhalten.

Beherrschend in dem Allerlei dieser preussischen Haushaltsunterhaltung war die Polenfrage, durch Herrn v. Tramczynski mit all der zarten Bescheidenheit uns ins Gesicht geworfen, die wir von der Dankbarkeit der Söhne des weißen Adlers seit jenem berühmten 5. November gewohnt sind, da wir ihnen die erste, bis jetzt einzige weltgeschichtliche Gemacht und Wesen in sich tragende Frucht unseres blutigen Ringens, die bis jetzt einzige Ernte aus unerhört teurer Saat von deutschem Gut und Blut um ihrer schönen Augen willen darbrachten. Herrn v. Tramczynskis Rede schließt sich als ein neues Glied würdig an die Kette jener Kundgebungen an, durch die uns die Polen seit jenem

22  
31

## Erklärungen des Ministerpräsidenten.

### Die Prager Deklaration der Tschechen.

Das große Ereignis der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war die Rede des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, in der er, die Interpellation der Abgeordneten Bacher, Oberleithner und Baron d'Elvert über die Prager Deklaration der Tschechen beantwortend, gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen der Tschechen Stellung nahm.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde fortgesetzt von Zwischenrufen der tschechischen Abgeordneten unterbrochen. Zeitweise mußte Dr. v. Seidler infolge des großen Lärmes, der durch Auseinandersetzungen zwischen deutschen und tschechischen Abgeordneten immer wieder ausbrach, in der Verlesung seiner Rede innehalten. Die Rede des Ministerpräsidenten hat auf der linken Seite des Hauses einen guten Eindruck gemacht. Er wurde nach ihrer Beendigung von zahlreichen deutschen Abgeordneten beglückwünscht. Zu Beginn der Sitzung hielt der Präsident dem verstorbenen Vizepräsidenten Bernerstorfer einen warm empfundenen Nachruf. Der Präsident hat den Beschluß des Herrenhauses über die Kriegsteuer neuerdings dem Finanzausschuß zugewiesen und diesem zur Berichterstattung eine dreitägige Frist gestellt.

In einer Zuschrift der Staatsschuldenkontrollkommission wird mitgeteilt, daß die Kommission zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, die Protokolle und Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission an den Kaiser den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zu übermitteln. Im Einlauf befinden sich neben den Anfragen der Deutschen und Tschechen mehrere Regierungsvorlagen, darunter ein Gesetzentwurf betreffend die Ausstattung der Goldmünzen und Silbermünzen, ferner betreffend die Regelung der Sonntagruhe im Gewerbebetriebe während der Kriegszeit. Vor Eingang in die Tagesordnung erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler das Wort, der ausführte:

### Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler:

Die sehr geehrten Herren Abgeordneten Bacher, Dr. v. Oberleithner und von d'Elvert haben an mich eine Anfrage über die Resolution gerichtet, die am 6. Jänner d. J. zu Prag in einer Versammlung von dem Ges. Spoz angehörenden Abgeordneten unter Zuziehung von früheren Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten gefaßt wurde, auf welchen Gegenstand sich auch die Anfrage der Herren Abg. Stanel, Habermann, Dr. Gruban, Alofac, Dr. Koerner, Dr. Stranzky, Sedlak, Lufar, Ubrzal und Genossen betreffend die Konfiskation dieser Resolution bezieht. (Rufe bei den Tschechen: Verlesen die Resolution! — Gegenrufe links: Ruhe!)

Ich möchte umsoweniger zögern, hierauf zu antworten, als es auch mir durchaus notwendig erscheint, klipp und klar auseinanderzusetzen, wie die Regierung über jene Rundgebung denkt.

Abg. Dr. Soukup: Wie lautet diese Rundgebung? Warum konfiszieren Sie sie? (Gegenrufe links: Sie werden es schon hören! — Zwischenrufe bei den Tschechen.. — Lärm.)

Abg. Fro: Konfiszieren Sie doch die Antwort nicht! Präsident gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Meine sehr geehrten Herren! Von dem Fehler irgendwelcher nationaler Einseitigkeit weiß ich mich frei; es ist mein Bestreben, jedes politische Ereignis ohne Voreingenommenheit zu beurteilen; jedem Standpunkt möglichst gerecht zu werden. Ich habe kürzlich, und zwar in einem ähnlichen Zusammenhange erklärt, daß ich jede politische Ueberzeugung, mag sie auch von der meinen noch so weit entfernt sein, achte, und daß ich bereit bin, mich mit ihr ernsthaft und aufrichtig auseinanderzusetzen. Allerdings stelle ich dabei eine Bedingung, daß nämlich auch der Gegner dasjenige, was uns allen das Heiligste sein muß, das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, als obersten Gesichtspunkt unverrückt im Auge hat.

Abg. Kalina: Das haben die böhmischen Abgeordneten getan! (Lebhafte Widerspruch und Lachen links.)

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Die Deklaration vom 30. Mai d. J. hielt sich zwar nicht im Rahmen der konkreten Verfassungsbestimmungen

und forderte insbesondere auch insoweit den schärfsten Tadel heraus, als sie gegen die Hoheitsrechte der Länder der ungarischen heiligen Krone verstieß. Aber sie nahm doch ausdrücklich Bezug auf das Interesse der Dynastie und des ganzen Reiches, fasste ihre Ziele innerhalb eines, wenn auch loseren gesamtstaatlichen Zusammenhanges ins Auge und zeigte, was die außenpolitische Orientierung und die wesentliche Tendenz anbelangt, einen Charakter, der mit den dynastischen und patriotischen Grundbegriffen des Oesterreichers nicht in Einklang zu bringen war.

Ich brauche nicht erst hervorzuheben, daß ich mit den darin niedergelegten Anschauungen nicht übereinstimme; aber ich konnte mir unbeschadet aller Schärfe der prinzipiellen Gegensätze und der Notwendigkeit ihrer rückhaltslosen Betonung doch wenigstens auf sonstigen indifferenten Gebieten der praktischen Politik ein Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien einerseits, den Anhängern jener Deklaration andererseits denken. Die Prager Resolution trägt ein anderes Gesicht. Ihr Ursprung liegt wohl in denselben nationalen Strömungen, wie jener der Deklaration vom 30. Mai. Aber vergeblich sucht man in ihr einen auch nur entfernten Anklang an die dynastische und gesamtstaatliche Zugehörigkeit. Es ist politische Denkart, das in ihr zum Ausdruck kommt, scheint den Suggestionen einer Gedankenwelt erlegen zu sein, mit der wir uns in einem bisher nicht dagewesenen Existenzkampfe höchst erfolgreich auseinandersetzen. Die Resolution stellt sich gewissermaßen auf einen internationalen Standpunkt und verfolgt ihre partikularen Ziele zwischen Oesterreich und seinen Feinden, bereit, zum Mindesten im Friedensschlusse internationale Förderung anzunehmen, um für die von ihnen bereits als gegeben angenommene Souveränität die Anerkennung auswärtiger Staaten zu erlangen. Unsere Feinde können aus ihr eine Ermunterung herauslesen, in der Verfolgung von gegen den Zusammenhang unseres Staatswesens gerichteten Grundzügen nicht zu erlahmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Soukup: Also machen Sie Ordnung in Oesterreich! (Lebhafte ironischer Beifall links und Rufe: Mit Euch Ordnung machen!)

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Sie sucht die Haltung unserer Unterhändler bei den im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen zu stören, (Sehr richtig! links), sie bekämpft den Frieden.

Abg. Dr. Soukup: Das ist eine Lüge!

Präsident ruft den Abgeordneten Doktor Soukup zur Ordnung.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: ... sofern er nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker bringt, und zwar das Selbstbestimmungsrecht in einem besonderen, für die eigenen Zwecke gewaltig umgedeuteten Sinne. (Sehr richtig! links.) Denn nicht nur, daß es auf die Sudetenländer, also auf Gebiete angewendet werden soll, deren politische Zugehörigkeit nach der ganzen Entwicklung der Dinge keine Kriegs- und Friedensfrage bilden kann. (Zustimmung links), dieses Recht soll noch dazu in Anspruch genommen werden, um — entgegen dem gleichwertigen Rechte des deutschen Volkes — den Sudetenländern unter Auslöschung des bisherigen Staatsverbandes volle Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern, sei es nun bei Oesterreich oder nicht. (Sehr richtig! links.) Die Resolution fasst somit Eventualitäten und zu ihnen führende Wege ins Auge, die mit dem österreichischen Gedanken nichts mehr gemein haben würden. (Zustimmung links.)

Es ist klar, daß die Resolution damit auf ein überaus gefährliches Gebiet hinüberzugleiten droht und die Auffassung in einem geradezu staatsfeindlichen Sinne zuläßt, der von jedem Oesterreicher mit Entrüstung zurückgewiesen, von jeder österreichischen Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müßte. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links. — Zwischenrufe bei den Tschechen. — Lärm.) Dafür bürgt die feste Verankerung des Staatsgedankens in den breitesten Schichten einer treu zu Kaiser und Reich stehenden Bevölkerung, dafür bürgt — ich stelle dies mit ausdrücklicher Ermächtigung fest — der Wille des höchsten Faktors im Staate, der die Regierungen ins Amt beruft.

Aber eine in jenem Sinne ins Werk gesetzte Politik wäre nicht nur verwerflich, sie wäre auch unbegreiflich; denn sie würde ein Spiel spielen, das die ganze Welt schon als verloren ansieht. (Sehr richtig! links.) Sie würde nach einem hilfreichen Arme langen, der sich ihr gar nicht entgegenzustrecken vermag und einen Schritt ins Leere tun, der sich bitter rächen könnte. Ohne Aussicht auf die Erreichung ihrer eigentlichen Ziele kann diese Politik höchstens den Erfolg haben, den kriegerischen Elementen im feindlichen Lager neue Agitationsmittel an die Hand zu geben (Lebhafte Beifall links), unsere Bestrebungen zur Erzielung eines baldigen Friedens, insbesondere jetzt die Verhandlungen in Vrest-Bitovst zu stören und auf diese Weise allerdings nicht kriegsentscheidend, aber doch wenigstens kriegsverlängernd zu wirken. (So ist es! links.)

Meine sehr geehrten Herren! Wir erstreben den Frieden, den ehrenvollen Frieden, der uns und unseren treuen Verbündeten für alle Zeit einen sicheren Bestand verbürgt. Wir erstreben diesen Frieden im Geiste der Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit, aber auch mit jener Einigkeit und Festigkeit, die den Gegnern die Ausschüttelbarkeit ihrer Vergewaltigungsabsichten vor Augen führen wird. Es wäre fürwahr ein unerträglicher Gedanke, daß etwa dieser schreckensvolle Krieg zu dem Zwecke verlängert werden sollte, daß das Programm der Prager Resolution seiner Verwirklichung näher gebracht werde. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links. — Zwischenrufe bei den Tschechen.) Dahin wird es nicht kommen. Auch derlei Quertreibereien werden es nicht verhindern, daß Oesterreichs unzerstörbare Lebenskraft sich gegen seine äußeren Feinde unwiderstehlich durchsetzt (Beifall) und das dasjenige, dessen es zu seiner inneren Festigung und für ein einvernehmliches Zusammenleben seiner Völker noch bedarf, auf innerstaatlichem Wege leistet.

Die Regierung ist weit entfernt davon, ein ganzes Volk, für dessen hohe Begabung, Tüchtigkeit und in der Geschichte oft bewährte Kaiser- und Staatsstreue sie die größte Hochachtung empfindet und dessen national-kulturellen Bestrebungen sie mit den wärmsten Sympathien gegenübersteht, mit den letzten Tendenzen jener Resolution zu identifizieren. Sie erwartet zuversichtlich, daß es in seinem edlen und gefunden Kern nicht angefaßt wird von den giftigen Keimen... (Lebhafte Unterbrechungen und Zwischenrufe bei den Tschechen) ... einer solchen, den klaren Zug der historischen Entwicklung verkennenden selbstmörderischen Politik; sie wünscht aber auch auf das Herzlichste, daß diejenigen, die die sich heute als Anhänger jener Tendenzen erklären, von einer hoffentlich vorübergehenden Verirrung, die wohl nur als eine Art von Kriegspsychose zu erklären ist, den Weg zu einem, wenn auch noch so nationalen, aber doch österreichischen Bekenntnis zurück finden, das ein segensvolles Zusammenarbeiten an den erhabenen Zukunftsaufgaben unseres geliebten Vaterlandes ermöglicht.

Redner spricht fort.

## Der Hauptausschuß und die Vorgänge in Oesterreich.

### Das Verbot des „Vorwärts“.

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Hauptausschusses des Reichstags teilte der Vorsitzende Abg. Fehrenbach mit, der Reichskanzler sei mit Weiterführung der Besprechung der auswärtigen Fragen am kommenden Donnerstag einverstanden und werde hierzu erscheinen.

Von Seiten des Unterausschusses für Zensurfragen wurde sodann angeregt, die Sitzung ausfallen zu lassen, um dem Unterausschuß die Fortführung der Zensurerörterung zu ermöglichen. Gegen die Anregung wandte sich Abg. Ebert (Soz.) unter Hinweis auf das von den Zensurbehörden verfügte Erscheinungsverbot des „Vorwärts“ wegen Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich; diese Dinge machten eine sofortige Besprechung notwendig. Der Hauptausschuß pflichtete der Ansicht des Abg. Ebert bei.

Vor Eintritt in die Beratung dieser Frage teilte der Königlich württembergische Militärbevollmächtigte mit, die bei den letzten Verhandlungen erwähnte, stark gegen den Burgfrieden verstößende Schrift über den Papstfrieden sei beschlagnahmt und die Weiterverbreitung vom Stellvertretenden Generalkommando XIII. U.-K. verboten worden. Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Nach Eintritt in die Beratung erklärte Abg. Ebert (Soz.): Das Verbot des „Vorwärts“ setzt allen Zensurmaßnahmen die Krone auf. Während wir hier in Ruhe verhandelt haben, haben sich in Oesterreich und Ungarn hochpolitische Ereignisse abgespielt. Dort ist es im Anschluß an die Herabsetzung der Wehl- und Brotration zu Ausständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter angenommen und sich u. a. auch gegen das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gewandt haben. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat auf Nachfrage hin Näheres darüber nicht mitteilen können, während dagegen die übrige Welt genaue Kenntnis von den Vorgängen erhielt. Woher soll das Vertrauen zu den deutschen Behörden kommen, wenn das politische Leben in Händen der Militaristen liegt! Während schließlich andere Zeitungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn berichten konnten, ist der „Vorwärts“ wegen seiner Berichterstattung verboten worden. Das ist eine starke Herausforderung der Sozialdemokratie. Der Deutsche Reichstag ist es seiner Würde schuldig, gegen die Beeinträchtigung der Freiheit der Berichterstattung der Presse energig Stellung zu nehmen.

Major Grau vom Kriegsministerium: Die hierher gelangten Nachrichten aus Oesterreich waren sehr widersprechend, und es bestand die Beforgnis, daß durch Verbreitung unzutreffender Nachrichten Beunruhigung erregt und unseren Feinden Waffen in die Hand geliefert werden. Deshalb erfolgte ein vorläufiges allgemeines Verbot, das übrigens gestern wieder aufgehoben worden ist. Der „Vorwärts“ hat trotz seiner vor 14 Tagen abgegebenen Zusicherung, sich künftig im Rahmen der Zensurverordnungen zu halten, das Zensurverbot durchbrochen. Deshalb mußte er gemäß der geltenden Praxis verboten werden.

Abg. Erzberger (B.) verlangte Aussetzung der Beratungen, damit der Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes geladen werden und erscheinen können. Wir wissen nicht, wie es in Oesterreich aussieht, und bevor wir die dortigen Vorgänge weiter erörtern, müssen wir von amtlicher Stelle Auskunft darüber erhalten.

Abg. Scheidemann (Soz.) bestritt, daß der „Vorwärts“ Zensurbestimmungen übertreten habe; das Blatt sei verboten worden, weil es die Rede des österreichischen Genossen Victor Adler nachgedruckt habe. Das sei unerhört und ein Spiel mit dem Feuer.

Staatssekretär Ballraf hielt es im Augenblick nicht für möglich, die aufgeworfenen Fragen in ihrer weittragenden Bedeutung zu klären und dazu endgültige Erklärungen abzugeben. Die Vorgänge in Oesterreich würden wohl zweckmäßiger im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag behandelt werden.

Der Vorsitzende Abg. Fehrenbach unterstützte diese Auffassung und schlug vor, die Beratungen zwei Stunden zu unterbrechen und den Unterausschuß für Zensurfragen tagen zu lassen, alsdann nur das Verbot des „Vorwärts“ und die Zensurfragen zu erörtern, dagegen die Besprechung der österreichischen Vorgänge bis nach der Reichstagskanzlerrede zurückzustellen.

Dieser Vorschlag wurde, nachdem sich Abg. Haase (U. Soz.) kurz dazu geäußert und Major Grau betont hatte, daß der Kriegsminister als Militärbefehlshaber noch nicht mit dieser Sache befaßt war und das Verbot vom Oberkommando in den Marken ausgegangen sei, vom Hauptausschuß angenommen.

### Die Abenditzung.

In der Abenditzung des Hauptausschusses sprach Staatssekretär Freiherr von dem Busche, der auf die Telegramme über die Streikbewegung in Wien und Budapest Bezug nahm. Seine Ausführungen waren vertraulich.

Die Debatte wendet sich darauf wieder den Zensurmaßnahmen bzw. dem Verbot des „Vorwärts“ zu.

Major Grau ergänzte seine früheren Ausführungen. Am Sonntagabend wurde der Zensurbehörde bekannt, daß zwei Berliner Blätter Artikel über Oesterreich-Ungarn vorbereitet hätten. Auf Vorstellung hat das eine Blatt den Artikel zurückgestellt, der „Vorwärts“ dagegen nicht, und sein Artikel enthielt Äußerungen, die eine Durchbrechung des Verbots darstellten, das erlassen war, weil Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn den Feinden Agitationsmittel hätten in die Hand geben können. Nicht nur von der Zensur, sondern auch von Pressevertretern wurde der „Vorwärts“-Artikel so aufgefaßt. Es ist richtig, daß auch andere Blätter gegen das Verbot verstößen haben; gegen sie wird eingeschritten werden, allerdings nicht mit einem Verbot.

Abg. Haase (U. Soz.): Da die österreichische Presse Mitteilungen über die Bewegung brachte, war das feindliche Ausland unterrichtet, die Maßnahmen der deutschen Zensur konnten also den beabsichtigten Zweck gar nicht erreichen. Das deutsche Volk sollte überhaupt nicht etwa objektiv unterrichtet, sondern in einer bestimmten Richtung beeinflusst werden. Und das geschah, während hier die lebhaftesten Klagen über die Maßnahmen der Zensur erhoben werden. Die Bewegung in Oesterreich-Ungarn ist offensichtlich eine ganz gewaltige, und bis heute weiß unsere Regierung noch nicht, wie die Dinge verlaufen werden. Das Verbot des „Vorwärts“ ist, wie viele andere, schändlich und unsinnig.

Abg. Gotthein (Bpt.): Die Zensur hat in diesem Falle mit traditioneller Ungeschicklichkeit gehandelt.

Abg. v. Graefe (kons.): Das Verbot, über Dinge in Oesterreich-Ungarn zu berichten, ist in der Tat nicht recht zu verstehen und

Abg. Trimbom (Ztr.): Ein Verbot war in diesem Falle unnützlich, da das Ausland die Dinge doch erfährt und die Unruhe im Inland durch das Verbot nur gesteigert werden konnte.

Abg. Dr. Stresemann (ntl.): Die Form, in der der „Vorwärts“ die Mitteilungen brachte, war aufreizender, als wenn geschrieben worden wäre: „Streikbewegung in Oesterreich“. Ist ein Verbot erlassen, so muß es auch gleichmäßig durchgeführt werden. Das können die Zeitungen in ihrem Geschäftsinteresse verlangen. Das allgemeine Verbot ist sehr bedenklich, gerade dann bilden sich die wildesten Gerüchte. Was uns jetzt amtlich mitgeteilt wird, ist doch beschämend dürftig. Auf die Art der amtlichen Berichterstattung müssen wir bei der ersten passenden Gelegenheit zurückkommen.

Abg. Freiherr von Camp (D. Fr.): Der Streik war ein Hungerstreik; das hätte man veröffentlichen sollen, damit nicht erst die falsche Auffassung entstehe, es handle sich um einen politischen Streik.

Abg. Scheidemann (Soz.): Drohungen haben wir nicht ausgesprochen, auch niemals früher. Die gute Absicht der Zensurstellen wollen wir nicht bestreiten; aber bisher haben alle Redner die Maßnahmen für verkehrt erklärt. Der Redner rechtfertigt die beanstandeten Stellen in dem Artikel des „Vorwärts“. Wenn sie falsch verstanden wurden, so lag es an der Verheimlichung der Tatsachen durch die Zensurmaßnahmen. Schlimm, wenn das Auswärtige Amt auf dergleichen amtliche Meldungen angewiesen ist. Nach dem eigenen Jugendskizzen des Majors Grau haben andere Zeitungen das Verbot übertreten, ohne verboten zu werden. Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche weist die Angriffe gegen das Auswärtige Amt zurück.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Beim „Vorwärts“ sollte die Gesinnung getroffen werden; es handelt sich um einen traffen Fall politischen Zensur.

Abg. Heine (Soz.): Es ist schwer zu glauben, daß das Auswärtige Amt so schlecht unterrichtet ist, wie es sich stellt. Wir wollen die inneren Zusammenhänge wissen. Die Zensur legt es darauf an, die öffentliche Meinung in Deutschland zu belügen. Was hat der Streik mit der Kriegführung zu tun? Nervenberuhigung wird auch auf diese Weise nicht geschaffen, sondern das Vertrauen wird nur untergraben.

Major Grau: Schwerwiegende militärische Interessen sind gefährdet, wenn die Zensur verhindert ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Dieser Standpunkt ist von der Presse stets gewürdigt worden. Von Spitzerei ist keine Rede. Das Generalkommando hatte keine Kenntnis, daß im „Vorwärts“ ein Artikel vorbereitet werde, sondern hat den „Vorwärts“ lediglich auf das Verbot aufmerksam gemacht. Ueber das Wiedererscheinen schweben Verhandlungen. Es wird voraussichtlich demnächst erfolgen.

Abg. Dove (Bpt.): Die Tatsache des Streiks besteht. Unsere Regierung muß sich doch genau informieren, und zwar täglich. Hoffentlich geschieht dies bis zur politischen Debatte. Was wir hier erledigen, ist ein Musterbeispiel, wie es nicht gemacht werden darf.

Abg. Dr. David (Soz.): In der Türkei ist der Belagerungszustand aufgehoben. Was die Türkei konnte, kann das Deutsche Reich auch.

Abg. v. Graefe (kons.): Das Verbot des „Vorwärts“ war die logische Folge des allgemeinen Verbots.

Weiterberatung: Mittwoch.

Mittwoch, 23. Januar 1918

# Zeitung

704

## Gelehrten Sachen

1 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 12 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuchwerber. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. In SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 801, 11 802 bis 11 806, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Man muß offen reden.

Von  
Mag. Cohen-Neuß,  
Mitglied des Reichstags.

Es ist eine niederdrückende Erscheinung in diesem großem Westenringen, daß es, im Widerspruch zu der eindeutigen Sprache eines riesengroßen Tatsachenmaterials, immer noch deutsche Politiker gibt, die eine wahre und dauernde Verständigung mit Großbritannien für möglich halten und dadurch auf eine Bahn gelangen, die späterhin zu neuen, schwereren Verwicklungen führen muß. Am niederdrückendsten aber ihrer es, daß zu diesen Politikern auch der Staatssekretär des auswärtigen Amtes gehört, und daß die auswärtige Politik augenblicklich noch in diesem Sinne geführt werden kann. Anders nach die Kühlmannsche Politik, deren Zeugen wir gegenwärtig sind, und die nichts anderes ist als die konsequente Fortsetzung dessen vollkommen gescheiterten Außenpolitik Bethmann Hollwegschlechterdings kaum noch erklärbar.

Wer das, was dem Deutschen Reich nothut, nicht allein von dem Standpunkt seiner augenblicklichen Lage aus betrachtet, sondern sein Augenmerk vielmehr auf die Zeit nach dem Krieg und auf die politische und wirtschaftliche Sicherheit seiner Zukunft richtet, muß das, was jetzt in Brest-Litowsk geschichtes auf tiefste bedauern. Greulich darf man die Schuld für diese Vorgänge nicht allein der Regierung zuschieben. Das wäre durchaus unrichtig, wie es fast stets falsch ist, die Schuld immer nur bei anderen zu suchen. Auch die Mehrheit des Reichstags, das muß gesagt werden, trägt einen Teil der Verantwortung für die Entwicklung, die die Dinge bis jetzt genommen haben. Es kann nicht oft genug betont werden, daß der Ausgangspunkt des jetzigen außenpolitischen Elends die unglückselige Polenproklamation vom November 1916 gewesen ist. Sie leitete die Vorwegnahme eines wichtigen Kriegsziels ein, das bis heute in der Schwebe gehalten werden mußte und erst jetzt mit den Russen hätte erledigt werden dürfen. Wie böse eine derartige Präjudizierung zu wirken vermag, zeigen die Tatsachen, die wir alle kennen. Denn die übrigen Selbständigkeitserklärungen in Litauen, in Kurland, in Estland und in Ostpreußen sind Konsequenzen des im November 1916 unternommenen Schrittes und stehen durch den Einfluß mit der durch die Polenpolitik hervorgerufenen Tendenz, die bisherigen westlichen und nordwestlichen Randgebiete des russischen Reichs vom russischen Gesamtstaat loszutrennen. Einer der besten Kenner östlicher Dinge, Professor Hoehsch, sagt in der „Kreuzzeitung“ vom 16. Januar, daß das Verhalten der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk „dem bisherigen russischen Reich mehr abnimmt, als wir brauchen, und annexionistisch wirkt als das, was aus militärisch-strategischen Gründen zur Erweiterung unseres Gebiets im Osten gefordert wird“.

Konsequent ist aber diese Abtrennungspolitik der Regierung und die des Herrn v. Kühlmann durchaus. Anders steht es mit der Reichstagsmehrheit. Der polnische Anfang gefiel ihr auch und ist, besonders von einigen freisinnigen Politikern, als höchste Staatsweisheit bejubelt worden. Die natürliche und notwendige Fortsetzung des Anfangs aber paßt ihr nicht. Oft genug ist die Mehrheit des Reichstags von den in ihren eigenen Reihen stehenden Anhängern der sogenannten östlichen Orientierung vor den Gefahren und Folgen der Polenpolitik gewarnt worden. Sie sollte sich daher nicht wundern, wenn sie augenblicklich vor lauter Scherben steht. Man kann eben politische Dinge nicht aus ihren natürlichen Zusammenhängen reißen, und man hätte voraussehen können, daß eine politische Entwicklung, die die Regierung mit der Polenproklamation eingeleitet hatte, in eine ganz bestimmte Richtung laufen mußte, die von der anderen Seite, d. h. der Reichstagsmehrheit, nicht mehr beliebig dirigiert werden konnte. Es ist schwer zu sagen, ob es heute überhaupt noch möglich ist, den Lauf der Dinge zu ändern. In keinem Fall aber könnte das durch kleine Kursänderungen geschehen. Hier müßte schon das ganze Schiff entschlossen herumgeworfen werden.

In den „Deutschen Stimmen“ hat vor einiger Zeit der Abgeordnete Dr. Stresemann darauf hingewiesen, daß die hier stets vertretene Forderung eines deutsch-russischen Bündnisses zur Herbeiführung einer europäischen Kontinentalpolitik sehr wohl diskutabel, leider aber durch die bisherige Polenpolitik unmöglich geworden sei. Die empfindlichste Abtrennung für Rußland, das selbständige Polen, sei eine vollendete Tatsache; „Kaiser und Kanzler sind diesen Weg gegangen und haben dadurch Richtlinien festgelegt, die uns jetzt binden“. Eine gewisse Bindung ist gewiß nicht fortzuleugnen, es ist aber schwer verständlich, weshalb auch die sich durch die bisherigen offiziellen Akte der Polenpolitik unbedingt gebunden fühlen sollten, die sie von vornherein bekämpft und auf die in ihr liegenden Gefahren von Anfang an und stets

mehr mit  
lichen  
ngen  
des  
ber-  
sagt  
stere  
ent-  
nach  
tsch-  
tert-  
gen-  
sich  
für  
Vor

bedeuten, dessen Hauptkräfte gegen seinen westlichen deutschen Gegner gebunden sind? Die jetzige deutsche Politik muß Japan unfehlbar zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten und in einen bleibenden Gegensatz zu Deutschland führen.

Was gegenwärtig außenpolitisch geschieht, ist das Gegenteil dessen, was hier seit Jahr und Tag von einer ganzen Anzahl von Politikern als wünschenswert bezeichnet worden ist. Man braucht sich auch nicht zu verhehlen, daß wenig Hoffnung auf eine Umkehr vorhanden ist. Dafür ist die Zerfahrenheit im Lager derer, die die angelsächsische Zukunftsgefahr erkannt haben, viel zu groß. Das enthebt aber niemanden der Pflicht, immer und immer wieder die warnende Stimme zu erheben. Und wenn Herr v. Kühlmann erst den (äußerlich sicherlich glänzenden) Frieden, die deutsch-englische Verständigung, auf Kosten Rußlands (vielleicht aber auch auf Kosten unserer vorderasiatischen Hoffnungen), zuwege gebracht haben wird, dann dürfte sich bald zeigen, wie berechtigt unsere Warncrufe gewesen sind.



### Die Rede des Grafen Czernin im Delegationsausdruck.

#### Starker Eindruck auf die Delegierten.

Wien, 24. Januar.

Der Minister des Aeußern hat heute die angekündigte Rede im Ausschusse der österreichischen Delegation gehalten. Sie hat einen ungewöhnlich starken Eindruck hervorgerufen und ist nach Ansicht der Delegierten eine der wichtigsten politischen Kundgebungen, die seit langer Zeit auf parlamentarischem Boden stattgefunden haben. Wichtig in der Form, reich an Inhalt und politisch von hoher Bedeutung, wird diese Rede den Gegenstand der Erörterung in allen Ländern bilden.

Wir möchten zunächst auf die wichtigsten Erklärungen des Grafen Czernin hinweisen. Da ist in erster Reihe zu erwähnen, daß der Minister des Aeußern die Frage aufgeworfen hat, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen der Monarchie und den Vereinigten Staaten den Ausgangspunkt für eine verständliche Aussprache unter allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. Graf Czernin hat sich heute mit der Botschaft des Präsidenten Wilson auseinandergesetzt, abgelehnt, was abgelehnt werden muß, die Unterstützung der italienischen Eroberungspläne, die Einmischung in unsere innere Politik und die Forderungen an Deutschland, betreffend Elsaß-Lothringen. Er hat jedoch die Gemeinsamkeit der Ansichten in der Frage des freien Meeres und des Ausschusses von Handelskriegen unter Errichtung eines Völkerbundes sowie der Abrüstung dargestellt. Graf Czernin ist zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen:

„Wie sich aus dieser Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte.“

Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine verständliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die

noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind.“

### Der allgemeine Friede und das Verhältnis zu den Verbündeten.

Graf Czernin hat auch über den allgemeinen Frieden und über das Verhältnis zu den Verbündeten gesprochen. Ueber Nacht könne die Frucht des allgemeinen Friedens nicht reifen. Aber sie ist im Reifen begriffen. Schon die Vorschläge des Präsidenten Wilson seien eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt. Soweit sich die Vorschläge auf die Verbündeten beziehen, sagt Graf Czernin — es ist von dem deutschen Besitz, von Belgien und vom türkischen Reiche darin die Rede — erkläre ich, daß ich, getreu den übernommenen Bundespflichten, für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Aeußersten zu gehen entschlossen bin. Den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen. Das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität. Der vorkriegerische Besitzstand des Deutschen Reiches ist Elsaß-Lothringen, sind auch die Kolonien. Daraus ergibt sich, daß Oesterreich-Ungarn, wie es sich von selbst versteht, seinen Bundespflichten stets gerecht werden wird.

### Graf Czernin über das Vertrauensvotum.

Graf Czernin hat im wirkungsvollen Schlusse seiner Rede erklärt, die Delegation müsse ihm helfen oder ihn stützen. Er könne ohne Vertrauensvotum die Friedensverhandlungen nicht fortsetzen. Streiks sind schädliche Störungen der Verhandlungen und verschlechtern das Ergebnis, welches darin bestehen soll, daß die Monarchie im Austausch Nahrungsmittel aus der Ukraine, an die wir künftig ausschließlich im Nordosten grenzen werden, bekommen. Der Minister hat mit der größten Entschiedenheit die Gerüchte über den Zusammenhang der Regierung mit den Streiks zurückgewiesen.

### Die Verhandlungen in Grest-Titowsk.

Graf Czernin rückt die Verhandlungen mit der Ukraine in die erste Reihe. Es sei bereits die Einigung darüber erzielt, daß wir die Handelsbeziehungen wieder aufnehmen. Jetzt ist die Schwierigkeit entstanden, daß eine Maximalistenregierung aus der Ukraine sich in Charkow gebildet hat und die Russen der Rada das Recht bestreiten, im Namen des Landes zu verhandeln. Auch den Polen wird dieser Anspruch nicht zugebilligt. Die Meinungsverschiedenheiten mit den russischen Delegierten sind nicht so groß, daß sie nicht überbrückt werden könnten. Aber der Minister deutet selbst die Möglichkeit an, daß die Regierung, mit der verhandelt wird, wieder verschwinde.

### Der allgemeine Standpunkt des Grafen Czernin.

Das ist der Friede ohne Landverwerb und Kriegsentschädigung. Auch wegen Polens wird der Krieg um keinen Tag verlängert werden. Polen muß den Wunsch haben, sich an die Monarchie anzulehnen. Es bleibt jedoch gänzlich frei, und ohne diesen Wunsch könnte ein gesundes Verhältnis nicht entstehen. Der Minister hält den deutschen Standpunkt in der Räumungsfrage für gerechtfertigt.

### Der Weg zum allgemeinen Frieden.

Sind wir einmal, sagt Graf Czernin, mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist meiner Ansicht nach der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern trotz aller Anstrengungen der westlichen Entente-Staatsmänner. Der Gedanke des Grafen Czernin ist auf den allgemeinen Frieden gerichtet. Er will den Frieden mit Rußland vereinbaren. „Ich arbeite“, sagt er, „an dem Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg. Der Friede mit Petersburg ändert an unserer definitiven Lage gar nichts. Nirgends stehen österreichisch-ungarische Truppen gegen die der Petersburger Regierung — wir haben die ukrainischen gegen uns — und exportieren kann man von Petersburg auch nichts, weil es selbst nichts hat, als die Revolution und die Anarchie, ein Exportartikel, den die Bolschewiki vielleicht gern exportieren möchten, dessen Annahme ich aber höflich ablehne. Trotzdem will ich auch einen Frieden mit Petersburg, weil er uns dem allgemeinen Frieden näher bringt wie jeder Friedensschluß.“

Die Rede wurde im Ausschusse mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Graf Czernin wird das Vertrauensvotum bekommen.

### Der Wortlaut der Rede des Grafen Czernin.

Wien, 24. Januar.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Aeußeres der österreichischen Delegation gab Minister des Aeußern Graf Czernin folgende Erklärungen ab:

#### Hoher Ausschuss!

Es ist meine Pflicht, den Herren ein getreues Bild der Friedensverhandlungen zu entwickeln, die verschiedenen Phasen der bisherigen Ergebnisse zu beleuchten und daraus jene Konklusionen zu ziehen, die wahr, logisch und berechtigt sind.

Es scheint mir vor allem, daß jene, welche den Verlauf der Verhandlungen anscheinend zu langsam finden, sich auch nicht annähernd eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen können, denen wir naturgemäß auf Schritt und Tritt hiebei begegnen müssen. Ich werde mir

### Kleine Chronik.

Wien, 24. Januar.

[Verleihungen und Ernennungen.] Der Kaiser hat in Anerkennung besonderer Verdienste um das Rote Kreuz dem Großgrundbesitzer, Herrenhausmitglied Anton Dreher in Schwedat die Kriegsddekoration zum Ehrenzeichen erster Klasse vom Roten Kreuz, sowie dem Großindustriellen Wilhelm Eduard Hardy, der Dora Freim v. Hammerle, dem Heinrich Freiherrn v. Königswarter, alle drei in Wien, und dem Fabrikbesitzer Artur Krupp in Berndorf das Ehrenzeichen erster Klasse vom Roten Kreuz mit der Kriegsddekoration verliehen. — Der Finanzminister hat die Finanzräte Dr. Alexander Spitzer, Bohuslav Pak, Josef Para, Dr. Anton Hoch, Dr. Friedrich Freiherrn v. Distler, Dr. Alois Schönherr, Anton Freiherrn Süptner v. Donstorf und Franz Jaros zu Ministerialsekretären im Finanzministerium, der Handelsminister den Oberpostkommissär der Post- und Telegraphendirektion in Zara Dr. Johann Debelak zum Postrate ernannt.

[Hoffhauspielerin Anna Krav.] Hoffhauspielerin Anna Krav ist gestern in ihrer Wiener Wohnung im 81. Lebensjahre gestorben. Erst vor wenigen Wochen wurde die künstlerische Eigenart der Frau Krav anlässlich ihres 80. Geburtstages in unserem Blatte charakterisiert. Die ausgezeichnete komische Alte unserer Hofbühne war ein Theaterkind und hat bereits als neunjähriges Mädchen an verschiedenen Bühnen Kinderrollen gespielt. Laube hat Anfang der Sechzigerjahre die Künstlerin, die damals am Carl-Theater im Operettenfach wirkte, dem Burgtheater gewonnen. Ihre eigentliche Bedeutung gewann Frau Krav erst in späteren Jahren, als sie nach dem Rücktritt der Haizinger einen großen Teil des Repertoires dieser Künstlerin übernahm. Unvergesslich sind ihre Mache in „Faust“, ihre Millerin in „Kabale und Liebe“ oder etwa ihre Leistung im „Zerbrochenen Krug“. Im September 1916 schied Frau Krav zum Bedauern des Publikums und ihrer Kollegen, bei denen sie sich ungewöhnlicher Beliebtheit erfreute, aus dem Verbands der Hofbühne.

[Professor Graßberger über die Wünschelrutel.] Von befreundeter Seite wird uns geschrieben: „Der Vortrag, den Professor Dr. Graßberger kürzlich in der „Urania“ über die Wünschelrutel hielt, hat keine wissenschaftliche Widerlegung der Rutentheorie gebracht. Herr Professor Graßberger hat in seiner Volemik ocaer Professor Benedikt jeden

Erfolg der Wünschelrutel in Abrede gestellt und sich darauf beschränkt, die Rutengänger lächerlich zu machen. Die Erfolge des nach Syrien entsendeten deutschen Wünschelrutel-Majors Otto Eslen v. Graeve erklärte er für unbedeutend, zitierte einen Berliner Zeitungsartikel gegen Graeve und unterließ die Aufklärung, daß die Tiefbohrergesellschaften sich in ihrer Existenz bedroht sehen, wenn durch die Rute in geringer Tiefe Wasser aufgespürt werden kann. Nach Graßberger sind die Reaktionen der Wünschelrutel und des Pendels nichts anderes als keine Muskelbewegungen des Rhabdomenten, die im Unterbewußtsein hervorgerufen werden.“ Er behauptet, daß dazu Spaltungen des Bewußtseins nötig seien. So ist nach seiner Auffassung ein Dichter eine fruchtbringende Form des geschalteten Bewußtseins. In einem nicht sehr motivierten Zusammenhange mit dem Gegenstande seines Vortrages sprach Professor Graßberger dann über Trauma und Hysterie und erging sich in einer Schilderung der Hysterie vom medizinischen Gesichtspunkte aus. Dann kam er wieder auf die Wünschelrutel zurück und verband mit dem früheren Thema die Behauptung, daß die interessantesten Entdeckungen, die mittels Pendel und Rute gemacht werden, von den einzelnen Rhabdomenten nur deshalb gemacht werden, um interessant zu erscheinen. Ein ruhiger Zuhörer kann nur seiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Siegeszug der Wünschelrutel und des Pendels, der durch vielfältige Erfolge im Kriege begründet, durch einen freieren Zug im Leben der Wissenschaft anerkannt und vom Aezar durch Einteilung von Quellen suchern bestätigt ist, nicht aufgehoben werden kann. M. Sp.“

[Ein Vorschlag zur Bekämpfung der Kleidernot.] Professor Dr. Karl Ewald schreibt uns: „Sehr geehrter Herr Redakteur! Gestatten Sie, daß ich im Wege Ihres sehr geschätzten Blattes die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörde auf folgenden Umstand richte. Es werden in Wien täglich etwa hundert mit Wäsche und Kleidern beschickte Leichen in die Erde versenkt. Bei der gegenwärtigen Not dürfte es wohl am Platze sein, die Kleidung der Verstorbenen mit Papierwäsche und Papierkleidern anzuordnen. Armen Leuten könnte man jene Kleidung, die sie dem Verstorbenen zubachten, durch Papierwäsche und -kleider ablösen, könnte ihnen auch noch ein kleines Entgelt verabreichen.“

[Gustav Meyrinks Werke beschlagnahmt.] Die Buchhandlung Hugo Heller teilt uns mit: Im Verlage Kurt Wolff erschien kürzlich eine Gesamtausgabe der Werke von Gustav Meyrink. Für die Wiener Buchhandlung Hugo Heller trafen 200 Exemplare dieser Gesamt-

ausgabe in vier Kisten dieser Tage in Wien ein. Während Einzelemplare vorher unbeanstandet nach Oesterreich Eingang gefunden hatten, wurde diese Sendung polizeilicherseits beschlagnahmt. Die Beschlagnahme steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der vor einigen Monaten erfolgten Konfiskation des Meyrink'schen Einzelwerkes „Des deutschen Spießes Wunderhorn“. Gegen die Beschlagnahme wird seitens des Verlags Einspruch erhoben werden.

[Zensurverbot der morgigen Premiere im Theater in der Josefstadt.] Im Theater in der Josefstadt findet die morgige Premiere nicht statt. Das Stück „Der Gampelman und sein Weib“, mit Leopoldine Konstantin in der Hauptrolle, ist von der Zensur verboten worden, weil das Stück von lebenden Franzosen (Pierre Louys und Froudet) stammt.

[Vorlesung Max Devrient.] Heute Donnerstag, den 24. d., im kleinen Konzerthausaale, abends 7 Uhr, l. l. Hofkapellmeister Max Devrient: Vorlesungen aus Werken von Wladimir Freiherrn v. Hartlieb. Restliche Karten bei Heller, 1. Bezirk, Bauernmarkt 3, und an der Abendkasse.

[Vorträge und Versammlungen.] Heute Donnerstag finden folgende Vorträge und Versammlungen statt: „Urania“, im großen Saale, 7/8 Uhr, Dr. Max Grünwald: „Ethik des Judentums, II: Die Thora“; im kleinen Saale, 7/8 Uhr, Professor Emanuel Löwy (Rom): „Ausgewählte Werke griechischer Kunst, II“; 7/8 Uhr, Professor Dr. W. O. Ludwig (Mösterneuburg): „Eindrücke und Ergebnisse in Finnland“; im Kurssaale, 7/8 Uhr, Hauptmann Paul Kalkschmid: Kartenspielschule, II; 7/8 Uhr, Hochschulprofessor Dr. Franz Strunz: „Die Geschichte der menschlichen Seele, II“; im Klubsaale, 7/8 Uhr, Komponist Kamillo Horn: Musikalische Formenlehre, III; Sprachkurse: 7/8 Uhr Französisch, 7/8 Uhr Ungarisch. — Militär-Witwen- und -Waisenfonds, Verein „Grüne Kreuz“, 7/7 Uhr, im mittleren Konzerthausaale, Oberförster Schollmayer: „Serbiens Bodenschätze unter österreichisch-ungarischer Militärverwaltung.“ — Verein für kaufmännische Interessen in Wien, 7 Uhr, in Lebers Restauration, Babenbergerstraße 5a, Plenarversammlung. Tagesordnung: Diskussion aktueller Gegenstände. — Konfiskation in Oesterreich, 7 Uhr, Tuchlauben 11, Herr Richard Gammann: „Der Krieg und die Kunst.“

[Vermist.] Viktor Jolles, Einjährig-Freiwilliger Korporal im Landsturmregiment Nr. ... III. Feldkompanie, hat an der 11. Sponzschlacht teilgenommen und wird seitdem vermist. Kameraden werden inständig gebeten, wenn etwas über den Vermissten bekannt ist, es an A. Jolles, Wien, 9. Bezirk, Servitenstraße 4, 2. Etz 29, mitzuteilen.

*Als Redaktor Josef Gernin im Delegations-  
amt.*

funden hat, ist die Meinungsdivergenz unseres deutschen Bundesgenossen und der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von deutschen Truppen besetzt sind. Auch Deutschland steht auf dem Standpunkte, daß es keine gewaltsamen Gebietserwerbungen von Rußland beabsichtigt, aber in zwei Worten gesagt, ist die Meinungsdivergenz eine doppelte:

Erstens steht Deutschland auf dem berechtigten Standpunkte, daß die zahlreich erfolgten Willensäußerungen nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seitens der legislativen Korporationen, der Gemeindevertretungen usw. in den okkupierten Provinzen als provisorische Basis für die Volksmeinung zu gelten hätten, welche nachher durch ein Volksvotum auf breiter Basis zu überprüfen seien — ein Standpunkt, welchem die russische Regierung vorerst noch ablehnend gegenübersteht, da sie den bestehenden Organen in Kurland und Litauen das Recht, im Namen dieser Provinzen zu sprechen, nicht zuerkennt — ebensowenig wie den polnischen.

Zweitens: Darin, daß Rußland verlangt, daß dieses Volksvotum stattfinden, nachdem sich sämtliche deutschen Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen zurückgezogen haben, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführte Evakuierung ein Vakuum schaffen würde, welches den Ausbruch der vollständigen Anarchie und der größten Not unweigerlich hervorgerufen müßte. Es muß hier erklärt werden, daß alles, was heute in den okkupierten Provinzen das staatliche Leben ermöglicht, deutscher Besitz ist. Die Bahnen, die Post, der Telegraph, die ganzen Industrien, aber auch der ganze Verwaltungsapparat, die Polizei, die Rechtspflege, alles das liegt in deutschen Händen. Die plötzliche Zurückziehung dieses ganzen Apparats würde tatsächlich einen Zustand schaffen, der praktisch nicht haltbar erscheint. In beiden Fragen handelt es sich darum, einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß. Die Differenzen bei beiden Standpunkten sind meiner Ansicht nach nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können. Aber solche Verhandlungen lassen sich nicht über Nacht beenden, sie brauchen Zeit.

Sind wir einmal mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist, meiner Ansicht nach, der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern, trotz aller Anstrengungen der westlichen Entente-Staatsmänner. Ich habe vernommen, es sei hier und dort nicht verstanden worden, warum ich in meiner ersten Rede nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt hatte, daß es sich jetzt in Brest nicht um einen allgemeinen, sondern um einen Separatfrieden mit Rußland handle. Das war die notwendige Konstatierung einer klaren Tatsache, welche auch Herr Trotski rückhaltlos anerkannt hat, und sie war notwendig, weil man auf einer anderen Basis verhandelt, das heißt in einem begrenzteren Rahmen, wenn es sich um einen Frieden mit Rußland allein, als wenn es sich um einen allgemeinen Frieden handelt.

Obwohl ich mich keinen Illusionen darüber hingabe, daß die Frucht des allgemeinen Friedens nicht über Nacht reifen wird, so bin ich dennoch überzeugt, daß sie im Reifen begriffen ist und daß es nur eine Frage des Durchhaltens ist, ob wir einen allgemeinen, ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Ich bin in dieser Ansicht neuerdings bestärkt worden durch das Friedensangebot, welches der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an die ganze Welt gerichtet hat. Es ist dies ein Friedensangebot; denn in vierzehn Punkten entwickelt Herr Wilson jene Grundlagen, auf welchen er den allgemeinen Frieden herbeizuführen wünscht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein solches Angebot ein Elaborat darstellen kann, welches in allen Details akzeptabel erscheint. Wäre dies der Fall, dann wären die Verhandlungen überhaupt überflüssig, dann könnte ja der Friede durch eine einfache Annahme, durch ein einfaches Ja und Amen abgeschlossen werden. Das ist natürlich nicht der Fall. Aber ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt finde und daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten.

Wenn es mir nunmehr gestattet ist, auf diese Vorschläge des Genannten einzugehen, so muß ich zwei Dinge vorausschicken: Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbindungen beziehen — es ist von dem deutschen Besitz von Belgien und von dem Türkischen Reiche darin die Rede — erkläre ich, daß ich, getreu den übernommenen Bundespflichten, für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Äußersten zu gehen fest entschlossen bin. Den vorläufigen Besitztum unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen. Das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität.

Zweitens habe ich zu bemerken, daß ich die Ratsschlüsse, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben, höflich, aber entschieden ablehne. Wir haben in Oesterreich ein Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Es gibt kein demokratisches Parlament auf der Welt und dieses Parlament zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren allein haben das Recht, über interne Angelegenheiten Oesterreichs zu entscheiden. Ich spreche nur von Oesterreich, weil ich in der österreichischen Delegation nicht über interne Angelegenheiten des ungarischen Staates spreche. Ich würde das nicht für verfassungsmäßig halten. Wir müssen uns auch nicht in amerikanische Dinge, aber wir wünschen ebenso wenig eine ausländische Vormundschaft irgendeines anderen Staates. Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir auf die noch erübrigenden Punkte folgendes zu erwidern:

Zu dem Punkte, welcher von der Abschaffung der „Geheimdiplomatie“ und vollkommenen Offenheit der Verhandlungen spricht, habe ich nichts zu bemerken. Ich habe, soweit von öffentlicher Verhandlung die Rede ist, von meinem Standpunkte aus gegen eine solche Methode, soweit sie auf voller Reziprozität beruht, nichts einzuwenden, wenn ich auch lebhaften Zweifel hege, ob sie unter allen Umständen der praktische und schnellste Weg ist, zu einem Ergebnisse zu gelangen. Diplomatische Verträge sind nichts anderes als Geschäfte. Nun kann ich mir leicht Fälle denken, wo beispielsweise zwischen Staaten handelspolitische Abmachungen zu treffen wären, ohne daß es wünschenswert wäre, das noch unfertige Ergebnis der ganzen Welt im Vorhinein mitzuteilen. Bei solchen Verhandlungen beginnen naturgemäß beide Teile damit, daß sie ihre Wünsche möglichst hoch schrauben, um nach und nach den einen und den anderen Wunsch als Kompensation zu verwerten, bis endlich jenes Gleichgewicht der gegenseitigen Interessen vorhanden ist, welches erreicht werden muß, damit der Abschluß eines Vertrages möglich sei. Sollten solche Verhandlungen vor der großen Öffentlichkeit geführt werden, so läßt es sich nicht vermeiden, daß die Öffentlichkeit für jeden einzelnen dieser Wünsche leidenschaftlich Stellung nimmt, worauf dann jeder Verzicht auf einen solchen Wunsch, selbst wenn er mit aus taktischen Gründen geäußert wurde, als eine Niederlage betrachtet würde. Wenn sich die Öffentlichkeit für einen solchen Wunsch besonders stark exponiert, kann dadurch das Zustandekommen eines Vertrages unmöglich werden, oder der Vertrag wird, wenn er doch zustande kommt, als eine Niederlage empfunden werden, vielleicht auf beiden Seiten. Dadurch würde aber das friedliche Zusammenleben nicht gefördert, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Reibungen zwischen den Staaten bewirkt werden. Was aber für Handelsverträge gilt, gilt auch für politische Abmachungen, die ja politische Geschäfte behandeln.

Wenn mit Abschaffung der Geheimdiplomatie gemeint ist, daß es keine Geheimverträge geben sollte, daß Verträge ohne Wissen der Öffentlichkeit nicht bestehen können, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß dieses Prinzip verwirklicht werde. Wie die Durchführung dieses Prinzips und seine Ueberschwangung gedacht sind, weiß ich allerdings nicht. Wenn die Regierungen zweier Staaten einig sind, werden sie immer eine geheime Abmachung schließen können, ohne daß jemand etwas davon erfährt. Aber das sind Nebenfragen. Ich liebe nicht an Formeln und an einer mehr oder weniger formalen Frage wird von mir aus niemals ein vernünftiges Arrangement scheitern. Also über Punkt 1 läßt sich sprechen.

Punkt 2 betrifft die Freiheit der Meere. Der Herr Präsident hat bei diesem Postulate allen aus dem Herzen gesprochen und ich unterschreibe diesen Wunsch Amerikas voll und ganz insbesondere deshalb, weil der Herr Präsident die Klausel hinzugefügt: „Outside territorial waters“, das heißt also, die Freiheit des offenen Meeres, aber natürlich kein Gewaltverstoß in die diesbezüglichen Hoheitsrechte unseres treuen türkischen Bundesgenossen. Ihr Standpunkt in dieser Frage wird der unsere sein.

Punkt 3, welcher sich definitiv gegen einen zukünftigen Wirtschaftskrieg ausspricht, ist so richtig, so vernünftig, so oft von uns verlangt worden, daß ich dem ebenfalls nichts hinzuzufügen habe.

Punkt 4, welcher die allgemeine Abrüstung verlangt, erklärt in einer besonders guten, klaren Stillierung die Notwendigkeit, die freie Rüstungskonkurrenz nach diesem Kriege auf jenes Maß herunterzubringen, welches die interne Sicherheit der Staaten erfordert. Herr Wilson spricht dies klipp und klar aus. Ich habe mir gestattet, den gleichen Gedanken vor einigen Monaten in meiner Budapest Rede zu entwickeln, er bildet einen Teil meines politischen Glaubensbekenntnisses und eine jede Stimme, welche sich in gleichem Sinne erhebt, begrüße ich dankbar.

Was den russischen Passus anbelangt, so bescheiden wir bereits mit Latein, daß wir bestrebt sind, ein freundnachbarliches Verhältnis zu schaffen.

Was Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro betrifft, so kann ich nur den Standpunkt wiederholen, den ich bereits in der ungarischen Delegation zum Ausdruck gebracht habe. Ich widere mich, als Affekuranz für feindliche Kriegsabenteuer zu figurieren. Ich widere mich, unseren Feinden, welche hartnäckig auf dem Standpunkte „des Kampfes bis zum Endsiege“ bleiben, einseitig Konzessionen zu machen, welche der Monarchie dauernd präjudizieren und den Feinden den unermeßlichen Vorteil geben, den Krieg relativ ohne Risiko ins Endlose weiterschleppen zu können. (Beifall.) Möge Herr Wilson den großen Einfluß, den er zweifellos auf alle seine Bundesgenossen ausübt, dazu benutzen, daß sie ihrerseits die Bedingungen erklären, unter denen sie zu sprechen bereit sind, so wird er sich das unermeßliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedensverhandlungen ins Leben gesetzt zu haben. Ebenso offen und ebenso frei, wie ich hier Herrn Wilson antworte, werde ich mit allen jenen sprechen, welche auch selbst sprechen wollen, aber es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Fortdauer des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse bleiben können. Ich habe dies auch schon einmal gesagt, Italien ist hierfür ein sprechendes Beispiel. Italien hat vor dem Kriege die Gelegenheit gehabt, ohne einen Schuß abzugeben, einen großen territorialen Erwerb zu machen. Es hat dies abgelehnt, es ist in diesen Krieg eingetreten, es hat Hunderttausende von Toten, Milliarden an Kriegskosten und zehntausenden von Verwundeten, es hat Not und Elend über die eigene Bevölkerung gebracht und dies alles nur um einen Vorteil, den es einmal haben konnte, für immer zu verlieren.

Was schließlich den Punkt 13 anbelangt, so ist es ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge „ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte“, errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns, so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen. Und wenn der Präsident seine Vorschläge durch den Ge-

denken eines allgemeinen Völkerbundes krönt, so wird der wohl nirgends in der österreichisch-ungarischen Monarchie dabei auf Widerstand stoßen.

Wie sich aus dieser Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im Wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten, legt die Ermäßigung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine veröhnliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. (Beifall.) Soviel über die Vorschläge Wilsons.

Und nun, meine Herren, eile ich zum Schlusse. Aber dieser Schluß ist vielleicht das Wichtigste, was ich überhaupt zu sagen habe. Ich arbeite an dem Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg. Der Friede mit Petersburg ändert an unserer definitiven Lage gar nichts. Nirgend stehen österreichisch-ungarische Truppen gegen die der Petersburger Regierung — wir haben die ukrainischen gegen uns — und exportieren kann man von Petersburg auch nichts, welches selbst nichts hat als die Revolution und die Anarchie, ein Exportartikel, den die Bolschewiki vielleicht gern exportieren möchten, dessen Annahme ich aber höflich ablehne. Trotzdem will ich auch einen Frieden mit Petersburg, weil er uns dem allgemeinen Frieden näher bringt wie jeder Friedensschluß. Anders steht die Sache mit der Ukraine. Denn die Ukraine hat Vorräte an Lebensmitteln, die sie exportieren wird, wenn wir handelsfeindlich werden. Die Nahrungsfrage ist heute eine Weltfrage. Ueberall, bei unseren Gegnern, aber auch in den neutralen Staaten spielt sie eine hervorragende Rolle. Ich will den Friedensschluß mit jenen russischen Reichen, welche ein Exportquantum an Nahrungsmitteln besitzen, benötigen, um unserer Bevölkerung zu helfen. Wir können und wir werden auch durchhalten ohne diesen Zuschuß. Aber ich kenne meine Pflicht und meine Pflicht gebietet es mir, alles zu versuchen, um der notleidenden Bevölkerung die Entbehrungen, die sie tragen muß, zu erleichtern, und darum werde ich nicht aus irgendeiner hysterischen Nervosität heraus, um den Frieden ein paar Tage oder ein paar Wochen früher zu bringen, auf diesen Vorteil für unsere Bevölkerung verzichten. Ein solcher Friede braucht seine Zeit, über Nacht läßt sich das nicht machen. Denn es muß bei einem Friedensschluß festgestellt werden, ob, was und wie der russische Kompazient liefern wird; dies deshalb, weil die Ukraine ihrerseits nicht noch, sondern bei dem Friedensschlusse das Geschäft abzuschließen wünscht.

Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die unglücklichen Verhältnisse in diesen neu entstandenen Reichen eine große Erschütterung und eine naturgemäße Verzögerung der Verhandlungen involvieren. Wenn Sie mir in den Rücken fallen, wenn Sie mich zwingen, Hals über Kopf abzuschließen, dann werden wir keine wirtschaftlichen Vorteile haben und dann muß eben unsere Bevölkerung auf den Vorteil, den sie aus dem Friedensschlusse haben könnte, verzichten. (Zustimmung.) Wenn ein Arzt eine schwierige Operation ausführen muß und hinter ihm stehen Leute mit der Uhr in der Hand und zwingen ihn, die Operation in wenigen Minuten zu beenden, dann wird vielleicht die Operation mit einem Fehlschlag abschließen, aber der Kranke wird sich nachher für die Art der Ausführung bedanken. (Zustimmung.) Wenn Sie bei unseren heutigen Gegnern den grundsätzlichen Eindruck erwecken, daß wir um jeden Preis und sofort abzuschließen müssen, bekommen wir keinen Meterzentner Getreide und der Erfolg wird mehr oder weniger ein Platzen sein. Es handelt sich gar nicht mehr in erster Linie um die Beendigung des Krieges an der ukrainischen Front; weder wir noch die Ukrainer haben die Absicht den Krieg fortzusetzen, nachdem wir uns auf der annexionslosen Basis geeinigt haben. Es handelt sich — ich wiederhole es zum zehntenmal — nicht um „imperialistische“, nicht um annexionsistische Pläne und Absichten, es handelt sich darum, unserer Bevölkerung endlich die verdiente Belohnung für standhaftes Durchhalten zu sichern und ihr jene Nahrungsmittel zuzuführen, die sie gern annehmen wird. Unsere Partner sind gute Rechner und beobachten genau, ob ich durch Sie in eine Zwangslage versetzt werde oder nicht. Wenn Sie sich den Frieden verderben wollen, wenn Sie auf einen Getreidezuschuß verzichten wollen, dann ist es logisch, mich durch Reden, durch Beschlüsse, durch Streiks und Demonstrationen zu drängen, sonst nicht. (Zustimmung.) Und es ist tausendmal nicht wahr, daß wir in einer Lage sind, in der wir lieber heute einen schlechten Frieden ohne wirtschaftliche Vorteile als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müßten. Die Nahrungsschwierigkeiten entsprechen in letzter Instanz nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln, es sind Kohlen, Transport- und Organisationskrisen, die werden behoben werden. Wenn Sie im Hinterlande Streiks arrangieren, so bewegen Sie sich in einem circulus vitiosus, die Streiks erhöhen und verschärfen die erwähnten Krisen und erschweren die Zufuhr von Nahrungsmitteln und von Kohlen. Sie schneiden sich damit in das eigene Fleisch und alle die, die glauben, daß solche Mittel den Frieden beschleunigen, begehen einen furchtbaren Irrtum. Es sollen in der Monarchie Männer das Gerücht ausbrennen, daß die Regierung den Streiks nicht ferne stehe,

## Oesterreichische Delegation.

### Ausschuß für Neußeres.

Die Rede des Ministers des Neußern, die wir an leitender Stelle besprechen, hat auf die versammelten Mitglieder der oesterreichischen Delegation den denkbar besten Eindruck gemacht, dem sich nicht einmal der Vertreter der Südslawen, Dr. Korosec, trotz seiner grundsätzlichen Gegnerschaft ganz verschließen konnte. Auch der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten Delegierter Dr. Ellenbogen anerkannte die persönlichen Eigenschaften des Grafen Czernin, seinen ehrlichen Willen, die Friedensfrage einer gezielten Lösung entgegenzuführen und sein Geschick in der Führung der diplomatischen Verhandlungen. Redner erörtert die in der Vorwoche in Wien stattgehabte Volksbewegung, die in dem allgemeinen Zustand in Erscheinung getreten ist, und wies darauf hin, daß diese Kundgebung, spontan entstanden, nicht jenen Einfluß auf den Gang der Friedensverhandlungen gehabt habe, der ihr im allgemeinen zugeschrieben wird.

Delegierter Graf Nostiz bekundet dem Minister des Neußern, daß er alles, was bisher möglich war, für die Erlangung des Friedens getan habe und daher das Vertrauen verdiene. Redner bespricht unter Hervorhebung der Schwierigkeiten, die dem Minister bei den Verhandlungen entgegenstehen, den letzten Streit und wirft die Frage auf, wie durch diese politische Bewegung die Stellung unserer Unterhändler gestärkt werden könne und welche Mittel wohl dem Minister dadurch an die Hand gegeben werden sollen, damit er im Sinne eines Friedens, den wir alle wünschen, arbeiten könne.

Auch die Delegierten Dr. Stransky und Dazynski erörterten die Tätigkeit des Ministers des Neußern, wobei Delegierter Dazynski besonders hervorhob, in wie anerkannter Weise Graf Czernin die Note Wilsons behandelt. Aus seinen Worten und seinen Taten sei zu ersehen, daß er aufrichtig bestrebt sei, einen baldigen Frieden herbeizuführen.

Als Vertreter der deutschen Delegierten drückte Abgeordneter Dr. Waldner dem Grafen Czernin seine Anerkennung und sein Vertrauen aus, indem er erklärt, der Eindruck der Ausführungen des Ministers sei ein ihn übermannender. Der Redner richtet an den Ausschuß die Aufforderung, zur Unterstützung des Ministers das Seinige zu tun. Dr. Waldner bespricht die politischen Ereignisse der letzten Zeit und verweist auf den Umstand, daß die öffentliche Meinung eine verworrene, auf falschem Wege sich befindende ist, die im Gegensatz zur Mehrheit der friedlich gesinnten Bevölkerung in der Meinung gipfelt, ein Friede unter allen Umständen, ein Friede der Preisgabe aller Interessen sei ein erstrebenswertes Ziel. Der augenblickliche Friede ohne wirtschaftliche Vorbereitung werde unsere Ernährung um nichts bessern und auch dem Teil der Bevölkerung, die ihn jetzt anstrebt, zu Schaden gereichen, denn es ist eine gewisse Zeitspanne ruhiger Verhandlungen notwendig, um auch einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und die wirtschaftlichen Sicherheiten zu erreichen. Auf das Verhältnis zu unseren Verbündeten übergehend, tadelt Delegierter Waldner alle jene Versuche, die Gemeinsamkeit und Solidarität mit unseren Bundesgenossen zu erschüttern, denn gerade darin bestehen die Grundlagen, auf die der Minister sich stützt. Deshalb ist dem Grafen Czernin für die Unererschütterlichkeit dieses seines Standpunktes der Dank des gesamten deutschen Volkes in Oesterreich sicher und deshalb mußte der Minister auch anerkennen, daß das Verhalten der deutschen Regierung durch die tatsächliche Lage gerechtfertigt ist, und daß im Falle des Aufgebens dieses Standpunktes ein Chaos an die Stelle der Ordnung treten würde. In diesem Sinne muß der Öffentlichkeit zur Empfindung gebracht werden, daß es nur einen Weg gibt, um zum Ziele zu gelangen, daß das Hinterland in einer nicht verwirrten, sondern geeinten öffentlichen Meinung und Ueberzeugung durchhält. Dr. Waldner richtet, auf die Ernährungsfrage übergehend, an die ungarische Regierung die entscheidende Bitte, sich bei ihren Maßnahmen von dem Gefühl für das gemeinsame Vaterland leiten zu lassen und eine gemeinsame Ernährung zu ermöglichen, da die Ernährungslage Ungarns, insbesondere die Lage der Selbstversorger, eine unvergleichlich bessere ist als bei uns. Die Vorratsüberschüsse Ungarns müssen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Nachstehend der Bericht:

Nach dem Minister des Neußern ergreift Delegierter Dr. Waldner das Wort.

#### Delegierter Dr. Waldner

erklärt, der Eindruck der Ausführungen des Ministers sei ein ihn übermannender. Was daher ihn und diejenigen, die hinter ihm stehen, betrifft, könne er

schon vorab und in diesem Augenblicke erklären, daß sie ihr ganzes, volles, überzeugtes Vertrauen in den Minister des Neußern und in die Art sehen, wie er die Verhandlungen in Brest-Litowsk führe. Der Minister habe das Hauptgewicht nicht so sehr auf die Einzelheiten seiner Mitteilungen als auf das Verhältnis des Hinterlandes, der öffentlichen Meinung in der Monarchie zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk gelegt. Hier ist der springende Punkt dieser Mitteilungen und hier haben wir die Pflicht zur Stellungnahme. Nicht in dem Ausdruck des Vertrauens für den Minister, der seitens der Mehrheit des Ausschusses schon als eine Selbstverständlichkeit erklärt werden kann, sondern darin liegt der Schwerpunkt, wie der Ausschuß und unter dem Eindruck seiner Verhandlungen die öffentliche Meinung sich zum Appell des Ministers an sie stellen wird. Diese öffentliche Meinung ist jetzt eine verworrene, eine zerfahrene, auf falschem Wege sich befindende. Denn diese öffentliche Meinung ist nicht etwa in der Mehrheit der friedlichen, ruhigen Bevölkerung, die ja stumm bleibt und sich nicht äußert, aber sie ist in jenen Teilen, die nach außen hin sich Ausdruck errungen haben, in dem Maße zusammenzufassen, daß von diesem Stück öffentlicher Meinung ein Friede um jeden Preis, ein Unterwerfungsfriede, ein Friede unter allen Umständen und, koste es, was es wolle, ein Friede von heute auf morgen, ein Friede der Preisgabe aller Interessen verlangt wird. Nach dem Eindruck, den die Bewegung in der jüngsten Zeit hervorgerufen hat, könnte niemand die Richtigkeit dieser Auffstellungen bestreiten. Der Minister hat in überzeugender Weise dargetan, daß diese Art der Einflußnahme auf die Verhandlungen das Verderben ist, daß sie geradezu verbrecherisch ist an dem Zwecke des Friedens, an der Erreichung des Friedens und an den Interessen, die wir für unser Vaterland mit Hilfe des Ministers des Neußern und mit Hilfe unserer Unterstützung zu erreichen verpflichtet sind. Daher ist es unsere Pflicht und in erster Linie die Pflicht dieses Ausschusses, nach dieser Richtung hin dem Minister die Hilfe, die er angerufen hat, zu geben und zum Ausdruck zu bringen, daß die Verirrung dieser öffentlichen Meinung aufgegeben und eine echte öffentliche Meinung hervorgerufen werden muß durch unsere Hilfe, durch den Einfluß, den unsere folgenden Verhandlungen auf die öffentliche Meinung üben werden und üben müssen.

Wenn der Friede um jeden Preis, der Friede von heute auf morgen, der Unterwerfungsfriede die Folge hätte, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten mit einem Schlage behoben wären, wenn Friede und Ernährung Hand in Hand gehen und sich gegenseitig bedingen würden, so hätte dieses charakterisierte Stück der öffentlichen Meinung noch einen realen Hintergrund. Diese gegenseitige Bedingung von Ernährung und Augenblicksfriede ist aber, wie der Minister ganz überzeugend ausgeführt hat — und wir wußten es ja auch schon früher — nicht vorhanden. Der Augenblicksfriede wird unsere Ernährungslage nicht verbessern, nachdem unter der fortgesetzten Absperrung der Seemächte kein Meterzentner Getreide oder Mehl in unser Land hereinkommen kann und nachdem ein solcher Augenblicksfriede auch nicht einmal die Versorgung von Rußland aus, insbesondere von der Ukraine aus, zur Folge hätte. So wären wir durch den Augenblicksfrieden in unseren Erwartungen auf Erleichterung unserer Ernährungslage enttäuscht. Diese Erleichterung wäre bereitet anstatt erreicht. Die Zeitspanne ruhiger Verhandlung, welche notwendig ist, um den Frieden nicht mit annexionspolitischen und kontributionistischen Erfolgen, sondern mit gleichzeitigen wirtschaftlichen, das ist Ernährungsvorteilen, zu erreichen, muß also denn doch die gesamte Bevölkerung Oesterreichs ohne Unterschied, auch mit Einschluß jener, welche jetzt den Augenblicksfrieden, den Frieden um jeden Preis auf ihre Fahne geschrieben haben, wollen. In diesem Sinne richtet Redner an den Ausschuß die Aufforderung, zur Unterstützung des Ministers das Seinige zu tun. Und das sollte und müßte auch in den Ausführungen der folgenden Redner, mögen sie sonst staatsrechtlich auf welchem Standpunkte sie wollen stehen, ausnahmslos zum Ausdruck gelangen. Im oesterreichischen Abgeordnetenhaus ist unter dem Gesichtspunkte des Friedens um jeden Preis das Wort gefallen: Wenn nicht anders, so solle unser Minister des Neußern in Brest-Litowsk selbstständig vorgehen, das heißt also, nötigenfalls unter Treubruch gegen unsere Bundesgenossen. Redner begrüßt es und danke dem Minister dafür, daß er nach dieser Richtung nicht den geringsten Zweifel gelassen habe. Die Gemeinsamkeit, das Hand-in-Hand-Gehen, die Verbundenheit, die unverbrüchliche Solidarität mit unseren Bundesgenossen ist eine der Grundlagen, auf die der Minister sich stellt. Redner danke dem Minister für die Unererschütterlichkeit dieses Standpunktes. Das gesamte deutsche Volk in Oesterreich erwartet, daß an dieser Unererschütterlichkeit und Unverbrüchlichkeit der Treupflicht gegen unsere Bundesgenossen festgehalten werde. Um so leichter könne Redner diese Worte an den Minister richten, als nach der Darstellung des Ministers auf Seiten unseres Treuegenossen keineswegs jene Erschwerungen des Friedensschlusses vorhanden sind, die mit einer gewissen Gefälligkeit ihm unterstellt werden. Der Minister hat betont, daß, was die Grenzgebiete betrifft, das Verhalten der deutschen Regierung nach seiner Ueberzeugung durch die tatsächliche Lage gerechtfertigt ist und daß, wenn ein anderer Standpunkt eingenommen oder dieser Standpunkt völlig aufgegeben würde, in jenen Gebieten das Chaos an die Stelle der gegenwärtigen Ordnung treten müßte, und was aus diesem Chaos hervorgehen würde, läßt sich gar nicht absehen. Nicht was augenblicklich gerade als wichtig erscheint, sondern was sich erst in der Zukunft erwahrt, ist für einen Staatsmann das Ziel. Redner begrüßt es daher erneut, daß der Minister auf der wiederholt gegebenen Versicherung des unverbrüchlichen Treuehaltens mit unserem Bundesgenossen verharrt und erstickt, daß nicht auch in diesem Ausschuß der Versuch gemacht werde, den Minister aufzufordern, nötigenfalls selbstständig vorzugehen und auf eigene Faust, das heißt unter Treubruch, mit Rußland Frieden zu schließen. Ja, welchen Frieden? Nach den Darlegungen des Ministers ist eigentlich ein Zustand da, der gar nicht mehr Krieg ist, ein Zustand der Krieglosigkeit, ein Zustand, der, von Verträgen abgesehen, sonst dort herrscht, wo kein Krieg ist. Der Krieg mit Rußland ist — man kann vielleicht von der ukrainischen Front absehen — zu Ende, und er kann nach den Darlegungen des Ministers nach der Auflösungs- und Bersehungslage im Innern Rußlands gar nicht mehr erneuert werden.

Es ist daher eigentlich nicht der Krieg durch den Frieden zu beenden, sondern der gegenwärtige Zustand der Krieglosigkeit, aber auch der Anarchie an der Grenze und in den Grenzgebieten durch Abschließung entsprechender Verträge womöglich in die Ordnung überzuführen. Wohin schallt also dieser Ruf nach dem Frieden um jeden Preis? Er ist insofern ein agitatorischer Ruf ins Beere, ein aufreizender Ruf und seine Wirkung kann nicht in erster Linie eine solche nach außen sein, sondern nach innen, um hier die Leidenschaften aufzuregen und die Stellung des Ministers bei den Verhandlungen zu erschweren, wo nicht unmöglich zu machen. Aber weiters. Der Minister hat sich zwar auf die Charakterisierung seiner Gegenpartiesanten und der Lage Rußlands, insbesondere in Petersburg nur andeutend eingelassen. Aber schon aus diesen Worten

Oesterreichische Delegation.

tungen in Verbindung mit dem, was wir aus den öffentlichen Blättern wissen, geht eines hervor: Der Zweifel, ob es der Regierung Trojki-Lenin nur um die Abschließung dieses sogenannten Friedens über einen nicht mehr existierenden Krieg zu tun ist, oder ob nicht daneben und vielleicht in erster Reihe die Absicht besteht, durch eine Verschleppung der Verhandlung den Eindruck der Ereignisse in Rußland auf unsere und unserer Bundesgenossen innere Verhältnisse, vielleicht auch auf die inneren Verhältnisse der Ententeländer zu steuern und die Revolution von Rußland in unsere Mitte und nach der Meinung der russischen Unterhändler vielleicht auch in die Mitte ihrer ehemaligen Freunde, der Ententeländer, zu tragen.

Wenn Sie daher den Frieden, den echten Frieden, den Frieden, der uns wirtschaftlich sichert, der nichts anderes will, als Ordnung an Stelle von Anarchie und Krieglosigkeit zu setzen, so muß hier bei uns Wandel geschaffen werden durch eine vollständige Umrevolutionierung unserer öffentlichen Meinung und diese muß von hier, vom Ausbruch, in die Öffentlichkeit hinausgehen. Es muß der Öffentlichkeit zur Empfindung und Ueberzeugung gebracht werden, daß es nur einen Weg gibt, um dort zu einem Ziele und Ende zu kommen, daß das Hinterland in einer nicht verwirrten, sondern geordneten öffentlichen Meinung und Ueberzeugung durchhält, die Entbehrungen, die uns auferlegt sind und die keineswegs ganz unerträglich sind, noch trägt und daß in diesem Durchhalten durch eine noch kurze Spanne Zeit und in dieser nicht verwirrten öffentlichen Meinung, in dieser Nichtunterstützung der russischen Revolutionäre durch unsere öffentliche Meinung die Gewähr für die Validität des Friedensabschlusses, aber auch für die Ehrenhaftigkeit des Friedens, für den wirtschaftlichen Sicherungsfrieden, gegeben ist.

Bei dieser Gelegenheit sehe sich Redner gezwungen, darauf hinzuweisen, daß, wenn auch das Ausmaß der ungarischen Vorkämpfe vielfach nach Gebühr überschätzt wurde, doch kein Zweifel daran sein könne, daß die Ernährungsfrage Ungarns und insbesondere der Selbstversorger Ungarns unvergleichlich besser ist als bei uns und daß, wenn die ungarische Regierung mit erforderlichen Nachbarn die Vorratsüberschüsse des Landes uns zur Verfügung stellen würde, unsere Ernährung bis zu jenem Zeitpunkte wesentlich erleichtert werden könnte, wenn wir von der Ukraine oder sonst irgendwoher in der Approvisionnement unterstützt werden. Er richte daher an die ungarische Regierung die entsprechende Bitte, bei ihren Maßnahmen nicht innerpolitische Rücksichten walten, sondern sich nur von dem Gefühl, daß es sich um das gemeinsame Vaterland handelt, leiten zu lassen und mit Rücksicht auf das gemeinsam verlorene Blut auch eine gemeinsame Ernährung zu ermöglichen. Zum Schluß spricht Redner sein volles und ganzes Vertrauen dem Minister des Aeußern und der Art, wie er die Verhandlungen führe, aus. (Beifall.)

Delegierter Dr. Stransky:

Gegenüber den einleitenden Worten des Exposé müßte er darauf verweisen, daß es keineswegs der Zweck der Delegationen sei, die außenpolitische Lage nur dann zu erörtern, wenn es der jeweiligen Regierung passe, ihnen dazu Gelegenheit zu bieten, sondern daß sie dazu berufen seien, regelmäßig und alljährlich die Außenpolitik zu kontrollieren. Es gibt einen Hochverrat am Staate und einen Hochverrat an den Völkern. Für uns ist der Hochverrat an den Völkern strafbarer als der Hochverrat am Staate. Hat Graf Czernin schon ganz vergessen, daß etwas Ähnliches in Böhmen geschehen sollte, wo man ebenfalls einen gewaltsamen Eingriff in die verfassungsmäßigen garantierten Gerechtigkeiten des Königreiches im Schilde führte? Weiß er nicht, daß man, als man im letzten Moment die deutschen Postulate nach Ultimo abschlug, dies offiziell nicht mit dem Hinweis auf die geltende Verfassung, sondern auf die Chancen der eventuellen Friedensverhandlungen und der auswärtigen Situation begründet wurde? Fällt es dem Minister, wenn er all diese Tatsachen erwägt, wirklich so schwer, einzusehen, daß sich die Slaven in diesem sowohl als auch in jenem Staate für Schutz- und Vogelfrei, für außerhalb der Gesehe gestellt, von allen Freunden verlassen, nur auf die eigene Kraft angewiesen erachten? Kann er wirklich nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß sie nicht schwarzgelb sein können und in aller Wirklichkeit nicht schwarzgelb zu färben sind, daß sie die Fesseln der dualistischen Staatsform nur zähneknirschend und haßerfüllt ertragen?

In Besprechung der polnischen Frage bemerkt Redner, nach den Worten des Exposé solle offenbar bloß die Wiederaufrichtung jener Teile Polens gemeint sein, welche bei dessen Teilungen von Rußland annektiert worden waren, bei welcher Lösung die von Preußen und Oesterreich annektierten Teile von der Desannexion ausgeschlossen sein sollen. In diesem Punkte befinden sich die Zentralregierungen in einem Gegenstande zu der russischen Regierung, welche nicht nur das okkupierte Polen freigeben, sondern auch die polnischen Gebiete, die sich noch in der russischen Machtsphäre befinden.

Delegierter Dr. v. Bilinski: Welche Gebiete sind das?

Delegierter Daszynski: Welche Gebiete?

Delegierter Dr. Stransky: Ich müßte die Karte zur Hand nehmen.

Delegierter Daszynski: Da wären Sie aber in Verlegenheit!

Delegierter Dr. Stransky: Es gibt auch Polen in der Ukraine und die gibt Rußland frei.

Delegierter Dr. v. Bilinski: Aber nicht polnische Gebiete!

Delegierter Dr. Stransky verlangt vom Minister des Aeußern die Bekanntgabe der Gründe, warum man die Polen bloß von der ohnehin hinfälligen russischen Unterdrückung befreien wolle und nicht zugleich von der unvergleichlich unmenchlicheren preussischen, warum der feierlich proklamierte Wille des polnischen Volkes in Galizien, einem Königreich Polen angelehnt zu werden, unberücksichtigt bleiben soll. Der Minister des Aeußern müsse sich um das nationale Programm interessieren, wenn er seiner Sache gewachsen sei. Wir waren nicht wenig überrascht, als wir vom Minister des Innern erfuhren, daß Graf Czernin dem Maximalisten Trojki überaus ähnlich ist.

Delegierter Dr. v. Langenhau: Wir auch. (Weiterkeit.)

Delegierter Dr. Stransky: Wir stellen uns Trojki so ganz und gar anders vor, was ja begreiflich ist, da die Sprache, die diese zwei Männer führen, einander so wenig ähnelt. Aber was nicht ist, könnte werden, wenn Graf Czernin sich an Trojki ein gutes Beispiel nimmt. Solange Graf Czernin den Standpunkt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker unter internationaler Kontrolle durch die Friedenskonferenz zu gewährleisten, nicht zu dem seinen mache, dürfte er sich nicht wundern, daß die Böhmen zu seiner Politik kein Vertrauen haben.

Die Sitzung wird sodann bis 6 Uhr nachmittags unterbrochen.

Delegierter Daszynski

führt aus, von Zeit zu Zeit Dinge in dem politischen Leben Oesterreichs eine Geringschätzung durch, wenn man von der russischen Revolution spreche. Man sieht das Aeußerliche dieser epichalen Erscheinung und weidet sich an dem scheinbaren Lustn, welcher gemeldet wird und der den Inhalt des öffentlichen politischen Lebens in Rußland ausmachen soll. Er warne vor einer solchen oberflächlichen Anschauung. Es liegt etwas Imponantes darin, wenn auf einem Gebiete, das den sechsten Teil des festen Bodens der Erdoberfläche umfaßt und 150 Millionen Einwohner zählt, eine Umwälzung geschieht, deren Dauer und tiefe Folgen in der ganzen Welt von keinem denkenden Menschen gering geschätzt werden dürften. Der Minister des Aeußern begriffen, gleichsam den Ernst der Vorgänge in Petersburg begriffen, er hat begriffen, daß die Revolution erst die Aktualität des Friedens im Osten bedeutet, daß erste Glied eines großen Ueberganges zum Frieden. Denn er behauptet heute — und wir sind mit ihm einer Meinung — daß der Schritt im Osten, wenn er gelingt, auch eine gute Vorbedeutung für den Westen und Süden ist. Der Friede ist der Stempel der Zeit, er ist die Sehnsucht aller, er ist der einzige Wunsch für die künftige Kriegszeit, die schon alle so übergenug empfinden, daß sie uns den letzten Lebensatem raubt. Durch die Arbeit für den Frieden wird der Minister des Aeußern des Aeußern auch aller Schwierigkeiten Herr werden, und diese Schwierigkeiten sind bis jetzt gewiß nicht klein. Der Minister des Aeußern möge sich durch diese Schwierigkeiten nicht allzu sehr vom Wege abbringen lassen. Da komme Redner auf den Freund zu sprechen. Bitte es nicht ruhig zu ertragen, das man dort allzu sehr mit dem Sabel rasselt. Der Minister des Aeußern war ja leider nicht dabei, er war damals, wie man lesen konnte, leidend, als General Hoffmann mit der Faust auf den Tisch schlug und — was gar nicht nötig war — die Tatsache konstatierte, daß nicht die Russen auf deutschem, sondern die Deutschen auf russischem Boden stehen. Leider hat sich Herr Kühnmann mit General Hoffmann in Uebereinstimmung gesetzt. Es sehle damals gerade die Stimme eines österreicherischen Vertreters, der gar nicht mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und der gar nicht über seinen Charakter als Sieger zu prahlen brauchte. Denn ein Friede ohne Annerzionen und Kontributionen bedeutet ja einen Frieden, wo es keine Sieger und keine Besiegten gibt. Wir vermischen also einen Protest gegen diese Haltung des Generals Hoffmann. Aber auch durch diese Schwierigkeiten möge sich der Minister nicht einschüchtern lassen, gegen diese Schwierigkeiten werden sich aus dem Schoße des deutschen Volkes Kräfte erheben, die gegenüber dem General Hoffmann künftig auf den Tisch schlagen werden. Diese Völkergewaltigen reichsdeutscher Politiker, welche die Deutschen in der ganzen Welt verhaßt gemacht hat, gefällt sich auch in den Angriffen auf den Minister des Aeußern. Solche Angriffe sind aber die schönsten Lobeshymnen auf die Vernunft seiner Politik.

Wenn Redner in diesem Zusammenhange von Polen rede, so gehehe das, weil der Minister einen ganzen Bausatz seiner Ausführungen dem neu zu errichtenden selbständigen polnischen Staate widmete und weil es ein Resultat des Krieges für Oesterreich ist. Wenn das Plebiszit durchgeführt werden soll, so soll es würdig vorbereitet sein in der Weise, daß das nationale Parlament etwas berät und das beratene Gesetz dem Volke vorlegt.

Redner spricht dem Minister seine Anerkennung wegen der Behandlung der Note Wilsons aus. Diese Art sei wirklich, kein Brombeeren, kein Verifizieren, keine Rechthabererei, sondern eine Anerkennung dessen, was in diesen Vorschlägen vernünftig und möglich sei.

Redner sei mit vielem sehr zufrieden, was der Minister vorbrachte und sei imstande, ihn immer zu unterstützen, wenn er aus seinen Worten und aus seinen Taten den Beweis ersehe, daß er aufrichtig bestrebt sei, einen baldigen Frieden nach Hause zu bringen.

Delegierter Graf Hofitz

führt aus, jeder, der die Vorgänge in Brest-Litovsk und die heutigen Erklärungen des Ministers mit Aufmerksamkeit verfolgte, müsse zugestehen, daß der Minister alles, was bisher möglich war, für die Erlangung des Friedens getan habe und daher das Vertrauen verdiene. Er habe seinen Weg nicht verlassen, er wolle nichts von unseren Feinden, er wolle andererseits aber auch für uns einen Frieden heimbringen, der uns die Möglichkeit gibt, nach dem Kriege weiterzuleben, unsere Existenz zu erhalten. Vor allem sei er bestrebt, bei den Friedensverhandlungen günstige wirtschaftliche Interessen für uns durchzusetzen. In diesem Bestreben werden gewiß alle den Minister unterstützen. Redner verkenne auch nicht die großen Schwierigkeiten, denen der Minister gegenübersteht. Mit Recht habe der Minister den Vorgängen im Hinterlande, der Ausstandsbewegung während der letzten Zeit, große Bedeutung beigelegt und gesagt, daß seine Friedensarbeit dadurch sehr erschwert werde. Redner halte es für die Pflicht des Ausschusses, die Verhandlungen eben so klar und offen zu führen, wie sie vom Minister inauguriert wurden. Er wende sich daher an jene Delegierten, die, wenn sie auch, wie sie sagen, diese Bewegung nicht ins Leben gerufen haben, der Bewegung doch sehr nahe stehen, und richte die Frage an sie, wie durch diese Bewegung — hier spreche er nur von ihrem politischen Inhalte, für den wirtschaftlichen Teil derselben könne es gewiß viele Entschuldigungen geben — die Stellung unserer Unterhändler gestärkt werden sollte und welche Mittel dem Minister dadurch an die Hand gegeben werden können, damit er im Sinne des Zustandekommens eines Friedens, wie ihn alle wünschen, arbeiten könne. Wenn sie das Gefühl haben, daß der politische Teil dieser Bewegung nicht danach angetan sei, die Tätigkeit unseres Vertreters bei den Friedensverhandlungen zu unterstützen, dann sei es ihre Pflicht, ihr mit allen Mitteln entgegenzutreten und durch ihre Macht die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß sie durch solche Vorgänge das Gegenteil von dem, was intendiert ist, erzeuge.

Delegierter Dr. Ellenbogen

müßte vor allem die neuerliche Bekundung des Ministers für einen vorbehaltlos, annexions- und kontributionslosen Frieden begrüßen. Er könne es nur loben, daß er in seinen Erklärungen von Schritt zu Schritt präziser und deutlicher werde. Er begrüße die Tatsache, und insbesondere, weil die polnische Frage einen der Angelpunkte des Zweifels in der Öffentlichkeit bilde, begrüße er es, daß der Minister es ausdrücklich gesagt habe, je sicherer dieses künftige Volksvotum in Polen den Volkswillen widerspiegeln werde, desto lieber sei es ihm. Diese Aeußerung möge er auch den anderen Faktoren, die neben ihm für die Frage der Erhaltung des Friedens in Betracht kommen, zur Berücksichtigung und Darlegung empfehlen. Bis heute vermischen wir in Deutschland eine Erklärung, welche dieselbe Entschiedenheit, dieselbe kategorische Präzision aufweist, wie sie Graf Czernin gegenüber Polen belundet hat. Den Krieg abkürzen können solche Erklärungen wie die heutige des Grafen Czernin. Da gibt es wirklich nichts zu deuteln, nichts zu brechen. Diese Deutlichkeit ist drüben zu vermischen. Und es wäre sehr wichtig, endlich einmal zu hören, ob das deutsche Auswärtige Amt wirklich das tun wird, was es immer wieder erklärt. Wir verlangen, daß Graf Czernin nicht nur in bezug auf Oesterreich jeden Annexionsismus ablehne, sondern auch in einer in Deutschland nicht mißzuverstehenden Weise von den Plänen der deutschen Annexionsisten abbrüche.

Sehr begrüße es Redner auch, daß der Minister bei von Wilson aufgestellten 14 Punkten warme Anerkennung gezeigt, nicht nur einem Teil offen zugestimmt habe, sondern auch seine Erklärung ausdrücklich als ein Friedensangebot bezeichnet habe. Zwei sehr ruhige Blätter in England, die „Nation“ und die „Daily News“, in den letzteren Dr. Garbner, haben ihrem Erschauen darüber Ausdruck verliehen, daß die Erklärung Wilsons in Deutschland und Oesterreich so mißverstanden werden konnte.

Redner glaube nicht, daß der Minister in das Horn jener unerlösten Annexionsisten blase, die Venedig für den Papst erobern und bis nach Florenz hinunterwollen, aber selbst, wenn der Minister nichts anderes meint, als daß den Italienern gesagt werden soll: Führt den Krieg nicht weiter, sonst wird es ärger werden, so müßte er bedenken, daß die Berufung auf Waffenerfolge gar keinen Wert hat.

Redner müsse mit Befriedigung konstatieren, daß die heutigen Mitteilungen des Ministers des Aeußern, was die Note Wilson im ganzen betreffe, als ein weiterer Schritt dem allgemeinen Frieden entgegen zu betrachten sind.

Der Minister hat ferner über die Ausstandsbewegung gemeint, daß, wenn man — darunter verstand er offenbar die Sozialdemokraten — im Hinterlande Streiks arrangiere, man sich in einem circulus vitiosus bewege. Redner begrüße diese Richtigkeit einer solchen Frage gegenüber nicht. Die Furcht vor dem Scheitern der Verhandlungen sowie die Notlage der Bevölkerung haben die Bewegung spontan hervorgerufen und es war nicht er, jemand notwendig, der sie dazu aufgereizt hätte. Wir sind bei den Massen draußen wegen der ungeheuren Erregung in diesem Augenblicke durchaus nicht so beliebt gewesen. Wir haben als erfahrene Politiker die Dinge doch etwas ruhiger angesehen, den Leuten zugeredet und sie zu beruhigen getrachtet. Es war ein elementarer Ausbruch der Volkswut, ein Ausbruch der Not und Furcht, daß der Friede nicht kommen wird.

Zum Schluß habe der Minister die Vertrauensfrage gestellt. Die Sozialdemokraten vertrauen dem Minister des Aeußern, daß er kein eibdrüchiger Mann ist, sie vertrauen darauf, daß er keine unmögliche politische Figur sein will, vor allem aber darauf, daß unsere inneren Verhältnisse nach wie vor der härteste Antriebs der Friedensliebe des Ministers sein werden. Sie vertrauen darauf, daß er aus diesen Gründen wirklich ehrlich den Frieden wolle, und werden ihn in diesem Bestreben unterstützen. Daß das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Person des Ministers, aber wenn die Frage im allgemeinen, konstitutionellen, sozusagen budgetären Sinne aufgeworfen werden sollte, könne er darauf nur antworten: hier handelt es sich um ein System, das mit der Person des Ministers des Aeußern nicht verknüpft werden darf. Seinen persönlichen Ansichten unbeschadet, würden die Sozialdemokraten durch die Bemilligung des Subnetts das System, das zu diesem Kriege geführt hat, unterstützen. Dazu haben wir keinen Anlaß und deshalb bitte Redner, diese Seite der Vertrauensfrage hier nicht aufzuwerfen.

Delegierter Dr. Kovacek

führt aus, es habe überraschend gewirkt, daß der Minister des Aeußern heute der Note Wilsons gegenüber eine freundliche Stellung eingenommen habe. Was die von ihm gemachten Einschränkungen betrifft, müsse Redner namens der Sozialdemokraten Einspruch erheben, daß die verfassungsmäßigen Einschränkungen der Monarchie eine Sandhaube für die freie Entwicklung der Nationen bieten können. Denn diese gewährleisteten dem beiden privilegierten Nationen die staatlichen Nachmittels zur Ausübung der politisch unterdrückten Völker.

Der Ausbruch werde dem Minister das geforderte Vertrauen wohl votieren. Dabei möge sich der Minister aber vor Augen halten, daß ihm angesichts der Zusammenziehung der Delegationen, in welchen namentlich die Slaven nicht entsprechend vertreten sind, dadurch nicht auch die Mehrheit der Bevölkerung das Vertrauen ausgesprochen habe.

Redner erklärt schließlich, durch die Ausführungen des Ministers nicht genügend Klarheit erhalten zu haben. Er könne ihm das Vertrauen nicht votieren.

Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Freitag, 10 Uhr vormittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

## Das Vertrauensvotum für den Grafen Czernin.

Mit 14 gegen 7 Stimmen.

(Sitzung des Ausschusses für Neuzeres der österreichischen Delegation vom 25. Jänner.)

In später Nachstunde, eine Viertelstunde vor 11 Uhr, ist gestern im Delegationsausschuss für Auswärtiges über die vom Delegierten *Millas* eingebrachte Resolution abgestimmt worden. Die *Millas'sche* Resolution spricht dem Grafen Czernin das volle Vertrauen aus und heißt die von ihm vertretene Politik in allem gut. Es war vorauszu sehen, daß Graf Czernin nach seiner eindrucksvollen Rede vom Donnerstag im Ausschuss ein von einer genügenden Mehrheit unterstütztes Vertrauensvotum erhalten würde. Unsicher war nur das genaue Stimmenverhältnis, da die deutschen Sozialdemokraten zwischen prinzipiellen Bedenken und persönlichen Sympathien für den Grafen Czernin schwankten. In der zwölften Stunde ist der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Dr. Ellenbogen bei dem Prinzip geblieben und hat mit Nein gestimmt; *Daszynski* fehlte bei der Abstimmung, der tschechische Sozialdemokrat *Tomajsek* und der italienische Sozialist *Bittoni* stimmten wie Dr. Ellenbogen gegen die Resolution *Millas*. Daß die bürgerlichen Tschechen und Südslawen dem Minister des Neuzeres und seiner Politik das Vertrauen verweigern würden, war von vornherein klar. Sie haben sich ja weidlich angestrengt, alle möglichen Bedenken gegen die Art der Verhandlungen in *Vrest-Litowsk* vorzubringen, und auch sonst keinen Zweifel darüber aufgenommen lassen, daß die Welt ihrer Gedanken von der offiziellen Politik Oesterreich-Ungarns himmelweit entfernt ist. Für die Resolution *Millas* stimmten die Delegierten Dr. Baerenther, Freiherr v. Bed, Dr. Ritter v. Bilinski, Dr. v. Fuchs, Dr. v. Grabmahr, Dr. von Langenhan, Graf Parisch, Delegierter *Millas*, Graf *Kostiz*, R. v. Ranz, Freiherr v. Parisch, *Walbner*, *Walterskirchen*, Ritter v. *Wassilo*. Dagegen stimmten die Delegierten Dr. Ellenbogen, *Rofac*, *Korofec*, *Bittoni*, Doktor *Stransky*, *Tomajsek* und *Udrzal*. Abwesend waren die Delegierten *Cingria*, *Daszynski* und *Korofec*. Eine Resolution des Delegierten *Korofec* wurde gegen die Stimmen der Tschechen und Südslawen abgelehnt, wobei auch die Sozialdemokraten dagegen stimmten. Der Wert dieser Abstimmung ist unverkennbar: das Vertrauensvotum wird den Grafen Czernin bei der weiteren Arbeit in *Vrest-Litowsk* stärken.

Die lange Sitzung, die mit diesem Vertrauensvotum geschlossen hat, war auch sonst recht bemerkenswert. Als Redner hatte Graf Czernin auch gestern seine Hörer zu fesseln gewußt. Seine Bemerkungen zu den innerpolitischen Fragen erörtern wir an anderer Stelle. Zu übrigen kam der Minister des Neuzeres in polemischen, teilweise launigen Wendungen vielfach auf die Debatte zurück, wobei er die gegenwärtige Lage mit manchen Blicklichtern zu erhellen wußte und die Auffassung der Öffentlichkeit um mancherlei interessante Einzelheiten bereicherte. Positiv am wertvollsten ist wohl die Mitteilung, daß seine Rede in dem Augenblick, da sie gehalten worden, auch schon dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Kenntnis gebracht wurde. Dadurch erheben sich diese Erklärungen des Ministers des Neuzeres weit über die Linie einer parlamentarischen Auslassung und gestalten sich zu einer positiven diplomatischen Tat.

Am der Debatte selbst nahmen fast alle Delegierten teil. Am Vornrittig sprach Ritter v. *Bilinski*, der den polnischen Standpunkt mit viel Takt und dem höchsten guten Willen vertrat, eine Kompromißlösung zu finden. Immerhin ist auch seinen Argumenten entgegengehalten, daß bei jeder wie immer gearteten Lösung der Polenfrage Galizien jedenfalls durch die stärksten staatsrechtlichen Klammern mit seinem Mutterreich verbunden bleiben soll. Andernfalls würde die unumstößliche Voraussetzung jeder Kombination verloren gehen, der Grundsatz nämlich, daß Oesterreich aus diesem mit großen militärischen Erfolgen gekrönten Kriege nicht geschwächt hervorgehen darf.

Bemerkenswert war die Rede des ehemaligen Ministers des Neuzeres Freiherrn von

*Burian*, der in der Erwiderung auf Doktor *Stransky's* Auslassungen zum erstenmal eine authentische Darstellung der Vorgeschichte des Krieges mit Italien gab. Der *Alpole* Doktor *Glombinski* versuchte die extremen polnischen Forderungen, sozusagen in Watte gepackt, darzureichen. Sehr beachtenswert ist die Rede Dr. Ritter v. *Wassilo's*, der die Forderungen seiner Landsleute ausführlich begründete. Dr. v. *Langenhan* bestimmte nochmals den Standpunkt der Deutschen und brachte die vielfach schiefen Behauptungen der tschechischen Redner auf das richtige Maß zurück. Einen wertvollen Abschluß der Debatte bildete die Rede des Freiherrn von *Bed*, der in seinem Schlusswort eine vom besten staatsmännischen Geist besetzte Darstellung der Gesamtlage gab.

Nach einer ausführlichen Darlegung der Friedensbestrebungen, die in beiden Mittelstaaten eine parallele Entwicklung durchmachen, erörterte Freiherr v. *Bed* die Kriegsziele der Entente, deren Spiel mit der Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und kam dann auf die letzte Rede *Lloyd George's*, auf das Programm *Wilson's* und die Verhandlungen zu *Vrest-Litowsk* zu sprechen. Er polemisierte dabei gegen die slavische Forderung, nationale Delegierte den Verhandlungen zuzuziehen, und sagte, er sei widerwilliger als diese Radikalen, er verlange, daß das ganze Volk die Verhandlungen unterstütze. Nach einer eingehenden Besprechung der Ernährungsverhältnisse, deren gleichmäßige Ordnung Freiherr v. *Bed* energisch verlangt (er sagt an einer Stelle: „Es hat etwas Aufreizendes, daß die harte Hungerpflicht nicht gleichmäßig verteilt ist“), wendet sich der Redner dem eigentlichen Friedensproblem und den inneren Fragen zu. Die Polemik gegen die Tschechen zählt zu dem Besten, was in dieser Sache bisher gesagt worden ist.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

### Die polnische Frage.

Delegierter Dr. v. *Bilinski* (Rechte) erklärt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, es gebe keinen andern Weg der Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen als durch den Anschluß an die Monarchie. Die Segnerschaft der österreichischen Völker gegen diese Konstruktion sei kaum begreiflich, denn es bedeute doch keinen Verlust für das Reich, wenn Galizien zusammen mit dem neuen Königreich an die Monarchie organisch angeschlossen wird. Ueber die Art der Personalunion würden die drei Parlamente und Regierungen zu entscheiden haben. Was im Interesse der Dynastie sein wird, werden die Polen sicherlich zugehen. Die Vereinigung sei erwünscht, weil die *Habsburgerdynastie* die einzige sei, die seit Jahrhunderten freie Völker bereinigte, im andern Falle werde Galizien nicht mehr mit derselben Liebe an der Monarchie hängen und das Verhältnis werde weniger angenehm sein als bisher, was auch das Deutsche Reich nicht wünschen könne. Was die Grenzregulierungen anlangt, brauche man keine strategische Grenze gegen Polen, sondern gegen Rußland. Redner habe das deutsche Volk nach seinen Leistungen als das erste Volk der Welt und könne nicht glauben, daß es aus egoistischen Gründen einen Teil Polens für sich abtrennen werde, auf die Gefahr, sich Feinde an der Grenze zu schaffen. Polen müsse in jenem Umfang in den künftigen Staat übergehen, den es zur Zeit *Kongreßpolens* hatte. Den Wunsch nach Angliederung *Kurlands* könne Redner verstehen, aber die Einverleibung *Atanens* würde nur dem Gefühl des Mißtrauens gegen Polen entspringen. Was die Verbindung mit dem Meere anlangt, empfiehlt Redner die Neutralisierung der *Weichsel*. In Bezug auf die ukrainische Frage bemerkt Dr. v. *Bilinski*, daß den Ruthenen vollste Gleichberechtigung gewährt werden müsse. Die Polen würden ihnen alles geben, was sie als vollständige gleichgestellte Bürger zufriedustellen würde. Redner erklärt schließlich, Graf Czernin bestehe alle Chancen für einen großen Staatsmann. Er votiere ihm das Vertrauen und wünsche ihm, jene Rolle zu erlangen, die *Fürst Bismarck* auf dem *Berliner Kongreß* spielte.

Delegierter Freiherr v. *Parisch* (Rechte) bespricht gleichfalls die polnische Frage und erklärt es für ein österreichisch-ungarisches Interesse, daß der deutsche Plan der Annexion gewisser Teile Polens nicht zur Tat werde. Es müsse jede Möglichkeit einer Verstärkung von vornherein beseitigt werden, und es müsse Gewähr dafür geboten erscheinen, daß das polnische Reich wenigstens in seinen primärsten Interessen so vollkommen saturiert als möglich sei. Die autropolnische Konstruktion sei im übrigen nur dann möglich, wenn gleichzeitig die tschechische Frage definitiv gelöst werde. In dieser Richtung ruft Redner auf dem Standpunkt der alten staatsrechtlichen Forderungen, die unter Ausschluß jeder Einflüchtung von außen die Königreiche und Länder innerhalb der Monarchie erhalten. Es müsse ge-

Montag, 28. Januar 1918

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

2-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein &amp; Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## den Col del Rosso.

### Das neue Kabinett Wekerle.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Das neue Kabinett Wekerle, dessen Zustandekommen wir heute früh auf Grund einer amtlichen Nachricht gemeldet haben, ist keine Neubildung, sondern eine Umbildung. Der äußerste linke Flügel der Karolyni-Partei, die im früheren Kabinett durch den Grafen Theodor Batthyányi vertreten war, ist endgültig ausgeschieden, und darin sehen wir eine innere Gefundung des neuen Kabinetts Wekerle. Mit der Gruppe Karolyni konnte kein ernst zu nehmender Politiker zusammenarbeiten. Es war mehr ein Akt der Höflichkeit, daß Ministerpräsident Wekerle dem bisherigen Vertreter der Karolyni-Partei das Portefeuille als Minister für Volksernährung angeboten hat. Die Ablehnung mag dem Ministerpräsidenten willkommener gewesen sein denn eine Annahme. Ohne nach außen einen vollkommenen Bruch mit der Karolyni-Partei herauszustellen, indem man ihr einen Sitz angeboten hatte, gewinnt das jetzige Kabinett an innerer Geschlossenheit, was es an äußerer Ausdehnung einbüßt. In der Wahlrechtsfrage muß ja die kleine, aber rührige Karolyni-Gruppe ohnehin das jetzige Kabinett Wekerle unterstützen, während die er linke Flügel mit seinen stark bolschewikisierenden Tendenzen ein bedenkliches Übergewicht für das neue Kabinett Wekerle gebildet hätte, wenn sein bisheriger Vertreter auch dem jetzigen Kabinett offiziell angehört haben würde. Vom Standpunkte der deutschen Politik aus, weitlich vom Gesichtswinkel weltpolitischer Erwägungen aus kann es nur warm begrüßt werden, daß Wekerle den moralischen Mut aufgebracht hat, sich von Karolyni, der zu Neujahr seinen Freunden Glückwunschkarten mit Bolschewikigruß übersandt hatte, auch äußerlich loszusagen.

Die neue Ministerliste des Kabinetts Wekerle ist viel bereiteter in dem, was sie verschweigt, als in der Offenbarung dessen, was sie bringt. Die Volkspartei, die etwa unserem Zentrum der Tendenz, wenn auch nicht der Zahl nach, entspricht, ist nach wie vor durch ihren Präsidenten Grafen Adorján Reichy vertreten, der Minister am Hoflager bleibt. Daß der von allen Parteien gleichmäßig verehrte Honvedminister General der Infanterie Baron Alexander Surmay auch dem jetzigen Kabinett erhalten bleibt, bietet eine sichere Gewähr dafür, daß das militärisch-politische Programm des Kabinetts Wekerle die Zustimmung aller maßgebenden Parteien des ungarischen Parlaments finden wird. Wenn irgend ein Mann in Ungarn ungeteiltes und rückhaltloses Vertrauen von allen Seiten, unabhängig von der Parteifarbe genießt, so ist es der vollstümliche Honvedminister. Der rechte Flügel der 48er Partei, der unter Führung des Grafen Albert Apponyi steht, tritt im neuen Kabinett noch merklicher hervor als im vorangegangenen. Abgesehen davon, daß Graf Albert Apponyi selbst, der von einer kleinen Operation glücklich wieder hergestellt ist, wiederum zum Kultus- und Unterrichtsminister ernannt worden ist, verbleibt auch der frühere Vizepräsident in der Partei, der gewesene Rektor der Universität und bekannte Nationalökonom Professor Dr. Bela Földes als Minister ohne Portefeuille dem Kabinett erhalten, ebenso der bisherige Minister für Slavonien und Kroatien Dr. Unkelihäuser. Verstärkt wird die Apponyi-Partei durch die Ernennung des Abgeordneten Johann von Tóth zum Minister des Innern. Um diese Stelle wurde offenbar heiß gerungen. Der zurückgetretene Graf Hadik, der zum engsten Kreise des Grafen Andrássy gehört, wäre vielleicht dem Kabinett erhalten geblieben, wenn man ihm das Ministerium des Innern übertragen hätte. Es scheint indes, daß der Apponyi-Flügel Wert darauf gelegt hat, vielleicht mit Rücksicht auf kommende Wahlen, das Portefeuille des Innern innezuhaben, zumal die Wahlmaschinerie mit diesem Ministerium aufs engste verknüpft ist. Wir verstehen auch den innerpolitischen Hintergrund, der zu dieser Lösung geführt haben mag, so sehr wir auch den Austritt einer so ausgezeichneten Kraft wie des Grafen Hadik im Interesse des Ansehens des neuen Kabinetts Wekerle beklagen. Man muß sich nämlich gegenwärtig halten, daß die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen mitten im Kriege die ultima ratio darstellen, die dem Ministerium Wekerle verbleibt, um das Wahlrechtsprogramm, das der König neuerdings sanktioniert hat, endgültig zu verwirklichen. Kommt es aber zu Neuwahlen, dann ist die Wahlparole unvergleichlich günstiger, wenn die zwei 48er Gruppen einander gegenüberstehen, als wenn die Andrássy-Gruppe, die ja mit Graf Tisza auf dem Boden des 67er Ausgleiches steht, der Karolyni-Partei gegenübersteht. Daß ein radikaler Zug durch das Land geht, wird niemand verkennen, der die Verhältnisse in Ungarn kennt. Es liegt weder im deutschen noch im österreichisch-ungarischen Interesse, wenn man bei Neuwahlen den politischen Wind in die Segel der Karolyni-Gruppe treibt. Der Name und das Programm des Grafen Apponyi allein bilden eine Bürgschaft dafür, daß im Ernstfalle auch die Kern-Magyarern, die vorzugsweise auf die 48er Partei eingestellt sind, sich auf die Regierungsseite schlagen werden und nicht um Karolyni gruppieren, zumal dann nicht, wenn es Graf Apponyi und dem Ministerpräsidenten Wekerle gelingt, in



38. Jahrgang

## eben Gemeinden.

mäßig zu Werke geht, wie sie zuerst aufwiegelt und hegt, dann die Verantwortung abschiebt, darauf wieder den Versuch macht, die Bewegung in die Hand zu nehmen, damit sie, wie der „Vorwärts“ sagt, in geordnete Bahnen kommt. Was der „Vorwärts“ darunter versteht, ist leicht ersichtlich: er will nicht etwa ein Abflauen der Bewegung, sondern: „wir vertrauen darauf, daß sie sich nicht in Hader und Verwirrung auflösen und auch nicht zwecklos verenden kann“. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterklasse, der darauf gerichtet ist, Mögliches mit geeigneten Mitteln durchzusetzen.“ Wie die geeigneten Mittel aussehen, hat Herr Hoffmann gesagt, als er von der Revolution sprach, und welches die vorläufigen Ziele sind, die man erreichen will, wird heute gleichfalls im „Vorwärts“ verraten: Sofortige Herbeiführung des Friedens, unter Mitwirkung der Arbeitervertreter, also des Herrn Scheidemann und des Herrn Haase, Aufhebung des Belagerungszustandes, damit die Sozialdemokratie noch ungehinderter wirken kann, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, damit die Heeresleitung den Einfluß auf die Erzeugung von Kriegsmaterial verliert und ausständige Arbeiter nicht maßregeln kann, daß also Streikbewegungen im größeren Maßstabe möglich sind, durchgreifende Militarisierung der gesamten Staatseinrichtungen, Verleihung des Wahlrechts auch an die Frauen vom 20. Lebensjahre ab, also Aufrichtung der Massenherrschaft in Deutschland. Mit der Erfüllung dieses Wunsches liegen dann keine Steine mehr auf dem Wege zu den letzten Zielen der Sozialdemokratie. Daher drängt die sozialdemokratische Führung jetzt die Regierung, sie solle der Streikbewegung keinen Einhalt gebieten, man würde „sie mit Gewalt höchstens für einige Zeit ausschalten“.

Ueberblickt man demnach die Vorgeschichte und die Entwicklung dieser neuen Hemmnisse, so wird man vor der Tatsache die Augen nicht verschließen dürfen, daß der Kampf zwischen den staatsbehaltenden Elementen und den machtpolitischen Plänen der Sozialdemokratie zur Entscheidung drängt.

## Das deutsche Uebergangswirtschafts-Parlament.

(Münchener Brief.)

Das Geheimnis der wirtschaftlichen Zukunft aller durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogenen Völker und Länder liegt in der bestmöglichen Ausnützung und Organisation der Uebergangswirtschaft. Das Deutsche Reich war es, das zuerst die Uebergangswirtschaft in die Hand nahm, denn seit Jahresfrist etwa besteht das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft, das über seine bisherige Tätigkeit aber so gut wie nichts hat verlauten lassen, so daß in der Tat die größeren Bundesstaaten mit Recht deshalb schon unwillig werden mußten, weil die einzelstaatlichen Parlamente — es sei nur an die einschlägigen Debatten im bayerischen und sächsischen Landtage erinnert — von ihren Regierungen Einblick und Aufschluß verlangten, in welcher Weise die Uebergangswirtschaft geregelt werden soll. Das Reichskommissariat schwieg sich beharrlich aus, es hatte sich dermaßen in seine (ebenfalls notwendigen) statistischen Arbeiten und Erhebungen förmlich vergraben, daß alle bundesstaatlichen Vorstellungen mit Schweigen erwidert wurden. Und bis heute ist dieses Schweigen nicht gebrochen worden, so daß man im ganzen Reiche über die Richtlinien, in denen sich die Uebergangswirtschaft bewegen soll, vollkommen im unklaren ist. Wir sind in der Lage, hier Klarheit zu geben.

Das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft gliedert sich in einen äußeren und inneren Aufbau. Der äußere umfaßt den Aufgabenkreis, der folgende Gebiete umschließt:

- 1) Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln.
- 2) Hergabe von Zahlungsmitteln (Valuta).
- 3) Erledigung aller mit dem Schiffsraum zusammenhängenden Fragen.

Nach welchen Richtungen dieser Aufgabenkreis mit der Eingliederung der Uebergangswirtschaft in das Reichswirtschaftsamt erweitert werden muß, wird sich mit dem Augenblicke erweisen, wo die Uebergangswirtschaft aus dem Stadium der Erhebungen und statistischen Feststellungen herauskommt und zu rein praktischer Arbeit übergeht. Das muß baldmöglichst geschehen, denn es ist unleugbare Tatsache, daß die Bundesstaaten ausnahmslos in der Frage der Regelung der Uebergangswirtschaft ungeduldig geworden sind. Sachsen hat sich bereits ein Uebergangswirtschafts-Parlament von 160 Köpfen geschaffen, Bayern ist gegenwärtig daran, ebenfalls einen Ausschuß für Uebergangswirtschaft zu bilden. Württemberg, Baden werden in aller Kürze folgen.

oeh, Birmafens; Fr. Grote, Hamburg; Herzberger, Erlin; Fabrikant v. Hirsch, Offenbach a. M.; Hugo Kauders, Hamburg; Kopp, Birmafens; Levy, Stuttgart; Lindgens, Mülheim-Broich; Vogt, Leipzig; Komm.-Rat Moll, Brieg; Erich Küller, Bontat a. Rh.; Oppenheimer, Straßburg; Swald, Hamburg; Reinhardt, Worms; Kommerzienrat ockl, München; Schleisinger, Berlin; Smid, Bremen; Leher, Freiberg i. Sa.; Steern-Frankfurt a. M.; Treder, Elmshorn; Tede, Leipzig; Wallerstein, Hfenbach und Wiemann, Hamburg.

### Gruppe Kautschuk

Calmon, Hamburg; Freudenberg, Bremen; Koch, Hamburg; Regierungsbaumeister Schalkau, Siemonstadt; Geh. Kommerzienrat Seligmann, Hannover; Dr. Soosbeer, Erlin; Direktor Spannagel, Berlin-Vichterfelde und Witt-3ft, Hamburg.

### Gruppe Kohlen

Commenh, Hamburg; Bergwerksdirektor a. D. Dröge, Erlin; Bergat Grafmann, Essen (Ruhr); Direktor Jung, Erlin; Scheimer Kommerzienrat Mäser, Dortmund; Geh. Bergrat Polenski, Berlin; Kommerzienrat Schumann, Grube Ise; Dr. Silverberg, Köln; Dr. Oppenheimer, Berlin; Stinnes, Mülheim a. R.; Kommerzienrat Reichenmeyer, Duisburg; Generaldirektor und Bergwerksbesor a. D. Winthaus, Altenessen und Bergat Dr. Wiltner, Kattowit.

### Gruppe Schwefelkies und Phosphate

Bene, Hamburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Duisburg, Beverfusen; Dr. Frenzel, Berlin; Geh. Kom.-Rat Lüttenmüller, Mannheim; Ernest Merk, Hamburg; Direktor Dr. Piotrkowski, Posen; Generaldirektor Dr. Leningner, Frankfurt a. M. und Direktor Wintler, Frankfurt a. M.

Daß die Gruppierung dieses deutschen Uebergangswirtschafts-Parlamentes noch nicht definitiv fertig ist, geht schon daraus hervor, daß erst in jüngster Zeit, ohne daß die Öffentlichkeit et davon gehört hätte, eine

### Gruppe Handwerk

gebildet wurde, denn es wurden zur Uebergangswirtschaft berufen: dermeister Plate, Vorsitzender des Handwerkerbundes und Mitglied des preußischen Herrenhauses; Generalsekretär Dr. Reusch am deutschen Handwerker- und Gewerbetag, Obermeister ahardt, Berlin; Reichstagsabgeordneter Irl, Bayern; dermeister Markus, Berlin; Genossenschaftsleiter Esser vom reinischen Handwerkerbund und Direktor Korkhaus vom aufverband deutscher gewerblicher Genossenschaften.

Das Reichskommissariat dürfte in Jahresfrist die Grundarbeiten jezt geleistet und dem Abschluß zugeführt haben, nämlich: die statistischen Erhebungen über den Friedensverbrauch der einzelnen Rohstoffinteressenten. Daß dies eine erculesarbeit war, wird niemand in Abrede stellen, aber un heißt es, endlich die Richtlinien für die Uebergangswirtschaft aufzustellen, die, so verlautet in eingeweihten Kreisen, im Bezugschein ausgehen werden. Es wäre an der Zeit, als deutsche Uebergangswirtschafts-Parlament, sobald die äußerlichen Verkehrsschwierigkeiten überwunden sein werden, nach Berlin, am besten vielleicht in den Reichstag einzuberufen, um da das Uebergangswirtschaftsprogramm seinen großen Zügen mitzuteilen und zu besprechen. Das ist sicher, daß aus der Mitte dieses bunt zusammengewürfelten Parlamentes Ratschläge, Anregungen und Ideen inülle und Fülle kommen werden. Gerade für die Uebergangswirtschaft wird ein Generalfeldzugsplan der friedlichen Uebilmachung außerordentlich notwendig sein, wenn wir jene große Störungen den Wiederaufbau der gesamten Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse regelrecht und systematisch anzugehen wollen.





Der Landesparteitag.

Am dritten Tage berichtet zunächst Berger namens der Mandatsprüfungskommission, daß 183 Delegierte anwesend sind, von ihnen 68 aus der Provinz; von den Frauenorganisationen sind 28 Vertreterinnen erschienen. Nach einer kurzen Debatte über die Berichte, an der sich Gerdinitsch (St. Pölten), Kämpfer (Leobersdorf) und Fischer (Wien) beteiligten, wird der Antrag der Kontrolle auf Erteilung der Entlastung angenommen. Ein Antrag Fischer (Wien), ein aus acht Genossen bestehendes Comité einzusetzen, das über die Reorganisation der Wiener Organisation beraten soll, wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters Breitschneider der Wiener Konferenz zugewiesen.

Ueber die „Volkstribüne“ berichtet Abgeordneter David, über die „Gleichheit“ Meiringer (Wiener-Neustadt), über den Floridsborfer „Volkboten“ Konorska. In der Debatte sprachen Ellenbogen, Schnofl (St. Pölten), Krotky (Wilhelmsburg), Bernmann (Wien), Gredt (Wien), Schlegl, Emmerling, Theresie Schlegler, Nieger und Seig. Von einzelnen Delegierten wird die Umgestaltung der „Volkstribüne“ und ihr Verhältnis zur Einhebung der Parteibeiträge und die Möglichkeit von Kopfschlägen erörtert. Auf Beschwerden der Provinzdelegierten über verspätete Zustellung der Arbeiter-Zeitung verweist Emmerling auf die von der Zensur hervorgerufenen Schwierigkeiten. Nach dem Schlusswort des Referenten David wird der Administration der „Volkstribüne“ die Entlastung erteilt.

Ueber die Erhöhung des Parteibeitrages für die Provinz berichtet Hummel:

Für Wien ist der Parteibeitrag bereits im vorigen Jahre erhöht worden; in der politischen Organisation beträgt er nunmehr 20 Heller wöchentlich, in der Frauenorganisation 60 Heller monatlich. Der Landesparteitag beschloß nun, der Parteibeitrag in der Provinz habe vom 1. April an 60 Heller zu betragen. Die Verteilung zwischen den Lokals- und den Bezirksorganisationen der Provinz obliegt diesen selbst; jedoch sind für jede Monatsquittungsmarke 26 Heller an die Landespartei abzuführen, davon behält diese 13 Heller, 9 Heller liefert sie als Reichsparteisteuer und 4 Heller für den Reichswahlfonds ab.

In Wien behält von der Wochenmarke, die eine Bestätigung über 20 Heller darstellt, der Bezirk 14 Heller, die Landesparteivertretung bekommt 6 Heller, von denen sie 2-9 Heller behält, 2 Heller an die Reichsparteivertretung, 1 Heller an den Reichswahlfonds und 0-1 Heller an den Wiener Lokalfonds abführt.

Die Frauenorganisationen in Wien und in der Provinz behalten 40 Heller monatlich, von den 20 Heller, die sie abliefern, sind 9 Heller für die Reichsparteivertretung, 2 Heller für den Reichswahlfonds und 9 Heller für die Landesparteivertretung bestimmt. Jedoch geben die beiden Parteivertretungen die Einnahmen, die sie von den Frauenorganisationen haben, an das Frauenreichskomité und die Frauenlandescomités weiter.

Wahl der Landesparteivertretung.

Nach dem von Berger erstatteten Vorschlag der Wahlkommission wird die Zahl der Mitglieder der Landesparteivertretung von 20 auf 23 erhöht, von denen zwölf den Landespartei Vorstand, elf die Landespartei Kontrolle bilden sollen. Gewählt werden:

Landesparteivertretung:

Germann Fischer, August Forstner, Johann Grassinger, Albert Hummel, Rudolf Müller, Johann Bötzler, Emil Bolke, Gabriele Probst, Karl Richter, Paul Richter, Albert Seber, Anton Weber.

Landespartei Kontrolle:

Rudolf Beer (Wien), Julius Linder (Wien), Anton Uckerl (Amstetten), Ferdinand Gerdinitsch (St. Pölten), Hans Benz (Gmünd), Johann Mück (Sigmundsherberg), Anton Fienböck (Wiener-Neustadt), Franz Pölzl (Liesing), Eduard Bösch (Stoederau), Ferdinand Schiemmer (Neunkirchen), Marianne Schnofl (St. Pölten).

Ueber den

Kampf um das Landtags- und Gemeindevahlrecht

referiert Abgeordneter Renner, der folgende Resolution beantragt:

Der Landesparteitag sieht in den Vereinbarungen vom 19. Jänner den ersten Durchbruch der demokratischen Idee in der Verwaltung, die Ueberwindung überlieferter Vorurteile und die endliche Verwertung veralteter Vorrechte, die für die Staatsverwaltung selbst zum Schaden gereicht, für die breiten Massen des Volkes aber in Stadt und Land politische Entrechtung sowie wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verärmung gebracht haben.

Von nun an darf es keinen Vorwand für die Fortschleppung ständischer Einrichtungen aus früheren Jahrhunderten mehr geben! Das Wahlkörpersystem in den Gemeinden muß fallen! Die Vorrechte des Besitzes müssen dem gleichen Stimrecht aller Männer und Frauen in der Gemeinde weichen und die Demokratie der Verwaltung muß die im Reichsratswahlrecht angebahnte Demokratie der Gesetzgebung wirksam ergänzen und vollenden.

Die durchgreifende Gemeindeform ist heute für Staat und Volk unerlässlich. Die durch den Krieg gerüttelte Volks- und Staatswirtschaft, die durch ihn untergrabene Volksgesundheit und Volkswohlfahrt lassen sich ohne intensive wirtschaftliche und soziale Verwaltung nicht wiederherstellen. Das heutige Maß von Selbstverwaltung in der Gemeinde, die heutigen Gemeindevorstände sind für sie kein taugliches Instrument mehr, ebensowenig wie die Privilegienlandtage, die überdies zum stärksten Hindernis für die endliche Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geworden sind.

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Not des Volkes wie die politische Not der Nationen fordern den Neuaufbau des Staates von unten auf. Und dessen zunächst zu schaffende Grundlage kann nur die starke, freie, auf dem gleichen Stimmrecht aller Bürger ruhende Gemeinde sein.

Aus diesen Gründen fordert der Landesparteitag den Parteivorstand des Reiches wie des Landes Niederösterreich auf, den Kampf des Proletariats um das allgemeine, gleiche Stimmrecht für Männer und Frauen und um das Verhältniswahlrecht in der Gemeinde unverzüglich zu organisieren; er erwartet zugleich, daß die Arbeiterschaft des Landes diesen

Kampf mit ihrer in den bisherigen Wahlrechtskämpfen bewährten Entschiedenheit aufnimmt.

Ferner liegt folgende Resolution vor:

Die Regierung wird aufgefordert, das Proporzgesetz für die Industrie gemeinden in Niederösterreich unverzüglich kundzumachen und die Neuwahlen in diesen Gemeinden ohne Rücksicht auf den Krieg auszuschieben. Der Landesauschuss und die Statthalterei werden aufgefordert, die nachstehenden Industrialorte in die Liste der Proporzgemeinden aufzunehmen:

- Aus den Gerichtsbezirken:
Amstetten: Hausmanning, Amerfeld, Winklarn;
Saag: Grnsthofen, St. Valentin;
Baibhöfen an der Ybbs: Groß-Gollenstein, Gröllendorf, Opponitz, Sonntagberg, Ybbsitz, Zell an der Ybbs;
Baden: Gainsarn, Grohau, Güntelsdorf, Mauten-Leopoldsdorf, Kottlingbrunn, Pfaffstätten, Schönau an der Triesling, Tribuswinkel;
Pottenstein: Altmann an der Triesling, St. Corona, Enzesfeld, Fahrtefeld, Birtenberg, Hornstein, Lindabrunn, Weihenbach an der Triesling;
Bruck an der Leitha: Gögendorf, Göllein bei Bruck, Sommerein;
Gänzburg: Deutsch-Altenburg, Petronell, Brellena-Kirchen;
Schwechat: Mhan, Albern, Enzersdorf an der Ybbs, Dennersdorf, Klein-Neusiedl, Leopoldsdorf bei Himberg, Mannsdörfl, Alt- und Neu-Kettenhof, Oberlaa, Unterlaa, Roth-Neusiedl, Schwadorf, Wienerherberg;
Groß-Enzersdorf: Breitenlee, Gbling, Groß-Enzersdorf, Leopoldsdorf, Ober-Siebenbrunn;
Volkersdorf: Süssenbrunn;
Marchegg: Breitensee, Lasse, Unter-Siebenbrunn;
Ristersdorf: Niegelsdorf;
Gmünd: Weinhöfen, Böhmzeil, Dittmanns, Eibenstein, Erdweis, Hoheneich, Schwarzbach, Weihenbach, Wielands, Witschloberg, Zuggers;
Litschau: Altmanns, Eisgarn, Finsternau, Gopprechts, Litschau;
Schrems: Mlang, Amaliendorf, Brand, Gebharts, Gunds-Schachen, Kirchbach, Kirchberg, Kottlingbarmanns, Lanegg, Nieder-Schrems, Rottenschachen, Seyfrieds, Steinbach;
Weitra: Groß-Pertholz, Karlstift;
Liesing: Inzersdorf bei Wien, Erlaa, Siebenhirten, Bösendorf, Perchtoldsdorf, Mauer bei Wien, Kattenleutgeben;
Neulengbach: Taufensblum, Neulengbach;
Purkersdorf: Gadersdorf-Weidlingau, Gablitz, Preßbaum;
Eggenburg: Groß-Keipersdorf, Klein-Keipersdorf, Maigen;
Geras: Gögelsdorf;
Gorn: Gars und Thunau, Wappoltenreith;
Korneuburg: Bisamberg, Enzersfeld, Stammersdorf;
Stoederau: Hausleiten, Spillern;
Krems: Rehberg, Imbach, Senftenberg;
Langenlois: Gadersdorf, Mant;
Mautern: Gollenburg, Mautern;
Dainfeld: Namau, Unter-Mohrbach;
Lilienfeld: Eschenau;
Welf: Erlauf, Loosdorf, Böcklarn;
Feldsberg: Bernhartstal, Feldsberg, Ober-Themenau, Unter-Themenau;
Ebreichsdorf: Hof am Leithagebirge, Moosbrunn, Ober-Waltersdorf, Siegersdorf, Lattendorf, Weigelsdorf, Unter-Waltersdorf, Gloggnitz, Schottwien, Wimpassing;
Neunkirchen: Grünbach am Schneeberg, Urschendorf, Würflach;
Reh: Pultau, Zellernsdorf;
Dixenschlag: Sallingberg;
Petersneuberg: Klein-Böcklarn, Marbach an der Donau;
Herzogenburg: Oberndorf, Ober-Wölbling, Ober-Radlberg;
Kirchberg: Bösch, Rabenstein;
St. Pölten: Böhmeikirchen, St. Georgen am Steinfeld, Grubhach, Pottenbrunn;
Gaming: Scheibbs, Greiten;
Scheibbs: Neustift bei Scheibbs, Wieselburg, Klein-Erlauf, Kirchberg am Wagram: Fels, Grafenwörth;
Klosterneuburg: Göllein an der Donau, Atrichendorf, Gressenstein;
Zulln: Wörtern;
Dobersberg: Karlstain, Rauhen;
Waidhofen an der Thaya: Dietmanns;
Aspang: Eblitz;
Gutenstein: Bernitz;
Wiener-Neustadt: Brunn am Steinfeld, Erbach, Richtenwörth, Muthmannsdorf, Ober- und Unter-Piestling, Sollenau, Steinabrüdl;
Zwetzl: Göpfrig an der Wild, Alentsteig, Schwarzenau;
Gerung: Groß-Gerung.

Gegen diese Resolution wendet sich Musterlich, dem es könnten dadurch die Gegner zu dem Glauben verleitet werden, als würden wir uns mit den alten Wahlordnungen abfinden. Dr. Renner erwidert darauf, daß das Proporzgesetz vor dem Kriege bereits sanktioniert war, aber nicht kundgemacht wurde, weil die Wahlen binnen sechs Wochen nach Kundmachung stattfinden mußten. Die Wahlen auf Grund des Proporzgesetzes würden den Kampf um die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes nicht hemmen, sondern nur fördern.

Beide Resolutionen werden angenommen; die zweite gegen drei Stimmen.

Sodann beantragt Paul Richter folgende

Friedenskundgebung:

Der Landesparteitag der Sozialdemokraten Wiens und Niederösterreichs bekräftigt neuerlich den unerschütterlichen Willen der Arbeiterklasse, den Kampf um die Demokratisierung im Innern und um den Frieden der Welt mit Nachdruck und Ausdauer zu führen.

Er erwartet, daß die Arbeiterschaft des Landes ebenso tatbereit wie besonnen, ebenso entschlossen wie diszipliniert in der gewohnten Kampfbereitschaft ausharre.

Denn lange und schwere Kämpfe stehen uns noch bevor. Der Landesparteitag erwartet vom Parteivorstand den Einsatz aller Kräfte, damit die Friedenserklärung der Regierung erfüllt und die Ertragenschaften vom 19. Jänner gesichert und in kürzester Frist verwirklicht werden.

Daher hat der Parteivorstand alle Vorkehrungen zu treffen, das Rüstzeug der Organisation für den Kampf um den Frieden auszugestalten, wobei in erster Linie der bewährte Grundbaß der Geschlossenheit und Einheit der Aktion des Gesamtproletariats im Auge zu behalten ist, um die Bewegung vor Eigenbrötlei und Zersplitterung zu schützen.

Zu diesem Ziele erwartet der Landesparteitag vom Parteivorstand neuerlich ernste und nachdrückliche Versuche einer Verständigung mit den Proletariaten aller Nationen Oesterreichs und die Anbahnung eines engeren Einver-

ständnisses mit den Bruderparteien Un-arns und Deutschlands, insbesondere aber neuerliche Schritte, trotz der bisherigen Mißerfolge, vereint mit den Sozialdemokraten des Deutschen Reiches auf die rascheste Wiederherstellung der Internationale hinzuzumirken.

So entslelet der Landesparteitag dem Proletariat der Welt seinen brüderlichen Gruß und erwartet von ihm, daß es seine Kräfte zur Erringung eines allgemeinen demokratischen Weltfriedens,

vereine und im Kampfe nicht ermüde, bis der vom Kapitalismus und Imperialismus verhassten Welt endlich der Friede wiedergegeben ist.

Diese hehre und hohe Aufgabe macht es den sozialistischen Parteien in allen kriegführenden Staaten zur unabwieslichen Pflicht, von ihren Regierungen zu fordern, öffentlich ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen und zum sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu erklären.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Volke schließt den Parteitag mit einem kurzen Rückblick auf die wichtigen Arbeiten, die er geleistet hat, und einem Hoch auf die Internationale. Die Delegierten singen das Lied der Arbeit.

## Der Großtschechenstaat und Bozsony.

Unsere hochweise Regierung stellte sich auf den bequemen Standpunkt, daß die großtschechischen Aspirationen betreffend die Einverleibung von dreizehn ungarischen Komitaten in den zweiwanzigen Sowidstaat nicht ernstzunehmen seien. Man darf — so heißt es im halbamtlichen Beschwichtigungsstil — die Wichtigkeit solcher Phantastereien nicht dadurch aufhaußen, daß man ihnen mehr Bedeutung beimißt, als sie verdienen. Also, wie der Kehrreim eines guten alten Kouple besagt: „Auslaufen lassen!“ So verläßt es die österreichische Bauderpolitik und nach dieser Weise sollen auch wir Ungarn tanzen.

Unserer Ansicht nach wäre es ein großer Fehler, ja, eine unberzehbliche Unterlassungsfünde, wenn die ungarische Presse in dieser Angelegenheit die von Wien aus diktierte Vogelstrauchpolitik unserer Regierung allzu strenge befolgen und die Annahmen der großtschechischen Führer entweder mit ein paar Witzeln abtun oder gar totschweigen wollte. Aus Rensurücksichten darf über die interessantesten Vorgänge der österreichisch-ungarischen Politik ohnehin nichts geschrieben werden. Solange es noch erlaubt ist, wollen wir aber wenigstens diesen einen wunden Punkt der höheren Wiener Staatskunst nicht völlig unbesprochen lassen. Ein solch allzu willkürliches Befolgen der preßpolitischen Winke des Budapest Ministerpräsidiums würde für uns in diesem Fall schon aus dem Grund an journalistische Pflichtverkömmnis grenzen, weil es einem Bozsonyer Preßorgan nicht gleichgültig sein darf, ob sich die Herren Großtschechen ihr selbständiges Zukunftreich mit oder ohne Bozsony vorstellen.

Die erste Nummer einer neuen ungarischen Revue „Eztendő“ (Das Jahr) bringt einen längeren Aufsatz des bekannten Schriftstellers Ladislaus Lakatos, in welchem dieser die Eindrücke schildert, die er aus Begegnungen mit tschechischen Politikern und namentlich aus Gesprächen über die vielerörterten tschechischen Ansprüche auf nordungarische Komitate gewonnen hat. Wir geben hier die markantesten Stellen seiner Arbeit wieder:

Eine Stunde nach meiner Ankunft in Prag — so schreibt Lakatos — befand ich mich bereits in der Redaktion der „Narodni Listy“. Der Chefredakteur, Herr Sis, empfängt mich und

meint, als ich ihm den Zweck meiner Reise auseinandersehe — aufklärend und vermittelnd zu wirken — und hiezu seine Mühsal erbitte, lächelnd:

„Ihre Absicht ist sehr lobenswert, doch ich glaube, daß sich der Aufgabe, die Sie übernehmen, unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellen.“ Dann setzt er mit leidenschaftlicher Heftigkeit hinzu:

„Herr, vergessen Sie doch die slowakischen Komitate nicht! Sobald der tschechische Staat seine Unabhängigkeit erreicht haben wird, muß es seine erste Staatsaktion sein, Ungarn wegen dieser dreizehn Komitate den Krieg zu erklären.“

Dies war der Auftakt meiner Prager Erlebnisse.

Ich spreche mit Dr. Raschin, dem Abgeordneten von Klattau, der zusammen mit Kramarsch zum Tode verurteilt war. Er erzählt mir einiges aus seinen damaligen Erlebnissen.

„Wir saßen, zum Sterben entschlossen, im Gefängnis des Wiener Divisionsgerichtes, als nach Monaten die Begnadigung kam, die Kramarsch Strafe auf zwanzig, meine auf zehn Jahre Gefängnis herabsetzte. Einige von uns wurden nun nach Möllersdorf, andere nach Sopron und Komárom gebracht. Wir waren sogenannte Sträflinge erster Klasse, durften eigene Kleider tragen und nur als Kopfsbedeckung war die Sträflingskappe obligat. Jeder von uns hat diese Kappe zum Andenken mitgebracht. Das Essen ließen wir uns auf eigene Kosten aus dem Restaurant holen. Unsere Lektüre dagegen war zensuriert. Von Zeitungen erhielten wir bloß das halbamtliche „Fremdenblatt“ — eine unnötige Strafverschärfung“, setzt Dr. Raschin hinzu und fährt dann gutgelaunt fort:

„Mir war das alles nichts Neues. Ich war schon dreimal eingesperrt, wobei ich jedesmal meines Doktorats verlustig ging. Erst neulich hat mich die Prager Universität zum drittenmal promoviert.“

Dann gerät das Gespräch auf die Politik und ich frage geradezu, auf welche Komitate Ungarns es die Tschechen eigentlich abgesehen hätten. Ganz geläufig zählt Dr. Raschin sie her: „Myitra, Trenesén, Arva, Turóc, Liptó, den nördlichen Teil des Komitats Bozsony, Bars...“

Ich unterbreche ihn: „Bars ist doch rein ungarisch.“

„Ja, nach der ungarischen Statistik, die kennt man!“ Und er fährt fort: Ferner gehört uns Szepes, Zemplén, Sáros...“

„Wollen Sie mir nicht sagen, wo Sie eigentlich aufzuhören gedenken, frage ich.“

„Bei Ungvár. Ja, Ungvár wird ungefähr die Grenze des tschechischen Staates sein.“ Er sagt dies so leicht und selbstverständlich, als spräche er von einer längst erledigten Angelegenheit.

„Wollen mir die Herren nicht verraten, was Sie — da Sie doch so viel Sinn für sprachliche Zusammengehörigkeit haben — mit den deutschen Teilen Böhmens anzufangen gedenken? Geben Sie sie an Deutschland oder an Oesterreich?“

Dr. Raschin wird zornig: „Davon kann natürlich keine Rede sein. Schließlich hat ein Staat doch auch natürliche, geographische Grenzen.“

„Gewiß, und die natürlichen, geographischen Grenzen Ungarns sind die Karpathen, meine Herren. Ich glaube überhaupt, daß Sie gar kein stammesbrüderliches Gefühl zu den Slowaken drängt, sondern daß einfach der tschechische Kapitalismus das billige, slowakische Proletariat nötig hat.“

„Das leugnen wir gar nicht. Aber warum soll das slowakische Proletariat vom ungarischen Kapitalismus ausgenutzt werden, warum nicht lieber vom tschechischen?“

„Ich danke — das eben wollte ich nur hören.“

Im Verlaufe eines anderen Gespräches sagte ich: „Unsere, wenngleich nur noch schwachen Sympathien für das tschechische Volk nährten sich aus der Ueberzeugung, daß die Tschechen Friedensfreunde seien. Im Kriege zumindest erwiesen sie sich bisher als solche. Seit ich hier bin, sehe ich aber mit Erstaunen, daß sie keinen Frieden wollen. Warum?“

Dr. Raschin antwortet mir verlegen und stockend: „Den Bolschewikfrieden kann man nicht herbeiwünschen. Sind die Bolschewiki denn die wahren Herren Rußlands? Er würde Frankreich und England an Deutschland, an den deutschen Kaiser ausliefern.“

Und so fort mit echt tschechischer Grazie. Bozsony weiß jetzt wenigstens, daß es von den Herren Tschechenführern zur Grenzstadt des Großtschechenstaates ausersehen ist. Hoffentlich bleibt Bozsony dem Ungarnreich einverleibt, von dem die Tschechen „nur“ dreizehn Komitate, einschließlich Bozsony, „fordern“. Oder soll nebst dem nörd-

lichen Teile unseres Komitates am Ende auch die Stadt Bozsony zum Tschechenstaate geschlagen werden?

Wie lange sich die Regierungskreise in Wien und Budapest diese unerhörten Uebergriffe der Tschechenführer, den selbst unser Slowakenführer Juriga eine geharnischte Abfuhr erteilte, wohl noch gefallen lassen werden?

# er Zeitung

isblatt.  
Sonntags

(Neue Frankfurter Zeitung)  
Für den Vertrieb: Post-Fachnummer 48, 41, 42, 48.

**Preis der Anzeigen:**  
Die kleine Zeile 70 s. Abendblatt 80 s. Reklamen  
A 2.50 Abendbl. 43.—, 30% Teuerung-zuschlag.  
Stollengussachs 10% Teuerung-zuschlag. Familien-  
anzeig. 8. Motorart. Platz- u. Daten v. schr. —  
Vorbildlich. — Anzeig. nehman: Geschäftsstelle  
Frankfurt a. M. Gr. Eschenheimerstr. 3337, Schiller-  
str. 20. Mainz: Schillerpl. 8. Berlin: Marstr. 16/18.  
Dresden: A. Waisenhausstr. 25. München: Fürststr. 5.  
Ostschles: Bismarckstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:  
Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.  
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-  
Druckerei G. m. b. H.  
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

## Innere Lage und Außenpolitik.

Von Max Weber (Heidelberg) III.\*

Der jetzige Streik war zweifellos ein unangenehmer Zwischenfall für die Interessen des Krieges wie des Friedens. Dennoch ist es — mir wenigstens — vollständig unmöglich, sich darüber zu entrüsten, wie es vielfach geschieht. Denn er war ganz und gar die Frucht dessen, was andere gesät hatten. Und es ist leider Tatsache: daß die sozialdemokratische Partei keine andere Wahl hatte, als (in der Hauptsache) ähnlich zu handeln, wie sie tat. Daß dabei ihre „Regie“ nicht wesentlich besser war als die unserer ganzen Politik seit Jahren auch, ist eine Sache für sich. Aber dem, was die Partei wollte wird man trotz mancher Fehler künftig gerechter werden als jetzt in der Hitze des Augenblicks. Nicht einmal, nein hundertmal war von Sozialdemokraten gesagt worden: „geht diese Hege so weiter, so sind die Leute nicht zu halten.“ Öffentlich es zu tun, war unmöglich: das wäre als „Drohung“ benutzert worden. Aber der Streik war ganz selbstverständlich angesichts dessen, was man in Berlin Mitte Januar erlebte und was tatsächlich jeden, der einen rein sachlichen Betrieb der Politik verlangt, zum Rasen bringen konnte: wilde Demagogie ohne Demokratie, vielmehr wegen fehlender Demokratie. Man muß dort gewesen sein, um das zu verstehen: man glaubte im Herrenhaus zu sein — oder: in Athen nach der Arginensenschlacht.

Alles Gerede, daß die „Ausländer“ beim Ausbruch beteiligt gewesen seien (in Einzelfällen denkbar, aber sicher absolut nebensächlich), daß die „disziplinlose Jugend“ Träger sei (in gewissem Umfang in Berlin richtig), geht völlig in die Luft. Denn niemals hätten solche Einflüsse Macht gewinnen können ohne eine ganz bestimmte Atmosphäre. Das Spezifische dieser aber war keineswegs geschaffen durch die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung. Es ist gewiß wahr, daß das Verhalten eines Teils der Landbevölkerung und die dadurch bedingten, jedem auffallenden Ungleichheiten der Lebensbedingungen im Land verbittern mußten, und die Art, wie General Gröner, der trotz seiner Verbitterung das Vertrauen in seine Sachlichkeit genoss, „abgefäht“ worden war, hatte Mißtrauen hinterlassen. Aber draußen im Lande ist ja im ganzen die Versorgung eher besser als im früheren Winter. Rein die Atmosphäre für den Streik war geschaffen worden 1. durch die demagogische Art der Behandlung der deutschen auswärtigen Politik, durch eine von allen guten Geistern verlassene und rein persönlich motivierte Agitation, 2. durch die Art, wie mit dem Kapital von Vertrauen, welches die führenden Persönlichkeit des Landes, in erster Linie die Heeresleitung, genoss, von einer skrupellosen Parteihetze gewirtschaftet worden war.

Sachliche Kriegsziele durch sachliche Aussprache den Arbeitern verständlich zu machen, ist keineswegs schwer. So arbeitet der Feind, und mit Erfolg. Jeder englische Minister sucht Gelegenheit zu Aussprachen und zwar, — das klar der Unterschied! — am meisten dann, wenn die Arbeiterschaft, sei es aus objektiv noch so unzutreffenden Gründen, mißtrauisch wird oder mit Streik droht. Daß es der englischen Regierung gelungen ist, trotz schwerer materieller Notlage ihre Arbeiterschaft bisher sogar für fremde und zwar annexionsistische Kriegsziele (Elsass) kriegswillig zu erhalten, spricht denn doch für die „demokratische“ Methode. **Wichtig** die Frucht des Vertrauens, kraft dessen der in diesem Sinn „demokratische“ Staat — mag man es nun bei uns noch so ungern hören! — in den außenpolitisch entscheidenden Punkten sich als der „stärkere“ erweist. Vor allem: auch als der stärkere an Nerven. Gewaltsamkeiten werden natürlich auch dort rücksichtslos standrechtlich unterdrückt, gleichzeitig aber werden unbekümmert darum die sachlichen Verhandlungen weitergeführt und vor allem: es wird nicht um Sacresbreite von einer staatsnotwendigen Reformpolitik abgewichen.

Natürlich kann man nun mit der Art, in welcher man bei uns im Sinne des Amts prestigés zu verfahren gewohnt ist, einmal, auch einige Male, so wie voraussichtlich jetzt, äußerlich durchkommen und äußerlichen Erfolg erzielen. Geseht aber der Krieg dauert noch lange Zeit — und das ist bei der Haltung der Feinde möglich, und vor allem: es muß, wenn es nötig ist, unbedingt möglich sein — dann kommt der Moment, wo dies Verfahren, aus Gründen, die jedem klar sind, selbst solchen reinen Reflex-Ausständen wie dem jetzigen gegenüber versagen wird. Wollends dann versagen wird, wenn man durch die Art der inneren Politik die legitimen Vertreter der Arbeiterschaft dazu treiben sollte, ihrerseits den Kampf in die Hand zu nehmen.

Und nun weiter: Solche Aufrufe, wie die der Kommandierenden Generale z. B. von Karlsruhe, auch von Münster

\*) Vergl. I. Morgenblatt vom 3. und II. Morgenblatt vom 5. Februar.

und anderwärts, an die Arbeiterschaft, kann jedermann nur unterschreiben. Denn die soldatische Grabheit des Tons wirkt sofort menschlich echt, ganz im Gegensatz zu der Unedelmütigkeit der üblichen sogenannten „Schneidigkeit“, die nur als eitle Prestigesucht wirkt. Aber man täusche sich doch nicht: die Wirkung auch solcher ausgezeichneten Worte ist seit dem Auftreten der sogenannten „Vaterlandspartei“ auf das schwerste geschädigt. Man stelle sich doch einfach vor: welche ungeheure Wucht würde in solchen Tagen jedes Wort des Mannes, der das größte Kapital von Vertrauen in der Nation besitzt, Hindenburg, hinter sich gehabt haben, wenn die elende Telegramm-Mache dieser Leute nicht ihr Parteisüppchen an seinem strahlenden Ruhm zu fochen versucht und dadurch ihn zu einer Parteigröße zu stampeln gewußt hätte. Dazu kommen nun gewisse typische psychologische Irrtümer der Militärs. Die Psychologie des militärischen Befehls ist nun einmal eine andere als die Psychologie der politischen Beeinflussung. Der Versuch jener politischen „Aufklärungsarbeit“ im Heer ist alsbald, durchaus gegen den Willen der Offiziere, aber ganz unvermeidlich, parteipolitisch mißdeutet worden und hat daher schwer geschadet, wie heute nicht mehr zu verkennen ist. Es waren nicht die schlechtesten Freunde des Heeres, die in schwerer Sorge vor jeder Form seiner Politisierung gewarnt haben. Die Grabheit des Offiziers läuft allzu leicht den Interessenten ins Garn, wenn sie sich „national“ aufspielen. Aber es darf nicht vergessen werden: so beschränkt ist die Arbeiterschaft nun einmal nicht, daß sie bei politischen Äußerungen eines Offiziers sich nicht sagte: „Es sind nicht Leute aus unserer Mitte.“ Das billige patriotische Moralisieren vollends über den Streik nützt schlechterdings gar nichts. Denn es ist nicht der Weg, der Arbeiterschaft das Vertrauen zu erhalten: daß es auch ihr Stat ist, auch ihre Zukunft, für die sie ertragen muß, was die Notwendigkeit ihr auferlegt.

Schlechterdings unmöglich aber war das, nachdem die Vorgänge im Januar mit Händen greifen ließen: daß leider ein Teil der einflussreichsten Kreise der Nation die äußere Politik und die Frage nach Krieg und Frieden ausschließlich und allein teils nach rein personalen, teils nach partei- und interessenpolitischen Gesichtspunkten der inneren Politik behandelte. Das aber war ohne weiteres erkennbar. Es trat schon in den schreienden Widersprüchen der „Vergrünung“ jener beispiellosen, gegen den Reichstagler und andere Staatsmänner gerichteten Hege innerhalb der gleichen politischen Richtungen und Blätter zutage. Man stelle sich vor: einerseits war, nach der „nationalen“ Presse, unseren künftigen Freunden, den Russen, zu viel abverlangt worden („Kreuzzeitung“). Andererseits war die Errichtung neutraler Zwischenstaaten auf den Okkupationsgebieten nicht genügend („Kreuzzeitung“). Einerseits war die Gelegenheit sofortigen Friedens „verpaßt“ worden. Andererseits war nicht genug Schneid entwickelt. Teils sollten die Balten zu Deutschland kommen, teils sollten rein militärische Rücksichten maßgebend sein: das bedeutete, daß jetzt, fünf Vierteljahre nach dem November-Manifest, das seit zwei Jahren verjunktene sogenannte „Schwarzenprojekt“ (neue Teilung Polens) neu ausgegraben wurde. Oder es spulte (in der „Vossischen Zeitung“) wieder die unsterbliche Seifenblase eines künftigen „Kontinentalbundes“ (offenbar: der Vierbundmächte mit Rußland, und ich weiß nicht wem noch) gegen die Angelsachsen: eine Idee, über welche, ohne Unterschied der Partei, jeder Russe nicht nur, sondern ebenso jeder Oesterreicher, Ungar, Bulgare, Türke, doch einfach hell auflacht! (Was in aller Welt sollte diese kreditbedürftigen Nationen eigentlich an einem solchen Bunde reizen?) U. s. w.

Wer über Außenpolitik redet, hat die Pflicht der sittlichen Selbstzucht und des Augenmaßes. Welches ist unser Interesse gegen Osten?\*) Da der innerdeutsche Osten um ein Viertel dünner besiedelt ist als Polen, da wir bei uns selbst noch Rekrutierungsmaterial für zehn Armeekorps in Bayernstellen unterbringen könnten, da wir vor dem Krieg jährlich eine Million Fremder als Arbeitskräfte im Lande brauchten — so ist der Plan: deutschen Nachwuchses als einen Bevölkerungsklecks am Rigaischen Meerbusen zu vergeuden, nun hoffentlich erledigt. Und was die Balten anlangt, so sind sie zwar eine prachtvolle Spielart des Deutschtums, haben aber (bis ihnen das Wasser an den Mund ging) früher nie die geringste Neigung befunden, reichsdeutsche Bürger zu werden, und werden vor allem nicht erwarten, daß wir für die Zukunft die Pflicht von Autopsien auf uns nehmen, welche ihre Zahl um das Zwanzigfache übertreffen, um ihnen jetzt dazu zu verhelfen. Denn eine unweigerlich, früher oder später, wiederkehrende rationale, und das heißt: bürgerliche russische Politik wird stets, mit allen Mitteln, als Mindestforderung geltend machen müssen: daß Rig

\*) Das Problem der künftigen Begrenzung Deutschlands ist von vielen Seiten her bedingt und nicht in Kürze darzulegen. Wir möchten deshalb besonders bei diesem Punkte darauf hinweisen, daß Professor Weber hier seine persönliche Meinung ausspricht. D. Red.

## Die gekränkten Polen.

Wien, 11. Februar. Die „Polnischen Nachrichten“ melden: Das Präsidium des Polenklubs, bestehend aus dem Obmann Goetz und den Obmannstellvertretern Krenzler, German und Lysocki, erschien heute vormittag beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und leitete ihm mit, daß angesichts der Veröffentlichung des Friedensvertrages mit der ukrainischen Volksrepublik, worin von römisch-katholischer polnischer Bevölkerung in überwiegender Mehrheit bewohnte Gebiete von Kongreßpolen zugunsten der Ukraine abgetrennt wurden, der ganze Polenklub sich gezwungen sehe, sowohl im Reichsrat als auch in der österreichischen Delegation zur schärfsten Opposition überzugehen.

Die Kriegsankündigung des Polenklubs an die Regierung Herrn v. Seidlers kann nicht überraschen. Kann man doch die Lage seit der letzten durch die Haltung der Polen veranlaßten Seidler-Krise an den Fingern herzählen. Und diese Krise ist ja nicht beigelegt worden durch eine Ausgleichung oder auch nur Milde rung der bestehenden Gegensätze, sondern durch eine einfache Willensbekundung Kaiser Karls zugunsten des Kabinetts Seidler, die unmöglich dazu beigetragen haben kann, die Stimmung der österreichischen Polen gegenüber diesem Kabinett zu verbessern.

Jetzt bricht die polnische Krise in Oesterreich verstärkt aufs neue aus. Konnte sich die galizische Schlachta neulich nur darüber beklagen, daß in Oesterreich nicht alles geschehe, was sie will, so tönt jetzt viel lauter, gereizter und weiter hin die Klage, daß in Europa manches geschehen sei und geschehen solle, was sie nicht will. Konnte man neulich von einer auf Galizien beschränkten Polentrisis sprechen, so hat man es heute sozusagen mit einer gesamt-polnischen Krise zu tun. Darüber darf man sich nicht dadurch weg täuschen lassen, daß es abermals die österreichischen Polen sind, die Kampf ansagen, und daß es die österreichische Regierung ist, der er angesagt wird. In Wahrheit steht hinter der Klage und Anklage des Polenklubs wegen der Verstümmelung des geträumten Polenreiches von Meer zu Meer alles, was in Europa polnisch ist oder polnisch tut. Wir mußten damit rechnen, als wir im Friedensvertrag mit der Ukraine dieser die Grenze zogen, die ihr das Cholmer Land und andere von den Polen seit alters als polnisch angesprochene Gebiete gibt. Wir können jetzt also vor einer Wirtung, die wir voraussehen mußten und voraussehen, unmöglich erschrecken oder zurückstufen.

Als die Herren Ludendorff, Kühnemann und Czernin zu ihren Berliner Besprechungen hierherkamen, machten wir auf Grund verlässiger Information darauf aufmerksam, daß bei diesen Besprechungen die Lösung der polnischen Frage eine sehr wesentliche, die wesentlichste Rolle werde spielen müssen. Dem „B. Z.“, das so oft das Gras wachsen hört, und den Donnergang der Weltgeschichte nicht vernimmt, erschien das „völlig falsch“. Heute wird im Rückblick auf das inzwischen Geschehene auch politischen Säuglingen klar sein, daß bei jenen Besprechungen im Hinblick auf den bevorstehenden und beschlossenen Abschluß mit der Ukraine die polnische Frage in der Tat die Hauptrolle spielen mußte. Denn die Absteckung einer ukrainischen Grenze hatte ja zum mindesten die Lösung der schließlich doch wichtigsten polnischen Frage, der Frage nach dem Umfang und den Grenzen des künftigen Polens zur Voraussetzung. Der Friedensvertrag mit der Ukraine bietet nun den bindenden amtlichen Beleg dafür, daß und wie diese wichtigste polnische Frage gelöst worden ist.

Gemessen an den userlosen Träumen des billigen polnischen Ehrgeizes, ohne Opfer, ohne Leistung ein Weltreich des weißen Adlers von Meer zu Meer und von Bosen und Breslau bis zum Dnjepr zu gewinnen, muß die Betrachtung der in Brest-Litowsk zwischen der Ukraine und dem künftigen Polen gezogenen Grenzlinie natürlich eine schwere Enttäuschung bedeuten. Man ermesse nur, was die Herren vom österreichischen Polenklub offen gefordert haben: Am 22. Januar stellte der Abg. Witos im Polenklub folgende Anträge: 1) Der Polenklub stellt fest, daß das Selbstbestimmungsrecht sich auf alle Polen ohne Rücksicht auf politische Grenzen beziehen muß. 2) Die einzig mögliche Lösung der polnischen Frage ist die Vereinigung aller polnischer Gebiete mit dem Zutritt zum Meer. 3) Forderung des vollen Antheils der Vertreter Polens an den Friedensverhandlungen. Der Konservative v. Haller verlangt für Polen einen freien Zutritt zum Meer. Daszynski eine Konstituante in Warschau und Opposition gegen die österreichische Regierung. Am 28. Januar forderte im österreichischen Abgeordnetenhause der polnische Konservative v. Goetz, der inzwischen zum Vorsitzenden des Polenklubs gewählt worden ist und als solcher jetzt die Kriegserklärung an die Wiener Regierung ausgesprochen hat, den Zutritt zum Meer, der Volksparteier Letmayer meint, er könne sich Polen ohne Krakau

Ostdeutsche -

## Hauptversammlung des Deutschnationalen Vereins für Oesterreich.

Am 6. d. M. um 7 Uhr abends fand im Saale des Gasthofes „Zur schönen Schärferin“ in der Gumpendorferstraße unter dem Vorsitze des Obmannes Abgeordneter K. S. Wolf die diesjährige Hauptversammlung des Deutschnationalen Vereins für Oesterreich statt. Die Tagung war sehr gut besucht. Abgeordneter Wolf konnte unter den Anwesenden unter anderen begrüßen: die Reichsratsabgeordneten Kopp und Dr. Wichtl, die Bezirksräte Böschner, Schwarzinger und Sedlak, Gemeinderat Pechall aus Wiener-Neustadt, Inspektor Hasner und Frau aus Graz, mehrere Ortschulräte und Armenräte, Vertreter von Wiener Bezirksvereinen, ferner von Fachvereinen, Gewerkschaften und Schutzvereinen, eine stattliche Anzahl von Gesinnungsgenossen aus der Umgebung sowie die zahlreich erschienenen Frauen.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er auch die politische Lage erörterte. Er wies darauf hin, daß der Deutschnationale Verein gemeinsam mit der Deutschradikalen Partei sozusagen die einzige Körperschaft war, welche vom ersten Jahr des Krieges an sich bemühte, durch unablässige Aufklärungsarbeit den Mut zum Durchhalten zu stärken. Leider hätten die Deutschen schwere Enttäuschungen erleben müssen, und zwar deshalb, weil man in Oesterreich wieder einmal, wie schon so oft nicht den Mut fand, zur rechten Stunde das Notwendige und Nützliche zu tun. Redner schloß dann, an die bedauerlichen Folgen des Amnestieerlasses anknüpfend, den Leidensweg des deutschen Volkes in Oesterreich, das trotz all der ungeheuren Opfer an Gut und Blut bisher noch immer nicht zu seinem Rechte gelangt konnte. Es sei unter diesen Umständen begreiflich, daß in der deutschen Bevölkerung Oesterreichs eine tiefe Erbitterung Platz gegriffen habe. Wenn den deutschen Abgeordneten der Vorwurf gemacht werde, daß sie der Regierung gegenüber es an der nötigen Schärfe und Entschiedenheit habe fehlen lassen, so möge man bedenken, daß eine versöhnliche oppositionelle Haltung nur den Plänen der inneren Feinde Vorschub geleistet und den Bestand des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche in bedrohlichster Weise gefährdet hätte. Nun aber liegen die Dinge anders. Auch die Regierung scheint sich nach den letzten Erfahrungen, die sie mit den Slaven gemacht hat, eines Besseren besonnen zu haben. Der Ministerpräsident habe in seiner letzten Rede den tschechischen Antrieben gegenüber Worte energischer Abwehr gefunden. Doch Worte genügen nicht, die Deutschen müssen endlich Taten fordern. Sollte sich die Regierung nicht bald zu solchen aufraffen, so werden unsere Abgeordneten auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken, um den Deutschen in Oesterreich endlich einmal zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Hierauf erstattete Bezirksschulrat Hödl, in Vertretung des erkrankten Schriftführers Bezirksschulrates Lang, den Tätigkeitsbericht über das Vereinsjahr 1917. Es fanden in diesem Jahre 75 Versammlungen, also alle 14 Tage drei, und 55 Vertrauensmännerbesprechungen statt, davon 12 in Böhmen, 12 in Mähren, 2 in Schle-

sien, 3 in Tirol, 10 in Steiermark, 2 in Oberösterreich und 7 in Niederösterreich. Als Redner wirkten in diesen Versammlungen, außer den Gästen aus dem Deutschen Reiche, dem Mitgliede des preussischen Abgeordnetenhauses W. Baczmeister und dem Reichsratsabgeordneten Dr. Werner, die Reichsratsabgeordneten Wolf, Dr. Wichtl, Kropf, Dr. Mühlwerth, Hummer, Heine, Felzmann, Bacher, Schreiter, Dr. Bobirsky, Dr. Sommer, Kraus, Kopp und Dr. Wichtl und die Vereinsmitglieder Dr. Müller, Sedlak, Hödl, Better, Verber, Lang, Pogatschnigg, Dr. Perko, Walter, Bilet, Dr. Prohaska, Pechall, Dr. Freikler, Bierhaumer, Andratschke und der Kanzleivorstand Sturm. Dieser letztere sprach auch in den meisten Vertrauensmännerberatungen. Eine Bismarckfeier konnte im verfloffenen Jahre infolge des Beheizungs- und Beleuchtungsverbotes nicht abgehalten werden. Die Versammlungen waren gut besucht und boten überall das Bild einmütiger Ueberzeugung und Begeisterung.

Die Zahl der Mitglieder hat im verfloffenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. Am 31. Dezember 1916 zählte der Verein 17.508 Mitglieder, am 31. Dezember 1917 jedoch 20.456, was einen Zuwachs von 2948 Mitgliedern ergibt. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als der Verein im verfloffenen Jahre nicht weniger als 282 Mitglieder durch den Tod verloren hat. 43 davon fielen auf dem Felde der Ehre, unter ihnen auch Dr. Hausjell, mit dem große Hoffnungen zu Grabe getragen wurden.

Außer durch Versammlungen suchte der Verein auch durch Herausgabe von Druckschriften zu wirken. Es erschien zunächst ein Taschenzeitweiser und das Jahrbuch. Die Zusammensetzung des letzteren besorgte, wie im Vorjahre, Kanzleivorstand Sturm. Ferner wurde die Herausgabe von Vereinsmitteilungen vorbereitet, deren erste Nummer demnächst erscheinen wird. Einen besonderen Raum in der Tätigkeit des Vereins nahm die Fassung und Fundgebung von Beschlüssen und Eingaben ein. Seine Organisation hat der Verein stets uneigennützig in den Dienst völkischer Bestrebungen gestellt. So vorbereitete er den Aufruf des Deutschen Klubs „An die Deutschen Oesterreichs!“, beteiligte sich an der großen Kundgebung für einen ehrenvollen Frieden im Großen Musikvereinsaal und unterstützte die Deutsche Arbeiterpartei in ihrer Tätigkeit auf dem Wiener Boden. Mit besonderem Dank gedenkt der Bericht der unermüdbaren Tätigkeit der beiden Kanzleiführer Sturm und Wein sowie der Unterstützung durch die „Ostdeutsche Rundschau“.

Es folgte hierauf der Bericht des Zahlmeisters Oberbuchhalters Klinger. Das Jahr 1917 war das erfolgreichste seit der Gründung des Vereins. Die Gesamteinnahmen sind von 67.627 K. im Jahre 1916 auf 112.325 K. im Jahre 1917, also um 43.594 K. gestiegen. Von den Einnahmen entfielen 39.844 K. auf Mitgliederbeiträge und Spenden, 47.800 K. auf den Erlös aus dem Verkauf von Wirtschaftsgegenständen, 12.515 Kronen auf den Wehrschatz und 6082 K. auf Versammlungen und Ortsgruppenbeiträge. Die Gesamtausgaben betrugen 91.931 K. gegen 68.712 K. im Vorjahre, davon für Organisation und Agitation 23.516 Kronen.

Auf Antrag des Rechnungsprüfers Herrn Partig wird dem Säckelwart die Entlastung erteilt und dem abtretenden Ausschusse für seine Mühewaltung der Dank und das Vertrauen ausgesprochen.

Der Antrag auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von 2 K. auf 3 K. wird einstimmig angenommen.

Hierauf fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Dieser setzt sich nunmehr aus folgenden Herren zusammen: Handelskammerbeamter Egon Berger, l. l. Bezirksschulrat Josef Hödl, Oberbuchhalter Alois Klinger, l. l. Bezirksschulrat Leopold Lang, Reichsratsabgeordneter Raphael Bacher, Bürger- und Schuldirektor Franz Stanzel, Oberinspektor Eduard v. Stransky, Buchhändler Cornelius Better, Reichsratsabgeordneter Dr. Friedrich Wichtl, Reichsratsabgeordneter K. S. Wolf.

Zur Bewältigung der immer mehr anwachsenden Arbeit wurden folgende Herren in den Vorstand zugewählt:

Handelskammerbeamter Emil Barnert, Doktor Professor Benno Zmendorfer, Bezirksrat Ing. Friz Lachner, Baumeister Karl Böschner, Gemeinderat Rudolf Pechall, Bahnoberkommissär Karl Pelzl, Postkontrollor Paul Pogatschnigg, Postsparsassenbeamter Anton Schulz.

Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren Partig, Döring und Fiechtenthal gewählt.

Nach Abschluß des geschäftlichen Teiles der Versammlung hielt sodann Bezirksrat Karl Sedlak einen glänzenden Vortrag über die Studienreise, die er im Verein mit anderen Tageschriftstellern in das Deutsche Reich und an die Westfront zu unternehmen Gelegenheit hatte. Er erzählte von Deutschlands Kriegsarbeit an der Front und im Hinterlande, von deutscher Zucht und Ordnung und deren segensreichen Wirkungen, von der stolzen deutschen Flotte und dem

unbezwinglichen Helgoland, von dem wiedererwachten Blauen und von dem Helbentum der siegreichen Heere unseres großen Bundesgenossen; den stärksten Eindruck auf die Zuhörer machte, was er von Admiral Scherr, dem Sieger von Stagerat, und von Hindenburg und Ludendorff zu sagen wußte. Er schloß mit der Mahnung, sich durch die Umtriebe der Feinde nicht irre machen zu lassen; das Ende des Krieges sei nicht mehr fern. Möge die Feder der Diplomaten dann nicht verberben, was das deutsche Schwert geschaffen. Reicher Beifall lohnte die glänzenden Ausführungen des Vortragenden.

Mit der Absingung des alten deutschen Kampfliedes „Die Wacht am Rhein“ fand die Versammlung ihren stimmungsvollen Abschluß.

## Unsere Polen.

Die Lage im Osten legt eine ausgiebige Beschäftigung mit der Polenfrage dringend an die Hand. Wie die Dinge stehen, wird es bei den in Aussicht stehenden Entscheidungen auch zu weiteren, vielleicht die künftige Gestaltung Polens entscheidend festlegenden Schritten kommen, an denen wir dringend interessiert sind.

Um unserer künftigen Stellung zu Polen willen, die dem für uns Wünschenswerten Rechnung tragen muß, wie vor allem um unserer eigenen Polen willen.

Man muß da mit Tatsachen rechnen.

Ersichtlich: in dem von uns befreiten Polen, dem wir staatliche Selbständigkeit gebührt haben, besteht ausgesprochen eine gereizte Abneigung gegen uns. Darüber können die Staatsratsvisiten mit ihrem Austausch von Freundlichkeiten nicht hinwegtäuschen. Sie hat von jeher bestanden als Folge großpolnisch-irredentistischer Träume, ist gesteigert worden durch unsere Ostmarkenpolitik, ist zu einer sehr bedenklichen Höhe gelangt, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, durch die militärische, weit mehr durch die Zivilverwaltung des besetzten Gebietes. Es sind da Dinge geschehen, die alles eher verraten, als die Absicht und das Geschick, die polnische Psyche mit uns und den Härten der Zwangsverwaltung, selbst wo sie Gutes wollte, zu versöhnen. Weiter: Wir haben ein Königreich Polen proklamiert. Aus Gründen, die teils irrig waren, teils hinfällig geworden sind. Wir wollten einen Pufferstaat gegen das zarische Rußland schaffen — das gibt es heute nicht mehr. Wir rechneten mit einer militärischen Unterstützung durch die Bevölkerung, verführt durch die polnische Legion Desferre's — das hat sich als völligen Fehlschlag erwiesen. Nichtsdestoweniger werden wir um ein selbständiges polnisches Staatswesen nicht mehr herumkommen, das seine eigenen Wege geht und, wie die Dinge liegen, nicht zu unserer Freude.

Es wird da eine Irredenta geben, so hartnäckig und verrannt, wie die italienische. Und was das schlimmste ist: während die verschiedenen österreichischen „unerlösten“ Grenzbestände recht zweifelhafte Unterstützer irredentistischer Sehnsüchte außerhalb gewesen sind, selbst im Kriege, werden die königlich polnischen Erlösungsumtriebe ihr kräftigstes Heizmaterial aus Deutschpolen beziehen. Der Zwischenfall in der Wahlrechtsdebatte des Ausschusses vom 12. Januar, der den Gipfel polnischer Frechheit erreicht, spricht da Bände.

Auf alle Fälle wird man mit einer dauernden Vergiftung der Stimmung uns gegenüber in Neupolen rechnen müssen, wie im Bereich unsres deutschpolnischen Bestandes, dem der glorreiche Erfolg des großpolnischen Traums dank unsrer Geschenklause den Kamm ins Groteske schwellt. Aus dem Pufferstaat Polen wird eine Bedrohung für uns werden. Irgendwie müssen wir dem begegnen.

Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen des polnischen Staatswesens, wie sie in den Ostseeprovinzen etwa in Aussicht genommen, erscheinen ausgeschlossen, wenn anders wir die Versprechungen, die wir mit der Errichtung eines Königreichs Polen gegeben, einhalten wollen.

Es wird alles darauf ankommen, welche Gestalt das neue Staatswesen annehmen wird.

Das verhängnisvollste wäre ohne Frage eine Angliederung an Oesterreich. Nichts könnte erfreulicher sein, als wenn man tatsächlich diesem Gedanken, mit dem seither vielleicht mehr als bloß gespielt worden ist, ferner getreten wäre. Damit würde die Verantwortung für die großpolnischen Umtriebe auf die Schultern Oesterreichs abgeladen werden, erhielte der polnische Irredentismus ein österreichisches Rückgrat. Es gäbe dann kein unerlöstes Polen mehr, außer bei uns. Was das für die Zukunft unserer Beziehungen zu Oesterreich bedeuten würde, kann man sich an den Fingern abzählen.

Das ganze Problem vereinfacht sich wesentlich, wenn Polen ein Staatswesen für sich wird. Auch am besten ohne dynastische Beziehungen zu einem der nachbarlichen Großstaaten.

Selbst wenn man in Polen aus einem der altpolnischen Geschlechter einen König herausstellen und ihn auf den polnischen Größenwahntraum verpflichten würde, so würde der kaum Lust verspüren, praktische Folgerungen daraus zu ziehen.

Noch umständlicher wäre eine andere Lösung. Die Bosschewiki sind in Warschau gewesen, und die Polen haben da ihre russischen Sympathien entdeckt, nicht zum wenigsten im Hinblick auf die antipathischen Befreier, was übrigens keinem Kenner ihrer russischen Vergangenheit wundernehmen wird. Und nun spukt der Gedanke an eine polnische Republik, die nach dem neuen Rußland neigt.

Eine Sache, der man dringend das Wort reden sollte. Im beiderseitigen Interesse. Polen hätte dann eine für uns ungefährliche Rückenlehne, wäre von unserem Verhältnis zu

Oesterreichischer Reichsrat.

Wien, 19. Februar.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war mit der Erklärung ausgefüllt, die Ministerpräsident Dr. v. Seidler nach Absprache mit dem Minister des Aeußeren Grafen Czernin über den Friedensvertrag mit der Ukraine und über die Ereignisse der letzten Wochen in den jüngsten Tagen abgegeben hat.

Schon während der Berlesung des Einlaufes kam es zu einer Demonstration der Polen, Czechen und Südslawen. Als der Präsident die Antwort des Kaisers auf das anlässlich des Friedensschlusses mit der Ukraine abgeschickte Glückwunschtelegramm verlas, verließen die Polen, mit Dr. Stomhinski an der Spitze, den Sitzungssaal. Ihnen folgten die Czechen und Südslawen, während die Ukrainer und die deutschen Parteien die Berlesung mit vielem Beifall aufnahmen.

Abgeordnetenhause.

(61. Sitzung.)

Präsident Dr. Groh eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Der Dank des Kaisers an das Haus.

Präsident teilt mit, daß Se. Majestät die aus Anlaß der Beendigung des Krieges an der Disfront namens des Hauses unterbreiteten Glückwünsche mit folgender Depeche beantwortet habe:

Ich habe die Mir vom Abgeordnetenhause des Reichsrates entlich der Beendigung des Krieges an der Disfront dargebrachten Glückwünsche mit lebhafter Beriedigung entgegen genommen und sage dem Abgeordnetenhause für die patriotische Stimmung meinen herzlichsten Dank. Karl. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Angelobung.

Der für den Abgeordneten des 61. galizischen Wahlbezirktes Dr. Ladislaus R. v. Czajkowski als Erbkammerrichter und Abg. Ladislaus Orzechowski leistet die Angelobung.

Die Ablehnung der Demission des Kabinetts.

In einer Zuschrift des Ministerpräsidenten wird davon Mitteilung gemacht, daß der Kaiser die ihm unterbreitete Bitte um Genehmigung der Demission des Gesamtkabinetts nicht zu willfahren geruht hat.

Ergänzung des Kongrugesetzes.

Der Minister für Kultus und Unterricht übermittlelt einen Gesetzentwurf, womit ergänzende Bestimmungen hinsichtlich der Bezüge und der Pensionsbehandlung des Lehrpersonals an den römisch-katholischen und griechisch-katholischen theologischen Hochschulen und Zentrallehranstalten und an der griechisch-orientalischen Lehranstalt in Zara getroffen werden.

Die Anfragen wegen der Friedensverhandlungen.

Es gelangen Anfragen der Abgeordneten Adler, Doktor Korofsch und Genossen, Habermann und Genossen, betreffend die Friedensverhandlungen mit Rußland und den Frieden mit der Ukraine, zur Berlesung.

Das Budgetprovisorium.

Der Finanzminister Freigert v. Wimmer bringt das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni 1918 ein.

Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler.

Hohes Haus! Im Hinblick auf den Umstand, daß die zur Erledigung des oedentlichen Budgets erforderliche Zeit nicht mehr zur Verfügung steht, hat sich die Regierung entschlossen, ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni anzubringen. Demgemäß ist in Uebereinstimmung mit dem Inhalte des Voranschlages die Bitte um die Ermächtigung zur Aufnahme neuer Anlehen im Betrage von sechs Milliarden Kronen. Die Vorlage ist heute, wie der verehrte Herr Präsident mitgeteilt hat, eingebracht

worden, und ich erlaube mir, sie schon jetzt dem Wohlwollen des hohen Hauses zu empfehlen. Im Laufe der Debatte werde ich gewiß Gelegenheit finden, mich über die innerpolitische Lage zu äußern. Heute aber, meine sehr geehrten Herren, schwebe Ihnen allen eine andere Frage auf den Lippen und ich möchte mir daher erlauben, nach Rücksprache mit dem Herrn Minister des Aeußeren bezüglich der nordöstlichen Verhältnisse folgende Erklärungen abzugeben:

Hohes Haus! Bei dem Friedensschlusse mit der Ukraine sind zwei Momente von ganz besonderer Bedeutung:

Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß laut Artikel IX des Friedensvertrages sämtliche Bestimmungen desselben ein unteilbares Ganzes bilden. Was in diesem Vertrag der eine Teil an Zugeständnissen gemacht hat, hängt somit davon ab, daß auch der andere Teil seine Verpflichtungen erfüllt. Die Verpflichtung, welche die ukrainische Volksrepublik übernommen hat, besteht nun vor allem darin, daß sie uns ihre Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Produkten zur Verfügung stellt. (Beifall.) Wir erwarten von dieser Bestimmung des Friedensvertrages eine Erleichterung der Lebensverhältnisse in der Monarchie durch Viesierung von Getreide und anderen Lebensmitteln aus der Ukraine. (Zwischenrufe.) Es steht außer Zweifel, daß die in der Ukraine lagernden Getreidevorräte unvergleichlich größer sind als das Quantum, welches wir momentan transportieren könnten. Im Sinne des Friedensvertrages ist die Ukraine verpflichtet, uns und unseren Bundesgenossen diese Ueberschüsse zur Verfügung zu stellen. (Zwischenrufe.) Die Frage, ob und was wir an Getreide von der Ukraine erhalten, ist somit lediglich eine Frage der Erfassung des Getreides und des Transportes. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen sind bereits getroffen, und es ist die Hoffnung vorhanden, daß die Viesierung uns noch im gegenwärtigen Wirtschaftsjahre zugute kommen werden. Die ukrainische Republik hat ein wesentliches Interesse daran, uns die angeforderte Getreidemenge zu liefern, denn im entgegengesetzten Falle würden auch jene Teile des Bündnisvertrages, welche unsere Zugeständnisse an die Ukraine enthalten, hinfällig sein. Natürlich dürfen wir dabei nicht vergessen, daß ganz Rußland und auch die Ukraine von den Krämpfen des Bürgerkrieges geschüttelt wird und daß die Schwierigkeiten des Transportes unter diesen Verhältnissen ganz außerordentlich große sind. Nach den letzten dem Minister des Aeußeren zugekommenen Nachrichten ist die Anarchie in ganz Rußland in stetiger Zunahme begriffen.

Abg. Dr. Soukup (czechischer Sozialdemokrat): Deswegen wollen die deutschen Truppen nach der Ukraine marschieren. Wir protestieren dagegen! (Lebhafter Gegenruf. Fortgesetzte Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Soukup, Sie haben nicht das Wort. (Fortdauernde Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.) Ich ersuche den Herrn Abg. Dr. Soukup, die Verhandlung nicht zu stören.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Es herrscht ein Chaos, der Kampf aller gegen alle. Unser Ziel bei alledem kann und wird nur sein, alles Menschenmögliche zu machen, um unserer heldenmütigen Bevölkerung jene Zuschübe an Nahrungsmitteln zu verschaffen, die sie mit Recht verlangt und die sie sich durch lange Entbehrungen und standhaften Durchhalten verdient hat. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.) Prophezeungen, ob und in welchem Maße dies gelingt, sind bei der zunehmenden Anarchie in Rußland unmöglich. (Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.) Gelingt es nicht, dann werden auch die übrigen Bestimmungen des Vertrages hinfällig. Dann bleibt uns immer noch der eine Vorteil, den Kriegszustand mit der Ukraine wie mit der Petersburger Regierung beendet zu haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Soukup: Das sagen Sie nach Berlin!

Präsident: Herr Abg. Dr. Soukup, führen Sie nicht immer die Verhandlungen!

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Der andere wichtige Punkt des Vertrages ist die Cholmer Klausel. (Hört! Hört! Zwischenrufe.) Von dem Vertreter der ukrainischen Rada und der k. u. k. Regierung wurde gestern eine ergänzende interpretierende Erklärung zum Friedensvertrage unterfertigt (Hört! Hört!), wonach das Cholmer Gouvernement nicht an die ukrainische Republik fällt, sondern über deren Los feinerzeit durch eine gemischte Kommission nach ethnographischen Grundfäden (lebhafter Zwischenruf bei den Polen) und nach Anhörung der Wünsche der Bevölkerung bestimmt werden soll. (Lebhafter Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.)

Der diesbezügliche Passus lautet: „Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels II des am 9. Februar 1918 in Prest-Witowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, daß die im zweiten Absätze dieses Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze nicht gebunden ist (lebhafter Hört! Hört!), die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj, Szczepierzyn, Krasnostaw, Pugaszw, Rabin, Meschiretschie, Sarnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels II, Punkt 2, dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie (lebhafter Hört! Hört!) Bilgoraj, Szczepierzyn, Krasnostaw, Pugaszw, Rabin, Meschiretschie, Sarnaki zu führen. (Beifall. Zwischenrufe.)

Wie erwähnt, gemischte Kommission wird aus Vertretern der verschiedenen Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden, und wird jede dieser Parteien eine gleiche Anzahl von Delegierten in die Kommission entsenden. Die vertragsschließenden Teile werden einvernehmlich bestimmen, in welchem Zeitpunkte diese Kommission zusammentreten wird.

Eine andere Lösung der national umstrittenen Cholmer Frage war nicht möglich, ohne den Frieden zu verderben. (Zustimmung.) Rußland hat für seine Gebirte das bis zur völligen Völkervertrennung gehende Selbstbestimmungsrecht der Völker bestreitet (Zwischenrufe), wir haben diesen Standpunkt für die besetzten Gebiete angenommen, und alle Verhandlungen von Prest-Witowsk wurden auf dieser Basis geführt. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht der Völker von Litauen, Aurland und Polen anerkannt (Zustimmung), und kein logischer oder moralischer Grund ist auffindbar, welcher den Ukrainern ein Recht nehmen soll, welches den anderen Völkern Rußlands gewährt wurde. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.) Die Herren vom Polenklub können nicht leugnen, daß ein großer Teil des Cholmer Gouvernements fast mit ukrainischer Bevölkerung durchsetzt ist (Beifall) und daß auch diese Nation das Recht hat, gehört zu werden. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.) Ich gehe weiter. Die erste Pflicht der k. u. k. Regierung war es, den Frieden zu errichten. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Soukup. — Gegenrufe der Abgeordneten Albrecht und Teufel. — (Lärm.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Soukup, führen Sie nicht die Verhandlung! (Fortdauernder Lärm.) Ich bitte die Herren Abgeordneten Dr. Soukup und Teufel, die Verhandlung nicht zu stören!

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Das, was in Prest geschahen wurde, ist ein Friede für das Volk (Lebhafter Beifall und Handklatschen), und niemals hätten es die Völker Oesterreich-Ungarns verstanden, wenn wir diesen Frieden zerfallen, wenn wir die Möglichkeit, Getreide zu erhalten, abgewiesen hätten (Lebhafter Beifall und Handklatschen) nur deshalb, damit das Gouvernement Cholm in ganzer Uebereinstimmung und bedingungslos an Polen falle. (Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.) Die Regierung tritt vor dieses Haus, sie tritt vor die gesamte Oesterreich mit der Frage, welches die Antwort gewesen wäre, wenn der Minister des Aeußeren zurückgekommen wäre und erklärt hätte, er habe den Frieden zerfallen und verdröben (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Handklatschen), weil er dem ukrainischen Teile der Bevölkerung des Cholmer Gouvernements nicht das Recht habe geben wollen, ebenso gehört zu werden wie der polnische. (Zwischenrufe.)

Auch der Herr Präsident der Vereinigten Staaten (Hört! Hört! Rufe) hat in seinem oedentlichen Oedankensatz mit uns den Satz geprägt, daß Völkerei und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in die andere herumgeschoben werden sollten, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einer Spielhandelte, daß also Veränderungen nicht ohne Zustimmung der Völker vorgenommen werden sollen. (Zwischenrufe.) Die Ukrainer haben das gleiche Recht, wie andere Völker mitzusprechen, wenn eine Veränderung ihrer staatlichen Zugehörigkeit vor sich geht. (Zustimmung.) Sitten wir gehandelt, wie die Herren von Polen es heute v. Lingen, so hätten wir nicht nur den ukrainischen Frieden zerfallen, wir hätten auch die zarten Fäden zerissen, die vielleicht zum allgemeinen Frieden führen können (Lebhafter Beifall und Handklatschen), und die Stimmen, die sich zur Verteidigung einer solchen Regierung erhoben hätten, wären — wenn sich überhaupt welche erhoben hätten — verschwunden unter dem brandigen Oedank der Empörung aller österr. r. Völker. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Handklatschen und Zwischenrufe bei den Polen.)

Angeichts dieser Erwägungen muß ich auch gewisse Anisuationen, die bezüglich der erörterten Frage über das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland laut geworden sind, mit allem Nachdruck ablehnen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen links.)

Nun zu Rußland. Die Petersburger Regierung steht mit Oesterreich-Ungarn, wie sie selbst erklärt hat, nicht mehr im Krieg und wird nach menschlicher Voraussicht der Kriegszustand nicht wieder ausleben. (Beifall und Zwischenrufe.) Den deutschen Hilfserufen aus Estland und Livland folgend, hat sich Deutschland entschlossen, weiter in das Innere zu marschieren (lebhafter Beifall links; Zwischenrufe), um jene unglücklichen Skonationalen, welche in diesen Provinzen leben, vor dem sicheren Verderben zu schützen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen links.) Wir sind im vollen Einvernehmen mit unseren treuen Bundesgenossen zu dem Schluß gelangt, uns an dieser militärischen Aktion nicht zu beteiligen. Unser Hauptbestreben bleibt nach wie vor, den zahlreichen österr. r. und ungarischen Staatsangehörigen, welche sich noch auf russischem Boden befinden, aber nach dem Worte der russischen Regierung nunmehr in Freiheit sind, raschestens Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Die dänische Regierung, welcher wir nicht genügend für ihre anspornende Hilfe danken können, tut das Menschenmögliche. (Beifall.) Seit Rußland den Krieg für beendet erklärte, sind bereits über 20000 Kriegsgefangene an der Grenze eingetroffen. (Beifall.) Der Justizrat hält an, und soweit es die chaotischen Verhältnisse, die in Rußland herrschen, gestatten, ist die Hoffnung berechtigt, daß es uns gelingen wird, unsere Brüder und Schwestern in absehbarer Zeit wieder auf heimatischem Boden begrüßen zu können. (Beifall.)

Der Minister des Aeußeren hat auch die Absicht, so bald als möglich die Verhandlungen mit der russischen Regierung betreffs Gefangenen austausch usw. wieder aufzunehmen. (Beifall.) Die in der Ukraine befindlichen Kriegsgefangenen, deren Zahl ziemlich groß ist, werden selbstverständlich auch, so rasch es die dortigen Verhältnisse erlauben, heimbefördert werden. Ich bitte das hohe Haus, diese Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Handklatschen. Heulrufe links. Der Ministerpräsident wird mehrfach beklatscht.)

Präsident: Entsprechend dem Verlangen der Parteien werde ich die erste Lesung des Budgetprovisoriums auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen.

Nächste Sitzung morgen Mittwoch, 20. b., 11 Uhr vormittags.

Tagesordnung: 1. Erste Lesung des Budgetprovisoriums; 2. Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages.

Schluß der Sitzung 1/12 Uhr vormittags.

Mittwoch, 20. Februar 1918

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe angeführt

2-26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 806, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Petersburg.

- Weiterer Vormarsch im Osten.

### Die Reichstagsitzung.

Am Tische des Bundesrats: v. Payer, v. Kühlmann.

In der Diplomatenloge wohnten die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der ukrainischen Regierung den Verhandlungen bei.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung und gedenkt in herzlichen Worten der Goldenen Hochzeit des Königs von Bayern. Er erhält die Ermächtigung, im Namen des Reichstags ein Glückwunsch-Telegramm nach München zu senden.

#### Staatssekretär v. Kühlmann:

Der Friede mit der Ukraine ist der erste Friedensschluß in diesem gewaltigsten aller Kriege. Gleich nachdem der morsche Bau des Jatismus, der an der Entfesselung des Weltkrieges ein so ungeheures Maß von Schuld trägt, zusammengebrochen war, zeigten sich im Gebiete der Ukraine, die nächst Großrußland eines der stärksten Elemente des früheren russischen Kaiserreiches war, nationale Bestrebungen, die auf eine Stärkung des Stammesbewußtseins abzielten. Als die ukrainischen Abgeordneten in Brest-Litowsk Klar erlangt hatten, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik trieb, haben sie freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten hergestellt, weil sie in keiner Weise unter den Sünden des Jatismus leiden, sondern aufrichtig den Frieden haben wollten.

Die Verhandlungen mit ihnen waren nicht ganz leicht, denn wie es immer in Zeiten nationalen Aufschwunges der Fall ist, wurden auch hier territoriale Forderungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Wir haben die Abgrenzung nach Großrußland hin einem späteren Zeitpunkt überlassen und uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die Lösung hat vor allem bei den Polen lebhaften Kritik erfahren. Es wäre irrtümlich, anzunehmen, daß wir in Brest und der einschneidenden Wichtigkeit dieser Grenzregelung nicht bewußt gewesen wären. Diese Grenze ist von größtem Wert für die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands und sie tangiert in der Donaumonarchie neben den außenpolitischen auch so schwere innerpolitische Interessen. Ministerpräsident v. Seidler hat sich hierüber gestern ausführlich geäußert. Auch ich muß sagen, daß, wenn an dieser Frage der Frieden mit der Ukraine gescheitert wäre, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten seiner Unterhändler nicht nur nicht verstanden, sondern auf das schärfste mißbilligt haben würde. (Sehr richtig!) Daß wir das Interesse an einer gerechten Abgrenzung des Cholmer Gebietes nach Westen hin von Anfang an nicht aus dem Auge verloren haben, ergibt sich schon daraus, daß wir die Grenzziehung im einzelnen der Regelung durch eine Kommission vorbehalten haben.

Neue Verhandlungen mit der Ukraine haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Festlegung der Grenze noch abgeändert werden kann, so daß ethnographische Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden können. In dieser Kommission wird auch Polen vertreten sein, womit im Rahmen des Möglichen alles getan worden ist, um eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. (Sehr richtig!)

Der Streit um die Cholmer Grenze, der besonders infolge des polnischen Widerspruchs entstanden ist, bringt die Gefahr mit sich, daß die Auseinandersetzungen über diesen Friedensvertrag zu einer Erörterung des ganzen polnischen Zukunftsproblems werden. Das erscheint mir aber nicht erwünscht, denn dafür wird später Zeit und Gelegenheit genug vorhanden sein.

Nächst den politischen Erwägungen hat auch die Erwägung zum Abschluß des Vertrages mitgewirkt, daß die Ukraine, wie glaubwürdig angenommen wird, auch jetzt noch nach so langem Kriege über wesentliche Vorräte an Brotgetreide und Futtermitteln verfügt, welche sie zum Teil abzugeben in der Lage ist. Sowohl für uns wie in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie ist die Herstellung eines geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine, der Austausch, der dort vorhandenen Ueberflüsse an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und in Oesterreich vorhandenen Industrieprodukte ein ganz vitales Interesse. Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß Erleichterungen insbesondere des Bahnverkehrs Gegenstand gemeinsamer Maßregeln sein werden.

Die Materie des Vertrages im einzelnen eignet sich besser zu Erörterungen in der Kommission. Das eine glaube ich aber sagen zu können, daß dieser erste Friedensvertrag, der zweifellos für spätere Verträge als Grundlage dienen wird, die Wiederher-

Die Russen konnten keineswegs annehmen, daß der Waffenstillstand bereits sieben Tage nach Abbruch der Verhandlungen klaufen würde, denn im Waffenstillstandsvertrag war der Abschluß durch den Frieden oder die Kündigung ausdrücklich vorgesehen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Uebrigens scheint auch die Wiener Regierung auf diesem Standpunkte zu stehen. Die alldeutsche Presse freilich dankt Gott jedesmal auf den Knien, wenn wieder einmal Friedensausichten vorüber sind. Bereuen Sie recht, diese Herren liegen vor Gott auf den Knien und danken ihm, daß das Massenmorden weitergeht. (Ungeheurer Lärm auf der Rechten, Rufe: Unrecht!) Ja, das können Sie doch nicht ableugnen, das stand doch in Ihrer Presse, als das Angebot vom Dezember 1916 abgelehnt wurde. Das hat Ihre Presse wiederholt, als der Vorschlag vom 5. Dezember 1917 von den Ententemächten nicht angenommen worden war. Da hieß es, man könne nur auf die englische Besorgtheit rechnen, und als die Entente tatsächlich an den Verhandlungen nicht teilnahm, da hat man wiederum den Dank an Gott wiederholt, daß keine Friedensverhandlungen zustande gekommen sind.

Was die Zustände in Finnland, Estland und Livland anbelangen, so darf nicht vergessen werden, daß dort soziale Revolutionen im Gange sind und keineswegs nur nationale Kämpfe. Die finnländischen Roten Garden sind die vereinigten sozialdemokratischen Parteien Finnlands. Auch in Estland und Finnland liegen die Dinge ähnlich. Etwas anders scheint es sich in der Ukraine zu verhalten. Man soll sich also hüten, in die inneren Verhältnisse des Nachbarlandes einzugreifen. Das könnte nur noch schlimmer machen, was dort ohnehin schon schlimm ist. Man sollte jetzt vor allem dahin streben, die Gegensätze zwischen Großrußland und der Ukraine sowie Estland usw. aus der Welt zu schaffen und ein weiteres militärisches Vordringen, das uns nicht liebster machen wird, unmöglich zu machen.

Was die Entscheidung über das Cholmer Gebiet anbelangt, so hätte man unbedingt die Bevölkerung vorher befragt lassen. Es geht nicht an, daß heute eine Bevölkerung ihre politische Nationalität aus der Zeitung erfährt. Sie muß dabei mitzureden haben. Jetzt gewinnt es fast den Anschein, als ob daraus ein Zusammenbruch der ganzen deutsch-polnischen Verständigungspolitik erwachsen sollte, und als ob die Polen insgesamt in das Lager der Entente abzuweichen wollten. Verfolgt man die gegenwärtige Politik im Osten in ihren Konsequenzen, so könnten daraus leicht Verhältnisse entstehen, die alles noch übertreffen würden, was man auf dem Balkan schaudernd erlebt hat.

Dr. David schließt seine Rede mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß im Osten dauernd geordnete Zustände geschaffen werden können, wenn man wirklich demokratische Methoden verfolge. Jetzt ist es nicht, diese Völker im Osten herbeizuholen und sich mit ihnen zu verständigen, indem man ihnen die Selbständigkeit auf demokratischer Grundlage einräumt. Man darf aber nicht osteuropäische Politik etwa mit osteuropäischen Mitteln betreiben wollen. Nach Dr. David ergreift das Wort der Vertreter der polnischen Fraktion Dr. Seyda.

Abg. Seyda führt aus: Mit lebhaftem Erstaunen haben wir gehört, daß auch der Vertreter des Zentrums dem vorliegenden Friedensvertrage ohne Vorbehalt seine Zustimmung gegeben hat. Sie wissen aus den Zeitungen, welches Echo der Friedensschluß bei den Polen gefunden hat. Sie wissen aber doch nicht alles, was in Warschau, Bemberg und Krakau geschehen ist, weil die Zensur es zur Veröffentlichung verboten hat. Sie wissen nicht, daß die Erregung des polnischen Volkes so groß geworden ist, daß bereits Blut auf den Straßen gelaufen ist.

Nach dem Abg. Seyda, der das Haus bittet, den Friedensvertrag mit der Ukraine abzulehnen, kommt der schriftliche Abgeordnete Dove zum Wort.

#### Die amtliche Denkschrift.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine, der heute dem Reichstag als Drucksache Nr. 1293 zugegangen ist, enthält außer dem deutschen Text der Verträge eine erläuternde Denkschrift, die besondere Bedeutung für die in dem Zusatzprotokoll behandelten Fragen der konsularischen Beziehungen, der Wiederherstellung der Staatsverträge und Privatrechte, des Erbes der Zivilschäden, des Austausches der Kriegsgefangenen und Internierten, der Fürsorge für Rückwanderer, der Amnestie usw. hat. Darin werden u. a. auch nähere Ausführungen über die außen deutschen Stammes gemacht, die vielfach mit großer Grausamkeit von Haus und Hof vertrieben wurden. Ihren Schutz dienen die Bestimmungen der Art. 18 und 19 des Zusatzprotokolls. Die ukrainischen Delegierten haben sich überzeugt, daß das deutsche Eintreten für das Schicksal der wegen ihres Deutschums verfolgten russischen Angehörigen der Billigkeit entspricht.



# Die russische Debatte im Reichstag.

Reichstags-Sitzung vom 20. Februar. (Fortsetzung.)

**Abg. Sebba (Polen):** Wir hätten von dem Vertreter des Zentrums erwartet, daß er dem Vertrage nicht ohne weiteres zustimmen würde. (Sehr richtig! bei den Polen.) Alle die schönen Grundsätze von der Selbstbestimmung der Völker sind außer acht gelassen und aufs ärgste verletzt worden. Durch den Frieden mit der Ukraine hat man eine neue Teilung Polens vollführt. Dieses Gefühl herrscht im ganzen Polenlande, und überall dort, wo Polen wohnen. Sie haben ja das Echo gehört, obwohl die wichtigsten Stimmen von der Zensur unterdrückt worden sind. Sie wissen aber nicht, was in Lemberg, in Warschau und in Krakau geschieht ist. Die Erregung ist dort so groß gewesen, daß bereits Blut auf den Straßen geflossen ist. (Süß! hör! hör!) Es handelt sich nicht nur um Elemente, die im Fanatismus Unruhen gestiftet haben, die Erregung hat alle Kreise des polnischen Volkes umfaßt, vom niedrigsten bis zum höchsten. Der Redner verliest dann die Rundgebung des polnischen Regimentsrates an das polnische Volk. In ihr wird Einspruch dagegen erhoben, daß ein Stück polnischer Erde einem anderen Lande übergeben worden sei. Das Unrecht der zaristischen Regierung werde wiederholt. Das Abkommen sei als ein Akt der Gewalt gebrandmarkt. Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß das Cholmer Land alter polnischer Besitz sei. Mit allen Mitteln habe man die Propaganda für die Ukraine gefördert und aus deutschen Gefangenenlagern Ukrainer von Dorf zu Dorf geschickt, um die Bevölkerung für die Ukraine günstig zu stimmen. Wir sind mit dem Vertrage nicht einverstanden. Er ist ein Instrument der Ungerechtigkeit und wird dem Deutschen Reiche nicht zum Segen gereichen. Hoffentlich wird der Vertrag nicht angenommen.

## Abg. Dove (Upt.):

Der Wunsch des Vorredners hat zu meiner Freude keine Aussicht auf Erfüllung. Wir alle sind uns bewusst, daß wir eine deutsche Volksvertretung sind, und wir werden daher den Vertrag annehmen. (Beifall.) Hoffentlich verwirklichen sich recht bald die Hoffnungen, die wir alle an diesen ersten Friedensvertrag knüpfen. (Beifall.) Gegenüber dem neuen Funkspruch der Petersburger Regierung können wir uns dem Optimismus Dr. Davids nicht unbedingt anschließen. (Sehr richtig!) Der sich auf persönliche Bekanntheit mit Trost stützende Skeptizismus des Staatssekretärs scheint uns wohl begründet zu sein. Schon wenn wir daran denken, daß auf der Gegenseite Herr Radel zu den Kontrahenten gehört, wird bei uns Mißtrauen geweckt. (Sehr richtig!) Selbst wenn Herr Radel wirklich den Frieden will, wer steht uns dafür, daß Herr Radel, der ganz andere Willensäußerungen von sich gegeben hat, nicht mächtiger ist? (Sehr richtig!) Also wir hegen die besten Hoffnungen, aber wir hüten uns vor zu frühen Prophezeiungen. Wir leben im Augenblick im Osten nur einen Trümmerhaufen, auf dem infolge des zaristischen Regiments eine Jahrhunderte alte Kultur begraben liegt. Um so größer ist die Freude, wenn aus diesem Trümmerhaufen einzelne Inseln auftauchen, die als künftige Staatsgebilde angesprochen werden können. Mögen sie im einzelnen noch unvollkommen sein, sie berechtigen jedenfalls zu den besten Hoffnungen. Ein solches Staatsgebilde ist die junge Volksrepublik der Ukraine.

Es ist nicht nur eine maßlose Uebertreibung, sondern es bedeutet ein Auf-den-Kopf-Stellen der Wahrheit, wenn man jetzt von einer neuen Teilung Polens spricht. (Sehr richtig!) Worin haben die bisherigen Teilungen Polens bestanden? Darin, daß polnisches Staatswesen ausgelöscht und polnisches Land unter die Nachbarn verteilt wurde. Dieser Krieg aber hat zuwege gebracht, daß überhaupt erst ein polnisches Staatswesen wieder entstehen konnte. (Sehr richtig!) Die Polen haben alles Interesse daran, an dem Ausbau dieses Staatswesens mit uns zusammenzuarbeiten, sie sollten sich nicht dauernd auf die Gegenseite schlagen. Zu einer besonderen Aufregung wegen des Cholmer Gebietes besteht gar keine Veranlassung, denn die Grenze ist noch nicht endgültig, und sehr wohl kann den berechtigten Wünschen der dortigen Einwohner im Rahmen des Friedensvertrages noch Rechnung getragen werden. Daher ist es auch vom polnischen Standpunkt aus falsch, über diesen Vertrag den Stab zu brechen. Eine Verächtlichmachung des Nationalitätenprinzips wünschen auch wir, zumal wir jetzt sehen, was unsere Brüder in Oesterreich zu erdulden haben. Gerade diese Ereignisse lassen uns niemals vergessen, daß Sinn und Inhalt der deutschen Entwicklung in der Neuzeit die Entwicklung zum Nationalstaat sein muß, dessen Interesse für uns in erster Linie maßgebend sein muß. (Sehr richtig!) Das führt aber auch dahin, daß wir keine weitere Belastung mit fremden Elementen in unserem Reiche vertragen können. (Sehr richtig! links u. im Zentrum.) Hier geben wir Dr. David in jedem Punkte recht.

Auch uns ist aufgefallen, daß der Vertrag von einem Vertreter der Obersten Heeresleitung mitunterzeichnet worden ist. Gewiß muß die Oberste Heeresleitung als Sachverständige mitsprechen, weil beim Frieden ja auch militärische Gesichtspunkte in Betracht kommen. Aber wir müssen entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß nun aus militärischen Rücksichten ganze Teile aus den neuen Gebieten herausgeschliffen und zum Deutschen Reiche geschlagen werden. (Leb. Zutr. links u. i. Zentr.) Wir würden damit bei uns all die unglückseligen Verhältnisse schaffen, die wir in Oesterreich-Ungarn erleben, wozu bei uns noch das wirklich nicht übertriebene Geschick käme, mit fremden nationalen Bestandteilen umzugehen. (Sehr richtig!) Wir legen daher entscheidendes Gewicht darauf, daß wir es in diesen Fragen allein mit dem uns verantwortlichen Reichskanzler oder seinem Stellvertreter zu tun haben. Das muß auch bei den Verhandlungen über Friedensverträge zum Ausdruck kommen.

Das das neueste Friedensangebot der Bolschewiki anlangt, so würden wir uns gewiß alle freuen, wenn wir auch mit Großrußland zum Frieden kämen. Aber wenn wir den Herren in Petersburg voll vertrauen sollen, so müssen sie den Worten erst einmal die Tat folgen lassen. (Sehr richtig!) Wir sehen, wie sie noch heute mit Feuer und Schwert in den Randstaaten umgehen. Deshalb müssen wir verlangen, daß hier zunächst einmal Ruhe geschaffen wird. Erst dann werden wir zum Frieden kommen können. Der Hauptwert des ganzen Vertrages liegt für uns darin, daß er uns den Glauben an die Menschheit wieder fassen läßt, daß er uns das Ziel, mit anderen Völkern zusammen an den eigentlichen Aufgaben des Menschengeschlechtes zu arbeiten, in dieser langen Kriegszeit zum erstenmal wieder vor Augen führt. (Beifall.)

## Abg. Dr. Stresemann (Matl.):

Dem Dank des Abg. Gröber, den wir zu unserer Freude wieder in voller körperlicher und geistiger Frische unter uns sehen, über den Abschluß des ukrainischen Friedensvertrages, schließen wir uns an. Wir danken dem Staatssekretär Kühlmann und seinen Mitarbeitern für die Entschiedenheit, Fähigkeit und diplomatische Geschicklichkeit und das Pflichtgefühl, das sie bei den Ver-

handlungen in Brest bewiesen haben. Sie haben mit Geduld bis zum letzten ausgeharrt, obwohl sie manchmal ihre Nerven zusammennehmen mußten, und haben den Reich bis zur Reize geleert.

Die Unterzeichnung des Vertrages durch den General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung, steht in einem gewissen Widerspruch dazu, daß in der Einleitung des Vertrages als einziger Vertreter der deutschen Regierung Herr v. Kühlmann genannt ist. Ueber diese formale Frage werden wir ja noch Ausschluß erhalten. Wenn wir uns an reale Tatsachen halten, dann haben wir in erster Linie der deutschen Obersten Heeresleitung den Dank dafür auszusprechen, daß wir überhaupt zu einem Frieden mit der Ukraine gekommen sind. (Lebhafte Beifall.) Wenn weitere Friedensverhandlungen stattfinden, muß die deutsche Reichsleitung einheitlich lediglich durch Bevollmächtigte des Deutschen Reiches vertreten sein. Alle Wünsche und Ansprüche einzelner Bundesstaaten auf irgend eine Sondervertretung sind abzulehnen. (Sehr richtig!) Wir wollen doch der Welt gegenüber als Deutsches Reich verhandeln und nicht noch Bevollmächtigte als preussisch und bayerisch abstampeln.

Vorbedingung für weitere Friedensverhandlungen ist die restlose Räumung von Livland und Estland,

die sofortige Freilassung aller von den Petersburger Gewaltgehabern gefangen gehaltenen deutschen Eken und Letten, unbedingte Räumung und Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands und die Anerkennung des Friedensschlusses mit der Ukraine. Solange die Russen ihren Worten nicht die Taten folgen lassen, wäre es ein Verbrechen, wenn unsere militärischen Maßnahmen auch nur im geringsten eingeschränkt würden. (Zustimmung.)

Die Stellung unserer Unterhändler ist durch manche Kundgebungen von sozialdemokratischer Seite und durch Politiker wie Professor Hoehs und Georg Bernhard nicht gerade gestärkt worden. Wir glauben, daß unsere Vertreter im richtigen Augenblick die Ukraine gegen Trost ausgespielt haben. Seit dem 5. November 1918 besteht ein einheitliches Rußland nicht mehr, und man mag die Poleaprophezie bedauern oder nicht, sie ist einmal da. Die Anhänger eines Kontinentalbündnisses trennen sich, wenn sie nach diesem Kriege an ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland glauben.

Was haben die Polen bisher getan, um sich unsere Sympathien zu erwerben? Ich verweise nur auf das polnische Aufstehen im Abgeordnetenhaus. Für uns darf nur das deutsche Interesse maßgebend sein. Für Deutschland haben die Polen keine Armee aufgebracht. Jetzt aber wollen sie eine polnische Armee für Rußland gegen die uns befreundete Ukraine aufbringen. Das ist zu viel (Sturm. Beifall und Händelklatschen auch auf den Tribünen.) Wir wollen kein Stück polnisches Bodens dem Reiche angliedern, wenn es strategisch nicht notwendig ist. Wir kennen die größeren Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich und haben daher nicht eigenwillig auf die uns vertraglich zustehenden sieben Zwölftel der rumänischen Ernte bestanden. Jetzt sind große Wehlendungen nach Wien angegangen. Dann möge die Regierung in Wien aber auch dafür sorgen, daß dort nicht alles auf den Kopf gestellt wird. Errieter Mäher haben geschrieben, die Lebensmittelknappheit käme daher, daß Deutschland die rumänische Ernte für sich beansprucht.

Die Greuel in den Ostprovinzen können wir nicht dulden, wir wären sonst kein Volk von Ehre. (Beifall.) Wir wollen nicht den völligen Anschluß an Deutschland, aber wir wollen das Deutschum in den dortigen Gebieten militärisch, kulturell und ökonomisch schützen. Wir stehen jetzt vor der letzten großen Kraftanstrengung im Westen. Hoffentlich bringt sie uns den endgültigen Sieg. (Lebhafte Beifall.)

## Abg. Graf Westarp (Konl.):

Auch wir begrüßen den Friedensschluß mit der Ukraine als den ersten Schritt zum allgemeinen Frieden. Auch wirtschaftlich wird er uns ein großes Stück weiter bringen. Mit Befriedigung können wir auch im Hinblick auf unsere Bundesgenossen auf den Vertrag blicken. Die Art und Weise, wie der polnische Regentenschaftsrat an der Uebertragung des Cholmer Landes Kritik geübt hat, läßt die politische Reife vermessen, die man von erwachsenen Männern und von einem Volke erwarten muß, das seine Geschicke selbst lenken will. Maßgebend ist allein die politische Auffassung des deutschen Interesses.

Durch Fehler der Berichterstattung sind manche Enttäuschungen hervorgerufen worden. Der schlimmste Fehler war der Bericht vom 11. Februar, als W. L. B. lediglich die Erklärung Trost's veröffentlichte, ohne den Vorbehalt der deutschen Regierung.

Jetzt handelt es sich um militärische Aktionen. Die Hauptaufgabe ist, Klarheit zu schaffen. Immer wieder wird gesagt, wir Konventionen wünschten die Verlängerung des Krieges. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich kann mir keinen vorstellbaren und gefährlicheren Vorwurf denken. Dr. David hat sogar behauptet, die alldeutsche Presse habe Gott auf den Knien gedankt, daß die Feinde das Friedensangebot nicht angenommen haben. Für eine solche Behauptung steht mir jeder parlamentarische Ausbruch. (Sehr richtig! rechts!) Das ist eine unerhörte frivole Beleidigung. (Lebhafte Zurufe der Soz. Rufe: Unerschämtheit! Schamlos! Geselle!) — Vizepräsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung. Wir wollen ebenso wie Sie, daß dem deutschen Volke der Frieden wieder gegeben wird. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Mittel, die zum Frieden führen. Sie wählen die verlegende Form, wenn Ihnen die Wegegründe fehlen. Nicht das Winkeln nach Frieden brimt uns dem Frieden näher, sondern die Taten des Schwertes. (Beifall rechts.)

Der Redner schildert die bolschewistischen Greuelthaten in den baltischen Ländern. Für die dortigen Deutschen hat die letzte Stunde geschlagen, wenn wir sie nicht retten. Eine Jahrhunderte alte deutsche Kultur ist dem Untergang geweiht, wenn wir nicht eingreifen. Es ist eine Pflicht der Ehre und der Menschlichkeit, ihr zu helfen. (Beifall rechts.) Ich bitte den Staatssekretär, in Verhandlungen mit den Bolschewisten nicht eher einzutreten, bis volle Sicherheit gegeben ist, daß die russische Regierung Livland und Estland vollständig räumt. (Sehr richtig! rechts!) Voraussetzung für jede weitere Friedensverhandlung ist auch, daß Finnland und die Ukraine geräumt werden.

Die Polen konnten im offenen, ehrlichen Anschluß an Deutschland ihre Selbständigkeit erkämpfen. Diese Gelegenheit haben sie veräußert. Meine Hoffnungen, daß ein Polenreich entstehen wird, mit dem wir ehrlich zusammenarbeiten können, waren gering. Sie sind durch die Ereignisse noch enttäuscht worden. Wir haben mit der Möglichkeit feindlicher Bestrebungen jenseits der Grenze zu rechnen. Darum muß die polnische Frage nach den Rücksichten der eigenen militärischen Sicherung der Ostgrenze erfolgen. Hier ist uns einfach das Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebend.

Die Namen Hindenburg und Ludendorff sind mit unvergänglichen Lettern in die Kriegsgeschichte aller Zeiten eingetragen. Sie haben den Befähigungsnachweis erbracht, daß sie beurteilen können, was an der Grenze militärisch notwendig ist. Man hat

benämigt, daß General Hoffmann den Friedensvertrag unterzeichnet hat. Nach unserer Meinung wird kein Friede im deutschen Volke verstanden werden, der nicht moralisch wenigstens die Unterschriften von Hindenburg und Ludendorff trägt. (Beifall rechts.)

**Abg. v. Salem (D. Fr.):** Es wäre erfreulich, wenn durch die Ukraine die Ernährung unseres Volkes erleichtert würde. Mit der Nachprüfung der Cholmer Grenze durch eine gemischte Kommission sind wir einverstanden.

**Abg. Lebedour (U. Soz.):** Herr v. Kühlmann hat gestern im Ausschuss die Polen in einem Tone heruntergerannt, wie sie es nur in ihrer Militärszeit gehört haben werden. Jetzt hat unsere Regierung zu beweisen, ob sie einen Frieden ehrlich will, indem sie sofort den Einmarsch der Truppen einstellt. (Hol-Rufe rechts.) Dr. Stresemann hat es offen ausgesprochen, daß er für Angleicherungen anderer Gebiete ist, wenn die beiden Halbgetier Hindenburg und Ludendorff es verlangen. (Lebhafte Unruhe — Vizepräsident Dr. Passche ruft den Ausbruch. Zurufe der U. Soz.: Götzenbilder! — Lebhaft allgemeine Unruhe. — Der Vizepräsident weist auch diesen Ausbruch zurück.) Ich werde also die beiden Herren nicht mehr über das menschliche Maß hinaus preisen. Der Vertrag mit der Ukraine ist für uns durchaus unannehmbar. Wenn Sie uns den Friedensschluß überlassen würden, über den sich noch Ihre Kindesfinder freuen würden.

**Abg. Fürst Radziwill (Polen)** weist die Vorwürfe des Grafen Westarp gegen die Polen zurück. Die Polen haben in allen Kriegen für das Deutsche Reich geblutet. Wir hoffen, daß es auch unter den Nationen zu einem Selbständigkeitsfrieden kommen wird. Auch die Polen wollen als selbständige Nation an den allgemeinen Menschheitsaufgaben mitarbeiten.

## Staatssekretär v. Kühlmann

Ich gebe Auskunft darüber, weshalb General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung den Friedensvertrag mit unterzeichnet hat. Bei den vorbereitenden Erwägungen für die Zusammenfassung der Delegation für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk war es dem Reichskanzler klar, daß in irgendeiner Weise eine Vertretung der Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen geschaffen werden mußte. Das ergab sich schon aus der organischen Verknüpfung der Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen die Militärs im Vordergrund standen und bei denen die auswärtige Politik durch einen Delegierten vertreten war, mit den Friedensverhandlungen. Diese Verknüpfung war so innig, daß die weitere Vertretung der Obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen, die sich unmittelbar anschlossen, als absolute Notwendigkeit erschien. Dazu kam die Tatsache, daß die Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, wo auf einer Reihe von anderen Fronten der Weltkrieg weiter tobte, und ferner daß der Verhandlungsort vom Sitz der Zentralregierung in Berlin sowie von dem der Obersten Heeresleitung im Felde räumlich weit entfernt war. Deshalb erschien es unbedingt nötig, einen Vertreter der Obersten Heeresleitung am Orte der Friedensverhandlungen zu haben, der sofort die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zu den Fragen, die in sein Ressort einschlugen, geben konnte. Auf Vortrag des Reichskanzlers befohl der Kaiser, die Oberste Heeresleitung möchte bei den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen durch einen bevollmächtigten Delegierten vertreten sein. Dieser Delegierte sollte im Einvernehmen und nur im Einvernehmen mit dem politischen Leiter der Delegation an den Verhandlungen teilnehmen, im Einvernehmen mit ihm die Verhandlungen eingreifen und auf Allerhöchsten Befehl die wichtigen Dokumente, welche das Ergebnis dieses Vertrages verkörpern würden, mit unterzeichnen.

Aus meiner Erfahrung in diesen Verhandlungen kann ich sagen, daß dieser Mechanismus sich sehr gut bewährt hat. Daß General Hoffmann nicht, wie es heute auch wieder angeregt worden ist, Bevollmächtigter sein könnte, ergibt sich lediglich aus dem Befehl. Wäre er, wie zum Beispiel ein Offizier einer verbündeten Macht, bevollmächtigt gewesen, so hätte er einfach die Instruktionen des Reichskanzlers auszuführen gehabt, hätte also gerade die Funktionen, für welche seine Gegenwart notwendig war, nicht ausüben können. Uebrigens ist diese Anordnung in der Form, die bei General Hoffmann gewählt ist, nichts Neues. Bei drei Friedenskonferenzen im Haag hat der Kaiser seinerzeit Delegierte der Armee und der Marine ernannt, die im Schlußprotokoll der Konferenz ausdrücklich als Militär- und Marine-delegierte aufgeführt sind. Auch diese Herren waren damals nicht politisch bevollmächtigt im Sinne eines geschäftsführenden Unterhändlers. Damals war aus denselben Gründen, die jetzt zu dieser Formation geführt haben, derselbe Ausweg gewählt worden. Er hat sich durchaus bewährt, und ich nehme an, daß der Reichskanzler beabsichtigt, bei weiteren Verhandlungen dem Kaiser den gleichen Modus in Vorschlag zu bringen.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. David und Graf Westarp.

Der Ukraine-Vertrag wird darauf dem Hauptauschuss überwiesen.

## Die bevölkerungspolitischen Gesetze.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, und eines Gesetzes zur Verhinderung des Geburtenrückganges.

Staatssekretär Wallraf: Angesichts der schweren Verluste, die das ungeheure Völkerringen auch unserem Volke verursacht hat, sind die durch die gegenwärtigen Verlagen in Angriff genommenen Fragen der Bevölkerungspolitik von großer Bedeutung für unsere ganze Zukunft. Der Kampf mit ethischen Mitteln reicht nicht aus. Wir hoffen, daß ein baldiges Gelingen der Vorlagen eine gute Vorbedeutung für die Erledigung derjenigen Aufgaben sein werde, die wir in umfassenderer und mehr schöpferischer Weise auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik in anstrengender Arbeit zu lösen haben werden.

Auf Antrag des Abg. v. Callier (natl.) wurden die beiden Gesetzentwürfe an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik verwiesen. Die Anträge dieses Ausschusses zum Schutze von Mutter und Kind wurden angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Antrag auf Sanktionierung des Abg. Dittmann. Zweite und dritte Lesung des Ukrainevertrages. Bericht des Ausschusses über Militärisches.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Zu dem Bericht über die Dienstag-Sitzung des Hauptauschusses teilt uns Abgeordneter Fischbein mit, er habe nicht geübert, seine Partei begrüße den Friedensvertrag mit der Ukraine weniger mit Freuden, vielmehr habe er tatsächlich gesagt: „Meine Partei begrüßt den Vertrag mit Freuden.“

Der Beginn der ersten Lesung des Budgetprovisoriums erfolgte vor einem dicht besetzten Hause. Auch die Galerien wiesen einen sehr starken Besuch auf. Nach Erledigung der Eröffnungsformalitäten erteilte der Präsident Dr. Groß dem Obmann des Polenklubs Freiherrn v. Goetz das Wort. Polen und Ukrainer sammelten sich in dichten Reihen vor der rechten Rednertribüne. Auch die anderen Parteien zeigten für die Erklärung des Polenklubs Interesse. Die Ausführungen des Polenobmannes wurden von den polnischen Abgeordneten wiederholt durch lauten Beifall, Händeklatschen und Bravorufe unterbrochen. Die Ukrainer enthielten sich jeder Äußerung. Als zweiter Redner gelangte das Mitglied der ukrainischen parlamentarischen Vertretung Dr. Konstantin Lewicki, der viele Jahre hindurch der Obmann des ukrainischen Klubs gewesen ist, zum Worte. Während seiner Ausführungen kam es wiederholt zu Zwischenbemerkungen seitens der polnischen Abgeordneten, auf welche die ukrainischen Mitglieder in leidenschaftlicher Weise reagierten. Der Redner selbst fand bei den Parteigenossen lebhaften Beifall.

**Lärmende tschechische Demonstration gegen den ukrainischen Friedensdelegierten Sevrjuk.**

Als dritter Redner sprach der tschechische Sozialdemokrat Dr. Leo Winter. Während dieser Rede erschienen in der Diplomatensloge der ukrainische Delegierte Sevrjuk in Begleitung des Abgeordneten Nikolaj Wassilko. Mehrere Abgeordnete erkannten ihn.

Wichtig war der tschechische Sozialdemokrat Dr. Soukup: „Was macht den der Sevrjuk hier? Dieser junge Vurche! Hinans mit ihm! Es ist ein Skandal, mit einem so jungen Vurichen einen Frieden zu schließen!“

Herr Sevrjuk, der wenig Deutsch versteht, wußte nicht, was Dr. Soukup gerufen hatte und verließ bald darauf die Diplomatensloge, um dem Präsidenten Dr. Groß einen Besuch abzustatten.

Die ukrainischen Abgeordneten wiesen die Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Soukup zurück, indem sie darauf verwiesen, daß Sevrjuk als Vertreter der Republik Ukraine den Frieden geschlossen habe und sein Alter damit nichts zu tun habe.

Vizepräsident Tuzar, der den Vorsitz führte, erteilte dem Abgeordneten Dr. Soukup den Ordnungsruf.

Lebhafte Interesse weckten dann die Erklärungen des Abgeordneten Dr. Waldner, der namens der Deutschen dem Grafen Czernin neuerlich das Vertrauen aussprach.

In den Wandelgängen und in den Klubs wird die Verfassungsfrage eifrig erörtert. Auch in den Besprechungen mit den im Hause anwesenden Herrenhausmitgliedern steht diese Frage an erster Stelle.

**Abgeordnetenhaus.**

(Sitzung.)

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

**Erste Lesung des Budgetprovisoriums.**

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die erste Lesung des Budgetprovisoriums.

**Die Erklärung der Polen.**

Abg. Freiherr v. Goetz gibt im Auftrage des Polenklubs folgende Erklärung an:

In dem am 9. Februar in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und der ukrainischen Republik abgeschlossenen Friedensvertrage wurde ein großer Teil polnischen Landes, das einen Bestandteil des Königreiches Polen und Litauen bildet, der ukrainischen Republik zugesprochen. Zugleich hatte man in hinterlistiger Weise und unter eitlem Vorwande die Vertreter des polnischen Volkes zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht zugelassen.

Das durch den Brest Vertrag von der Ukraine annektierte polnische Gebiet gehört seit Jahrhunderten ununterbrochen zu Polen. Als nach Polens Teilung der Wiener Kongreß von 1815 aus den verstreuten Resten der Republik Kongreßpolen schuf, da umfaßte selbst dieser Rumpstaat noch immer die Gebiete von Cholm und Podlasie bis an den Bugfluß.

Im Kampfe gegen den Jarrismus und die starre Orthodoxie wurde dieses weitaus überwiegend polnische Land das teuerste, weil von Qualen des Martyriums geheiligte Gebiet der Nation. Dort fielen unter russischen Kugeln die Bauern im Kampfe für Polen und für den Glauben der Väter, dort trugten sie heldenhaft der Heimtücke und Uebermacht der amtlichen orthodoxen Russifikation, dort zählten Hunderttausende mit ihrem Blute und ihren Tränen für die Zugehörigkeit zu Polen. Sogar die siegreiche russisch-nationalistische Reaktion mußte vor der sittlichen Größe dieses Widerstandes haltmachen — und wagte nicht das neugeschaffene Verwaltungsgebiet aus dem Grenzreiche des Königreiches Polen auszuschneiden.

Den Vertretern der Mittelmächte war es vorbehalten, im Friedensvertrage von Brest ein Gebiet von über zehntausend Quadratkilometer Bodens mit Millionen polnischer Bevölkerung von Polen abzutrennen, weit mehr sogar als die reaktionäre russische Regierung es gewagt hatte!

Der Polenklub wünscht der jungen ukrainischen Republik aus vollem Herzen eine große Zukunft (Beifall bei den Polen) und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zwischen der ukrainischen Volksrepublik und dem polnischen Staate an den Grenzen sich etwa ergebenden nationalen Streitfragen ohne Beteiligung dritter im gegenseitigen Einverständnis von Volk zu Volk ausgeglichen werden. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Aber der aus dem Geiste des deutschen Militarismus und der ohnmächtigen Falschheit der österreichischen Diplomatie geborene Vertrag von Brest-Litowsk will die junge ukrainische Republik durch das gemeinsam am polnischen Volke begangene Verbrechen an die Mittelmächte willenlos anschnitten und zwischen Polen und Ukrainern eine blutige Quelle brüderlicher Kämpfe schaffen.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft des Deutschen Reiches mit der Ukraine über das Gebiet des vergewaltigten Litauen hin, soll künftig Polen national verstimmt, staats- und handelspolitisch erbrockelt, zum willigen Werkzeuge des Deutschen Reiches werden. (Sehr richtig! bei den Polen.) So werden die Grundzüge eines annexionslosen, auf dem Selbstbestimmungsrechte der Völker gestützten Friedens durch die beiden Mittelmächte mit Füßen getreten. So wird durch diesen, dem polnischen Volke gegenüber feindlichen Akt Österreichs die bisherige polnische Politik im Staate unnötig gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Im vierten Jahre des Krieges, nachdem Millionen polnischer Soldaten unter den Fahnen der beiden Mittelmächte auf allen Schlachtfeldern geblutet, die polnischen Volksmassen im Hinterlande ihre Habe, ihr Brot und ihre Kinder ausgeliefert hatten, kündet der alte Friedensvertrag ihnen neue Kriege, neues Elend und neue Enttäuschungen an. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Er soll zu einem Triumph des deutschen Imperialismus und zu einer fürchterlichen Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes des polnischen Volkes werden.

Vor der gesamten gesitteten Menschheit erheben wir gegen diesen geplanten Raub polnischen Bodens feierlichen Protest. Die pflichtgemäß Rücksicht auf die anerkannte Souveränität der wiedererstandenen polnischen Staatlichkeit gebietet, daß über das zu Polen gehörende Land nur der polnische Staat zu verfügen das Recht hat.

Im Bewußtsein unserer unverjährbaren nationalen Rechte werden wir auf unser Land und auf unser Recht, einen alle polnischen Gebiete einbindenden unabhängigen Staat zu bilden, nie und nimmer verzichten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Polen. Redner wird beglückwünscht.)

**Vertrauensfundgebung des Deutschnationalen Verbandes für den Grafen Czernin.**

Nachricht. Nach dem Abg. Lewicki spricht Abg. Dr. Winter, worauf Abg. Dr. Waldner das Wort ergriß, der seine Ausführungen mit folgender, namens des Verbandes der deutschnationalen Parteien abgegebenen Erklärung, schloß:

Treu ihrem Friedenswillen sind die Mittelmächte nach Abschluß des Waffenstillstandes in die Friedensverhandlungen mit Rußland eingetreten und haben mit zäher Geduld des Zustandekommen des Friedenswerkes versucht. Es war vergeblich, da die russische Augenblicksregierung den Stillstand der Waffen, aber nicht den Frieden, sondern vielmehr die übergreifende Auswirkung der sozialen Revolution erstrebte. Wir billigen daher den Friedensschluß mit der ukrainischen Volksrepublik und billigen es, daß der Minister des Aeußern ihn nicht an der polnisch-ukrainischen Grenzschwierigkeit scheitern ließ. (Lebhafte Beifall links). Aus dem fesselhaften Friedensspiel der russischen Verschleppungstaktik war dieser Friedensschluß die be-

freiende Lösung, welche nicht nur die russische Waffenstreckung und nicht nur die Friedenswirkung auf Rumänien, sondern vor allem die ersehnte wirtschaftliche Hilfe der Ukrainer brachte. Gegenüber der ungeheuren Bedeutung des Friedensschlusses mit der Ukraine für die Erleichterung der Ernährungsfrage, für die Entlastung der Front, für die voraussichtlich weiteren wichtigen Folgewirkungen wäre sein Scheitern an der Grenzschwierigkeit eine unverantwortliche Preisgabe der höchsten allgemeinen Interessen wegen einer Sonderücksicht gewesen. (Lebhafte Beifall.) Wir bedauern daher, daß die polnischen Vertreter in diesem Hause ihre nationalen Sonderinteressen nicht diesem höchsten Interesse der Gesamtheit des Staates und der endlichen Friedensandahnung untergeordnet vermochten, eingedenk des für die Befreiung und Wiederherstellung des Königreiches Polen gemeinsam vergossenen Blutes und eingedenk der zur Aufrichtung des polnischen Staates von den Mittelmächten bereits geschenehen politischen Arbeit. Wir hoffen, daß durch diese Haltung der polnischen Vertreter nicht nur ein Bruch mit der in diesem Hause eingenommenen traditionellen Haltung der polnischen Vertreter vollzogen ist, sondern daß diese das Interesse einer Grenzberuhigung rücksichtslos über alles stellende Haltung auch einen Riß tun wird, in das für die abschließende Ausgestaltung des polnischen Königreiches notwendige Einvernehmen aller Beteiligten.

Aller Welt sichtbar, war der Friedensschluß mit der Ukraine ein Werk des führenden österreichisch-ungarischen Ministers und nicht eine reichsdeutschen Inspiration. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk waren von dem gleichwertigen Einfluß der Vertreter der beiden Mittelmächte getragen, so daß der Anwurf unseres Vasallentums vollständig unberechtigt und aus der Luft gegriffen ist. Es wird aber auch diesem Anwurf nicht gelingen, den fortdauernden, auf Erdringung und Zerkleinerung des Bundes der Mittelmächte gerichteten Versuch der Entente zu unterstützen. Wir fühlen es diesem Anwurf gegenüber für unsere Pflicht, die tatkräftige durchschlagende Arbeit und Politik des Grafen Czernin besonders anzuerkennen und ihm unser Vertrauen zu erneuern. (Lebhafte Beifall links.) Endlich ergreifen wir diesen ersten parlamentarischen Anlaß, um der neu entstandenen und durch unsere Mitwirkung schon an der Wiege geförderten ukrainischen Volksrepublik unsere Grüße und unsere warmen Wünsche für die Zukunft zu entbieten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)

2/2. 1918

# Oesterreichischer Reichsrat. Proteste der Polen und Krise wegen der Ver- ordnung über die älteren Jahrgänge.

Wien, 20. Februar.

Der Führer der Polen hat heute vom Geiste des deutschen Militarismus und von der ohnmächtigen Falschheit der altösterreichischen Diplomatie gesprochen. Was würden seine Vorgänger zu diesem Tage sagen? Der Polenklub hat immer als eine Körperlichkeit gegolten, wo staatsmännische Einsicht und ernste Auffassung vorhanden waren und das Nationalgefühl die Erwägung ruhiger Bedachtsamkeit nicht überwältigte. Die Form in den Reden der Leitenden war stets die des Bewusstseins der Verantwortung und der Macht, die der Vertreter eines bedeutenden Kulturvolkes in sich empfindet. Was die (unvollständige) Rede...

Ergebnisse dieser drei Jahre ein Traum gewesen sind und nichts, aber auch gar nichts anderes übrig geblieben ist, als die Cholmer Frage. Der russische Ministerpräsident Stolypin hat die Polen mit eiserner Faust gezwängt. Der Warschauer Generalgouverneur Skallon hat über tausend Todesurteile unterschrieben. Loda hatte mehrere Jahre hindurch einen ständigen Galgen, Gewerkschaften, die Jehntausende von Mitgliedern hatten, verschwanden, wurden weggeführt von der Tyrannei des Jara. Die besten Schulvereine, Burschen des nationalen Lebens, die Gemeindeführer der Turner wurden aufgelöst, und alles vereinzelt, was an Gehäufigkeiten den Polen gegenüber möglich war. Was war die Antwort? Das Aufgeben der Staatlichkeit. Herr Roman Dmowski war es, der unter Vermittlung von Kramarz, Fibonicki und Tribar diese milde Antwort auf die russische Bedrückung gab. Ein Gut, das Jahrhunderte alt, ein Heiligtum der Nation, wurde dem Slaventum zuliebe geopfert, und diese Verzichtspolitik änderte sich nicht, als das Cholmer Gouvernement abgetrennt und zu Russland geschlagen wurde. Wer hat die polnische Staatlichkeit wieder geschaffen; wer hat alles wieder aufgebaut, was von den russischen Zerstörern in Grund und Boden gestampft wurde? Doch nur jene Zentralmächte, die der Dmowski des Polenklubs mit solcher Leidenschaft bekämpft. Was soll nicht alles mit Polen geschehen? Es soll verstimmt, erdrückt, zum willenlosen Werkzeug gemacht werden, neues Elend, neue Entfaltungen sollen es treffen, ein Triumph des deutschen Imperialismus, eine fürchterliche Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes hat stattgefunden! Weinahe möchte man glauben, daß so viel Aergers tiefer Gründe haben muß, als die Frage der Abgrenzung. Da der Ministerpräsident erklärt hat, daß die Linie im Einvernehmen festgesetzt werden soll, daß nach völligen Grundbesitz unter Mitwirkung beider Nationen die Frage der Zugehörigkeit zu entscheiden sei, muß die Schärfe des Urteils als Lebertreibung wirken, die aus innerer Zerrissenheit entspringt.

Der Sprecher der Ukraine, Abgeordneter Lewicki, hat in schwingvoller, von lebhaftem Beifall begleiteter Darstellung das Recht der Ukraine auf Cholm verfochten und auf den Widerspruch zwischen den freundlichen Worten der Polen und den heftigen Angriffen hingewiesen. Wollen die Polen in die Hände der Bolschewiki geraten; würde ihnen ein Imperialismus im Sinne Trozkis angenehmer sein, etwa ein Aufruf der Bauern gegen die Grundbesitzer, gegen die Würdenträger des Staates und der Kirche, gegen die durch Industrie und Gewerbesleiß reich gewordenen Bürger? Der Abgeordnete Daszynski hat in wuchtiger noch heftigerem Tone als Freixner v. G. o. e. behauptet, das Selbstbestimmungsrecht sei eine innere Unwahrheit, da es nicht auch auf unsere Völker angewendet werde. Da ist er schärfer als Herr Trozki selbst, der ausdrücklich darauf verzichtet hat, den Grundgedanken der Selbstbestimmung auf die Monarchie und auf Deutschland anzuwenden. Ebensoviele Berechtigungen haben die Einflüsterungen, daß Polen den Jura habe, zu verhindern, daß wir zum Rajallen herabstinken. Diese Gifte sind ganz verbraucht und die letzten Ergebnisse zeigen am allerbesten, wie schonandend der polnische Boden in Polen ist und mit wieviel Einschränkung die Verbindung mit diesem Staate als wirklicher Machtzuwachs gewertet werden kann. Gänzlich unhaltbar ist die Behauptung, daß die Cholmer Lösung den Sieg des deutschen Imperialismus bedeute. Dieser Zusammenhang kann auch nicht im entferntesten gefunden werden. Deutschland, dessen Ernährung, wie vor kurzem amtlich mitgeteilt wurde, gefährdet ist, hat doch wahrhaftig weniger Interesse an diesem Friedensschlusse als wir, und die Polen, die in so viel Reden von dem Hunger in Galizien gesprochen haben, werden sicherlich diese Ergebnisse des Friedens mit der Ukraine als Erleichterung empfinden. Der Abgeordnete Dr. Waldner hat mit Recht namens der Deutschen gesagt, es wäre unverzeihlich gewesen, wenn die Verhandlungen wegen der Abgrenzungsfrage gescheitert wären und wir dadurch die Möglichkeit verloren hätten, Nahrung und Hilfe in unserer Bedrängnis zu finden. Die deutschen Parteien haben volles Vertrauen in die Arbeit und die Politik des Grafen Czernin und sie bedauern aufs tiefste, daß die Polen ihre Tradition zerbrochen haben und, wenigstens nach den Worten zu schließen, den inneren Zusammenhang, der die austro-polnische Lösung hätte herbeiführen können, vernichten möchten. Freilich, selbst in der jetzigen Erbitterung haben viele Mitglieder des Polenklubs Verirrungen mißbilligt, wie die Worte des Abgeordneten Daszynski, welche die Dynastie betrafen.

Der übrige Teil der Sitzung war wieder von Krisenluft durchweht. Es handelte sich um die kaiserliche Verordnung über die Ausdehnung der Wehrpflicht auf die ältesten Jahrgänge. Während die Abgeordneten sprachen, wurde hinter den Kulissen verhandelt und mit Mähe und Not wieder einmal die Sprengung des Parlaments verhindert. Dr. Adler gab namens der Sozialdemokraten die Erklärung ab, daß sie gegen das Kriegsbudget stimmen würden. Er behauptet, daß eine Bedrohung des Heimatbodens nicht mehr vorliege, was bei der Fortdauer des Krieges mit Stahen und bei den noch immer geäußerten Plänen in England wohl schwerlich zutrifft. Er sagte, es gibt keinen Zollbreit deutschen Bodens, der heute noch in Gefahr wäre. Auch dieser Behauptung widerspricht die Tatsache des ungebrochenen Kampf- und Eroberungswillens der Entente. Dem Viererbunde wurde durch Wochen und Wochen die Gelegenheit gegeben, einen billigen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen zu schließen. Er hat das Friedensangebot mit Hohn abgewiesen, und mit dieser Tatsache erledigen sich die Behauptungen vom Militarismus und Imperialismus. Trotz hätte früher bedenken sollen, welche Folgen sein Schritt in Brest-Litowsk haben werde. Staatssekretär u. Kabinettchef hat ihn gemacht, er hat jedoch nicht hören wollen, und demgemäß fällt die ganze Schuld auf ihn und auf seine gewissenlosen Ratgeber. Deutsche Truppen marschieren in die Ukraine ein, um uns Getreide und damit die Möglichkeit des Lebens und des Aushaltens im Kriege zu verschaffen. Ist dies der Augenblick, um einen Bundesgenossen, der in hundert Schlachten mit uns und für uns geblutet hat, anzugreifen? Es war eine traurige

Sitzung im Abgeordnetenhaus; am traurigsten vielleicht die Beschimpfung des ukrainischen Delegierten Serzjuk. Man kann auch hassen, aber man braucht nicht der guten Seite ins Gesicht zu schlagen. Man kann politisch kämpfen. Aber die Beleidigung eines Gastes ist unwürdig und wäre in jedem anderen Parlament unmöglich.

## Abgeordnetenhaus.

(62. Sitzung, Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

### Erste Lesung des Budgetprovisoriums.

Abg. Dr. Konstantin Sewicki (Ukrainer) führt aus: Durch den Friedensschluß mit der Ukraine hat die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes auf seinem eigenen nationalen Territorium anerkannt. Wir nehmen das mit Anerkennung für die gegenwärtige Richtung der auswärtigen Politik unserer Monarchie zur Kenntnis. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Durch diesen Friedensschluß ist der erste Punkt unseres ukrainisch-nationalen Programms in Erfüllung gebracht worden, da wir noch im Jahre 1915 während des Krieges es als unser Endziel bezeichnen, für die unter russischer Herrschaft schmachtenden ukrainischen Gebiete sei ein freier, selbständiger ukrainischer Staat zu errichten.

In seiner heutigen Rede machte der Obmann des Polenklubs dem ukrainischen Staate eine Vorwürfe, indem er im Namen der polnischen parlamentarischen Vertretung die ukrainische Volksrepublik mit dem Beifügen beglückwünschte, daß die Polen mit diesem Staate gern in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten wünschten. Wir nehmen diese Erklärung, obgleich sie an die Adresse der ukrainischen Volksrepublik gerichtet ist, als den ersten freundschaftlichen Akt seitens der Vertreter des polnischen Volkes zur Kenntnis (Beifall). Wir können aber nicht außer Acht lassen, was gegen uns Ukrainer in dieser Monarchie, im Lande Galizien, seitens der polnischen Organisationen und der ganzen polnischen Verwaltung unternommen wird. (Zustimmung bei den Ukrainern.)

Vor einigen Tagen hat dieselbe Vertretung des polnischen Volkes, welche uns zu diesem Akt beglückwünscht hat, einen Aufruf an die Polen in Oesterreich veröffentlicht (Hört! Hört! bei den Ukrainern), in welchem ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß der erste Friedensvertrag auf Kosten des polnischen Volkes und der blutgetränkten Gebiete von Cholm und Podlaskie geschlossen wurde, welche unethisch und der ukrainischen Republik ausgetrieben worden seien. (So ist es! bei den Polen. — Gegenrufe bei den Ukrainern.)

In dieser Hinsicht müssen wir unseren Standpunkt genau präzisieren. Wir stehen unverändert auf dem Standpunkte des Friedensvertrages vom 9. Februar d. J. Dieser Vertrag kann nicht mehr abgeändert und muß unbedingt durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Wir vermahnen uns ferner gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ukrainischen Volksrepublik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Sie hat genug Kraft, um selbständig regieren zu können. (Zustimmung bei den Polen, Gegenrufe bei den Ukrainern.) Unser Prinzip im internationalen Leben war es immer, nach fremdem Gute nicht im internationalen Leben nach dem ukrainischen Volk zu verlangen. Wenn man nun die Glückwünsche an die ukrainische Volksrepublik mit den agitatorischen Tätigkeiten der Polen in Galizien vergleicht, so muß man fragen, wie sich das zusammenreimt. (Zustimmung bei den Ukrainern.)

Weder müßte daher die Ausführungen des Sprechers des Polenklubs berücksichtigen. Das Gouvernement Cholm sei eine der ältesten historischen Landschaften der Ukraine. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern, Gelächter bei den Polen.) Es ist ein integrierendes Bestandteil des alten Königreiches Halicz und Wolodimir, dessen Haupt- und Residenzstadt Cholm war. Es war die Residenzstadt unserer Könige Daniel und Leo. Es ist ein Gebiet, das nach der russischen Volkszählung vom Jahre 1910 60 Prozent Ukrainer hatte (lebhafter Zwischenruf bei den Polen), 20 Prozent Polen, 14 Prozent Juden, das übrige Deutsche und Russen.

Die ukrainische Bevölkerung des Cholmer Landes war bis zum Jahre 1875 griechisch-katholisch und erst durch die unerhörten Gewaltmaßnahmen der russischen Regierung wurden sie gezwungen, griechisch-orthodox zu werden. Infolgedessen wurde die unglückliche Cholmer ukrainische Bevölkerung in zwei Feuer genommen. Die Russen zwangen sie, den orthodoxen Glauben, die Polen den römisch-katholischen Glauben anzunehmen. Da sind unsere Wälder, das Cholmer Gebiet ist mit unserem Blute getränkt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

In Befragung der inneren Politik drückt Redner sein Bedauern darüber aus, daß während des Krieges die politische Neuordnung im Staate nicht in Angriff genommen worden sei. Die österreichische innere Politik hat da gegen seine eigenen Interessen schwer gesündigt, indem sie durch die Vereinigung zweier nicht nur national verschiedenartiger, sondern durch Jahrhunderte feindseliger Gebiete das autonome Galizien als polnisches Staatswesen geschaffen hat. Die Folge davon war, daß die Polen dem Staat über den Kopf gewachsen sind, so daß jede österreichische Regierung von ihnen abhängig ist. Das ukrainische Volk in Oesterreich ist aber bestrebt, nicht etwa Widerstandsrechte innerhalb eines polnischen Staatswesens sich zu sichern, sondern die ihm aufgewonnene polnische Herrschaft grundsätzlich zu beseitigen und auf seinem Boden zu seinem Rechte als freie und unabhängige Nation zu gelangen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Durch den Friedensschluß ist für die österreichischen Ukrainer die größte Gefahr geschwunden, daß Galizien mit Polen vereinigt werden könnte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Der Inhalt, den der Friedensschluß mit der Ukraine auf die Gestaltung der Verhältnisse in Galizien übertrug, muß bedeutend sein. Die Galizier kann nicht in der heutigen staatsrechtlichen Form bestehen bleiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) So wird nichts anderes übrig bleiben, als die Abtrennung der ukrainischen Gebiete Galiziens von den polnischen ins Auge zu fassen. (Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

An der Verfassung des polnischen Reiches nahmen polnische Exzellenzen, österreichische Minister, Oesterreichische Räte, Vertrauensmänner der Krone und der Regierung, in deren Händen bisher das Schicksal Galiziens und des österreichischen Staates ruhte. (Hört! Hört! - Rufe bei den Ukrainern.) Die Folge der inneren Politik in Galizien ist, daß diejenigen, welchen die Herrschaft in Galizien übergeben wurde, im Moment der größten Gefahr sich gegen den Staat erhoben haben. (Hört! Hört! bei den Ukrainern.) Die Ukrainer wünschten den Polen die größten Ertragschaften auf dem Gebiete des eigenen Staatswesens (Zustimmung bei den Ukrainern), sie wünschen, daß die Polen in kürzester Zeit auch die Errichtung des selbständigen Reiches erleben, aber in seinen ethnographischen Grenzen. Gegen die imperialistischen Verbrechen der Polen sind die ukrainischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat immer mit nachdrücklichster Verwahrung hervorgetreten. Auch die Ukrainer wollen Heren in eigenen Hause sein, das ukrainische Volk in Oesterreich-Ungarn, das im gegenwärtigen Augenblicke der größten Gefahr darbringt, dessen Land ein wahres Volkswort für Oesterreich-Ungarn bildet, verlangt, daß zur Wahrung seiner vollen nationalen Entwicklungsfreiheit in der österreichisch-ungarischen Monarchie die geschichtlichen und ethnographischen ukrainischen, staatsrechtlich galizisch-lodomirischen Gebiete als ein Reichsland organisiert werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Leo Winter (czechischer Sozialdemokrat) best. tont, daß wenn die Vertreter des Abgeordnetenhauses nach Brest-Litowsk gegangen wären, sie gewiß hätten, daß sie den Frieden nur auf einer Grundlage schließen können, der heute in der ganzen Welt, mit Ausnahme weniger Schichten der Völker, gewünscht wird.

Abg. Dr. Soukup: Sie haben den Frieden mit dem Czernik geschlossen, den zwanzigjährigen Burden! Wer ist der Czernik? Warum kommt er jetzt nach Wien? Ein Betrug ist das! Abg. Ritter v. Singalewicz: Schämten Sie sich! So spricht ein Sozialdemokrat! Abg. Dr. Trzylowski: Sie beleidigen die Nation! Vizepräsident Tuzar (widerholt das Glanzendein gebend) erwidert um Ruhe. Abg. Dr. Soukup: So ein Burische macht Frieden mit Oesterreich! Sinaz mit Czernik! Abg. Ritter v. Singalewicz: Das sind keine sachlichen Einwendungen! Abg. Dr. Trzylowski: Sie sind nicht würdig, Ihren Staat zu haben, wenn Sie den ukrainischen Staat beleidigen! (Fortgesetzte Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.) Vizepräsident Tuzar fordert den Abg. Dr. Soukup wiederholt zur Ruhe auf und erteilt ihm den Ordnungsruf.

Abg. Dr. Winter tadelt das Verhalten des Grafen Czernin, der sich in Brest nicht an die allgemein anerkannten Grundsätze, von allen Amerikanern und Kontributionen abzuheben, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen, abzurufen, und sich den obligatorischen Schiedsgerichten zu unterwerfen, gehalten habe. Er habe aber auch nicht Frieden mit dem ukrainischen Volk, sondern mit einer Schicht geschlossen, von der wir heute weniger denn je wissen, wer eigentlich hinter ihr steht. (Zustimmung bei den czechischen Sozialdemokraten.) Abg. Ritter v. Semaha: Die ganze Ukraine sieht hinter der Mada! (Lebhafter Zwischenruf bei den Polen und den czechischen Sozialdemokraten.) Vizepräsident Tuzar ersucht, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Dr. Leo Winter betont, daß die ukrainische Zentralrada nicht das ukrainische Volk als Ganzes vertritt und gegen die eigene revolutionäre Klasse fremde Truppen zur Hilfe rufe. Diese Mada befindet sich heute in den Händen des aufständischen Proletariats, das sich nicht mit ihren Abmachungen identifiziert. Abg. Dr. Soukup: Wir wollen auch die Ukraine, aber nicht auf diese Weise, wir wollen sie selbständig und nicht als Besatz!

Abg. Leo Lewicki: Das Volk hat sich freigemacht! Abg. Singalewicz: Aus eigener Kraft ist die Ukraine entstanden! Abg. Dr. Winter: Die Grenzverhältnisse zwischen dem ukrainischen und dem polnischen Volke sollten nicht durch den Schiedspruch eines beauftragten Dritten gelöst werden, sondern durch das Einmühen zwischen beiden Völkern. Der Friede mit der Ukraine bedeuete nicht den „Vorfrieden“. Der Leiter des Völkerernährungsamtes habe im Ernährungsbeirat gesagt, die Vorjungen auf die ukrainische Friedensbeute dürften nicht zu hoch geschraubt werden. Die Vertreter der breiten Massen der Bevölkerung haben kein Vertrauen zum Grafen Czernin, daß er und die Schichten, die er vertritt, einen allgemeinen Frieden zu schließen in der Lage sind. Deshalb sei heute die Forderung umso berechtigter, daß zu den Friedensverhandlungen auch Vertreter der Völker beigezogen werden, weil ohne ein Eingreifen der Völker selbst ein allgemeiner Friede nicht zustande kommen werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Czechen.)

### Eine Frage des Vorstehenden.

Vizepräsident Tuzar: Wie mir mitgeteilt wird, hat der Abg. Dr. Soukup im Verlaufe der Rede des Abg. Winter den in der Lage anwesenden Vertreter der ukrainischen Volksrepublik angegriffen und apostrophiert. Ich habe den Abg. Dr. Soukup schon zur Ordnung gerufen (Zwischenruf) und muß noch nachträglich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß ein Vertreter des befreundeten Staates beleidigt worden ist. (Beifall. — Zwischenruf.) Abg. Dr. Waldner (deutschnational) gibt die bereits im Abendblatte mitgeteilte Vertrauensumgebung des Deutschen Nationalverbandes für den Grafen Czernin ab.

Abg. Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) erklärt, der Abschluß der Verhandlungen in Brest habe den Weg für die Unmöglichkeit der Schließung eines wirklichen Friedens zwischen einem imperialistischen Militarismus und einer sozialistischen revolutionären Erhebung dargestellt. Umsonst habe Trozki den Geist der deutschen Revolution angeregt; statt der revolutionären Bataillone seien die Soldaten-Einigungs erschienen. Der Frieden zwischen der Ukraine und der deutschen Diplomatie ist einseitig gemacht. Die Ukraine und ihre staatlichen Waffen waren zu schwach, als daß man sagen könnte, die Ukraine wäre in Brest vollendet gewesen. Czernik, der sich heute für einen wichtigen Mann hält, war vor dem Dezember noch niemand und er ist jetzt durch die Macht der deutschen Soldaten und Diplomaten etwas geworden.

Abg. Bahajewicz: Das ist nicht wahr, durch sein Volk, durch den Volkswillen! (Zwischenruf.) Abg. Daszynski warnt beide Völker davor, dieser Methode der Völkerverehrung, des Völkerverhasses, ein Wort zu reden. Abg. Ritter v. Singalewicz: Was machen Sie jetzt? Das ist auch eine Verhehlung!

Abg. Daszynski: Die Methode des Divide et impera war seit jeher die Methode der Herrschenden, damit die Beherrschten nicht einig werden. Redner führt in seinen weiteren Ausführungen Klage darüber, daß man in Brest nicht Vertreter Polens zugelassen habe. Man hat die polnische Stimme erstickt, weder Polen noch Litauer sind dort erschienen und hatten nicht die Möglichkeit, ihr Recht dort zu verteidigen. (Beifall bei den Polen, Zwischenrufe und Widerspruch bei den Ukrainern.) Der Unverstand Berlins habe die Entsendung polnischer Vertreter unmöglich gemacht. Auch kein Litauer war anwesend. Das sei eine herausfordernde Geringschätzung der primitivsten Volksrechte. Wollen die Ruthenen als Emporkömmlinge... (lebhafter H. - Rufe bei den Ukrainern)... alles vergessen, was sie gestern gesagt haben, wollen sie plötzlich die Beati presidentes spielen? Dieser Sieg — mag es vorläufig ein restloser Sieg sein — des deutschen Militarismus über den russischen Militarismus ist bis zum letzten Augenblicke erhalten worden. Sein Triumph ist es, seine Interessen und seine Methoden sind es, die in Brest-Litowsk gefeiert wurden. (Zwischenrufe bei den Ukrainern.) Es ist kein allgemeiner Friede, kein Friede, aus dem solche Keime entspringen könnten, daß die übrigen feindseligen Mächte dem Frieden beitreten könnten. Es ist auch kein Friede mit ganz Russland, und wenn Trozki unter der Einwirkung der Einnahme von Danaburg und Luck durch einen Funkspruch erklärte, die russischen Maximalisten nehmen die Friedensbedingungen der deutschen Diplomatie an, so sind wir nicht so mit Blindheit geschlagen, daß wir uns sagen könnten, daß der Friede wirklich den Abschluß des großen Weltkrieges bedeute. Es ist auch kein Friede mit den Polen, Litauern, Letten und Esten. Es ist nur ein Friede mit der Ukraine, und dieser Friede hat den Kampf zwischen Polen und Ukrainern noch mehr geschürt, hat den Haß vermehrt. (Beifall bei den Polen.) Es ist merkwürdig, wenn der deutsche Imperialismus das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Munde führt. Die Anwendung zengt die Heuchelei und Unwahrheit der verhassten Lösung. Vom Grafen Czernin hat man unablöselig gehört, daß er das Selbstbestimmungsrecht nur bis an die Grenzen Oesterreichs anerkenne. Was hat man aber den Polen gegenüber getan? Würde man den Grafen Czernin und Czernin v. Seidler fragen, ob sie zustimmen, daß nach dem Grundsatze der Selbstbestimmung die Völker Oesterreichs bis zu ihrer Absonderung dieses Recht verweigern sollen, so würde man gewiß die entsetzliche Entgegnung dieser beiden Staatsmänner hören. Es ist das ein zweifaches Maß, eine zweifache Wahrheit, wozu nur eines Wahrheit sein kann, das andere aber Lüge sein muß. (Beifall bei den Polen.) Oesterreich war der Träger der sogenannten austro-polnischen Lösung der polnischen Frage. Dreieinhalb Jahre lang hat unser Staat in der Hoffnung erhalten, daß die austro-polnische Lösung zur Wirklichkeit werden wird. Diese Lösung war nicht nur dynastisch gedacht, sondern als Gegengewicht gegen die erlarkende Riesenmacht des deutschen Militarismus, als ein Mittel der Expansion Oesterreichs nach dem Krieg, als eine Union der Elemente, die ein halbes Jahrhundert lang mit

Oesterreich Hand in Hand gearbeitet haben. Wer aber das Vertrauen der Polen verstimmt, handelte nicht nur gegen die Polen, sondern gegen die austro-polnische Lösung, gegen Oesterreich und gegen die Dynastie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Redner führte weiter aus, Graf Czernin habe sich wiederholt geäußert, daß er sich die Tür zur Lösung der austro-polnischen Frage offen halte und erklärt, er wolle für die Verwirklichung der Forderungen der Polen unter Wahrung der Interessen des österreichischen Staates eintreten. In Brest-Litowsk aber wurde nicht die Entscheidung des polnischen Staates und des polnischen Volkes anrufen, sondern die Polen, hinter ihrem Rücken über die Grenzen Polens entschickte. Graf Czernin war der erste, der die Grenzen Polens verstimmt, der das Vertrauen der Polen zu Oesterreich vollständig (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen) und der die Führung Deutschlands in der Lösung der polnischen Frage vollständig anerkannt hat. Künftighin wird zwischen den Ukrainern und Polen ein Clash-Bohringen bestehen, an dem beide Staaten jahrzehntlang schmerzhaft bluten werden. Oesterreich hat die ganze Führung dem Deutschen Reiche abgetreten, und es liegt Größe in der deutschen Politik, wenn die deutschen Diplomaten der österreichischen Diplomatie das Heft aus den Händen entwandten haben. Redner führt aus, er zweife nicht, daß die Ueberfälle aus der Ukraine nach Deutschland wandern werden und wendet sich — unter lebhafter Zustimmung bei den Polen und stürmischen Widerspruch links — in bezüglichen Ausdrücken gegen das diesbezügliche Vorgehen der Deutschen in Rumänien und Polen.

Präsident ruft den Redner mit der Bemerkung zur Ordnung, er könne es nicht zugeben, daß die Regierung des uns engverbundenen Deutschen Reiches hier beschimpft werde.

Abg. Daszynski erklärt weiter, in einer Einsicht sind die Polen dem Grafen Czernin und der Preller Verhandlung dankbar, da der 9. Februar zugleich der Tag des Ernaches des polnischen Volkes war. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Am 18. Februar war Galizien der Schauplatz einer Demonstration, wie sie in Oesterreich noch nicht gesehen worden ist. Man hat bereits angekündigt, daß der jetzige Statthalter von Galizien zurücktreten und an seine Stelle der Generalmajor Doktor Wardoßki, der Vertrauensmann des verstorbenen Erzherzogs Franz Ferdinand, gesetzt werden soll. Man will den Schatten der Vergangenheit zu einer Drohung für die nächste Zukunft uns gegenüber machen. Redner warnte die Regierung, die Fehle der Polen aufzufassen. Man bedenke doch, daß das Schicksal der Polen auch das Schicksal der anderen Völker in Oesterreich ist. Den Frieden mit der Ukraine können die Polen nicht anerkennen. Wenn der Minister des Reiches es beabsichtigt, ein Volk zur Empörung zu bringen, so wird man daraus die Lehre ziehen müssen, daß in Zukunft die Sache der Völker niemals an die Interessen einer Dynastie zu binden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Abg. Söhler (christlichsozial) polemisiert gegen die Ausführungen Daszynskis und findet es merkwürdig, daß diejenigen, die sich heute im Hause gegen den ersten Schritt zum Frieden wenden, vor kurzer Zeit wie aus einem Munde nach dem Frieden um jeden Preis gebrüllt haben. (Zustimmung.) Nun ist der Friede da, Oesterreich soll nicht einen Streifen seines Landes verlieren, und doch gibt es österreichische Staatsbürger, die so schreien, als wenn die Hälfte von Oesterreich verlorengegangen wäre. Das muß man so auslegen, daß diejenigen, die vorher den Frieden um jeden Preis verlangt haben und jetzt keinen Frieden wollen, nicht nur von Oesterreich wegstreben, sondern für die Zukunft ein Oesterreich überhaupt nicht mehr wollen. Die Christlichsozialen scheinen dem Grafen Czernin volles Vertrauen, und mit seinen Verhandlungen zufrieden und hoffen, daß er eben so wie bisher als ehrlicher Oesterreicher vorgehen werde. Redner tritt gegen die verschiedenen Ernährungszentralen auf. Eine Zentrale nach der anderen wurde gegründet, am Schluß eine Kaiserernährungszentrale. (Weiterer.) Aber durch diese Wirtschaft sind die erhofften Vorteile nicht eingetroffen, eher das Gegenteil. Von Ungarn werden wir ganz im Einde gelassen. Die Viehpreise sind dort doppelt so hoch als bei uns. Die Folge wird sein, daß bei Beendigung des Krieges das Land Niederösterreich in seinem Viehstande ganz heruntergekommen ist, während Ungarn von den Schäden des Krieges nicht betroffen sein wird.

Redner regt an, ob nicht durch Heranziehung der Landwirte kleinerer und mittlerer Größe zur Beratung in landwirtschaftlichen Dingen die Ernährungswirtschaft in bessere Wege geleitet werden könnte. Redner betont die besondere Wichtigkeit, die der Einfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine zur Erleichterung der Ernährung in unseren Gebieten zukomme. Auf der einen Seite leisten sich die Leute den größten Luxus, die Theater sind täglich ausverkauft, während auf der anderen Seite die Armeisten der Armen die größte Entbehrung leiden. Dieser Armeisten Leute sollten sich doch entschließen, an der Seite der Landwirte gemeinsam den Kampf gegen die oberen Reihen zu führen, die in Luxus schwelgen, aufzunehmen. Was das Budgetprovisorium betrifft, lehne Redner eine § 14-Wirtschaft oder einen Erzeugnisabgabe ab. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abg. Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat): Die Zeit ist so erfüllt von Gefährnissen, die einander so jagen, daß das, was gestern noch eine Forderung des Tages war, durch die Ereignisse mitunter weggeschwemmt wird. Redner verweist auf die von dem Reichstag zur Verlesung gebrachten v. Kuhlmann im deutschen Reichstag zur Verlesung gebrachten v. Kuhlmann der großrussischen Regierung und bemerkt, darin sei die Zustimmung zum Frieden von russischer Seite gegeben. Nun müssen wir abwarten, was von deutscher Seite geschehen wird.

Abg. Strubny: Die werden weitermarkieren! Abg. Dr. Adler: Sie wissen es? (Weiterer.) Ich wünsche — und jeder von uns muß es wünschen — daß die deutsche Regierung nicht etwa auf diesem Wege fortschreite, daß sie ihre Bedingungen von früher als verfallen erkläre und daß sie sich nimmermehr nicht weiter nach Einland, Ostland und so fort in kriegerischen Operationen in das Innere Russlands begeben. Für uns mußte natürlich die Konsequenz die sein: Da tun wir nicht mit! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man muß uns vielleicht sogar zu, daß wir unsere Bürger dazu hergeben, als Ersatz im Westen zu dienen.

Abg. A. r. c.: Ich schon geschieden. Ich habe Briefe bekommen! Abg. Dr. Adler: Ich bin nicht so gut unterrichtet wie Sie. (Weiterer.) Graf Czernin hat vor kurzem auseinandergelegt, daß wir bereit und verpflichtet sind, den vorherrschenden Welt-Deutschlands mitzuverteidigen, und da die Deutschen den vorherrschenden Welt-Deutschlands mitzuverteidigen haben, ist das ein ganz naturgemäßes Verhalten. Aber wir haben gar keinen Grund, mit dem Werte unserer Bürger mit zuverteidigen zu wollen, was die Eroberungsjucht, die imperialistischen Pläne einer kleinen Minderheit in Deutschland will (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und damit nicht nur uns den endlichen Frieden ins Ungewisse hinauszuverschieben, sondern unser Blut auch noch opfern zu wollen für ganz fremde Zwecke. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht ansgegangen, um Händer zu erheben oder zu befreien vom velschigen Joch, auch nicht, um die russischen Provinzen zu erobern, am allerwenigsten aber sind wir berufen, die Ordnungsgemäßen im Osten zu sein. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn in Russland Ordnung zu machen ist, so muß man es schon bei den russischen Revolution überlassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sich zu enthalten über die angeblichen Greuel, Sozialdemokraten.) Sich zu enthalten über die angeblichen Greuel, die die russische Revolution in die Welt gebracht, über die unglücklichen Menschen, die da angeblich zugrunde gegangen sind, haben die am wenigsten Ursache und Recht, die diesen Krieg über uns gebracht und mit ihrem Jubel begrüßt haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daran, daß eingetreten ist, was den Frieden mit ganz Russland in nahe Aussicht zu stellen scheint, folgt, daß wir an die Regierung die Forderung stellen, es möge alles auf penitente vermieden werden, was als eine Einmischung in die Angelegenheiten der Völker, die Russland bewohnen, ausfallen könnte. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Begabung, Völkertreue zu schätzen, scheint rar zu sein, und es ist vielleicht auch von außen nicht möglich. Polen wollte man ja wirklich befriedigen und was ist daraus geworden? Die Rede des Abg. Daszynski! Was den deutschen Sozialdemokraten an der austro-polnischen Lösung bedenklich erschieben, war nicht das Polnische, sondern das Austro-Polnische. Ich gestehe offen, daß ich, so sehr ich den Schmerz der Polen darüber, daß ihnen ein Stück ihres Bodens, wie sie behaupten, weggenommen wird, ohne daß sie gefragt wurden, bereue, so sehr ich auch begreife,

## Abgeordnetenhaus.

Präsident Dr. Graf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 5 Minuten.

Das Bezirksgericht Znojmo hat ein gegen den Abgeordneten Max Winter gerichtetes Auslieferungsgesuchen zurückgezogen.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, in die Fortsetzung der ersten Lesung des Budgetprovisoriums.

### Ukrainer und Polen.

Abg. Hauser führt aus, die deutschen Parteien haben keinen Grund, sich in den Kampf zwischen Polen und Ukrainern einzumengen, sie seien auch gar nicht gefonnen, das zu tun. Jeder werde aber begreifen, daß sie das Entstehen eines neuen Staatsgebildes mit herzlichster Anteilnahme begrüßen (Lebhafte Beifall links und bei den Ukrainern) und daß es jedem Oesterreicher eine gewisse Genugtuung bereitet, daß die Wiege der Ukraine eigentlich in Oesterreich gestanden ist. Jeder wird auch begreifen, daß wir das Wiedererstehen eines großen Volkes mit unseren herzlichsten Glück- und Segenswünschen begleiten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.)

Gewiß wünschen wir auch den Polen das allerbeste, eine gedeihliche Entwicklung in jeder Beziehung. Gerade die deutschen Parteien sind zu den Polen bis jetzt immer in den besten Beziehungen gestanden und speziell die christlichsoziale Partei wurde oft deswegen angegriffen, weil sie zu den Polen in einem freundschaftlichen Verhältnis stand. (Sehr richtig! bei den Christlichsozialen.)

Es kann daher keine Feindseligkeit bedauern, wenn die Christlichsozialen offen aussprechen, daß es sie überrascht und förmlich betroffen hat, daß die Polen im gegenwärtigen Zeitpunkt den Maßstab für das Erlaubte und Herkömmliche förmlich verloren haben. (Sehr richtig! links.) Cholm allein kann das nicht verursacht haben. Wir suchen vergeblich nach dem Geset des hinreichenden Grundes.

Wir können unmöglich glauben, daß die Polen ihren Brüdern, den Ukrainern, nicht gönnen, daß auch sie Luft und Licht genießen. Und doch auf einmal eine solche Veränderung über Nacht! Schon der Obmann des Polenklubs hat in seiner gestrigen Erklärung Worte gebraucht, wie wir sie von dieser Seite nicht gewohnt waren. Es war, abgesehen von den Erweisen in den Worten, mehr oder weniger eine Abfage an Oesterreich und ein Hilferuf an das Ausland. (Rufe links: Leider!) Was die Rede des Abgeordneten Dazhynski bedeutet, braucht man wohl nicht zu sagen. Es ist doch notwendig, schon damit die Geschichte nicht gefälscht werden kann, zu konstatieren, daß die Polen doch ihre kulturelle Höhe doch nur im Anschlusse an Oesterreich erreicht haben. (Beifall und Händeklatschen links. — Zwischenrufe bei den Polen.) Daß es den Polen in Oesterreich nicht so schlecht gegangen ist, dafür sprechen die Ziffern unserer Budgets. (Zwischenrufe bei den Polen.)

Abg. Bannas: Sehen Sie nach Gallizien, dort können Sie die Politik Oesterreichs sehen!

Abg. Hauser: Und jetzt auf einmal diese unmotivierte Aufregung, diese Abfage, diese grundsätzliche Veränderung! In erster Linie wird von dem gewöhnlich zu nehmenden Obmann des Polenklubs angeklagt die heimtückische Diplomatie, von anderen die Bürokratie. Und gerade in der österreichischen Diplomatie und Bürokratie haben die Polen doch fleißig mitgearbeitet. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links.)

Da muß man sich wundern, daß sie bei dieser langen Mitarbeit die schlechten Eigenschaften der österreichischen Diplomatie und Bürokratie erst jetzt entdeckt haben. (Lebhafte Heiterkeit und erneuter Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.) Es soll kein Vorwurf sein, aber es ist eine Tatsache, daß kaum je eine Partei in diesem Hause an Erzellenzen, Ministern und Geheimen Räten so produktiv war wie die Polen. (Lebhafte anhaltender Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern. — Zwischenrufe bei den Polen.) Und diese Herren haben diese wichtigen verantwortungsvollen Posten sehr freiwillig und ungezwungen übernommen. (Heiterkeit und erneuter Beifall.) Man weiß ja, daß einer dieser Herren — er wird nicht darüber hebeligt sein, wenn man seinen Namen nennt, Abgeordneter Dr. Gombinski es seinerzeit nicht erwarten konnte, und auf den Posten eines Eisenbahnministers sehr hütig war. (Heiterkeit und Zustimmung links und bei den Ukrainern.)

Jeder dieser Herren hat einen Treueid in die Hand des Kaisers abgelegt (Zustimmung links und bei den Ukrainern) und dieser Eid kann nicht von heute auf morgen aufgehoben werden. (Erneuerte Zustimmung links und bei den Ukrainern. — Zwischenrufe bei den Polen.) Und weil auch der Name Gombinski genannt wird, so muß man sagen, die höchste Blüte der österreichischen Diplomatie war die

Mera Goluchowski nicht. Wenn auf der anderen Seite soviel von Freiheit und Autonomie der Nationen gesprochen wird, so ist darauf zu verweisen, daß die Balkanvölker nie so lindlich behandelt worden sind wie gerade unter dem Grafen Goluchowski.

Es hat uns förmlich weh getan — ich lege großes Gewicht auf dieses Wort — wie man eines schönen Tages diese Männer so ganz und gar verändert sah. Redner erinnere sich, im Jahre 1898 von der Galerie des Hauses eine blutrünstige Rede des Abg. Dazhynski gegen die Schlachzigen gehört zu haben. Hätte man sich damals träumen lassen können, daß dieser ausgezeichnete Redner einstmals die Tribüne dieses Hauses betreten werde, um Arm in Arm mit den Schlachzigen gegen Oesterreich zu marschieren. (Zustimmung links und bei den Ukrainern. — Zwischenrufe.)

Abg. Dr. Wrobel: Ist das Nächstenliebe?

Abg. Hauser: Ich habe nichts gesagt, was nicht wahr ist. Beweisen Sie mir das Gegenteil, wenn es nicht wahr ist. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.) Und wenn ich die Wahrheit sage, versündige ich mich nicht gegen die christliche Nächstenliebe und noch weniger versündige ich mich dagegen, wenn ich den aufrichtigen Wunsch ausspreche, daß endlich in dieser Beziehung ein Friede eintreten möge. Die Deutschen haben ja nur das Interesse, daß sowohl die Polen als auch die Ukrainer sich gedeihlich entwickeln und miteinander in Frieden leben. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.) Auch wir wollen mit ihnen in Frieden leben. Wir werden ihnen nie einen Anlaß zum Gegenteil geben, aber man kann dazu nicht schweigen, daß über Nacht in Oesterreich alles auf den Kopf gestellt wird. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Die Hauptvorwürfe auf Seite der Polen richten sich natürlich gegen den Grafen Czernin.

Graf Czernin ist...

Abg. Witt: Der geschickteste Mann der Welt!

Abg. Dr. Hauser: ... Gewiß, ich halte ihn für einen sehr geschickten Mann, und ich bin so unbescheiden, zu sagen, für einen viel geschickteren als den Zwischenrufer. (Heiterkeit.)

### Der Frieden mit der Ukraine.

Graf Czernin ist von der Delegation mit dem strengsten Auftrag nach Bresit geschickt worden, mit einem Frieden zurückzukommen. Im Hause selbst sind so oft Friedensdebatten abgeführt worden, deren letzte Worte immer waren, daß er ohne Frieden nicht zurückkommen dürfe, und auch Abg. Dazhynski hat in seiner bekannten Beredsamkeit den Grafen Czernin in der Delegation hochdramatisch apostrophiert, ihn aufgefordert, nicht nach rechts und nach links zu schauen und den Frieden mitzubringen; dann werde er eines Tages eine große Genugtuung erleben usw. Nun kommt Graf Czernin mit dem Frieden zurück; er wird dafür beschimpft, und Abg. Dazhynski sagt: Dieser Friede geht uns gar nichts an, mit diesem Frieden sind wir nicht einverstanden. (Heiterkeit und Zustimmung links und bei den Ukrainern.)

Graf Czernin hätte in Oesterreich ein besseres Schicksal verdient. Er hätte zumindest verdient, daß auch er mit solchen Ehren empfangen wird, wie sie Diplomaten zuteil werden, wenn sie mit dem Frieden in ihre Heimat zurückkehren. Während im Abgeordnetenhaus davon gesprochen wurde, daß wir so notwendig Brot brauchen, Abgeordneter Dazhynski hat pathetisch gerufen, bei uns in Polen ist kein Brot aber der Tod — haben wir nun gegen den Tod den Frieden und gegen die Not den Brotfrieden. (Zustimmung links.) Aber das paßt dem Abgeordneten Dazhynski nicht. Man hätte doch eines nicht vergessen sollen, wenn Graf Czernin sonst keine Verdienste hat und ich berufe mich da auf den Vertreter der Sozialdemokratie, der gerecht genug ist, dieses Verdienst dem Grafen Czernin immer wieder zu vindizieren, das Tor des Friedens hat er geöffnet. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.) Im Hause wurden Anträge gestellt, der Friede müsse durch Volksvertreter geschlossen werden. Stellen Sie sich die Kauferei vor, wenn unsere Friedensaposteln zu einem Friedenskongress gingen. (Zustimmung links.) Man erinnere sich daran, daß Graf Czernin in den Delegationen alle aufgerufen hat, ihm dabei zu helfen, den Frieden zu schließen, weil auch er weiß, daß der Friede für jeden in Oesterreich notwendig ist, aber wie hat man ihm geholfen. Das Haus kann ruhig eine Beweissammlung anstellen, ob die hier abgeführten Friedensdebatten für den Grafen Czernin eine Hilfe bedeutet haben oder ein Hindernis. (Zustimmung links.)

Wenn wir aufrichtig sein wollen, müssen wir gestehen: Wenn Graf Czernin auf uns angewiesen wäre, dann hätten wir nicht den ukrainischen Frieden. (Zustimmung links.) Es ist gewiß tief bedauerlich, daß man das aussprechen muß, aber hier haben eher die Bolschewiki Anhänger gefunden, als daß man zum Grafen Czernin gehalten hat. Die Reden, die hier zum Fenster hinaus gesprochen wurden und noch weiter hinaus gehalten werden, bedeuten nichts anderes als eine Aufmunterung an die Entente, sie solle noch ein bißchen Geduld haben, noch ein bißchen zuwarten, mit Oesterreich werde es ohnedies bald zu Ende gehen. (Beifall links und bei den Ukrainern.) Wir sollten doch dazu helfen, daß man zu einem Frieden komme, daß auch unsere Soldaten nach Hause kommen. (Zustimmung links und bei den Ukrainern.)

Es nützt nichts, wenn man hier alles mögliche sagt und verlangt, der eine oder andere Jahrgang solle entlassen werden, man aber auf der anderen Seite immer wieder den Krieg verlängert und die Heeresverwaltung zwingt, die Soldaten in den Schützengräben zu halten. (Zustimmung

links und bei den Ukrainern.) Das beste Mittel, die Rückbeförderung der Soldaten zu erhalten, ist der allgemeine Friede, und deswegen sollen wir darauf hinarbeiten, um dieses Ziel zu erlangen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.) Niemand soll glauben, daß die deutschen Parteien nicht ebenfalls ein warmes Herz für die Soldaten im Schützengräben haben.

Abg. Bedhne: Sie waren die ersten, die zum Kriege gehen haben, sie haben die vielen Demonstrationen gegen den Krieg veranstaltet. Sie sind die Kriegsbeher, die „Reichspost“ an der Spitze. (Lebhafte Gegenrufe links.) Der Präsident ersucht um Ruhe.

Abg. Hauser: Sie können schreien, soviel sie wollen. Was nicht wahr ist, wird auch durch das größte Geschrei nicht wahr werden. Zu einer Zeit, wo das Parlament nicht einberufen war, habe ich als Landeshauptmann von Oberösterreich und als Obmann der Christlichsozialen Vereinigung im Kriegsministerium dahin gearbeitet, es mögen die 50jährigen Landsturmmänner nach Hause geschickt werden.

Auch wir sind dafür, daß die Soldaten zurückkehren, aber für eine Politik, die die Kriegsnot des Vaterlandes ausnützt und politische Erpressungen übt, sind die deutschen Parteien nicht zu haben. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.) Auch wir vertrauen uns „ja“ und „nein“ zu sagen und es ist viel leichter namentlich in der jetzigen Zeit, nein als ja zu sagen. Wir haben denselben Mut wie Sie, aber den Mut haben wir nicht, daß wir in der Kriegszeit politischen Bücher treiben. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen links. — Zwischenrufe bei den tschechischen Sozialdemokraten.) Wenn gesagt wird, wir können den Krieg beenden, dann werden die Soldaten nach Hause gehen, so ist das eine naive Auffassung. Wir haben unseren Gegnern schon hundertmal angetragen, Frieden zu schließen. Sie sagen nein und wollen den Krieg weiter führen.

Abg. Fro: Da machen die Herren keinen Spießstiel, wenn in Versailles gesagt wird, der Krieg soll fortgesetzt werden.

### Der Kaiser und der Friede.

Abg. Hauser: Erst gestern hatte ich Gelegenheit, mit Seiner Majestät über diesen Punkt zu sprechen. Seine Majestät hat mich beauftragt, in diesem Hause zu sagen, daß es ihm die größte Sorge bereitet, den Krieg fortführen zu müssen und daß er nichts sehnlicher wünsche, als die Soldaten sobald als möglich nach Hause zu schicken. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern, Hoch- und Heilrufe.) Besonders ist Seiner Majestät daran gelegen, die alten Jahrgänge sobald als möglich zu entlassen. (Erneuter stürmischer Beifall und Händeklatschen links und bei den Ukrainern.)

Was aber soll man dem Obersten Kriegsherrn sagen, wenn die Feinde alle Farbtönen der Welt zusammenfügen, um sie gegen uns auszurufen, wenn sie sich bis an die Zähne bewaffnen und vom Krieg nicht ablassen. Wir vertrauen auf das Wort des Kaisers. Er ist ein edler, ein guter, ein herzensguter Mann. Er hat keine Freude am Blutvergießen und kein Interesse, den Krieg auch nur eine Stunde zu verlängern. Wir vertrauen auf ihn und auf seinen Minister des Außern Grafen Czernin, daß sie uns so bald als möglich den allgemeinen Frieden und damit auch die allgemeine Abrüstung bringen werden.

Das Budgetprovisorium stellt eigentlich nichts anderes dar als ein Lustwurm, damit die Maschine des Staates nicht stille steht. Beim Budgetprovisorium handelt es sich nicht um die Vertrauensfrage für das Ministerium, sondern um die Ermöglichung des Weiterfunktionierens des Staates. Es handelt sich um eine Notwendigkeit der höchsten Ordnung in Oesterreich. Dadurch, daß das Budgetprovisorium gefährt ist, ist in erster Linie das Parlament gefährt. Denn es ist selbstverständlich, daß das Budgetprovisorium auf irgend einem Wege bewilligt werden muß: Wenn nicht auf legislativem Wege, dann auf anderem Wege.

Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben: Das Parlament ist tatsächlich in Gefahr. (Hört! Hört!) Ich sage das mit vollem Bedacht und bin mir des Ernstes meiner Worte voll bewusst. In dieser Situation muß ich mich fragen: Ist es denn möglich, daß irgendein Parlamentarier das Parlament in Gefahr kommen läßt? Wäre es möglich, daß die schärfsten Gegner des Parlaments hier sitzen? Sollen sich die Abgeordneten wieder in die Stellung herabdrängen lassen, die sie in der parlamentslosen Zeit eingenommen haben, in eine unwürdige und unmögliche Stellung, in der ihnen jeder Amtsbienner die Türe vor der Nase zuschlägt. Der Bürokratismus sowohl, der der zivilen sowie der Militärverwaltung hat sich in einer Weise ausgelebt, daß die Bevölkerung darunter seufzt. (Beifall links.)

Wir brauchen das Parlament und ohne Parlament können wir nicht existieren. Gewiß bedeutet unser jetziges Parlament nicht das Ideal von einem Parlament, aber die Bevölkerung sagt sich heute, lieber ein schlechtes, als gar kein Parlament. Deswegen werden die Christlichsozialen für das Budget stimmen. (Lebhafte, anhaltender Beifall links und bei den Ukrainern. — Der Redner wird vielfach beglückwünscht.)

Abg. Trejic-Pavicic ergreift das Wort.

dynastietreuer Oesterreicher sich gab. Der Redner der Tschachen, Abg. Dr. Wislowsky, produzierte sich als agrarischer Bolschewik — seine Wähler würden ihm heimleuchten, wenn er ihre Aecker Bolschewikbanden preisgeben wollte! — suchte ferner mit schönen Reden die Polen für die Opposition einzuspannen und weiter in die Sackgasse hineinzuhetzen, beschönigte die tschechische Ausstandspropaganda und äußerte sich zugleich über die Eliafrage zur Zufriedenheit Clemenceaus. Schließlich widerlegte der Ukrainer Abg. N. v. Wassilko, der bekanntlich in Brest beim Friedensschlusse mit den Ukrainern eine dankenswerte Rolle gespielt hat, die polnischen Ansprüche gegen die Ukraine.

Es folgt die Fortsetzung des Sitzungsberichtes aus der Nachmittagsausgabe:

#### Die Friedensstat des Grafen Czernin.

Abg. Hausner (Christlso.) fährt fort: Die Deutschen haben ja nur das Interesse, das sowohl die Polen als auch die Ukrainer sich gegenseitig entwickeln und miteinander in Frieden leben. (Lebhafter Beifall links und bei den Ukrainern.) Auch wir wollen mit ihnen in Frieden leben. Wir werden ihnen nie einen Anlaß zum Gegenteile geben, aber man kann dazu nicht schweigen, daß über Nacht in Oesterreich alles auf den Kopf gestellt wird. (Lebhafteste Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Die Hauptwürde auf Seite der Polen richten sich natürlich gegen den Grafen Czernin. Graf Czernin ist ...

Abg. Witt: Der geschickteste Mann der Welt!

Abg. Hausner: ... Gewiß, ich halte ihn für einen sehr geschickten Mann und ich bin so unbescheiden, zu sagen, für einen viel geschickteren als den Zwischenrufer. (Beifall.) Graf Czernin ist von der Delegation mit dem strengsten Auftrag nach Brest geschickt worden, mit einem Frieden zurückzukommen. Im Hause selbst sind so oft Friedensdebatten abgeführt worden, deren letzte Worte immer waren, daß er ohne einen Frieden nicht zurückkommen dürfe und auch Abg. Daszynski hat in seiner bekannten Verehrbarkeit den Grafen Czernin in der Delegation hochdramatisch apostrophiert, ihn aufgefordert, nicht nach rechts und nach links zu schauen und den Frieden mitzubringen; dann werde er eines Tages eine große Vermittlung erleben usw. Nun kommt Graf Czernin mit dem Frieden zurück, er wird dafür beschimpft und Abg. Daszynski sagt, dieser Friede geht uns gar nichts an, mit diesem Frieden sind wir nicht einverstanden. (Beifall und Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Graf Czernin hätte in Oesterreich ein besseres Schicksal verdient. Während im Abgeordnetenhause davon gesprochen wurde, daß wir so notwendig Brot brauchen — Abg. Daszynski hat pathetisch gerufen: Bei uns in Polen ist kein Brot, aber der Tod — haben wir nun gegen den Tod den Frieden und gegen die Not den Brotfrieden! (Zustimmung links.) Aber das paßt dem Abg. Daszynski nicht. Man hätte doch eines nicht vergessen sollen: Wenn Graf Czernin sonst keine Verdienste hat — und ich berufe mich auf den Vertreter der Sozialdemokratie, der gerecht genug ist, dieses Verdienst dem Grafen Czernin immer wieder zu vindizieren — das Tor des Friedens hat er geöffnet. (Lebhaftes Händelschlagen.) Im Hause wurden Anträge gestellt, der Friede müsse durch Volksvertreter geschlossen werden. Wie stellen sie sich die Kauferei vor, wenn unsere Friedenspostel zu einem Friedenskongreß gingen? (Zustimmung links.) Man erinnere sich daran, daß Graf Czernin in den Delegationen alle aufgerufen hat, ihm dabei zu helfen, den Frieden zu schließen. Aber wie hat man ihm geholfen? Das Haus kann ruhig eine Gewissensforschung anstellen, ob die hier abgeführten Friedensdebatten für den Grafen Czernin eine Hilfe bedeutet haben oder ein Hindernis. (Zustimmung.) Wenn wir aufrechtig sein wollen, müssen wir gestehen: Wenn Graf Czernin auf uns angewiesen wäre, dann hätten wir nicht einmal den ukrainischen Frieden! (Lebhafter Beifall links.) Es ist gewiß tief bedauerlich, daß man das ansprechen muß, aber hier haben eben die Bolschewiken Anwälte gefunden, als daß man zum Grafen Czernin gehalten hat. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Reden, die hier zum Fenster hinaus gesprochen wurden, bedeuten nichts anderes, als eine Aufmunterung an die Entente, sie solle noch ein bißchen Geduld haben, noch ein bißchen zuwarten, mit Oesterreich werde es ohnedies bald zu Ende gehen. (Lebhafter Beifall.) Wir sollten doch dazu helfen, daß man zum Frieden kommt,

daß auch unsere Soldaten nach Hause kommen!

(Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Es nützt nichts, wenn man hier alles mögliche sagt und verlangt, der eine oder der andere Japsengang solle entlassen werden, wenn man aber auf der anderen Seite immer wieder den Krieg verlanget und die Heeresverwaltung zwingt, die Soldaten draußen in den Schützengraben zu behalten. (Zustimmung.) Das beste Mittel, die Rückbeförderung der Soldaten zu erhalten, ist der allgemeine Friede und deswegen sollen wir darauf hinarbeiten, um zu diesem Ziele zu gelangen. (Stürmischer Beifall.) Niemand soll glauben, daß die deutschen Parteien nicht ebenfalls ein warmes Herz für die Soldaten im Schützengraben haben.

Abg. Reychne (tsch., Sozialdem.): Sie waren die ersten, die um Frieden gehandelt haben! Sie haben in Wien Demonstrationen für den Krieg veranstaltet. Die „Reichspost“ an der Spitze! (Lebhafteste Zustimmung links.)

Präsident erwidert um Ruhe.

Abg. Danzer: Sie können schreiben, so viel Sie wollen was nicht wahr ist, wird auch durch die größte Gewalt nicht zur Wahrheit werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Zu einer Zeit, wo das Parlament nicht einberufen war, habe ich als Landeshauptmann von Oberösterreich und als Obmann der Christlichsozialen Vereinigung im Kriegsministerium dahin gearbeitet, es möge die 50jährigen Landsturmmänner nach Hause geschickt werden! Und wir sind dafür, daß die Soldaten zurückkehren, aber für eine Politik, die die Kriegsnote des Vaterlandes ausnützt, um politische Erpressungen zu üben, sind die deutschen Parteien nicht zu haben. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Auch wir vertrauen uns „ja“ und „nein“ zu sagen und es ist viel leichter, namentlich in der jetzigen Zeit „nein“ als „ja“ zu sagen. Wir haben denselben Mut wie Sie, aber den Mut haben wir nicht, daß wir in Kriegzeiten politischen Wucher treiben. (Anhaltender Beifall.) — Zwischenrufe bei den tschechischen Sozialdemokraten! Wenn gesagt wird, wir können den Krieg beendigen, dann können die Soldaten nach Hause gehen, so ist das eine naive Auffassung. Wir haben unseren Gegnern schon hundertmal angeboten, Frieden zu schließen, sie sagen nein und wollen den Krieg weiterführen.

Abg. Tro (allb.): Da machen die Herren keinen Spektakel, wenn in Versailles gesagt wird, der Krieg soll fortgesetzt werden!

#### Friedensworte des Kaisers.

Abg. Hausner: Erst gestern hatte ich Gelegenheit, mit Er. Majestät über diesen Punkt zu sprechen.

Er. Majestät hat mich beauftragt, in diesem Hause zu sagen, daß es ihm die größte Sorge bereite, den Krieg fortzuführen zu müssen, und daß er nichts sehnlicher wünsche, als die Soldaten sobald als möglich nach Hause

zu schicken. (Stürmischer, langanhaltender Beifall links und bei den Ukrainern. Hohe und Heilrufe.) Besondere ist Er. Majestät daran gelegen, die alten Jahrgänge sobald als möglich zu entlassen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Was aber soll man dem obersten Kriegsherrn sagen, wenn die Feinde alle Farbigen der Welt zusammensuchen, um sie gegen uns auszurufen, wenn sie sich bis an die Zähne bewaffnen und vom Krieg nicht ablassen? Wir vertrauen auf das Wort des Kaisers, Er ist ein edler, ein guter, ein herzenguter Mann. Er hat keine Freude am Blutvergießen und kein Interesse daran, den Krieg auch nur eine Stunde zu verlängern. Wir vertrauen auf ihn und auf seinen Mitarbeiter des Außerordentlichen Grafen Czernin, daß sie uns so bald als möglich den allgemeinen Frieden und damit auch die allgemeine Abrüstung bringen werden. (Lebhafter anhaltender Beif.)

#### Das Budgetprovisorium

Recht eigentlich nichts anderes dar als ein Auskunftsmitel, damit die Maschine des Staates nicht stille steht. Wenn Budgetprovisorium handelt es sich nicht um die Vertrauensfrage für das Ministerium, sondern um die Ermöglichung des Weiterfunktionierens des Staates, es handelt sich um eine Notwendigkeit der höchsten Ordnung in Oesterreich. Daraus, daß das Budgetprovisorium eckförmig ist, ist in erster Linie das Parlament gefährdet; denn es ist selbstverständlich, daß das Budgetprovisorium auf irgend einem Wege bewilligt werden muß, wenn nicht auf legitime Wege, dann auf anderen Wege. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben:

Das Parlament ist tatsächlich in Gefahr!

(Hört! Hört!-Rufe links.) Ich sage das mit vollem Bewußt und bin mir des Ernstes meiner Worte voll bewußt. In dieser Situation muß ich mich fragen: Ist es denn möglich, daß irgend ein Parlamentarier das Parlament in Gefahr kommen läßt? Wäre es möglich, daß die schärfsten Gegner des Parlaments hier sitzen? Sollen die Abgeordneten sich wieder in die Stellung herabdrängen lassen, die sie in der parlamentarischen Zeit eingenommen haben, in eine unwürdige und unmögliche Stellung? (Lebhafteste Zustimmung.) Der Bureaucratismus, sowohl der der zivilen wie der der Militärverwaltung, hat sich in einer Weise ausgedehnt, daß die Bevölkerung darunter leidet. Wir brauchen das Parlament, und ohne Parlament können wir nicht existieren! Gewiß bedeutet unser jetziges Parlament nicht das Ideal von einem Parlament. Aber die Bevölkerung sagt sich heute, lieber ein schlechtes, als gar kein Parlament. Deswegen werden die Christlichsozialen für das Budgetprovisorium stimmen. Sie haben die Überzeugung, daß sie durch ihre Zustimmung für das Parlament sorgen und daß das Budgetprovisorium für Staat und Vaterland notwendig ist. (Zustimmung.) Das österreichische Volk hat große Aufgaben: zu seinen größten Aufgaben gehört, daß die Leiden und Drangsale des Krieges lindere, die Tränen der Bevölkerung trockne. Ich glaube, das Haus wird seine Aufgabe würdig sein und seine Pflichten erfüllen. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Redner wird vielfach beifällig.

#### Ein Südslave gegen Trocki.

Abg. Dr. Trešić (Kroat.) führt aus, Graf Czernin vertritt die absolutistische Gewalt von Cotta's Gnaden Trocki die willkürliche Gewalt von usurpatorischen Gnaden. Wir können zwei solche Männer miteinander verhandeln? Trocki werde den Völkern seines Vaterlandes den Frieden des Friedens und der absoluten Freiheit, der Anarchie, der nationaler und staatlicher Tod bringen. Wenig beschimpft der Redner die Vertreter der ukrainischen Rada. Graf Czernin müsse sich, wenn er glaube, daß Friedensveränderungen auf der Basis der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten möglich seien, Redner ist sehr für diese Einmischung und spricht dann über den südslavischen Staat, wie er, der Freund des Herrn Dr. Trumbić, sich diesen wünscht.

Die Südslaven verlangen nationale Vereinigung und absolute Unabhängigkeit. (Zustimmung) werde bald ein spontanes Plebiszit (!) für die Unabhängigkeit zustande gebracht sein. Redner bespricht sodann eingehend die „Tyrannie“ in Dalmatien. Die Verhandlungen von Vrest-Litowol nennt er eine „Komödie“. Er beschimpft neuerlich die ukrainischen Friedensdelegierten und den Präsidenten der Rada Gregorjewitsch. Es sei solange möglich, vom Frieden zu leben, bis nicht einer der Kriegführenden Gegner erlahmt ist oder am Boden liegt. Ein Kompromißfriede, in dem es keine Sieger oder Besiegte gebe, wäre nur die Ursache neuer Kriege. Redner ist gegen einen solchen Frieden. Einen Frieden werden, sagt er, nur die echten verbündeten Demokratien der ganzen Welt nach demokratischen Prinzipien schließen können.

Abg. Birker (d. Anz.) wirft den Polen Erpresserpostul vor und bespricht sodann die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die Zustände in Kärnten. Die östlichen Deutschen hätten mit den Slovenen immer in guten Einvernehmen gelebt, und es verweist darauf, daß auf einem tschechischen Volkskongreß in der slowenischen Bürgermeisterei eingeschunden hätten, die gegen die Rede des Abg. Korosec protestierten. (Beifall.)

#### Eine offizielle Genugtuung

Ministerpräsident Dr. A. v. Seidler: Ich sehe mich veranlaßt, auf die in der Debatte erfolgten Angriffe gegen das Deutsche Reich zurückzukommen. Sie haben bereits von der zuständigen Stelle dieses hohen Hauses Ihre Kennzeichnung erfahren. Ich muß sie aber auch namens der Regierung mit aller Schärfe zurückweisen. (Lebhafter Beifall links.) Sie wirken kriegsverlängernd, indem sie den Kriegsherrn im gegnerischen Lager Argumente gegen die Geschlossenheit der Mittelmächte liefern. Sie besorgen die Geschäfte unserer Feinde, denn sie bemühen sich, uns von einem treuen Freunde zu trennen, unser Verhältnis zu dem allezeit und namentlich im Feuer des Weltkrieges herzlich bewährten Verbündeten zu zerstören. Gott sei Dank, steht dieses Verhältnis zu hoch und zu fest, als daß solche Quereibereie an seiner Macht, Wärme und Innigkeit zu rühren vermöchten. (Lebhafter Beifall links.)

Ebenso weise ich die Beleidigung, die dem Ukrainischen Staate, mit dem wir in freundschaftlichen Beziehungen getreten sind, in der Person seines Vertreters zugefügt wurde, mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lovro Bogacnik (Südsl.) führt aus, nicht die Deutschen hätten Oesterreich vor dem Feinde bewahrt (Lebhafteste Gegenrufe bei den Deutschen), sondern Oesterreich habe den Einmarsch der russischen Kolaken nach Berlin im Jahre 1914 verhindert. (Lebhafteste anhaltende Zwischenrufe links. — Gegenrufe rechts. — Lärm.)

Abg. Dr. Schürff (Anz.) Wo ist der Abg. Gregoric? (Ist ins Ausland gefahren.)

Abg. Dr. Bogacnik: Wo waren denn Sie, als der Krieg ausbrochen ist? Sie haben sich im Hinterlande gedrückt! (Lebhafteste Zwischenrufe.) Ich habe mich freiwillig an die Front gemeldet und werde mein Leben noch weiterhin dem Vaterlande zur Verfügung stellen. (Lebhafter Beifall rechts. — Lebhafteste Zwischenrufe links. — Anhaltender Lärm.)

Zwischen den Abgeordneten Albrecht und Reychne kommt es zu einem ersten Wortwechsel, in dessen Verlauf Präsident den Abg. Albrecht zur Ordnung ruft.

## Parlamentarisches.

### Die Budgetberatung.

#### „Das Parlament ist in Gefahr!“

Das Abgeordnetenhause hat heute die erste Lesung des Budgetprovisoriums fortgesetzt. In einer Obmannkonferenz wurde, wie angekündigt worden ist, beschlossen, morgen die erste Lesung zu beenden und dem Budgetausschusse eine dreitägige Frist zu geben; sodann soll das Provisorium am Dienstag in zweiter Lesung genommen werden, für die zwei Tage und eine Redezeit von 40 Minuten in Aussicht genommen sind. Am Mittwoch um fünf Uhr nachmittags wird dann die Abstimmung vorgenommen werden.

In den parlamentarischen Schwierigkeiten ist heute keine Aenderung eingetreten; die Frist zu deren Lösung und zur Schaffung einer Mehrheit für das Budgetprovisorium läuft am Mittwoch ab, doch hofft man noch, daß es der Regierung bis dahin gelingen wird, die Staats- und Parlamentsnotwendigkeit zu sichern. Ein getreues und aufrichtiges Bild der politischen Verfahrenheit, eine scharfe Charakteristik der oppositionellen Scharfmacher gab heute der Obmann der christlichsozialen Vereinigung Abg. Hausner in einer großen, Aufsehen erregenden Rede. Er unterzog die Kursänderung der Polen einer offeneren Kritik, die ins Schwarze traf, er sagte den Sozialdemokraten die nackte Wahrheit über ihre Hege gegen den Frieden und gegen Graf Czernin und über ihre offenkundigen Falschmünzereien als Anwälte der Bolschewiken, er machte den Tschachen Vorhalte über ihre politischen Erpressungen und über den politischen Wucher, den sie in Kriegzeiten mit der Not des Vaterlandes betreiben. Seine Rede gipfelte in einer ernsten, eindrucksvollen Warnung, das Haus möge nicht die Staatsnotwendigkeiten verweigern und nicht Selbstmord begehen und die Bevölkerung neuerlich der Bureaucratie ausliefern. Sein Ruf: „Das Parlament ist in Gefahr!“ wie seine rückhaltlose Kritik der Opposition waren der Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen und seine Warnung war um so mehr gemeinverständlich, als der Redner sie unmittelbar an die Mitteilung anknüpfte, daß er vom Kaiser ermächtigt sei, neuerlich den Friedenswillen des Monarchen kundzutun. Die Rede des Führers der Christlichsozialen, die oft und oft mit rauschendem Beifalle überschüttet wurde, wirkte durch den Ernst und durch die Entschiedenheit ihres Tones auch bei den Betroffenen tief nach und blieb das Ereignis des heutigen Tages.

Die gestrigen Pöbeleien, die sich gegen unseren deutschen Bundesgenossen und gegen die Vertreter der Ukraine gerichtet hatten, wurden heute durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler mit aller Schärfe zurückgewiesen und damit eine offizielle Genugtuung gegeben. In der Debatte sprachen heute zwei Südslaven gegeneinander, indem Abgeordneter Dr. Trešić, mit kaum verhüllten Hoffnungen spielend, in nicht mißzuverstehender Weise sagte, der Krieg könne nicht unentschieden enden, sondern müsse mit der Niederlage einer der beiden Parteien enden, während Abg. Dr. Bogacnik als staats- und

Reich

Der Vorherrschaften für den Grafen Czernin.

trachtet werden, eine bis in die Tiefe der Wünsche der Völker gehende Lösung der inneren Schwierigkeiten zu verschaffen. Redner tritt schließlich dafür ein, daß dem Papsttum eine entsprechende Stellung im Kreise der Mächte gewährt werde, und erklärt, daß er dem Grafen Czernin sein Vertrauen ausdrücke.

Die Replik des Grafen Czernin.

Minister des Aeußern Graf Czernin: Wenn ich mit einigen Worten in die Debatte eingreifen mir gestatte, so werde ich mir vor allem das Mahnwort des Herrn Präsidenten vor Augen halten, sich so kurz als möglich zu fassen, um so mehr, als dieses Mahnwort ja in freundlicher Berücksichtigung meiner lang bewiesenen Zeit ershallt ist. Selbstverständlich kann ich bei der Fülle von interessanten Anregungen, die hier erklingen sind, nicht im Detail auf alle die verschiedenen Gebiete eingehen und nicht auf alles erwidern. Ich möchte nur aus dem großen Lufte von Anregungen und Angriffen einige Säulen herausheben und mich an denselben erfreuen.

Die Rede des Generals Hoffmann.

Ich beginne mit den Ausführungen des Herrn Delegierten Daszynski. Ich habe die Reden des Herrn Delegierten seit vielen Jahren mit Interesse verfolgt und gebe ihm sehr gern zu, daß er mich bedeutend glimpflicher behandelt hat als irgendeinen meiner Vorgänger. Er hat trotzdem einige tadelnde Bemerkungen vorgebracht, denen, wie ich glaube, doch gewisse mißverständliche Auffassungen zugrunde liegen. Auf diese Punkte möchte ich zurückkommen. Der Herr Delegierte und, wie ich glaube, ebenso auch der Herr Delegierte Dr. Ellenbogen haben die Rede des Herrn Generals Hoffmann zur Sprache gebracht. Die Herren haben mir, wenn ich sie richtig verstanden habe, den Vorwurf gemacht, diese Rede nicht verhindert zu haben oder, wenn ich sie nicht hätte verhindern können, nicht gegen sie aufzutreten zu sein. Ich möchte daraus erwidern, daß das Verhältnis des von mir wirklich ganz ungemein hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervorragenden Herrn zu mir sich ungefähr so präzisieren läßt, daß weder ich ihm noch er mir vorschreiben kann, was wir sprechen.

Der Herr General hat mich nicht gefragt und ich habe ihn nicht gefragt; ich habe ihm auch nicht zu raten und zu sagen, ob das richtig ist oder nicht, was er sagen will. Gegen seine Rede zu polemisieren, hätte ich vollständig unrichtig gefunden, denn die ganze Rede entfesselte einen Sturm im Glase Wasser. Als ich in Brast von der Aufregung gehört habe, welche diese Rede hervorgerufen hat, habe ich darüber, aufrichtig gesagt, herzlich gelacht. Dort hat sich kein Mensch darüber aufgeregt. Auch nicht Herr Trotski, der gestern von Dr. Ellenbogen mit Rücksicht der Tage in den Abelsstand erhoben worden ist. (Seitertzeit.) Also Herr von Trotski hat dem General geantwortet, wenn er ihm sage, daß Rußland von den Deutschen besetzt sei, so gebe er ihm darauf die Antwort, daß der Kaukasus und die Türkei von Russen besetzt sei, das eine sei das andere wert. An dieser Rede, man mag sie mehr oder weniger schön finden, sterben wird niemand daran, weder Herr Trotski, noch General Hoffmann, noch der Friede. Ich füge dem hinzu, daß ich eigentlich gar nicht gedacht hätte, daß gerade die Herren in diesem Parlament so streng sind gegen starke Worte.

Delegierter Dr. Ellenbogen (Sozialdemokrat): Wir sind allerdings daran gewöhnt!

Minister des Aeußern Graf Czernin: Dann brauchen sich die Herren nicht aufzuregen. Ich glaube, das Wiener Parlament bietet ein Beispiel, daß kräftige Worte möglich sind, ohne daß man daran daran stirbt, denn wenn man daran sterben würde, dann gäbe es schon viele Leichen im Parlament. (Seitertzeit.)

Der ehrenvolle Friede.

Der Herr Delegierte Daszynski hat ein Wort gesprochen, wofür ich ihm aufrichtig danke. Er hat gesagt: Niemand von uns will den Frieden um jeden Preis. (Zwischenruf.) Ich mag das fest, ich konstatiere, daß ich in diesem fehrigen sozialdemokratischen Standpunkt einen bedeutenden Fortschritt erblicke. Herr Dr. Ellenbogen hat noch vor kurzem den "Frieden um jeden Preis" verlangt, und wenn die Herren jetzt endlich anfangen, zu verstehen, daß wir nur einen ehrenvollen Frieden schließen können und schließen werden, so ist das zu begrüßen.

Klare Worte.

Dann hat mir der Herr Delegierte Doktor Ellenbogen wieder eine meiner Illusionen genommen. Ich hatte immer geglaubt, daß ich die deutsche Sprache ziemlich beherrsche. Der Herr Delegierte aber hat mir vorgeworfen, daß ich wieder unklar und verworren spreche.

Delegierter Dr. Ellenbogen: Gestern haben Sie gesagt, daß Sie die deutsche Sprache wirklich meisterhaft beherrschen!

Minister des Aeußern Graf Czernin: Ich hätte, im Zusammenhang mit meiner gestrigen Rede wurde unter Hinweis auf die Stelle über Italien, Rumänien und Serbien meine Rede wohl unklar genannt, in der "Arbeiterzeitung" steht dasselbe. Ich gebe auf das Thema nicht weiter ein, wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen.

Die Kriegszielfrage.

Was die internen Angelegenheiten Deutschlands anlangt, so lehne ich eine Diskussion über diese Thematik ab. Wie mir berichtet worden ist, ist Herr Dr. Ellenbogen gestern früh aus Berlin zurückgekommen. Vermutlich ist er daher besser als ich darüber informiert, was es dort Neues gibt. Ich mache mir auf einen großen Unterschied in der Kriegszielfrage aufmerksam, den ich bereits wiederholt hervorgehoben habe und den die Herren immer wieder vergessen. Deutschland bezieht nicht nur aus dem Deutschen Reich auf dem europäischen Kontinent, sondern dazu gehören noch seine großen Kolonien, die zurückzubekommen es das Recht hat. Sie gehören zu seinem Besitzstande, und es ist selbstverständlich, daß es die Pfänder, die es besitzt, nicht aus der Hand geben kann, bevor es nicht Garantien erhält, daß es seinen Besitzstand wieder bekommt. Darin ist Deutschland in einer andern Lage als wir. Wir haben das Glück, überall, außer in einem Teile Ungarns, auf feindlichem Boden zu stehen, wir brauchen die Pfänder in dieser Hinsicht weniger dringend.

Die inneren Angelegenheiten.

Der Herr Delegierte Doktor Ellenbogen hat gemeint, daß man im Innern Ordnung machen müsse. Jeder Mensch, der das sagt, findet meine Unterstützung. Bei mir werden Sie da keinen Widerspruch finden. Nun möchte ich auf den Weg hinweisen, der den Herren eigentlich vorschwebt. Die Herren haben mir, und zwar mit starker Souignierung, zu verstehen gegeben, daß Parlament des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ohne selbstverständlich nicht das Instrument dazu sein. Ich hätte eigentlich gedacht, daß die Herren, die bisher auf demokratischer Basis stehen — ich glaube, es war von tschechischer Seite (Ruf: Der Delegierte Doktor Korosek), also von veränderter Seite —, etwas milder über dieses Parlament denken. Wenn die Herren, die behaupten, das sogenannte Ordnungsmachen ginge nicht auf parlamentarischem Wege, und mir dabei gesagt haben, daß sie die Revolution nicht wollen und auch nicht durch einen Bürgerkrieg und revolutionäre Umwälzungen eine Neuordnung herbeizuführen wünschen, so bleibt nur ein einziger Weg der Regelung. Das ist der Weg des Ultros. Ich glaube, darüber ließe sich reden. Wenn die Herren einmal ganz offen sagen wollen, sie wünschen das Ultros von oben herunter...

Delegierter Dr. Ellenbogen: Nein!

Minister des Aeußern Graf Czernin: ...so ist das von mir aus jedenfalls ein Thema, über das ich diskutieren könnte. Allerdings dürften diejenigen Herren, die das Ultros verlangen, wohl jeder auf dem Standpunkt stehen: Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.

Die Antwort Wilsons.

Wenn schließlich der Herr Delegierte Dr. Ellenbogen mir den wohlmeinenden Rat gegeben hat, daß ich die Antwort an Herrn Wilson durch eine neutrale Macht dem Herrn Präsidenten zur Kenntnis bringen möchte, so muß ich darauf in aller Bescheidenheit erwidern, daß das ein etwas jugendlicher Rat ist. Das ist ungefähr das ABC der diplomatischen Wissenschaft. Ich habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der hohe Ausschuss hört, sondern auch Herr Wilson, und zur selben Stunde, wo ich den Vortrag den Herren hier zu halten die Ehre hatte, hat Herr Wilson bereits Kenntnis von meiner Antwort gehabt. (Beifall.)

Eine scharfe Zurückweisung.

Ich möchte mich jetzt noch mit einigen Worten den Ausführungen des Herrn Delegierten Doktor Stransky zuwenden. Es ist mir nicht möglich, die Ebenso inhalts- wie umfangreichen Ausführungen erschöpfend zu beantworten. Ich muß mich auch hier auf einige konkrete Tatsachen beschränken. Wenn der Herr Delegierte vorerst über die Zeit gesprochen hat, in welcher ich noch nicht die Ehre hatte, Minister des Aeußern zu sein, so bin ich zu meinem Bedauern leider nicht in der Lage, ihm die Aufschlüsse und Aufklärungen zu geben, die er wünscht. Mein verehrter Nachbar zur Rechten und Amtsvorgänger wird gewiß gern die Gelegenheit ergreifen, um auf jene Thematik einzugehen, für die der Herr Delegierte Dr. Stransky ein besonderes Interesse hat, welche, soviel ich mich entsinnere, die Details der italienischen Frage waren. Ich war, wie die Herren wissen, drei Jahre im Auslande und bin über alle diese Vorgänge tatsächlich

nicht genügend orientiert, um erschöpfend antworten zu können.

Ich muß vorerst, bevor ich auf die einzelnen Punkte eingehe, Stellung nehmen gegen jene Ausdrücke, die der Herr Delegierte Dr. Stransky Ungarn gegenüber gebraucht hat. Ich halte sie für absolut unzulässig und weise sie zurück. Der Herr Delegierte Dr. Stransky hat, wenn ich mich recht entsinnere, die ungarische Verfassung einen Wacklappen des Zufalls genannt und andre Ausdrücke ähnlicher Art gebraucht. Es kann nicht gebildet werden, daß in solchen Ausdrücken von der Verfassung des Schwefelstaates gesprochen wird.

Die Zusammensetzung der Diplomatie.

Dann — und das ist ein Punkt, der mir am Herzen liegt — hat der Herr Delegierte Dr. Stransky die Zusammensetzung der mir unterstehenden Diplomatie kritisiert, und zwar in doppelter Hinsicht: er hat erstens die angebliche Bevorzugung der Adelligen gegenüber dem Bürgerstande hervorgehoben und zweitens die Zurücksetzung der Herren der tschechischen Nation. Was das erste anlangt, kann ich die Herren versichern, daß ich bei der Aufnahme in das diplomatische Korps nicht den geringsten Unterschied zwischen Adelligen und Bürgerlichen mache. Eine Prüfung des Stammbaumes wird nicht vorgenommen. Diejenigen Herren, welche die Vorbedingungen erfüllen, werden aufgenommen, diejenigen, die das nicht tun, werden zurückgewiesen, mögen sie nun heißen, wie sie wollen.

Was den zweiten Punkt anlangt, so bedauere ich nur, daß sich so wenige Herren aus Böhmen zu dieser Karriere melden. Ich würde dem Herrn Delegierten Dr. Stransky sehr dankbar dafür sein, wenn er seinen Einfluß dahin geltend machen würde, daß auch von dieser Seite eine stärkere Anmeldung stattfinden würde. Und wenn die Herren, die sich dann melden, die Voraussetzungen, die nötig sind, erfüllen, so werden sie genau so gut angenommen werden wie jeder andre Staatsbürger der Monarchie.

Die Bourgeois.

Dann hat der Herr Delegierte Dr. Stransky von den Breit-Litowolter Verhandlungen gesprochen und hat dabei gemeint, daß der Friede bestimmt sächern werde, weil die Verhandlungen von den dort anwesenden Vertretern der Regierung und nicht von Volk zu Volk geführt werden. Ich glaube, daß da ein Mißverständnis besteht, welches ich aufklären möchte. Die Herren der Petersburger Delegation würden viel lieber als mit mir mit den Herren Sozialdemokraten verhandeln. Darüber ist gar kein Zweifel. Zwischen dem Herrn Delegierten Dr. Stransky und meiner Wenigkeit machen aber die Petersburger Herren gar keinen Unterschied. Wir sind alle "Bourgeois". Sie wollen den einen genau so wenig wie den andern. (Sehr richtig!) Der Herr Delegierte befindet sich in einem Irrtum; seine Mitarbeit würde die Russen gar nicht erfreuen.

Die Radiobepesche der Bolschewiki.

Es hat der Herr Delegierte Dr. Stransky betont, daß eine Radiobepesche der russischen Regierung von mir, wie er es nennt, "verstümmelt" worden sei. Ich erlaube mir, dazu zu bemerken, daß ich mich sehr genau an diesen Fall erinnere. Es hat sich um einen revolutionären Aufruf der russischen Regierung an unsre Völker gehandelt, welcher auf meinen Befehl und unter meiner vollen Verantwortung gestrichen worden ist. Ich finde das gar nicht merkwürdig. Ich halte es für eine meiner natürlichsten Pflichten, die Revolution zu belämpfen. Ich werde dies stets mit allen gesetzlichen Mitteln machen, und was ich in diesem Falle getan habe, werde ich in Zukunft bestimmt auch fortsetzen. (Bravo!)

Das berufene Forum.

Wenn hier von verschiedenen Seiten — und es ist das von tschechischer und südslawischer Seite geschehen — betont worden ist, daß die Delegation kein Forum seien, welches irgendeinen Wert besäße, und daß ich mich in einem Irrtum befände, wenn ich ein Vertrauensvotum beschließen für wünschenswert erachte, so kann ich mich diesem Standpunkt absolut nicht anschließen. Ich habe die heutige Verfassung nicht gemacht. Ob sie dem einen oder dem andern gefällt, dafür kann ich nicht. Die Delegationen bestehen einmal, sie sind das verfassungsmäßige Forum, und nachdem ich kein Plebiszit darüber veranstalten kann, ob ich richtig vorgehe oder nicht, kann ich mich eben an niemand andern wenden als an das bestehende verfassungsmäßige Forum. (Bravo!)

Staatsrecht und Selbstbestimmung.

Dann hat der Herr Delegierte Dr. Stransky — und das ist der wichtigste Punkt, obwohl er vielleicht

# Herr von Payer über die innere Front.

## Die Rede des Vizekanzlers.

Nach dem Reichskanzler ergreift sofort der Vizekanzler das Wort zu folgenden Ausführungen:

**Vizekanzler v. Payer:** Wer wie ich, diesem Saule 86 Jahre lang angehört hat, mitten aus Ihren Reihen heraus in die Mitte der Regierung berufen worden ist, der kann Ihnen nicht wie ein Fremder gegenüberstehen. (Beifall.) Umgekehrt betrachte ich es als einen wichtigen Bestandteil meiner jetzigen verantwortungsvollen Stellung, stets im Hinblick auf diese meine langjährige Tätigkeit in Ihrer Mitte zu stehen. (Beifall.) Meine Bitte an Sie geht dahin, die Herren wollen, damit dieses System erreicht werden kann, das persönliche Wohlwollen und Vertrauen, dessen ich mich in Ihrer Mitte soviel erfreuen durfte, auch auf mein jetziges Amt übertragen.

Wenigstens im vierten Jahre des Krieges kann es für die deutsche innere Front nur noch einen Gesichtspunkt geben: das ist die Zusammenfassung aller Kräfte im Reich, um durch Einheit, Arbeit und Opferwilligkeit es unsern feindlichen Feinden zu ermöglichen und zu erleichtern, seine schwere Aufgabe zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß alles befeitigt werden, was zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen heute trennend steht.

Den Grund aus dieser Politik hat bei Beginn des Krieges, gerichtet auf die kaiserlichen Worte vom 4. August 1914, voll größtmöglichen Vertrauens in das ganze deutsche Volk der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg gelegt. Ihm gehörte dafür immer, ich kann das nicht oft genug wiederholen, der Dank des deutschen Volkes. Er und seine Nachfolger sind auf diesen Boden getreten. In der ersten Zeit des Krieges ist das Wort des Kaisers „Ich kenne keine Parteien mehr“, ist der Bursche so gut wie allgemein beachtet worden. Dieser Selbsthauch des deutschen Volkes ist es anzuhelfen, daß wir damals dem ungeklärten und unvertretenen Vampir unserer dahingehenden Feinde standhalten konnten und daß wir heute in gesicherter Stellung die weitere Entwicklung der Dinge abwarten können.

Damals hielt der Gedanke, daß gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen müssen, seinen Eingang in Deutschland. Bedauerlicherweise aber verständnisvollerweise hat manches Vorkommnis der späteren Jahre in diese Stimmung eine Bresche geschlagen. Der Durchtriebene würde leichten Herzens in den Winkel getreten. Kropfen steht das deutsche Volk unter dem Gewicht der Einigkeit und des Zusammenhaltens und wird auch solange unter diesem Gewicht stehen, bis der Friede gesichert ist, den wir brauchen und auch erhalten werden.

Es ist einleuchtend, daß denen, die wirtschaftlich schwächer sind als die anderen, und denen deshalb das Durchhalten schwerer fällt, diese anderen mit dem auszuweichen müssen, was sie selbst besitzen. Es ist auch verständlich, daß die großen Massen der Bevölkerung, je schwerer die Opfer und Lasten des Krieges auf ihnen liegen, um so mehr auch von dem Streben nach politischer Bewegung freisetzt und nach politischer Macht sowie nach Einfluß auf die Regierung begehrt werden. Es gibt keine Macht auf Erden, die diesen Gedanken und dieses Streben im deutschen Reich wieder auszumachen mächtig genug wäre. (Beifall.)

Die verbündeten Regierungen haben, manchen Gedankensatz aufgegeben, an dem sie selber lange festgehalten haben, von Anfang an nach beiden Richtungen dieser Bewegung Rechnung getragen. Sie waren sich ihrer Politik bewußt, von Reich wegen für eine stets wachsende, aber auch immer notwendiger werdende Flut von Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer eingetreten. Sie haben durch die Verabschiedung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente manche Not getindert.

Sie haben sich aber nicht auf diese materiellen Fragen allein beschränkt, sondern sie haben, dem freiwirtschaftlichen Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragend, durch Veränderung des Bereinigungsgesetzes, durch die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch und durch das Schulgesetz die Freiheit und das Persönliche der Sozialbürger anerkannt. Sie sind gewillt, auf diesem Wege weiterzugehen. (Beifall.)

Dem Haupte der Regierung eines Arbeitskammergesetzes ausgesprochen. Er wird, so hoffe ich, langjährige Kämpfe auf diesem politischen und sozialen Gebiete befruchtend schlichten. (Beifall links und in der Mitte.) Der Entwurf eines Gesetzes über die Neuerteilung der Wahlkreise zum Reichstag soll schwer empfundenen Ungleichheiten ein Ende bereiten. Er soll zugleich die Probe auf die Durchführbarkeit der Verhältniswahl in großem Maßstabe abgeben. Der Entwurf auf Aufhebung des § 158 der Gewerbeordnung soll auf einem heiß umrittenen Gebiet Ruhe schaffen. Die Entwurfs der Gesetze zur Wahrung der Geschlechtsverhältnisse und gegen die Verhinderung der Geburten sollen schwere, allseitig anerkannte soziale Missstände aus der Welt schaffen. Kommen wird noch eine Bundesratsverordnung gegen Preistreiberei.

Am dem Ernst und dem Willen der Reichsleitung, nicht etwa bloß die Stimmung zu befähigen, sondern berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, kann daher niemand zweifeln. (Beifall.)

Das Vorhaben der verbündeten Regierungen, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft alles Erforderliche zu leisten, erschöpft sich aber mit diesen Vortagen nicht. Die Beratungen im Schöße der Reichsregierung haben zurzeit namentlich auch noch das weite Gebiet der Wohnungsfürsorge ins Auge gefaßt. (Beifall.) Die Bitte an Sie die noch der Heimkehr unserer Krieger und nach Wiederannahme der gewöhnlichen Tätigkeit zweifellos hohe Anforderungen werden gestellt werden. (Sehr richtig.) Es darf als eines der besten Zeichen für unsere wirtschaftliche Kraft einerseits, aber auch für den sozialen Eifer der bestgeeignetsten Gesellschaftsklassen andererseits angesehen werden, daß heute schon vielfach auf Gemeinnützigkeit angelegte Organisationen weitgehend mit den Meinungen übereinstimmen, auf diesem Gebiet namentlich im Interesse der Arbeiterklasse und des so schwer geschädigten Mittelstandes an

leihen, was möglich ist. Die Anstrengungen in auch nur annäherndem Umfang zu betreiben, werden aber weder die gemeinnützigen Organisationen, noch die Gemeinden imstande sein. (Sehr richtig.) Es werden sehr ausgedehnte finanzielle Mittel zu Hilfe genommen werden müssen. Für diese Mittel aufzusuchen, ist in erster Linie eine Pflicht der Eingekaufenen, nicht des Reiches. Die Reichsleitung versteht aber nicht, daß die erforderlichen Leistungen, mindestens zurzeit und zum Teil, weit über die Kräfte der Einkäufer hinausgehen können, und sie ist bereit, im Interesse der bedürftigen Bevölkerung auch hierherzu ohne alle langfristige Kompetenzprüfung mitzuwirken. Sie ist willens, den Möglichkeiten, den Gemeinnden und Einzelbürgern, nicht bloß ihre organisatorische Hilfe zuteil werden zu lassen, sondern sie auch finanziell zu unterstützen. (Beifall.) Sie hofft, damit der Geduld und der Geduld der Bevölkerung einen wesentlichen Dienst zu leisten.

Nach die Einkäufer sind sich des Gebots der Stunde und des Standes der Dinge bewußt. (Beifall.) Das Herkommen des Wahlrechts zum Reichstag ist die Voraussetzung des Wahls. Die Vorlage über das Herkommen, eine Reform, die von Jahr zu Jahr beträchtlicher geworden ist, und deren Forderung jetzt wieder mächtig durch das ganze Reich geht. (Sehr richtig.) Die Reichsleitung wird sich nicht, mich in die Angelegenheiten des Bundesrates, Preußen hin zurückziehen. (Beifall.) (Seitert links, Unruhe rechts.) Es kann sich aber doch niemand der Einheit verschließen, daß die Frage, ob für das Reich die Angelegenheiten ein dem Reichstag vorbehalten sind, gleiches oder ein ihm entgegengefügtes Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einwirkung des Reiches auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches tief in die Verhältnisse des Reiches eingreift. (Sehr richtig.) Und schließlich ist die Frage, ob die Reichsleitung in dieser Hinsicht über diese Frage auch in diesem Saule nicht unterlassen werden, wie ja auch die Frage des preussischen Wahlrechts in der Reichsbewegung der letzten Wochen, obwohl diese sich keineswegs in Preußen beschränken wollte oder beschränkt hat, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. (Sehr richtig.) Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesrechtlichen Rücksichten in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch, der Lage und der Stimmung im Reich entsprechend, begründen würde, wenn die preussische Regierung ihre Ansicht vertritt und den harten Streit so beschleunigen könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Reichskanzler, des preussischen Abgeordnetenpräsidenten und des preussischen Ministers des Innern, die sich beide unbedingt dafür eingesetzt haben, daß der Standpunkt der kaiserlichen Regierung vom 11. Juni 1917 unverändert festgehalten und dementsprechend die Reform durchgeführt werden müsse. (Starker Beifall.) Mit diesem Standpunkt glauben wir auf gutem Wege zu sein. Allerdings ist vor wenigen Tagen durch den bekannten Beschluß der Mehrheit des Ausschusses die Sache auf ein totes Geis gekommen, auf dem zum Ziel zu gelangen aus unmöglich erscheint wird.

Was nun. Alle freiwirtschaftlichen Möglichkeiten werden jetzt mit einem Eifer diskutiert, als wenn der Entwurf endgültig gesichert wäre und als ob man alle Eventualitäten jetzt im Betracht ziehen müßte. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist. Es ist im parlamentarischen Leben schon mancher Entwurf mindestens ebenso gefährdet gewesen wie dieser. (Sehr richtig.) Und ich doch gefahrlos gekommen. Ich kann an die Möglichkeit nicht glauben, daß die Parteien, in deren Hand nun die Entscheidung liegt, sich der Einsicht verschließen werden, was sie in diesen kritischen Stunden der Allgemeinheit schuldig sind. (Beifall.) Sie werden auch den Gedankensatz nicht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schon im wesentlichen fertig gewordene Sache ankommt. (Sehr richtig.) Aber das zu erwartende Resultat der weiteren Verhandlung hat heute wohl niemand ein ungeschickliches Urteil. Über Schlässe lassen sich aus bekannten Tatsachen und Verhältnissen unmetaphorisch ableiten. Wenn Sie meine persönliche Meinung darüber interessieren, so kann ich sie Ihnen ankommen lassen.

Nach meiner letzten Aeußerung besteht die Gewißheit, daß das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, und es besteht die begründete Hoffnung, daß es auch bald kommt. (Beifall.) (Beifall links.)

In dem Maße, als die verbündeten Regierungen sich zu Ergänzungen zu betreiben, werden die entsprechenden Mittel gemacht, ist das Vertrauen der Bevölkerung und der Volksvertretung zu ihnen gewachsen. Die Reichsregierung und die Reichsleitung sind sich im Laufe der Jahre näher getreten und haben versucht, einander besser zu verstehen als es früher der Fall war. Daran und aus der gebieterischen Forderung, nach außen hin Einheit zu zeigen, ist dann der Wunsch nach einem möglichst einheitlichen Zusammenwirken beider Faktoren erwachsen. Diejenige auch größeren Ausmaß zu geben, ist viel freier als ein Kopfbrechen aufgegeben worden, und ein Beweis dafür, daß wir, das Volk der Welt, im Kräfte doch recht praktisch handeln gelernt haben, ist wohl, daß schließlich eine rein praktische Lösung gewählt worden ist. Das weitere Zusammenarbeiten soll, ohne freiwirtschaftliche Streitigkeiten und ohne an Schatzwerten hängen zu bleiben, dadurch erreicht werden, daß man im Wege der Verständigung durch Aufnahme einzelner, das Vertrauen ihrer Kollegen genießender Parlamentarier aus dem Reichstag und preussischen Landtag in die Reichsregierung und preussische Regierung das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und Volksvertretung zu stärken, der gemeinsamen Politik fester Unterlagen zu geben und die Führung der Geschäfte zu erleichtern sucht. Wie dieser Versuch, auf dem aktiven und passiven Gebiet zu sein, ist die Ehre haben, ausfallen wird, läßt sich selbstverständlich noch nicht übersehen. (Mg. Streb, st. Sehr richtig! — Beifall rechts.)

Soll diese Entwicklung Früchte tragen, so legt sie allerdings guten Willen auf allen Seiten voraus. Aber der ist nicht nur bei einzelnen nicht vorhanden. (Sehr gut links.) Ist der gute Wille vorhanden, so kann der Regierung und Volkswirtschaft Arbeit und Sorge, viel Verdruß und Kampf erspart werden und für die Kraft des deutschen Reiches in seiner Gesamtheit eine wesentliche Förderung gewonnen. Soweit ich die Dinge

übersehen kann, ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Kriegsergänzung den Krieg überdauert. (Beifall links.)

Beider Witz, je länger der Krieg dauert, das Bild der Geschlossenheit, Opferwilligkeit und des gegenseitigen Vertrauens durch Bewegungen auf beiden extremen Seiten etwas getrübt, wenn auch nicht in dem Maße, daß daraus Bedenken für unsere Zukunft entstehen.

Die am meisten ins Auge fallende Erscheinung ist der von den äußersten linken vor einigen Wochen ins Leben getretene, wenn auch bald wieder zur Ruhe gebrachte Streit. Vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. (Sehr richtig.) Traurig genug, daß man jetzt darüber freitret, wer ihn veranlaßt hat: die eigenen Volksgenossen oder das feindliche Ausland. Er hat vielleicht, namentlich was seine Wirkung auf die Kriegsbetriebe anbelangt, nicht in dem Maße geschadet, wie gemaßt behauptet wurde. Geshadet hat er aber schon dadurch, daß er die Hoffnungen unserer Feinde auf unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch aufs höchste gesteigert und dadurch unsere Ausschichten auf Frieden beeinträchtigt hat. (Sehr richtig.) Niemand kann wissen, ob er nicht den Krieg direkt verlängert hat. (Sehr richtig.) Er hat viele Arbeiter und Angehörige geleitet, nicht bloß die Industriellen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht, er hat auch Opfer an Menschenleben und Vermögenswerten gefordert, und wenn der Schaden nicht größer geworden ist, so ist das nicht das Verdienst derjenigen, die den Streit begonnen haben. Es haben denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung an dem Streit gänzlich abgelehnt. Es war ein Fehler, daß sie sich ihm dann, wenn auch nur teilweise, angeschlossen haben, und zwar, wie sie uns erklärt haben, um die Bewegung in Schwanken zu halten und Schlimmeres zu verhindern. (Sehr richtig.) Es ist doch durch die Bewegung, die sie selbst als Zweckmäßig und schließlich erwünschten, gefördert haben. Die von ihnen beschriebene Wirkung zu erzielen, waren sie vielleicht zu schwach. Umstände anderer Art, wesentlich wohl die Besonnenheit und Entschlossenheit des obrigkeitlichen Eingreifens (Wachen des Volkes), die Ausdauer, Ermüdung und der Mangel an Geld haben wohl der Bewegung ihr Ende bereitet. Es wird sich zweifellos über diesen Streit eine große Debatte entspinnen, ihre vorzüglichen liegt nicht in meiner Macht. Ich beschränke mich auf einige kurze Bemerkungen.

Die Rede, die mit dem Streit verknüpft wurden, werden verständlicher Art gewesen sein. Ich glaube nicht, daß irgend jemand ernstlich geglaubt hat, daß dieses Signal hin sich nun das in den Fronten beschlossene deutsche Volk erheben werde, um das doch immerhin recht erträgliche Joch seiner Regierung abzuwerfen und Arm in Arm mit dem Joch „Proletariats aller Länder“ das deutsche Reich mit dem idealen Regiment der Volksgewalt zu beglücken. Wenn etwa der Joch geworfen sein sollte, die Bewegung gegen den Freitag wach, so hat wahrscheinlich in Preußen durch den Streit zu führen, so hat ungeschicklich nichts das Zusammenkommen des Volkes so gefährdet, wie eben dieser Streit (hört! hört!) durch die Art, wie es von den Gegnern dieses Wahltreits politisch ausgenutzt worden ist. (Sehr richtig.) Ebenfalls wenig einleuchtend ist der Gedanke, durch den Streit die Erhaltung der politischen Freiheit zu behaupten. Auch nur als Demonstration gedacht, mußte er in dieser Richtung wirkungslos bleiben, weil eine Demonstration hier nur dann einen Sinn haben konnte, wenn es an dem guten Willen der Leitung der beschriebenen Organe fehlte, was man gewiß nicht sagen kann. Es ist auch schwer, sich vorzustellen, wie in der Frage des Belagerungszustandes, der Schöpfung, der Fortschritt, durch diesen Streit eine Verbesserung herbeigeführt werden sollte. Endlich wird behauptet, daß der Streit die baldige Herbeiführung des Krieges erreichen sollte. Das würde doch voraussetzen, daß auch die verbliebenen Parteien in den uns feindlich gesinnten Ländern sich dem anschließen. Niemand hat sich dieser Wille gezeigt. Umgekehrt hat sich unabwiesbar der naheliegende Gedanke aufgedrängt, daß die Möglichkeiten eines Friedensens um so weiter von uns abzurücken, je mehr die Gegner an tiefergehenden innere Kämpfe bei uns glauben.

Somit vom Streit. Wer ihn zu verantworten hat, mag das mit seinem Gewissen ausmachen. Sicher hat er weder der Sache des Vaterlandes noch der des Volkes damit einen Dienst geleistet. Aber auch außerhalb der Kreise der Streitenden wird gegen das Gebot des Zusammenhaltens können geschändet, nicht bloß von links, sondern auch von rechts. (Beifall links.) Viel mehr! Niemandem ist, seitdem die Erörterung der Kriegsspiele freigegeben ist, das Recht verweigert über diese und über den Inhalt des künftigen Friedens sich öffentlich auszusprechen. Nur muß dieses Ausprechen für jeden, der das Recht des Vaterlandes im Auge hat, seine Grenzen nicht öffentlich überschreiten. Nur muß dieses Wohl und damit verbunden in der Rücksicht auf eben dieses Wohl und damit auf den Wunsch, daß jedes öffentliche Wort in unseren Reihen auch im Ausland seine vielleicht weitreichende Wirkung ausüben kann. Es sollte eigentlich nicht notwendig sein, dies über auszusprechen und doch, wie wenig ist diese Rücksicht geübt.

Wie dort von links, so glaubt man hier rechts dadurch seiner Politik Kraft geben zu können, daß man beantragt, die andere Meinung kund, den guten Glauben abzusperren. (Sehr wohl! links; große Unruhe rechts. — Beifall rechts.) Diese Gleichstellung ist unerheblich!

Dam hält sich in seinem Selbstbewußtsein für so unerschütterlich, daß er den Fehler des Gegners eine abweichende Meinung erwidern. Es ist peinlich, daß diese ible Gewohnheit früherer Jahrhunderte jetzt in den Zeiten, wo wir uns selber denn je zusammenhalten sollten, unsere Gegner immer wieder zu weiteren Widerstand ermutigen. Das es nur ein kleiner Bruchteil der deutschen Bevölkerung ist, der sich auf diesen Boden stellt, wird von unseren Feinden nicht weiter beachtet und das ist erklärlich, wenn bekanntlich auch Widerarbeiten bei gefährlicher Arbeit für den Gehirngroßherren gegeben können, als sie in Wirklichkeit haben. (Sehr gut links. — Unruhe rechts.)

Es haben die Feinde die Macht, ob sie die Worte sagen und aus dem Munde der äußersten Rechten über die äußersten Rechten entnehmen wollen. (Unruhe rechts.)

Es wäre für unsere Arbeiter an der Front wie zu Hause viel besser, wenn man nicht jedes und immer wieder die Fragen mit den

# Der vierte Tag der Etatsberatung.

186. Reichstags-Sitzung. (Fortsetzung)

Abg. Landsberg (Soz.) schloß mit der Erklärung, das Mißtrauen der Rechten erhöhe das Vertrauen seiner Freunde zu dem Bizekanzler. (Lebhafter Beifall links.)

## Staatssekretär Wallraf:

Man hat darauf verwiesen, daß die Regierung ja gar keine Veranlassung gehabt hätte, dem Streit entgegenzutreten, weil die Streitenden Forderungen der Bewirklichung hätten näherbringen wollen, für die — wie die preussische Wahlrechtsreform — auch die Regierung sei. Hätte es nicht viel näher gelegen, daß man den streikenden Arbeitern gesagt hätte, sie brauchen wegen dieser Forderungen gar nicht zu streiken, denn die Regierung habe sich längst bereit erklärt, sie durchzuführen. (Sehr richtig!) Dann hat man auf die Haltung anderer Parteien verwiesen. Gleiches läßt sich aber nur mit Gleichem in Parallele stellen. Der Minister nimmt eine andere Stellung ein wie ein lokaler Beamter. Und wenn ich wie der bayrische Ministerpräsident D a n d l den Mehrheitssozialisten dafür gedankt hätte, daß sie die Führung der Bewegung in die Hand genommen haben, ich hätte mich hier in Berlin mit der Geschichte in Widerspruch gesetzt, denn hier war von Führung doch keine Rede, hier war der Streit gegen Ihren Willen ausgebrochen. (Abg. Dr. David: In München auch!) Unrichtig ist, daß während der Streikunruhen sechs Arbeiter erschossen worden seien. Wohl sind einige Arbeiter verletzt worden, aber keine ist in den Verletzungen e legen. Dagegen steht ebenso amtlich fest, daß neben dem erschossenen Wachmeister insgesamt 21 Schußeute durch Schüsse, Stiche oder Steinwürfe mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. (Hört, hört!) Wir danken der Polizei nochmals für ihre Pflichterfüllung. Eine weitere Auseinandersetzung mit Herrn Haase ist überflüssig, denn bei einem Mann, der über die Not des Volkes klagt, den Frieden um jeden Preis verlangt und den Frieden mit der Ukraine ablehnt, der unsere Ernährungsverhältnisse bessern soll, kauft in der Ideenwelt eine Biide, die auch der beste Wille nicht zu überbrücken vermag. (Zustimmung.)

## Abg. Rieher (Natl.):

Abg. Landsberg sagte, es wäre ihm lieber, wenn die Einmütigkeit, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion für das gleiche Wahlrecht besteht, in der preussischen Abgeordnetenhausfraktion vorhanden wäre. Ich kann ihm mit zwei Worten antworten: Uns auch. (Heiterkeit und Zustimmung.) Ich glaube, daß unser Volk in diesem Kriege nur siegen kann, wenn es als höchste Frucht aller Opfer ein reichliches Quantum von der Stimmung des 4. August, von der Solidarität aller Stände nach der Parole „Jeder denke an des Anderen Not“ sich bewahrt. Wir brauchen vor allem die einheitliche Ueberzeugung, daß die gesamte Wirtschaft nur gedeihen kann beim Wohlsein und Gedeihen aller Stände und Berufs. Mander scheinbar unversöhnliche Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern, den wir lange genug mitgeschleppt haben, könnte bei gegenseitig wirtschaftlichen und sozialen Verständnis und bei weiser einsichtsvoller Selbstbeschränkung auf beiden Seiten ausgeglichen werden. Es ist doppelt verwerflich, wenn die Herabsetzung ganzer Stände aus politischen oder taktischen Gründen erfolgt, die dann ihr schlimmes Gegenstück in einer falschen Judikatur auch der Gerichte finden muß.

Es kann nur mit wärmstem Dank anerkannt werden, daß uns

## unsere Kriegswirtschaft

die Ernährungswirtschaft, die Rohstoffwirtschaft usw., angesichts unserer Abschließung vom Meer, angesichts unserer allgemein schwierigen Lage über diese Zeit hinweggebracht hat und weiter hinwegbringen wird, unterstützt von einer männlichen und wehrlichen Bevölkerung im Innern, die im Entzagen und im Dulden hinter den Heldentaten unserer unergleichlichen Kämpfer an der Front kaum zurücksteht. Ob das System der Kriegswirtschaft sich als Ganzes bewährt hat, darüber ist nach meiner Ueberzeugung ein abschließendes Urteil vorläufig noch nicht möglich. Angesichts unserer Abschließung vom Meer, angesichts des bereits im Frieden vorhandenen starken Defizits sowohl an landwirtschaftlichen als an industriellen Rohstoffen war es gar nicht anders möglich, als daß eine zwangsläufige Bewirtschaftung fast der gesamten Wirtschaft eintreten mußte. Nach meiner Ueberzeugung war es aber ein Versuch am untauglichen Objekt mit untauglichen Mitteln, trotz des Fehlens des freien Marktes und des fast völligen Ausschusses des freien Handels und des freien Wettbewerbes, einen sogenannten angemessenen Preis für die Gegenstände des öffentlichen Bedarfs feststellen zu wollen. Das war eine Aufgabe, die gescheitert ist und scheitern mußte.

Mit der Gründung der Kriegsgesellschaften ging ein Zrommelfeuer von Bundesratsverordnungen und anderen Verordnungen vor nachgeordneten Reichs-, Landes- und kommunalen Stellen Hand in Hand. Wir sind durch die Zwangswirtschaft in den Staatssozialismus hineingekommen. Diese Gelegenheitsorganisationen haben oft viel mehr Schaden im Gefolge gehabt als Nutzen. Es ist aus dem Charakter dieser Gelegenheitserschöpfungen abzuleiten, daß die Kriegsgesellschaften häufig nicht miteinander und füreinander, sondern auseinander und gegeneinander gearbeitet haben, so daß schließlich auch für den objektiven Betrachter in diesem Chaos doch der Eindruck eines furchtbaren Durcheinanders entstanden ist. Wenn man nicht ein ganz eifriger Statistiker ist, ist es einem kaum mehr möglich, heute in Deutschland die Zahl der Verordnungen zu übersehen, und noch viel weniger, ihren Inhalt zu kennen. Diese Ueberproduktion an Gesetzen vermindert die Achtung vor dem Gesehe selbst. Die Schnelligkeit, mit der man über hat vorgehen müssen, hat dazu geführt, daß sehr oft rasche Änderungen und Ergänzungen der Verordnungen erfolgen mußten, die die schon bestehende Verwirrung noch erhöhten. Dazu kommt, daß die Interessenten leider nicht in gehörender Zahl rechtzeitig gehört wurden. Das müssen wir aber um so mehr verlangen, als der Reichstag auf eine Mitwirkung beim Erlaß von wirtschaftlichen Verordnungen verzichtet hat.

Die Führung von Strafbestimmungen, mit denen jetzt die Kriegsverordnungen mit einer Sicherheit zu schließen pflegen wie das Gebot mit dem Amen, bedeuten eine so bedenkliche Verwässerung des Begriffs der Strafe überhaupt, die man nur als gefährlich bezeichnen kann. Dabei sind die Strafen häufig so bemessen, daß sie nach unseren juristischen Friedensbegriffen mit der Schwere des Vergehens gar nicht im Einklang stehen. Da geht auch viel von der Achtung vor dem Gesehe, ja viel von der Furcht vor Bestrafung, von der beabsichtigten Abschreckung und sogar viel von der Achtungsminderung verloren, die ein Beurteiler bei seinen Mitbürgern erlangen soll. Wir fordern, daß mit der Produktion von Verordnungen, Bekanntmachungen, Verfügungen nicht in einem Tempo fortgefahren werde, das mit dem fieberhaften Tempo unserer früheren Volksvermehrung Schritt hält. (Weiterkeit.) Ich würde eine Abhilfe vor allem darin finden, daß Verordnungen überhaupt nicht erlassen werden, ohne daß sie vorher im Reichswirtschaftsrat zur Prüfung vorgelegen haben. Die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Notverordnungen besteht während der Dauer des Krieges mit der Maßgabe, daß der Reichstag nach Kenntnismahme jederzeit die Aufhebung

solcher Verordnungen verlangen kann. Ich bin der Meinung, daß das Ermächtigungsgesetz verlängert werden muß. Ich halte eine solche Ermächtigung für notwendig, wenn sie auch nur auf kurze Zeit gegeben und dann von neuem wieder verlängert werden soll. Was das Wirtschaftsam innerhalb der Zeit seiner Ermächtigung getan hat, ist gültig, auch wenn es sich über die Zeit der Ermächtigung hinaus erstreckt.

Die Zahl der Kriegsgesellschaften ist geradezu ungeheuer, und das Symptom einer ungesundeten und nach mehr als einer Richtung bedenklichen Ueberorganisation. So gibt es zum Beispiel neben der Kriegsleder-Mittelsellschaft die Riemenfabrik-Gesellschaft, die Kontrolle für freigegebenes Leder, die Guchachterkommission für Lederhörschneiderei und die für Schuhwarenpreise, die Erbsen- und Bohnen-Gesellschaft, die Reichsleder-Handels-Gesellschaft und die Sattlerleder-Gesellschaft. Dazu kommt aber noch der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie mit elf unmittelbaren Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften an verschiedenen Orten. Ähnlich ist es bei den Fischen. Die Geschäftsführung ist zu bürokratisch.

Der Handel treibt eine richtige Heimatpolitik, wenn er mit internationalen Verbindungen nationale Arbeit leistet. Es ist eine unverantwortliche Torheit, den Handel auszuschließen. Man wirft Millionen weg, wenn man den Handel den Einkauf nicht besorgen läßt. Der freie Handel allein kann verhindern, daß in großen Gebieten Ueberfluß und Mangel ständig abwechseln. Nur der freie Handel kann eine wirkliche rationelle Rationierung erreichen. Er kann die Verteilung von Nahrungs- und Futtermitteln besser besorgen, als es jetzt geschieht ist. Wir lehnen grundsätzlich Staatsmonopole einschließlich des Getreidemonopols ab. Bei ihrer Einführung würde von dem gesamten freien Wirtschaftsverkehr der Friedenszeit zur Freude unserer Feinde so gut wie gar nichts übrig bleiben.

In der Frage der Stilllegung und Zusammenlegung der Betriebe schreiten wir uns der Entschliekung des Ausschusses für Handel und Gewerbe an. Die im Kriege stillgelegten Betriebe sollen in der Uebergangszeit tunlichst bald wieder aufgenommen werden, durch schnelle Zuweisung von Betriebsstoffen usw.

Wir sind heute schon

## in der Uebergangszeit

mitten drin durch den Friedensschluß mit der Ukraine und durch die in Aussicht stehenden Vereinbarungen mit dem übrigen Rußland und Rumänien. Eine gewisse staatliche Aufsicht wird auch in der Uebergangszeit nicht zu vermeiden sein. Vieles von dem aber, was man heute sorgfältig vorbereitet, wird durch die praktischen Erfahrungen nach dem Kriege umgestoßen oder geändert werden müssen. Die Uebergangszeit muß so kurz wie möglich bemessen sein. Die eigentliche Geschäftsführung muß den beteiligten Organisationen, der Landwirtschaft, dem Handel, der Industrie, dem Handwerk usw. überlassen bleiben.

Als bald nach dem Kriege hat ein möglichst zu beschleunigender Abbau der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften zu erfolgen. Die Devisenordnung als Ganzes wird nicht erhalten bleiben. Der Weltverkehr muß so rasch wie möglich eröffnet werden. Ein höherer Kopf würde die sofortige Zulassung des freien Handels, der freien Landwirtschaft, der freien Industrie bestimmen. Schlimmes könnte keineswegs geschehen. Eine Jolleinigung mit Oesterreich-Ungarn würde nur eine Rückversicherung für den Fall eines künftigen Krieges sein. Sie darf aber den deutschen Ueberseeverkehr nicht hindern. (Sehr richtig!) Vorausgesetzt, daß wir einen ehrenvollen Frieden erhalten, dann werden wir eine längere Uebergangszeit haben als selbst Optimisten jetzt annehmen. Wir werden einen Aufschwung wirtschaftlicher Art erleben, wie wir ihn noch nie gehabt haben. (Beifall.) Für uns sehr erfreulich ist die Tatsache, daß wir kein Moratorium brauchen. Darum wird uns das Ausland ein großes Vertrauen entgegenbringen. Ich bitte die deutschen Kaufleute dringend, so weit wie nur irgend möglich ist, ihre früheren Angestellten, namentlich die älteren, wieder einzustellen. (Sehr richtig!)

Eine allgemeine Sehnsucht ist entstanden, diesen Kriegskriegssozialismus mit allen seinen Begleiterscheinungen möglichst bald verschwinden zu sehen. Die Grundlage unserer Volkswirtschaft liegt in der Privatwirtschaft, die nicht zu erlebten ist. Es gilt das Wort am Portale des Hamburger Rathauses: Mögen die Nachkommen in würdiger Weise die Freiheit zu erhalten suchen, die ihre Väter geschaffen haben. (Beifall.)

## Abg. Dr. Roefleke (Konl.):

Die Reichsschuld wächst uns ungemessene, und wir brauchen deshalb eine Kriegsschuldigung. Früher hat auch die Regierung eine Kriegsschuldigung verlangt. Aber jetzt können wir sagen: O alte Väterchenherrlichkeit, wohin bist Du geschwunden! (Sehr gut! rechts.) Mindestens müssen unsere Feinde die Kosten der Kriegsverlängerung tragen. Noch am 27. Februar 1917 ist auch Dr. Spahn für Kriegsschuldigungen eingetreten. (Abg. Erzberger: Die Verhältnisse ändern sich.) Aber so schnell kann man sich doch nicht ändern! (Zurufe links: Sie allerdings nicht!) Dr. Spahn ist auch für reale Garantien in Belgien eingetreten. Die Kreise, die hinter uns stehen, sind größer, als Sie denken. Die Reichstagsmehrheit weiß selbst nicht, was sie will. Im Osten gilt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Flamen aber wird es verweigert. Man will einen Frieden ohne Anregionen, aber für Bulgarien und Ungarn soll das nicht gelten. Offenbar gelten die Bergzüge alle nur für Deutschland und nur für den Westen. Herr Erzberger hat uns hier Märchen über seine Person zum besten gegeben. Sie waren uns vollständig neu. (Zurufe links und im Ztr.: In Ihren Zeitungen hat es gestanden!) Wir tragen keine Verantwortung für das, was irgend jemand schreibt. Auch wir sind Gegner einer vergiftenden und persönlichen Kampfesweise. (Lachen links. — Abg. Dr. Struve: „Deutsche Tageszeitung!“) Unsere Zeitungen pflegen den Geist der Vaterlandsliebe. (Lebhafter Widerspruch links. — Abg. Haußmann: Den Geist der Vergiftung! — Abg. v. Graefe: Der Schriftsteller des „Berl. Tagbl.“ meldet sich!)

Wir bekämpfen die Politik der Reichstagsmehrheit aus sachlichen Gründen, weil sie bei ihrem Beginn den Erfolg des U-Bootkrieges in Frage stellt, den Siegeswillen in unserer Volksseele tödete und letzten Endes kriegsverlängernd wirkt. (Bravo! rechts.) Hinter uns stehen auch Anhänger des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und selbst der Sozialdemokratie. (Abg. Wildgrube: Die Hansstädte, alle Handelskammern und die Universitäten!) Wir sind gegen weitere Friedensangebote, weil wir uns damit im Ausland nur lächerlich machen oder zeigen würden, daß wir den Frieden absolut notwendig haben. Herr Erzberger freilich will mit Lloyd George in wenigen Stunden einig werden. (Abg. v. Graefe: Der Weltfrieden in der Westentasche!) (Weiterkeit.) Wenn England jetzt einlenkt, so deutet es sich der deutschen Macht. (Zustimmung rechts.)

Wir lehnen die Herrschaft der Sozialdemokratie ab. Radikale Parteien werden niemals ganz zu befriedigen sein. (Zurufe links: Siehe Bund der Landwirte!) Wir wären viel weiter, wenn wir mit dem U-Boot-Krieg ein Jahr früher angefangen hätten. (Abg. Dr. Struve: Das ist Tirpitz' Schuld!) Herr v. Odenburg hat im Felde seine Schuldigkeit getan und hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Auch er ist scharf angegriffen worden. Sie kennen sein Temperament. Der Kanzler, auf den man geschossen hat, war nicht der schlechteste: das war Bismarck. Es kommt darauf an, daß man keine Furcht hat. Wenn erst einmal bei Unruhen angegriffen wird, dann muß es gegenfeitig geschehen, sonst machen sich die Behörden des größten Verbrechens schuldig. (Sehr richtig! rechts.)

Was das Temperament anlangt, so hat ja auch Herr Scheidemann im vorigen Jahre mit der Revolution gedroht. (Abg. Scheidemann: Es ist Unfug, was Sie sagen!) Herr Scheidemann hat erklärt, wenn die Regierung annexionsfische Kriegsziele verfolgte, dann habe sie die Revolution. (Abg. Scheidemann: Sehr richtig! — Zurufe rechts: Na also. — Abg. Scheidemann: Stellen Sie sich doch nicht beschränkter als Sie sind!)

Der Bizekanzler hat als Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei gesprochen. Er ist auf die Anschauungen der Minderheit nicht eingegangen. Das zeigt uns, was wir vom parlamentarischen System zu erwarten haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren von der Mehrheit sind schon jetzt über die wichtigsten Fragen verschiedener Meinung. Der Reichskanzler hat an uns die Aufforderung gerichtet, das Kriegsbeil zu begraben und mit zu arbeiten. Dazu sind wir stets bereit, wenn es sich mit unseren Grundföhen vereinigen läßt. Und wenn man nicht eine Politik treibt, die uns um der Sozialdemokraten willen ausschließt. (Lachen der Soz.) Wir werden unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande nicht vernachlässigen. (Sehr richtig! rechts.) Preußen will man in der Wahlrechtsfrage das Selbstbestimmungsrecht nicht gewähren. Früher hat hier der Zentrumsgewählte Speck gegen die Einmütigkeit in bayerische Verhältnisse Einspruch erhoben. Wenn Sie das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Bundesstaaten verrichten, dann zerstören Sie den Unterbau des ganzen Reiches.

Der Redner weist dann die Vorwürfe gegen den Großgrundbesitzer zurück. Der Großgrundbesitzer hinterzieht nichts. Je größer der Besitz ist, desto geringer ist die Möglichkeit, etwas zurückzubehalten, weil überall Aufpasser sind.

Allein das Schwert kann uns den Frieden bringen. Durch Verständigung kommen wir nicht weiter. Im Osten sieht man, was ein festes Vorgehen nützen kann. In dem deutschnationalen Bewußtsein der Balten können sich viele Deutsche im Innlande ein Muster nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Wir lernen vom Feinde und bewundern auch das englische Nationalbewußtsein. Vor Drohungen darf die Regierung nicht zurücktreten. Wie der Expresseur immer unverkämter wird, wenn man ihm nachgibt, so ist es auch für die Regierung gefährlich, wenn sie vor Drohungen zurückweicht, sei es auf außerpolitischem oder auf innerem Gebiete. Wir hoffen, daß der Reichskanzler mit der Obersten Heeresleitung uns den Frieden erringen wird, der Deutschlands Zukunft sichert. (Beifall rechts.)

## Abg. v. Schulze-Gaevernitz (Upt.):

Das deutsche Volk führt diesen Krieg als einen Freiheitskrieg. Wir kämpfen für das Weltgeltrecht.

Wenn von Barbarei die Rede ist, dann brandmarken wir als Bandalismus die sinnlosen Fliegerangriffe unserer Feinde auf offene süddeutsche Städte, so auf Freiburg, wo bei einem Fliegerangriff ein großes Universitätsgebäude mit allen Apparaten und Sammlungen zerstört worden ist, in dem vor dem Kriege viele Ausländer die deutsche Gastfreundschaft genossen. (Hört! Hört! links.) Wir dürfen hierüber Beschwerde führen, denn uns ist es nie eingefallen, etwa Oxford mit Bomben zu belegen. In Karlsruhe fielen die Bomben in einen Birkus, in dem Hunderte von Kindern zu frohem Fest vereint waren. Ich behaupte, daß jeder, dem dabei ein Kind getötet oder verstümmelt worden ist, ein Haffer blökt sein Bebelang. Aber die Vergeltung ist eine Schraube ohne Ende. Die psychologische Wirkung unserer Fliegerangriffe ist bei den Feinden dieselbe, die die ersten Fliegerangriffe auf die davon betroffenen Städte ausgeübt haben. So ergibt sich die Frage, ob es der Wüderung des Kriegswahnsinn nicht am besten dienen würde, wenn durch ein internationales Abkommen alle Fliegerangriffe von einem gewissen Abstand hinter der Front überhaupt verboten würden. (Sehr richtig! links.)

Der Redner wandte sich gegen Oldenburg-Jonahau, den er mit den Ratgebern des unglücklichen Jaren verglich, gegen die Anhebung des freien deutschen Wortes durch die Zensur und gegen die Kriegsgewinnsucht, die durch radikale Wegsteuerung getroffen werden muß.

In der heutigen Zeit bedeutet die Reform des preussischen Wahlrechts für uns die große Wasserseide, wo das alte vom neuen Deutschland geschieden ist: das Deutschland, dessen Quellgebiet im ostelbischen Nittergut liegt, und das Deutschland, dessen Wässer den reinen Firnen unserer großen deutschen Vorkzeit entspringen. (Sehr gut! links.) Soll sich das Volk auch weiterhin von den Studierten und Examinierten nachweisen lassen, wo es der Schuh drückt, von Leuten, die das praktische Leben nicht kennen und vom Regen nicht nachgemacht werden, es sei denn, daß sie den Regenschirm zu Hause gelassen haben. Können wir die Protration nicht erhöhen, so müssen wir wenigstens die Freiheitsration erhöhen, und wir werden die Erfahrung machen, daß der Mensch nicht allein vom Brot lebt. In dem Tage, an welchem das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen Gesetz geworden ist, bricht auch ein guter Teil des angelsächsischen Kriegswillens in sich zusammen. Dieser Zug des deutschen Heimatliebes ist nicht mehr fern. Das allgemeine Wahlrecht ist für Preußen eine unentzinnbare Notwendigkeit. Wie denken sich die Konserativen die nächsten Wahlkämpfe, wenn sie Widerstand bis zum äußersten geleistet haben. Das vornehme englische Oberhaus hat den Kriegsnotwendigkeiten folgend die demokratischste Wahlreform der Welt angenommen, die den jüngsten Soldaten und sechs Millionen Frauen das Wahlrecht gibt.

Notwendig ist die Unabhängigkeit Elsaß-Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches. Mit den Methoden des ostelbischen Obrigkeitstaates können wir nicht die Herzen eines Landes gewinnen, dessen nächst zurückliegender geistiger Grund die französische Revolution ist. Wir verteidigen in Elsaß-Lothringen nicht ein geraubtes Kleinod, sondern ein lebendiges Glied am deutschen Volkstörper. Jetzt kommt es darauf an, die Zustimmung der Elsaßer für die innere deutsche Staatsordnung zu gewinnen. Die größte Befreiungstat ist uns durch den Sturz des Zarismus gelungen. Dafür wird uns ganz Europa einmal dankbar sein. Eine vierte Teilung Polens darf nicht erfolgen. Wir wollen der deutsche Nationalstaat bleiben, der wir sind. Um zu bestehen, müssen wir selber erst frei werden. (Sehr richtig!) und das Wort Fichtes bewahrheiten. Nur derjenige ist frei, der alles um sich herum freimacht! (Erneute Zustimmung.) Freiheit und Vaterland gehören zusammen.

Das Haus vertagt sich.

Es folgen

## persönliche Bemerkungen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Dr. Roefleke hat behauptet, meine Vorausssage über die Tätigkeit der U-Boote habe sich nicht bewahrheitet. Das ist mir rätselhaft. Im Juli waren die sechs Monate von denen Herr v. Tirpitz und der Admiralstab gesprochen hatten, schon um (Widerpruch rechts.) Ach ja, Herr Tirpitz hat sogar noch sechs Wochen gesprochen.

Freitag, 12 Uhr, Anfragen, Weiterberatung, Geseh über die Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten.



# Schluß der Etats-Debatte.

137. Reichstags-Sitzung vom 1. März. (Fortsetzung.)

Aus der Rede des Grafen Posadowski, des Vertreters der Deutschen Fraktion, seien einige Stellen über unsere Schuldenlast und Schuldentilgung.

nachgetragen.

Als während meiner Amtsführung die Schulden des Deutschen Reiches auf 1 1/2 Milliarden Mark gestiegen waren, da kam unter Führung des ausgezeichneten Zentrumsgenossen Dr. Lieber ein Gesetzentwurf zustande, der die Tilgung der Schulden durch neue Steuern bewirken wollte. Ich schied aus dem Amte, Dr. Lieber starb und von dem Gesetz war nicht mehr die Rede. Inzwischen ist unsere Schuldenlast auf nahezu 12 1/2 Milliarden gestiegen. Der Reichspensionsfonds wird gewaltig anwachsen, weil die vielen Heeresangehörigen, die durch den Krieg in ihrer Gesundheit geschädigt sind, um ihren Abschied einkommen werden. Das Gleiche wird auch bei vielen Zivilbeamten der Fall sein, die während des Krieges in einer übermäßigen und daher noch nicht genügend anerkannten Weise für die Staatsgeschäfte in Anspruch genommen worden sind. Dann haben wir die Eisenbahn, die unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse schon ziemlich heruntergekommen ist und eines sehr eingehenden Aufbaues bedarf. Wir müssen Heer und Marine in ihrem Material wieder erneuern. Wir müssen die unbedingt notwendigen Bauten, die nun seit Jahren geruht haben, wieder aufnehmen. Wir werden, wenn auch nicht sofort nach Friedensschluß, auch an eine neue Regulierung sämtlicher Beamtengehälter herantreten müssen, sobald die Kriegspreise sich dem inneren Wert des Gegenstandes wieder mehr angepaßt haben. Bis zum Sinken der Preise wird aber eine erhebliche Zeit vergehen, weil die hohen Preise erst aufhören werden, wenn die Einfuhr wieder normal wird. Das wird aber nicht so schnell gehen, weil zunächst unsere jetzigen Feinde natürlich ihr Schiffsmaterial für ihren eigenen Bedarf verwenden werden. Aus demselben Grunde werden sich auch die für die Reichsfinanzen so wesentlichen Einnahmen nur sehr allmählich wieder heben.

Als dieser Gegenüberstellung der voranschreitenden Ausgaben und Einnahmen kann man sich jetzt schon einen Begriff machen von dem, was der deutsche Steuerzahler zu leisten haben wird, nur für die Ausgaben des außerordentlichen Etats. Endlich fällt noch ins Gewicht die Notwendigkeit einer wirklich gründlichen und systematischen Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der runderwerbenden Klassen, die große Ausgaben erfordern wird, wenn es nicht nur eine Scheinmaßnahme sein soll. (Sehr richtig.) Auch viele wichtige sozialpolitische Forderungen werden noch an uns herantreten, die nach dem Kriege unbedingt notwendig sind, im Interesse der Kreise, die besonders gelitten haben.

Ist es richtig, in einer solchen Zeit die Tilgung der Reichsanleihen dadurch zu beschleunigen, daß man den bestehenden Klassen, die mit ihren Vermögen doch das wirtschaftliche Leben aufrecht erhalten sollen, einen Teil ihres Vermögens in überleiteter Weise entzieht? Die Landwirtschaft hat zwar jetzt sehr große Einnahmen, aber sie kämpft auch mit unendlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie leidet darunter mehr, als der Acker ahnt. (Sehr wahr rechts.) Die Landwirtschaft wird also ihrer ganzen Leistung bedürftig, um nach dieser schweren Prüfungszeit wieder den alten Kulturzustand zu erreichen. Die Industrie hat ebenfalls, soweit sie Kriegslieferungen hatte, ganz ungeheure Gewinne erzielt, sie hat aber auch zurzeit ihre Maschinen verbraucht, und ihre ganzen Fabrikanlagen bedürfen eines Neuaufbaues. Jeder Gottes sind durch die lange Kriegsdauer viele Handwerker geradezu niedergebrosen. (Sehr richtig.) Der Handwerkerstand macht eine besonders schwere Prüfungszeit durch. Auch er wird also nicht mit solchen Steuerforderungen in Anspruch genommen werden können. Eine Finanzverwaltung, die mit solchen Plänen vorgehen wollte, würde den beabsichtigten Zweck nicht erreichen. (Sehr richtig.)

Ist denn aber eine solche schleunige Tilgung notwendig? Bis vor wenigen Jahren haben noch deutsche Städte an der Kriegsschuld abtragen müssen, die ihnen durch die napoleonischen Kriege auferlegt worden war. Ich selbst habe Ende der 80er Jahre auf einem ererbten Gut noch an solchen durch Kontribution entstandenen Schulden abzahlen müssen. Wir alle hoffen, daß es in absehbarer Zeit nicht wieder zu solchem Kriege kommt, daß wir vielmehr Staatsmänner finden werden, die das Staatsbüßel so zu lenken verstehen, daß wir in solche Ereignisse nicht wieder hineinkommen. Aber wenn wir das hoffen, dann haben wir gar nicht nötig, Lasten, die wir in einem solchen Kriege uns haben auferlegen müssen, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu tilgen, dafür können wir dem deutschen Volke, das durch den Krieg wirtschaftlich so schwer getroffen ist, Jahrzehnte Zeit lassen, einermäßen zu Atem zu kommen. (Sehr richtig.)

Man verweist auf die Kriegsgewinnler. Gewiß sind jetzt mit einer Schnelligkeit, die vom wirtschaftlichen und sittlichen Standpunkt zu beklagen ist, große Vermögen erworben worden. Man hat Preise bewilligt, über die die Empfänger selbst erstaunt waren. (Sehr richtig.) Gewiß war es für sie eine angenehme Ueberraschung, aber man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß vielfach Personen schwerwiegende Verträge abgeschlossen haben, die der Sache nicht gewachsen waren. (Allseitige Zustimmung.) Auch mit den Kriegsgewinnlern wird der Prozentsatz der höheren Steuerzinsen nach wie vor gering sein, und auch bei der schärfsten Erfassung von Vermögen und Einkommen werden nicht die Mittel aufgebracht werden können, die wir jetzt brauchen. (Sehr richtig.) Deshalb werden wir zu Monopolen greifen müssen. Ich bin kein Freund von Staatsmonopolen, Schalepierre aber sagt einmal, daß die Not wunderliche Bettgenossen zusammenbringt, und selbst Gegner der Monopole müssen sich darüber klar sein, daß wir ohne Monopole und ohne indirekte Steuern die Lasten nicht werden tragen können.

Es wäre gut, wenn sich der Reichshofsekretär mit den Finanzministern der Einzelstaaten darüber einmal beraten würde, wie die Steuerbelastung in den Einzelstaaten technisch zu verbessern ist. (Sehr richtig.) Man steht da manchmal vor einem Rätsel. Man sieht Personen, die ein wohlhabendes Leben führen und große Luxusausgaben machen, aber ihre Steuern auf Grund von Steuerhufen entrichten, daß man einfach starr ist. (Sehr richtig.) Ja, es gibt jetzt Personen, die es sich zum Gewerbe gemacht haben, Steuererklärungen aufzustellen und Steuerbescheide zu bearbeiten. (Gibt, hört!) Das sind sehr gewandte Leute, und ihnen gegenüber muß eine wesentliche Verbesserung der technischen Veranlagung der Staatssteuer erreicht werden. (Sehr richtig.)

Nun ist der Vorschlag gemacht worden, die direkten Steuern auch für das Reich in Anspruch zu nehmen. Ich würde das für einen Fehler halten. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Die Einzelstaaten haben im wesentlichen Kulturaufgaben zu erfüllen, die uns kulturell vor Frankreich und selbst vor England einen Vorsprung gegeben haben. Diese Kultur- und Wohlfahrtsaufgaben können aber zweckmäßig nur von den Einzelstaaten erfüllt werden. Wenn wir ihnen die direkten Steuern entziehen, dann machen wir sie unfähig, das hohe Kulturniveau aufrecht zu erhalten, das sie glücklicherweise in Deutschland erreicht haben. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.)

Ich habe es nicht für richtig gehalten, daß man die großen Gewinne, die mittelbar oder unmittelbar aus Kriegsgeschäften erzielt worden sind, steuerrechtlich ebenso behandelt hat, wie die Vermögensvermehrung aus anderen Quellen. Haben wir doch in Deutschland eine große Mittelschicht, die durch beständige Sparlichkeit, durch ein beschedenes zurückgezogenes Leben ihr Lebensziel darin sieht, allmählich ein Vermögen anzusammeln, damit auch Kinder und Nachkommen in ihrer bisherigen sozialen Stellung leben können. Daß man die Vermögen dieser Personen nach dem gleichen Maßstab versteuert, wie die phantastischen Kriegsgewinne, halte ich für falsch. (Vehemente Zustimmung.) Man hat eine solche Trennung steuerrechtlich für unmöglich erklärt. Ich kann dem nicht zustimmen. In einer Zeit, in der man durch eine Warenmarktssteuer jedes einzelne Geschäft unter die Lupe nimmt,

muß es auch möglich sein, zu unterscheiden, woher eine Vermögensvermehrung stammt. Man zeigt ja mit Fingern auf die Leute, die die großen Gewinne gemacht haben. Die Steuerbehörden sollen sich nur richtig umsehen.

## Der russische Handelsvertrag.

Nun zu Rußland. Ich muß da einer Fabel entgegenreten, nämlich der Behauptung, wir hätten im russisch-japanischen Kriege Rußlands Notlage ausgenutzt, um von Rußland einen Handelsvertrag zu erpressen, der die russische Wirtschaft schwer geschädigt hat. Das ist unbedingt falsch. Der russische Unterhändler Witte war ein viel zu kluger Mann, als daß er sich bei einem solchen Vertrage über das Ohr hätte hauen lassen. Aber ganz abgesehen davon ist diese Behauptung weiter nichts als eine panlawistische Mache, bestimmt, in Rußland Erregung gegen Deutschland hervorzurufen. Wir sind Rußland gegenüber in der allseitigen Lage des Siegers. Forderungen und Zugeständnisse in einem Friedensvertrage stehen stets im Gleichgewicht mit den militärischen Erfolgen, und zwar so genau, wie die Flüssigkeiten in zwei kommunizierenden Röhren. Das Letzte ist ein physikalisches Gesetz, und das Erste ist ein kriegsgeschichtlicher Grundtat, der in allen Zeiten gegolten hat, und der besagt, daß man in einem Frieden nur soviel Zugeständnisse erhalten kann, wie man Erfolge mit den Waffen errungen hat. (Sehr richtig rechts.) Keine Rede kann das aus der Welt schaffen. Deshalb haben wir es jetzt Rußland gegenüber in der Hand, die Rechte der deutschen Gläubiger zu vertreten, und ich möchte an die Regierung die dringende Aufforderung richten, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Rechte der deutschen Gläubiger in jeder Weise gewahrt werden.

Das wichtigste Amt nach dem Kanzler und seinem Stellvertreter hat jetzt der Reichshofsekretär, denn seine Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß unser wirtschaftlich schwergeprüftes Land durch eine weise Finanzpolitik wieder aufgerichtet wird. In manchen Stellen hat man jetzt den Eindruck, daß die Bezirke der Summen einigermaßen sich verschoben haben, eine stille heimtückische Folge der geduldeten Notpresse. Das muß aufhören. Wir müssen mit äußerster Sparlichkeit vorgehen, denn es kommt die Stunde der Abrechnung, wo bei den Steuerzahlern Heulen und Klagen klappen sein wird. (Sehr richtig.) Für einen Mann, der öffentliche Gelder verwaltet, gibt es keine Summe, die klein genug wäre, um nicht parat damit umzugehen. (Vehemente Zustimmung.) Das muß der Letztere des Reichshofsekretärs sein, und man darf wohl auch darauf verweisen, daß absolute Regierungen unendlich sparsamer gewirtschaftet haben als durch das Parlament kontrollierte Regierungen. (Sehr richtig rechts.) Daran sollte der Reichstag, der an den gegenwärtigen Finanzverhältnissen nicht ganz unerschütterlich ist, stets denken und im Haushaltsauschuss sich jede Position auf ihre Notwendigkeit hin genau ansehen. Das deutsche Volk hat sich durch Einfachheit und Sparlichkeit immer wieder emporgearbeitet. Diesen Weg müssen wir auch diesmal gehen, denn werden unsere Wunden heilen, und wir werden wieder die alte Stellung in der Welt erringen. (Beifall.)

## Schatzsekretär Graf Roedern:

Die letzten Worte des Vorredners kann ich nur unterschreiben. Bei jeder Ausgabe werden wir uns immer zu fragen haben: wie belastet sie den Steuerzahler? Nur allzu häufig hat man die täglichen Kriegsausgaben zum Vergleich herangezogen und hat gesagt: das ist ja nur ein halber oder ein Vierteltag Kriegsausgaben. So dürfen wir nicht rechnen. (Zustimmung.) Für die Steuerveranlagung in den Einzelstaaten besteht ein hartes Interesse des Reiches, da die Einzelstaaten ja die Poststeuer, die Wehrsteuer und die Kriegsteuer veranlagt haben. Daß bei der Konstruktion der Veranlagungsbehörden manche Divergenzen vorhanden sind, ist zweifellos. Es besteht aber das Bestreben, die Steuerveranlagungen von den kommunalen Organen, den Landräten usw. abzutrennen. Ich habe mir aus sämtlichen Bundesstaaten und sämtlichen preussischen Regierungsbezirken die Resultate der Veranlagung zur Kriegsteuer vorlegen lassen. Gewiß sind da Differenzen vorhanden, daß aber diese neuen Veranlagungen mit weniger als der Hälfte des Friedenspersonals geleistet werden konnten, dafür möchte ich auch an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Der Vorredner hat dann Wege gewiesen, wie man die Kriegsgewinnler etwas schärfer angreifen könnte. Ihr Ausschuss hat sich ja im vorigen Jahre schon sehr eingehend mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, und sie wird zweifellos auch als eine der ernstesten bei dem weiteren Ausbau der Kriegsteuer zu prüfen sein. Ob die Lösung aber gelingt, darüber möchte ich doch ein großes Fragezeichen machen. Die Frage ist nicht so einfach zu lösen, wie der Vorredner gemeint hat. Eine Menge von indirekten Gewinnen, die der Aktionär usw. macht, sind sehr schwer zu verfolgen.

Abg. Bogherr (U. Soz.): Bei dem ukrainischen „Brotfrieden“ streiten sich bereits Deutschland und Oesterreich um den Raub. Die Interventionen, die wir jetzt im wehrlosen Rußland führen, dienen nur den bestehenden Klassen der unstrittenen Gebiete.

Wir sind heute mit Haub und Saaten an die Militärlasten verbannt. Wir treiben eine verruchte Kriegspolitik. (Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.) Die hohen Löhne in der Rüstungsindustrie sind Korruptionslöhne, um die Arbeiter im Interesse der Kriegführung bei guter Laune zu erhalten. Der Redner behauptet dann, daß in Swinemünde ein Admiral und ein Kapitänleutnant, die die Schiffe auf Konterbande zu unterjuchen haben, sich Lebensmittel aneignen, die auf den Schiffen für den Marineeffektus beschlagnahmt werden. Der Fall Dittmann sollte dem Reichstag zu denken geben. Ein wild gewordener General kann durch Verhaftung misliebiger Volksvertreter den Reichstag bezimieren. (Vizepräsident Pasche ruft den Redner zum zweitemal zur Ordnung.)

Generalmajor v. Briseberg: Es ist Pflicht der militärischen Behörden und auch des Oberkommandos in den Marken, in schwierigen Verhältnissen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Lachen bei den U-Soz.) Der bei der Durchführung der Maßnahmen entstandene Schaden fällt auf die Drahtzieher zurück. Von Seiten ist keine Rede. Die kommandierenden Generale befolgen die allgemeinen Richtlinien, ohne Unterschiede zwischen den Parteien zu machen. (Lachen bei den U-Soz.) Die Generale werden sich von der Erfüllung ihrer Pflicht auch durch Beleidigungen nicht abhalten lassen.

General Scheuch: Der Abg. Bogherr hat außerordentlich verdienstvolle Frauenorganisationen angegriffen. Durch seine Kritik werden sie sich hoffentlich nicht beeinflussen lassen, in ihrer bisherigen Tätigkeit fortzuführen. Namens der Heeresleitung möchte ich unseren Dank für die außerordentliche Fürsorge aussprechen, die sie gegenüber den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen ausgeübt haben. (Beifall rechts.) Durch Eintritt in die militärischen Betriebe haben sie eine vorbildliche Tätigkeit geleistet. (Zurufe bei den U-Soz.: Spießdienste!) Der Vorredner hat dann die falsche Behauptung wiederholt, in den militärischen Betrieben fliehe der Unterschied zwischen Lohn und Löhnung in die Tasche des Arbeitgebers. Ich habe bereits früher erklärt, daß ich eine Regelung angeordnet habe, die allen gerechten Ansprüchen vollständig entspricht. Schließlich hat der Abg. Bogherr behauptet, der letzte Streik habe den Heereslieferungen nichts geschadet. Auch das ist falsch. Jede Arbeitseinstellung beeinträchtigt den Heeresbedarf, vermindert die Geschütz- und Munitionszufuhr für die Front und die Herstellung der zum Heeresbedarf notwendigen Zwischenprodukte. Jeder Streik schadet, darüber besteht kein Zweifel. Der Vergleich mit den Stilllegungen aus Rohlenmangel hinkt. Bei Rohlenmangel werden die Betriebe herausgefordert, die den notwendigen Bedarf herstellen, der Streik aber ist eine planlose Unterbrechung. Solange draußen noch eine Hand das Gewehr in der Hand hat, darf in der Heimat keine Hand freiwillig ruhen. (Beifall.)

Kapitän v. S. Brünninghaus: Trozdem der Vorredner das Swinemünder Material dem Reichsmarineamt zur Prüfung überliefert hat, ist er auf die Sache selbst eingegangen und hat schwere Vorwürfe gegen verdiente Offiziere erhoben. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Das Reichsmarineamt hat das ziemlich umfangreiche Opus, das obendrein anonym eingeschickt ist, beim besten Willen noch nicht durcharbeiten können. Die Sache ist dem zuständigen Vorgesetzten übergeben, und es ist eine eingehende Untersuchung angeordnet worden. Wenn an der Sache etwas ist, wird unnahezu sichtlich eingeschritten werden.

## Eine neue Polendebatte.

Abg. v. Trampejinski (Pole): Die Befreiung der Polen ist keine beabsichtigte, sondern eine zufällige Folge der Niederwerfung des russischen Reiches. Deutschland hat genug Feinde, es kann nicht vertragen, noch ein weiteres Volk von 20 Millionen an sein Feinde zu haben.

Unterstaatssekretär Dewald: Wir haben in Polen eine ungeheure Kulturarbeit geleistet, die selbst maximalistische polnische Forderungen zufriedensstellen müßte. Polnische Gerichte sprechen Recht, die Selbstverwaltung nach deutschem Muster ist in den Kreisen und Städten eingeführt. Polnische Schulen sind eingerichtet, ebenso eine polnische Hochschule. Auf dem Steuergebiet könnte das Land ohne Deutsche nicht auskommen, da kein vorgebildetes Personal vorhanden ist. Man darf auch nicht vergessen, daß wir in einem eroberten Lande sind, das unter Militärverwaltung steht und dessen Bevölkerung keineswegs überall freundlich gegenübersteht. Nach genauen Feststellungen ist die Zahl der noch in deutschen Konzentrationslagern befindlichen Polen sehr gering. Selbstverständlich werden wir nicht Elemente freilassen, die dort nur Unruhe stiften würden. Wenn man die unterirdische Presse in Polen liest, wird man nicht zweifeln, daß dort eine Menge Anhänger und Verfechter der Lehre der russischen Bolschewisten vorhanden sind. Für die Abholzung polnischer Wälder wird Entschädigung geleistet.

Abg. Fehrenbach (Str.): beklagte aufrichtig die Haltung der Polen, die befristeten lassen, daß sie in der Zukunft wie in der Vergangenheit durch ihren Mangel an realpolitischem Sinn sich selber schweren Schaden zufügen werden. Auch die Schläfer hatten mancherlei Beschwerden. Trozdem haben sie Mann für Mann für den Friedensvertrag mit der Ukraine gestimmt. Diefelbe Haltung konnten wir von den deutschen Reichsangehörigen polnischer Sprache erwarten.

Neue Ausführungen des Abg. Bogherr (U. Soz.) riefen nachmalige Erwiderungen des Kapitäns Brünninghaus und des Generals Scheuch hervor.

## Vertagung bis 12. März.

Das Haus vertagt sich, nachdem auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Volksp.) die Vorlage über die Veränderung der Reichstagswahlkreise von der Tagesordnung abgelehnt worden ist.

Nächste Sitzung: Dienstag, 12. März, 2 Uhr: Gesetz zur Abänderung der Reichstagswahlkreise, Gesetz zur Abänderung der Postgesetzordnung, zweite Lesung des Haushaltsplans, Mittelstands-Interpellation des Zentrums.

Schluß 6 1/2 Uhr.

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Nach 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 10 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 1/2. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## mit Rumänien.

### Das alldeutsche System.

Von

Dr. Hans Ehrenberg,  
Privatdozent an der Universität Heidelberg.

I

Gemäßigter und chauvinistischer Nationalismus sind in Deutschland durch eine tiefe Kluft geschieden. Wo ein fruchtbarer Aufbau der verschiedenen Grade des nationalen Geistes stehen sollte, wo sich die vielerlei Ideen des deutschen Daseins über die einzelnen Gruppen des völkischen Lebens verteilen sollten, ist ein Parteikampf von seltener Gegensätzlichkeit entbrannt, der zugleich das Leben der Ideen in Deutschland in ihrer Existenz bedroht. Innerhalb der nationalen Idee leiden wir, anstatt des wechselvollen Spieles der Temperamente, dem Kampf der Ideen selber. Das deutet auf tiefgründige Unvollkommenheit; denn wenn der Baum des nationalen Geistes schon im Stamm auseinanderbricht, muß er in den Wurzelstücken faul sein.

Nur die eine Gruppe in der deutschen Parteienwelt, die im weiteren Sinne alldeutsche, versucht ein Nationalprogramm zu repräsentieren, und darüber müssen wir uns im Klaren sein: Nur der verdient Anspruch auf Vertretung des Nationalgeistes, der ihn durch ein Nationalprogramm auch wirklich zu repräsentieren sucht. Aber die Partei des Nationalprogramms hat auf ihre Fahne zugleich die Verachtung der Idee geschrieben, und daher erklärt sich die allen anderen Wählern der Gegenwart durchaus unbekannte Parteienung, unter der wir stehen: Die Nationalprogramm, dort Idee. Denn wie jene die Idee verachten, so vernachlässigen diese, obwohl in ihrer Mehrheit einem gemäßigten Nationalismus nicht abhold, die Aufstellung eines Nationalprogramms. Daher ist das alldeutsche System trotz seiner gewollten Ideenlosigkeit der einzige Repräsentant des deutschen Nationalismus. Um so paradoxer ist der weitgehende Abfall von ihm, um so erklärungsbedürftiger die geringe Werbekraft, die es besitzt. Hierfür müssen wir unsere Form der nationalen Idee selber verantwortlich machen; denn der Heroismus des deutschen Volkes beweist seine nationale Treue und schiebt die Schuld für die geringe Anziehungskraft des alldeutschen Systems diesem selber zu.

Es ist bei der Bedeutung, die der Gegner im politischen Leben besitzt, natürlich, daß die Bekämpfung der ganzen unthalden Pazifisten einen großen Raum im alldeutschen System einnimmt, doch ist dieser Raum über Erwarten groß, und das neben dieser Polemik zutage tretende eigene System ist über die Maßen dürftig und gering. Darüber können wir uns vorvornherin im Klaren sein: Besäßen wir ein vollgültiges alldeutsches System, so hätten wir außer der kleinen Gruppe der unentwegten nicht noch Legionen halber Pazifisten und nicht eine zu diesen halben himmelgehende Regierung. Die alldeutsche Verachtung der Idee, die verdrängt als Theorie und Ideologie sowohl als Machtfaktor wie vor allem als Baumkister von Nationalprogrammen vollständig verkannt wird, rächt sich. Der bloße Standpunkt der Machtpolitik ist noch lange nicht selber wirkliche Machtpolitik, und diesen Standpunkt stets erneut zu unterstreichen, ist trotz der Richtigkeit, die es damit hat, eine äußerst kindliche Methode, Politik zu treiben ist, statt sachlicher Realpolitik, ein sich Verzaubern an der bloßen nackten Idee dieser schwärmerisch geliebten Realpolitik, die mit ideologischer Verträumtheit ebenso sentimental verfolgt wird, wie etwa die Weltfriedensidee der Pazifisten von diesen. Sie hat daher gerade infolge ihrer Unsachlichkeit ein allseitiges Bedürfnis nach sachlicher Politik hervorgerufen und trägt die Schuld für die anderen mit untauglichen Mitteln unternommenen Versuche realpolitisch zu werden (Reichstagspolitik). So ist das alldeutsche System ein System nicht der Methoden und Werkzeuge der Machtpolitik, sondern der bloßen Idee derselben; nirgendwo zeigt sich die deutsche Weltfremdheit stärker als dort, wo sie die Weltfremdheit bekämpft und sich einredet, höchst weilmah zu sein. Mögen nun dafür wie für alle Mängel unserer Politik die geschichtlichen Ereignisse verantwortlich gemacht werden — der letzte große Vorgang der deutschen Geschichte, die nationale Einigung, trug ihre Verantwortung in sich selbst und schuf daher eine Sphäre politischer Sachlichkeit und Ziellosigkeit, ja Gleichgültigkeit, von der das

Wunder ist, daß sie den Siegeswillen des Volkes nicht stärkt, da sie es nicht zum Eroberungswillen zwingt und es daher ohne Stoff läßt. Und da der alldeutsche an Stelle des Sieges von Konstantinopel sentimentale Kriegsziele im Osten setzte, so machte er die politische Kraft jenes Sieges nicht mobil und veräumte auch hier, den Siegeswillen des Volkes durch eine wirklich politische Ideenvertretung der Kriegslage zu festigen. (Schluß folgt.)

108

## Ex lex in Oesterreich.

(Wiener Brief.)

—, 1. März 1918.

Oesterreich befindet sich im Erler. Die Regierung des Dr. von Seidler hat bis zur Stunde keine Mehrheit für ihr Kriegsbudget gefunden, aber sie bleibt im Amte, weil auch keine andere Regierung es fände. Und diesen Zustand verdanken wir den Polen, die sich, weil nicht all ihre Wünsche in dem Friedensschluß mit der Ukraine erfüllt werden konnten, zu den Tschechen und Südslawen geschlagen haben und es zur Krise in Oesterreich treiben.

Die Abrechnung, die gestern darüber im Herrenhaus stattgefunden hat, machte einen wahrhaft erhebenden Eindruck. Es war ein Vertrauensvotum für den Grafen Czernin und den Frieden mit der Ukraine beantragt und ein Bekenntnis zu den deutschen Verbündeten. Die Polen erkühnten sich, dagegen aufzutreten um einer Angelegenheit willen, die mit Oesterreich gar nichts zu tun hat. Ist doch die Cholmer Grenzbeschwerde eine Angelegenheit, die das Königreich Polen mit der Ukraine, nicht aber mit Oesterreich auszutragen hat. Sie geht also „unserer Polen“, wenn sie sich als Galizier noch zum Staate Oesterreich bekennen, gar nichts an. Sie können nationale Gefühle äußern und Sympathien in solch einer Sache, aber nicht den Apparat des österreichischen Staates in Frage stellen. Damit degradieren sie sich zu Expreßern. Und das haben sie getan, es ist ihnen von den hervorragenden Rednern unseres Herrenhauses ins Gesicht gesagt worden. Herr von Pleuner, Fürst Auersperg, Fürst Clary, Dr. von Bärnreither und andere haben es ohne Rückhalt ausgesprochen, daß sich das durch deutsche und österreichisch-ungarische Heere befreite polnische Volk der schwersten Undankbarkeit und des Verrates an seinen Befreier schuldig mache. Und es wurde auch in die Vergangenheit dieser galizischen Partei hineingeleuchtet, es wurden die Dienste gekennzeichnet, die die Polen jeberzeit für jede Regierung leisteten, die sie angehörig zu honorieren wußte. Der Sprecher der Polen, der geriebene Herr von Bilinski, stellte sich so gar auf diesen Standpunkt, er forderte Leistung für Leistung und betonte damit unzweideutig, daß ein organischer Zusammenhang zu Oesterreich bei den Polen nie existiert hat. Die Keulenhiebe, die im österreichischen Herrenhaus an diesem denkwürdigen Tage auf die Polen niedersausten, werden nicht so bald vergessen werden. Man hat das Gefühl, daß ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihnen nie wieder hergestellt werden kann, daß was immer in Galizien kommt, nur ein Provisorium sein dürfte. Die Polen sind von den Deutschen in Oesterreich immer als Staatschädlinge angesehen worden, sie wollten die Galizianer immer aus dem Reichsrat hinaus haben. Jetzt zeigt es sich, wie richtig diese Politik war. Die Polen haben Oesterreich in der Stunde verlassen, da es um seine Existenz zu kämpfen hat, sie haben es verlassen, trotzdem dieser Staat alles getan hat, die Zukunft der polnischen Nation zu sichern.

Und zu den Tschechen, Südslawen und Polen haben sich auch unsere Bolschewiken geschlagen. Auch die Sozialisten verweigern dem Staat die Mittel, seinen Kampf ums Dasein weiter zu führen. Sie haben eine derart verklausulierte Zustimmung zum Budget ausgesprochen, daß die Kriegsanleihe durchfällt und jede weitere Ausga-

be für Kriegszwecke. Und so segelten wir denn in den außergesetzlichen Zustand hinein. Sonst half in Oesterreich immer der berühmte § 14, aber der ist so kompromittiert worden durch das Stürkische Regiment, das bekanntlich durch einen Revolveranschuss beendet wurde, daß man es jetzt vermeiden will, ihn wieder zu Hilfe zu rufen. Die Ratlosigkeit ist groß. Und es wird fortgesetzt mit den Parteiführern „verhandelt“ über einen möglichen Ausweg.

Das bodenlose Geschimpfe der „Arbeiterzeitung“ gegen das Herrenhaus kann über die Lage nicht hinwegtäuschen: der Reichsrat ist unfähig, die Interessen des Staates zu wahren, er ist wieder einmal bankrott geworden, weil jede Partei ihre Sonderinteressen verfolgt und höher stellt als die des Vaterlandes; das Herrenhaus aber ist der einzige Ort, in dem der Gesamtwille des Staates noch rein zum Ausdruck kommt. Dieses Haus anzusetzen ist keine Kunst und kein Verdienst. Den großen Herren zu sagen, daß sie nicht das Volk vertreten, ist eine Banalität, man kann den Herren Sozialdemokraten mit dem gleichen Recht sagen, daß sie es ebenfalls nicht vertreten, daß gerade sie nur eine Partei sind. Es fragt sich nur, in welcher der beiden Parteien neben dem Sonderinteresse auch das Gesamtinteresse zum Ausdruck kommt. Und es kann für keinen klaren Kopf ein Zweifel darüber bestehen, daß dies bei den Sprechern des Herrenhauses der Fall ist. Sie repräsentieren Bildung und Besitz, Bürgertum und Verfassung, in ihnen leben die Ueberlieferungen dieses Staates, lebt jener Gesamtwille, der den anderen Parteien abhanden gekommen ist. Die Mitglieder des Herrenhauses haben aus all diesen Gründen in so ernstem Augenblicken das Wort zu führen und man darf es mit Genugtuung sagen: sie haben es geführt!

Nicht nur, daß die Sprecher des Herrenhauses den streikenden Parteien ihre Meinung gründlich sagten ist der Gewinn, sie befreiten uns auch von der kläglichen Haltung, die uns militärisch im Osten aufgezwungen wurde, denn sie forderten den Einmarsch in die Ukraine, sie forderten, daß wir an der Seite des deutschen Verbündeten bleiben wie bisher. Und die lavierende, paktierende, wie ein Rohr im Winde schwankende Regierung, die es allen Parteien recht machen soll, hat diese Anregung befolgt. Sie sorgte aber dafür, daß der Schritt hundertfach mit dem Hinweis auf die zu erhoffenden Lebensmittel begründet erscheine. Und so kaufte sie auch unseren Bolschewiken die Courage ab, sie wagen nicht mehr, dagegen Einspruch zu erheben, denn am Ende kriegen wir ja doch das Brot aus der Ukraine, das uns so dringend nötig ist. Das zu verhindern haben sie nicht den Mut, buhlen sie doch um die Stimmen derer, die am meisten hungern. Damit sind sie freilich in einen Widerspruch geraten mit ihrer verklausulierten Zustimmung zum Budget, denn eine Kriegshandlung ist dieser Einmarsch gewiß. Unsere Truppen werden in der Ukraine der Roten Garde der Petersburger Bolschewiken begegnen und sie nicht gar zart anfassen. Hat uns die Ukraine doch deshalb zu Hilfe gerufen.

Wir geraten durch diesen Einmarsch aus der Bukowina auch in den Rücken jenes Teiles von Rumänien, der noch nicht besetzt ist. Und auch das ist eine sehr kluge Kriegshandlung, die von praktischen Folgen begleitet sein kann.

Daß wir uns ein wenig dem Gelächter der Welt aussetzen durch diese verspätete Energie, das kommt ausschließlich auf das Schuldkonto des zer-

fahrenen österreichischen Reichsrates, der sich von den Polen tyrannisieren ließ, die es nicht verhindern können, daß neben ihnen jetzt auch der große ukrainische Staat aufersteht, von dem sie so große Volksteile in Galizien unterjochten. Denn auch diese Volksteile in Ostgalizien melden jetzt wieder ihre Forderungen gegen die Polen an, sie verlangen die Teilung dieses Landes. So lange Oesterreich sich dazu hergab, die Herrschaft der Polen über die Ruthenen zu stützen war ihnen dieses Oesterreich genehm, seitdem wir die Ukraine entdeckt haben, gilt es ihnen nichts mehr, sie gehen mit den anderen Slawen gegen uns. Diese Lehre ist uns ganz gesund.

Wie die Regierung aus der jetzigen Lage den Ausweg finden will, das ist zurzeit unklar. Daß wir marschieren, das ist der richtige Beweis für den Lebenswillen des Staates gegenüber all den Tritten und Gehässigkeiten, mit denen er im Innern zu kämpfen hat.

Dienstag, 5. März 1918

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Nach 8 Mark bei tgl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 0 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellensuche 1/2. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Preis SW 66, Kochstr. 29-30, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

.26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 290, 15 291, 15 282 bis 15 291.

## Das alldeutsche System.

Von

Dr. Hans Ehrenberg, \*

Privatdozent an der Universität Heidelberg.

II.

Stur veranlagt, steht der alldeutsche Geist das räumlich Nahe auch geistig nah und das räumlich Ferne auch geistig fern. Der alldeutsche Geist sieht in den vier Wänden seines Vaterlandes, stößt die Tür auf und ergreift mit Leidenschaft das erste, das sich ihm bietet. Aber das oberste Gesetz aller politischen Wirksamkeit ist das der politischen Fernwirkung. Dem alldeutschen Geist ist es unbekannt, er lehnt das Ferne nicht ab, aber findet es neben dem Nahen unwichtig. Der Kriegsschauplatz ist ihm auch der Schauplatz der Politik. Daher ist die alldeutsche Sicht durch die Frontenlinien beengt und vermag über sie nicht weg zu sehen. Der Alldeutsche steht nicht auf einer Warte, von der die Welt als Schauplatz der Politik überblickt werden könnte. Er steht vielmehr dort, wo er Jahrhunderte gestanden hat und treibt, statt der von der Zeit gebotener Weltpolitik die längst veraltete Politik der Hausmächter: Heimatpolitik! Keine Politik ist ängstlicher und flüchtiger als diejenige, die nicht den Mut hat, in die weite Welt hinaus zu blicken; die stärksten Schreier haben nicht immer die mutigsten Herzen; der alldeutsche Geist verrät unsere Zukunft aus politischer Kurzatmigkeit, die ebenso vor das vaterländische Gericht gehört wie Feigheit vor dem Feinde. Die „Ideologie“ der Alldeutschen setzt sich aus drei Elementen zusammen: das erste ist ein für Politik unpassender, sentimentaler point-d'honneur-Standpunkt, der zweite ein schwerindustrieller Materialismus, der dort herangezogen wird, wo der point d'honneur nicht ausreicht (Antwerpen, Brien), und das dritte ist die Politik des räumlich Nahen, die Politik der Grenzsicherung.

Diese ist aus der intimen Abhängigkeit der alldeutschen Politik vom militärischen Kriegsverlauf erwachsen. Infolge der Identifizierung des politischen mit dem militärischen Schauplatz ist das alldeutsche System nichts anderes, als ein politisches System militärischer Grenzsicherungen. Zugrunde liegt kein positives aktivistisches Programm, sondern nichts als der passivistische Verteidigungsgedanke, der sich auf die Vorstellung einer Wiederholung des jetzigen Kampfes aller gegen Deutschland verliert; also defensive Machtstellung, die man durch Verstärkung des Grenzschutzes erreichen zu können glaubt. Der Alldeutsche schließt daher unsere Grenzwände hinaus, um zwischen die eigentliche Heimat — Heimatpolitik! — und die Gegner Bufferland einzuschoben. Es werden nicht nur geographisch günstige Grenzlinien — etwa Flussläufe — verlangt, sondern ausdrücklich ein Zwischengelände, ein Operationsraum zum Aufmarsch unserer Heere. Diesen außerhalb der Heimat gelegenen Operationsraum haben wir uns in diesem Kriege geschaffen durch die Angriffskraft unserer Heere; hätten wir ihn von vornherein besessen, so wären wir sogleich zur Defensive veranlaßt gewesen; daher muß gegen ein dauerndes Verfügungsrecht über Operationsräume, die in den nationalen Zusammenhang nicht einbezogen sind, das ernsthafte Bedenken erhoben werden, daß darin ein Zwang zur Defensive liegt und daher eine Gefahr für unseren Offenherzigkeit, den gegen eine Welt von Feinden zu erhalten das vornehmste Ziele einer gesunden Militärpolitik sein muß; also auch hier ist das alldeutsche Programm wiederum gefährlich ängstlich und macht aus Erfahrungen Grundsätze, deren Befolgung gerade zu einem Zustand führen würde, der dem Hinreichenden des gegenwärtigen Krieges widerspräche. Außerdem ist Grenzsicherung, ob man nun will oder nicht, von schwerwiegenden politischen Folgen: den Ausbau der Buffergebilde zu autonomen Staaten lehnen die Alldeutschen, obgleich gerade sie für die Uebertreibung des Buffergedankens Einheitsraum, der doch das Ideal des alldeutschen Geistes ist, verantwortlich sind, ob. Und nicht einmal den militärischen vermag er sich zu erhalten; denn indem er nach allen Seiten sichern will, zerbricht sein Grenzraum in so und so viele einzelne Grenzräume (im Westen, im Osten), und die Grenzsicherungspolitik in so und so viele einzelne Grenzsicherungsprobleme, so daß jede politische Einheitsfront, die der militärischen Einheitsfront gleichwertig wäre, unmöglich wird. Politik hat oben immer eine bevorzugte Richtung und dementsprechend andere vernachlässigte Richtungen; will man nach allen Seiten Politik im gleichen Sinne treiben, und das will der Alldeutsche, so zerbricht man die Einheit der Politik, und es entstehen die vielerlei sich gegenseitig störenden Einzelfragen, wie wir es jetzt erleben, und für die der alldeutsche Geist, so sehr

Oesterreichischer Reichsrat.

Annahme des Budgetprovisoriums mit der Kreditermächtigung.

Wien, 7. März.

Die mit so großer Spannung erwartete Abstimmung ist vorüber. Sie hat die unveränderte Annahme der ganzen Vorlage über das Budgetprovisorium gebracht und auch die vielumstrittenen Paragraphen 2 und 3, die die Regierung ermächtigen, den quotenmäßigen Anteil für die gemeinsamen Ausgaben zu leisten und eine Anleihe von sechs Milliarden auszunehmen, wurden mit sehr bedeutender Mehrheit, angenommen. Noch im letzten Augenblicke hatten die Tschechen versucht, die Entscheidung zu erschweren, indem sie teils die Feststellung des Stimmenverhältnisses, teils die namentliche Abstimmung verlangten. Aber gerade dies hat dazu geführt, daß der Erfolg ganz unzweideutig wurde und nicht verkleinert werden kann. § 1 erhielt beinahe die Zweidrittelmehrheit, er wurde mit 240 gegen 121 Stimmen angenommen, beim § 2 betrug die Mehrheit 42 und beim Anleiheparagraphen noch immer 37 Stimmen. Die Entscheidung wurde durch die Haltung der Polen herbeigeführt, die ihr Fernbleiben von der Abstimmung beschlossen. Graf Pawlowski teilte dem Hause diesen Beschluß in einer Erklärung mit, deren ernster und würdiger Ton großen Eindruck machte. Die Polen, sagte er, verweigern dem Budgetprovisorium ihre Stimmen zum Zeichen des feierlichen Protestes gegen die von ihnen bekämpfte Politik der Regierung. Aber sie vertrauen der ihnen an Allerhöchster Stelle zuteil gewordenen Zusicherung, daß die ihnen gewogene Politik des Kaisers Franz Josef I. wieder in Kraft treten und weiterhin beibehalten wird. Sie halten sich von der Abstimmung fern, um die mit der Ausschaltung des Parlaments verbundene Gefahr eines militärischen Gewaltregimes vom Reiche und von ihrem Lande abzuwenden.

In der Debatte hatte der Ministerpräsident Doktor v. Seidler in einer groß angelegten Rede die innerpolitische Lage besprochen. Als das österreichische Hauptproblem bezeichnet er die Verfassungsrevision. Er stellte hierbei einige Grundsätze auf, von denen sich die Regierung bei der Lösung der nationalen und staatsrechtlichen Fragen leiten lassen wolle. Die wichtigsten dieser Grundsätze sind: Ausgleich der Gegensätze innerhalb des Rahmens der Staatsidee, nationale Autonomie, eine über die Landesgrenze nicht hinausgreifende Selbstverwaltung der Völker in ihren Siedlungsgebieten, Selbstbestimmungsrecht, soweit es im Einklang mit der Erhaltung und Entwicklung des Staates steht. Keine Nationalität soll die andere vergewaltigen, jede soll berechtigt sein, sich auf ihren eigenen Gebieten auszuüben. Neben diesen allgemeinen Grundsätzen hat der Ministerpräsident im besonderen noch die Verhältnisse in Böhmen und im Süden der Monarchie erörtert. Was er für Böhmen in Aussicht stellt, hat schon den Inhalt der früheren Ausgleichsverhandlungen gebildet, wie denn der Ministerpräsident sich auch auf die Vorarbeiten berufen hat, die auf diesem Gebiet bereits geleistet wurden. Es ist nichts anderes als die alte Forderung der Deutschböhmen nach reinlicher Scheidung, wenn Dr. v. Seidler von Neugestaltungen spricht, die unter Beobachtung des Prinzips einer Auseinanderlegung der nationalen Streitkräfte für die beiden Volksstämme segensreich und entwicklungsfördernd werden könnten. Es war immer das Streben der Deutschen, die Reibungsflächen zwischen den beiden Volksstämmen in Böhmen zu vermindern, es war immer ihr Wunsch, sich auf ihrem eigenen Gebiet auszuüben zu können. Sie haben die Bildung von Kreisen nach nationalen Gesichtspunkten verlangt, um die Selbstverwaltung im deutschen Teile Böhmens zu erreichen. Und wenn im Sinne der Erklärung des Ministerpräsidenten jede Vergewaltigung des einen Volkes durch das andere vermieden werden muß, so erhält damit auch der Wunsch der Deutschen nach Schaffung eines Minoritätsrechtes im böhmischen Landtage mit nationalen Kurien und mit nationalen Sektionen des Landesauschusses neue Bekräftigung. Was die Verhältnisse im Süden betrifft, erklärte der Ministerpräsident, daß eine südslawische Frage bestehe und daß man an ihr nicht achtlos vorübergehen könne; die Lösung müsse aber dem Axiom der dynastischen und staatlichen Treue entsprechen. Ihre Einschränkung findet die Regelung der südslawischen Frage auch in den allgemeinen Grundsätzen, die der Ministerpräsident für die nationalen und staatsrechtlichen Probleme aufgestellt hat, insbesondere in seiner Erklärung, daß es sich nur um eine über die Landesgrenze nicht hinausgreifende Selbstverwaltung handeln dürfe. Aber schon die Unterscheidung, die der Ministerpräsident zwischen dem Norden und dem Süden machte, bringt die alte Wahrheit wieder zum Vorschein, daß in Oesterreich die nationalen Fragen nicht nach einer einheitlichen Richtschnur geregelt werden können. Die Verhältnisse liegen schon in den drei Sudetenländern nicht gleich und wesentlich anders sind sie wieder in Steiermark und Kärnten oder in Galizien. Die Regelung innerhalb des Kronlandes, zu der sich der Ministerpräsident heute bekannte, ist selbstverständlich grundverschieden von dem weitreichenden Plan, der in der staatsrechtlichen Deklaration der Südslawen niedergelegt ist.

Von Mitgliedern der deutschnationalen Parteien wurden heute einige sehr wirksame Reden gehalten, deren polemischer Inhalt sich insbesondere gegen die jüngsten Ausführungen der deutschen Sozialdemokraten richtete. Abgeordneter Hummer präziserte die Stellung der deutschradikalen Partei zum Budgetprovisorium und trat in sehr warmer Weise für die Forderungen der Deutschböhmen ein. Wenn sie dem Staate, sagte er unter lebhaftem Beifall, die Mittel zur Fortführung der Verteidigung bewilligen, dann bewilligen sie auch die Mittel, um die Provinz Deutschböhmen schaffen zu können. Abgeordneter Dr. Waber führte aus, daß die innere Geschlossenheit den Frieden beschleunige und den Krieg abkürze. Wer ein

wahrer Freund des Friedens sei, müsse alles bewilligen, was unsere Widerstandskraft dem Auslande gegenüber stärke. Abgeordneter Dr. Stöckl wandte sich insbesondere gegen jene Stimmen, die gegen die Friedenschlüsse mit der Ukraine und mit Rußland ein anderes Forum anrufen. Wir haben nicht die Verpflichtung, um die Wohlmeinung der ganzen Welt zu buhlen, sondern müssen für uns selbst sorgen. Wenn die Entente Siegerin geblieben wäre, hätte sie uns gewiß nicht gefragt, was wir zu dem sagen, was sie uns auferlegt. Von sozialdemokratischer Seite sprachen heute Dr. Krenner, Sever und Dr. Liebermann. Dr. Krenner verlangte große soziale und politische Reformen sowie die prinzipielle Regelung des Verhältnisses der arbeitenden Klassen zum Staate. Der Abgeordnete Tufar erklärte, daß die Tschechen nicht so leicht in die Laube zu bekommen seien; die notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche Verständigungsarbeit sei noch nicht da. In seinem Schlussworte erklärte Dr. Steinwender, die Deutschen seien bereit, mit den anderen Parteien für das Gemeinsame zusammenzuarbeiten. Mit dem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit, das Parlament zu erhalten, beantragte er die unveränderte Annahme der Vorlage. Und das Haus entschied auch in diesem Sinne.

Abgeordnetenhaus.

(70. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Abg. Witka (Ukrainer) sieht in dem Friedensschluß im Osten den Sieg des deutschen Imperialismus. Er weist den Vorwurf zurück, daß die Ukrainer die Revolution in Rußland unterdrücken halfen. Die ukrainische Rada habe anfangs sogar die Herrschaft der Bolschewiki unterstützt. Auch der Vorwurf, die Ukrainer hätten Geheimdiplomatie getrieben, sei ungerechtfertigt, dieser Vorwurf treffe die Polen, die, solange es sich um die Unterjodung des ukrainischen Staates handelte, Geheimdiplomatie trieben. Der Faden der Geheimdiplomatie werde weiter gesponnen vom Grafen Soluchowski, vom Grafen Biniński, vom Fürsten Radziwiłł, vom Grafen Ladowski. Die polnischen Großgrundbesitzer hoffen, daß sie den polnischen Großgrundbesitz in der Ukraine retten werden. Redner ruft den Polen ein energisches „Hände weg von der ukrainischen Republik!“ zu. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bespricht Redner den Frieden mit der Ukraine und findet, daß derselbe dem neuen Staate große Lasten auferlegt, er findet die Zuerkennung von Cholm für gerechtfertigt, unter Berufung auf Schriftsteller polnischer Gelehrter. Dagegen klagt er über die Unterdrückung der Ukrainer in Galizien. Es werde die Zeit kommen, in welcher die Ukrainer in einer freien und unabhängigen Ukraine ein friedliches Leben werden führen können. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Liebermann (Polen) fährt Beschwerde darüber, daß man für Galizien ein „h. u. a. Revolutionsunterdrückungscommando“ einführe, um die Ruhe herzustellen, und daß Ausjagungen ausgenützt werden, mit denen die nationale polnische Bewegung nicht gemein habe, um die Polen zu vernichten. Im ganzen Lande herrsche Ruhe und Disziplin. Den Belagerungszustand einzuführen, wäre demgemäß ein Verrat, eine Verpöschung am Volke. Durch einen Reserwabefehl des 3. Korpscommandos war schon der ganze Apparat der Militärjustiz eingerichtet worden. Die Schlägen, die auf polnischem Boden geschlagen wurden, verpöchten die Polen nicht zu Danke, denn sie wurden von den Zentralmächten nicht zur Befreiung der Polen, sondern zu deren eigener Befreiung und Existenz geschlagen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.) Den nichtdeutschen Völkern, deren Söhne jenseit Blut auf diesen Schlachtfeldern vergossen haben, bejagt der Staat ihre Treue und ihre Dienste mit dem Haub ihrer Freiheit mit einer solchen Militärjustiz, mit Knechtschaft. Das polnische Volk werde die Märtyrerkrone auf sich nehmen in der festen Überzeugung, daß die Gerechtigkeit auf dem Marste ist. Auch ist Polen nicht verloren! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Abg. Hummer (deutschnational) führt aus, ob der Friede mit den russischen Mandatländern von Dauer sein wird, hänge davon ab, ob die Völker von der ihnen erstrittenen Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen verstehen werden. Wir erwarten auch von der politischen Maturität und Schulung der Polen, daß sie das geschichtliche Beispiel der Vergangenheit zu vermeiden wissen werden. Was im Osten geschieht, kann aber nie und nimmer, wie von slawischer Seite behauptet wurde, mit der Befreiung Elsaß-Lothringens verglichen werden. Denn Rußland hat auf die Gebiete, die ihm im Ostfrieden — es ist ein Siegfrieden — abgeteilt wurden, nicht den geringsten Anspruch. (Zustimmung links.) Redner polemisiert gegen die diesbezüglichen Ausführungen des Abgeordneten Seitz, der sich wohl darüber kränkt, daß nicht in Stodholm der Friede von Sozialdemokraten gemacht wurde (lebhaft Zustimmung links) und, wie vorausgesehen war, nicht gemacht werden konnte. Die aus der Gefangenschaft in Rußland rückkehrenden Krieger werden wir mit Jubel empfangen, allerdings nur jene, die mit reinem Gewissen in die Heimat zurückkehren. (Zustimmung links.) Die Auslese zu treffen, zwingt uns, der Heeresverwaltung Zeit zu lassen, um den Weisen von der Spren zu sondern. (Zustimmung links.)

Die Deutschböhmen haben durch ihre Erklärung dargelegt, daß sie vom Staate die Errichtung der Provinz Deutschböhmen erwarten und verlangen. Wenn sie daher dem Staate die Mittel zur Fortführung des Verteidigungskrieges bewilligen, dann bewilligen sie ihm auch die Mittel, um die Provinz Deutschböhmen schaffen zu können. Aus diesen Gründen werde seine Partei Mann für Mann für das Budgetprovisorium und die Kreditermächtigung stimmen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)

Abg. Pijšek (Slowene) verweist auf die durch die Ernährungsfrage in der Bevölkerung hervorgerufene Beunruhigung. Er tritt für das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden und die Landtage ein. In seinen weiteren Ausführungen spricht Redner über den Schleichhandel und die Lebensmittelrequisitionen. Schließlich erklärt Redner, seine Partei könne einer Regierung das Vertrauen nicht bewilligen, deren Streben darauf gerichtet sei, zu verhindern, daß die Zustände in nationaler Beziehung sich bessern. (Lebhafte Beifall bei den Südslawen.)

Abg. Dr. Waber (deutschnational) polemisiert gegen die Rede des Abgeordneten Seitz und betont, daß, wer das Budgetprovisorium mit seinen Milliarden an Ausgaben annehme, auch für die Kriegskredite stimmen müsse, schon im Interesse der Beendigung des Krieges und Herbeiführung des Friedens, der durch frühere Angebote von Verhandlungen an Italien nur verzögert wurde. Oesterreich und Deutschland haben auch den Sozialdemokraten gegenüber damals, als sie in Stodholm Verhandlungen führten, auf die Geltendmachung der Staatsautorität verzichtet. Wenn die Sozialdemokraten einmal so weitgehendes Entgegenkommen seitens der Staatsgewalten erfahren haben, sollte man meinen, daß sie nunmehr die legalen Vertreter der Staatsautorität verhandeln lassen und die Ergebnisse dieser Verhandlungen anerkennen. Mit allen unseren Entwürfen haben wir also nichts erzielt. Nachdem wir jahrelang so kostbare Opfer gebracht haben, haben wir keinen Grund mehr, den Versuch zu sprechen. (Zustimmung links.) Was aber an den Ausführungen des Abgeordneten Seitz besonders zurückgewiesen werden muß, ist seine Einmischung in die Verhältnisse Bulgariens und seine Parteinahme für Rumänien. Rumänien hat es mit seinen parlamentarischen Einrichtungen nicht einmal der Mühe wert gefunden, Vertreter der Dobrußda in das rumänische Parlament einzubeziehen. (Hört! Hört! links.)

Abg. Dr. Nybarr: Dasselbe, was wir in Bosnien und der Herzegovina gemacht haben. (Widerpruch links.)

Abg. Tro: Die Bosnier haben ihren eigenen Landtag gewählt.

Abg. Dr. Waber: Wir haben für Bosnien und die Herzegovina Opfer gebracht und niemand kann in Abrede stellen, daß Oesterreich sich mit allen Kräften bemüht hat, Bosnien zu

einer reichen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links. — Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Nybar.) Deutschland und Oesterreich haben die Entwicklung der Völker gefördert, diese sind unter Einwirkung der Förderung Deutschlands und Oesterreichs stark geworden. Aber kaum waren sie zu Kräften gekommen, haben sie sich immer dazu verhalten lassen, ihre Hand gegen Deutschland zu erheben. (Zustimmung links.)

Abg. Dr. Waber: Genau so wie jetzt Polen!

Abg. Dr. Waber: Auch für Kongresspolen ist von deutscher Seite alles geschehen, was geschehen konnte. Bei der Errichtung des neuen Staatsgebildes ist sicherlich bestmöglichst nur der Standpunkt des polnischen Regiments gerechtfertigt, der erklärte, Cholm nicht aus dem Auge zu verlieren, der Standpunkt offener Rebellion aber mitten in einem Kriege, in dem ein polnisches Reich aufgerichtet wird, zu dem Kongresspolen schon gar nichts beigetragen hat (Zustimmung links), ist gewiß zu verwerfen und muß das Ansehen des polnischen Volkes in der ganzen Welt gefährden. (Lebhafte Zustimmung links.) Dieselbe politische Leidenschaft wie in Ungarn lebt im polnischen Volke und sie wird bei jeder Gelegenheit zum Ausbruch kommen. Wenn dann die Frage sein wird zwischen dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Ungarn und dem König von Polen, dann müssen die Deutschen fürchten, daß durch die politische Leidenschaft der anderen der König von Ungarn und der König von Polen immer mehr zur Geltung gebracht werden wird, als der Kaiser von Oesterreich. (Lebhafte Beifall links.) In einer Polemik gegen die Ausführungen des Abg. Seitz erklärt Redner, der Staat hat inneren und äußeren Verrat und äußere Anstürme überdauert, er hat sich in diesem Kriege bewährt und steht fest. Nicht eine Staatskrise liegt vor, es handelt sich einfach nur um eine Verfassungsfrage oder um eine Parlamentarismusfrage. (Lebhafte, anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Auf zweifelhafte Weise verweist man immer darauf, daß die Lösung der Verfassungsfrage nicht im Parlament erfolgen dürfe. (Fortsetzung der Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die einzelnen Völker, die sich von slawischer Eroberungs- und Vergewaltigungsgier leiten lassen, müssen zur Einsicht kommen, daß ihnen das Ausland zur Durchsetzung ihrer Vergewaltigungstriebe nicht beistehen wird. In dem Augenblicke, in dem die Tschechen das einsehen haben, werden sie auch bereit sein, sich wieder auf österreichischen Boden zu stellen und auf österreichischen Boden zu verhandeln. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Händeklatschen links. Redner wird beglückwünscht. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Krenner (deutscher Sozialdemokrat) erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie nicht mit großen gestaltenden Ideen an das Haus herantrete und das Haus als nichts anderes benütze als Bewilligungsmaschine für die nächsten dringenden Staatsbedürfnisse. Wenn die Regierung das Staatsgeschick von den Klippen retten will, muß sie es hinausführen auf die hohe See großer sozialer und politischer Reformen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unsere Regierung kann sich nicht dazu entschließen, endlich einmal durch Gesetz festzulegen, daß der Arbeiter in der Fabrik sein bestimmtes und wohlgeordnetes Recht habe. Er bleibt immer Objekt der Fürsorge.

Was das nationale Programm der Regierung betrifft, so ist es gewiß verdienstlich, daß der Ministerpräsident endlich einmal klipp und klar zugestimmt, daß es sich heute um eine durchgreifende Verfassungsreform handelt. Es ist anzuerkennen, daß er rund heraus die nationale Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Regierungserklärung aufnimmt und sie dadurch gleichsam zum leitenden politischen Gesichtspunkt der österreichischen Regierung macht. Die nationale Autonomie betrifft nicht nur das Verhältnis der Nationen zueinander, sondern das Verhältnis aller Nationen zum Staate. Ueber diesen entscheidenden Punkt hört man aber in der Erklärung des Ministerpräsidenten nichts. Wir sehen, daß wieder die Kronlandsautonomie an einem bestimmten Punkte der nationalen Autonomie unterschoben wird und daß die Kronlandsgrenze die ewige Schranke der Nationen ist. Es ist immer derselbe Fehler, wenn man von Einzelheiten ausgeht und die zufälligen und örtlichen Machtverhältnisse des einen Punktes in Rechnung stellt, nicht aber darangeht, das Verhältnis der Nationen zueinander und zum Staate im ganzen zu ordnen.

In einer Polemik gegen den Abg. Waber betont Redner, sich auf die Macht von oben zu berufen, ist ein Grundfehler der Deutschen und ein Grundfehler der Polen gewesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Polen sich über enttäuschte Versprechungen beklagen, so sollen sie sich anderswohin begeben und nicht das Parlament zerstören. Es können nur die Nationen den Ausgleich schließen. Es ist klar, daß die Deutschen in ein immer ausgeprägteres Minderheitsverhältnis kommen, und es wäre Freiheit von ihnen, wenn sie diesen Moment nicht benützen würden, sich die Gemisheit zu sichern, als Minderheit dauernd und gesichert in ihrer Staatlichkeit zu bestehen. Was sie sich zu sichern haben, ist das Selbstbestimmungsrecht in voller eigener Staatlichkeit mit nationaler Vertretung, mit eigener nationaler Verwaltung im Rahmen des Bundesstaates. Damit wird auch Raum sein für die Verständigung der Völker. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Schluß der Debatte.

Auf Antrag des Abg. Baumgartner wird die Debatte geschlossen. Zu Generalrednern werden gewählt: pro Dr. Stöckl, kontra Sever.

Abg. Dr. Stöckl (deutschnational) tritt für eine rasche Heimjüngung der aus der Gefangenschaft rückkehrenden Krieger ein. Redner wäre der letzte, es gut zu heißen, wenn man able Gesinnungen unterstützen würde; gerade als Abgeordneter eines Kronlandes, dessen brave Truppen so Großartiges geleistet haben, leider aber es oft bösen mußten, daß Gruppen neben ihnen ihre Pflicht nicht so erfüllt haben. (Zustimmung links.) Es sollte das Verfahren gegen die Rückkehrenden nicht in Galizien durchgeführt werden, wo die Verpflegung schwierig sei, sondern in den schon halbierten Gefangenenlagern. Den Rückgehenden sei ein längerer Urlaub zu gönnen und durch sie die Arbeitskräfte für die Produktion zu vermehren. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wendet sich Redner gegen die Rede des Abg. Seitz und betont, es sei nicht wahr, daß die ganze Volksseele bei den Tschechen, bei den Südslawen umgegen den österreichischen Staat sei. Nur die Führer sind es, die sie fort und fort aufzuwecken versuchen und sich nun nicht getrauen, das Volk von dieser Geißel der ewigen Hege zu erlösen. Wenn die Mittelmächte — und nur die Mittelmächte — sowohl den Ukrainern ihren Staat wiedergeben, als auch der polnischen Nation die Möglichkeit geschaffen haben, ihren Staat sich selbst zu bilden, entspricht es nun den Grundfragen der Billigkeit, wenn man uns verantwortlich macht, wenn wir einen Streitpunkt zwischen Polen und Ukrainern diesen selbst zur Entscheidung überlassen? (Zustimmung links.) Wenn das Deutsche Reich, wenn wir Deutschen in Oesterreich, wenn unsere Monarchie, wenn wir bei jeder unserer Taten uns immer fragen müßten: was werden die kommenden Geschlechter Englands, Frankreichs, Rußlands, Amerikas dazu sagen, werden sie das billigen, werden sie uns gnädig sein, dann verzichten wir auf jeden Staat. (Lebhafte Zustimmung, Beifall und Händeklatschen links.)

In bezug auf die Frage der Reformen im Innern bemerkt Redner, die Deutschen haben wohl zur Genüge bewiesen, daß sie bereit sind, sich an den Beratungen zu betheiligen, aber die Verfassungs- und Verwaltungsreform zu verhandeln. Wir müssen als staats- und kaisertreue Oesterreicher verlangen, daß die Rechte der Dynastie erhalten und gewahrt werden. Es müssen die Rechte des deutschen Volkes voll und ganz erhalten, sie dürfen nicht beschnitten werden und es muß das Staatsgange aufrechterhalten werden. Es darf weiter aber auch die bürgerliche Arbeit, es darf der Bürger und Bauer nicht untergehen in einer Verfassungs- und Verwaltungsreform, die uns vollkommen ausliefern würde jenen Schichten — nicht des arbeitenden Volkes, sondern derjenigen, für welche die Verfassungs- und Verwaltungsreform nur ein Mittel sein soll, um den Umsturz in dem gesamten staatlichen Gefüge herbeizuführen. (Zustimmung links.) Es gibt keinen grausameren, keinen entschlosseneren Krieg, keinen Krieg, der mehr Kriege gebiert als die Revolution. (Lebhafte Zustimmung links.) Es wurde gesagt, Rußland sei nicht Trost und Lenin. Ganz Rußland hätte es mit Freuden begrüßt, wenn die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in Rußland Ordnung gemacht und das arme russische Volk vom täglichen Hunger und der täglichen Angst befreit hätten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.) Es gab immer wieder Stimmen, die

## Die Wahlreform in Ungarn.

Vom Geheimen Rat Dr. Gabriel v. Agron,  
ungarischer Minister a. D.

Die geehrte Redaktion der „Zeit“ stellt verschiedene Fragen an mich, die ich im folgenden beantworte, um die große Deffektivität Oesterreichs, die über die Lösung des Wahlproblems oft falsch und tendenziös unterrichtet wird, in objektiver Weise zu informieren.

Vor allem sei festgestellt, daß der dem Wahlrechtsauschuß vorliegende Entwurf jeden modernen, freisinnig und demokratisch denkenden und fühlenden Politiker durchaus befriedigen kann. Ich selbst, der als Minister des Innern seinerzeit an der Schaffung des Gesetzes teilnahm und stets in allen politischen Angelegenheiten den liberalsten Standpunkt verfocht, kann mit Beruhigung konstatieren, daß dieser Entwurf, wenn er auch den Wünschen der Radikalen nicht voll entspricht, dennoch auch radikalen Politikern genügen wird. Das Faktum allein, daß die ungarische Wahlreform die Zahl der Wähler auf 3.800.000 erhöht, während nach dem derzeitigen Wahlgesez bloß 1.200.000 und nach dem vom Ministerium Tisza im Parlament durchgesetzten Gesetze nicht mehr als 1.800.000 Personen stimmberechtigt sind, daß wir hier also eine mehr als hundertprozentige Vermehrung der Wähler erreichen, ist der beste und klarste Beweis dafür, daß die Regierungen Esterhazy und Bekerle und vor allem der Wahlrechtsminister Dr. Bazzoni die Anforderungen der großen und ersten Zeit, in der wir leben, verstanden und gewürdigt haben.

Daß sich Bedenken gegen den Gesetzesentwurf geltend machen werden, war zu erwarten. Niemand glaubte, daß die reaktionären und konservativen Kreise die Waffen einfach strecken werden, obgleich sie erkennen mußten, daß die Krone ebenso wie die Nation eine demokratische Wahlreform wünschen und allen eventuellen Vertagungs- oder Vereinklungsversuchen gegenüber durchsetzen würden. Dennoch mußte die Heftigkeit des Ansturmes überraschen, den wohl nicht alle Mitslieder der Arbeitspartei, aber immerhin Graf Stephan Tisza und einige seiner Anhänger vollführten. Es kam da ein orthodoxer Konservatismus zum Vorschein, der trotz der langen und traurigen vier Kriegsjahre nichts gelernt und nichts vergessen hat. Diesem rückwärtlichen Konservatismus bot Graf Julius Andrássy durch seine Änderungsverschlüsse zur Vorlage ein Gegengewicht, denn wenn er sich auch nicht zu jener Ansicht bekannte, die ich für richtig halte, daß nämlich jeder Ungar, der Steuer zahlt oder Militärdienst leistet, also jeder, der seine Pflichten gegen den Staat erfüllt, auch seine Rechte vom Staate erhalten muß, so trat er doch für die prinzipiell wichtigsten Bestimmungen der Wahlrechtsvorlage ein und bekundete einen fortgeschrittenen konservativen Konservatismus, der selbst jene Schichten der Bevölkerung beruhigen mußte, die, unter der Einwirkung gewisser Schlagworte stehend, in der Wahlreform eine Gefahr für Ungarn und das Ungartum zu erblicken vermeinen.

Betrachtet man die Einwürfe genauer, die nach dieser Richtung gemacht werden, so kommt man bald zur Erkenntnis, daß sie wenig stichhaltig sind. Ungarn hat seine nationale Eigenart ganz anderen Gefahren gegenüber bewahrt, und es hieße das Gerechtigkeitsgefühl und den Freisinn des Magyaren verkennen, wollte man annehmen, daß die Wortführer der reaktionären und konservativen Opposition gegen die Wahlreform eine tiefe Resonanz im Volke finden. Immerhin seien die zwei wichtigsten Punkte der oppositionellen Kritik hier ein wenig ins Licht der Gegenkritik gerückt.

Den Besitzern des Karl-Kreuzes gegenüber, die das Wahlrecht erhalten sollen, wird geltend gemacht, daß junge Leute, die das achtzehnte Jahr kaum erreicht haben, keine Wähler sein dürften. Ich verstehe diesen Einwurf nicht und glaube, daß Soldaten, die Blut und Leben für ihr Vaterland wagten, ihren König und ihre Heimat schützten, vielleicht als Krüppel aus den blutigen Schlachten heimkehrten, das Wahlrecht mit Aug und Recht beanspruchen könnten. Würden sie aber diese Forderung nicht erheben, selbst in diesem Falle müßte die dankbare Nation solchen tapferen Verteidigern Ungarns in den Schützengraben auch in den sogenannten Schanzen der Verfassung den gebührenden Platz einräumen. Nebenbei bemerkt, können achtzehnjährige junge Leute gar nicht zur Wahlurne. Denn diejenigen, die als achtzehnjährige Kämpfer in den Kampf zogen und das Karl-Kreuz durch Tapferkeit gewannen, könnten naturgemäß erst als Zwanzigjährige (oder noch älter) das Wahlrecht ausüben, wobei weiter zu bemerken wäre, daß die jugendlichen (20- oder 22jährigen) Besitzer des Karl-Kreuzes im jüngsten Falle nur an einer einzigen Reichstagswahl teilnehmen könnten, weil

sie bei der nächsten Wahl bereits das von der konservativen Opposition so heiß ersehnte vierundzwanzigste Lebensjahr erreicht hätten. Und die gar zu menschlichen sollten doch noch bedenken, daß bei einer solchen ersten Wahl die neuen Wählergruppen überhaupt noch niemals einen wesentlichen Einfluß ausüben vermöchten, weil ihnen jede Organisation fehlt. Wie aus diesen Andeutungen hervorgeht, sind die Bedenken gegen die Besitzer des Karl-Kreuzes durchaus unmotiviert, abgesehen davon, daß, wie schon bemerkt, derjenige, der gut genug ist, um König und Vaterland mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, auch gut genug sein dürfte, um einen Stimmzettel abzugeben.

Ferner wird der Wahlreform zum Vorwurf gemacht, daß sie die Nationalitäten politisch stärke und dadurch die Suprematie des Ungartums gefährde. Die Nationalitäten in Bausch und Bogen so hinzustellen, als wären sie eine Gefahr für das Ungartum und den nationalen ungarischen Staat überhaupt, erscheint angesichts der Lehren des Krieges ungerichtet. Die meisten Nationalitäten Ungarns, insbesondere die Deutschen, haben in diesen schweren Kriegsjahren sich als tüchtige, verlässliche, opferbereite Patrioten erwiesen. So daß man ihnen gegenüber wahrhaftig im höchsten Maß undankbar wäre, wenn man sie zu Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse machen wollte. Die Absicht, das Wahlrecht in allen Fällen an die Kenntnis der Staatssprache zu knüpfen, würde aber viele brave Bürger, die in diesem Lande wirken und schaffen, die aber nicht als Magyaren geboren wurden, um ihr Stimmrecht bringen. Man hat bei der Erörterung dieser Seite des Wahlrechtsproblems stets diplomatisch schlau auf Siebenbürgen hingewiesen, das noch heute unter dem Einbruch der Rumänen zu leiden hat und wo eine leider nur zu berechtigte Enttäuschung über die Verräter außerhalb und innerhalb Siebenbürgens herrscht. Trotzdem möchte ich als Siebenbürger, als Sohn einer der ältesten Szekler-Familien, auch in diesem Falle für die freisinnigste politische Auffassung eintreten. Gewiß, ein Teil der Rumänen Siebenbürgens hat sich im Kriege unpatriotisch gezeigt und schwer gegen das Vaterland versündigt. Doch wer waren die Verräter? In erster Reihe solche Personen, die man zur Intelligenz rechnete, Priester, Advokaten, Lehrer, also Leute, die die Staatssprache in Wort und Schrift beherrschten! Nicht diese in der Tat staatsgefährlichen Elemente würde also das Wahlrecht verlustig werden, da sie ja ungarisch reden und schreiben — oft ganz vortrefflich —, sondern andere Rumänen, denen man vielleicht keinerlei unpatriotische Tendenz vorwerfen kann. Niemand sollte vergessen, daß es sich hier um zweieinhalb Millionen Menschen handelt, die im Lande leben und über die man mit dem Radiergummi nicht einfach hinwegstreichen kann. Diese Millionen von Menschen müssen zu verlässlichen Staatsbürgern herangezogen werden. Das kann nicht geschehen, indem man sie zurücksetzt, die guten Elemente ebenso behandelt wie die schlechten, sondern es kann, soll und muß geschehen, indem man sie an allen Vorteilen der Kultur teilnehmen läßt. Die Rumänen in Siebenbürgen müssen Gelegenheit haben, die Staatssprache zu erlernen, um auf diese Weise im öffentlichen Leben vorwärts kommen zu können. Sie müssen weiter durch die Segnungen einer ehrlichen Verwaltung und einer gerechten Justiz, durch die Möglichkeit, zu Erwerb, Verdienst und Vermögen zu gelangen, mit Banden der Dankbarkeit und Liebe ans Vaterland geknüpft werden.

Es braucht ein ungarischer Politiker wohl nicht erst zu betonen, daß er keine Schwächung des ungarischen Staates dulden, geschweige denn fördern würde. Aber die Besorgnisse der reaktionären Opposition kann kein liberal und national denkender Ungar teilen. Die demokratische Wahlreform wird, weil sie gerecht ist und dem Zeitgeist entspricht, den ungarischen Staat kräftigen. Sie kann aber nicht Endzweck sein, sondern muß eine weitere Demokratisierung Ungarns einleiten. Nicht nur die Reichstagswahlen, sondern auch jene für die Komitate und Städte müssen auf eine moderne Basis gestellt und eine gerechte Kreiseinteilung eingeführt werden, die der bisherigen Anomalie ein Ende bereitet, wonach es Wahlbezirke mit 100 bis 200 und solche mit 10.000 bis 15.000 Wählern gibt. Gleichzeitig ist die Heeresreform zu verwirklichen und die Verstaatlichung der Verwaltung durchzuführen. Die Kräftigung Ungarns ist unser aller Ziel, aber ich glaube, daß sie bloß auf freisinniger, demokratischer Basis mit Erfolg erreicht werden kann.

Doch das ist zum Teil noch Zukunftsmusik. Was die Gegenwart betrifft, wo jetzt noch berechtigte Vorwürfe gegen einen Teil der Rumänen laut werden, möchte ich trotzdem der Gefahr ruhig ins Auge sehen. Gegen das starke, kulturell und wirtschaftlich hochstehende Ungartum in Siebenbürgen können die durch die Schmelze des Krieges gegangenen Rumänen keine Agitation mit Aussicht auf Erfolg unternehmen, geschweige denn eine antinationale Wagne. Ueberdies ist der Prozentsatz der Wähler, was Ungarn, Rumänen und Deutsche betrifft, unverändert geblieben. Gewiß zeigt die Gruppierung der Wähler auch Unterschiede, wenn man die neue Vorlage mit dem Tiszaschen Wahlgesez vergleicht, denn in manchen Komitaten, wo früher das Ungartum den Ausschlag gab, sind jetzt die Rumänen in der Mehrheit, aber andererseits sind wieder in solchen Komitaten, wo bisher die Nationalitäten dominierten, die Ungarn in der Majorität, so daß ich bloß wiederholen kann: Im großen und ganzen ist die Proportion unverändert, im Durchschnitt zogen das Verhältnis zwischen den Nationalitäten das gleiche. Wie in der Vergangenheit, so in der Gegenwart muß nunmehr die Aufgabe der Magyaren und Deutschen in Siebenbürgen sein, Hand in Hand politisch zu arbeiten, die Rumänen an sich zu ziehen, und wenn diese jetzt auch über eine größere Anzahl von Stimmen verfügen, in

patriotische Bahnen zu leiten und hier festzuhalten. Der höheren Kultur wird immer die Führung zufallen, wenn man mit Klugheit, Schonung, Umsicht, und dort, wo dies im Staatsinteresse notwendig erscheint, mit Energie aufzutreten versteht. Den staatsfeindlichen Elementen gegenüber aber muß auf allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gebieten die unerbittlichste Strenge beobachtet werden.

... Ich hoffe mit diesen Ausführungen den Beweis erbracht zu haben, daß die gegen die Wahlreform von seiten der Opposition angeführten, oft sehr gefällig klingenden Bedenken hinfällig sind. Auch hoffe ich, daß die Kritiken und Aktionen gegen die Vorlage nicht verhindern werden, daß die Wahlreform im Parlament angenommen und halb Gesetz sein wird. Sollte aber die konservative und reaktionäre Strömung sich stärker erweisen, als ich annehme — nicht im Lande, sondern im Parlament —, sollte die Arbeitspartei den Ernst der Stunde nicht erfassen, dann wird der Appell an die Nation jene Klärung der Lage bringen, die jeder Freund des Fortschrittes und der Gerechtigkeit herbeisehnt. Denn eines ist gewiß: Die demokratische Wahlreform in Ungarn wird unter allen Umständen geschaffen werden. Sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit und wird hoffentlich bald eine historische Tatsache sein.

## Die Mittelstands-Interpellation des Zentrums.

Reichstags-Sitzung vom 13. März.

Am Tische des Bundesrats: Freiherr vom Stein.

Die Interpellation des Zentrums lautet: Die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes im Handwerk, Kaufmannsstand und der Kleinindustrie, die schon vor dem Kriege sehr schwierig waren, sind durch die lange Dauer des Krieges und die tief einschneidenden behördlichen Maßnahmen noch wesentlich verschlimmert worden. Zu einer leistungsfähigen Wirtschaftspolitik gehört die Erhaltung möglichst vieler selbständiger, lebensfähiger Existenzen im Gewerbebestand. Welche Maßnahmen gedenkt der Reichstagskanzler für den selbständigen Mittelstand zu treffen, um die Schädigung desselben möglichst hintanzuhalten und seinen Wiederaufbau in die Wege zu leiten?

Abg. Sol (Str.): Wir haben nicht nur für den Mittelstand Interesse, auch für alle anderen Bevölkerungskreise. Der Krieg hat bewiesen, daß die kleinen Betriebe ebenso notwendig sind wie die großen. Wir sprechen ausdrücklich von einem lebensfähigen Mittelstande, unsolide Scheinexistenzen wollen wir nicht halten. Die Grenzen des Mittelstandes nach oben und unten sollen aber nicht zu eng gefaßt werden. Die leeren Werkstätten, die leeren Böden in den Straßen reden eine ernste Sprache.

Ein Vorwärtstreben Minderbemittelter darf nicht durch die Behörden und die Kapitalisten unterdrückt werden. In der Landwirtschaft erzeugen die Kleinbetriebe, gegen die sich Dr. August Müller auch gewandt hat, ebenso viel wie die Großbetriebe, und sie sind für den Staat mindestens ebenso wichtig. Rathenau, dessen Verdienste wir gern anerkennen wollen, geht in seinen Ansichten über das so wichtige Gut der selbständigen Existenzen weit hinweg. Sein System wird uns durch deren Unterdrückung viel mehr Schaden als nutzen. In Kleinbetrieben wird auch viel mehr Material gespart als in Großbetrieben. Im Interesse des Mittelstandes lehnen wir diese Gedanken Dr. August Müllers und Rathenaus entschieden ab.

Für den Wiederaufbau des Handwerks bedarf es dreier Dinge: Arbeitsgelegenheit, Rohstoffbeschaffung, Kredit. An Arbeitsgelegenheit wird es nicht fehlen. Die Rohstoffbeschaffung wird wohl am besten durch Genossenschaften erfolgen.

### Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts von Stein:

Vor dem Kriege hatte sich im Handwerk manches gebessert. Freundlichere Töne belebten das Bild. Der Krieg hat das von Grund aus geändert, und mit den Fragestellern erkennt die Regierung die Notwendigkeit an, den entstandenen Schäden entgegenzuwirken. Wir hoffen, daß es nur Kriegsschäden sind, die mit dem Kriege von selbst verschwinden werden. In erster Linie ist da die Stilllegung von Betrieben zu nennen, eine Maßnahme, von der wir ja mit aller Bestimmtheit annehmen können, daß sie nur auf den Rohstoffmangel im Kriege zurückzuführen ist. Nach Möglichkeit sind die stillgelegten Betriebe aus Gewinnen der weiterarbeitenden Betriebe schadlos gehalten worden. Trotzdem war die Stilllegung für viele kleine und handwerksmäßige Betriebe eine harte Maßnahme. Bei vielen ist es frag-

lich, ob sie später den Betrieb wieder aufnehmen können. Die Regierung wird alles tun, um diese Sorge von ihnen zu nehmen. Stilllegungen in größerem Umfange werden nicht in Betracht kommen. Auf alle Fälle werden die betroffenen Kreise zu Mite gezogen werden. Die Gewerbetreibenden dürfen ihrerseits nicht vergessen, daß wir mit Arbeitskräften und Rohstoffen, ganz besonders mit der Kohle, sparsam wirtschaften müssen. Unbequemlichkeiten und Schädigungen müssen als vaterländische Pflicht ertragen werden.

Die schwierigste Frage ist die Rohstoffbeschaffung. Hier spielt eine große Rolle das Kriegsamtsamt. Zwei Ansichten über die künftige Bewirtschaftung der Rohstoffe bekämpfen sich. Die eine erwartet alles Heil von der vollen Rückkehr zur Freiheit des Handels, die andere durch den Ausbau der durch den Zwang des Krieges geschaffenen amtlichen oder unter amtlicher Leitung stehenden Stellen. Die tatsächliche Entwicklung wird sich wohl in der Mitte halten. Soweit wir die Rohstoffe nicht genügend im Inlande herstellen, werden wir noch auf absehbare Zeit mit härterer Knappheit zu rechnen haben. Da aber die Bedürfnisse der Bevölkerung gegenüber dem Heeresbedarf mehr in den Vordergrund rücken, wird es nicht mehr nötig sein, alles von Amts wegen anzuordnen.

Eine freiere Selbstverwaltung wird die amtliche Verteilungsmaschine unterstülzen und allmählich ersetzen können und müssen. Ein Teil unseres Volkes hält sich fest an der Selbständigkeit der eigenen Wirtschaft: der Bauer sowohl wie der Klein Kaufmann und der Handwerker, und der Gedanke der Arbeit und Erwerbsgemeinschaft findet vielfache innere Widerstände. Diese Widerstände müssen überwunden werden, wenn der Handwerker gegenüber dem Fabrikbetrieb dauernd seinen Platz behalten will. Die Möglichkeit muß dazu gegeben werden. Nach hier ist der Krieg ein Lehr- und Fuchtmeister. Die Bildung von leistungsfähigen Lieferungsverbänden muß erleichtert werden, dann müssen ihnen Aufträge zugewiesen werden. Neben der Eröffnung von Kreditmöglichkeiten sollen sowohl für die heimkehrenden Krieger wie für die Kriegserwitwen Beratungsstellen geschaffen werden. Unser Hüter des Reichsschatzes wird sich dem Wunsche nach unmittelbaren Wohltatmaßnahmen gegenüber wohl zurückhaltend verhalten. Die Erfahrungen des Krieges 70-21 weisen darauf hin. Damals hat das Reich für den Mittelstand 12 Millionen aufgewendet, eine für damalige Verhältnisse ansehnliche Summe. Inwieweit das Reich jetzt in der Lage sein wird, in dieser Weise einzugreifen, steht dahin.

Die Reichsverwaltung verfolgt die Mittelstandsfragen mit aufmerksamem Ernst. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, dem Lande einen gesunden Mittelstand zu erhalten, und wir sind entschlossen, die Wunden, die der Krieg geschlagen hat. Ich hoffe, daß die Verhandlungen hier mancherlei Anregungen bringen werden, damit den beteiligten Kreisen und der Regierung die Aufgabe erleichtert wird, den richtigen Weg zu finden. (Beifall.)

Abg. Brühns (Soz.): Vor dem Kriege wurden wir vielfach als Feinde des Mittelstandes hingestellt. Daran glaubt heute kein Mensch mehr. Tausende von Handwerkern, die im Felde stehen, werden nach dem Kriege sich der Sozialdemokratie anschließen. Für Aufklärung sorgt der Krieg und der Großkapitalismus. Mit schönen Worten ist dem Mittelstand nicht geholfen.

Wenn der Krieg noch bis zum Winter dauert, sind die letzten selbständigen Handwerker bei uns verschwunden. Für die Kriegsbeschädigten hat man nur schöne Worte; die Laten sucht man vergebens. Nach dem Kriege wird man ihr Heldentum schnell vergessen. Der Redner bespricht den Fall Behr-Pinnow: Ich befürchte, wenn die Gerichte sich damit beschäftigen, wird die Sache

ausgehen wie der Fall Philipp in Wiesbaden, wo Freisprechung erfolgte. Das erregt tiefe Mißstimmung im Volke. An den Unternehmern gewinnend bleibt Schweiß und Blut der Arbeiter. Die Daimlergesellschaft hat ungeheure Gewinne eingestekt. Sämtliche Anlagen, die mit mehr als fünf Millionen noch im Vorjahre zu Buche standen, sind bis auf 1 M. abgeschrieben worden. Warum hat man dieses schamlose Treiben nicht verhindert? Das muß tiefe Empörung im Volke erregen. So züchtet man Anarchisten. Die Daimler-Werke haben sogar mit Einstellung des Betriebes gedroht, wenn sie nicht die hohen Preise erhielten. Das ist Erpressung, das ist Hochverrat. Sind solche Kapitalismen schlimmer oder der Straßenräuber?

### Abg. Dr. Doormann (F. Up.):

Die Lage des Mittelstandes ist leider bitterernst. Ein Volk ohne selbständigen Mittelstand ist undenkbar. Alle bisherigen wirtschaftlichen Maßnahmen haben die Starken gestärkt, aber die Mittelexistenzen sind zurückgeblieben. Dem Gedanken, durch Gesetze dem Handwerk zu helfen, stehen wir skeptisch gegenüber. Sie können vieles bessern, aber nicht alles leisten. Hier muß die Selbsthilfe eingreifen, namentlich in Form der Genossenschaften, die allerdings nicht zu einer Umschaltung des Handels führen sollen und dürfen. Wir haben noch eine starke Mittelschicht, aber sie wird von oben und von unten benagt, es bröckeln immer mehr Teile von ihr ab. Zweifellos hat kaum ein Stand im Kriege so gelitten, wie der Mittelstand. Von Kriegsgewinnen kann man bei ihm nur in Ausnahmefällen sprechen. Der Krieg unterstützt plutokratische Tendenzen.

Es besteht die Hoffnung, daß die kleinen und mittleren Betriebe sich zu Genossenschaften und freien Vereinigungen zusammenschließen. Ob durch ihre steuerliche Begünstigung gegenüber den Großbetrieben etwas erreicht werden kann, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft. In der Übergangszeit wird wohl das Handwerk genug zu tun haben, aber es muß auch für die spätere Zeit vorgesorgt werden. Von Heer und Marine sind vor dem Kriege schon Aufträge an das Handwerk verteilt worden. Wenn das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, so liegt die Schuld daran vor allem an einer ungenügenden Organisation des Handwerks. Beruflich ist das Handwerk genügend organisiert, aber nicht wirtschaftlich. Der Handwerksrat wird in Zukunft mit einem großen Mangel an geschulten Arbeitskräften zu rechnen haben, da die noch vorhandenen zum großen Teil in Großbetrieben festgehalten werden. Ohne geordnete Kreditverhältnisse kann der Mittelstand seine Aufgaben nicht erfüllen. Die Kreditfrage ist die Krone der Mittelstandsfrage. Der kaufmännische Mittelstand hat am Schwersten gelitten. Hoffentlich wird dem Kleinhandel beim Handelsammergesetz eine angemessene Vertretung geschaffen. (Beifall links.)

Abg. Kägel (ntb.): Die Selbsthilfe reicht nicht aus. Der Staat muß helfen. Bei der Verteilung der Rohstoffe muß das Handwerk ausreichend berücksichtigt werden. Eine strenge Rationierung wird dabei notwendig sein. Die Rohstoffe müssen auf Kredit gegeben werden. Auch zur Beschaffung von Werkzeugen müssen Darlehen gewährt werden. Dabei könnte das Reich vielleicht die Bürgschaft übernehmen. Bei sämtlichen Arbeiten für Heer und Marine muß das Handwerk zugezogen werden. Die Lieferungsverbände müssen erweitert werden. Beratungsstellen sind erforderlich. So wird es möglich sein, den Wiederaufbau des Mittelstandes in die Wege zu leiten.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 2 Uhr: Wetterberatung. Schluß nach 6 Uhr.

# Das Reichskinogesez im Reichstag.

Sitzung vom 15. März.

Am Ende des Bundesrats v. Krause.

## Kleine Anfragen.

Abg. Stahl (Soz.) weist darauf hin, daß das Kriegsministerium zwei der Stadt Spandau gehörende Schulen trotz Weigerung des Magistrats zu Wohnzwecken für Munitionsbearbeiterinnen in Gebrauch genommen hat.

Generalleutnant v. Couppette: Diese Schulen waren für uns im Interesse der Munitionsbearbeiterinnen notwendig. Die Beschlagnahme erfolgte erst, nachdem die Verhandlungen mit dem Magistrat gescheitert waren.

Die Abg. Fischer (Soz.), Pfannkuch (Soz.) führen Beschwerde darüber, daß in jüngster Zeit wiederholt an beliebigen Stellen des Berliner Stadtbezirks von militärischen Begleitmannschaften und Soldaten, die sie zu transportieren hatten, bei Fluchtversuchen geschossen worden ist und daß dadurch Leben und Gesundheit der Bevölkerung gefährdet wird.

General v. Weisberg teilt mit, daß die in Betracht kommenden Dienststellen angewiesen worden sind, die Anordnung über den Transport von Militärgefangenen, besonders in den großen Städten, nachzuprüfen und entsprechend abzuändern.

Die Abg. Vogtherr (L. Soz.), Kunert (L. Soz.) bringen Klagen über Zensurmaßnahmen gegen sozialdemokratische Blätter vor, die von Generalmajor v. Berg und Weisberg zu rechtfertigen versucht werden.

Abg. Kunert (L. Soz.) hebt hervor, daß den Militärpolizeistellen in Wagdeburg und Halle die Berechtigung erteilt worden ist, in Spionage- und Sabotagefällen die Postbehörden um Auskunft über den Postverkehr der betreffenden Personen zu ersuchen.

General v. Weisberg: Die Verfügung hatte nur den Zweck, die mit der Überwachung beauftragten Militärpersonen den Postbehörden gegenüber zu legitimieren, da die Militärbehörden ohne Maßnahmen nicht selbst ausführen können. Sie ist also zur Durchführung der militärischen Gewalt erforderlich.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.): Zahlreiche Klagen von Angehörigen besagen, daß die Nachrichten von deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien, vor allem aus dem Lager Verchowa (Ostibirien) seit langer Zeit völlig ausgeblieben sind; Post- und Geldsendungen gingen ebenfalls nicht mehr durch. Auch das Moiss Kreuz verlagte mit Aufklärung.

General Friedrich: Es ist richtig, daß der Postverkehr mit Rußland sich seit gerannener Zeit wesentlich verschlechtert hat. Auf der Konferenz in Petersburg haben die deutschen Delegierten schleunige Hilfe gefordert. Trotz größter Bemühungen der sibirischen Schutzmacht ist jedoch insbesondere infolge der Desorganisation der Verkehrsmitel eine Besserung nicht erzielt worden. Die Seeresverwaltung hat deshalb schon vor einigen Wochen die Einstellung von Sendungen an Kriegsgefangene in Rußland empfohlen, zumal auch das bisher als zuverlässig bekannte Nordische Rote Kreuz ausfiel. Sobald die Verhältnisse es zulassen, beabsichtigt die Seeresverwaltung eine Zentralpoststelle für deutsche Kriegsgefangene in Rußland einzurichten; sie wird dann in den Zeitungen darüber berichten. Die Lage der in Ostibirien befindlichen Kriegsgefangenen bildet aus naheliegenden Gründen den Gegenstand ernster Besürchungen. Dem Kriegsministerium liegen bisher noch keine Nachrichten vor, daß die sibirischen Lager geräumt sind. Ein Teil der Kriegsgefangenen und Stoffverpackungen ist jedoch schon auf eigene Faust in die Heimat zurückgeführt. Die deutsche Regierung hat alles vorbereitet, um die Beschlüsse der Petersburger Konferenz über die Abtransporte der Gefangenen nach Ratifizierung des Friedensvertrages anzuschließen durchzuführen. Der Friedensvertrag sieht vor, daß sich deutsche Kommissionen nach Rußland und Sibirien begeben, um dort die Abtransporte mit größter Beschleunigung selbst in die Hand zu nehmen und das Los der Gefangenen bis zu ihrer glücklichen Rückkehr nach Rußland zu bessern.

Abg. Baudert (Soz.) weist auf die schwere Benachteiligung der Verbraucher von Gas durch die Vorschriften über die Verbrauchsbeschränkung und den Straßpreis von 50 Pfg. für den Kubikmeter bei Mehrverbrauch hin.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Die Vorschriften werden nicht eingehalten ausgelegt. Wo wirklich ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, werden weitgehende Ausnahmen gemacht. Die Straßpreise werden nur eingehalten, wo eine verfahrenswidrige oder gar böswillige Überschreitung der vorgeschriebenen Höchstmengen vorliegt.

Abg. Hierl (Soz.) führt Beschwerde, daß bei den meisten Truppenstellen die Zahlung der Gefangenenerlöse an die Angehörigen nach den alten niedrigen Sätzen erfolgt.

General v. Ober: Die Löhnungsbesserung ist für Untere Offiziere und Mannschaften bestimmt, nicht für die Angehörigen. Für diese ist durch die Erhöhung der Familienunterstützungen in erheblichem Umfang gesorgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, ihnen ohne weiteres auch die erhöhten Sätze der Löhnung zugute kommen zu lassen. Die Truppen sind aber angewiesen, in besonderen Fällen dies doch zu tun.

## Die Kriegsabgabe der Reichsbank.

Von dem Gewinne der Reichsbank für das Jahr 1917 wird vorweg ein Betrag von 120 Millionen Mark dem Reiche überwiesen.

Die Vorlage wird nach kurzer Besprechung durch die Abg. Dr. Wendt (Dsch. Fr.), Zimmermann (nlib.) und Dr. Roedel (Konf.) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Für die Verwaltung der Reichs- und Staatsschulden soll ein Neubau in Berlin errichtet werden. Der Kaufpreis für die Grundstücke beträgt 12,8 Millionen Mark.

Abg. Frhr. v. Camp (D. Fr.): Man sollte nicht teure Grundstücke in Berlin kaufen. Warum geht man nicht nach Jöhndorf? Dort besitzt der Staat doch Grundstücke. Alles hat Schnelch nach Berlin. Nun will das Potsdamer Oberpräsidium auch nach Berlin, obwohl es fünfzig Jahre in Potsdam gewesen ist. Vielleicht könnte man dieses Gebäude für die Reichsschuldenverwaltung verwenden. Ich mache diese Geldverschwendung nicht mit.

Unterstaatssekretär Sahn: Die Reichsschuldenverwaltung muß in Berlin sein, weil sie mit der Reichsbank, der Reichsdirektoren usw. stündlich verkehren muß. Wenn wir nach Jöhndorf gehen würden, so müßten wir einen kostspieligen Autodienst einrichten.

Abg. Zimmermann (nlib.) bemängelt die Höhe des Kaufpreises.

Abg. Dr. Pfeifer (Str.): Muß denn alles in Berlin sitzen? Der Kolonialgerichtshof mußte auch nach Berlin statt nach Hamburg. Alle Kriegesgesellschaften sind in Berlin. Das erregt Mißstimmung im Volke. (Beifall im bayerischen Zentrum.) Wenn die Regierung die Stimmung verbessern will, dann kann sie nichts Besseres tun, als diese Kompositionsbefehle fortzuführen.

Eine Reihe von Reichsämtern müssen fort aus Berlin (Zurufe: Nach München! — Heiterkeit.)

Die Vorlage geht darauf an den Hauptauschuß. Der Gesetzentwurf über Kriegszuschläge und Gerichtsstände sowie zu den Gebühren und der Rechtsanwältin und der Gerichtsvollzieher wird auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.) einem Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

## Das Reichs-Kinogesez.

Das Haus tritt in die Beratung des Reichskinogesezes ein.

Abg. Ruchhoff (Str.): Die Anzeigen der Kinotheater in den Zeitungen, namentlich der mittleren Städte und der Industriegebiete, sind nur auf das Sensationelle eingestellt. Von Belehrung keine Spur! Und dahinter kommen die Todesanzeigen. Hier müßte die Presse etwas mehr Verantwortungsgesühl zeigen. Mit dem Konfessionszwang allein ist es nicht getan. Jetzt in der Zeit der Hochkonjunktur des Krieges werden wir Reformen leichter durchführen können.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Das Gesetz ist ein Verlegenheitsstückwerk. Hilfe und Rettung soll wiederum die Polizei bringen.

Abg. Kerckhoff (F. Vp.): So, wie das Kino sich entwickelt hat, ist es eine Gefahr für das Volkwohl. Der Vorwurf trifft aber nicht das Kino selbst, sondern nur seine gegenwärtige Entwicklung. Deshalb begrüßen wir die Vorlage, die den Mißständen abzuhelfen geeignet erscheint.

Abg. Ortman (nlib.): Die Lichtspiele sind im Begriff, ein berechtigter Kulturfaktor zu werden. Allzuhohe Anforderungen soll man nicht stellen. Die Theater sind zu teuer, daher geht die Masse ins Kino. Das Kino muß seinen Platz neben dem Theater haben. Wie alle Kulturelemente muß es seine Kinderkrankheiten durchmachen. Wir begrüßen das Gesetz. Es ist entschieden ein Fortschritt.

Abg. Graf v. Cerny (Konf.): Mit der Vorlage wird ein alter Wunsch des Reichstages erfüllt. Die Vorstellungen von weltgeschichtlichen Ereignissen, die Bilder von fremden Ländern, die Darstellung von Forschungsergebnissen wirken zweifellos belehrend. Das Kino ist das Theater des kleinen Mannes. Leider zeigen sich viele Auswüchse. Man sieht Szenen, die gar nicht mehr zweideutig sind. Man muß die Gewähr haben, daß man in moralischer Beziehung keine Entgleisungen zu befürchten hat.

Abg. Rummel (D. Fr.): Endlich haben wir das Gesetz. Die übertriebene Plakate muß beseitigt werden, die Volksseele darf nicht durch einen schrankenlosen Kapitalismus verunstaltet werden. Es war ein peinlicher Mißgriff, daß man im Friedenssaale zu Dreißigtusend zu turbeln begann. Hoffentlich wird der Reichstagspräsident nie gestatten, daß eine Reichstagsitzung kinematographisch aufgenommen wird.

Abg. Eohn (L. Soz.) bespricht die Tätigkeit des Kongresses in der Filmindustrie.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Das Haus verlagert sich Montag: 2 Uhr: Staatsnotgesetz, Angelegenheit Daimler, Friedensverträge mit Großrußland und Finnland.

Schluß 6¼ Uhr.

## Der Fall Daimler im Hauptauschuß.

Scharfe Kritik an den Rechtfertigungsversuchen.

Bei Fortsetzung der Erörterung über den Fall Daimler erklärte im Hauptauschuß gestern der Abg. Erzberger (Str.): Der Reichstag sollte noch vor Ostern gegen die geräuschvolle Agitation draußen Stellung nehmen. Die Rundgebungen der Daimlergesellschaft enthalten bewußte Unwahrheiten.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Selbstverständlich müssen Unwahrheiten mit allen Mitteln ausgerottet werden.

Abg. Stöve (nlib.): Die Gesamtheit der Industrie ist von keiner Seite angegriffen worden. Die Industrie wird sich auch halten, sich mit dem Daimlerischen Vorgehen zu identifizieren.

Generalmajor v. Weisberg erklärte sich im Namen des Kriegsministeriums bereit, im Reichstagsplenarium Erklärungen über diese Angelegenheiten abzugeben.

Abg. Roske (Soz.) führt aus, daß seine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuß habe. Es dürfte nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemüß des Kammerherrn von Behr-Rimow glauben. Wir verlangen auch Aufklärung darüber, was mit den schuldigen Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums geschieht. Die Regierung kann nicht zwingend genug davor gewarnt werden, vor der Industrie den Rückzug anzutreten.

Abg. Rummel (D. Fr.): Hoffentlich werden die Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Kleinge Summen hätten gespart werden können, wenn man rechtzeitig eingegriffen hätte. Warum ist in dem Buderprozess gegen eine Lederfirma den Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums die Genehmigung zur Zeugnisaussage verweigert worden?

General Scheuch, der Chef des Kriegsamts, erwiderte, daß die Verweigerung der Genehmigung zur Zeugnisaussage begleitet gewesen sei von der Bereitwilligkeitserklärung, über bestimmte begrenzte Fragen Auskunft zu geben. Nur wollte man die Aufklärung der ganzen Lederfrage vermeiden.

Abg. Erzberger (Str.) zieht den Antrag auf Militärkürzung zurück.

Hierauf erfolgte die bereits mitgeteilte Abstimmung.

Schließlich kam noch eine Eingabe auf Erweiterung des Militärhinterbliebenengesetzes zur Erörterung. General von Langemann stellte eine entsprechende Vorlage in Aussicht, bis zu deren Verabschiedung alles geschahen solle, um zu verhindern, daß Kriegswitwen und -Waisen in Not geraten.

Nächste Sitzung Sonnabend: Außerordentliche Angelegenheiten.

## Der Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik.

nahm den § 4 der Regierungsvorlage unverändert an, der die Anklündigung oder die Anpreisung von Mitteln, Gegenständen oder Verfahren zur Heilung oder Vinderung von Geschlechtskrankheiten, sowie von Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane verbietet. Straßlos ist das Anklündigen oder Anpreisen an Ärzte oder Apotheker oder an Personen, die mit solchen Mitteln oder Gegenständen erlaubterweise Handel treiben, oder in wissenschaftlich-ärztlichen Fachzeitschriften.

## Die neuen Teuerungszulagen.

Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 15. März.

Ueber die neuen Teuerungszulagen ist es im Ausschuß nach langen Verhandlungen zu einem Kompromiß zwischen den Parteien und der Regierung gekommen. Die Regierung hat sich um einiges vorwärts drängen lassen; die Parteien haben, als sie auf unüberwindlichen Widerstand stießen, schließlich nachgegeben — leicht ist ihnen indessen diese Nachgiebigkeit nicht geworden, und das Bedauern darüber, daß ihnen nichts anderes übrig blieb, klingt aus der vom Ausschuß vorgelegten Entschlieung vernnehmlich genug heraus. Es heißt darin zwar, das Haus erklärt sich mit der von der Staatsregierung in Aussicht gestellten Regelung nach Lage der Verhältnisse einverstanden, aber nicht ohne daß diese Stellungnahme vorher ausdrücklich mit dem Widerstande der Staatsregierung begründet worden wäre. Der Ausschuß sträubte sich ebenso gegen die Einrichtung von Teuerungszulagen und eine danach geordnete Wafassung der Zulagen, und erstrebte zweitens höhere Sätze für die Zulagen an: in beiden Punkten konnte er nicht durchdringen.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern in Fortführung der Beratung über den Etat der Finanzverwaltung mit dieser Angelegenheit, und Minister Hertel, der als Erster nach dem Berichterstatter das Wort ergriff, gab seiner lebhaften Befriedigung darüber Ausdruck, daß es gelang, das Kompromißzustandebewürigen. Man wird es verstehen, wie wertvoll es für die Regierung ist, daß der Gegenstand wenigstens für die Praxis aus der Welt geschafft ist. Der Minister berief sich für den einen — schmalen — Streitpunkt darauf, daß doch einmal Unterschiede in den Ernährungsmöglichkeiten und Preisen zwischen ländlichen Gegenden und Großstädten beständen, und für den zweiten Streitpunkt suchte er die Stellung der Regierung damit zu rechtfertigen, daß die Erhöhung eine recht nennenswerte sei und dem Staate, die Pensionäre ungerichtet, 120 Millionen koste; er meinte auch, daß dieses Vorgehen des Senates diejenigen Gemeinden, die noch zurückgeblieben seien, anspornen solle, auch das Ihrige zu tun. Er hob weiterhin hervor, daß aus Staatsmitteln 10 Millionen Mark zu langfristigen, mäßig verzinslichen Darlehen an Beamte zur Verfügung gestellt werden sollen, und legte besonderes Gewicht auf die Feststellung, daß die Regierung sich vor ihrer Aktion zum ersten Male mit den Beamtenorganisationen in Verbindung gesetzt habe. Wenn er ein gleiches Verfahren auch für spätere große Aktionen ins Auge faßt, so ist nur zu wünschen, daß es nicht etwa bloß beim guten Vorlage bleibt.

Daß jener Gegensatz zwischen Regierung und Partei wohl äußerlich beigelegt, aber nicht innerlich ausgeglichen ist, davon konnte sich der Minister aus dem Verlauf der Erörterung überzeugen: drehte sie sich doch durchweg im wesentlichen um jene beiden Streitpunkte, und die Reden aller Parteien ließen erkennen, daß sie sich mit den Teuerungszulagen nicht befriedet und daß sie ein Mehr in der Bemessung der Zulagen gern gesehen hätten. So herrschte heute der Hauptsache nach Uebereinstimmung zwischen dem Konservativen Deize, Dr. Heß vom Zentrum, Deinetz von der Sozialdemokratie, dem Fortschrittler Deilus, dem Nationalliberalen Dr. Gottschall und dem Freikonfessionar Dr. Wagner-Dreskau. Herr Deize warnte davor, die Beamten weiter auf der sozialen Stufenleiter heruntergleiten zu lassen. Auch Abg. Dr. Heß betonte die Wichtigkeit des Beamtenentums für den Staat: eine Erhaltung des Beamtenentums würde eine Erschütterung des Staates nach sich ziehen. Ueber seine Erfahrungen auf dem Lebensmittelmartt äußerte er, der in Thüringen wohnhaft ist, daß er in Berlin besser und billiger lebe als zu Hause: Blegenkommer für 8,40 M. das Pund führte er als Beispiel an, so etwas bekäme man in seiner Heimat nicht.

Abg. Deilus erkannte den Schritt des Finanzministers, daß er die Beamtenorganisationen angehört habe, als bemerkenswert an, wie er ihm überhaupt Lob für das soziale Verständnis und den fortschrittlichen Geist spendete, die er beweihe. Er sprach auch die Ansicht aus, daß er den Wünschen des Ausschusses noch weiter entgegenkommen wäre, wenn nicht das Reichschahamt gebremst hätte. Daß die Zulagen nicht gleich bemessen oder noch besser für die höher Besoldeten niedriger als für die unteren Beamten bemessen, bedauerte er sehr. Wegen die Teuerungsklassen machte er noch besonders geltend, daß der Maßstab, nach dem sie abgegrenzt seien, mit den Wohnungspreisen und den jetzigen Teuerungsvorschlägen nichts zu schaffen hätte. Interessant war sein Hinweis darauf, daß das Zentrum vor einem halben Jahre den fortschrittlichen Antrag, Staatshilfe für die Gemeinden zur Gewährung von Zulagen bereitzustellen, abgelehnt habe, und daß Dr. Heß diesen Antrag jetzt wieder einbringe. Im ganzen aber stellte Abg. Deilus fest, daß man sich mit dem Kompromiß, mit dem man sich eben abfinden müsse, auch insofern abfinden könne, als den Beamten immerhin Erhebliches geboten werde. Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr: Steuerverwaltung.



# Die Heereslieferungen im Reichstag.

## Die Lex Daimler.

144. Sitzung, Mittwoch, 20. März 1918.

Die Novelle zum Postschleppgesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zur Verhandlung stehen dann die Anträge des Hauptausschusses auf Erlass einer Bundesratsverordnung zur Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe. Der Hauptauschuss legt folgende Entschlüsse vor:

1. den Reichskanzler zu ersuchen, alsbald für Erlass einer Bundesratsverordnung Sorge zu tragen, wonach der Reichskanzler ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen;
2. den Reichskanzler zu ersuchen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten;
3. den Reichskanzler zu ersuchen, eine Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen überwachen sollen.

**Hg. Piesching (Vpt.)** berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Veranlassung zu den Anträgen gaben die Vorgänge bei den Daimlerwerken in Stuttgart. Daimler selbst ist tot, er war ein selbstloser Mann, der sich an solchen Vorgängen nicht beteiligt hätte. Die Werte haben 1914 bereits 16 v. H. Dividende verteilt, 1915 waren es 28 v. H. und 1916 35 v. H. (Hört! Hört!) Dabei sind die Gesamtanlagen im Werte von mehr als 6 Millionen Mark auf 1 Mark abgeschrieben worden. (Hört! Hört!) Der Ausschuss zur Prüfung der Heereslieferungen hat am 1. März eine Anzeige von einem früheren Angestellten der Firma Daimler erhalten, wonach die Kalkulation falsch gewesen sein soll. Da Originale beigelegt waren, wurde von der Heeresverwaltung Strafanzeige erstattet.

### General v. Wrisberg:

Das Strafverfahren gegen die Leitung der Firma Daimler ist wegen verletzten Vertrauens und Kriegswunders eröffnet worden. Das Schreiben, in dem eine Einschränkung des Betriebes angedroht worden ist, ist dem Oberreichsanwalt zugesandt worden zur Untersuchung, ob etwa verletzter Landesverrat vorliegt. Im Namen der Heeresverwaltung habe ich ferner zu der Veröffentlichung der Firma folgende Erklärung abzugeben:

„Wenn die Drohung mit einer Einstellung des Betriebes in Abrede gestellt wird, so wehrt man sich gegen eine Anklage, die gar nicht erhoben worden ist. Der Wortlaut des den Gerichten übergebenen Schreibens läßt gar keinen Zweifel daran zu, daß es sich um ein Ultimatum handelt, das Einschränkungen des Betriebes androhte, falls die geforderte Preisrevision nicht in aller Kürze eintreffe. Es ist stets anerkannt worden, daß die Daimlerwerke hohe Qualitätsarbeit liefern, was wohl weniger der kaufmännischen Leitung, als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. Gerade wegen der hohen Leistungen des Werkes lag es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, einer Einschränkung der Produktion vorzubeugen. So wurde dieses Schreiben, in dem gleichzeitig und endgültig die seit langer Zeit immer wiederholte Forderung, die Heeresverwaltung möge die Preisrevision vornehmen, erhoben wurde, der äußere Anlaß, auf Grund des § 9b des Belagerungszustands-Gesetzes einzuschreiten. Wenn die Firma weiter erklärt, einige Tage später ihre Drohung ausdrücklich zurückgenommen zu haben, so war diese Zurücknahme doch nur erfolgt unter dem Druck der Bestimmungen des Belagerungszustands-Gesetzes, und um die Militarisierung abzuwenden. Die trotzdem bald darauf verhängte Militarisierung erfolgte nicht lediglich auf Grund der inzwischen bekanntgewordenen Angaben eines ehemaligen Beamten der Firma hin, sondern auf Grund der ganzen Vorgänge in Verbindung mit dieser Anzeige. Es trifft also auch nicht zu, daß der Unter- und der Hauptauschuss des Reichstages sich bei ihrem Vorgehen gegen die Firma allein auf die Angaben eines ehemaligen Beamten gestützt haben. Die Daimlergesellschaft wendet sich ferner gegen die in den Zeitungen wiedergegebene Ansicht, sie habe 50 Prozent Preissteigerung gefordert. Die Firma behauptet, nur 10 Prozent gefordert zu haben. Dies war allerdings ihre letzte Forderung. Es wird aber übersehen, daß der Kommissar der Heeresverwaltung im Hauptauschuss nicht von 50 Prozent auf die letzten Preise gesprochen hat, sondern von etwa 50 Prozent auf die zu Beginn des Krieges gezahlten Friedenspreise. Die verlangte Erhöhung beträgt gegenüber diesen Friedenspreisen bei Motoren etwa 41 Prozent, bei Ersatzteilen 70 Prozent, so daß im Durchschnitt etwa 50 Prozent Aufschlag herauskommen. Dies nur zur Richtigkeit. Im übrigen erhalten Konkurrenten tatsächlich um etwa 50 Prozent höhere Preise. Die Ablehnung der Preiszuschläge erfolgte nicht deshalb, weil das Fabrikat im Verhältnis zu anderen Erzeugnissen nicht einen höheren Preis wert gewesen wäre, sondern weil die Firma infolge ihres ungeheuren Umsatzes offenbar einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte, und weil die Verweigerung der Kalkulationsunterlagen es der Preisprüfungsstelle unmöglich machte, pflichtgemäß die wirkliche Angemessenheit der Preise zu beurteilen.“

Soweit die Erklärung, Man hat der Heeresverwaltung den Vorwurf gemacht, sie habe nicht früh genug zugegriffen. Sie hätte aber erst dann ein Recht und die Pflicht zum Eingreifen, als die Abrechnungen in Frage gestellt waren. Die Preise gaben einen ausreichenden Grund nicht, da sie an sich nicht zu hoch erschienen. Die Heeresverwaltung bittet, das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abzuwarten. Die hohen Gewinne der Gesellschaft können auch von ihren sonstigen Geschäften herrühren. Von der Verordnung vom 14. Juli 1917 ist nicht Gebrauch gemacht worden, weil sie nach ihrer Entstehungsgeschichte nicht anwendbar erschien. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß man auch auf ihr sitzen kann. In künftigen Fällen will sich die Heeresverwaltung auf diese Verordnung stützen. Die Anwendung von § 9b des Belagerungszustands-Gesetzes konnte erst in Frage kommen, als ein Vorgehen im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig erschien. Daher wurde erst eingegriffen, als die Leistungen der Firma heruntergedrückt drohten.

Die Heeresverwaltung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Sie hat nichts zu vertuschen und will nichts vertuschen. Es wird auch muß Klarheit geschaffen werden. Man lasse aber den Richter sprechen und greife ihm nicht vor. (Beifall.)

### Hg. Erzberger (Ztr.):

Die deutsche Industrie hat glänzende Leistungen vollbracht. Das glänzende Bild hat aber auch seine Schattenseiten. Gewiß mag in den ersten Kriegsmonaten die Preisfrage keine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Aber etwas mehr Vorsicht hätte man doch walten lassen sollen. Wir wären dann um Hunderte von Millionen reicher. Die Preise waren aber anfangs vielfach so hoch, daß die Lieferanten selbst sich dagegen wehrten. (Hört, hört!) Sie wußten, daß diese Preise einfach unhaltbar sein mußten. Ein planmäßiger Abbau aller Preise bis zum Friedensstand muß beim Eintritt in die Uebergangswirtschaft unser Ziel sein. Wie können wir sonst konkurrenzfähig bleiben? Vor allem gilt das für Holz, Kohle und Eisen. Ohne das schlechte Beispiel vieler Kriegs-Gesellschaften wären die Preise bei uns auch nicht in dem Maße gestiegen.

Nun zu Daimler. Die Erklärungen der Gesellschaft sind irreführend. Wir freuen uns, daß ihre Drohung der Reichsanwaltschaft übergeben worden ist. Wenn gegen Arbeiter gerichtlich vorgegangen wurde, die gestreikt haben, dann muß auch rückwärts vorgegangen werden gegen eine große Aktiengesellschaft. (Beifall.) Die Kalkulation der Gesellschaft ist geradezu eine Verhöhnung des Kriegsministers und des Reichstages. Die Gesellschaft glaubt wohl, der „Idiotengesellschaft“ alles unterbreiten zu können. Das sollte in der Kalkulation ist die Amortisation auf Lohn in Höhe von 30 v. H. (Hört, hört!) Und diese Kalkulation wurde nur „unter strenger Disziplin“ mitgeteilt. Das ist verständlich, denn sie hat das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Jeder gibt es nicht bloß einem Daimler in Deutschen Reich. Ein ganz erheblicher Teil der Schuld trifft das Kriegsministerium. Diese unendliche Gekulb hat man vom preussischen Militär nicht erwartet. Drei volle Jahre streitet man sich mit Daimler herum, bis man die Kalkulation endlich — nicht bekommt. (Seiterkeit.) Da spricht man im Ausland noch von Militarismus. (Erneute Seiterkeit.) Die neue Zentral-Preisprüfungsstelle sollte nicht beim Kriegsministerium, sondern bei der Bumba errichtet werden, deren Prüfungsstelle sich glänzend bewährt hat. Wir verlangen, daß die militärische Ueberwachung auch dann durchgeführt wird, wenn durch übermäßige Preisforderungen die Interessen des Reiches gefährdet werden. Wir hoffen, daß davon möglichst selten Gebrauch gemacht werden muß. Die Zurückforderung der Buchergewinne muß möglichst bald durchgeführt werden.

Auch den Reichstag trifft Schuld. Wir haben in den letzten Jahren unser Kontraktrecht viel zu milde gehandhabt. Das deutsche Volk will die Gewissheit haben, daß die Mittel aus den Kriegsanleihen sparsam verwendet werden. Die rücksichtslos ist man in England vorgegangen! Die Produktion an Kriegsmaterial ist dort keineswegs zurückgegangen, sondern stark gestiegen. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß die Anträge des Ausschusses nicht nur bald angenommen, sondern auch sobald als möglich verwirklicht werden. (Beifall.)

### Generalleutnant Loupette

gab ein Bild der Entwicklung des Vergewaltigungswesens bei der Feilzeugmeisterei und der Bumba. Es ist nicht zutreffend, daß wir mit der Errichtung einer Beschaffungsstelle erst jetzt vorgegangen sind. Der Grund hierzu und der Ursprung geht auf Ende 1914 zurück. Wir haben jetzt ein Kalkulationsbüro wie die privaten Großbetriebe. Es werden jetzt einheitlich die Materialien berechnet, die Mengen, die benötigt werden, die Unkosten und die Gewinne. Es entstand für uns die Frage: soll man jedem einzelnen Werk einen Preis für sich geben, oder soll man Einheitspreise bewilligen? Wir waren uns bewußt, daß Einheitspreise ohne Zweifel Nachteile mit sich bringen. Es war aber bei der außerordentlich großen Zahl von Werken — es handelte sich um viele Tausende — gar nicht möglich, in kurzer Zeit für jedes Werk festzustellen, welcher Preis angemessen sei. Wir mußten deshalb bei der großen Masse zu Einheitspreisen übergehen. Wir sind aber nicht in allen Fällen dazu übergegangen. Bei Pulver, Sprengstoffen und vielen anderen Stoffen haben wir für die einzelnen Werke die Preise festgesetzt. Die Grundlagen für die Kalkulationen gaben uns die staatlichen Institute. Ich will hierbei erwähnen, daß auch die Industrie selber uns hier an die Hand gegangen ist, die großen Organisationen der Industrie, besonders der Verein der Deutschen Eisenhüttenleute und der Verein deutscher Maschinenbauanstalten. Sie haben bei den Preisermittlungen erheblich mitgewirkt. Eine große Zahl von Werken hat uns auch ihre Kalkulationen gegeben. Das Kriegsministerium steht auf demselben Standpunkt, den die Herren im Ausschuss und auch hier vertreten haben, daß es unmöglich ist, bei jeder Industrie genaue Kalkulationen anzustellen. Diese Prüfungen müssen auf einzelne Fälle beschränkt werden. Es muß hervorgehoben werden, daß die deutsche Industrie ganz Hervorragendes geleistet hat. Ich erinnere an die in kürzester Zeit erreichte Lieferung von Stickstoff. Den chemischen Fabriken ist es gelungen, sich in kürzester Zeit auf die Erzeugung von Sprengstoffen umzustellen. Dabei spielte das Gesamtmoment eine große Rolle bei Werken, die noch nie Sprengstoffe hergestellt hatten. Unsere Eisenindustrie hat es verstanden, trotz des Fehlens wichtiger Zuschlagstoffe einen Stahl zu erzeugen, von dessen Vollwertigkeit sich die Engländer und Franzosen täglich neu überzeugen konnten. (Beifall.)

### Hg. Noske (Soz.):

Die gewünschte Bundesratsverordnung wird eine Lex Daimler sein. Es handelt sich um gemütsgeheime, schamlose Erpressungs- und Auswucherungsverträge. Gestraft soll nicht nur ein Unternehmen werden, sondern allen soll das Handwerk gelegt werden, die sich auf Kosten des Reiches die Taschen füllen. Eine dünne Schicht ist es, die Milliardengewinne einstreift. Dem Daimler-Werk reihen sich andere würdig an, die aus der Not des Volkes unerhörte Profite herausminzen. Dreieinhalb Jahre lang haben wir eine wahre Orgie kapitalistischer Gewinnmacherei erlebt. Die Schwerindustrie, die Kanonenwerke, die Gewehrfabriken, die Pulver- und Sprengstoffabriken, die Ledergesellschaften, die chemische Industrie, die Tabak- und Zigarrenindustrie, sie haben ungeheure Gewinne eingesackt und 30 und mehr Prozent Dividende bezahlt. Anlagen im Werte von vielen Millionen sind auf 1 Mark abgeschrieben worden. Einer weiteren Vergeudung von Reichsmitteln muß radikal Einhalt geboten werden.

Von der zu Unrecht eingebrachten Deute muß ein Teil wieder dem Reiche zugeführt werden. Die Preise, für die der Krieg zum

glänzenden Geschäft wurde, sind die eifrigen Treiber der Vaterlandspartei. (Hört, hört!) Sie sind bereit, weitere Ströme des Blutes fließen zu lassen, das nicht aus ihren Reihen kommt. Sie drohen sogar, sich nicht an der Kriegsanleihe zu beteiligen, wenn ihre Gewinne beschränkt werden. Jeder Rechtfertigungsversuch der Daimlerwerke ist ein vergebliches Bemühen. Zweifellos liegt eine Streikandrohung vor. Daß jemals Anlaß vor, von verführtem Landesverrat zu sprechen, so in diesem Falle. Das Volk wird bei seinem Urteil bleiben, selbst wenn das Gericht die Leiter der Daimlergesellschaft nicht für das Zuchthaus reif erachtet sollte. Die Auswucherung des Reiches ist ermöglicht worden, durch Unkenntnis, Nachlässigkeit, Mangel an Voraussicht an manchen Stellen der Heeresverwaltung. Es gibt kein Gebiet, auf dem das Reich noch nicht bewacht worden ist. Die Langmut der Heeresverwaltung ist unbegreiflich. In die großen Werke, wie Daimler, A. E. G. und andere hat man sich nicht so herangebracht, wie es notwendig gewesen wäre.

### Hg. Gothein (Vpt.):

Der Reichstag hat immer darauf gedrungen, daß das Monopol einiger Firmen beseitigt wird. Die Beratung des Kriegsministeriums durch Industrielle ist notwendig. Es grenzt aber nahezu an Bestechung, wenn, wie es häufig vorgekommen ist, einzelne Großindustrielle schon jetzt Beamte der Kriegsgesellschaft und Kreisämter mit hohen Gehältern für die Friedenszeit engagieren. Von Offizieren in Uniform werden im Interesse von Wohlthatigkeitsanstalten Hausiergeschäfte gemacht, wobei natürlich der größte Teil des Gewinns in die eigene Tasche wandert. Das Hindenburgprogramm verlangte auf einmal zu viel, es stellte zu hohe Ansprüche an die Umstellung der Industrie und führte zu Berlehrsstockungen. Inzwischen sind aber infolge der langen Dauer des Krieges und infolge des riesigen Umsatzes die Anlagen sehr abgeschrieben. An sich sind die Abschreibungen berechtigt, denn bei Friedensschluß sind diese Anlagen kaum noch die Abbruchkosten wert. Fraglich bleibt es, ob geeignete Personen für die Kalkulation gefunden werden. Der Hunger nach Eisen wird nach dem Kriege sehr groß sein. Eisen ist jetzt im Ausland teurer als bei uns. Wir müssen die Kaufkraft des Geldes wieder heben, sonst schneiden wir auf den Auslandsmärkten schlecht ab. Wer hat bei den Sädelieferungen im Fall Behr-Pinnow den Ueberpreis bewilligt? Warum zieht man keine Sachverständigen hinzu? Bestimmend wirkt die Kauerei an anderen Stellen. In Belgien hat man deutsche Kaufleute schlechter behandelt als Belgier. Wir wünschen einen Dauerkrieg, der nicht den Keim künftiger Kriege in sich trägt, und der die Moral des Volkes wieder hebt.

### General Scheich:

Es wurde hier über die Beschäftigung von Herren aus der Industrie und dem Handel in unseren Kriegsgesellschaften, besonders in der Kriegsrohstoffabteilung gesprochen. Schon im Frieden wurden wir von allen Seiten des Hauses immer darauf aufmerksam gemacht, wir sollten den kaufmännischen Geist bei uns in der Heeresverwaltung einzugießen lassen, dann würde die Sache viel besser sein, dann würde der militärische Burekratismus nicht solche tolle Sachen machen. Nun haben wir den kaufmännischen Geist einzulassen lassen, und nun sollen wir ihn wieder austreiben. (Seiterkeit.) Herr Noske hat hier Namen solcher Herren genannt. Diese Herren stehen in hohem Ansehen bei ihren Vorgesetzten, bei ihren Kollegen und Kameraden wegen ihrer Objektivität und ihrer wertvollen Dienste. Sie können durch die Nennung ihres Namens in ihrem Werte nicht herabgemindert werden. Die Antrögen zum Fall Daimler werden im Unterausschuss noch weiter behandelt werden. Die Stilllegungen werden vom Reichswirtschaftsamt erledigt. Wir beschränken uns hierbei auf das Allernotwendigste. Bei Handwerksbetrieben wird stets die Handwerkskammer zugezogen, ebenso bei der Einziehung zum Hilfsdienst. Die Handwerker werden nach Möglichkeit an ihrem Wohnort beschäftigt. Der Mittelstand hat am schwersten geklitten. Es ist vaterländische Pflicht, ihn zu stützen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Freitag 12 Uhr: Notetat, Kreditvorlage, Friedensvertrag mit Rußland, Weiterberatung der Daimler-Angelegenheit.

Schluß nach 7 Uhr.

Die große Steeplechase. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)



Der Seidler reitet ein höfliches Pferd.  
 Es hat sich bei manchem Reiter gewehrt,  
 Es geht im Galopp und es geht im Trab  
 Und wer nicht sehr list, den wirft es ab.

Nach mühevollen, gefährlichem Start  
 Beginn für Ross und Reiter die Fahrt.  
 Nur langsam bracht er das Pferd in Schwung  
 Mit Ach und Krach gelang ihm der Sprung.

Und weiter geht's über Graben und Stein,  
 Schon stellt sich ein neues Hindernis ein,  
 Und kaum ist dem Reiter ein Sprung geglückt,  
 Er wieder auf neue Gemüts blüht.

Doch gibt es der Hindernisse auch viel,  
 So winnt doch von Ferne ein köstliches Ziel,  
 Und dem, der die Hürden zu nehmen weiß,  
 Grüßt „Völkerveröhnung“ als herrlichster Preis.

adg.

### Graf Apponyi über die Rede.

Z Budapest, 4. April. (Priv.-Tel.) Der aus Wien zurückgekehrte Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi äußerte sich heute einem Mitarbeiter des Deli Hirlop gegenüber über die Rede des Grafen Czernin wie folgt: „Die Äußerungen des Ministers des Äußern haben allen Erwartungen entsprochen und sie sogar noch übertroffen. Die Rede des Grafen Czernin wird überall, nach innen sowie nach außen, die beste Wirkung hervorrufen. Es ist namentlich auf, daß den verräterischen Elementen endlich von berufener Stelle gegenüber der richtige Ton angeschlagen wurde, um auch nach außen hin zu zeigen, daß man sich vor ihnen nicht fürchtet. Es ist jedenfalls auch erfreulich, wenn es doch eine natürliche Sache ist, daß in der Rede des Grafen Czernin auch die richtige Wertung des ungarischen Einflusses zum Ausdruck kam. Der Umstand, daß diese richtige Wertung endlich auch in jenen Kreisen durchgedrungen ist, die sich bisher davor zu verschließen suchten, wird gewiß auch weitgehende Konsequenzen nach sich ziehen, die auch bei dem Gedanken einer selbständigen ungarischen Armee zum Ausdruck kommen werden. Im allgemeinen aber glaube ich, daß solche Reden auf jedermann mehr den Eindruck der Aufrichtigkeit machen als andere pazifistische Agitationen, weil bei uns, wo alle Faktoren zur Erlangung des Friedens eintreten, diese gar nicht notwendig sind.“

### Deutsche Stimmen.

AB Berlin, 4. April. Zur Rede des Grafen Czernin schreibt die Germania: In einem spannenden Augenblick der Weltgeschichte hat Graf Czernin das Wort ergriffen, um die Stellung der Doppelmonarchie zu den Kriegs- und Friedensproblemen scharf hervorzuheben. Nach seiner Rede liegt es klar zutage, wer die Schuld an den schwereren Kämpfen im Westen und wer sie an der Verlängerung des Krieges überhaupt trägt. Das Blatt weist auf den Unterschied hin, der darin liegt, daß es früher in der Pariser und Londoner Presse hieß, der Bestand Oesterreich-Ungarns müsse schon als Gegengewicht gegen Deutschland erhalten bleiben, und daß jetzt die Entente in der Bewertung und in der Bedrohung der beiden Reiche keinen Unterschied macht. Erst als die Hoffnungslosigkeit ihres Unterjüngens immer offener wurde, erinnerte sich die Entente der Maxime des Königs Eduard: Teile und herrsche! und gedachte auf diese Weise den preussischen Militarismus zu bezwingen. Als Fuchs schickten die Alliierten den früher so friedensredseligen Präsidenten der Vereinigten Staaten vor.

Es sind goldene Worte, die der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen gesprochen hat. Die Versicherung, daß die Treue an der Donau nicht geringer als die deutsche Treue sei, erweckt allenthalben in Deutschlands Volk und Heer ein freudiges Echo. Die Entente ist jetzt hoffentlich endgültig darüber belehrt, daß Oesterreich-Ungarn sich zu einer treulosen Handlung gegen seinen Bundesgenossen nicht verführen läßt. Sehr treffend hat Graf Czernin auch die Kriegsberlängerer im eigenen Lande gebrandmarkt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt aus: Der eine der beiden Höhepunkte der Rede des Grafen Czernin war erreicht, als Graf Czernin die Anfrage Clemenceaus erwähnt und festgestellt hatte, daß es vor Beginn der großen Schlacht zu einer wenn auch kurzen Zwiesprache zwischen Paris und Wien gekommen war, die wenigstens von seiten Czernins mit dem Ziele geführt wurde, dadurch den Ausbruch des furchtbaren Kampfes zu verhüten. Sie mußte ergebnislos scheitern, als Clemenceau sich wieder auf Elsass-Lothringen verließ. Aus dem Munde des Grafen Czernin wissen wir jetzt, wer die Möglichkeit, das Aeußerste zu vermeiden, bereitet hat, und wer mit seinem Verlangen nach deutschem Boden die Mittelmächte unter das Raubnische Joch zwingen wollte. In ihrer Verblendung, daß sie ihr Ziel mit dem Gewinn Elsass-Lothringens noch erreichen könne, hat die französische Regierung die Fortsetzung des Krieges proklamiert. Der andere Höhepunkt in den Ausführungen des Grafen Czernin war, daß er den Schöberratt der tschechischen Führer als die Quelle der französischen Siegeshoffnungen bezeichnet hat. Der scharfe Schnitt, den der Minister zwischen den Führern und dem Volke gemacht hat, muß in der Nachbarmonarchie heilsam sein.

AB Frankfurt a. M., 4. April. Die Frankfurter Zeitung begrüßt die Rede des Grafen Czernin namentlich wegen ihrer wichtigen Angaben über die der Westoffensive vorausgegangenen diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Weltkrieges. Nach dem Grundton der Rede sehe Graf Czernin die Vorschläge des Präsidenten Wilson nach wie vor als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage an.

Die ganze Rede sei ein hochehrfreudiges Ereignis. Graf Czernin befinde sich dabei zweifellos in voller Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung, was durch sein autes Einverständnis mit dem Staatssekretär Dr. v. Hülmann noch wahrscheinlicher ersehe. Diese Uebereinstimmung sei besonders zu betonen an der bedeutungsvollen Rede.

i Köln, 4. April. (Priv.-Tel.) Die Kölnische Volkszeitung sagt am Schluß eines längeren, den Ausführungen Czernins zustimmenden Artikels: Den Worten der Zustimmung müssen wir auch einige kritische Worte folgen lassen. Graf Czernin behandelt den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit ausgesuchter Höflichkeit, noch mehr: er feiert ihn als Vertreter hoher Ideale. Nun sind wir gewiß der Meinung, daß man auch Wilson gegenüber keine hemdärmelige Politik treiben soll, aber wir meinen andererseits, man sollte auch in Wien nicht vergessen, daß zwischen der Union und der

Monarchie der Kriegszustand besteht, daß also dem Feinde Wilson gegenüber eine gewisse stolze Zurückhaltung auch bei einer sachlichen Diskussion am Platze ist. Man sollte des weiteren nicht vergessen, daß man dem wahren Charakter der von Wilson vertretenen eigennütigen, strupellosen Machtpolitik gerechter wird, wenn man sie nicht mit irgendwelchen Idealen in Verbindung bringt. Die einzige Wirkung eines gegenseitigen Verhaltens könnte sonst sein, daß man sich in Washington mit dem bekannten Augurenlächeln zuwinkert.

### Der Eindruck in der Schweiz.

AB Bern, 3. April. Fast sämtliche großen Blätter veröffentlichen die Rede des Grafen Czernin in extenso, und heben durch besonderen Druck und auffällige Ueberschriften die als Sensation wirkende Mitteilung bezüglich der Anfrage Clemenceaus hervor, ohne vorläufige Kommentare daran zu knüpfen. Nur das Berner Tagblatt widmet bereits der Rede ein längeres Entrée-filet, und schreibt: Mitten im furchtbaren Ringen der Millionenheere an der Westfront läßt der Minister des Äußern neuerdings seine Stimme vernehmen, um einen letzten Versuch zur Anbahnung eines Verständigungsfriedens zu unternehmen, und es gehört der Optimismus der tiefinnersten Ueberzeugung dazu, wenn Graf Czernin sich der Hoffnung hingibt, daß seine Stimme das Dröhnen der Geschütze überdönen und den Weg zum Herzen der wahren Menschen und deshalb auch der Friedensfreunde finden wird. Deshalb gelten seine ersten Worte dem Präsidenten Wilson, dem er in ganz ungewohnter Weise zu verstehen gibt, daß Oesterreich-Ungarn auf der Basis der Präsidentenrede zu einer Konversation mit der Union durchaus geneigt ist und seine Rede als geeignete Grundlage zum Eintritt in die Diskussion über den allgemeinen Frieden ansieht.

Graf Czernin konnte nicht umhin, mit besonderem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Oesterreich-Ungarn vor Beginn der Westoffensive alles versucht hat, was nur möglich sei, um gerade diese Offensive zu vermeiden, daß er aber leider damit nicht den erhofften Erfolg hatte, weil Clemenceau Friedensverhandlungen ohne Elsass-Lothringen ablehnte. Daß der Minister des Äußern unentwegt an dem Prinzip des Friedens ohne gewalttätige Angliederung und ohne Entschädigung festhält, hat er an dem eben unterzeichneten Friedensvertrag mit Rumänien nachgewiesen, der diesem Prinzip vollständig entspricht und der somit geeignet ist, die Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Monarchie und Rumänien anzubahnen.

Wenn Graf Czernin sich ziemlich eingehend mit den Kriegsberlängerern befaßt, so lag ihm offenbar daran, vor aller Welt zu bekunden, daß er zwar einen Frieden um jeden Preis ablehnt, aber nicht minder abgeneigt ist, einen annexionistischen Frieden anzustreben. Es ist sicherlich mehr als eine bloße Redemendung, wenn Graf Czernin es sich angelegen sein ließ, den Ententestaaten zu zeigen, wie trügerisch ihre Hoffnungen wären, Oesterreich-Ungarn von seinem deutschen Bundesgenossen abtrünnig zu machen und dabei auf die Unterföhlung vereinzelter Hochverräter zu rechnen, die sich damit brüsten, die berufenen Vertreter des Willens der Nationalitäten der Monarchie zu sein. Das Ziel, das sich der Minister hinsichtlich des allgemeinen Friedens steckt, ist das der Anbahnung einer Völkerverständigung, und zwar auf der Basis eines maßvollen Verständigungsfriedens und internationaler Abmachungen über Rüstungsverminderungen, Schiedsgerichte usw. Wenn man unter diesem Gesichtspunkt die letzten Reden Wilsons, Hertings und Czernins vorurteilslos liest und prüft, muß man eine offene und erfreuliche Identität der Auffassungen dieser drei Staatsmänner feststellen.

### Die Antwort Dr. Baernreither's.

AB Wien, 4. April. Der Obmann des Ausschusses für Aeußeres der österreichischen Delegation, Dr. Baernreither, hat auf das Schreiben der Tschechen, worin sie wegen der Nichtberufung des Ausschusses für Aeußeres Beschwerde führen, folgendes Antwortschreiben erteilt:

In Beantwortung des geehrten Schreibens des Tschechischen Verbandes vom gestrigen Tage habe ich die Ehre, zu erklären, daß es der ausdrückliche Wunsch des Grafen Czernin ist, sobald irgend tunlich in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Delegationen zu erscheinen, und daß ich mir der Verantwortung vollkommen bewußt bin, die mich in der heutigen Zeit für die Abhaltung einer Sitzung trifft. Da aber Graf Czernin erst knapp vor den Feiertagen zu einem nur auf wenige Tage berechneten Aufenthalt in Wien eingetroffen ist, so war es wegen der Kürze der Zeit und der Abwesenheit fast aller Ausschußmitglieder von Wien unmöglich, eine Sitzung rechtzeitig einzuberufen. Ich nehme aber eine solche für die Zeit in Aussicht, sobald es dem Herrn Minister des Äußern möglich sein wird, an den Beratungen des Ausschusses teilzunehmen.“

### Die Rede Czernins.

#### Stellungnahme der Südslawen.

\* Wien, 4. April. Heute im Abgeordnetenhaus erschienene südslawische Abgeordnete äußerten, daß sie den Teil der Erklärungen des Grafen Czernin, in dem er sich gegen die Tschechen wendet, schon aus Gründen der slawischen Solidarität verhorreszieren müssen, aber auch wegen der gemeinsamen Saktuna, die sie in faktischer Beziehung im Abgeordnetenhaus mit den Tschechen einnehmen. Aber auch dadurch müssen sich die Südslawen verstimmt fühlen, daß Graf Czernin in seiner Kundgebung die Südslawen völlig überatna und nur die Deutschen und die Ungarn lobend erwähnte, andererseits die Tschechen angriff. Daß die Kroaten, wie alle Südslawen, in diesem Kriege so hervorragende militärische Leistungen vollbrachten, hätte zumindest auch eine Erwähnung verdient. Jedenfalls erwies Graf Czernin dem österreichischen Ministerpräsidenten einen schlechten Dienst, und dies gerade jetzt, wo sich zwischen den einzelnen Parteien Käden zu spinnen begannen, die die Hoffnung aufkeimen ließen, daß das große Werk der Verfassungsrevision vorläufig wenigstens zu einem Waffenstillstand führen werde. Die Hoffnung auf einen parlamentarischen Vorfrieden wurde mit der Rede des Grafen Czernin vernichtet, abgesehen davon, daß sich Graf Czernin über die verfassungsmäßigen Kompetenzen hinwegsetzte.

#### Eine ukrainische Ansicht.

Ein Führer der Ukrainer im Abgeordnetenhaus äußerte sich über die Rede des Grafen Czernin: Der Minister des Äußern hat meiner Ansicht nach ganz überflüssigerweise in seiner Rede harte Töne angeschlagen. Nebenfalls hat er damit die Käden zerrissen, die sich, wie ich bestimmt weiß, bereits in der Frage der Verfassungsreform zwischen Deutschen und Slawen zu spinnen begannen hatten. Nicht nur die Position des Kabinetts Seidler, sondern die ganze Situation im Abgeordnetenhaus ist durch diese Rede alles eher als erleichtert worden. Was das zukünftige Verhältnis der Ukrainer zum Minister des Äußern Grafen Czernin und zur Regierung Seidler betrifft, hängt dieses in erster Reihe von der Saktuna Oesterreich-Ungarns zur Ukraina, beziehungsweise von der Stellungnahme der österreichischen Regierung zu den ukrainischen Forderungen in Ostgalizien ab. Der sogenannten austro-polnischen Lösung und einer Revision des mit der Ukraina in Brest-Litovsk abgeschlossenen Friedensvertrages werden wir natürlich nie zustimmen.

## Das Sprechrecht des Ministers.

Wenn die Leiter des Tschechischen Verbandes und tschechische Presseorgane in der ersten Ratlosigkeit, was sie auf die schwere Anklage des Grafen Czernin gegen die Kriegsverlängerer, gegen die Masaryks im Hinterlande antworten sollen, darauf verfallen sind, dem Minister Vorhaltungen zu machen, weil er seine Rede an eine Abordnung des Wiener Gemeinderates gehalten habe, so läßt sich eine solche Kritik wenigstens psychologisch erklären. Schlimmer steht es schon, wenn den gleichen Vorwurf sich das Wiener sozialdemokratische Zentralorgan zu eigen macht. Gewiß hat der Minister des Äußern verfassungsgemäß der Delegation Rede und Antwort zu stehen, aber nirgends steht geschrieben, daß er über die bloße Pflichterfüllung nicht hinausgehen und auch außerhalb des Delegationsforums zur Öffentlichkeit sprechen dürfe, zumal wenn ihm dieses zur erwünschten Stunde nicht zur Verfügung steht. Es ist eine wunderliche „Demokratie“, die einem Minister darob Vorwürfe macht, daß er nicht im Rahmen des mehrfach gestiebt Delegationsausschusses geblieben ist, sondern zu einer Abordnung von freigewählten Vertretern großstädtischer Volksmassen gesprochen hat. Das sozialdemokratische Organ hat es immer ganz nett gefunden, wenn sich Minister, ja ganze Regierungen um sozialdemokratische Vertreter versammelten und mit ihnen stundenlange Aussprache pflogen und Vereinbarungen trafen über Dinge, welche die Gesamtbevölkerung betreffen und zweifellos in die Kompetenz des Reichsrats fallen; auf einmal soll es ungehörig sein, daß ein Minister des Äußern zu Volksvertretern der Reichshaupt- und Residenzstadt über Dinge spricht, die er bei der ersten gegebenen Gelegenheit auch vor dem verfassungsgemäß zuständigen Forum der Delegationen zu erörtern sich ausdrücklich bereit erklärt! Die Kritik des sozialdemokratischen Organs beinhaltet nicht nur eine recht undemokratische Herabsetzung der Bevölkerung Wiens, sondern trifft auch den Führer der sozialdemokratischen Gruppe im Wiener Gemeinderate, G. A. Neumann, der doch nicht deshalb mit der Abordnung zum Grafen Czernin ging, weil er erwartete, daß dieser sich in tiefes Schweigen hüllen werde.

Aber selbstamerweise trägt heute bereits zum drittenmale, auch das „Neue Wr. Tagbl.“, also gleichfalls ein „demokratisches Organ“, seine Zweifel vor, ob „die Abordnung des Wiener Gemeinderates die berufene Hörschaft“ war. Wir können uns nicht erinnern, daß das genannte oder ein anderes Organ des Wiener Liberalismus den gleichen Zweifel geäußert hätte, als Graf Czernin Vertreter der Wiener Presse zur Hörschaft einer ähnlichen großen politischen Rede gemacht hat, oder damals, als Graf Czernin seine große Friedensrede bei einem Budapest-Festmahle hielt. Warum gerade die Gewählten der Bevölkerung Wiens am allerwenigsten berufen sein sollen, wichtigen politischen Eröffnungen des leitenden Ministers der Monarchie das Auditorium zu stellen, ist das Geheimnis der „demokratischen“ Kritiker. So berufen wie Presseportier oder Teilnehmer an einem Essen sind gewählte Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt, zugleich Vertrauensmänner dreier Parteigruppen, von denen wenigstens zwei große Volksmassen repräsentieren, doch wohl auch noch.

Da haben wir durch vier Kriegsjahre das feindliche Ausland und das benachbarte Ungarn um seine Sprechminister beneidet, die mit dem Volke nicht nur durch Verordnungen und Erlässe, sondern durch passende zeitgemäße Ansprachen in Verbindung blieben, es aufrichteten und anfeuerten, auf dem Laufenden erhielten und ihm das Gebot der Stunde mundgerecht zu machen mußten. Endlich hat die Monarchie einen Sprecher erhalten, der die gleichen modernen Wege geht, sich nicht hinter Aktenbergen verbirgt, sondern zum Volke geht, zu ihm in der Sprache spricht, die es versteht und die es längst zu hören wünschte, und schon schütteln die professoralen Musterdemokraten des Liberalismus und der Sozialdemokratie bedenklich die bezopften Köpfe wie das berühmte Kollegium bei den Reden des Kandidaten Johse. Ist es reaktionäre Veranlagung oder — die Angst vor überlegener Konkurrenz?

### Judentwünsche, die wir billigen.

Dem „Jüd. Pressb.“ in Stockholm wird aus Wien gemeldet:

Eine jüdische Abordnung, aus den Herren Reichsratsabgeordneten Dr. B. Straucher, Adolf Stand und Ing. A. Stricker bestehend, hatte in letzter Zeit mehrere Konferenzen mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Seidler und dem Minister des Innern Graf Toggenburg über die Judenfrage in Oesterreich. Die Abordnung, die die zionistische und nationaljüdische Bewegung Oesterreichs vertrat, unterbreitete der Regierung die jüdischen Wünsche und Forderungen in bezug auf die erwartete Reform der österreichischen Verfassung. Die Besprechungen wurden mit einer Zusage der Minister geschlossen, sie werden, soweit dies ihnen möglich ist, die übermittelten jüdischen Forderungen unterstützen. In einer dem Ministerpräsidenten überreichten Denkschrift faßte die Abordnung die jüdischen Forderungen in folgenden Sätzen zusammen:

Anerkennung der jüdischen Nationalität und Gewährleistung des freien Bekenntnisses zu derselben.

Das Recht der Juden auf ihre Schule, auf Erziehung ihrer Kinder in jüdischem Geiste.

Vertretung der Juden entsprechend ihrer Zahl und ihren Leistungen im Reichsrate, in den Landtagen und den

Gemeindeverwaltungen durch Bildung von jüdischen Wahlkurien und Einführung des Proportionalsystems. Vertretung der Juden in der Reichsregierung durch einen Minister oder Staatssekretär.

Sofortige Durchführung der den Juden durch die Verfassung garantierten bürgerlichen Gleichberechtigung.

Konstituierung der jüdischen Nation durch Schaffung eines Reichsverbandes (nationale Kammer) auf Grund des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes. Gesetzlicher Ausbau der jüdisch-religiösen Institutionen durch Schaffung eines Reichsverbandes der Kultusgemeinden.

Mit vorstehenden Forderungen, die leider bisher nur von einem Teile der Judenenschaft erhoben werden, kann man vom christlichsozialen Standpunkte aus, der „Jedem das Seine“ zubilligt, im allgemeinen nur einverstanden sein. Daß sie nicht verwirklicht sind, gab dem Antisemitismus, dieser kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Selbstschutzbewegung der christlichen Bevölkerung gegen als schweres Uebel empfundene Assimilierung Anstoß und Inhalt. Was der christlichsoziale Antisemitismus unter „jüdischer Gefahr“ versteht und was die scharfen Auseinandersetzungen herbeizwingt, würde mit der Konstituierung der Judenenschaft als eigener Nation im wesentlichen beseitigt sein. Es geschah sowohl den Christen als auch den Juden dadurch ein Unrecht, daß die Gesetzgebung den letzteren bloß den Charakter einer religiösen Bekenntnisgemeinschaft, nicht aber den eines eigenen Volkes zuerkannte, wodurch sie zu Parasiten jedes ihrer christlichen Wirtschaftskreise gestempelt wurden, die ihrerseits alsbald mit Abwehrbewegungen reagierten. Wenn nun aus der Judenenschaft selbst immer nachdrücklicher der Ruf nach reinlicher Scheidung erhoben wird, so können wir darin nur ein Anzeichen begrüßen, daß es in der Judenenschaft nicht mehr an Elementen fehlt, welche endlich die Ursachen und Beweggründe der Selbstschutzbewegung des Antisemitismus erkennen und den Mut haben, daraus die gegebenen Folgerungen abzuleiten. Den Juden ihre Nationalität mit allen politischen Konsequenzen, mit jüdischen Wahlkurien, Judentheatern und wenn es sein muß, auch Judenministern! Lieber ein jüdischer Landsmannminister als ein tausendfach von jüdischen Interessen abhängiges Gesamtkabinet. Wenn der Ministerpräsident und der Minister des Innern tatsächlich der bei ihnen erschienenen Judenabordnung die Förderung der angeführten Wünsche zugesagt haben, so haben sie sehr löblich gehandelt. Das Selbstbestimmungsrecht der Christen hat die Selbstbestimmung der Juden, was gleichbedeutend ist mit der Beschränkung des Bestimmungsrechtes der Juden auf ihre eigene Nation, zur Voraussetzung.

## Innerpolitisches.

### Eine Antwort der katholischen Tschechen an den Grafen Czernin.

Graf Czernin hat in seiner Rede an die staats-treuen Parteien und Elemente appelliert, ihn im Kampfe gegen die inneren politischen Unruhen zu unterstützen. Dieser Aufruf richtet sich besonders auch an die gemäßigten und besonnenen Kreise des tschechischen Volkes. Es liegen bereits Antworten von diesen vor. Wie berichtet, hat der Prager katholische „Cech“ ziemlich deutlich auf die Mandatszahl verwiesen und zur Bornahme von Neuwahlen aufgefordert. Die katholischen Tschechen in Mähren haben gestern, wie aus Práha berichtet wird, in einer Vorstandssitzung der tschechischen katholischen und der tschechischen christlich-sozialen Partei eine Kundgebung beschlossen, die zunächst bedauert, daß die Kundgebung des Grafen Czernin an einem Orte erfolgte, an dem es den zuständigen Vertretern des tschechischen Volkes nicht möglich sei, auf die Bewandigung zu antworten, daß sie auf die Kriegsverlängerung hinwirkten und ihre politischen Ziele durch den Sieg der Reichsfeinde erreichen wollten. Die Kundgebung fährt sodann fort:

Wir erachten es als unsere Pflicht, für unsere Partei eine ähnliche Bewandigung auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir erklären zugleich, daß wir, indem wir fest und unerschütterlich auf der Treue zum Reiche und zur habsburgischen Dynastie beharren, zu deren Verteidigung ungezählte Tausende von Söhnen des tschechischen Volkes ihr Leben auf den Schlachtfeldern geopfert haben und das tschechische Volk immer und immer wieder die größten Opfer bringt, ebenso treu und unbürdlich darauf bestehen, daß dem tschechischen Volke das volle unverkürzte Recht werde, denn nur so kann die Zukunft des Reiches gesichert werden. Deshalb haben wir mit Bedauern festgehalten, daß Graf Czernin einen augenscheinlichen Unterschied macht zwischen den einzelnen Nationalitäten, ja zwischen den Müttern. Wir bedauern dies um so mehr, als seine Worte unaussprechlich die gegenseitige Wirkung von dem haben müssen, was man erzielen wollte. Sind wir uns doch dessen wohl bewußt, was die böhmischen Länder geleistet haben und was dies in der Kriegszeit für das Reich bedeutet, und es ist uns nicht unbekannt, was in dieser Beziehung die ungarischen Faktoren geleistet haben. Auch wir beurteilen den Hoßverrat, aber nicht bloß bei einzelnen Personen, sondern überall und immer. Nicht weniger offenbar ist der Verrat, der sich nach außen hin in Loyalität hüllt, dafür aber um so verheerendere Wirkungen für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Reiches und dessen Zukunft hat. Wer dem wirklich sein Augenmerk zuwendet, muß dies nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat beweisen, und sich bemühen, daß durch eine gerechte Regelung der inneren Verhältnisse des Reiches, tatsächlich die Ursachen der Unzufriedenheit beseitigt werden.

Die Konservativen „Hlas Naroda“ suchen den Vorwurf des Grafen Czernin auf andere Art zu entkräften:

Die Beilegung einer tschechischen Armee an den Kämpfen in Frankreich und in Italien könnten auch die dortigen Staatsmänner nur als eine armselige Demonstration betrachten und von der ganz neuen Forderung nach Kostrennung der Slowakei von Ungarn, über die man auch hier schon ganz verschiedene Urteile, hätten die Staatsmänner der Entente überhaupt keine klare Vorstellung. Zum Schluß verweist das Blatt im Namen jener, die mit dieser Casardpolitik nichts gemein hätten, darauf, daß zum Tatbestand des Hochverrats auch die Eignung der Mittel gehöre; dieses Charakteristikum sei aber hier nicht vorhanden.

**Eine Rede Dr. Raschins.**

Gestern abends fand in Holešowitz eine Versammlung der tschechischen staatsrechtlichen Demokratie statt, in der Dr. Raschins über die Konzentration der politischen Parteien sprach und dabei auch die Rede des Grafen Czernin kritisierte. Er erklärte, daß Bedrückungen und Verfolgungen nicht imstande gewesen seien, die Macht der Nation zu brechen. Sie hätten sie vielmehr nur im Kampfe um ihre nationalen Ideale, um die Selbständigkeit der Nation und den tschechischen Staat gestärkt. Graf Czernin rufe die Magnaten und die Deutschen zu Hilfe, um deren Vorherrschaft es sich handle. Die Tschechen erwarten ihre Selbständigkeit nicht davon, ob irgendeine Schlacht gewonnen wird, sondern sie warten, bis die Freiheit der Idee gewonnen haben wird, die Idee der Selbstbestimmung der Nationen (hier sind einige Worte konfisziert). Nach den bisherigen Erfahrungen würde man vergeblich die nationalen Rechte im Parlamente zu erreichen suchen. Für die Tschechen gebe es nur einen Weg, den Weg der Ausdauer, Treue und Geduld. Es sei vielleicht ganz gut, wenn man sich unter schwerem Drucke zu dem Ziele durcharbeitet und sich daran gewöhne, den Ruf „Hochverräter“ über sich ergehen zu lassen. Von den Nationen, die gegen Oesterreich kämpften, erwarten die Tschechen kein Geschenk. Für sie war die Erklärung Wilsons nur ein Zeichen, daß es sich in diesem Kriege um die Idee der Selbstbestimmung handle. Nach den Mitteilungen Czernins sei es der Bevölkerung Kurlands, Estlands und Livlands freigestellt worden, ob sie sich von Rußland losreißen wollen. (Hier sind abermals zwei Zeilen konfisziert).

In der Versammlung sprachen auch als Gäste die Sozialdemokraten Redakteur Kouřilka und Dr. Šouřup, die in entschiedener Weise sich gegen die Rede des Grafen Czernin wandten und namens der tschechischen Sozialdemokratie deren Teilnahme an dem Kampfe für die Selbständigkeit der tschechischen Nation und des tschechischen Staates bis ans Ende und um jeden Preis zusicherten.

**Czechische Blätterstimmen.**

Mit Ausnahme einer Besprechung Viktor Dohs in den „Narodni Listy“ und des Leitartikels des „Hlas Naroda“ sind die Artikel der heutigen tschechischen Morgenblätter, welche die Wiener Rede des Grafen Czernin kritisieren, vom Zensur stark gestrichen worden. Im „Denkov“ wurde der ganze Artikel samt Titel konfisziert.

Viktor Doh weist in den „Narodni Listy“ gegenüber der Annahme des Grafen Czernin, daß das tschechische Volk loyal und österreichisch gesinnt sei und nur einige Führer Hochverräter seien, darauf hin, daß die Kundgebung vom 6. Januar von den Vertretern der gesamten Nation bis auf einen einzigen, den Abgeordneten Emerald, beschlossen worden sei. Die Äußerung über den Hochverrat würde somit im Wesen die ganze Nation treffen. Nun werde diese Äußerung entweder keinerlei politische Folgen haben und somit zumindest überflüssig gewesen sein, oder sie bedeute das Auftreten einer Politik, die nicht neu wäre und nach vielfacher Ansicht auch nicht gut gewesen sei. Es gebe keinen tschechischen Politiker und keinen Tschechen überhaupt, der sich der nationalen Solidarität entziehen wollte und der sich durch die Äußerungen des Grafen Czernin getroffen fühlen würde.

Soweit der Artikel der „Narodni Politika“ vom Zensur unberührt gelassen wurde, läßt sich ihm die ironische Bemerkung entnehmen, daß der Minister nicht werde behaupten wollen, daß die Lebensmittelnot durch jene Führer und Strömungen verschuldet worden sei, die er als hochverräterische Kriegsverlängerer bezeichnet habe. Unausweichliche Voraussetzung des inneren Friedens in dieser Monarchie sei zumindest die vollständige nationale und sprachliche Gleichberechtigung und der Aufbau auf föderalistischer Grundlage.

Das in deutscher Sprache erscheinende alte tschechische Organ schreibt: Der höchsten Unvernunft würden sich jene Volksvertreter schuldig machen, die bei ihren Bemühungen um die Geltendmachung der Rechte ihres Volkes auf fremde Hilfe spekulieren würden. Die slawischen Volksvertreter wissen sich von diesem Fehler ganz frei. Sie vertrauen einzig und allein auf die Kraft ihrer Völker und hoffen, mit ihr allein, wie erst jüngst Abgeordneter Klossac darlegte, die Ziele, die sie sich gesteckt haben, zu erreichen, ob nun die Engländer in Berlin oder die Deutschen in Paris stehen.

Im Gegensatz zu den Artikeln der vorgenannten Blätter steht der des konservativen Blattes „Hlas Naroda“. Es glaubt dem Graf Czernin aufs Wort, wundert sich aber über die Oberflächlichkeit im Urteil, mit der Clemenceau und Genossen ihre letzten kriegsverlängernden Hoffnungen auf die Handlungsweise einzelner politischer Führer in Oesterreich gesetzt hätten. Die Beteiligung einer tschechischen Armee an den Kämpfen in Frankreich und in Italien könnten auch die dortigen Staatsmänner nur als eine armselige Demonstration betrachten und von der ganz neuen Forderung nach Lostrennung der Slowakei von Ungarn, über die man auch hier schon ganz verschieden urteile, hätten die Staatsmänner der Entente überhaupt keine klare Vorstellung. Zum Schluß verweist das Blatt im Namen jener, die mit dieser Kasarpolitik nichts gemein hätten, darauf, daß zum Tatbestand des Hochverrats auch die Eignung der Mittel gehöre; dieses Charakteristikum sei aber hier nicht vorhanden.

**Eine Erklärung der klerikalen Tschechen Mährens.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Brünn, 4. April.

Die Vorstände der tschechisch-katholischen und der tschechisch-christlich-sozialen Partei haben anlässlich der Rede des Grafen Czernin eine Kundgebung beschlossen, in der es heißt:

„Wir bedauern ernstlich, daß die Kundgebung des Grafen Czernin an einem Orte erfolgte, an dem es den zuständigen Vertretern des tschechischen Volkes nicht möglich war, auf die Beschuldigung zu antworten, daß sie auf die Kriegsverlängerung hinwirkten und ihre politischen Ziele durch den Sieg der Reichsfeinde erreichen wollten. Wir erachten es als unsere Pflicht, für unsere Partei eine ähnliche Beschuldigung auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir erklären zugleich, daß wir, indem wir fest und unerschütterlich auf der Treue zum Reiche und zur habsburgischen Dynastie beharren, zu deren Verteidigung ungezählte Tausende von Söhnen des tschechischen Volkes ihr Leben auf den Schlachtfeldern geopfert haben und das tschechische Volk immer und immer wieder die größten Opfer bringt, ebenso treu und unverrückbar darauf bestehen, daß dem tschechischen Volke das volle unverkürzte Recht werde, denn nur so kann die Zukunft des Reiches gesichert werden. Deshalb haben wir mit Bedauern festgestellt, daß Graf Czernin einen augenfälligen Unterschied macht zwischen den einzelnen Nationalitäten, ja zwischen den Müttern. Wir bedauern dies um so mehr, als seine Worte unausbleiblich die gegenteilige Wirkung von dem haben müssen, was man erzielen wollte. Sind wir uns doch dessen wohl bewußt, was die böhmischen Länder geleistet haben und was dies in der Kriegszeit für das Reich bedeutet, und es ist

**Die Rede des Grafen Czernin.**

**Verwahrung tschechischer Herrenhausmitglieder.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 4. April.

Die Herrenhausmitglieder Minister a. D. Dr. Forstht, Hofrat Dr. Glava, Hofrat Dr. Brba und Ritter v. Wobanla haben nachstehendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler geschickt:

Die Unterzeichneten, gewiß der Zustimmung sämtlicher bürgerlichen Herrenhausmitglieder tschechischer Nationalität, legen energisch Verwahrung ein gegen die Form und den Inhalt der Pauschalanlage, die der Minister des Inneren Graf Czernin in seiner Privatkundgebung am 2. d. gegen die verfassungsmäßigen Vertreter des tschechischen Volkes und hierdurch gegen die politischen Bestrebungen des Volkes selbst erhoben hat. Noch nie wurde von einem österreichischen Minister ein historisch seiner Bedeutung für die Monarchie sich voll bewußtes Volk von sieben Millionen in derart rücksichtsloser und ungerechter und vom wahrhaft österreichischen Standpunkt unpolitisch Weise behandelt, wie es dem Grafen Czernin in vollständiger Verkennung seiner Aufgabe als Minister des kaiserlichen Hauses zu tun beliebt hat. Wir ersuchen Eure Excellenz, diese unsere Verwahrung zur Kenntnis zu nehmen und behalten uns vor, sie bei dem ersten sich bietenden Anlaß sachlich und eingehend zu begründen.“

**Die Beratung der Prager Abgeordneten.**

Heute vormittag fand eine Sitzung der Abgeordneten von Groß-Prag statt, in der beschlossen wurde, an den Tschechen Verband die Frage zu richten, welchen Standpunkt er gegenüber der Erklärung des Grafen Czernin einnehmen werde.

Der Morgen  
18. VII. 1918

138

# Der Blaue Montag.

## Czerin und das freche Bienenweib.



Geibler: „Greif mir, mein Fremd, nicht in das Bienenweib, — denn ich bleib' hier, du fährst nach Bataren!“

der verstorbenen König Carol zum Geschichtslehrer des Prinzen Carol bestellt hatte.

## Die Türken vor Batum und Kars.

Konstantinopel, 7. April. (Amtlich.)

Bericht des Osmanischen Großen Hauptquartiers vom 7. April 1918.

**Balafrafront.** Im kühnen Vorstöße warfen unsere Patrouillen an verschiedenen Stellen der Front feindliche Postierungen zurück und drangen tief in die feindlichen Stellungen ein.

**Kankasusfront.** Beiderseits des **Wanjeeß** und in der Richtung **Kars** haben wir weitere Fortschritte gemacht. An der Küste stehen unsere Truppen vor **Batum** Banden gegenüber.

## Innerpolitisches.

### Die Rede des Grafen Czernin und die Parteien.

Der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Abg. Dr. Waldner hat den Verbandsausschuß für morgen, Dienstag, 10 Uhr vormittags, telegraphisch zu einer Sitzung einberufen. Es soll in dieser Beratung vor allem zur Rede des Grafen Czernin, die in deutschnationalen Kreisen lebhafteste Befriedigung erregt hat, eine Erklärung erfolgen.

Abg. Dr. Waldner hat in **Hermagor** in einer Wählerversammlung entschieden gegen die südslavische Propaganda protestiert und verlangt, daß die Monarchie im Frieden mit **Italien** besser geschützte Grenzen erlangen müsse, daß die Ostküste des Adriatischen Meeres uns zufallen und daß **Italien** eine angemessene Kriegsschädigung für die verursachten Kriegsschäden leisten müsse.

In **Prag** hielten gestern die tschechischen Parteien Beratungen ab, in denen gegen die Rede des Ministers des Außeren Grafen Czernin „protestiert“ wurde. Als „erste Antwort der tschechischen Delegation an Czernin“ wird nach Ankündigung der „**Nar. L.**“ Abg. Dr. **Jahradnik**, das einzige tschechische Mitglied im Subkomitee des Heeresausschusses der österreichischen Delegation, morgen gegen die „provokatorische Rede Czernins“ entschieden sich verwahren. — Der Rundgebung der tschechischen Herrenhausmitglieder haben sich Minister a. D. **Freih. v. Trnka** und Hofrat **Goll** angeschlossen.

Für Samstag ist in **Prag** eine Versammlung sämtlicher tschechischer Abgeordneter und Herrenhausmitglieder, tschechischer Schriftsteller und Künstler, der Akademie der Wissenschaften und Vertreter aller Parteien anberaumt, um Stellung zur Rede des Grafen Czernin zu nehmen.

Ministerpräsident Dr. v. **Seidler** hat den Vorstand des Tschechischen Verbandes Abg. **Stanel** und Vizepräsidenten **Tufar** zu einer Besprechung für Mittwoch eingeladen.

**Namens der Südslaven** hat Abgeordneter Dr. **Korosec** folgende Rundgebung an den Tschechischen Verband gerichtet:

„Was immer auch komme, wir geben **Deutschlands** Interesse nicht preis.“ sagte Graf Czernin den Klubobmännern des Wiener Gemeinderates. Damit die Böller über diese Worte nicht nachdenken (1), mußte ein **Banzapfel** unter sie geworfen werden. Was ist einem deutschböhmischen Grafen näherliegend, als daß er das deutsche und magyrische Volk zu **Hausbrüchen** gegen die **Böhmen** (2) verleitet? Das ist ihm gelungen. Der Tschechische Verband muß jedoch die Versicherung entgegennehmen, daß die Südslaven in **Gold** und **Freud** treu ausharren werden an der Seite des „böhmischen“ Volkes im Kampf um dessen Ehre und Existenz. **Fest aneinander geschlossen** werden wir unsere gemeinsame gerechte Sache zum Siege führen.

Von der kühnen Unterstellung abgesehen, die sich gegen das Bündnis mit Deutschland richtet, ist dieses Schreiben weit vorsichtiger als das voreilige Aufschreiben der tschechischen Führer, die sich damit als die zunächst Betroffenen bekannten. Abg. Dr. **Korosec**, der sich einige Zeit gelassen hat, tut dagegen unschuldig, unschuldiger, als neuerlich dieses Schreiben ihm gestatten würde. — Wie uns aus **Laibach** berichtet wird, bezeichnen die slovenischen Blätter die Ausführungen des Grafen Czernin als „Kriegserklärung gegen die slavischen Aspirationen“ und greifen sie heftig an. Der liberale „**Slovenski Narod**“ wirft sogar Graf Czernin „**infernale Bosheit**“ vor, seine Rede sei „ein Schlag ins Gesicht der slavischen Völker“, eine „von einem gewissenlosen Verschwörer gegen die edlen Absichten des Kaisers geschleuderte Bombe“, sie „**entsache den Bürgerkrieg**“, sei „ein Unglück für den Staat“ usw.

Und nun möchten wir nach so vielen leidenschaftlichen Auslassungen slavischer Führer endlich wenigstens einen leisen Versuch erleben, die Anklagen des Grafen Czernin zu **widerlegen**. Sind die Protestler nicht imstande, dem Grafen Czernin Unwahrheiten nachzuweisen, dann strapazieren sie sich zwecklos. Auf Worte, Proteste, Entschließungen gibt die Öffentlichkeit nichts mehr, auf die **Tatsachen** kommt es an. Das mußte auch Herr **Clemenceau** erfahren, dem Czernins Rede gleichfalls nicht gefallen hat. . . .

### Herrenhaus und Gesundheitsministerium.

Die Sanitätskommission des Herrenhauses hielt heute unter dem Vorstehe ihres Obmannes Grafen **Bettler** und im Beisein des Ministers Dr. **Sarbaczewski** eine Sitzung ab, in der die vom Abgeordnetenhaus erledigte Gesetzesvorlage über Errichtung eines Ministeriums für **Volks-gesundheit** in Verhandlung stand. Das Ergebnis der Verhand-

## Wahlreform und Städtereform.

Die Verschleppung der Wahlreform nimmt ihren ungestörten Verlauf. Unsere tonangebenden Politiker können im Schweiße ihres Angesichtes darüber nach, wie sie immer wieder auf's neue Zeit gewinnen können, um sich dem 2-fach gegebenen feierlichen Versprechen betreffend die „rascheste“ Erledigung dieser „dringendsten“ aller Staatsangelegenheiten zu entziehen. Jeder Tag fördert neue Winkelzüge zu Tage, die samt und sonders nur darauf angelegt sind, Zeit zu gewinnen, das heißt die drohende Regierungskrise hinauszuschieben.

Sympathisch, weil aufrichtig, zielbewußt und korrekt berührt inmitten der herrschenden Lavierei nur die Haltung des jungen Königs. Er strebt nach wie vor eine Konzentration aller parlamentarischen Kräfte an, um eine Vereinbarung zustandezubringen, durch welche die Wahlreformangelegenheit auf einen Ruhepunkt gelangen soll und so die Ausschreibung von Neuwahlen während der Kriegszeit vermieden werden kann. Diesem achtunggebietenden königlichen Willen gegenüber übt Graf Julius Andrássy auf die Regierung Wekerle fortgesetzt den stärksten Druck aus, damit in der Wahlrechtsfrage eine Verständigung mit dem Grafen Stefan Tisza vereinbart werde. Im Vereine mit dem Justizminister Bázysonyi arbeitet Andrássy mit allen Mitteln auf den Sturz der Nationalen Arbeitspartei hin und dazu erscheint ihnen die Auflösung des Abgeordnetenhauses als das wirksamste Mittel.

Einem in der Real- und unterrichteten Wiener Blatt wird aus Budapest berichtet, daß Bázysonyi Ende der vorigen Woche dem Ministerpräsidenten das Justizportefeuille zur Verfügung gestellt, Wekerle sich jedoch geweigert habe, diese Demission anzunehmen. Bázysonyi leistete dem Ansuchen des Kabinettschefs um Weiterverbleiben im Amte unter der Bedingung Folge, daß Wekerle der Arbeitspartei in der Wahlrechtsfrage nur solche Zugeständnisse machen wird, mit denen sich der Justizminister vor der Öffentlichkeit einverstanden erklärt hat. Die Verhandlungen zwischen Wekerle und Tisza sind in diesem Sinne wohl aufgenommen worden, doch läßt sich über die Aussichten des Gelingens derzeit nichts voraussagen. Keiner will auch nur den Schein eines Rückzuges auf sich laden und so wird denn die Zeit weiter totesgeschlagen, werden König und Volk bis zum Neckerstein hingehalten. Das Parlament kommt, selbst wenn es den guten Willen hätte, zu keiner ersprießlichen Arbeit und die Erledigung der Wahlreform ist ebensowenig abzusehen wie das Ende des Weltkrieges.

Unter solchen Umständen fällt es dem Chronisten recht schwer, sich mit der gegenwärtigen innerpolitischen Lage zu befassen. Sie ist seit Jahr und Tag ungeklärt, heurührend und bietet wenig Lichtpunkte. Noch schwerer ist es angesichts einer derart krisenschwangeren Situation, einen Ausblick in die nächste Zukunft zu wagen oder gar, sich in theoretische Erörterungen über Fragen einzulassen, die mit der Wahlreform zusammenhängen und deren Lösung nach Einführung der Wahlrechtserweiterung in Angriff genommen werden muß. Eine solche Punktfrage ist beispielsweise das Wahlrecht in den Städten mit Rücksicht auf den Municipalausbau. Diese Frage ist so wichtig, in das Leben der Städte so tiefeinschneidend, daß man sich damit nicht früh und nicht oft genug beschäftigen kann. Wir wollen daher heute neuerdings versuchen, ihr ein wenig näherzutreten.

In seiner letzten großen Rede, die Justizminister Bázysonyi am 16. März im Wahlrechtsausbau hielt, verbreitete er sich auch auf diesen Gegenstand. Dabei trat er der Behauptung entgegen, als ob das Wahlrecht in den Municipien mit dem Wahlrecht zum Reichstag identisch sein müßte. Es entspricht, sagt der Minister, nicht den Tatsachen, daß das Reichstagswahlrecht überall gleichförmig mit dem Wahlrecht der kommunalen Autonomie sei. Bei uns ist das heute aller-

dings der Fall, man braucht aber nur über die Westgrenze Ungarns zu blicken, um sich zu überzeugen, daß sich in Oesterreich das Landtagswahlrecht und das Gemeindevahlrecht von dem Reichstagswahlrecht recht wesentlich unterscheidet. Man dürfe nicht vergessen, daß die Municipalstädte gleich den Ortsgemeinden auch den Charakter von Vermögensgemeinschaften besitzen und der Einfluß der Wähler auf die Leitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten dort viel unmittelbarer als bei den Reichstagswahlen zu Tage tritt. „Das lokale Wahlrecht hat eine ganz andere Bedeutung als das Parlamentswahlrecht. Wir (die Regierung) tragen die Verantwortung dafür, daß wir auf dem Gebiete des Municipalwahlrechtes nicht schon jetzt jenen weiten Schritt tun, den wir auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechtes tun wollen.“

Diese Ausführungen des Justizministers besagen nicht mehr und nicht weniger, als daß er, der mit seinem Radikalismus dem Grafen Tisza als verbissener Antagonist gegenübersteht, in der Frage des Municipalwahlrechtes eine konservative Politik zu befolgen gesonnen ist. Was er in bezug auf die Grundverschiedenheit der beiden Wahlrechte verkündet, ist so wahr und richtig, daß es nachgerade zu den Gemeinplätzen der Staats- und Verwaltungsrechtskunde zählt. Der historische Ursprung und bisherige Charakter des städtischen Vermögens ist die bürgerliche Gütergemeinschaft. Dieses gemeinschaftliche Stadtvermögen selbst zu verwalten ist in erster Reihe das selbstverständliche Recht und die unabweisliche Pflicht der ansässigen und kommunalsteuerzahlenden Privatbesitzerhaber, deren Vermögen mit dem Stadtbefitz insofern verwachsen ist, als sie für die Integrität des städtischen Vermögens mit ihrem eigenen Besitz haftbar sind. Das schließt freilich nicht aus, daß in die städtische Verwaltung auch solche seßhafte Stadtbewohner dreinzureden haben, die zu den Lasten der Kommune nur mittelbar (indirekt), das heißt im Wege der Konsumsteuerleistungen und durch die fortgesetzte Ueberwälzung eines beträchtlichen Teiles der sonstigen öffentlichen Lasten auf die Angehörigen der nichtbesitzenden Klassen beitragen. Alle Firangestellten (öffentliche und Privatbeamte, sowie Lohnarbeiter) müssen sich gefallen lassen, daß die Hausbesitzer und Geschäftsleute die ihnen auferlegten Lasten auf die übrigen Klassen überwälzen. Seit Kriegsbeginn haben jene nichtorganisierten Stadtbewohner, die auf ihre eigenen Bezüge angewiesen sind, unter der herrschenden enormen Teuerung das meiste zu leiden. Ihr Vermögen liegt in der eigenen Arbeitskraft, deren Preis aber können sie nicht, wie die organisierten Lohnarbeiter, selbst bestimmen, sondern müssen bei nahezu zehnfacher Preissteigerung aller wichtigen Lebensbedürfnisse mit einer nur etwa sechzigprozentigen Erhöhung ihrer Bezüge das Auslangen finden. Eine sozialpolitisch weitaußergreifende Rücksicht auf diese belagertenwertesten Opfer des wirtschaftlichen Umschwunges, den der langwährende Krieg verursacht, wird eine der Hauptaufgaben aller Staats- und Städtepolitik bilden müssen. Die Wohnungs-, Ernährungs- und Bekleidungsverhältnisse werden, ehe es zu spät ist, derart zu regeln sein, daß der Beamtenstand, als sogenanntes Rückgrat des Nationalstaates, nicht völlig auf den Hund kommt!

Wahlreform und Städtereform hängen insofern auf's engste zusammen, als einerseits dem Radikalismus, andererseits aber auch dem großkapitalistischen Wohnungs- und Warenwucher ein wirksamer Riegel vorzuschieben ist. Der Municipalausbau ist in seiner jetzigen Zusammensetzung längst ein gewaltiges Hindernis jeder fortschrittlichzielbewußten Städtepolitik. Eine so schwerfällige und systemlos buntspeckige Körperschaft kann den sozialpolitischen Anforderungen der nächsten Zukunft nie und nimmer gewachsen sein. Was da nützt, ist eine weise Auslese solcher Kräfte, deren Gemeinsinn Intelligenz, Selbstlosigkeit und Erziehung inmitten des erweiterten

Parlamentswahlrechtes eine nach allen Seiten gleich großzügige und umsichtige Handhabung der städtischen Wirtschaft gewährleistet.



# Polenfragen, Friedensbedingungen im Herrenhaus

## Sitzung vom 9. April.

Am Ministertisch von Breitenbach, Drews, u. d. Busche.

Das Haus, das gut besetzt ist, nahm nach der im gestrigen Abend-Matinee abgegebenen Begrüßungsansprache des Präsidenten einen Gesetzentwurf an, wonach die Vorschriften über die Auflassung und die Bestellung, oder Uebertragung eines Erbbaurechts, die bisher nur für rheinische Grundstücke galten, auf alle Grundstücke der Monarchie ausgedehnt werden.

Der Gesetzentwurf betr. den Bau eines Dampfkraftwerks bei Hannover wird nach einem Bericht des Stadtdirektors Stamm-Hannover unverändert angenommen.

### Grenzlicherung und Kriegsschädigung.

Zur Verhandlung steht dann die Denkschrift des Jahres 1917 über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Polen.

Der Ausschuss schlägt vor, die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, dabei aber der zurechnungsfähigen Erwartung Ausdruck zu geben, daß die königliche Staatsregierung, zumal im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit hinein vertretene Haltung der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an der folgerichtigen Durchführung der zur Förderung deutscher Ansiedlungen in den östlichen Grenzprovinzen gegebenen gesetzlichen Vorschriften unter allen Umständen festzuhalten, auch mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenzen des polnischen Königreiches die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat.

Zu diesem Antrage des Ausschusses hat General v. Kleist einen Zusatzantrag gestellt, der von 25 Mitgliedern des Herrenhauses unterstützt ist, unter anderem von den Herren v. Herzberg, Dr. Hillebrand-Breslau, Graf York von Wartenburg, Graf von Behr-Böhrenhof. Der Antrag will an Stelle der letzten Zeilen des Ausschussantrages setzen: Auch wird mit allem Nachdruck dafür eingetreten sein, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenzen des polnischen Königreiches die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat. Die zu dieser militärischen Sicherung erforderlichen Mittel werden ebenso wie die zur Fürsorge für die Kriegsschädigten und die für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unter Schonung der Steuerkraft nötigen Mittel nur dann vorhanden sein, wenn bei den künftigen Friedensschlüssen eine ausreichende Kriegsschädigung ausbedungen wird.

### Oberbürgermeister Körte-Königsberg

Berichtet über die Ausschussverhandlungen. Er erinnert daran, daß sich im Abgeordnetenhaus an die Besprechung der Denkschrift eine allgemeine Erörterung der ganzen polnischen Frage geknüpft hat und gibt einen ausführlichen Ueberblick über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Die Regierung wird aus diesen Verhandlungen hoffentlich entnommen haben, daß eine unklare Versöhnungspolitik den Polen gegenüber nicht angebracht ist.

### Gegen die Friedensresolution des Reichstags.

Wir lehnen es ab, durch die Reichstagsresolution vom Juli 1917 wie durch einen aufgerichteten Gießerhut gebunden zu sein. (Lebhaftes Bravo!) Die zunehmende Einsicht der bewußten Bevölkerung nationaler Interessen wächst in allen Kreisen des deutschen Volkes. Zahlreiche Zuschriften, auch aus Arbeiterkreisen von der Front, beweisen, daß man draußen kein Verständnis dafür hat, daß Landestellen, die mit Strömen deutschen Blutes erkämpft sind, ohne weiteres wieder aufgegeben werden sollen. Die Binsenwahrheit Friedrichs des Großen: „Ein Krieg ohne den Erfolg, daß das besetzte Gebiet auch dem Sieger verbleibt, ist ein Unstun“, sollte in immer größerer Maße vom deutschen Volke erkannt werden. Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei haben bereits in öffentlichen Versammlungen erklärt, daß die Reichstagsresolution jetzt nicht mehr maßgebend sein kann, und auch der „Vorwärts“ hat sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen, als er schrieb: „Im gegenwärtigen Moment kommt für Deutschland nichts anderes mehr in Frage, als der endgültige, kraftvolle deutsche Sieg!“ Wir müssen endlich von dem kolonialistischen Mangel an Vertrauen auf unsere eigene Kraft lassen. (Bravo!)

Es wird gesagt, wir dürften nicht neue Millionen Fremdnationaler dazu bekommen, denn wir könnten nicht kolonisieren. Welches Volk hat solche kolonialistischen Erfolge zu verzeichnen wie wir, wo ist mit so viel Menschlichkeit gegen die Eingeborenen verfahren worden wie in den deutschen Kolonien? Wir werden auch in Zukunft mit Millionen neuer Polen fertig werden, wenn wir das tun, was uns Fürst Bülow beim Enteiernungsgebot als das erste und wichtigste Gebot der Polenpolitik vorgezeichnet hat, nämlich stetig festzuhalten in der Polenpolitik. (Sehr richtig!) Wenn wir eine von Kleinlichen Nadelstichen freie, aber stetige Polenpolitik verfolgen werden, dann werden wir auch kolonialistische Erfolge haben. (Fürst Bülow nickt zustimmend.)

In der Kommission ist auch die Frage einer Entschädigung für die unerhörten Opfer an deutschem Gut und Blut besprochen worden. Vieles hört man, es könne niemand eine Kriegsschädigung zahlen. Nun, mein Freund Koamm hat darauf hingewiesen, daß unsere Feinde uns noch vor ganz kurzer Zeit eine Kriegsschädigung von hundert Milliarden Mark zubilligten wollten. Soviel betragen die jährlichen Kriegskosten der Entente. Würde sie die Gewißheit haben, uns in drei Jahren bestegen zu können, so würde sie unweigerlich die 300 Milliarden zusammenbringen. (Sehr richtig!) Wenn wir heute mit so felsenfestem Vertrauen wie noch nie sagen können, daß wir in diesem Jahre der Feinde Herr zu werden hoffen, dann kann eine Forderung von hundert Milliarden nicht unbillig sein (sehr wahr), unsere Feinde machen dabei noch ein gutes Geschäft, denn sie sparen ja noch etwa 200 Milliarden. (Sehr richtig!) Nach unseren gewaltigen Verlusten und gegenüber den Wirtschaftskriegsabsichten der Feinde brauchen wir unbedingt eine große Kriegsschädigung, um uns wirtschaftlich wieder aufzurichten. Wir müssen auch Vorratslager an Getreide, Kaffee, Reis, Erzen für den Fall eines späteren Krieges anlegen. (Sehr richtig!)

Wir haben auch in diesem Krieg erfahren, was eine 650 km lange nicht verteidigungsfähige Grenze für uns bedeutet. Wohin wären wir gekommen, wenn die Russen in Oberschlesien eingebrungen wären? (Sehr wahr!) In der Kommission hat der Minister für Landwirtschaft erklärt, daß er der Entschädigung nur durch uns zustimmen könne und daß, soweit ihm bekannt, die Staatsregierung keine Bestätigung bestanden hat. Auch der Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte bestanden hat. Auch gegen den Antrag von Kleist besteht kein Bedenken. Durch die Annahme dieser Anträge würden wir Ehre und Genugtuung dem hochverdienten allderehrten General Ludendorff, der heute seinen hochverdienten Geburtstag begeht. (Beifall.) Ihm hat das deutsche Volk unendlich viel zu verdanken, sein Name ist aber im Zusammenhang mit der polnischen Grenz- und Königsreichsfrage (Heiterkeit) mißbraucht worden. Wir schulden diese Stellungnahme den vielen Tausenden, die ihr Blut in Polen vergossen haben, wir schulden sie unsrem herrlichen Heer und unsrem treuen deutschen Herrgott, der Preußens und Deutschlands Sache so sichtbar gesegnet hat. (Stimmlicher Beifall.)

### General von Neift:

Da die Lösung der polnischen Frage nicht anders zustande kam, war es richtig, sie nach rein militärischen Gesichtspunkten zu erstreben. Hindenburg hat als Generalstabsoberbefehlshaber das Recht, bei der Regelung der Grenzlicherung mitzuwirken. Es handelt sich nur um einen schmalen Landstreifen. Der Friede begründete die Forderung nach einer Kriegsschädigung und um die sich gegen die blinderische Presse, die viele ins Lager des Vorfriedens getrieben und in ihren Angriffen selbst vor Hindenburgs Siegfrieds-Gestalt nicht halt gemacht habe.

### Landwirtschaftsminister v. Eilenhard v. Rothe:

Die Regierung steht auf dem Boden der Erklärung des Ausschusses, und zwar nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrer Tendenz. (Beifall.) Die historische Bedeutung der Ostmark darf nicht der Vergessenheit verfallen. Die Ostmark ist ein Schutzwall gegen das Eindringen fremder Mächte, und dieser Schutzwall muß dauernd auf seine Festigkeit hin geprüft werden. (Sehr richtig!) Ebenso müssen deutsche Kultur und deutsche Sitten im Innern vor Bedrängnis geschützt und behütet werden. (Sehr richtig!) Gewiß kann zweifelhaft sein, ob der Schutz nach außen überhaupt der Zuständigkeit der preussischen Regierung unterliegt. Aber die Sicherung unserer Verhältnisse im Osten ist in erster Linie ein preussisches Interesse, und Preußen muß daher verlangen, daß vor allem das militärische Interesse als maßgebend erachtet wird. (Zustimmung.) Dabei muß der nicht zu unterschätzende Uebelstand mit in Kauf genommen werden, daß die Zahl der Polen in Preußen nicht unendlich vermehrt wird, die es bisher immer noch nicht vermocht haben, ihr eigenes Wohl mit dem Wohl des Deutschen Reiches in Einklang zu bringen. Eins müssen wir aber unter allen Umständen verlangen, nämlich, daß die Womachungen über den Frieden von Regierung zu Regierung geführt werden. (Beif. Zustimmung!) Jegendwelche Private, mögen es auch Parlamentarier sein, dürfen sich nicht einmischen, und ich weiß mich bei dieser Erklärung durchaus eins mit dem Herrn Reichsminister. (Beifall.)

Ist der Schutz der äußeren Grenze eine Angelegenheit des Reiches, so ist der Schutz der deutschen Siedlungen eine rein preussische Angelegenheit. Deutsche und Polen sollen beieinander wohnen. In der letzten Zeit ist das Deutschtum langsam aber sicher in den Hintergrund gedrängt worden, der polnische Druck war zu stark. Kräftigung und Förderung des Deutschtums ist daher die erste Pflicht der Polenpolitik. Ganz naturgemäß wird die Förderung der einen Partei von der anderen als Benachteiligung oder Verletzung empfunden. Das ist nicht zu vermeiden, wohl aber ist zu vermeiden, daß Kampfmittel angewendet werden, die nur verletzen, die nicht mehr das Deutschtum fördern, sondern die wegen ihrer aufreizenden und verheerenden Wirkungen letzten Endes Wasser auf die Mühlen der polnischen Agitatoren liefern. Wir wollen den Gegner nicht vernichten, wir wollen ihn nur in Schranken halten. Das Ziel des Kampfes ist niemals der Kampf selbst, wir hoffen vielmehr auf einen Zustand, in dem Deutsche und Polen, wenn sie sich auch nicht lieben, so doch schließlich friedlich zusammenleben. Gegen diese Grundfrage wird man nichts einwenden können und nur bei ihrer Ueberführung in die Praxis können Meinungsverschiedenheiten auftreten. Die Regierung steht da auch heute noch auf dem Boden der Erklärung, die der Vizepräsident des Staatsministeriums im März v. J. abgegeben hat. Der Krieg hat alle Verhältnisse von Grund auf erschüttert. Das können wir auch in der Polenpolitik nicht ignorieren. Wir können den polnischen Kriegsbeschädigten nicht verweigern, sich in ihrer Heimat einen Besch zu verdienen. Auch Polen haben für den Bestand des Deutschen Reiches gebüht. Also müssen sich polnische Kriegsbeschädigte ansiedeln dürfen. Ein sie es einzeln, so unterliegt die Ansiedlung keiner Beschränkung, tun sich mehrere zusammen, so kann ihnen die Ansiedlung verweigert werden, wenn von ihr eine planmäßige Durchkreuzung des Ansiedlungswerkes zu befürchten ist. Die vaterländische Rücksichtnahme steht immer voran, das sei auch hier nochmals betont angesichts der — milde gesagt — reichlich selbstbewußten Haltung der polnischen Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die Formel für die praktische Polenpolitik lautet: weitere Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen. Die Ansiedlungskommission wird sofort nach Friedensschluß ihre Tätigkeit im alten Umfang wieder aufnehmen. Ob auch Polen, die nicht Kriegsbeschädigte sind, angesiedelt werden können, wird im Augenblick noch geprüft. Wird die Genehmigung erteilt, so erfolgt die Ansiedlung mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Den Enteiernungsparagrafen hält die Regierung für eins der Mittel, das nur aufreizend und verwitternd wirkt. Sie schlägt daher seine Aufhebung vor. Man kann, zumal in der letzten Zeit, auf keinem Gebiet eine Politik für alle Zeiten festlegen. Ein Satz aber wird in der Polenpolitik immer zu gelten haben: der Schutz und die Stärkung des Deutschtums in der Ostmark. Die Ostmark muß innerlich und äußerlich deutsch bleiben, soll die Machtstellung des Reiches bestehen bleiben. Daran halten wir fest, weil wir wissen, welche Gefahren dieses Volkwerk des Reiches dauernd bedrohen. (Lebhafter Beifall.)

**Graf York v. Wartenburg:** Den ersten Teil der Erklärung des Ministers begrüßen wir mit Freude, besonders die Uebersetzung der Einmischung unverantwortlicher Ratgeber. Auf die Dankbarkeit der Polen ist nicht zu rechnen, das hat schon Bismarck gesagt. Die polnische Armee ist ausgeblieben, wohl aber werden jetzt in Bordeaux polnische Legionäre aus Chicago gelandet. Bezeichnend ist die Haltung der Polen im Innern. Sie ziehen wenig Kriegsanleihe und man hört von ihnen keinerlei Lob Hindenburgs oder Ludendorffs. Bei den Polen ist mit einer Gefinnungsänderung nicht zu rechnen. Vom Hinsprechen der Friedenshand haben wir jetzt allmählich in jeder Beziehung genug. (Zustimmung.)

### Dr. Graf v. Poladowlky:

Die Versprechungen und Hoffnungen auf künftige freiwillige Teilnahme der Polen haben sich nicht erfüllt, dagegen ist immer wieder Deutschfeindlichkeit hervorgerufen. Die Russenfreundlichkeit der polnischen Bauern ist die Folge der russischen Politik, die den Bauernstand unbedingt bevorzugt und ihn gegen die Grundbesitzer auspielt. Was hat die preussische Verwaltung aus den verwahrlosten ehemals polnischen Landstellen wirtschaftlich gemacht? Politisch freilich hat sie die Gegenläufe nicht auszugleichen vermocht. In dem Zwiespalt des preussischen Staatsgedankens und der polnischen Volksseele hat die Regierung ein wechselndes System verfolgt, es war ein ständiger Wechsel zwischen lose und fest. In den 25 Jahren, die ich in der Ostmark verbracht habe, habe ich ausgesprochene Systemwechsel erlebt. Nach meiner Meinung sollte konsequent mit sachlicher Gerechtigkeit vorgegangen werden. Die deutschen Grundbesitzer verstanden bis auf eine einzige Familie es nicht, den Besitz festzuhalten. Ein unständiges, sich nicht heimlich fühlendes Deutschtum stand einem fest geschlossenen und sich durchaus heimlich fühlenden Polentum gegenüber. Darum suchte man durch die Ansiedlung eine deutsche Unterschicht zu gründen. Es war ein verhängnisvoller Fehler, nur auf Zwangsversteigerungen festhängig zu kaufen; was die Preise so gewaltig steigerte, daß jede freie Einwanderung aufhören mußte.

Ich hätte angenommen, daß dieses Haus, von dem so viele Mitglieder ein dringendes Interesse daran haben, das Privateigentum gegen politische Angriffe unverzüglich zu erhalten, dem Enteiernungsgebot nicht zustimmen werde. Leider war ich im Auslande und konnte hier nicht dagegen sprechen; leider fand sich hier eine Mehrheit dafür. Als die Regierung das rein politische und unvollkommene Gesetz hatte, erschraf sie selbst davon. Man suchte sich vor dem Alter aus — nach meiner Erfahrung die schlechtesten — und dann: „Ruhe in Frieden.“ Abge dieses Beispiel nie Anlaß geben, gegen andere Kreise ebenso vorzugehen in den Zeiten, denen wir vielleicht entgegengehen! (Sehr gut!)

Der Pole lernt gern Deutsch. Der preussische Pole muß auch Deutsch können. Aber bei 80 bis 100 Schülern in der Klasse kann er es nicht lernen; dazu müssen die Schulbezirke verkleinert werden. Der Pole, der Deutsch kann, spricht es gern. Aber wenn er germanisierend wirkt die Kenntnis der deutschen Sprache freilich nicht mühten ja die polnischen Abgeordneten fanatische deutsche sein. (Heiterkeit.) Am meisten erbittert hat der sehr bedenkliche Zwang zum Religionsunterricht in deutscher Sprache.

### Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein:

Angesichts der Heldentaten im Westen muß alles andere zurücktreten. Von dem Ausgang dieser Kämpfe ist alles abhängig. Die Regierung hat die Grundlagen für das neue polnische Reich zu früh festgelegt. Wir stehen vor einer fertigen Tatsache und müssen uns damit abfinden. Von der polnischen Seite aus haben die Stimmen der Ablehnung gegen Preußen die wenigen schlichteren Stimmen, die die B. nachdrücklich zu ihm bekannt, überdient. Gerade in Polen waren die Rufe am lautesten. Wie soll man Ausnahmebestimmungen aufgeben, wenn die Führer der polnischen Bewegung letzten Endes die Zeit umherungern der Monarchie fordern. Die Polen haben die große Stunde, die für sie geschlagen hat, nicht benutzt. Unser Ansiedlungswerk muß weitergeführt werden. Mit fester Hand muß eingegriffen werden, aber mit Gleichgültigkeit. In dieser Kunst hat es bei uns oft gefehlt. Wenn dieses Herrenhaus nicht mehr sein wird, dann werden hoffentlich noch Männer hier stehen, die in der Aufrechterhaltung des Parteilobens nicht das Höchste erblicken, sondern in der Erfordernissen des Staates und in dem Wohle der Allgemeinheit. Die Reichstagsmehrheit hat eine Formel gewählt, die dem Wortschatz der internationalen Sozialdemokratie und des Herrn Wilson entnommen ist. Sozialdemokratie, Freisinnigkeit, Nationalliberalismus und Zentrumskräfte haben ihren eigenen Standpunkt hineingelegt. Unsere Regierung hat die Formel in Best anzuwenden versucht — und endlose theoretische Verhandlungen heraufbeschworen. Die Vergegenständlichung ist über diese zu Ende geführte Formel hinweggeschritten. Die Weltgeschichte läßt sich eben nicht in eine Formel bringen. Die Regierung befindet sich völlig im Banne der Sozialdemokratie.

**Graf Joltowski** weist die Angriffe gegen die Polen zurück. Leider wurde zu den Ausschussberatungen kein Pole zugezogen. Die Angriffe gegen die Polen bauen sich auf unkontrollierbare Einzelfälle auf. Wann haben die Polen Hochverrat geübt, den Soldateneid verweigert, die Mobilisation gestört? Wo haben die Polen Preußens Entwicklung behindert? Sind die deutschen Truppen im Königreich Polen nicht freundlich empfangen worden? Haben sich die polnischen Gewerkschaften nicht gegen den Streik ausgesprochen? Zufriedenheit und Begeisterung kann man nicht fordern. Ohne Gleichberechtigung keine Zufriedenheit. Unsere Pflichten haben wir immer erfüllt. Die Anträge dienen nicht der Verständigung mit den Polen, wir lehnen sie ab.

**Fürst Orzech-Lubeczki:** Hindenburg und Ludendorff gebührt Polens Dank. Deutschland und Polen haben gemeinsam die europäische Kultur gegen die russische Anarchie und Agrarrevolution zu verteidigen. Die polnische Gefahr ist ein Mythos. Die Reden der polnischen Abgeordneten mißbillige ich als loyaler deutscher Staatsbürger, besonders aber als Pole und Gegner einer selbstmörderischen polnischen Politik, und mit mir tut das ein großer Teil der Polen und ihre meistverbreitete Presse. Die Deutschfeindlichkeit wurde erzeugt durch die Ausnahmegeetze, die gerade die Loyalisten treffen und den Feiern zutreiben.

**von Heybreck:** Die unauslöslige Verbindung der Ostmark mit dem Gesamtstaat ist dessen Lebensinteresse, ebenso die Aufrechterhaltung der öffentlichen Einrichtungen.

Auf Antrag des Oberbürgermeisters Wetmuth, Berlin, verlegt sich das Haus.

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung der Ansiedlungsentwürfe, ferner Vorlagen über die Vereinfachung der Verwaltung, kleine Vorlagen.

Der Präsident teilt mit, daß im Anschluß an diese Sitzung eine geheime Sitzung des Herrenhauses stattfinden wird, und zwar zur Beschließung über einen auf Grund des § 9 u. a. gestellten Antrages (Ausschließung von Mitgliedern.)

Schluß 7 Uhr.

überhaupt nicht im französischen Besitz befindet.

#### Neue Dokumente Clemenceaus?

Berlin, 15. April. (Privat-Telegramm.) Das Pressbureau des Ministerpräsidenten Clemenceau läßt mitteilen, die französische Regierung werde, wenn erforderlich, noch neue Dokumente zum Falle des Prinzen Sixtus von Bourbon publizieren.

### Der Weg zum Kompromiß.

Der König in Budapest. — Audienzen. — Ministerkonferenz. — Welterle beim Grafen Tisza.

Der Monarch ist heute in Budapest eingetroffen, womit die in der Samstagnummer des „Neuen Pester Journal“ signalisierte Aktion zur Entwirrung der seit Wochen kritischen inneren politischen Situation in der allererweitesten Weise eingeleitet wurde. Im Laufe des Tages spielten sich wichtige Ereignisse ab, aus denen kurz das Fazit abgeleitet werden kann, daß alle entscheidenden Faktoren die Lösung der politischen und parlamentarischen Fragen in der Verwirklichung des Kompromißgedankens anstreben und in weiterer Verfolgung dieses Gedankens auf das Zustandekommen eines Kompromisses hinarbeiten.

Geschehen ist folgendes: Ministerpräsident Dr. Welterle hat in der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses eine neuerliche Aufforderung betreffend die Erzielung einer Verständigung an die Mitglieder des Ausschusses gerichtet, der Ausschuß selbst unterbrach seine Verhandlungen nach der heutigen Sitzung. Die Mitglieder des Kabinetts hielten eine Beratung über die neueste Wendung der Situation. Unmittelbar nach dieser Konferenz begab sich Ministerpräsident Dr. Welterle in den Klub der Nationalen Arbeitspartei, wo er mit den Führern dieser Partei, dem Grafen Stefan Tisza an der Spitze, eine längere Konferenz hatte. Der König aber empfing im Laufe des heutigen Tages fünf Mitglieder des Kabinetts, von denen vier bisher als Vertreter der Scharfmacherpolitik gegolten haben, doch werden jene Mitglieder des Kabinetts, die auch bisher für eine Verständigung gestimmt waren, im Laufe des morgigen Tages Gelegenheit haben, vor dem Monarchen zu erscheinen. Daß bei der hohen Spannung, unter welcher die politischen Verhältnisse zurzeit stehen, schon Gerüchte über eine Ministerkrise auftauchten, ist wohl begreiflich, doch hat das Kabinett über die Demissionsfrage in formeller Weise heute noch keinen Beschluß gefaßt. Diese Stellungnahme ist aber in der nächsten Zeit zu gewärtigen, und zwar in dem Moment, wo die vom Ministerpräsidenten Dr. Welterle bereits tatsächlich eingeleitete Verständigungsaktion mit der Nationalen Arbeitspartei greifbare Resultate erzielt haben dürfte.

Wir lassen nun die uns vorliegenden Berichte über die heutigen Ereignisse folgen:

#### Audienzen.

Se. Majestät hat im Laufe des gestrigen Tages am Standorte des Armeekorps den Ministerpräsidenten Dr. Welterle empfangen, ferner hatte im Laufe des gestrigen Tages auch der Führer der Nationalen Arbeitspartei Graf Stefan Tisza Gelegenheit, vor dem Monarchen zu erscheinen. Obwohl diese beiden Audienzen in erster Reihe in Verbindung mit der in der Zeitung des auswärtigen Amtes eingetretenen Aenderung standen, darf doch angenommen werden, daß beide Staatsmänner schon bei dieser Gelegenheit auch ihre Ansichten über die neuesten Phasen der innerpolitischen Situation darlegen konnten. Sowohl Dr. Welterle als Graf Tisza haben die Rückreise nach Budapest im Hofzuge des Königs unternommen und in politischen Kreisen will man wissen, daß während dieser Fahrt auch im Hofzug Audienzen dieser beiden Staatsmänner stattgefunden haben.

Die Serie der Audienzen wurde heute in Budapest fortgesetzt. Es erschienen im Laufe des Vormittags vor Sr. Majestät die Minister Graf Albert Apponyi, Graf Moriz Esterházy, Dr.

Wilhelm Bássonhi, ferner der Führer der Aker-Verfassungspartei Graf Julius Andrássy. Der Akerbauminister Graf Béla Serényi verbrachte einen Teil des Tages an der Seite des Monarchen und fand hier reichlich Gelegenheit, seine Ansichten zu unterbreiten. All die hier erwähnten ungarischen Staatsmänner berichteten über die jüngsten Wandlungen, welche die Wahlrechtsaktion durchgemacht hat und äußerten sich über die Schritte, die ihrer Ueberzeugung nach zur Sicherung der Wahlrechtsvorlage unternommen werden sollten. Die Entgegennahme dieser Ansichten hat den Monarchen im Laufe des heutigen Tages zur Fällung einer Entscheidung noch nicht veranlaßt. Doch ist aus den vom Ministerpräsidenten Dr. Welterle im Laufe des Tages unternommenen Schritten klar ersichtlich, daß der König bereits mit der Absicht nach Budapest gekommen ist, hier die führenden Parlamentarier für das Zustandekommen einer Verständigung zu bewegen. Die Audienzen ungarischer Politiker werden im Laufe des morgigen Tages fortgesetzt. Morgen dürften vorwiegend verständigungsfreundlich gestimmte Politiker vor dem König erscheinen. Als solche gelten Graf Stefan Tisza, Graf Johann Zichy, Graf Béla Serényi, Graf Schönborn-Buchheim und Johann Teleky.

Im Laufe des Abends empfing der König den Ministerpräsidenten Dr. Alexander Welterle, dann den Grafen Stefan Bethlen in Audienz.

#### Ministerkonferenz. — Unterbrechung der Wahlrechtsausschuß-Beratungen.

In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses, über welche wir an anderer Stelle ausführlich berichten, spielten sich Ereignisse ab, aus denen deutlich zutage trat, daß in der Auffassung des Kabinetts über die weitere Taktik in der Wahlrechtsfrage eine einheitliche Auffassung nicht mehr besteht. Ministerpräsident Dr. Welterle war in der entschiedensten Weise für eine Verständigung eingetreten, wogegen Justizminister Bássonhi ausdrücklich betonte, die Verständigung möge im Interesse des Landes liegen, er aber könne nur die von ihm unterbreitete Vorlage vertreten. Damit war die Differenz im Kabinett offenkundig und die Mitglieder des Kabinetts sahen sich veranlaßt, im Laufe des Nachmittags zu einer Konferenz zusammenzutreten, um über das weitere Verhalten schlüssig zu werden. Schon während der Sitzung des Wahlrechtsausschusses aber kamen die Mitglieder des Kabinetts überein, die weitere Beratung über die Details der Wahlrechtsfrage zu unterbrechen, denn Ministerpräsident Dr. Welterle bestand darauf, daß mit der Nationalen Arbeitspartei eine neuerliche Verständigungsaktion in aller Form angestrebt werde. Bis zur Beendigung dieser Verhandlung wurden die Beratungen des Wahlrechtsausschusses verlagert. Die Konferenz der Minister dauerte von 4 bis 6 Uhr. Unmittelbar nach dem Konseil verbreitete sich in politischen Kreisen die Nachricht, Justizminister Dr. Bássonhi habe dem Kabinett seine Demission unterbreitet und die Absicht von seinem Rücktritt auch dem König mitgeteilt. Infolgedessen sei das Kabinett vor der Frage gestanden, ob es in seiner Würde die Kabinettsfrage aufrollen soll, doch hat man von einem derartigen Beschluß heute noch abgesehen, weil vorerst das Resultat der eingeleiteten Verständigungsaktion abgewartet werden muß. Die Nachricht, daß das Kabinett in der Konferenz die Demission beschlossen hätte, wurde im Laufe der Nacht in offiziöser Form dementiert. Dagegen ist Dr. Welterle nach der Ministerkonferenz unverzüglich in Aktion getreten, um die Verständigung mit der Nationalen Arbeitspartei neuerlich in Fluß zu bringen.

#### Der Ministerpräsident im Klub der Nationalen Arbeitspartei.

Um halb 7 Uhr fuhr Ministerpräsident Dr. Welterle vor dem Klub der Nationalen Arbeitspartei vor und erkundigte sich nach der Anwesenheit des Grafen Stefan Tisza. Graf Tisza befand sich in der Gesellschaft mehrerer führender Persönlichkeiten der Nationalen Arbeitspartei im Klub und zog

17./IV. 1918

## Baron Stefan Burian Minister des Aeußern.

Budapest, 16. April.

König Karl hat heute abend die Reise nach Wien angetreten. Die Konferenzen und Besprechungen, sowie die Audienzen, die während der zwei Tage der Anwesenheit des Königs hier stattgefunden haben, führten auf dem Wege zur Lösung der schwebenden politischen Probleme zu einem negativen und zu einem positiven Ergebnis. Als positives Ergebnis tritt die heute abend erfolgte Ernennung des gemeinsamen Finanzministers Barons Stefan Burian zum Minister des Aeußern in den Vordergrund der Ereignisse. Als negative Tatsache muß die Erkenntnis der Unmöglichkeit einer befriedigenden Lösung des

# DYD

Nagy, Jankó & Co., Ges. Leopold, Ant. Hezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Heygl, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland; M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenvertrags in Oesterreich wie im Auslande übernommen. Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 91

Wahlrechtsproblems durch die gegenwärtige Regierung bezeichnet werden, eine Erkenntnis, die sich schnell in die Tat umsetzte, indem das Kabinett Bekerle heute abend beschloß, im Laufe einer für morgen anberaumten Beratung voraussichtlich den Rücktritt der Regierung auszusprechen.

Beide Ereignisse besitzen so große politische Wichtigkeit, daß es nur begreiflich erscheint, wenn heute abend die schnell verbreitete Kunde diesen Vorgängen die ganze Aufmerksamkeit des öffentlichen Lebens zuwendete. Aus unserem unten folgenden Bericht ist ersichtlich, daß die Ernennung des Barons Burian in den Kreisen der Regierungspartei anders aufgefaßt und kommentiert wurde, als das im Klub der Mehrheit geschehen ist. Auch die Demission des Kabinetts fand in den einzelnen politischen Lagern verschiedene Aufnahme. Die Nachricht von dem Rücktritt der Regierung wurde im Klub der Regierungspartei mit großer Erregung, in der Partei der nationalen Arbeit aber mit ernster Ruhe, die auch nicht die Spur einer Ueberraschung zeigte, zur Kenntnis genommen.

Ueber die Vorgänge, die sich nach den in unserem Abendblatt bereits mitgeteilten Ereignissen abspielten, liegen folgende Berichte vor:

### Die Audienzen des Nachmittags.

Der König kehrte um 1 Uhr 20 Minuten in Begleitung des gemeinsamen Finanzministers Barons Stefan Burian, des Grafen Stefan Tisza und des Obersthofmarschalls Grafen Nikolaus Szecsen von Mesut in die königliche Burg zurück. Baron Burian und Graf Tisza wurden dem Dejeuner zugezogen. Nach dem Dejeuner empfing Se. Majestät den gemeinsamen Finanzminister in längerer Privataudienz. Nach ihm erschien der Erzbischof von Eger Ludwig Szircsanyi beim König. Die Audienz des Erzbischofs hängt, wie Magyar Tudósítás von zuständiger Stelle erfährt, damit zusammen, daß der König nach einem alten ungarischen Brauch den Erzbischof von Eger mit der Erziehung seines jüngstgeborenen vierten Sohnes betraut hat. Nach dem Erzbischof Szircsanyi erschien der Minister am königlichen Hoflager Graf Madár Zichy in längerer Audienz. Der König unternahm sodann eine Fahrt durch die Stadt. Im Auto des Königs nahm auch Graf Madár Zichy Platz. In einem zweiten Auto folgten der Chef des Generalstabes Generaloberst Baron Arz und Graf Waldstätten. Um 9 Uhr kehrte der König in die Burg zurück und empfing den Ministerpräsidenten Dr. Bekerle abermals in Audienz.

### Die Ernennung des neuen Ministers des Aeußern.

Nach seiner Audienz beim König begab sich der gemeinsame Finanzminister Baron Burian in Begleitung des Grafen Stefan Tisza in das Ministerpräsidentium. Baron Burian konferierte längere Zeit mit dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Bekerle. In den Nachmittagsstunden verbreitete sich in der Hauptstadt die Nachricht, daß der König den gemeinsamen Finanzminister Baron Burian zum Nachfolger des Grafen Czernin ernannt hat. Diese Nachricht wurde später auch von unterrichteter Seite bestätigt. Wie wir erfahren, war für die Ernennung des Barons Burian zum Minister des Aeußern die Auffassung maßgebend, daß die auswärtige Leitung unter den gegenwärtigen Verhältnissen in die Hände eines Politikers gelange, der als Mitglied der gemeinsamen Regierung Gelegenheit hatte, sich mit allen jenen Angelegenheiten vertraut zu machen, die beim Friedensschluß und bei der Abwicklung der Friedensverhandlungen besonders ins Gewicht fallen. Minister des Aeußern Baron Burian wird auch die Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums behalten.

### Rücktritt des Kabinetts Bekerle.

In dem Bericht unseres Abendblattes über die heutige Ministerkonferenz wiesen wir bereits darauf hin, daß der Standpunkt, den Ministerpräsident Dr. Alexander Bekerle in der gestrigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses vertreten hat, sich nicht mit der Auffassung aller Mitglieder des Kabinetts deckt. Nachmittags 6 Uhr traten die Mitglieder des Kabinetts abermals zu einer Konferenz zusammen, in der die Frage des Wahlrechtes noch einmal gründlich erörtert wurde. Das Ergebnis der Beratung war, daß die Regierung den Beschluß faßte, dem König die Demission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten. Morgen vormittag 10 Uhr findet ein Ministerrat statt, in dem die Demission formell beschloßen werden wird.

In einem Teile der politischen Kreise wurde ein Zusammenhang zwischen der Ernennung des Barons Burian zum Minister des Aeußern und der Demission des Kabinetts Bekerle erkannt. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, besteht ein solcher Zusammenhang nicht. Der Beweggrund des heutigen Beschlusses der Ministerkonferenz ist darauf zurückzuführen, daß die Regierung nicht über die Mittel verfügt, in der Wahlrechtsvorlage die Entscheidung der

## Die südslawische Frage.

Wien, 17. April 1918.

Der Zusammenbruch Rußlands hat die slawische Frage, soweit sie unmittelbar Europa berührt, in eine neue Richtung gedrängt. In Rußland haben die slawischen Randvölker den starken Rückhalt verloren, auf den sie sich bisher in ihrer politischen Entwicklung stützen konnten. Sie hatten die panslawistische Idee ebensowenig ernst genommen, wie das Russentum selbst sie nur als Mittel russischer Expansion betrachtet hatte. Bulgarien hat bereits seit Jahren daran gearbeitet, das Joch des russischen Protektorates abzuschütteln und die Serben dienten nur Rußland, um mit seiner Hilfe die Bulgaren niederzuringen, sich die Südslawen Oesterreich-Ungarns „anzugliedern“ und dann als Balkanvormacht Rußland entgegenzutreten. Die europäische Geschichte seit 1905 liefert den lückenlosen Beweis hierfür; auch der Neoslavismus war nichts anderes als die spanische Wand, hinter der alle slawischen Völker ihre Geschäfte auf Kosten der Verbündeten besorgen wollten.

Im zweiten Balkankriege brach diese seltsame politische Geschäftsfirma bereits zusammen und der Versuch Rußlands sowie der übrigbleibenden Teilhaber, sie durch den Weltkrieg wieder aufzurichten, war gründlich mißlungen. Mit dem Zusammenbruche Rußlands hat die slawische Frage ihren Charakter als Machtfrage verloren, umso eiliger hatten es aber deshalb die slawischen Randvölker damit, sie zu einer „Rechtsfrage“ zu machen, indem sie sich auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker berufen. Allein schon der alte Gegner hat einmal kurzweilig gesagt, daß das böhmische Staatsrecht an sich „keine Pflanz-Tafel wert“ sei, das heißt wertlos sei, wenn man nicht die Macht habe, es durchzusetzen. Dasselbe gilt von dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker. Die Randvölker selbst wissen das ebenso gut und wenn sie mit diesem neuen „Recht“ kommen, so denken sie dabei daran, daß die Entente doch noch schließlich die Oberhand gewinnen und imstande sein werde, die slawische „Rechtsfrage“ wieder zu einer Machtfrage zu machen. Daß diese Machtfrage dann nur auf Kosten Oesterreich-Ungarns gelöst werden würde, hat Graf Pace in seiner Denkschrift „Zur Neuordnung Oesterreichs“ überzeugend nachgewiesen. Sämtliche „Deklarationen“, die die Tschechen und die Südslawen Oesterreichs im Jahre 1917 in dieser Hinsicht abgegeben haben, zielen auf die Vernichtung Oesterreichs ab. — Die Kriegslage berechtigt nun zu der Hoffnung, daß es dazu nicht kommen wird, damit aber entfällt keinesfalls die Verpflichtung, sich mit den slawischen Parteien auseinanderzusetzen. Wichtiger als die tschechische Frage ist schon aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen die südslawische.

Wie man aus den Andeutungen des Grafen Czernin weiß, besteht für Oesterreich-Ungarn keine Veranlassung, serbisches Gebiet zu annektieren, soweit es sich nicht um rein militärische Sicherungen, besonders der Donaulinie, handelt. Serbien wird also bestehen bleiben und vielleicht mit Montenegro vereinigt werden, allein in Oesterreich-Ungarn selbst leben 6,8 Millionen (neben 2,9 Millionen außerhalb der Monarchie) Südslawen, die teils bereits in einem staatsrechtlichen Verbände vereinigt sind (Kroatien), teils starke staatliche Expansionsstendenzen aufweisen und der Umstand, daß sie an der einzigen Küste der Monarchie sitzen, um dort einerseits mit dem italienischen Element, andererseits aber mit dem ganzen österreichischen Adriahinterlande und dessen Lebensinteressen in Konkurrenz zu treten, zwingt Oesterreich und Ungarn, die bisherige Politik des „laissez faire“ in den südslawischen Dingen aufzugeben und zu einer festen Ordnung daselbst zu gelangen, zumal da nach dem Ende des Krieges auch die bosnische Verfassungsfrage wieder auf die Tagesordnung kommen wird.

Unter den südslawischen Parteien

Oesterreich-Ungarns lassen sich zur Zeit vier Richtungen feststellen. Die Starcevic-Partei (Kroatien) und sämtliche slowenische Parteien stehen auf dem Standpunkte, daß sämtliche von Südslawen bewohnten Länder zu einem selbständigen Staate vereinigt werden (Maidklärung 1917) und rechnen dazu außer Bosnien und Kroatien auch Serbien, Dalmatien, Fiume, Istrien, das Küstenland, Krain, Kärnten, Steiermark und Teile Südungarns; die kroatisch-serbische Koalition fordert die Vereinigung Dalmatiens und Bosniens mit Kroatien im Rahmen dessen bisheriger autonomen Stellung und ungefähr den gleichen Standpunkt nehmen die Kroaten Bosniens (Erzbischof Stadler) ein sowie auch die Frank-Partei (Kroatien), während die bosnischen Moslems sich mit der Vereinigung Bosniens mit Kroatien begnügen, die bosnischen Serben dagegen noch immer auf ein Großserbien hoffen, das unter den gegebenen Verhältnissen territorial mit dem in der Maidklärung geforderten südslawischen Staate zusammenfallen würde. — Von den die Monarchie bewohnenden Südslawen sind 2,7 Millionen Kroaten, 2,25 Millionen Serben, 0,65 Millionen Muselmanen und 1,25 Millionen Slowenen. Eine einheitliche Nation bilden diese Volksstämme nicht. Die slowenische Sprache ist nicht ein südslawischer Dialekt, sondern hat sich selbständig entwickelt und das von den Slowenen bewohnte Gebiet war niemals in irgendwelcher staatsrechtlichen Verbindung mit kroatischen oder serbischen Landstrichen; Kroaten und Serben trennt aber nicht nur der konfessionelle Unterschied, sondern weit mehr noch der dadurch bedingte kulturelle zwischen Abendland und Byzanz. Wie ist es nun gekommen, daß Slowenen und Kroaten trotz alledem die Tendenz zeigen, sich staatsrechtlich mit den Serben zu vereinigen? Gewiß spielt die Neigung zu großen Staatenbildungen mit, allein im Grunde genommen ist die jugoslawische Idee nicht kroatisch oder slowenisch, sondern ist serbischen Ursprunges. Bereits in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts wurde von serbischer Seite (Buk Karadzic) die Idee propagiert, alle einst dem Patriarchat von Spal unterstellten Gebiete zu einem großserbischen Staate zu vereinigen und an dieser Idee hatte sich unmittelbar auch der große Weltkrieg entzündet.

Politisch, kulturell und ethnographisch ist die südslawische Frage vielleicht die verwirrteste in Europa und die deutsche Literatur hatte bisher zu ihrer Aufhellung keine zusammenfassende Darstellung hervorgebracht. Diese schmerzlich empfundene Lücke füllt nun das gründliche Werk L. von Südländ\*) aus. Es ist eine das gesamte Quellenmaterial erschöpfende Arbeit, die uns ein Bild des südslawischen Gesamtproblems übermittelt, und auf die Zeit der romanischen Herrschaft zurückgreifend die Geschichte der slawischen Siedlungen am Balkan zum Ausgangspunkte für die kritische Darstellung der politischen Entwicklung des Kroatentums und des Serbentums macht; keine Gelegenheitschrift, sondern eine wissenschaftliche Arbeit von nicht hoch genug anzuschlagendem Werte, deren Gehalt auch den positiven Vorschlägen des Verfassers über die Lösung des Problems die ernsteste Beachtung zuzieht.

Die Befürworter der jugoslawischen Idee stehen einander mit derselben Unaufrichtigkeit gegenüber, mit der Russen und West- und Südslawen sich zur panslawistischen und neoslavistischen Idee bekannt hatten: für jeden soll sie das Mittel zur eigenen Vorherrschaft werden. Die durchaus großserbisch orientierten Liberais Slowenen streben über die jugoslawische Idee einem Großserbien zu, während die klerikalen Slowenen in Verbin-

\*) L. von Südländ: „Die südslawische Frage und der Weltkrieg“. Mit 3 Karten. Manzsche Hof- und Universitätsbuchhandlung, Wien 796 Seiten.

dung mit der Starcevic-Partei hoffen, in einem südslawischen Staate die Orthodoxie und damit das Serbentum durch den Katholizismus zu überwinden. Der bisherige Verlauf der südslawischen Bewegung zeigt jedoch, daß diese Rechnung falsch ist. — Als die kroatisch-serbischen Einheitsbestrebungen die Fiumaner Resolution zugunsten des Triasimus gezeitigt hatte, zeigte es sich sofort, daß das Serbentum aber obenauf kam und die Führung an sich riß. Das Serbentum hat niemals den anderen Südslawen die politische Passivität zugestanden, sondern jederzeit im Interesse der eigenen Herrschaftsbestrebungen einerseits Deutsche und Magyaren und andererseits Slowenen und Kroaten gegeneinander ausgespielt. Als das politisch weitläufig beweglicher, gewissenlosere und in allen Kniffen byzantinischer Politik beschlagene Element würde das Serbentum in einem jugoslawischen Staate nach dem Dafürhalten so genauer Kenner der Verhältnisse wie Szeffs von Bugrovic binnen kurzem die Herrschaft an sich reißen, Kroaten und Slowenen seinen Zwecken dienstbar machen und das österreichische „Joch“ abschütteln. Die Verwirklichung der jugoslawischen Idee auch im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie würde also die Losreißung des Südens von ihr und den Verlust der ganzen Meeresküste einleiten und daß sich dessen auch die serbischen Politiker bewußt sind, die wie Spalajkovic in Belgrad den Weltkrieg mit entzündet haben, geht daraus hervor, daß sie, die Todfeinde der Monarchie, heute wo die Bildung eines großserbischen Staates durch serbische Waffengewalt nicht mehr im Bereiche der Möglichkeit liegt, die Idee der Einverleibung des Königreiches Serbien in Oesterreich-Ungarn mit großem Nachdruck zu vertreten beginnen.

Demgegenüber tritt L. von Südländ für die Lösung der südslawischen Frage im durchaus kroatischen Sinne ein. Ebenso wie Graf Pace in seiner im Auftrage des Ausschusses für die österreichischen Adriainteresen verfaßten Denkschrift die dualistische Verfassung der Monarchie als etwas Gegebenes ansieht, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, lehnt auch von Südländ jede staatsrechtliche Neukonstruktion ab und befürwortet die Vereinigung Bosniens und Dalmatiens mit Kroatien, weil sie einerseits nur in ihrer Vereinigung die ausreichende Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung finden, andererseits aber vereinigt, dem Kroatentume und damit der abendländischen Kultur die unbedingte Vorherrschaft sichern.

Zu demselben Ergebnisse gelangt eine von Deutschen Klub in Wien herausgegebene Denkschrift, die ebenfalls die Vereinigung dieser drei Länder befürwortet. Während diese Denkschrift jedoch empfiehlt, daß diese Vereinigung im Rahmen Ungarns erfolge, also das derzeit bereits autonome Königreich Kroatien durch Bosnien und Dalmatien vergrößert und die österreichischen Wirtschaftsinteressen daselbst vertragsmäßig gesichert werden, tritt von Südländ dafür ein, daß dieses Großkroatien als Kondominium Oesterreichs und Ungarns konstituiert werde, also ungefähr in die gegenwärtige staatsrechtliche Stellung Bosniens einrücken solle. — L. von Südländ stützt diese seine Auffassung mit sehr gewichtigen Gründen, die hauptsächlich in dem wohl, daß die Deutschen und die Magyaren sich grundsätzlich über die Frage der Vereinigung der drei Länder einigen. Die Ordnung ihres künftigen Verhältnisses zu den beiden Staaten der Monarchie wird dann wohl leicht durch ein deutsch-magyarisches Einvernehmen erfolgen, an dem um so weniger zu zweifeln ist, als Deutsche und Magyaren nachgerade zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie nur gemeinsam die südslawische Frage lösen können, daß sie sie aber auch lösen müssen.